Kardinal Richelieu

Seine Politik im Elsaß und in Lothringen

Von

Wilhelm Mommsen

1922

Verlag für Politik und Wirtschaft / Berlin W 35

Digitized by the Internet Archive
in 2011 with funding from
Boston Library Consortium Member Libraries

http://www.archive.org/details/richelieuelsassu00momm

Richelieu, Elsaß und Lothringen

Ein Beitrag zur elsaß-lothringischen Frage

Von

Wilhelm Mommsen

Dr. phil.

1922

Verlag für Politik und Wirtschaft / Berlin W 35

Alle Rechte vorbehalten.
Copyright 1922 by Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin W 35

Druck: Otto Stollberg & Co., Berlin W 35

Inhalts-Verzeichnis.

Seite

Einleitung 7

Kapitel I: Richelieus Jugend, 1585—1624 12

Kapitel II: Die Lage der Städte und Bistümer Metz, Toul und Verdun, Lothringens und des Elsaß vor Richelieus zweitem Ministerium 21

Kapitel III: Die Anfänge der Politik Richelieus. (Vom Eintritt in das Ministerium bis zum Frieden von Cherasco.) 1624—1631. 26

1. Festigung im Innern und Wiederherstellung der französischen „Reputation" nach außen 26
2. Die Beseitigung des letzten Widerstandes gegen die französische Herrschaft in Metz, Toul und Verdun . 46
3. Lothringens Eintritt in die Reihe der Gegner 50
4. Zurückhaltung gegenüber dem Elsaß 63

Kapitel IV: Diplomatischer Kampf. (Vom Frieden von Cherasco bis zum Eintritt in den Dreißigjährigen Krieg.) 1631 bis Mai 1635. 69

1. Bündnispolitik und Verhandlungen über eine allgemeine Verständigung 69
2. Das Parlament von Metz und die Vollendung der Einverleibung von Metz, Toul und Verdun 84
3. Die Besetzung von Lothringen 88
4. Verhandungen mit Schweden und den deutschen Fürsten über das linke Rheinufer, und seine Besetzung durch Frankreich 130

Kapitel V: Zeiten des Gleichgewichts der kämpfenden Mächte (Mai 1635—1639) 188

1. Kriegführung und Politik, Friedensverhandlungen und Kriegsziele 188
2. Gewaltherrschaft in Lothringen, geheime Verhandlungen mit dem Herzog Karl 219
3. Frankreich, Bernhard von Weimar und das Elsaß . . 233
4. Die Franzosen im Elsaß 287

RECAP

Seite

Kapitel VI: Anfänge des französischen Uebergewichts. (Die letzten Jahre Richelieus 1640—1642.) 309
1. Politische und militärische Erfolge. Steigerung der Kriegsziele 309
2. Der „kleine Frieden" mit Lothringen und sein Bruch durch den Herzog 328
3. Anfänge der französischen Herrschaft im Elsaß. Widerstand der Bevölkerung 344

Schluß 360

Anhang 364
I. Das sogenannte „Lateinische Testament Richelieus" . 364
II. Die geheimen Verhandlungen Richelieus mit Spanien nach dem Ausbruch des offenen Krieges 369
III. Die Anschauungen der Franzosen über die Grenzen und die staatlichen Verhältnisse im Elsaß 382
IV. Richelieu und die Reunionspolitik 387

Quellen- und Literaturverzeichnis 407

Bemerkungen über Quellen und Literatur 421

Nachtrag 428

Einleitung.

Das linke Rheinufer ist eines der Gebiete, die an der Grenze zweier großer Reiche und Völker liegen und die in der Geschichte meist die Leidtragenden sind, weil sich in ihnen die großen Gegensätze schneiden und der Machtkampf der großen Mächte und Nationen fast stets auf ihrem Boden ausgetragen wird. Die Schicksale des linken Rheinufers sind so untrennbar verwoben mit der Geschichte des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich. Als freilich diese beiden Staaten sich in den letzten Zeiten des ersten Jahrtausends unserer Zeitrechnung bildeten, war das Deutsche Reich nicht nur im unbestrittenen Besitz des gesamten linken Rheinufers, sondern besaß alle Gebiete des heutigen Westfrankreich, etwa bis zu der von den Flüssen Schelde, Maas, Saône und Rhône gebildeten Grenze. Es dehnte also seine Herrschaft weit in das französische Sprachgebiet aus. Noch im Mittelalter konnte jedoch Frankreich eines der von französisch sprechender Bevölkerung bewohnten Gebiete nach dem anderen vom Deutschen Reiche losreißen, und im späteren Mittelalter wurde dann von französischen Königen schon mehrfach der Versuch gemacht, die französische Herrschaft bis an den Rhein vorzutragen, also auch Gebiete deutscher Nationalität zu erobern. Sie blieben freilich erfolglos, ebenso wie im wesentlichen entsprechende Bestrebungen im 16. Jahrhundert. Erst im 17. Jahrhundert konnte Frankreich auch deutsche Gebiete an sich reißen. Was sich in den Zeiten Richelieus allmählich vorbereitet hatte, konnten seine Nachfolger Mazarin und Ludwig XIV. durchführen. Sie brachten das Elsaß in den Bereich der französischen Macht und erwarben auch Teile von Lothringen, das in seinem gan-

zen Umfange erst 1738, formell sogar erst 1766 an Frankreich kam.

Das Vorgehen Frankreichs in den Gebieten des linken Rheinufers in der Zeit Mazarins und Ludwigs XIV. ist in der historischen Literatur sehr häufig behandelt worden. Vor allem wurden die Bestimmungen des den dreißigjährigen Krieg im Jahre 1648 abschließenden Friedens von Münster, in dem der österreichische Besitz im Elsaß an Frankreich abgetreten wurde, die Reunionen Ludwigs XIV. in den Jahren 1679 bis 1681 und die gewaltsame Besetzung Straßburgs im Jahre 1681 lebhaft erörtert. Dagegen ist die Stellung der Franzosen zu Lothringen und vor allem zum Elsaß in der Hauptzeit des dreißigjährigen Krieges, in der Frankreichs größter Staatsmann Richelieu die französische Politik leitete, bisher noch nicht im Zusammenhang behandelt und eingehend untersucht worden, obwohl die Ereignisse dieser Zeit die Grundlage für die späteren Vorgänge bilden und für die Beurteilung der elsässischen und der lothringischen Frage von weitgehender Bedeutung sind.

In den zahlreichen Darstellungen über Richelieu und die Geschichte des dreißigjährigen Krieges findet sich fast durchgehend die Anschauung, daß Richelieu von seinen ersten Jahren an bewußt und energisch auf das Ziel der Erwerbung der sogenannten natürlichen Grenzen Frankreichs, Alpen-, Pyrenäen- und vor allem die Rheingrenze, hingearbeitet habe, und daß seine Politik in Deutschland und sein Eingreifen in den dreißigjährigen Krieg in weitgehendem Maße von diesem Ziel beherrscht worden sei. Damit verbindet sich, vor allem auf deutscher Seite, fast stets die Auffassung, daß Richelieus Politik von dem Gefühl der Uebermacht des französischen Staates in Europa geleitet wurde, und daß er ohne Gefahr die gewaltigen Machtmittel Frankreichs für das Ziel der Rheingrenze einsetzen zu können geglaubt habe. Auf demselben Standpunkt stehen die zahlreichen, vor und während des Weltkrieges in Frankreich und in Deutschland verfaßten Arbeiten und Propagandaschriften über die elsaß-lothringische Frage.[1]) Diese ganze Auffassung steht unter der Einwirkung des sogenannten „Lateinischen Testaments" Richelieus, das das Streben nach den natürlichen Grenzen in aller Schärfe als Richelieus Lebensziel ausspricht. Dasselbe wird unendlich oft zitiert,

[1]) Vgl. über die wichtigsten derselben sowie über die wichtigsten der in Betracht kommenden historischen Darstellungen und Abhandlungen das Literaturverzeichnis am Ende des Bandes, sowie die Ausführungen zum Literaturverzeichnis unten S. 425 f.

weit häufiger als das eigentliche Politische Testament, stammt jedoch nicht von Richelieu, sondern ist ein Nachruf des Jesuiten Labbé[2]).

Die vorliegende Arbeit macht den Versuch, die Haltung der französischen Politik unter Richelieu gegenüber den drei lothringischen Bistümern und Städten Metz, Toul und Verdun, gegenüber Lothringen und dem Elsaß im einzelnen darzustellen und die Gründe dieser Politik im Zusammenhang der allgemeinen Lage Frankreichs und der gesamten europäischen Politik Richelieus darzulegen. Die Darstellung wird dabei nach den verschiedenen großen Zeiträumen des Wirkens Richelieus gegliedert. Innerhalb der einzelnen Zeiträume ist jedoch diese chronologische Gliederung nicht beibehalten, sondern die Darstellung getrennt worden in eine Behandlung der Bedeutung der elsässischen und lothringischen Gebiete für die allgemeine Politik Richelieus und der besonderen Vorgänge und Maßnahmen, sowie der Haltung der Bevölkerung in den einzelnen Gebieten selbst. Es wird also in jedem Kapitel zunächst die allgemeine Politik Richelieus in ihrem Verhältnis zu den elsässischen und lothringischen Gebieten dargestellt, und danach in mehreren Abschnitten die Ereignisse in den lothringischen Bistümern, in Lothringen und dem Elsaß besonders behandelt, und, wo erforderlich, auch noch ein besonderer Abschnitt über einen bestimmt abgegrenzten Kreis von Verhandlungen über diese Gebiete — z. B. die mit Bernhard von Weimar — eingefügt. Diese Art der Gliederung bringt gewisse Unzuträglichkeiten mit sich und verursacht, daß Dinge, die für die allgemeinen und für die besonderen Abschnitte von Bedeutung sind, mehrmals erwähnt werden mußten und an einer der betreffenden Stellen nur angedeutet werden konnten. Sie ist trotzdem gewählt worden, weil die zum Teil sehr komplizierten besonderen Verhandlungen und Vorgänge in den Bistümern, in Lothringen und dem Elsaß nur im Zusammenhang darstellbar sind und ihre Einfügung in den Rahmen der allgemeinen Politik die mehr örtlichen Ereignisse und Unterhandlungen völlig auseinandergerissen und unverständlich gemacht oder zu zahlreichen Wiederholungen gezwungen hätte. Außerdem wäre durch die Beibehaltung der chronologischen Gliederung auch innerhalb der einzelnen Kapitel die Darstellung der Rolle, die die elsässische und lothringische Frage für Richelieus allgemeine Politik spielt, mit Einzelheiten überlastet und unübersichtlich geworden.

[2]) Vgl. Anhang I, S. 364 ff.

Zur Beurteilung der elsässischen und lothringischen Politik Richelieus ist es erforderlich gewesen, auch seine allgemeine Politik kurz zu behandeln, da nur so die hier besonders behandelten Fragen verständlich werden[10]). Andererseits ist die Stellung Richelieus zur Freigrafschaft Burgund und zu den spanischen Niederlanden nicht behandelt worden, obwohl sie in das Gebiet der Rheingrenzentheorie an sich hineingehört. Die Behandlung dieser Fragen hätte eine eingehende Untersuchung der französischen Beziehungen zur Schweiz und zu Holland erforderlich gemacht. Die gemeinsame Behandlung der elsässischen und der lothringischen Frage erfolgt, obwohl beide damals keine größere Einheit bildeten, als das Elsaß und die Freigrafschaft oder die Niederlande und Lothringen, weil erst der Gegensatz in der Haltung Richelieus zum Elsaß und zu Lothringen seine Politik völlig klar macht.

Während, wie bereits erwähnt, in der Beurteilung der Stellung Richelieus zum Elsaß und zu Lothringen in der bisherigen historischen Literatur im wesentlichen — natürlich mit gewissen Abstufungen — Einigkeit darüber herrscht, daß er diese Gebiete annektieren und die Rheingrenze erreichen wollte, ist die Haltung der elsässischen Bevölkerung lebhaft umstritten. Die deutsche Literatur ist sich mit einer Anzahl französischer Historiker darüber einig, daß die Elsässer nicht daran gedacht haben, die französische Herrschaft zu ersehnen. Dagegen vertreten andere französische Historiker den entgegengesetzten Standpunkt, worin ihnen — vor allem im letzten Jahrzehnt — die populäre französische Geschichtsschreibung folgt. Die genaue Untersuchung alles für die Beurteilung dieser Streitfrage erreichbaren Quellenmaterials ergibt, wenn das vorweggenommen werden darf, daß an der deutschen Gesinnung der elsässischen Bevölkerung nicht zu zweifeln ist, und daß sie zur Zeit Richelieus nicht im entferntesten gewünscht hat, unter französische Herrschaft zu kommen. Ueber den Widerstand der lothringischen Bevölkerung gegen die Franzosen herrscht in der gesamten historischen Literatur volle Einmütigkeit.

Ein Gegenstand, wie der hier vorliegende, verführt leicht dazu, das Gebiet der wissenschaftlichen Untersuchung

[10]) Obwohl die Beurteilung der allgemeinen Politik Richelieus von der üblichen Auffassung in wesentlichen Punkten abweicht, sind die dieses Urteil belegenden Stellen — vor allem aus Richelieus Briefen und Instruktionen — nur in geringem Umfange in den Anmerkungen zitiert, in der Hauptsache nur bei Erwähnung ganz bestimmter Aeußerungen. Andernfalls wäre der Umfang der Arbeit allzu sehr angewachsen, da ja auch einfaches Zitieren nicht genügt hätte.

gelegentlich zu verlassen und Folgerungen für die Politik der Gegenwart zu ziehen oder Vergleiche mit den Ereignissen anzustellen, die sich vor unseren Augen abgespielt haben. Nicht nur die das Elsaß und Lothringen unmittelbar betreffenden Vorgänge jener drei Jahrhunderte zurückliegenden Zeit könnten dazu verführen. Auch die Ereignisse der allgemeinen Politik verlocken manchesmal dazu, Parallelen zu den Vorgängen zu ziehen, die wir selbst miterlebt haben. Trotzdem ist bewußt vermieden worden, diesen Versuchungen zu folgen, die den Sinn einer wissenschaftlichen Darstellung nur trüben können. Dem Leser, der das will, muß selbst überlassen bleiben, aus der Darstellung der Vergangenheit seine Schlüsse für die Gegenwart zu ziehen.

Kapitel I.

Richelieus Jugend.
1585—1624.

Armand du Plessis de Richelieu wurde am 9. September 1585 als Sohn eines unbemittelten Adligen im Poitou geboren. Der junge Richelieu erhielt die damals für einen zum Soldaten bestimmten französischen Edelmann übliche Erziehung, um dann seit 1604 die geistliche Laufbahn einzuschlagen, da seine Familie eine Anwartschaft auf die Besetzung des Bistums von Luçon hatte. 1606 wurde er zum Bischof ernannt, seit 1608 übte er dies Amt aus und suchte die ärmlichen Verhältnisse der ihm anvertrauten Bevölkerung soweit möglich zu heben; gleichzeitig beschäftigte er sich lebhaft mit theologischen Studien. Schon damals lebte in ihm das Gefühl, daß er zu großen Dingen bestimmt sei, und sein brennender Ehrgeiz suchte Einfluß und Macht. Dieser Wunsch wurde zunächst erfüllt, als er zum Vertreter seines geistlichen Standes für die Generalstände von 1614/1615 gewählt wurde, wo er bald bedeutenden Einfluß erhielt. Er wurde zum Sprecher des Klerus bei der Ueberreichung der „cahiers“ bestimmt, die in üblicher Weise am Schluß der Tagung der Generalstände die Forderungen und Wünsche der einzelnen Stände formulierten. Die große Rede, die er als solcher hielt, zeigte jedoch noch nicht den großen, alle inneren und äußeren Verhältnisse umfassenden Staatsmann, sondern ging ganz von dem Standpunkt seines eigenen Standes, des Klerus, aus. Im November 1616 trat er dann, noch in untergeordneter Stellung, in das Ministerium des Marschalls von Ancre ein, eines Günstlings der Königin-Mutter Maria, die für den minderjährigen Ludwig XIII. damals die Regentschaft führte.

Ludwig XIII. war, als sein Vater Heinrich IV. 1610 ermordet wurde, erst 9 Jahre alt. Heinrich, der frühere Führer der Hugenotten und erste König aus dem Hause Bourbon, hatte nach schweren Kämpfen im Innern und mit Spanien sein Nachfolgerecht behauptet und sich schließlich durch den Uebertritt zum Katholizismus die allgemeine Anerkennung verschafft. Seinen Herrscherfähigkeiten gelang es, die Stellung des bourbonischen Königtums im Innern zu festigen und Frankreich nach außen steigendes Ansehen zu erwerben. Heinrich wird mit Recht als ein Vorgänger Richelieus bezeichnet, der sich dann auch später häufig auf diesen König berief. Das bourbonische Königtum war schon durch die Vergangenheit seiner Träger gezwungen, sich von vornherein nicht auf einzelne Parteien zu stützen, sondern das Staatsinteresse in voller Reinheit zu verkörpern. In der auswärtigen Politik stand Heinrich IV. in scharfem Gegensatz zu Spanien, das mit allen Mitteln sein Emporkommen zu bekämpfen versucht hatte, und war kurz vor seinem Tode bereit, im Bunde mit den protestantischen Mächten, vor allem mit Holland, in den Streit der deutschen Religionsparteien einzugreifen, der 1608, unter Spaniens Einmischung, im Jülich-Klevischen Erbfolgestreit in aller Schärfe erneut ausgebrochen war. Es handelte sich damals darum, ob die sich auf Holland stützenden deutschen Protestanten oder Spanien und die Katholiken in den auch für die französischen Interessen wichtigen Gebieten am Niederrhein die Vormachtstellung erhalten sollten.

Die Ermordung Heinrichs IV. im Jahre 1610 machte die Ausführung der Absicht, in diese Entscheidung auch die französischen Waffen gegen Spanien eingreifen zu lassen, und überhaupt jede starke auswärtige Politik unmöglich, und warf Frankreich wieder in die inneren Kämpfe zurück. Es war zunächst ein Gewinn und bedeutete die Behauptung der Machtstellung des bourbonischen Königtums, daß nicht die „Prinzen von Geblüt", sondern Heinrichs Gemahlin, die Italienerin Maria von Medici die Regentschaft für den unmündigen König übernehmen konnte. Freilich konnte sie diese nur unter schweren inneren Kämpfen und durch Konzessionen nach allen Seiten behaupten. Erschwert wurde Marias Stellung noch dadurch, daß sie einem allgemein verhaßten Günstling, dem Italiener Concini, Marschall von d'Ancre, den maßgebenden Einfluß und die Leitung der Regierung übertrug. Nicht durch seine Fähigkeiten, sondern durch seine Gemahlin hatte d'Ancre außerdem seine Stellung errungen. Diese war einst als unentbehrliche Begleiterin und Dienerin Marias aus Italien nach Frankreich mitgegangen, als die Tochter des Hauses

Medici Heinrich IV. heiratete, und übte einen außerordentlich starken persönlichen Einfluß auf ihre Herrin aus.

Die Zeiten der Regentschaft Marias wurden durchaus durch die innerpolitischen Sorgen beherrscht, und Maria, die selbst politische Begabung besaß, klug und energisch war, vermochte doch den Sturm, der sie umtoste, nur zu besänftigen, nicht zu beherrschen. Die auswärtige Politik mußte darunter leiden, zumal Maria und ihre Günstlinge durch streng kirchliche Neigungen zu einer bigotten und ultramontanen, und damit auch Spanien freundlichen Einstellung kamen. So war an eine Fortsetzung der großzügigen auswärtigen Politik Heinrichs IV. nicht zu denken. Man brach die Beziehungen zu seinen Verbündeten nicht ab, war aber bestrebt, Spanien möglichst entgegenzukommen, und konnte schon wegen der inneren Schwäche nichts gegen Spanien wagen. Die Folge war, daß Frankreich tatsächlich stark im Fahrwasser der spanischen Weltpolitik segelte. So sah die Regierung aus, in die Richelieu im Jahre 1616 eintrat. Günstlingsherrschaft und Schwäche gegen Spanien waren ihre Kennzeichen.

Bei der Beurteilung eines großen Staatsmannes neigt die historische Betrachtung unwillkürlich dazu, seine Politik von den ersten Anfängen an unter den Gesichtspunkten zu sehen, die seine späteren Jahre beherrschten. Bei Richelieu wird diese Neigung noch dadurch verstärkt, daß seine Memoiren seine Handlungen von Anfang an unter einen einheitlichen Gesichtspunkt stellen, und ihm in scharfem Bruch mit der Politik seiner Vorgänger von vornherein den Plan der Vorbereitung der großen kriegerischen Auseinandersetzung mit Habsburg, vor allem mit Spanien, zuschreiben[1]).

Dieser Auffassung folgen auch im allgemeinen die historischen Darstellungen über Richelieu und seine Politik, die in ihm daher auch von Anfang an den Vertreter der auf Erwerbung der sogenannten natürlichen Grenzen gerichteten Politik sehen. Eine große Rolle hat dabei stets die Instruktion gespielt, die er während seines ersten Ministeriums am 29. De-

---

[1]) Die Memoiren haben durchweg das Ziel, die Politik Richelieus zu rechtfertigen und ihre Einheitlichkeit zu beweisen. Man braucht deshalb noch nicht, wie Michelet XI 139, 591, Rott, Rev. hist. 112, S. 275 und Cousin, Journal des Savants, 1861, S. 261 f. tun, von bewußter Irreführung von Mit- und Nachwelt zu sprechen. Es ist nur natürlich, daß auch Richelieu in seinen späteren Jahren seine Anfänge unter den Gesichtspunkten sah, die ihm die politische Lage und seine Erfahrungen inzwischen klar gemacht hatten. Ueber die Art der Abfassung der Memoiren vgl. unten S. 423 ff.

zember 1616 dem Gesandten und General Schomberg für Verhandlungen mit den deutschen Protestanten gab[2]). Man sieht in dieser Instruktion den Beweis dafür, daß Richelieu schon in seinem ersten Ministerium eine großzügige antispanische Politik mit weitgesteckten Zielen verfolgt habe. Die Instruktion enthält, wenn man sie losgelöst von den späteren Anschauungen Richelieus betrachtet, davon nichts. Sie verteidigt die auswärtige Politik der Regentschaft der Königin-Mutter Maria und enthält eine dem Auslande gegenüber ungewöhnlich eingehende Rechtfertigung der inneren Politik, in der die Regierung damals in schwerem Kampf mit den aufständischen Großen stand, die überall im Auslande Hilfe suchten. Sie enthält ferner einige sehr allgemeine und nicht viel sagende Versicherungen, daß Frankreich trotz seiner friedlichen Politik gegen Spanien die von Heinrich IV. mit den deutschen Protestanten geschlossenen Bündnisse halten und spanischen Uebergriffen entgegentreten werde. Als Zweck der Gesandtschaft wird aber angegeben, daß das Ansehen des Königs in Deutschland möglichst gehoben, und daß die Unterstützung, die die aufständischen Großen aus Deutschland ziehen könnten, verhindert werden soll. Letzteres war der eigentliche Grund der Gesandtschaft, was auch die Memoiren mit aller Deutlichkeit sagen[3]) und was Richelieu selbst in mehreren Briefen ausdrücklich als Zweck dieser Gesandtschaft bezeichnete, da er glaubte, aus Deutschland könnten die Großen am ersten Unterstützung erhalten[4]). Die Instruktion erklärt sich so aus innerpolitischen Sorgen, und für das Ueberwiegen der inneren Politik in der Zeit des ersten Ministeriums ist charakteristisch, daß Richelieu dem Gesandten beim Kaiser, Baugy, einmal schrieb, die Ereignisse des inneren Krieges hätten ihm keine Zeit gelassen, auf seine Depeschen zu antworten[5]). Und Richelieu selbst sagte später einmal, alle Gedanken und alle Arbeit des ersten Ministeriums wären auf das Innere gerichtet gewesen[6]).

Der oft betonte Gegensatz der Instruktion an Schomberg zu der Tatsache, daß Richelieu damals einem streng ultra-

---

[2]) Lettres I 208 ff.; Aubery I 17 ff; Mémoires I 137 ff., Anm. Gesandtschaften nach England und Holland erhielten dieselbe Instruktion, Mémoires I 137. (Ausgabe der Société de l'histoire de France II 133 ff.)

[3]) Mémoires I 137. (Ausgabe der Société II 134 f.)

[4]) Lettres I 209, 300, 331, 342, VII 327, 358.

[5]) Lettres I 507, vgl. VII 363.

[6]) Lettres II 36. Dasselbe sagen die Memoiren I 135 f. (Ausgabe der Société II 130.) Vgl. Griffet I 164, Ranke IX 158.

montanen und Spanien freundlichen Ministerium angehört habe, besteht also nicht, und alle daraus auch für spätere territoriale Ziele abgeleiteten Schlüsse sind daher hinfällig. Richelieu selbst ist damals ebenso wie seine Kollegen im Ministerium ein Anhänger der Politik gewesen, die mit Rücksicht auf die innere Lage ein enges Zusammengehen mit Spanien erstrebte und durchführte, und seine Ernennung zum Minister ist von dem spanischen Gesandten wie von dem päpstlichen Nuntius freudig begrüßt worden. Der venetianische Gesandte verzeichnete sogar das Gerücht, daß Richelieu von Spanien eine Pension empfangen[7]). Jedenfalls war die ganze Politik des Ministeriums, dem Richelieu angehörte, auf eine Spanien freundliche Politik eingestellt. Auch die Briefe Richelieus aus der Zeit vor und nach seinem ersten Ministerium zeigen nichts von einer antispanisch gerichteten Politik, und ebensowenig von einem Streben nach Grenzerweiterung. Es ist vielmehr auffallend, daß sich diese Briefe fast überhaupt nicht mit politischen Dingen beschäftigen. Eine einzelne Aeußerung aus dem Jahre 1612, in der es heißt, er werde begrüßen, wenn die auswärtige Politik Gelegenheit geben würde, die Grenzen auszudehnen und Frankreich mit Ruhm auf Kosten seiner Feinde zu bedecken[8]), ist so allgemein und so einzelstehend, daß man daraus keine Schlüsse ziehen kann. Aus Richelieus Briefen wie aus seiner ganzen Haltung bis zum endgültigen Eintritt in die Regierung im Jahre 1624 gewinnt man den Eindruck, daß sein ganzes Streben ein persönliches, daß der Antrieb seiner Haltung der Wille zur Macht, aber noch ohne eine bestimmte politische Zielsetzung war[9]).

Im April 1617 wurde der Marschall d'Ancre auf Befehl oder zum mindesten unter der Mitwisserschaft Ludwigs XIII.

---

[7]) Lettres I 192; Lacroix S. 248, Anm. 1. Die spanisch gerichtete Politik des ersten Ministeriums betonen z. B. auch Hanotaux II 127, Journal des Savants 1879, S. 435; Michelet XI 139 f.; Batiffol, Louis XIII, S. 14 ff.; es heißt meist, trotz der Instruktion an Schomberg. Ein französischer Beamter in Metz bezeichnet Richelieu als „estimé très mauvois et desloyal Français", „Bouteiller et Hepp", S. 149 ff.; Michelet XI 141, 591 bezeichnet die Instruktion wohl nicht unrichtig als einen Köder für die Deutschen und behauptet, sie sei vom spanischen Gesandten inspiriert worden, wofür er freilich den Beweis schuldig bleiben muß. Hanotaux II 155 ff. folgt der üblichen Auffassung und erwähnt, obwohl er den Anfang des oben erwähnten Satzes zitiert, die Verhinderung der Pläne der aufständischen Großen als Zweck der Gesandtschaft überhaupt nicht.

[8]) Lettres I 87.

[9]) Vgl. Hanotaux I 142; Cousin, Journal des Savants 1862, S. 339; 1863, S. 55.

ermordet, und damit auch der Regentschaft Marias ein gewaltsames Ende bereitet. Der junge König, der schon einige Jahre vorher mündig gesprochen war, trat jetzt tatsächlich seine Regierung an. Richelieu selbst wurde in den Sturz d'Ancres, dessen Regierung er seit einem halben Jahr angehört hatte, verwickelt, und fand bei seinen Bemühungen, die Gunst des jungen Königs zu gewinnen, taube Ohren. Er mußte sich zunächst in sein Bistum zurückziehen, um dann über ein Jahr in Avignon, das damals päpstliches Gebiet war, in der Verbannung zu leben. Anfang 1619 erhielt er von der Regierung den Auftrag, sich zur Königin-Mutter zu begeben und in den folgenden Jahren nahm er als Maria beherrschender Günstling an dem Kampf zwischen ihr und ihrem Sohne einen entscheidenden Anteil und spielte dabei eine vermittelnde und mäßigende Rolle. Seit 1622 wuchs dann durch Marias wieder wachsendes Ansehen auch seine eigene Stellung, da die Königin-Mutter fast durchweg seinen Ratschlägen folgte. Als äußeres Zeichen hierfür erhielt er 1622 nach vielen Intriguen das heiß ersehnte Kardinalat. In diesen Jahren erfolgte dann auch die Umstellung seiner politischen Anschauung. Er erkannte, daß nicht in einer ultramontanen und spanisch orientierten, sondern in einer von allem Beiwerk freien, rein patriotischen und politischen Einstellung die Zukunft lag, seine eigene und die seines Staates[10]). Diese Umwandlung, die sich im einzelnen nicht verfolgen läßt, wird sich nicht, wie Hanotaux einmal meint, vollzogen haben, als er in seinem Bistum Luçon und in Avignon in der Einsamkeit lebte[11]). Man möchte vielmehr vermuten, daß diese Umwandlung erfolgte, als er an der Seite der Königin-Mutter an den Ereignissen der Politik tätigen Anteil nahm und vor allem, seit in den letzten Jahren vor seinem Eintritt in die Regierung im Jahre 1624 die allgemeine politische Lage eine langsame Umwandlung auch in der gesamten französischen Politik hervorrief. Denn nicht erst mit dem Eintritt Richelieus in die Regierung erfolgte ein plötzlicher Umschwung der französischen Politik, ein harter Bruch mit der Vergangenheit und ein plötzliches Herumwerfen des Steuers, was der so realen und praktischen Politik des großen Staatsmannes auch gar nicht entsprochen hätte.

Die Politik der Regentschaft Marias, der ja auch Richelieu zeitweise diente und die er zunächst durchweg billigte, nahm, wie bereits erwähnt, infolge der Schwäche ihrer Autorität und wegen innerer Wirren eine Spanien, der damaligen

[10]) Vgl. Hanotaux, Etudes historiques S. 217.
[11]) Vgl. Hanotaux, Journal des Savants, 1879, S. 436.

Vormacht der katholischen Welt, gegenüber freundliche und friedliche Haltung ein. Die protestantischen Bündnisse Heinrichs IV. wurden dabei nicht aufgegeben, aber sie traten durch das Bedürfnis nach Frieden mit Spanien durchaus an die zweite Stelle. Auch nach dem Sturz der Günstlinge Marias schlug die ihnen folgende Regierung des Günstlings des jungen Königs, Luynes, keine andere Richtung ein. Im Jahre 1620 vermittelte Frankreich sogar im Vertrag von Ulm die Neutralität der Protestanten in Deutschland und trug dadurch nicht wenig zu dem Sieg des mit Spanien verbündeten Kaisers in der Schlacht am Weißen Berge und dem militärischen Uebergewicht der beiden habsburgischen Mächte in Deutschland bei.

Diese Folgen des Vertrages von Ulm bewirkten bereits im Jahre 1621 einen langsamen Umschwung der französischen Politik. Die französische Gesandtschaft in Wien erklärte eine Aenderung der Haltung Frankreichs für nötig, obwohl sie selbst den Vertrag von Wien vermittelt hatte und auch eine Versöhnung des Kaisers mit Betlen Gabor, dem Fürsten von Siebenbürgen, versuchte. Schon seit dem Jahre 1622 zeigte die französische Politik in Deutschland dieselben Tendenzen, die nachher Richelieu verfolgte. Man suchte Bayern, mit dem man seit 1622 in Verbindung trat, und die katholische Liga vom Kaiser loszulösen und in ihr ein Gegengewicht gegen die habsburgische Uebermacht zu gewinnen. Andererseits suchte man die protestantischen Fürsten in ihrem Widerstand gegen den Kaiser zu ermuntern[12]). Im Innern hatten sich seit der Versöhnung Marias mit ihrem Sohne im Jahre 1621 die Verhältnisse gefestigt, und man war so in der Lage, auch Spanien gegenüber fester aufzutreten, zumal das immer mehr anwachsende Uebergewicht Spaniens in Europa dazu nötigte. Drohte doch sogar England sich Spanien anzuschließen, und ließ die Festsetzung Spaniens im Veltlin eine feste Landverbindung zwischen den einzelnen Teilen der spanischen Weltmacht, die damals weite Teile Italiens, die Freigrafschaft Burgund und das heutige Belgien beherrschte, befürchten. Um dem entgegenzuwirken, schloß Frankreich 1623 ein Bündnis mit Savoyen und Venedig, das die Grundlage der späteren italienischen Politik Richelieus gegen Spanien bildete. Auch das nach Richelieus Eintritt in die Regierung vollzogene Bündnis mit Holland ist schon vorher in seinem wesentlichen Inhalt festgelegt worden.

---

[12]) Vgl. vor allem die von Goetz aus dieser Zeit veröffentlichten Akten.

Diese Wandlung der französischen Politik vollzog sich, wie bereits erwähnt, parallel der Wandlung, die in Richelieus politischer Anschauung wahrscheinlich in derselben Zeit vor sich ging. Sie entsprach der allgemeinen Stimmung in Frankreich. Immer stärker trat die Partei der „Politiker" hervor, die eine Politik der Versöhnung der inneren Gegensätze und schärferes Zugreifen in der auswärtigen Politik verlangte. In zahlreichen Flugschriften verbreiteten die „Politiker" diese ihre Anschauungen, und auch Richelieu trat mit ihnen in Beziehung, ohne darum seine Verbindungen mit der ultramontanen Partei abzubrechen.. So bedeutete Richelieus Eintritt in die Regierung nicht erst die Aufnahme der antispanisch gerichteten, aktiven auswärtigen Politik. Sie war bei der allgemeinen Weltlage für Frankreich zwangsläufig und wäre auch ohne Richelieus Eintritt in die Regierung durchgeführt worden[13]). Das Neue und Entscheidende dieses Eintritts ist nicht die Richtung, die eingeschlagen wurde, sondern daß jetzt ein Mann an die Spitze kam, der mit klarem Blick für das politisch Mögliche und Notwendige die Zügel der Staatsleitung im Gegensatz zu seinen Vorgängern fest und sicher in die Hand nahm und mit vollendeter diplomatischer Geschicklichkeit alles ausnutzte, was zu Gunsten seines Staates zu verwerten war[14]).

Die vorausgehenden Ausführungen lassen bereits vermuten, daß vor 1624 Richelieus Aufmerksamkeit kaum auf die lothringischen Gebiete und auf das Elsaß gerichtet gewesen ist. Eine Aeußerung Richelieus aus dem Jahre 1619 zeigt,

---

[13]) Vgl. Ranke XXIII 22.

[14]) Richelieus Memoiren suchen ihm mit scharfem Tadel seiner Vorgänger allein den Ruhm der neuen Politik zu sichern. Dem folgt im allgemeinen die historische Literatur. Dagegen hat Cousin in einer Aufsatzfolge im Journal des Savants 1861—1863 lebhaft die Ansicht verfochten, daß schon Luynes die Politik Heinrichs IV. wieder aufgenommen habe, als Richelieu noch ganz der Gegenseite als Günstling Marias diente. Auch Ranke sagt, Luynes hätte den Standpunkt Heinrichs IV. wiederzugewinnen gesucht (IX 171), habe sich aber allmählich wieder der päpstlichen Partei angeschlossen (XXXVIII 291). Hanotaux betont dagegen die päpstlich-spanische Richtung seiner Politik (II 209 f., 314 ff.). Ueber Luynes' Nachfolger — jener starb Dezember 1621 — liegen derartige ausgesprochene Urteile nicht vor, obwohl unter ihm die Umwandlung zweifellos in der Hauptsache einsetzte. Von Vieuville, Richelieus unmittelbarem Vorgänger, sagen dagegen Ranke IX 205 und Michelet XI 147, daß er sofort eine neue Richtung eingeschlagen habe; vgl. Rott III 696 f. und Rohan S. 544.

daß er Metz als innerfranzösisches Gebiet ansah[15]). Anzeichen für eine Beschäftigung mit den Verhältnissen des Herzogtums Lothringens liegen nicht vor. Während seines ersten Ministeriums beschränken sich seine Verhandlungen mit dem Herzog darauf, ihn von der Unterstützung der aufständischen Großen abzuhalten. Lothringen soll den von diesen geworbenen Truppen den Durchzug verweigern, ihn dagegen von Schomberg in Deutschland geworbenen Truppen gestatten[16]). Das Elsaß wird, soweit man verfolgen kann, in diesen Jahren von Richelieu überhaupt nicht erwähnt.

---

[15]) Lettres I 589. Die Urheberschaft Richelieus ist für diesen Brief nicht unbedingt sicher. Die militärischen Einrichtungen in Metz werden als Beispiel für die in einem Gouvernement Marias zu treffenden Einrichtungen herangezogen. Das Heranziehen dieses Beispieles lag nahe, da der Gouverneur von Metz, der Herzog von Epernon, sich damals bei Maria und Richelieu befand.

[16]) Lettres I 292, 392, 394 f., 410 f.; Griselle S. 130, Nr. 13.

Kapitel II.

Die Lage der Städte und Bistümer Metz, Toul, Verdun, Lothringens und des Elsaß vor Richelieus zweitem Ministerium.

Die drei Städte Metz, Toul und Verdun waren 1552 durch Moritz von Sachsen im Vertrage von Chambord unter französischen Schutz gestellt und von den Franzosen besetzt worden. Eine Anerkennung dieses Vertrages durch Kaiser und Reich erfolgte nicht, sodaß der tatsächliche Besitz durch den von einem einzelnen Reichsfürsten abgeschlossenen Vertrag rechtlich in keiner Weise begründet war. Die Franzosen versuchten in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts das Besitzverhältnis über die drei Städte auf die gleichnamigen Bistümer auszudehnen, was im allgemeinen bis zum Tode Heinrichs IV. im Jahre 1610 erreicht wurde[1]). Nur das Bistum Metz leistete noch Widerstand. Man stritt dabei in der Hauptsache über die Form des Eides, den der Bischof dem Könige leisten sollte. Es gelang Heinrich IV. hier nicht, seinen Willen völlig durchzusetzen, und nach seinem Tode wurde die Sache zunächst vertagt[2]). 1613 wurde unter der Regentschaft Marias das Vorgehen des Königs wieder aufgenommen und den Bistumsverwaltern nach hartnäckigem Widerstand eine Eidesformel aufgezwungen, die die offene Annexion kaum noch verhüllte[3]). In den

[1]) Kaufmann S. 6 ff. 13 f. Erst 1622 ist von dem Bischof Franz von Verdun, der aus einer Nebenlinie der lothringischen Herzöge stammte, Widerspruch gegen die französischen Ansprüche erhoben worden, ein Streit, der dann hernach durch Richelieu ausgefochten wurde.

[2]) Vgl. Sauerland, S. 188 ff., 195, und den Aufsatz von Hammerstein über die Verhandlungen mit dem Metzer Bischof Givry.

[3]) Sauerland, S. 191 ff., 196 ff.; Histoire de Metz III 205 ff. Allerdings wurde 1626 der Bischof von Metz, nachdem er bereits vier Jahre im Amt war, vom Kaiser mit dem Bistum beliehen, und zwar mit französischer Genehmigung. Sauerland, Nachtrag S. 281; Scherer S. 398; vgl. Ranke IX 272.

folgenden Jahren wurde dann das Bistum Metz, ebenso wie die beiden anderen Bistümer und die drei Städte von den Franzosen durchaus als Inland behandelt[4]).

Rechtlich blieb trotz diesen Vorgängen naturgemäß die Zugehörigkeit der Bistümer und Städte zum Deutschen Reiche bestehen, und es lag hier ein Konfliktstoff mit Kaiser und Reich vor, der damals allerdings nicht offen zur Geltung kam. Auch die inneren Verhältnisse dieser Gebiete waren keineswegs geklärt. Zunächst unterschieden die Franzosen damals wie auch hernach unter Richelieu in Toul und Verdun nicht zwischen Bistum und Reichsstadt[5]). Dagegen wurde auch in der späteren Zeit bei Metz der Unterschied zwischen dem Bistum und dem Gebiet der Stadt[6]) durchweg gemacht. Zwischen den lothringischen Herzögen und den drei Bischöfen bestanden ferner seit langer Zeit zahlreiche Grenzstreitigkeiten, die dadurch hervorgerufen wurden, daß diese Gebiete keine fest geschlossenen Grenzen hatten, sondern die lothringischen und die geistlichen Gebiete in zahlreichen Enklaven lagen. Diese Grenzstreitigkeiten haben hernach in der Zeit Richelieus eine große Rolle gespielt. Auch in kirchlicher Beziehung waren die Verhältnisse unklar. Die Bistümer gehörten zur Diözese des Erzbistums Trier, standen also nicht unter den Bestimmungen des französischen Konkordats, das dem König vor allem den entscheidenden Einfluß bei der Ernennung der Bischöfe gab. Die Franzosen versuchten jedoch, die Bestimmungen des französischen Konkordats auch auf diese Gebiete auszudehnen[7]).

Das Herzogtum Lothringen und das mit ihm seit 1483 vereinigte Herzogtum Bar befanden sich in einer schwierigen Mittelstellung zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich. Im Jahre 1542 waren diese Gebiete in ihrer Gesamtheit durch den Vertrag von Nürnberg zum freien Herzogtum erklärt worden, waren also nicht mehr Glieder des Deutschen Reiches. Jedoch blieben sehr erhebliche Teile der Herzogtümer als einzelne Gebiete Lehen des Reichs, und die Herzöge wurden auch nach dem Vertrag von Nürnberg vom Kaiser mehrfach im Besitz dieser Lehen bestätigt. Auch noch zur Zeit Richelieus — im Jahre 1627 — empfing der Herzog für diese Gebiete die Investitur des Kaisers, darunter für die für die Politik Riche-

---

[4]) Vgl. Histoire de Metz III 206 ff.

[5]) Kaufmann S. 6 erwähnt, daß man auch in Deutschland diesen Unterschied nicht machte. Vgl. Richelieus Aeußerung, Fragments S. 739.

[6]) Dasselbe wird als pays messin bezeichnet.

[7]) Aubery I 93; vgl. Avenel, Richelieu III 234.

lieus eine besondere Rolle spielenden Gebiete von Pont-à-Mousson, Clermont, Hattonchatel und Blamont[8]). Ganz Lothringen und der Teil von Bar östlich der Maas standen außerdem als Ganzes unter der Protektion des Reichs. Der Teil von Bar westlich der Maas war dagegen seit 1301 französisches Lehen, ebenso einige unbedeutende Gebietsteile des Herzogtums Lothringen selbst[9]). Zwischen den Gebieten von Bar, die von Frankreich lehnsabhängig waren — Barrois mouvant — und denen östlich der Maas — Barrois non mouvant — wurde jedoch im allgemeinen weder von den Franzosen noch von den Lothringern selbst ein Unterschied gemacht, und meist das ganze Herzogtum Bar als französisches Lehen bezeichnet.

Seit der Besetzung der Städte Metz, Toul und Verdun durch die Franzosen im Jahre 1552 war Lothringen fast überall von französischem Machtbereich umgeben. Lothringen stand so schon seit der Mitte des 16. Jahrhunderts wesentlich stärker unter französischem, als unter deutschem Einfluß. Die inneren Kriege machten Frankreich damals jedoch unfähig, diese Machtlage auszunutzen. Dagegen verwickelten sich die lothringischen Herzöge selbst tief in die französischen Bürgerkriege in den Zeiten der Liga und kämpften auf Seiten des ihnen verwandten Hauses der Guisen. Trotzdem blieben, auch als Heinrich IV. seinen Anspruch auf die französische Krone durchgesetzt hatte, die Beziehungen zwischen Lothringen und Frankreich gute. Allerdings hat schon dieser König an eine Erwerbung Lothringens gedacht, er wollte das jedoch auf dem friedlichen Wege einer Familienverbindung erreichen. Der lothringische Herzog Heinrich II. hatte keine Söhne, und Heinrich IV. plante daher, seinen Sohn, den späteren Ludwig XIII., mit des Herzogs ältester Tochter Nicole zu vermählen[10]). Nach seinem Tode wurde dieser Plan jedoch zu Gunsten der Heirat des jungen Königs mit der Tochter des spanischen Königs, Anna, aufgegeben. Die Beziehungen zwischen Frankreich und Lothringen blieben bis 1624 durchaus freundschaftliche.

Um das Elsaß hat sich die französische Politik in den Jahren von 1610—1624 anscheinend überhaupt nicht gekümmert. Zwar hat schon im Sommer 1611 der Erzherzog Leopold von Oesterreich, der Bischof von Straßburg war, sich bereit erklärt, auf sein Bistum zu Gunsten eines von den Franzosen zu bezeichnenden Nachfolgers zu verzichten und diesem die festen

[8]) Calmet VI 42, 53 f.
[9]) Vgl. darüber die Arbeit von Fitte und Kaufmann S. 15 ff.
[10]) Vgl. Mémoires I 14. (Ausgabe der Société de l'Historie de France I 32 f.)

Plätze desselben einzuräumen, wenn Frankreich dafür seine Wahl zum Kaiser begünstige[11]). Und 1622 soll Mansfeld den Franzosen angeboten haben, ihnen die Oberhoheit über die Plätze am Rhein zu verschaffen[12]). Es liegen aber keinerlei Anzeichen dafür vor, daß die Franzosen irgendwie auf die Angebote eingegangen sind. Dabei hätten die Ereignisse der allgemeinen Politik gerade besondere Aufmerksamkeit der Franzosen auf das Schicksal des Elsaß erfordert. Denn die Verhandlungen zwischen der österreichischen und der spanischen Linie des Hauses Habsburg über die Kaiserwahl hatten nach langen Auseinandersetzungen dahin geführt, daß der zum zukünftigen Kaiser bestimmte Erzherzog Ferdinand am 30. März 1617, also zur Zeit des ersten Ministeriums Richelieus, im Vertrag von Prag den Spaniern für die Unterstützung bei der Kaiserwahl die österreichischen Besitzungen im Elsaß abzutreten versprach[13]). Damit entstand für Frankreich die ungeheure Gefahr, daß Spanien zwischen Mailand und den spanischen Niederlanden eine feste Landverbindung erhielt, die sich noch dadurch steigerte, daß Spanien sich in den ersten Jahren des 30-jährigen Krieges in den Besitz der Pfalz und des Veltlin setzte, und so der Ring der Frankreich umgebenden spanischen Besitzungen geschlossen wurde. Die elsässische Frage berührte so von Anfang an nicht nur das Verhältnis zwischen Frankreich und dem Kaiser, sondern in noch stärkerem Maße das zu Spanien.

Die staatsrechtlichen Verhältnisse im Elsaß waren verhältnismäßig verwickelt. Es bestand aus einer großen Zahl meist kleiner und zersplittert liegender geistlicher und weltlicher Territorien. Der größte Teil der Territorien des Oberelsaß war von Oesterreich abhängig, zwei Drittel des Oberelsaß können als österreichischer Territorialbesitz bezeichnet werden, der gemeinsam mit dem Breisgau und den vier österreichischen Waldstädten von der österreichischen Regierung in Ensisheim verwaltet wurde. Auch der gesamte Adel des Oberelsaß, einschließlich der Herren von Rappoltstein, war von Oesterreich als Besitzer der Landgrafschaft Oberelsaß abhängig. In der Reichsabtei Murbach hatten die Oesterreicher

[11]) Kröber, Rev. d'Alsace, 1865, S. 247 ff.; vgl. Legrelle S. 115; Flach, Les affinités S. 75.

[12]) Opel I 360.

[13]) Der österreichische Besitz wird als „Landgrafschaft Elsaß mit der inkorporierten Landvogtei Hagenau" bezeichnet. Khevenhüller VIII 1099; vgl. Ranke IX, 199, XXXVI 438; Hurter VII 27, 74; Gindely, Böhmischer Aufstand, I 26 f., 53 f. Nach Reuß I 50, Anm. 3, hat Richelieu von diesem Vertrag durch Baugy, den Gesandten in Wien, Mitteilung erhalten.

ebenfalls sehr ausgedehnte weltliche Rechte, so daß nur einige kleinere Gebiete des Oberelsaß und die Reichsstädte nicht habsburgisch waren. Die benachbarte Grafschaft Mömpelgard gehörte dagegen den Herzögen von Württemberg, desgleichen einige kleinere Gebiete des Oberelsaß. Ganz anders lagen die Verhältnisse im Unterelsaß. Hier besaß das Haus Oesterreich nur ganz unbedeutende Gebiete. Die Masse der unterelsässischen Territorien war reichsunmittelbar oder von anderen reichsunmittelbaren Ständen abhängig. Das wichtigste der geistlichen Territorien, das Bistum Straßburg, hatte allerdings einen österreichischen Erzherzog zum Bischof. Von größeren Reichsständen hatten die Pfalz, das Bistum Speyer, Pfalz-Zweibrücken und Hanau-Lichtenberg Besitzungen im Elsaß. Einige kleine Gebiete des elsässischen Adels waren auch vom Bistum Metz lehnsabhängig. Von den Reichsstädten des Elsaß bildeten Kolmar, Kaysersberg, Münster und Türkheim im Oberelsaß und Hagenau, Schlettstadt, Weißenburg, Oberehnheim und Rosheim im Unterelsaß zusammen mit der außerhalb des Elsaß gelegenen Stadt Landau den Zehnstädtebund. Ueber diese Städte hatte Oesterreich und als sein Vertreter der in Hagenau sitzende Landvogt gewisse, nicht sehr ausgedehnte Schutz- und Schirmrechte, deren Umfang im einzelnen zwischen den Landvögten und den Städten umstritten war, die aber die Reichsunmittelbarkeit der Städte nicht beeinträchtigten. Zu der Landvogtei Hagenau gehörten als österreichischer Territorialbesitz einige Dörfer in der Umgegend von Hagenau. Eine einheitliche „Landgrafschaft Elsaß" gab es nicht, obwohl schon der Habsburgische Familienvertrag vom 30. März 1617 den österreichischen Besitz im Elsaß in dieser Weise bezeichnete[14]). Die Landgrafschaft Oberelsaß bezeichnete den österreichischen Territorialbesitz im Oberelsaß, während die Landgrafschaft Unterelsaß nur ein mit einigen Ehrenrechten verbundener Titel war, der sich im Besitz des Bischofs von Straßburg befand. Die Stadt Straßburg gehörte dem Zehnstädtebund nicht an, ebenso nicht die Reichsstadt Mühlhausen, die Mitglied der Schweizer Eidgenossenschaft war[15]).

---

[14]) Vgl. oben S. 24, Anm. 13. Der Vertrag von Münster 1648 spricht von einer Landgrafschaft des Ober- und Unterelsaß.

[15]) Overmann, Zeitschrift f. Gesch. d. Oberrheins, N. F. XIX, S. 91 ff.; Ellerbach I, Einleitung; vgl. Ludwig S. 3 ff.; Bardot S. 27 ff.; Mossmann, Rev. d'Alsace, 1889, S. 97 f.

Kapitel III.

Die Anfänge der Politik Richelieus.

Vom Eintritt ins Ministerium bis zum Frieden von Cherasko. (1624—1631.)

1. Festigung im Innern und Wiederherstellung der französischen „Reputation" nach aussen.

Anfang 1624 trat Richelieu zum zweiten Mal in die französische Regierung ein, zunächst unter Vieuville, um ein halbes Jahr später, im August 1624, nach Vieuvilles Sturz die leitende Stellung im Ministerium einzunehmen, die er bis zu seinem Tode im Dezember 1642 behielt.

Als Richelieu die Leitung der französischen Regierung übernahm, war bereits seit sechs Jahren der große Kampf entbrannt, der den Namen des dreißigjährigen Krieges trägt, und in den fast alle großen europäischen Mächte verwickelt wurden. Als im Jahre 1618 der Fenstersturz der Kaiserlichen Räte aus der Prager Burg durch die aufständischen Böhmen die Veranlassung zu seinem Beginn gab, schien es sich zunächst nur um eine innerpolitische Angelegenheit für das österreichische Herrscherhaus zu handeln. Aber nicht nur die Weltstellung des Hauses Habsburg, dessen österreichische und spanische Linie in dieser Zeit in engster Gemeinschaft handelten, gaben diesem Ereignis erhöhte Bedeutung. Der Gegensatz der deutschen Religionsparteien trug seit Jahren soviel Zündstoff in sich, daß jeder kleine Anlaß die weitgehendsten Folgen haben konnte, und die enge Verbindung beider Parteien mit dem Ausland und die enge Verknüpfung der deutschen mit den allgemein europäischen Gegensätzen mußte dahin führen, daß diese Folgen weit über Deutschland hinausgriffen.

Die allgemein politische Bedeutung des Prager Fenstersturzes zeigte sich, als im Jahre 1619 nach dem Tode des

Kaisers Matthias und nach der Wahl Ferdinands II. zum Kaiser die aufständischen Böhmen den Kurfürsten Friedrich V. von Pfalz, den Führer der protestantischen Partei in Deutschland und Schwiegersohn des englischen Königs Jakob I., zum böhmischen König wählten. Wenn es gelang, Böhmen dem Hause Habsburg zu entreißen, dort eine protestantische Herrschaft zu errichten und damit gleichzeitig der protestantischen Partei die Mehrheit im Kurfürstenkollegium zu sichern, so war zugleich die Vormacht des Hauses Habsburg in Deutschland und in Europa, wie auch die Machtstellung der katholischen Kirche ernstlich bedroht.

Es gelang den aufständischen Böhmen, die bei Bethlen Gabor, dem Fürsten von Siebenbürgen, Unterstützung fanden, den Kaiser zunächst sogar in seiner Hauptstadt Wien zu bedrohen, aber diese Anfangserfolge sollten keine Dauer haben. Während die Gegner Habsburgs uneinig und in ihrer Mehrheit unentschlossen waren, raffte dieses, jetzt in seinen beiden Lebensadern, der Hausmacht und dem Katholizismus, bedroht, alle Kräfte zusammen, und errang den politischen Sieg über seine Gegner, bevor die Waffen sich ernstlich auf dem Schlachtfeld gekreuzt hatten. Der spanischen Unterstützung war der Kaiser sicher. Aber es gelang ihm, nicht nur das protestantische Sachsen auf seine Seite zu bringen, sondern vor allem sich eng mit dem Führer der katholischen Liga in Deutschland, dem energischen und zielbewußten Herzog Maximilian von Bayern zu verbinden, während der „Winterkönig" kaum Unterstützung fand und auch von seinem Schwiegervater, dem englischen König, im Stich gelassen wurde. So brach in der Schlacht am Weißen Berge im November 1620 Friedrichs Königsherrlichkeit zusammen, die protestantische Union löste sich auf, und spanische und bayerische Truppen besetzten die Pfalz. Deutschland lag zu Habsburgs Füßen, nirgends erhob sich mehr geschlossener Widerstand, und nur einige jener Söldnerführer und Kriegsfürsten, deren Macht allein auf ihrer Armee beruhte und die für die Geschichte des Dreißigjährigen Krieges so charakteristisch sind, Mansfeld, Christian von Braunschweig und Georg Friedrich von Baden-Durlach, setzten den Kampf noch fort.

Nicht sie, sondern die Niederlande wurden zunächst die Seele des Widerstandes gegen Habsburg. Der Waffenstillstand, der im Jahre 1609 den Freiheitskampf der Niederlande vorläufig beendet hatte, war 1621 abgelaufen und der Kampf zwischen Spanien und den Holländern begann aufs Neue. In Deutschland hatte der Kaiser inzwischen die pfälzische Kurwürde dem bayrischen Herzog übertragen, und damit eine

Frage aufgerollt, die während der ganzen Zeit des Dreißigjährigen Krieges, und somit später auch für Richelieu, eine wichtige Rolle bei allen politischen Auseinandersetzungen spielte. Trotzdem entschloß sich der englische König nicht zu einem Eingreifen und zu tatkräftiger Unterstützung seines Schwiegersohnes, obwohl ein solcher Kampf von der Zustimmung des englischen Volkes getragen worden wäre. Denn nicht nur die verwandtschaftliche Verbindung, sondern das Machtinteresse Englands hätte ein Einsetzen der englischen Kräfte gegen das Vordringen der habsburgisch-katholischen Uebermacht verlangt. Aber Jakob I. führte eine schwache und schwankende auswärtige Politik, und schwächte außerdem durch eine verfehlte Innenpolitik die Kräfte seines Staates, der sonst entscheidend in die allgemeine Politik hätte eingreifen können. Jakob I. beschränkte sich darauf, seinem Schwiegersohn durch diplomatische Vermittlung zu helfen, mußte aber dasselbe erfahren, was später, freilich unter ganz anderen Voraussetzungen, Richelieu erfuhr, daß mit diplomatischen Mitteln allein in einem so hart auf hart gehenden Machtkampfe nichts Wesentliches zu erreichen ist.

Auch Schweden blieb dem deutschen Kampfe zunächst fern und verwandte seine Kräfte im ersten Jahrzehnt des Dreißigjährigen Krieges zu einem glücklichen Eroberungskrieg gegen Polen. Dagegen rüstete sich die andere nordische Macht und der alte Gegner Schwedens, Dänemark, zum Eingreifen in den Krieg, um dem Fortschreiten der kaiserlichen Macht Einhalt zu gebieten, zumal sein König Christian IV. zugleich Oberster des inzwischen von dem bayrischen General Tilly besetzten niedersächsischen Kreises war.

Das ist etwa das Bild der allgemeinen politischen Lage in Europa, als Richelieu 1624 in Frankreich die Leitung des Staates übernahm. Wir sahen bereits, daß Frankreich an diesen Kämpfen keinen Anteil genommen und zunächst sogar zu Gunsten des Kaisers diplomatisch eingegriffen hatte, um dann freilich bei den wachsenden Erfolgen der Habsburger allmählich eine Habsburg gegnerische Richtung einzuschlagen[1]). Auch Richelieu konnte nicht daran denken, aktiv in den großen Kampf gegen Habsburg einzugreifen, und die Last desselben ruhte neben Holland jetzt zunächst auf den Schultern des Dänenkönigs und nächst ihm vor allem auf Mansfeld. Auf der habsburgischen Seite trat jetzt neben Tilly Wallenstein, der größte der Söldnerführer und Kriegsfürsten jener Zeit. Beide schlugen Christian IV. und Mansfeld schon im Jahre

[1]) Vgl. oben S. 18 f.

1626 entscheidend und machten die kaiserlichen Waffen zum Herrn von fast ganz Norddeutschland. Im Lübecker Frieden des Jahres 1629 mußte dann Christian IV. jeder Einmischung in die deutschen Kämpfe entsagen. Ferdinand II. stand jetzt auf dem Höhepunkt seiner Macht. Aber in unkluger Verkennung der sich bereits überall regenden Widerstände gegen die habsburgische Uebermacht und in übermütiger Siegerlaune überspannte er den Bogen. Seinen Ausdruck fand das vor allem in dem Restitutionsedikt von 1629, das die in protestantischen Händen befindlichen, zahlreichen und wichtigen geistlichen Gebiete in katholischen Besitz zurückführen sollte, um damit zugleich die Vorherrschaft des Katholizismus und die des Hauses Habsburg in Deutschland für immer zu sichern.

Erst in diesem Rahmen wird klar, eine wie geringe Rolle die französische Politik der ersten Zeiten Richelieus innerhalb dieser weltgeschichtlichen Vorgänge spielte. Richelieu befand sich damals innen- und außenpolitisch in einer Art Abwehrstellung, wenn er auch die Verteidigung wiederholt in der Form des Angriffs führte. Die durch die allgemeine Lage zur dringenden Notwendigkeit gewordene Politik gegen das übermächtige Vordringen Spaniens, die schon seine unmittelbaren Vorgänger eingeleitet hatten und die im allgemeinen auch von der öffentlichen Meinung mit Entschiedenheit gefordert wurde, hat Richelieu sogleich mit aller Energie aufgenommen. Aber er hat nicht, wie man häufig angenommen hat, von Anfang an auf eine große kriegerische Auseinandersetzung mit den habsburgischen Mächten hingearbeitet. Dafür fühlte er sich, wie er unzählige Male betonte, zu schwach, und mußte er sich bei der inneren und äußeren Lage Frankreichs zu schwach fühlen[2]). Sein Ziel war, das gesunkene Ansehen Frankreichs, „die Reputation seines Königs", in Europa wiederherzustellen und die drohende politische und territoriale Einkreisung Frankreichs durch Spanien zu verhindern. Dazu bedurfte es einer möglichst umfassenden Bündnispolitik, die Frankreichs schwachen Kräften ein aktives Eingreifen in größerem Umfange abnahm und die Habsburger durch andere Gegner beschäftigte und zurückdrängte. Diese Bündnispolitik sollte zugleich verhindern, daß die Habsburger mit ihren anderen Gegnern Frieden machten, um dann einen gemeinsamen Angriff auf Frankreich zu unternehmen. Die Besorgnis vor einem solchen habsburgischen Angriff auf ein alleinstehendes

---

[2]) In der Succincte Narration — Testament I 3 —, spricht Richelieu von der Unmöglichkeit, von einem Extrem in das andere zu fallen, vgl. auch Testament II 161.

Frankreich hat Richelieu bis in seine letzten Jahre hinein immer wieder geäußert.

Wenn in dem ersten Ministerium innerpolitische Gesichtspunkte durchaus die Oberhand gehabt hatten, so bewirkte jetzt schon der Druck der Weltlage, daß die auswärtige Politik an die erste Stelle trat. Richelieu hat das schon im Februar 1624 bei seinem Eintritt in das Ministerium Vieuville ausgesprochen[3]). Aber er war nicht entfernt in der Lage, souverän über die Kräfte seines Landes für seine außenpolitischen Ziele zu verfügen, und vor allem bis 1631 innerpolitisch noch sehr stark gebunden. Alle Aeußerungen dieser Jahre zeigen, daß Richelieu sich bewußt war, eine energische und erfolgreiche Außenpolitik erst nach Wiederherstellung der Autorität des Königtums im Innern führen zu können[4]).

Richelieu war nun nicht, wie man gelegentlich gemeint hat, in den ersten Jahren nur ein einfacher Berater neben anderen Ratgebern des Königs[5]). Das ist nur insofern rein äußerlich richtig, als er erst 1629 formell zum ersten Minister ernannt wurde. Seine überragende Persönlichkeit hat seit dem August 1624 die erste und entscheidende Stellung in der Regierung eingenommen. Aber die Autorität dieser Regierung selbst stand noch auf recht schwachen Füßen. Die Hugenotten und eine starke ständische, ultramontan und Spanien freundlich gesinnte Partei unter Führung der Königin-Mutter Maria und des ältesten Bruders des Königs Gaston[6]) — auch die Königin Anna sympathisierte mit ihr — machten der Regierung die größten Schwierigkeiten. Vor allem auf die Spanien freundlich gesinnte Partei mußte Richelieu die größte Rücksicht nehmen und schon dadurch war eine entschiedene Herausarbeitung des Gegensatzes gegen Spanien unmöglich. Erst die völlige Ausschaltung Marias seit dem Jahre 1631 und die Niederwerfung Gastons im Jahre 1632 gaben Richelieu freiere Hand und schalteten den unmittelbaren Einfluß dieser Partei

---

[3]) Lettres I 785.

[4]) Wenn Ranke IX 213 meint: „Sich erst im Innern zu stärken und dann den großen Krieg zu erneuern, war nicht in seinem Sinn", so wird das durch Richelieus „Lettres", die Ranke noch nicht kannte, nicht bestätigt. Ranke gründete seine Auffassung Richelieus, wie er selbst sagt (IX 215, A 1), auf die Memoiren, die, wie erwähnt, Richelieus Politik von Anfang an unter dem Gesichtspunkt des Entscheidungskampfes mit Spanien auffassen.

[5]) Batiffol, Chevreuse S. 53.

[6]) Gaston, Herzog von Orleans. Sein Titel, mit dem er fast stets bezeichnet wird, ist „Monsieur".

auf die Regierung aus, wenn er auch mit dieser Gegnerschaft immer noch zu rechnen hatte.

Als Ergebnis der Religionskämpfe des 16. Jahrhunderts waren zu Beginn des Ministeriums Richelieus die Hugenotten noch in einer Stellung, die die Einheit des Staates aufs schwerste gefährdete und die auswärtige Politik lähmte, zumal die Hugenotten ebenso wie die Ultramontanen in steter Verbindung mit dem Auslande standen. Sie bildeten einen Staat im Staate, und so sehr Richelieu, obwohl katholischer Kirchenfürst, die gewaltsame Bekehrung Andersgläubiger verwarf, so sehr war er davon überzeugt, daß die Staatsautorität erst gesichert und eine starke auswärtige Politik erst möglich sei, sobald die Hugenotten aufhörten, ein politischer Machtfaktor zu sein[7]). 1626 war er, mit Rücksicht auf die auswärtige Lage und das Verhältnis zu Spanien genötigt, mit ihnen noch einmal einen Frieden abzuschließen, der ihre Machtstellung nicht beseitigte. Der 1627 erneut ausgebrochene Hugenottenkrieg endete dann 1628 mit der Einnahme von La Rochelle, des Hauptwaffenplatzes der Hugenotten, der 1629 die Niederwerfung der Hugenotten im Süden Frankreichs und ein Frieden folgte, der die Stellung der Hugenotten als politische Partei für immer beseitigte.

Für Richelieus auswärtige Politik war das von großer Bedeutung. In Fortsetzung der schon vor 1624 eingeleiteten Politik hatte Richelieu zwar schon 1624 einen kriegerischen Konflikt mit Spanien im Veltlin herbeigeführt, dabei gestützt auf das Bündnis mit Savoyen und Venedig vom Jahre 1622 und das Bündnis mit Holland vom Jahre 1624. Das Ziel war aber nur ein beschränktes, die Zurückdrängung der Spanier aus dem für Frankreich wichtigen Veltlin[8]). Und obwohl Richelieu nach außen sehr energisch dabei auftrat und seine Kriegsentschlossenheit und Stärke betonte, suchte er doch möglichst schnell aus dem Kriege wieder herauszukommen, da er überzeugt war, daß die innere Lage einen langen Krieg unmöglich machte. Obwohl er mehrmals betonte, daß ein schlechter Frieden neuen Krieg bedeute, und der Friede bei den Bundesgenossen nicht das Gefühl hervorrufen dürfe, daß man sie verlassen habe, da das die Reputation und damit die Bündnisfähigkeit Frankreichs erschüttern würde, schloß er trotzdem 1626 mit Spanien den Frieden von Monçon, der zwar über das Veltlin ein Frankreich leidlich günstiges Kom-

[7]) Vgl. vor allem Lettres II 83.

[8]) Bezeichnend ist z. B., daß Richelieu ablehnte, dem Vertrage mit Holland den Charakter eines Offensivbündnisses zu geben, Waddington S. 71 ff.

promiß herbeiführte, aber seine Verbündeten, vor allem Venedig und Savoyen, schwer verstimmte[9]).

Die nächsten Jahre standen dann wieder unter dem Zeichen einer streng katholischen, Spanien freundlichen Politik. Der Entscheidungskampf mit den Hugenotten führte auch zum Kriege mit England. Die Heirat, die Richelieu zwischen Karl I. von England und Henriette, der Schwester Ludwigs XIII., zustande gebracht hatte, um eine Annäherung an England dadurch herbeizuführen, bewirkte das Gegenteil. Die auf Drängen der französischen Ultramontanen in den Heiratsvertrag hereingebrachten, den englischen Katholiken günstigen Bestimmungen veranlaßten heftige Auseinandersetzungen mit England, das seinerseits die Hugenotten unterstützte. Für den Kampf mit England war gegen dieses ein spanisch-französisches Offensivbündnis geschlossen worden, das allerdings praktisch kaum in die Erscheinung trat, wenn auch die Anwesenheit einer spanischen Flotte in den französischen Gewässern den Franzosen militärisch und politisch einen gewissen Rückhalt gab. Auch glaubte Richelieu in diesem spanischen Bündnis einen Rückhalt gegen Angriffe von Seiten des Kaisers sehen zu können.

Ein aktives Eingreifen der Franzosen in Deutschland erfolgte in diesen Jahren nicht, Richelieu fürchtete vielmehr einen Angriff des Kaisers auf Frankreich unter dem Vorwand der Wiedereroberung der drei lothringischen Bistümer, und tatsächlich hat man auch auf kaiserlicher Seite solche Absichten vor allem seit Ende 1627 mehrfach geäußert und die Franzosen beunruhigende Truppenbewegungen im Elsaß und am Rhein vorgenommen[10]). Um dem entgegenzuwirken, und um

[9]) Richelieu hat später betont, der Vertrag sei ohne sein Wissen von der ultramontanen Partei abgeschlossen worden, und er hat anscheinend schon damals versucht, die Verantwortung für diesen Vertrag von sich abzuwälzen. Es ist aber sicher, daß zwar die ultramontane Partei dabei Einfluß gehabt hat, aber ebenso sicher, daß Richelieu selbst den Vertrag abschloß und herbeiführte. Vgl.: Mémoires I 361 ff.; Nani S. 377; Rohan S. 555; Hanotaux, Journal des Savants 1879, S. 506 ff.; Houssaye S. 86 ff.

[10]) Lettres III 77, 82, 574, 842; Mémoires I 474, 525, 528, 529 f.; II 106, 157, 298; Journal I 196 f.; Oxenstierna II 10 S. 542 Nr. 89; Aubery V 526, 527; vgl. Ranke IX 272, XXIII 129 f., XXXVIII 361; Ritter III 447, Heyne S. 49 ff., ferner die zahlreichen Aeußerungen in den Nuntiaturberichten aus Deutschland der Jahre 1628 und 1629, die aber auch Stellen über französische Angriffsabsichten enthalten. Daß man auf Seiten des Kaisers ernstlich einen Angriff gegen Frankreich und die Bistümer erwogen hat, scheint zweifellos, andrerseits liegt den beiderseitigen militärischen Maßnahmen sicherlich in hohem Grade sich gegenseitig steigernde Nervosität und Angst vor einem Angriff der anderen Seite zu Grunde.

überhaupt die Stellung der Habsburger möglichst zu schwächen und ihre Kräfte zu binden, war Richelieu bestrebt, den Krieg in Deutschland nicht zum Erlöschen kommen zu lassen. Er tat daher alles, um die deutschen Protestanten zur Fortsetzung des Krieges zu ermutigen und die protestantischen Mächte Holland, Dänemark und Schweden in dem Krieg gegen Habsburg festzuhalten oder in ihn hineinzutreiben. Diese ganze Politik, deren Ziel die Verhinderung eines deutschen Friedens war, ging unter der Parole der Wiederherstellung des Friedens in Deutschland und in der Christenheit und der Erhaltung der von dem angeblich völlig unter spanischem Einfluß stehenden Kaiser bedrohten Freiheit der deutschen Reichsstände. Dabei wurde den katholischen Fürsten gegenüber die Abneigung gegen die Anwesenheit der Spanier im Reich benutzt, deren Festsetzung vor allem in der Pfalz Bayern wie Frankreich ein Dorn im Auge war. Diese Politik mußte den Charakter der Doppelzüngigkeit an sich tragen, da man zwei gegnerischen Parteien gleichzeitig Versprechungen machte. Die Versuche, die deutschen Protestanten und Katholiken zu einigen, mußten bei der Lage der Dinge scheitern, und ein näheres Verhältnis zu Bayern und der katholischen Liga wurde dadurch unmöglich gemacht, daß diese von der gleichzeitigen Unterstützung des gegen sie kämpfenden Mansfeld durch Frankreich erfuhren. Eine entscheidende Rolle hat die französische Politik in Deutschland mindestens bis zum Jahre 1629 nicht gespielt.

Die elsässischen und lothringischen Dinge traten bei den Verhandlungen dieser Jahre in Deutschland in keiner Weise in den Vordergrund. Richelieus Furcht vor einem kaiserlichen Angriff gegen Frankreich unter dem Vorwand der Wiedereroberung der lothringischen Bistümer zeigt, daß er wußte, daß die kaiserlichen Ansprüche auf diese Gebiete, obwohl sie sich seit 75 Jahren tatsächlich in französischem Besitz befanden, nur schliefen, und jeden Augenblick wieder offen aufgenommen werden konnten. Er hatte natürlich keine Veranlassung, bei den Verhandlungen in Deutschland diese Frage anzuschneiden, und auch der Kaiser und die deutschen Fürsten haben sich anscheinend wenig darum gekümmert[11]). Allerdings stand der Kaiser noch im Verkehr mit den Ständen der Bistümer, die er als seine Vasallen bezeichnete[12]), und Maximilian von Bayern sagte auf dem Kurfürstentage von Mühlhausen im Jahre 1627 zu dem französischen Gesandten Marcheville, Frankreich solle erst die Bistümer herausgeben, ehe es mit

[11]) Vgl. unten S. 49.

[12]) Fagniez I 272, A 1; vgl. Goetz II_1, 618, Anm. 2, 643, 653.

Bayern und der Liga in engere Beziehungen treten wolle[13]). Bayern trat anscheinend überhaupt hierbei energischer auf, als der Kaiser selbst. 1625 ließ Lothringen in Wien mitteilen, Frankreich habe das Bestreben, alle Rechte des Reichs in den Bistümern zu beseitigen und verlangte ein Einschreiten des Kaisers. Bayern unterstützte diese Forderung sehr energisch, und der Kaiser ermahnte dann auch die Stände in den Bistümern, sich nicht vom Reich trennen zu lassen und Frankreich nicht den Huldigungseid zu leisten, und ließ auch der französischen Regierung von diesen Ermahnungen an die Stände Kenntnis geben. Aber die vom Kaiser gewählte Form war viel milder, als Bayern vorgeschlagen hatte; der Kaiser verzichtete sowohl auf ein unmittelbares Warnungsschreiben an die französische Regierung wie auf eine öffentliche Erklärung an die Stände der Bistümer[14]). In Frankreich war man trotzdem über das Vorgehen des Kaisers bestürzt, beruhigte sich aber, als der französische Gesandte in Wien mitteilte, es werde am kaiserlichen Hof so „schläfrig" von Metz und den Bistümern gedacht, daß es nicht die Mühe lohne, sich darum viel zu bekümmern[15]).

Das Elsaß erregte in diesen Jahren die französische Aufmerksamkeit im wesentlichen nur als Durchzugsland für Spanien von Italien, der Schweiz und der Freigrafschaft Burgund nach Deutschland und den Niederlanden[16]). Man wollte eine Festsetzung der Spanier im Elsaß wie in der Pfalz vermeiden, und der französische Gesandte in Brüssel, Baugy, erklärte 1626, sein König könne eine Festsetzung der Spanier in diesen Gebieten nicht dulden[17]). Auf Seiten der Anhänger des Kaisers hat man allerdings schon in den ersten Jahren Richelieus einen Einmarsch der Franzosen ins Elsaß gefürchtet[18]). Ganz

[13]) Schreiber S. 398.

[14]) Goetz II_2, 306 f, 327.

[15]) Goetz II_2, 416. Bayern hielt es deshalb für nötig, diesen Eindruck in Paris zu verwischen, und der Kaiser hat dann nochmals an die Bischöfe von Metz und Verdun geschrieben, aber anscheinend wieder sehr wenig energisch. Goetz II_2, 434.

[16]) Mémoires I 318; Fragments S. 751. Richelieu sprach auch davon, daß ein Marsch französischer Truppen nach Italien durch das Elsaß gehen könne, was aber auch auf anderem Wege möglich sei. Fragments S. 744 ff.

[17]) Aretin, Urkunden S. 179; vgl. Schreiben des Kurfürsten von Mainz vom 25. November 1624; Hurter IX 326, Goetz II_2, 288.

[18]) Goetz II_1, 582 Anm. Hurter IX 624, 382 f, 389; Opel II 272; III 688; Sattler VI 203; Relazioni Veneti II 184, vgl. ferner die zahlreichen Aeußerungen darüber aus dem Jahre 1625 bei Goetz II_2, aus denen freilich auch hervorgeht, daß man in Deutschland je nach politischer Stellung und Stimmung des einzelnen Beurteilers die Absichten Frankreichs ganz verschieden beurteilte, vgl. oben S. 32, A. 10.

unbegründet war diese Furcht nicht, denn Frankreich billigte und unterstützte einen Angriff Mansfelds auf das Elsaß, um dadurch die habsburgischen Streitkräfte von Graubünden abzulenken[19]). Man stellte auch den protestantischen Mächten, von denen Christian IV. von Dänemark dauernd auf einen französischen Angriff gegen das Elsaß drängte, einen solchen in Aussicht, falls England und Holland gleichzeitig in den Niederlanden angriffen, was allerdings wenig wahrscheinlich war[20]). In Wirklichkeit hat man ein Vorgehen gegen das Elsaß in keiner Weise vorbereitet, und Christian IV. mußte, als er sein Drängen fortsetzte, bald erkennen, daß es sich dabei nur um leere Versprechungen gehandelt hatte, wie er auch die von den Franzosen versprochene finanzielle Unterstützung ebenso wie Mansfeld nur in sehr geringem Maße erhielt[21]).

Auch Anerbietungen territorialer Vergrößerung haben die Franzosen zum Eingreifen nicht reizen können. Mansfeld hat 1624 die Franzosen auf die Möglichkeit von Grenzerweiterungen hingewiesen, ohne daß sie darauf eingingen[22]). Seit 1624 versuchte ferner der Markgraf Georg Friedrich von Baden-Durlach, Frankreich zum bewaffneten Eingreifen in Deutschland zu bringen, indem er ihm die Erwerbung des linken Rheinufers von der Schweiz bis Hagenau mit Ausnahme von Straßburg in Aussicht stellte. Die Franzosen suchten in den Verhandlungen mit dem Markgrafen, die sich mehrere Jahre hinzogen, diesen nicht gerade vor den Kopf zu stoßen, lehnten aber seine Pläne ab und erwähnten in ihren Antworten die territorialen Anerbieten überhaupt nicht[23]).

---

[19]) Lettres II 49, 58; Rott III 841 f; Villermont II 233 ff. Dieser betont die große Zurückhaltung Frankreichs dabei.

[20]) Mémoires I 415; Aretin, Urkunden S. 192 ff. Der Liga gegenüber leugnete man diese Anerbietungen an die protestantischen Mächte ab.

[21]) Opel II 147, 190, 200, 285, 336 f; III 102; Rott III 868.

[22]) Opel II 82.

[23]) Vgl. die Untersuchung von Obser und die von ihm veröffentlichten Akten über diese Verhandlung. Man hat ein von Gardiner — Rev. Hist. I 228 ff. — veröffentlichtes Memoire aus dem Jahre 1625 zum Beweise dafür benutzt, daß Richelieu schon damals an territoriale Erwerbungen im Elsaß gedacht habe, z. B. Reuß 1 68; Marcks, Gött. Gel. Anz. 1885 S. 118; vgl. Legrelle S. 70. Das Memoire verlangt sofortigen Frieden mit den Hugenotten, Fortsetzung des Krieges gegen Spanien und Eingreifen inDeutschland und betont, daß es in den Frankreich benachbarten Gebieten vom Bistum Metz abhängige Orte gebe, deren man sich wie einst Heinrich II. der Städte Metz, Toul und Verdun bemächtigen könne, „ohne das, was im Elsaß und entlang dem Rhein geschehen könne, über den einen Uebergang zu erwerben für Frankreich wichtig sei." S. 236. Dieses Memoire ist nicht von Richelieu, wie Gardiner wegen der Größe der politischen Auffassung

In der allgemeinen Politik Frankreichs war nach der Einnahme La Rochelles eine Wendung eingetreten. Schon vor der offiziellen Beendigung des Krieges mit den Hugenotten und mit England im Jahre 1629 führten die Ereignisse in Italien zu einem neuen Konflikt mit Spanien. Ende 1627 war der Herzog Vincent II. von Mantua gestorben. Nachfolger war der Herzog Karl von Nevers aus der französischen Nebenlinie des Hauses Gonzaga, der aber von dem Kaiser und Spanien nicht anerkannt wurde. Da Frankreich eine Einbeziehung Mantuas in den habsburgischen Machtbereich nicht dulden wollte, kam es Ende 1628 zum offenen Krieg in Italien, in dem sowohl die Habsburger wie Frankreich alle verfügbaren Kräfte auf dem alten italienischen Kampffelde einsetzten. Richelieus Ziel war, zunächst den Herzog Karl von Mantua zu stützen, und darüber hinaus den spanischen Einfluß in Italien zurückzudrängen, eine Liga in Italien gegen Spanien zu bilden und für Frankreich selbst eine Eingangspforte nach Italien zu erwerben. Annexionen in Italien selbst lehnte Richelieu ab, wie trotz dem energischen Eingreifen in Italien seine Politik im allgemeinen zurückhaltend und vor allem bestrebt war, den Krieg in Italien zu lokalisieren.

An ein Eingreifen gegen den Kaiser in Deutschland dachte man noch nicht, allerdings hat man seit 1629 den Gedanken einer Ablenkung der habsburgischen Kräfte von Italien durch einen Einmarsch ins Elsaß ernstlicher erwogen und den Schweden, zugleich um diese von der Festsetzung auf dem linken Rheinufer abzuhalten, die Besetzung der Hauptplätze des Elsaß durch französische Truppen in Aussicht gestellt[24]). Daß Richelieu nach der Einnahme von La Rochelle schon eine sehr viel energischere und offensivere Politik als bisher erwog, zeigt das oft zitierte Gutachten, das er am 13. Januar 1629 vor der Abreise des Königs nach dem italienischen Kriegsschauplatz im Staatsrat erstattete. Als Ziel der französischen Politik bezeichnete er dabei, die Machtausdehnung Spaniens

---

vermutet, sondern von Fancan; vgl. Kükelhaus S. 18; Wiens S. 66; Fagniez, Rev. hist. B 108 S. 64. Fancan hatte zunächst Richelieus Politik publizistisch sehr eifrig unterstützt, befand sich jedoch bereits 1625 in scharfem Gegensatz zu Richelieu, da er die Bekämpfung der Hugenotten, die Verhandlungen mit Spanien und die Anknüpfung mit den deutschen Katholiken verwarf und ein Kriegsbündnis mit den deutschen Protestanten verlangte. Er bekämpfte daher Richelieus Politik, der ihn ins Gefängnis werfen ließ, wo Fancan starb. Vgl. über Fancan die Arbeiten von Kükelhaus und Wiens, ferner Fagniez, Rev. hist. 107 u. 108, und Hanotaux II 465 ff.

[24]) Lettres III 989 Analyse 1, VIII 230; vgl. Theatrum II 502; vgl. unten S. 44 f.

anzuhalten, wozu Frankreich selbst mächtig werden und sich Pforten zum Eintritt in alle benachbarten Staaten öffnen müsse. Man müsse dazu die französische Stellung in Metz stärken, und, wenn möglich, bis Straßburg vordringen, um eine Tür nach Deutschland zu haben. Das erfordere viel Zeit, große Diskretion und ein vorsichtiges und verdecktes Verhalten. Nach der Schweiz sollte Neufchatel, nach Savoyen Saluzzo einen Eingang geben. Richelieu sagte dann weiter, man könne auch an Navarra und die Freigrafschaft Burgund denken, die Frankreich benachbart und leicht zu erobern seien, wenn man nichts anderes zu tun hätte. Aber es wäre unklug, daran zu denken, bevor die anderen Ziele erreicht seien und weil das ohne offenen Krieg mit Spanien[25]) nicht zu erreichen wäre, der, wenn irgend möglich, vermieden werden müsse[26]).

Dieses Programm stellte also als Ziel auf, Straßburg und damit mindestens einen Teil des Elsaß in französische Abhängigkeit zu bringen, um damit einen Eingang nach Deutschland zu gewinnen. Richelieu hat also schon damals an eine Festsetzung der Franzosen im Elsaß gedacht, um sich gegen Spanien dort Einfluß zu sichern. Trotzdem ist dieses Programm nicht die Grundlage der weiteren französischen Politik geworden. Die französische Politik richtete sich zunächst in den folgenden Jahren gegen Lothringen und dann später vor allem gegen die spanischen Niederlande, die beide in dem Programm von 1629 nicht erwähnt wurden. Voraussetzung des Programms war eben die Vermeidung eines offenen Krieges mit Spanien, ohne den Richelieu damals anscheinend ein Vorgehen gegen Lothringen nicht für möglich hielt, und damit eines allgemeinen Krieges mit den habsburgischen Mächten. Dagegen scheint Richelieu gemeint zu haben, daß ein vorsichtiges Ueberführen von Straßburg in französisches Schutzverhältnis ohne offenen Bruch mit den habsburgischen Mächten möglich sein werde, wenn auch das eingefügte: „wenn es möglich ist", einige Zweifel über diese Möglichkeit zeigte.

Darüber hinaus aber war dies Programm von 1629, wie Jakob sehr richtig sagt, ein „lockendes Zukunftsbild", es handelte sich um „äußerste Ziele in weitester Zukunft, mit denen die praktische Politik sich nicht abgab"[27]), und die durch die

[25]) Die Unterstützung Karl von Nevers in Italien galt nach damaliger Anschauung nicht als offener Krieg mit Spanien.

[26]) Lettres III 179 ff; Mémoires I 576 ff. In den Memoiren wird auf die Wichtigkeit jedes Punktes der Darlegungen Richelieus ausdrücklich hingewiesen — I 576.

[27]) Jacob, Straßburg S. 94. Es wird übrigens in dem Gutachten ausdrücklich betont, daß im Gegensatz zu Spaniens Eroberungspolitik

allgemeine Lage und die Bedürfnisse des Augenblicks manche Abwandlung erfahren mußten. Die Tatsache, daß das Elsaß und vor allem Straßburg sehr ernstlich in den Gesichtskreis der Politik Richelieus getreten waren, bleibt natürlich bestehen.

Zunächst gab jedenfalls die allgemeine Lage zur Durchführung derartiger Absichten keine Möglichkeit. Die militärische Lage in Italien war schlecht, und an der französischen Ostgrenze schien ein großer habsburgischer Angriff zu drohen[28]). Zu einem großzügigen Angriff des Kaisers kam es allerdings nicht, aber im Jahre 1630 rückten kaiserliche Truppen in das Bistum Metz ein und besetzten die kleinen, aber strategisch wichtigen Plätze Vic und Moyenvic. Wie wenig Richelieu damals an aggressives Vorgehen im Reich dachte, zeigt, daß er militärisch nichts gegen dies Vorgehen der Kaiserlichen im Bistum Metz unternahm[29]). Dagegen spielte diese Frage eine Rolle bei den Verhandlungen, die 1630 mit dem Kaiser in Regensburg geführt wurden.

Dort tagte seit dem 3. Juli 1630 der Kurfürstentag, auf dem sich die überall in Deutschland durch die Ueberspannung der kaiserlichen Macht und durch die despotische Willkür des kaiserlichen Feldherrn Wallenstein angesammelte Mißstimmung gegen den Kaiser entlud. Nicht nur die Protestanten waren, empört vor allem über das Restitutionsedikt, sich einig in entscheidendem Widerstand gegen die kaiserliche Politik, auch die Katholiken, an ihrer Spitze Maximilian von Bayern, erhoben schwere Anklagen gegen Wallensteins Gewaltherrschaft und forderten seine Entlassung. So stand jetzt ganz Deutschland gegen den Kaiser, der sich noch kurz vorher in seiner Machtfülle so sicher gefühlt hatte. Und um dieselbe Zeit, da sich diese Vorgänge in Regensburg abspielten, landete an der Küste Pommerns der schwedische König Gustav Adolf, um jetzt in Deutschland den Kampf gegen den Kaiser aufzunehmen.

Gustav Adolf hatte 1629 unter französischer Vermittlung einen Waffenstillstand mit Polen geschlossen, der Schweden den Besitz des größten Teils der bisher polnischen Ostseeküste ließ. Bei Gustav Adolf, der noch heute als Retter des deutschen Protestantismus gefeiert wird, verband sich der politische Ehrgeiz der schwedischen Macht mit der Kampfes-

---

„la France ne doit penser qu'à se fortifier en elle-même", und daß der Erwerb der „portes" nur zur Sicherung der Nachbarn gegen Spanien dienen soll.

[28]) Mémoires II 146; Haussonville I 487 f; No. 18 u. 19; vgl. oben S. 32, A. 10.

[29]) Vgl. Mémoires II 158.

lust für die Sache seiner Religion. Sein Eingreifen in Deutschland galt zugleich dem Kaiser als Freund des polnischen Erbfeindes, und dem Ziel, die Vorherrschaft Schwedens in der Ostsee zu sichern, wie dem Streben, die mit dem Untergang bedrohte Sache des Evangeliums zu retten. Ganz anders als bei Richelieu waren bei Gustav Adolf religiöse und politische Beweggründe verwoben. Freilich ging bei dem Schwedenkönig das Staatsinteresse und das des religiösen Bekenntnisses in derselben Richtung, während Richelieu seinen Hauptfeind in der katholischen Vormacht Habsburg sah und dadurch zu scharfer Trennung zwischen Staatsinteresse und religiösen Bindungen geführt wurde.

Das Eingreifen der Schweden erhöhte die Schwierigkeiten, denen sich der Kaiser in Regensburg gegenüber sah. Wenn auch das Erscheinen der zwar kleinen, aber kampfgeübten und siegesgewohnten schwedischen Armee sich erst im nächsten Jahre militärisch auswirkte, so gewannen doch durch sie die Protestanten einen starken Rückhalt, und Ferdinand II. sah sich mehr als je auf die Hilfe der katholischen Liga und ihres Führers Maximilian von Bayern angewiesen. Er mußte diesem daher schweren Herzens Wallensteins Entlassung zugestehen und außerdem auf die von ihm lebhaft erstrebte Wahl seines Sohnes zum römischen König verzichten.

Als französische Gesandte hatten sich in Regensburg Leon Brulart und Richelieus Vertrauter, der Pater Joseph eingefunden, der, obwohl nicht offizieller Gesandter, doch eigentlich die Verhandlungen leitete. Der Sturz Wallensteins und die Ablehnung der Wahl des Kaisersohnes zum römischen König ist nicht, wie es manchmal heißt, durch Joseph herbeigeführt worden, wenn auch seine Haltung den Kurfürsten gegen den Kaiser den Rücken stärkte. Die Entsendung der Gesandten war erfolgt, um Beziehungen mit den katholischen Kurfürsten anzuknüpfen, und Joseph hatte noch im besonderen den Auftrag erhalten, ein geheimes Bündnis mit Bayern abzuschließen. Um dieselbe Zeit verhandelte man in Italien mit dem Kaiser und Spanien über Waffenstillstand und Frieden. Diesen Frieden über die italienischen Streitfragen herbeizuführen, sollte zunächst nicht die Aufgabe von Léon und Joseph sein[30]). Es lag in der Natur der Dinge, daß bei den Verhand-

[30]) Vgl. das Beglaubigungsschreiben beim Kaiser — Griffet II 9 f; Lettres VII 985, Anal. 9, und die in den Memoiren II 262 f. wiedergegebenen Instruktionen vom 28. Juni (Fagniez I 448 A. 1), in der nicht, wie Avenel — Lettres III 897 A. 2 — meint, der Auftrag für allgemeine Friedensverhandlungen enthalten ist, sondern nur die Anweisung, die französische Politik in Italien zu rechtfertigen, vgl. Lettres III 896 ff.

lungen in Regensburg trotzdem die Frage des italienischen Friedens angeschnitten wurde, und da Aussicht bestand, in Regensburg schneller als in Italien zum Abschluß zu kommen[31]), erhielten die Gesandten eine „unbeschränkte Vollmacht", auch in Regensburg den italienischen Frieden abzuschließen. Diese „unbeschränkte Vollmacht" erstreckte sich aber nur auf Italien, und zwar auf ganz genau festgelegte Bedingungen, die auch den italienischen Verhandlungen zugrunde gelegt wurden. Außer den italienischen Streitfragen sollten die Gesandten nach Abschluß des italienischen Friedens vom Kaiser die Räumung von Vic und Moyenvic verlangen[32]). Auch sollten sie dafür sorgen, daß die Kurfürsten in diesem Sinne auf den Kaiser einwirkten[33]). Dabei leugnete man die Reichszugehörigkeit der Bistümer nicht, sagte aber, der Kaiser habe kein Recht zur Besetzung der Gebiete seiner Vasallen, zumal der Bischof von Metz unter französischer Protektion stehe[34]). Außer der Frage der beiden Plätze wollte Richelieu die deutschen Fragen in Regensburg in keiner irgendwie bindenden Weise behandelt sehen. Er wollte den Frieden in Italien, aber sonst freie Hand für die französische Bündnispolitik behalten, während der Kaiser einen allgemeinen Frieden und die Lösung aller französischen Bündnisse mit seinen Gegnern verlangte[35]). Die französischen Unterhändler schlossen jedoch, da sie lange Zeit ohne Nachrichten von ihrer Regierung blieben, am 13. Oktober 1630 einen Vertrag mit dem Kaiser ab, der zwar trotz der schlechten militärischen Lage in Italien die dortigen Streitpunkte im allgemeinen in den Franzosen günstiger Weise regelte, aber im Sinne der Forderungen des Kaisers ein allgemeiner Friede war, und vor allem bestimmte, daß die Vertragschließenden die gegenseitigen Feinde nicht direkt oder indirekt unterstützen dürften[36]). Joseph und Léon unterzeichneten diesen Frieden, weil sie über die inzwischen eingetretene günstige Wendung der militärischen Lage in Italien nicht unterrichtet waren und in dem Friedensschluß die einzige Möglichkeit sahen, den Fall von Casale und damit den Verlust des italienischen Feldzuges zu verhindern. Außerdem standen sie wahrscheinlich unter dem Druck der inneren Verhältnisse in Frankreich, wo

[31]) An sich hätte Richelieu lieber in Italien abgeschlossen, Lettres III 898, 909.

[32]) Lettres III 877 ff, 879 ff, 814 ff, 920 ff, 927, 933.

[33]) Lettres III 899; vgl. Fagniez II 491.

[34]) Mémoires II 351; Guron S. 222.

[35]) Dies war die ursprüngliche, vom Kaiser vorgeschlagene Form des Artikel 1 des Vertrages; Londorp IV 95.

[36]) Dumont V 2, 615 ff.

die Opposition unter Maria eine schwere Erkrankung des Königs zu einem scharfen Vorstoß gegen Richelieu benutzt hatte. Der Regensburger Vertrag wurde jedoch von der Regierung nicht anerkannt, da die Gesandten ihre Vollmacht, nur über Italien zu verhandeln, überschritten hätten, und vor allem die Verpflichtung, die Gegner des Kaisers nicht zu unterstützen, Frankreichs allgemeine Stellung schwer schädigen müsse[37]). Holland und Schweden wurden auch sogleich weiteren Beistandes versichert. Trotzdem war Richelieu selbst während der Verhandlungen mit Rücksicht auf die Lage in Italien zu Konzessionen bereit gewesen[38]). So hat er auch nach Abschluß des Vertrages denselben zwar sofort für einen schweren Fehler erklärt, aber die Entscheidung über die Ratifizierung davon abhängig gemacht, ob die Fortsetzung der Operationen in Italien günstige Aussichten bot. Als die Generale in Italien das meldeten, hat er sich dann gegen die Ratifizierung des Vertrages entschieden[39]).

In den Vertrag von Regensburg waren, gemäß der Forderung des Kaisers auf einen allgemeinen Frieden und Beilegung aller Streitigkeiten zwischen ihm und Frankreich, auch Bestimmungen über die Bistümer und Lothringen aufgenommen worden. Der Kaiser hatte sich bei den Verhandlungen über französische Uebergriffe in den Bistümern beklagt[40]), worauf die Gesandten erklärten, sie hätten darüber

[37]) Lettres III 947 f, 949 ff, 960 ff; VII 654; vgl. Andilly 1630 S. 84 f. Ueber die Berechtigung dieser Handlungsweise Richelieus ist viel gestritten worden. Formell ist er sicher im Recht gewesen, wenn er den Gesandten Ueberschreitung ihrer Vollmachten vorwarf. Andererseits hat er selbst durch langes Schweigen, das auf die innere Lage und vor allem auf den Stand der Operationen in Italien zurückzuführen sein dürfte, die Haltung der Unterhändler verschuldet. Diese erhielten auf zahlreiche Schreiben erst verspätet Antwort, so daß die entscheidenden Instruktionen erst am Tage nach der Unterzeichnung eintrafen; vgl. Lettres III 946, Anm.

[38]) In den verspätet eingetroffenen Instruktionen — Lettres III 896 ff, 932 ff, 939 f — war er bereit, den strittigen Artikel 1 so zu formulieren, daß der König sich bereit erkläre, daß ein Angriff auf den gegenseitigen Besitzstand von 1628 unterbliebe und bei seinen Verbündeten dafür einzutreten, daß sie nichts gegen den Kaiser unternähmen. Nach Möglichkeit soll aber die Aufnahme dieses Artikels vermieden werden. Lettres III 899 f; vgl. III 956; hernach war er dann überhaupt für die Aufgabe der Verhandlungen in Regensburg.

[39]) Lettres III 950 f, 952 f, 958 ff, 964 ff, 966 ff; VIII 64; Aubery, Mémoires V 522. Vgl. über den Regensburger Vertrag: Mémoires II 261 ff; Testament I 25; Fagniez I 436 ff; Ranke IX 278 f; XXIII 123 ff; XXXVIII 364 ff; Ritter III 453 ff; Rott IV 1; 470 ff; V, Einleitung; Klopp III 1, 542 ff; III 2, 16 ff; Bühring S. 113 ff; Relazioni Veneti II 272 f; Khevenhiller XI 1193 ff; und die Untersuchungen von Keller und Heyne.

[40]) Vergl. unten S. 49.

keine Vollmacht. Diese beiderseitigen Erklärungen wurden dann in den Artikel 15 des Vertrages aufgenommen und die einseitige Erklärung des Kaisers beigefügt, er halte für richtig, daß die Streitigkeiten zwischen dem Kaiser und Frankreich durch eine Kommission erledigt werden und gegen die kaiserlichen Lehnsrechte in den Bistümern nicht vorgegangen werden solle[41]). Diese Bestimmung hatte zwar als einseitige Erklärung des Kaisers keine große Bedeutung[42]). Richelieu hatte aber schon in einer der verspätet eingetroffenen Instruktionen sich entschieden dagegen ausgesprochen, daß die Frage der Bistümer überhaupt angeschnitten werde[43]), und er erklärte nach Abschluß des Vertrages die Aufnahme der Auseinandersetzungen und der Forderungen des Kaisers bezüglich der Bistümer für einen schweren Fehler, da dadurch die seit 80 Jahren eingeschlafenen Ansprüche des Kaisers auf die Bistümer wieder wachgerufen würden[44]). Auch über die Frage der Räumung von Vic und Moyenvic wurde keine Einigung erzielt, aber wiederum eine Art Protokoll über die Verhandlungen in den Artikeln 16 des Vertrages aufgenommen: die Franzosen hätten die Räumung und Schleifung von Moyenvic verlangt, der Kaiser geantwortet, es sei Reichsstadt und seinerseits die Schleifung der Zitadellen von Metz und Verdun und die Rückgabe der von Frankreich usurpierten Gebiete gefordert. Beide Seiten hätten ihre Forderungen aufrecht erhalten und die Franzosen erklärt, sie hätten keine Vollmacht, eine Kommission zur Beilegung dieser Streitigkeiten zu bewilligen[45]). Auch hier waren also, wenn auch keine bindenden Abmachungen vorlagen, den Franzosen sehr peinliche Forderungen wachgerufen worden. Auch der Herzog von Lothringen wurde in den Vertrag eingeschlossen[46]), was ebenfalls Richelieus Ansichten widersprach. Richelieu erklärte, man habe keinerlei Angriffsabsichten gegen Lothringen, aber da man mit ihm gar nicht im Kriege sei, könne er auch

---

[41]) Dumont V 2, 617; vgl. Khevenhiller XI 1219 und Theatrum II 202, wo die einseitige Erklärung des Kaisers über die Kommission fehlt.

[42]) Vgl. Fagniez I 474, 506 ff, der aber die Bedeutung dieser Bestimmungen unterschätzt. Für Frankreich war das Wesentliche, daß überhaupt die Ansprüche des Kaisers durch Aufnahme in den Vertrag offiziell festgelegt wurden.

[43]) Lettres III 936.

[44]) Lettres III 949, 962; Mémoires II 292. Auch die Kurfürsten waren gegen Aufrollung dieser Streitfrage, weil sie Konflikte mit Frankreich nicht wollten. Heyne S. 113 ff; Khevenhiller XI 1212 f.

[45]) Dumont V 2, 617.

[46]) Ebenda.

nicht in den Frieden aufgenommen werden[47]). Der wahre Grund war natürlich, daß man sich gegen Lothringen die Hände freihalten wollte. Tatsächlich bedeutete ja auch die Aufnahme Lothringens in den Vertrag für den Herzog Karl einen starken Rückhalt, da Frankreich bei einem Konflikt mit ihm auch in die Gefahr kam, die Ergebnisse des italienischen Friedens zu gefährden.

Obwohl Richelieu den Vertrag von Regensburg nicht ratifiziert hatte, brachen der Kaiser und Spanien die Unterhandlungen in Italien nicht ab, da sie unter dem Druck des schwedischen Eingreifens in Deutschland und der Abneigung ihrer deutschen Verbündeten gegen den italienischen Krieg standen. Für die Unterhandlungen in Italien verbot Richelieu seinen Unterhändlern über Lothringen und die Bistümer zu verhandeln[48]). Im Jahre 1631 beendeten dann die Friedensschlüsse von Cherasco den italienischen Krieg. Dieselben änderten zwar nichts an dem status quo ante in Italien, aber die Durchsetzung der Thronfolge des Hauses Nevers in Mantua und die in geheimen Verträgen mit Savoyen erfolgte Abtretung Pignerols an Frankreich, und damit einer Einfallspforte nach Italien, bedeuteten einen wesentlichen Erfolg der Politik Richelieus. Vor allem aber ließen ihm die Verträge von Cherasco, die sich allein auf Regelung der italienischen Streitigkeiten beschränkten, im Gegensatz zu dem Regensburger Vertrag freie Hand, seine antihabsburgische Bündnispolitik fortzusetzen.

Der Widerstand Richelieus gegen die Bestimmung des Regensburger Vertrages, die Gegner des Kaisers in keiner Weise zu unterstützen, erklärt sich in der Hauptsache aus den Verhandlungen, die er seit 1629 mit Schweden führte. Er wollte nach wie vor, ohne selbst aktiv einzugreifen, die Fortsetzung des Krieges gegen Habsburg mit allen diplomatischen Mitteln erreichen, zunächst um die französische Stellung in Italien zu entlasten, dann aber, um überhaupt den habsburgischen Weltmächten die Möglichkeit zu einem Angriff auf Frankreich zu nehmen. Schon 1629 hatten die Franzosen einen wesentlichen Erfolg erreicht, indem sie einen Waffenstillstand zwischen Schweden und Polen vermittelten und dadurch den Schweden die Aufnahme des Krieges in Deutschland gegen den Kaiser ermöglichten. Im Januar 1631 wurde sodann ein Subsidienvertrag zwischen Frankreich und

[47]) Lettres III 936, 950, 962; Mémoires II 292, 297.

[48]) Lettres IV 30. Das wird nicht ausdrücklich gesagt, aber entschieden in der Instruktion an die Unterhändler in Italien betont, daß Léon und Joseph darüber nicht hätten verhandeln dürfen.

Schweden abgeschlossen. Aber auch mit Schwedens Gegnern, den auf Seiten des Kaisers fechtenden katholischen Kurfürsten, trat Richelieu in Verbindung. Schon seit einigen Jahren war Frankreich in Beziehungen zu dem Kurfürsten von Trier, Philipp von Soetern, getreten, der wahrscheinlich seit 1627, nachweisbar seit 1630, französische Gelder empfing[49]) und auch damals schon allgemein als französischer Parteigänger galt[50]). Auch die seit 1622 angeknüpften Beziehungen mit Bayern und der katholischen Liga hat Richelieu fortgesetzt. Dieselben führten am 30. Mai 1631[51]) zu einem geheimen Defensivvertrag mit Bayern.

Dieser Vertrag und die ihm vorangegangenen Verhandlungen mit Bayern sind auch für die Stellung Richelieus zu den Bistümern und zum Elsaß wichtig. Ende 1629 schlugen die Franzosen durch Vermittlung des päpstlichen Nuntius Bagni vor, Bayern solle sich für den Fall eines französischen Angriffs auf das Artois, wo man alte Ansprüche habe, oder eines Vorgehens gegen das Elsaß, durch das man Graubünden entlasten wolle, zur Neutralität verpflichten[52]). Bayern betonte jedoch, daß ein französischer Angriff auf das Elsaß nicht nur den Kaiser, wie die Franzosen behaupteten, sondern auch die Reichsfürsten und vor allem den Bischof von Straßburg, der Mitglied der Liga sei, berühre[53]). Bei den weiteren Verhandlungen mit Bayern, die vor allem von Joseph in Regensburg geführt wurden, ist man auf die Forderung der Neutralität im Falle einer Diversion im Elsaß nicht mehr zurückgekommen[54]). In dem Vertrage mit Bayern ist dann auch von einem Angriff auf das Elsaß nicht mehr die Rede, vielmehr behielt sich Maximilian von Bayern seine Verpflichtungen gegen das Reich ausdrücklich vor[55]). Die Franzosen hatten also den Versuch gemacht, für den Fall eines Vordringens im Elsaß sich freie Hand bei den deutschen Katholiken zu schaffen, aber als sie auf Widerstand stießen, diesen Plan nicht

---

[49]) Knipschaar S. 10; Remling S. 481; Hurter IX 630; Goetz 2, S. 447; Baur I 178 ff; Fagniez I 582; Lettres VIII 80.

[50]) Venetianische Relationen aus Deutschland I 134; vergl. 160; Ranke XXIII 130.

[51]) Datum der französischen Ratifikation.

[52]) Fagniez I 539; Aubery, Histoire I 229 f; Riezler V 355. (Bericht des Nuntius v. 15. Juli.)

[53]) Fagniez I 541 ff.

[54]) Lettres III 893 ff; 939 f; Mémoires II 263 f; 344 f; Riezler V 366; Fagniez I 540 ff; Doeberl S. 23 f.

[55]) Dumont VI 1, 14.

mehr festzuhalten versucht[56]). Dagegen ist in Regensburg mit Bayern über die Frage der Bistümer verhandelt worden. Die Franzosen hatten zunächst verlangt, daß in dem Vertrag der Besitz der ererbten und im Besitz der Vertragschließenden befindlichen Gebiete[57]) gegenseitig garantiert werden sollte, worunter die Franzosen die Bistümer für sich und die Pfalz für Bayern verstanden. Bayern hatte jedoch gegen diese Formulierung Widerspruch erhoben, und in den endgültigen Vertrag wurde nur die gegenseitige Garantie für die ererbten und erworbenen Gebiete aufgenommen[58]), was, vor allem im Vergleich mit der von Frankreich vorgeschlagenen Formulierung, die Ansprüche Frankreichs in den Bistümern nicht unbedingt sicher stellte, wogegen die Pfalz, die an Bayern vom Kaiser förmlich übertragen worden war, als erworbenes Gebiet bezeichnet werden mußte[59]).

---

[56]) Roese hat im Pariser Archiv angebliche „articuli secretiores" dieses Geheimvertrages von Josephs Hand gefunden, nach denen Bayern den Franzosen habsburgische Erblande preisgeben wollte, Neue Jeanische Literaturzeitung, Sept. 1844, S. 922. Dasselbe hat schon Hormayer einige Jahre früher — S. 113 — Maximilian vorgeworfen. Vgl. Sugenheim S. 67 f; Janssen, Rheingelüste S. 48. Roese meint zwar, daß die förmliche Ratifizierung dieser Artikel zweifelhaft sei, sagt jedoch, sie hätten einige Zeit lang anerkannte Kraft genossen. Das Vorhandensein dieser sogenannten Artikel ist nach Roeses Angaben nicht zweifelhaft, es dürfte sich aber dabei um den Vertragsentwurf handeln, der den ersten Vorschlag Bagni's begleitete und der sonst nicht bekannt ist — vgl. Fagniez I 540. — Riezler spricht von einem Entwurf von 7 Artikeln, V 355 f — Bagni hatte ja auch im Auftrage Frankreichs die Neutralität im Falle des Angriffes auf das Elsaß gefordert. Bayern hatte, wie oben erwähnt, das abgelehnt. In dem dann am 9. März übersandten Vertragsentwurf ist dann auch nur noch die Rede von einem französischen Angriff auf spanische Gebiete, Fagniez I 540. Daß die von Roese sogenannten „articuli secretiores" einen Bestandteil des Vertrages gebildet haben, ist daher nicht möglich, zumal sie im Widerspruch mit den Bestimmungen des eigentlichen Vertrages stehen, in dem Bayern seine Verpflichtungen gegen das Reich sich vorbehielt. Von einer Zusage der Erwerbung des Elsaß durch Bayern kann daher keine Rede sein. Wenn Roese das meint, so folgt er damit seinem stets zum Ausdruck kommenden Bestreben, Bernhard von Weimar dadurch zu entlasten, daß schon vor seiner Zeit deutsche Fürsten Frankreich das Elsaß zugesagt hätten. — Als im Dezember 1631 ein französischer Kurier mit drei verschiedenen Bündnisentwürfen zwischen Frankreich und der Liga in Breisach abgefanden wurde, ist ebenfalls von daraus hervorgehenden Ausichten auf das Elsaß keine Rede Khevenhiller XI 2037 ff; Hurter IX 424 f; Klopp III 2, 444.

[57]) quas possident.

[58]) aquisitas.

[59]) Dumont VI 1, 14; Fagniez I 544, 548; Lettres III 899 f; vgl. Ranke XXIII 131.

Frankreich stand also damals mit beiden Parteien in Deutschland in engster Fühlung, suchte die deutschen Verbündeten des Kaisers von ihm abzuziehen, und überall in Europa den Widerstand gegen Habsburg zu beleben. Seine umfassende Bündnispolitik sicherte Frankreich außerdem, ohne daß es selbst einzugreifen brauchte und eingreifen wollte, vor der Möglichkeit eines größeren Angriffs der habsburgischen Mächte auf seine eigenen Gebiete. In der Frage der Bistümer war Richelieu bestrebt, eine Aufrollung dieses Streitpunktes durch den Kaiser zu verhindern und damit den tatsächlichen Besitz durch Frankreich zu sichern, und andererseits seine Verbündeten zu Garanten dieses Besitzes zu machen. Dies war ihm, wie gesagt, wenig geglückt, ebenso wie das Bestreben, gegenüber Lothringen freie Hand zu bekommen und den Kaiser vom Eintreten für den Herzog abzuhalten. Im Elsaß war man bemüht, die Festsetzung der Spanier zu verhindern und hatte seit 1629 begonnen, einen Einmarsch in das Elsaß diplomatisch vorzubereiten, ohne jedoch dies Ziel schon mit besonderem Nachdruck zu verfolgen. Auch war dieser Einmarsch ins Elsaß nur unter dem Gesichtspunkt geplant, die militärische Lage in Italien zu erleichtern und durch eine solche „Diversion" habsburgische Kräfte auf den nichtitalienischen Kriegsschauplätzen zu binden. Im Vordergrund alles aktiven Eingreifens Richelieus stand bis zum Jahre 1631 völlig die italienische Frage und im Zusammenhang damit der Gegensatz über die Alpenpässe des Veltlin. Irgendwelche Verpflichtungen zum aktiven Eingreifen in den deutschen Krieg hat Richelieu bei allen Verhandlungen dieser Jahre stets abgelehnt.

2. Beseitigung des letzten Widerstandes gegen die französische Herrschaft in Metz, Toul und Verdun.

Die Städte und Bistümer Metz, Toul und Verdun wurden schon vor der Zeit Richelieus von den Franzosen völlig wie innerfranzösisches Gebiet behandelt[1]) und anscheinend gemeinsam mit der Champagne verwaltet[2]). Man stieß bei dieser Verwaltung auf die Schwierigkeit, daß die Kompetenzverhältnisse zwischen den einzelnen lokalen, ständischen Behörden und Gerichten bei der territorialen Zersplitterung dieser Gebiete sehr unklar gewesen zu sein scheinen, was noch dadurch

[1]) Vgl. oben S. 21 f.

[2]) Am 21. Dezember 1630 wurde ein Intendant für die Champagne und die Bistümer ernannt. Michel, Biographie, Artikel Juys de Moricq, S. 251.

vermehrt wurde, daß man — im allgemeinen mit Ausnahme von Metz — zwischen den Gebieten der Städte und der Bistümer nicht unterschied[3]). Zur Klärung dieser Verhältnisse erhielt eine 1624 in diese Gebiete entsandte Kommission unter Lebret den Auftrag, die Kompetenzverhältnisse in diesen Gegenden zu untersuchen und unter anderem den Umfang der weltlichen Gerichtsbarkeit der Bischöfe festzulegen[4]). Besondere Maßnahmen zur Neuordnung der Verwaltung und Rechtsprechung in diesen Gebieten wurden in den Zeiten von 1624 bis 1631 noch nicht unternommen, man ließ vielmehr im allgemeinen die alten ständischen Gerichte unter französischer Aufsicht ihre Tätigkeit fortsetzen. Natürlich waren aber die Franzosen bestrebt, die Rechte des Königs und der staatlichen Behörden gegenüber den Ständen möglichst auszudehnen und vorzuschieben[5]).

In Rom verhandelte man während der ganzen Zeit Richelieus über die Ausdehnung des französischen Konkordats auf die Bistümer, ohne jedoch beim Papst Entgegenkommen zu finden[6]). Andererseits versuchte der Herzog von Lothringen durch Errichtung eines Bistums in Nancy seine Untertanen, die kirchlich zu den Gebieten der drei Bistümer gehörten, der geistlichen Gewalt der von den Franzosen abhängigen Bischöfe zu entziehen. Die Verhandlungen darüber waren schon seit längerer Zeit im Gange; sie scheiterten jedoch an dem Widerspruch, den sowohl die Franzosen wie der Erzbischof von Trier in Rom gegen die Errichtung eines Bistums in Nancy erhoben[7]).

Am wenigsten Widerstand haben die Franzosen anscheinend im Bistum und der Stadt Toul gefunden, obwohl dort seit 1624 der damals 15jährige Bruder des Herzogs von Lothringen, Nikolaus-Franz, Bischof war, der sein Amt aber nicht persönlich ausübte[8]). Starke Abneigung bestand dagegen gegen die französische Herrschaft in Stadt und Bistum Metz, wo man in der französischen Annexion eine Usurpation und Vergewaltigung der Rechte der Bevölkerung sah[9]). Trotzdem

---

[3]) Vgl. oben S. 22.

[4]) Dupuy S. 351 f.

[5]) Molé I 416.

[6]) Siehe oben S. 22. Diese Verhandlungen können hier nicht im einzelnen verfolgt werden.

[7]) Calmet VI 42 f; Fragments S. 738 ff; Haussonville I 27; E. Martin II 198 f; Roussel Anhang S. 80 No. 94, Nuntiaturberichte IV, 1, 342, IV, 2, 392, 414.

[8]) Thiery II 169 f; E. Martin II 189 ff; — Nikolas Franz wurde 1627 Kardinal.

[9]) Hersent S. 13 ff; Michel, Biogr. Art. Dupasquier S. 138.

ist es hier zu offenen Konflikten anscheinend nicht mehr gekommen.

Ein scharfer und mehrere Jahre dauernder Konflikt entstand jedoch mit dem Bischof Franz von Verdun, der einer Nebenlinie des lothringischen Herzogshauses angehörte. Das Bistum war seit langer Zeit stets mit Prinzen aus diesem Hause besetzt worden. Der Bischof leistete gegen die französischen Ansprüche Widerstand und ein offener Konflikt brach aus, als die französische Regierung 1624 die energische Fortführung des Baues einer schon vor längerer Zeit in Verdun begonnenen Zitadelle befahl[10]). Zur Ausführung dieses Befehls wurde die Garnison verstärkt, die Bevölkerung mit Requisitionen belegt und zu Zwangsarbeiten beim Bau der Zitadelle herangezogen. Der Bischof verbot zunächst die Gestellung von Arbeitern und ließ dann eine offizielle Kundgebung gegen den Zitadellenbau folgen. Auf Gegenmaßnahmen des in Verdun befehlenden Beamten Gillet sprach der Bischof am 2. Januar 1627 über Gillet die Exkommunikation aus. Die Franzosen antworteten am 3. Februar mit einem Erlaß, der alle Kundgebungen des Bischofs für ungültig erklärte, die bischöflichen Einkünfte bis auf weiteres konfiszierte und befahl, den Bischof nach Paris zu bringen. Gleichzeitig wurden seine Beamten für abgesetzt erklärt[11]).

Der Bischof Franz floh darauf nach Köln[12]), während das Kapitel und die Stände des Bistums, der Magistrat und die Bürgerschaft der Stadt gezwungen wurden, den französischen König als ihren Souverän anzuerkennen[13]). Der Bau der Zitadelle wurde fortgesetzt, und die Bevölkerung dabei auf alle Weise schikaniert, um dadurch auf den Bischof einen Druck auszuüben und ihn zur Nachgiebigkeit zu zwingen[14]). Richelieu versicherte mehrmals, der Bischof werde die Gnade des Königs wiedererhalten, sobald er seine Fehler erkenne und seine Pflicht erfülle[15]), das heißt, sich unbedingt der Souveränität des französischen Königs unterwerfe. Er verlangte einen Entschuldigungsbrief, der die völlige Anerkennung des dem König zu leistenden Gehorsams aussprach[16]). In Stadt und Bistum Verdun wurden die noch vorhandenen äußeren Ab-

[10]) Auch in Toul wurde in dieser Zeit ein Fort gebaut. Feuquières III 362; Gallois I 5, Bouteiller S. 293.

[11]) Mercure XII 2 ff; Mémoires I 435 f; Malingre S. 477; Roussel S 513 ff; Bigot S. 9 ff.

[12]) Mercure XIII 67 ff.

[13]) Roussel S. 515.

[14]) Roussel S. 515 f; Bauchez S. 65 ff.

[15]) Lettres II 741, 755, 757.

[16]) Lettres II 756.

zeichen der Oberhoheit des Reichs entfernt und der Bevölkerung die Appellation an das Reichskammergericht in Speyer verboten[17]).

Der Bischof hatte sich inzwischen von Köln aus an den Kaiser und die katholischen Kurfürsten gewandt. Die Kurfürsten schrieben darauf Ende 1627[18]), der Kaiser am 15. Januar 1628 an Ludwig XIII., forderten die Wiedereinsetzung des Bischofs und protestierten gegen die Verletzung der Rechte des Reichs in den Bistümern[19]). Ludwig XIII. antwortete darauf in sehr brüsker Form, der Bischof habe die Bevölkerung aufgehetzt, Verdun stehe seit 300 Jahren unter französischer Protektion und der Bau der Zitadelle sei schon vor 60 Jahren begonnen worden. Der Bischof solle jedoch, wenn er sich unterwerfe, in seine Rechte wieder eingesetzt werden[20]). Der Kaiser und die Kurfürsten haben trotz der schroffen Ablehnung ihrer Forderungen, die die französische Antwort nach Form und Inhalt enthielt, weitere Schritte zu Gunsten des Bischofs nicht unternommen. Ihr ganzes Vorgehen machte vielmehr den Eindruck, daß sie nur ihrer Pflicht nach außen genügen wollten und nicht die Absicht hatten, irgendwelche Gegenmaßnahmen zu treffen[21]). Dem Bischof Franz blieb so nichts anderes übrig, als sich schließlich zu unterwerfen, zumal er von seinen Untertanen mit Klagen über die Bedrückung, die sie wegen seines Widerstandes erfuhren, überhäuft wurde. Er widerrief die Exkommunikation Gillets, gab den Widerstand gegen den Festungsbau auf und wurde dann 1631 in sein Bistum wieder eingesetzt[22]).

Damit war der letzte offene, aus den Bistümern selbst kommende Widerstand gegen die französische Annexion gebrochen. Der französische Prinz Condé, der sich seit dem Herbst 1631 als Vertreter des Königs in den Bistümern befand[23]), konnte am 6. Oktober, ohne Widerspruch zu finden, in Verdun den Befehl geben, den König als Souverän anzuerkennen, und verbieten, in Zukunft die Reichszugehörigkeit in irgend einer Form zu erwähnen[24]).

---

[17]) Khevenhiller XI 373; Bigot S. 9 ff; Hurter IX 628.
[18]) Roussel Anhang No. 95 S. 80 f.
[19]) Roussel Anhang No. 96 S. 81 ff; Mercure XIV 315 ff.
[20]) Roussel Anhang No. 97, S. 83; Mercure XIV 321 ff.
[21]) Vgl. Opel III 393, u. oben S. 33.
[22]) Mémoires I 592; Roussel S. 516; vgl. Heyne S. 47 ff.
[23]) Lettres VII 992 ,Anal. 7.
[24]) Roussel S. 517.

3. Lothringens Eintritt in die Reihe der Gegner.

Um dieselbe Zeit, in der in Frankreich sich Richelieus Eintritt in das Ministerium vollzog, trat in den Herzogtümern Lothringen und Bar ein Thronwechsel ein, der für die weiteren Schicksale dieser Länder und besonders für ihr Verhältnis zu Frankreich von weittragender Bedeutung sein sollte. Im Juli 1624 starb Herzog Heinrich II. von Lothringen[1]). Er hatte keine Söhne, und seine Erbin war seine älteste Tochter Nicole, die einst Heinrich IV. mit seinem Sohn Ludwig, der jetzt französischer König war, hatte vermählen wollen[2]). Nach langen Familienstreitigkeiten hatte Nicole 1621 den Sohn des nächsten männlichen Verwandten ihres Vaters, des Grafen Franz von Vaudemont, ihren Vetter Karl geheiratet. In dem Heiratsvertrag wurde bestimmt, daß Karl und Nicole gemeinsam und mit gleichen Rechten regieren sollten. Falls ihre Ehe kinderlos blieb, sollte Karls Bruder Nikolas-Franz, der Bischof von Toul und spätere Kardinal[3]), Claude, die jüngere Schwester Nicoles, heiraten[4]). Nach dem Tode des Herzogs Heinrich II. traten Karl und Nicole auch gemeinsam die Regierung an, obwohl Karl und sein Vater Franz 1621 in einem geheimen Protest gegen den Heiratsvertrag für sich als die nächsten männlichen Erben die alleinige Thronfolge beansprucht hatten.

Der neue Herzog Karl IV. von Lothringen, damals 19 Jahre alt, hatte seine Jugend in Paris verbracht und war dort gemeinsam mit Ludwig XIII. erzogen worden. Später nahm er an den deutschen Kämpfen, vor allem an der Schlacht am Weißen Berge, auf Seiten der katholischen Liga teil. Er war ein Mann ganz nach der Art der großen Heerführer seiner Zeit, aber wenig geeignet für die Leitung eines kleinen Staates in der schwierigen Lage, in der Lothringen sich zwischen den großen Mächten befand. Seine Vorgänger hatten mit Geschick und Erfolg versucht, durch eine ruhige und besonnene Politik zwischen den Gefahren, die die allgemeine Lage für Lothringen bot, hindurchzusteuern. Karl dagegen war unbeständig und schwankend in seinem politischen wie in seinem privaten Leben, jederzeit gewillt, Abenteuer zu wagen, die militärischen Ruhm versprachen, und er berücksichtigte

[1]) Der Mercure françois X 499 bedauert seinen Tod, da er ein Frankreich ergebener Fürst gewesen sei.

[2]) Vgl. oben S. 23.

[3]) Vgl. oben S. 47.

[4]) Calmet VII 449, Preuves; Mercure XI 1172; vgl. Haussonville I 111 ff.

dabei weder die Kräfte noch die Lage seines Staates. Er war stets bereit, Versprechen zu geben und Verträge zu schließen, um sie ebenso schnell wieder zu brechen. Er wurde dadurch seinem Lande zum Verderben. Freilich ist es überhaupt das tragische Schicksal solcher Grenzländer, daß sie schließlich zwischen den Mühlsteinen der Machtpolitik der großen Mächte zermalmt werden, aber andrerseits gibt es Zeiten, wo gerade der Gegensatz der Großen den Kleinen erhalten kann, weil keine Seite durch ihn in dem großen allgemeinen Kampf den Gegner verstärken will. Und zweifellos bestand damals für Lothringen die Möglichkeit, dieses Moment auszunützen. Freilich gehörte dazu eine Politik, die klug und zurückhaltend war, und sich nicht unnötig in den Gegensatz der Großen einmischte. Aber eine solche Politik entsprach nicht dem Wesen Karls, der das tat, was bei der Lage seines Staates das Gefährlichste war, indem er sich von vornherein auf die spanische Seite warf und sich zum Sturmbock aller äußeren und auch aller inneren Gegner der französischen Regierung machen ließ. Trotz dieser verfehlten Politik hing die Bevölkerung seines Landes bei allen Leiden, die größtenteils durch seine Schuld über sie hereinbrechen sollten, mit grenzenloser Liebe und Treue an ihm und verehrte in ihm sowohl den angestammten Fürsten wie den seit früher Jugend mit Kriegsruhm bedeckten Feldherrn.

Nachdem Karl etwas länger als ein Jahr mit seiner Gemahlin Nicole gemeinsam regiert hatte, ging er Ende 1625 daran, ihre Mitregentschaft zu beseitigen. Er berief sich dabei auf ein altes Testament des Herzogs René von Lothringen, nach dem in Lothringen und Bar die männliche Thronfolge nach dem salischen Erbfolgerecht gültig sei. Karl verzichtete, da er selbst zu Unrecht die Regierung übernommen habe, zu Gunsten seines Vaters Franz als des nächsten männlichen Verwandten des verstorbenen Herzogs und daher rechtsmäßigen Nachfolgers auf den Thron. Dieser übernahm die Regierung, um nach wenigen Tagen zu Gunsten seines Sohnes Karl seinerseits zu verzichten. Durch dieses Vorgehen, dem weder Nicole noch die lothringischen Stände Widerstand entgegensetzten, wurde Nicole ausgeschaltet, das salische Thronfolgerecht durchgeführt und Karl trat nunmehr als der allein berechtigte Herzog von Lothringen und Bar auf[5]).

---

[5]) Mercure XI 1166 ff; XIII 58 ff; Calmet VI 37 ff, 51 ff; Dumont V 2, 481 f; Siri VI 38 ff; Beauvau S. 8 f; Meaume S. 342 ff; Haussonville I 139 ff; 461 ff, No. 1—4.

Die europäischen Mächte mit Ausnahme von Frankreich erkannten diese Neuregelung der Thronfolge sofort an. Den Franzosen waren diese Vorgänge unangenehm, da die Ausschließung der Frauen jegliche Nachfolge von französischer Seite durch eine Familienverbindung, wie sie Heinrich IV. geplant hatte, ausschloß. Außerdem glaubte man, daß Karl im Einverständnis mit Spanien vorgegangen sei, und dieses das Ziel habe, Lothringen damit auf die spanische Seite zu ziehen[6]). Die allgemeine Lage zwang jedoch zur Zurückhaltung, und man riet daher der Witwe des Herzogs Heinrich II., die sich in Paris über die Vergewaltigung der Rechte ihrer Kinder beschwert hatte, sich wegen Bar an den französischen König, wegen Lothringen aber an den Kaiser als Lehnsherrn zu wenden, womit man die Abhängigkeit Lothringens vom Reich anerkannte[7]). Man hat in Paris vermieden, das salische Thronfolgerecht und Karl als Herzog offiziell anzuerkennen, aber bei dem feierlichen Einzug Karls in Nancy am 1. März 1626 überbrachte Bassompièrre als Vertreter des französischen Königs dessen Glückwünsche[8]). Einem von Karl 1626 nach Paris geschickten Gesandten erklärte man jedoch, daß Karl für das französische Lehen Bar die Thronfolge ohne Genehmigung des König nicht habe ändern dürfen, machte aber anscheinend keine weitere Schwierigkeit, als der Gesandte erklärte, die Rechte des französischen Königs auf den Lehnseid für Bar würden durch die Einführung des salischen Thronfolgerechts nicht geändert[9]). Eine offizielle Anerkennung Karls wurde jedoch auch daraufhin nicht ausgesprochen, vielmehr behielt man sich vor, die Unrechtmäßigkeit seiner Thronfolge bei günstigerer Gelegenheit zur Sprache zu bringen und daraus Vorteile zu ziehen[10]).

Dieser Zurückhaltung der französischen Politik in der Frage der lothringischen Thronfolge entsprach wenig, daß Ende 1624 eine unter Lebret in die lothringischen Bistümer entsandte Kommission im Mai und Juni 1625 weite Gebiete von Lothringen und Bar für alte Gebiete der Bistümer erklärte, die von den lothringischen Herzögen usurpiert seien, und ihre Wiedervereinigung mit den Bistümern öffentlich aussprach[11]). Die Kommission hatte den Auftrag erhalten, die Rechte der un-

---

[6]) Haussonville I 468 f, No. 6
[7]) Derselbe, I 465 ff, No. 5.
[8]) Mercure XIII 63 f.
[9]) Calmet VI 62.
[10]) Molé I 408, 461, Aubery I 248, Mercure XIII 66, vgl. Digot V 160.
[11]) Vergl. Anhang, S. 387 f. Die Erlasse wurden bis an die Tore von Nancy angeschlagen, Calmet VI 57. Vergl. auch oben S. 47.

ter französischer Protektion stehenden Bistümer zu untersuchen und festzustellen, welche Gebiete von den Nachbarn, darunter Lothringen, usurpiert seien. Es wurde befohlen, durch Verhandlungen mit entsprechenden Kommissionen Lothringens und der anderen Nachbarn die entstandenen Grenzstreitigkeiten beizulegen, selbst durch Austausch oder Entschädigung[12]). Die Kommission hat jedoch ohne Verhandlungen mit Lothringen ihre Erlasse veröffentlicht, und es ist wahrscheinlich, daß diese Veröffentlichung nicht in der Absicht der französischen Regierung lag, zumal man keine Schritte zu ihrer Durchführung unternahm[13]). Es entsprach Richelieus Politik wenig, etwas anzukündigen, bevor man in der Lage war, es durchzuführen. In einer ähnlichen Streitfrage zeigte man bald darauf — im Jahre 1626 — Entgegenkommen gegen den Herzog Karl. Das Schloß Malatour, in dem französische Truppen lagen, wurde sowohl von Lothringen, wie von dem Bischof von Metz als Lehen beansprucht. Man einigte sich darüber mit dem Herzog, indem die Franzosen ihre Truppen zurückzogen, und der Herzog das Schloß schleifen ließ[14]). Andererseits hat man aber hernach die Erlasse Lebrets nicht nur nicht gemißbilligt, sondern als berechtigt erklärt, und wenn man sie auch noch nicht durchführte, so zeigte das ganze Vorgehen doch schon damals das Bestreben, die Grenzen der von Frankreich abhängigen Bistümer zu Ungunsten Lothringens zu erweitern, zumal sich unter den als usurpiert bezeichneten Gebieten zwei der wichtigsten lothringischen Plätze, Marsal und Clermont, befanden.

Das Vorgehen Lebrets mußte natürlich auf die Haltung Karls ungünstig einwirken, der seinerseits sofort nach seinem Regierungsantritt eine entschieden antifranzösische Politik eingeschlagen hatte. Schon 1625 wurden Rüstungen des Herzogs gegen Frankreich gemeldet[15]), und Karl stand tatsächlich schon Anfang 1625 in Verhandlungen mit dem Kaiser und seiner Partei über gemeinsame militärische Maßnahmen gegen Frankreich[16]), erklärte allerdings bald darauf, daß er sich an einem militärischen Vorgehen nicht beteiligen werde[17]). Trotzdem blieb seine Politik durchaus antifranzösisch, und im Juli 1625 ließ der Herzog den Kaiser und Bayern über Verletzung

---

[12]) Dupuy S. 351 ff.
[13]) Vergl. Kaufmann S. 40.
[14]) Mercure XIII 64 f, Vuarin S. 29, Bouteiller S. 286, Brief vom 20. Juni 1625.
[15]) Vuarin S. 27.
[16]) Goetz II_2, 101, 116 Anm.
[17]) Goetz II_2, 161, 216, A 1.

der Rechte des Reichs in den lothringischen Bistümern benachrichtigen und suchte den Kaiser zum Einschreiten zu bewegen[18]). In den folgenden Jahren trat der Herzog dann in immer engere Fühlung mit den habsburgischen Mächten, verhandelte während des Krieges Frankreichs mit den Hugenotten und England über eine große antifranzösische Koalition, und rüstete in seinem Lande selbst zum Kampf gegen Frankreich[19]). Auch der Bischof von Verdun wurde von Karl im Widerstande gegen Frankreich bestärkt[20]). Die französische Regierung, die Lothringen durch Agenten überwachen ließ, war über diese Dinge unterrichtet und sah spanischen Einfluß hinter all diesen Machenschaften Karls[21]). Als dieser im März 1627 in Paris erschien, war man darüber sehr wenig erbaut und hatte versucht, ihn von dieser Reise abzubringen, da man fürchtete, Karl wolle diese Gelegenheit nur benutzen, um mit der innerfranzösischen Opposition in Verbindung zu treten[22]). Bei diesem Aufenthalt Karls in Paris verhandelte man mit ihm über den Bischof von Verdun[23]), für den Karl eintrat, und vor allem über die Frage des Lehnseides für Bar. Man stritt dabei über die Form dieses Eides, wobei die Franzosen verlangten, daß diese das Abhängigkeitsverhältnis von Frankreich scharf ausdrücke, während Karl nur eine abgeschwächte Form für zulässig erklärte. Darüber hinaus verlangten die Franzosen, daß Karl den Eid im Namen seiner Gemahlin leisten müsse, erkannten also die männliche Thronfolge für Bar nicht an. Eine Einigung erfolgte nicht. Die Franzosen wollten diese Frage nicht einschlafen lassen, sparten sich aber ein energischeres Vorgehen für günstigere Zeiten auf. Auch über die Erlasse Lebrets wurde verhandelt. Die Franzosen versprachen die Einsetzung

---

[18]) Goetz II„, 306 f, 327, vergl. oben S. 34.

[19]) Mémoires I 444, 453, Calmet VI 54 f, Theatrum I 1046.

[20]) Haussonville I 203 f.

[21]) In einem Memoire aus dieser Zeit wird gesagt, die Spanier wollten es auf alle Fälle zum Krieg zwischen Frankreich und Lothringen bringen, um sich dabei selbst in Lothringen dauernd festzusetzen, während der Herzog durch spanische Gebiete in Italien entschädigt werden solle, Aubéry V 563.

[22]) Seit 1626 befand sich die Herzogin von Chevreuse, die wegen Beteiligung an einer Verschwörung gegen Richelieu aus Frankreich verbannt war, in Nancy. Sie hat Karl, der sich in die wegen ihrer Schönheit berühmte Herzogin verliebte, stark in antifranzösischem Sinne beeinflußt. Die für Karl später so verhängnisvolle Verbindung mit der französischen Opposition dürfte in der Hauptsache auf sie zurückzuführen sein. Vgl. Brienne S. 47; Rochefaucauld S. 381; Battiffol, Cheuvreuse S. 106 ff, 120; Cousin, Chevreuse S. 20 f; Haussonville I 198 ff; Beauvau S. 14 f.

[23]) Vgl. oben S. 48 f.

einer gemeinsamen Kommission, die die Grenzstreitigkeiten regeln sollte[24]).

Gegen Ende 1627 ließ Richelieu den englischen Gesandten Montaigue, der der Hauptträger der Verhandlungen über eine große antifranzösische Koalition war, auf lothringischem Boden verhaften. Man wählte lothringisches Gebiet, weil man Lothringen für den schwächsten der in Betracht kommenden Staaten hielt. Der Zweck dieser Verhaftung war, Klarheit und Beweise über die gegnerischen Absichten zu erhalten, und die bei Montaigue gefundenen Papiere gaben diese Klarheit und bewiesen vor allem die rege Beteiligung Karls an den antifranzösischen Verhandlungen[25]). In Lothringen war man darüber natürlich sehr bestürzt, mehrere Gesandtschaften gingen nach Paris, darunter Karls Schwager, der Prinz von Pfalzburg[26]), die den Eindruck der durch Montaigues Papiere gemachten Enthüllungen beseitigen, andererseits gegen die Grenzverletzung protestieren und Montaigues Freilassung fordern sollten. Gleichzeitg trat man für den Bischof von Verdun ein und suchte für die Herzogin von Chevreuse die Erlaubnis zur Rückkehr nach Frankreich zu erwirken. Richelieu, der sich damals — 1628 — im Lager vor La Rochelle befand, war über diese Forderungen wenig erbaut, riet aber schließlich trotz schweren Bedenken — zumal die Königinmutter, die den König in Paris vertrat, dem lothringischen Gesandten bereits Versprechungen gemacht hatte — Montaigue freizulassen, nachdem durch Aufdeckung seiner Verhandlungen ja der Zweck der Verhaftung erreicht sei, und der Herzogin von Chevreuse die Rückkehr zu gestatten. Er war sichtlich bestrebt, Lothringen entgegenzukommen und den Bruch mit ihm zu vermeiden, zumal er ein Eingreifen der habsburgischen Mächte zu Gunsten Karls und dessen Beteiligung an dem von ihm für möglich gehaltenen habsburgischen Angriff erwartete[27]). Andererseits verlangte er aber von Karl, wenn auch in

[24]) Siri VI 255 ff; Calmet VI 56; Haussonville I 208 ff.

[25]) Mercure XIV 1, 120; Mémoires I 486 ff; Lettres III 20, 77; Molé I 475 f; Haussonville I 215 ff.

[26]) Gemahl von Karls ältester Schwester Henriette. Er war ein unehelicher Sohn des 1588 in Blois ermordeten Kardinals von Lothringen aus dem Hause der Guise. Er trug zunächst den Namen „Baron d'Ancerville" und sollte ursprünglich Nicole heiraten. Nach langen Familienstreitigkeiten — vgl. oben S. 50 — heiratete, als Karl seine Ehe mit Nicole schloß, d'Ancerville Karls Schwester Henriette, nachdem er zuvor vom Kaiser zum Fürsten von Pfalzburg und Lixin ernannt worden war.

[27]) Lettres II 741 f, 771 f, 773, III 92 f; Mémoires I 487 f, 504, 524 ff; Molé I 514; Mercure XIV 2, 160; d'Avaux S. 1 f, No. 1; Haussonville I 219 ffff; Batiffol, Chevreuse S. 112 ff.

freundlichem Ton, die Einstellung seiner Rüstungen, da der König sich sonst zu Gegenmaßnahmen gezwungen sehen werde[28]).

Die Absicht Richelieus, wenigstens äußerlich ein gutes Verhältnis zu Lothringen herzustellen, wurde zunächst erreicht[29]). Im April und Mai war Karl in Paris, um sich für die Freilassung Montaigues zu bedanken. Offizielle Verhandlungen sind aber anscheinend während dieser Anwesenheit Karls in Paris nicht geführt worden, zumal Richelieu und der König vor La Rochelle waren[30]). Nur über die Grenzstreitigkeiten wurde verhandelt. Man hatte, wie erwähnt, 1627 dem Herzog die Einsetzung einer Kommission über diese Frage versprochen[31]), und diese Kommission hatte auch ihre Tätigkeit aufgenommen. Während der Belagerung von La Rochelle war ein lothringischer Gesandter in Paris, der über die Grenzfragen verhandelte. Die Königin-Mutter Maria, die den König in Paris vertrat, versprach dabei, daß Ansprüche auf Gebiete, die vor 1552, also vor Besetzung der drei Städte durch Frankreich, im Besitz der Herzoge von Lothringen gewesen seien, wie auf die vom Kaiser lehnsabhängigen Gebiete nicht erhoben werden sollten. Das war ein sehr wesentliches Entgegenkommen, denn ein großer Teil der beanspruchten Gebiete, darunter Clermont, war vom Reich lehnsabhängig[32]). Der Forderung der Lothringer auf Aufhebung der Erlasse Lebrets wich Maria jedoch aus[33]). Bei seinem Aufenthalt in Paris beklagte sich Karl bei dem Kardinal Bérulle, dem Vertrauten Marias, darüber, daß in dem Augenblick, als die Kommission über die Grenzstreitigkeiten ihre Arbeiten abschließen sollte, ihre

[28]) Lettres II 772 und II 698, ein in Stichworten angegebener Entwurf einer Instruktion für Breval, der nach Lothringen gesandt wurde. Die ausführliche Instruktion an Breval — Mémoires I 504 f — enthält keine Drohung wegen französischer Gegenmaßnahmen. Der Garde des Sceaux, Séguier, schreibt um diese Zeit an Molé: Das Mißtrauen gegen Lothringen sei sehr begründet. „Quelque occasion oblige à calmer, attendant un autre vent", Molé I 507.

[29]) Vgl. Lettres III 105.

[30]) Mercure XIV 2, 163. Andilly 1628/29: S. 28 ff; Beauvau S. 15; Haussonville I 220. Bezeichnend für Karls unpolitisches und unkluges Verhalten ist, daß er durch eigene Schuld beim Empfang bei Maria mit einem der Edelleute ihres Gefolges einen Zusammenstoß hatte und diesen beleidigte. Karl mußte sich deswegen entschuldigen; Houssaye S. 290 f.

[31]) Vgl. oben S. 54 f.

[32]) Vgl. oben S. 22 f.

[33]) Aubéry V 564. Es ist nicht klar, ob dieses Versprechen vor oder nach Karls Aufenthalt in Paris gegeben wurde, oder vielleicht auch während seiner Anwesenheit. Das zitierte Memoire enthält nur die Zeitbestimmung: „Während der Belagerung von Rochelle."

französischen Mitglieder erklärt hätten, daß sie ohne Vollmacht zum Abschluß seien. Bérulle legte diese Beschwerden bei, ohne daß man sieht, auf welche Weise [34]). Jedenfalls sind die Verhandlungen über die Grenzstreitigkeiten noch weiter gegangen.

Vertrauen hatte die französische Regierung auch damals nicht zu Karl, und mit gutem Grund. Vor allem fürchtete man, daß der Herzog, der in Paris im Hause der Herzogin von Chevreuse wohnte, seinen mehrere Wochen dauernden Aufenthalt nur dazu benutzen wolle, um in Verbindung mit den inneren Gegnern der Regierung zu treten. Man hat im Staatsrat vor La Rochelle sogar erwogen, ob man nicht die Gelegenheit benutzen solle, um Karl gefangen zu nehmen. Richelieu lehnte das ab, da man sich dadurch neue Feinde zuziehen werde, was während der Belagerung von La Rochelle nicht angängig sei, betonte aber, daß, falls Karl sich nicht ruhig verhielte, man nach der Einnahme von La Rochelle energisch gegen ihn vorgehen müsse[35]).

Man bemühte sich daher weiter einen Bruch mit Karl zu vermeiden, da man ihn damals mit Rücksicht auf die innere und äußere Lage nicht brauchen konnte, zumal der Einnahme von La Rochelle der Krieg in Italien folgte: Als Ludwig XIII. zu Beginn des Jahres 1629 nach dem italienischen Kriegsschauplatz reiste, suchte ihn der Herzog in Chalons auf. Bei dieser Zusammenkunft behandelten sich beide Fürsten gegenseitig mit der größten Liebenswürdigkeit. Karl schnitt dabei die Frage des Lehnseides von Bar an, fand jedoch kein Entgegenkommen. Der König verlangte die Ablegung des Eides in seiner vollen Ausdehnung. und im Namen Nicoles, gewährte jedoch einen Aufschub für die Ablegung desselben, um einen offenen Konflikt zu vermeiden[36]). Ueber die Tatsache der Zusammenkunft waren die Franzosen sehr erfreut, da sie den Gegnern der Regierung ihre Hoffnungen auf Lothringens Feindschaft gegen Frankreich zu nehmen schien[37]).

Seit dem Jahre 1629 begannen sich jedoch die Beziehungen zwischen Frankreich und Lothringen immer mehr zuzuspitzen, da Karl sich jetzt offen auf die Seite der inneren Gegner der französischen Regierung zu stellen begann. Im Herbst 1629

[34]) Houssaye S. 291.

[35]) Mémoires I 527 f; Houssaye S. 288 ff; vgl. die Aeußerung von Séguier, oben S. 56. A 28.

[36]) Mercure XV 2, 102 f; Mémoires I 593 f; Haussonville I 226.

[37]) Ludwig schrieb am 1. Februar 1628 an seine Mutter: „Cette visite est extrêmement à propos pour détromper beaucoup de gens des intentions de M. de Lorraine." Lettres III 222. Vergl. Nuntiaturberichte IV 2, 73.

begab sich Gaston, der Bruder des Königs, der in offenem Konflikt den Hof verlassen hatte, nach Nancy, wo er überaus prächtig aufgenommen wurde. Karl versprach sich von der Freundschaft mit dem Bruder des Königs, der zugleich, da Ludwigs Ehe mit Anna von Spanien bisher keine Kinder gebracht hatte, Thronfolger war, eine Stärkung seiner Stellung gegenüber Frankreich, ohne die Folgen eines Einverständnisses mit dem in offenem Gegensatz zu seinem Bruder stehenden Herzog von Orléans zu bedenken. Karl teilte die Anwesenheit Gastons in Nancy nach Paris mit, stellte sie als einen Besuch desselben dar und behauptete, der prächtige Empfang des Bruders des Königs zeige seine Hochachtung vor dem König selbst[38]).

In Paris war man darüber anderer Ansicht, zumal Karl sofort seine Vermittlung zwischen dem König und Gaston anbot. Gleichzeitig benutzte er die Gelegenheit, auch seine eigenen Wünsche zur Sprache zu bringen und forderte, von Gaston unterstützt, die Aufhebung der Edikte Lebrets, Aufgabe des französischen Widerstandes gegen die Errichtung eines Bistums in Nancy und die Titulierung seines Vaters als Herzog, d. h. die Anerkennung des männlichen Thronfolgerechts[39]). In Paris lehnte man die Vermittlung Karls nicht offiziell ab, war aber bestrebt, die Einmischung des Herzogs in den Streit mit Gaston auszuschalten, und suchte mit diesem möglichst schnell unmittelbar zu einer Verständigung zu gelangen. Lothringen gab man nur sehr allgemeine Versprechungen, ohne auf seine Forderungen im einzelnen einzugehen[40]). Am 2. Januar 1630 gelang es den nach Nancy entsandten Unterhändlern, einen Vertrag mit Gaston abzuschließen, der darauf Lothringen verließ. Karl hatte sich dabei, wie die Unterhändler meldeten und auch der König anerkannte, redlich für die Verständigung Gastons mit dem Hof eingesetzt[41]). Er hat sich anscheinend durch die französischen Versprechungen täuschen lassen und geglaubt, für sich selbst bei dieser Vermittlung etwas herausschlagen zu können. Der Vertrag mit Gaston, ohne daß seine Wünsche berücksichtigt wurden, mußte für Karl deshalb eine schwere Enttäuschung sein.

---

[38]) Mercure XVI 871; Mémoires II 47 f; Gaston S. 579; Morizet Annales de l'Est 399 f.

[39]) Mémoires II 62, Haussonville I 482 f, No. 12 und 13; d'Avaux S. 23, No. 4; Andilly 1628/29 S. 131; Siri VI 726 f; Calmet VI 57 ff; Houssaye S. 472.

[40]) Lettres III 463, 485, VII Analyse 7, VIII 227, Mémoires II 62.

[41]) Haussonville I 483 ff, No. 14 u. 16; Lettres III 493 f.

Die kaiserlichen Truppenansammlungen an der französischen Ostgrenze und ein neuer Konflikt Gastons mit dem Hof verschärften auch das Verhältnis zwischen Frankreich und Lothringen. Karl war in immer engere Fühlung mit den habsburgischen Mächten getreten und hatte sich schon im April 1629 zu einem Angriffsbündnis gegen Frankreich bereit erklärt[42]). Auch die Franzosen hatten bereits 1629 den Schweden, denen die dem Kaiser freundliche Haltung Karls unbequem war, für den Fall eines schwedisch-französischen Bündnisses einen Angriff auf Lothringen versprochen[43]), obwohl man zweifellos in dieser Zeit, wo der Krieg in Italien recht ungünstig stand, einen Bruch noch vermeiden wollte. Als dann die Kaiserlichen in das Bistum Metz einrückten, und Vic und Moyenvic besetzten[44]), gab man in Paris mit Recht Karl einen großen Teil der Schuld daran[45]). Karl hatte sogar versucht, von den Kaiserlichen für sich selbst das Besatzungsrecht für Vic und Moyenvic zu erhalten, gegen das Versprechen, ihnen diese Plätze jederzeit zu öffnen, und merkwürdiger Weise auch den Versuch gemacht, von den Franzosen die Einwilligung dafür zu erhalten[46]).

Unaufhörlich trafen in Paris Meldungen von den französischen Generalen und Beamten in diesen Gegenden und von den zahlreichen französischen Spionen in Lothringen ein, die über Karls Rüstungen und seine Verbindungen mit dem Kaiser und Spanien berichteten[47]). Obwohl Marillac einmal schrieb, er fürchte, Richelieu werde diese Meldungen für Hirngespinste halten[48]), überschätzte man in Paris eher die von dieser Seite der französischen Ostgrenze drohenden Gefahren. Der König begab sich zeitweise nach Chalons, um in der Nähe der bedrohten Grenze zu sein, und schrieb Anfang März einen liebenswürdigen, aber energischen Brief an Karl, in dem er Einstellung der lothringischen Rüstungen forderte[49]). Trotzdem vermied man jedes offensive Vorgehen, und als die Kaiserlichen größere Operationen nicht unternahmen, und der Hof sich mit Gaston verständigt hatte, und dieser zum sichtbaren Zeichen der neuen Einigkeit mit seinem Bruder zum Befehlshaber der französischen Armee an der Ostgrenze ernannt wor-

---

[42]) Ditter III 403, zitiert aus Brüsseler Archiv, Mémoires II 227.
[43]) Siri VII 151.
[44]) Vgl. oben S. 38.
[45]) Beauvau S. 13.
[46]) Haussonville I 486 f, No. 17; Mémoires II 157 f, 184 f, 197, 227.
[47]) Haussonville I 488 ff, No. 19—21, 23.
[48]) Haussonville I 489 No. 19.
[49]) Haussonville I 487 No. 18.

den war, hat auch Karl seine drohende Haltung anscheinend aufgegeben[50]).

Während des ganzen Jahres 1630 gingen die Verhandlungen über die Streitigkeiten mit Frankreich, vor allem über die Erlasse Lebrets, die Errichtung eines Bistums in Nancy und die salische Thronfolgeordnung weiter, ohne daß ein Ergebnis erzielt wurde[51]). In der Frage der Grenzstreitigkeiten scheint Karl, der einst auf schnelle Erledigung gedrängt hatte, jetzt selbst auf eine schnelle Entscheidung ebensowenig Wert gelegt zu haben, wie die Franzosen[52]). Letztere zeigten jedoch ein nicht unwichtiges Entgegenkommen, indem am 17. Dezember 1630 in einem Schreiben an die Mitglieder der Kommission über die Grenzstreitigkeiten die 1628 von Maria gegebenen Versprechungen offiziell anerkannt, also die Erlasse Lebrets zurückgenommen wurden, soweit sie sich auf die vor 1552 in lothringischem Besitz befindlichen sowie auf die vom Reich lehnsabhängigen Gebiete bezogen[53]). Dies, sowie die sonstige Haltung der Franzosen zeigt, daß Richelieu auch 1630 noch bestrebt war, den Bruch mit Lothringen zu vermeiden.

Wieweit Karl selbst für seine Aufnahme in den Vertrag von Regensburg eingetreten ist, ist nicht zu ersehen[54]). Die Franzosen warfen ihm vor, er habe alles getan, um einen Friedensschluß zu hintertreiben[55]).

Das Jahr 1631, in dem Richelieu in Italien freie Hand bekam, brachte eine starke Verschärfung der Gegensätze zwischen Frankreich und Lothringen, die dann am Ende des Jahres zum Bruch führten. Zu Beginn dieses Jahres hatte Gaston erneut mit dem Hof gebrochen. Er begab sich in die Freigrafschaft Burgund, also auf spanisches Gebiet, und bat von dort den Herzog Karl um Aufnahme in Lothringen. Dieser ging diesmal nicht ohne weiteres darauf ein, wobei er sich darauf berief, daß er Rücksicht auf die französische Regierung

---

[50]) Haussonville I 493 No. 24.

[51]) Mémoires II 146 f.

[52]) Molé II 29, Morizet, Annales de l'Est XIII 401; Journal I 75 f; Griffet II 115.

[53]) Haussonville I 256, Anm.; vgl. oben S. 56. Die von Vuarin S. 34 für 1630 gemeldete Wiederaufnahme der Erlasse Lebrets ist daher nicht wahrscheinlich.

[54]) Vgl. oben S. 42 f.

[55]) Eine Nachricht sagt, Karl sei in Regensburg öffentlich für Rückzug der Kaiserlichen aus dem Bistum Metz eingetreten, im Geheimen jedoch für das Gegenteil. Meaume S. 381; Calmet VI 59 meldet allerdings, daß der lothringische Gesandte erst nach den entscheidenden Verhandlungen in Regensburg eintraf.

nehmen müsse. Der wahre Grund war jedoch, daß er Gaston nicht aufnehmen wollte, ohne sicher zu sein, daß ihm nicht wieder wie 1629 die eigenen Vorteile dabei verloren gingen. Gaston hatte bei seinem ersten Aufenthalt in Nancy Hinneigung zu Karls jüngster Schwester Margarete von Vaudemont gefaßt, und man sprach schon damals von einer Heirat. Jetzt verlangte Karl als Bedingung für die Aufnahme Gastons vor allem die Zusicherung dieser Heirat, und als er sie erhalten hatte, wurde der Herzog wiederum in Nancy aufgenommen. Man ging sogleich an die Vorbereitung der Heirat, eröffnete von Nancy aus einen lebhaften Flugschriftenkrieg gegen Richelieu, rüstete und zettelte im Innern Frankreichs Verschwörungen an, suchte sich z. B. durch Verrat Verduns zu bemächtigen, was aber rechtzeitig von den Franzosen aufgedeckt wurde. Mit den habsburgischen Mächten standen Karl und Gaston dabei in engster Verbindung[56]). Trotzdem kündigte Karl die Aufnahme Gastons in Paris in einer Form an, als ob er der Regierung damit einen Gefallen täte und nur Gastons Aussöhnung mit dem Hofe anstrebe[57]).

In Paris war man von dem Treiben Karls und Gastons zweifellos im allgemeinen unterrichtet, man glaubte sogar, daß die nach Paris gesandten lothringischen Diplomaten nur die Absicht hätten, die inneren Zwistigkeiten zu vermehren[58]). Trotzdem hat man anscheinend nicht geglaubt, daß Karl den offenen Kampf wagen werde[59]). Man fürchtete vielmehr nach wie vor einen habsburgischen Angriff[60]), und traf dagegen Vorbereitungen in den Grenzprovinzen. Lothringen wollte man jedoch nicht angreifen, vielmehr den Bruch mit ihm vermeiden und den Herzog von der Unterstützung Habsburgs abhalten[61]). Schon Anfang 1631 hatte man den Schweden gegenüber die Zurückhaltung gegen Lothringen damit erklärt, daß man damit Schaden für die allgemeine Sache verhindern wolle[62]). Im August wurde dann als französischer Gesandter Dorat zu Karl geschickt. Seine Aufgabe war, Lothringens Haltung gegenüber Gaston und für den Fall eines habsburgischen Angriffs zu klären und Sicherheit zu verlangen, daß Karl nichts

---

[56]) Mémoires II 325, 349 f; Gaston S. 586 f; Calmet VI 62 f; Montbrun S. 397 f; Haussonville I 274, A 2; Theatrum II 408.

[57]) Haussonville I 273 u. A. 1.

[58]) Journal I 83 ff, 107; Andilly 1630 S. 180; vgl. Feuquières III 341, 342 f, 344 f.

[59]) Feuquières III 389, 390 ff

[60]) Feuquières III 357 f.

[61]) Feuquières III 360 f.

[62]) Lettres VII 989, Anal. 1, VIII 230

gegen Frankreich unternehme. Gegen Karls Plan, seine Armee im Dienst des Kaisers nach Deutschland zu führen, wurde dabei kein Widerspruch erhoben[63]). Im Augenblick war den Franzosen das Wichtigste, Karls Eingreifen zu Gunsten Gastons zu verhindern, da man die von diesem drohende Gefahr ohne lothringische Unterstützung nicht für bedenklich hielt[64]). Man sprach davon, daß für die militärischen Operationen gegen Gaston ein Durchmarsch durch lothringisches Gebiet nötig sein werde, gab aber für diesen Fall den Befehl, in Lothringen keine Einquartierungen vorzunehmen und strengste Disziplin zu halten, um einen Bruch zu vermeiden[65]). Die an die Truppenführer gegebenen Befehle bestimmten ausdrücklich, daß ein Angriff auf Lothringen nicht beabsichtigt sei, daß man aber Uebergriffen Karls mit Waffengewalt entgegentreten müsse, und ihm auch nicht die von ihm anscheinend für den Marsch nach Deutschland geforderte Erlaubnis zum Durchmarsch durch das Gebiet von Toul geben dürfe[66]).

Karls Rüstungen und Verhandlungen gingen inzwischen weiter. Die Heirat Gastons mit Margarethe wurde endgültig beschlossen, allerdings ihre Ausführung verschoben, obwohl die Königin-Mutter Maria, die ebenfalls Frankreich verlassen hatte und sich in Brüssel befand, ihre Einwilligung gab und zur Eile drängte[67]). Man glaubte in Nancy, durch die bevorstehenden militärischen Operationen Gastons die Einwilligung des französischen Königs erzwingen zu können[68]). Es ist nicht ersichtlich, ob Karl bei seinen eigenen Rüstungen an eine unmittelbare Unterstützung Gastons oder, wie er den Franzosen versicherte, nur an ein Eingreifen in Deutschland für den Kaiser dachte[69]). Wahrscheinlich wollte er sich für beides den Weg offen halten.

In weiteren Verhandlungen der Franzosen mit Karl[70]) wurde am 28. September 1631 erreicht, daß der Herzog sich verpflichtete, die Gegner Ludwigs XIII. nicht zu unterstützen, und im Fall eines Angriffs der Gegner auf Frankreich dem

---

[63]) Lettres IV 187 f, 189 ff; Feuquières III 394.

[64]) Feuquières III 390.

[65]) La Force III 348 ff; König am 17. Sept. an La Force. Dasselbe wurde für spanisches Gebiet, wahrscheinlich die Freigrafschaft Burgund, befohlen.

[66]) Feuquières III 360 ff, 389 f, 394.

[67]) Gaston S. 587; Haussonville I 270.

[68]) Gaston S. 587, 589.

[69]) Die Nachricht, daß der Kaiser Karl einen Kurhut, Elsaß, Pfalz und Metz versprochen habe, dürfte auf bloßen Gerüchten beruhen. Vgl. Haeberlein XXVI 374.

[70]) Die Verhandlungen wurden von Guron und Dorat geführt.

König ein Hilfskorps zusagte[71]). Gleichzeitig hatten die Franzosen gefordert, daß Karl seine Armee über den Rhein führe, und gedroht, ihn anderenfalls anzugreifen. Karl gab dem Verlangen nach, zog nach Deutschland und bekämpfte auf der Seite des Kaisers die Frankreich verbündeten Schweden, was man in Paris natürlich voraussehen mußte. Man erreichte damit, daß die Truppen des unbequemen Nachbars von den französischen Grenzen entfernt wurden und Gastons militärische Absichten dadurch nicht zur Ausführung kamen. Auf die Anfrage der Franzosen über die geplante Heirat Gastons mit Margarethe hatte Karl derartige Absichten geleugnet und erklärt, er werde ohne Zustimmung des Königs in diese Heirat nicht einwilligen[72]).

Richelieus Politik gegen Lothringen ist so bis spät in das Jahr 1631 hinein durch eine große Zurückhaltung gekennzeichnet. Trotz allen feindseligen Handlungen Karls erforderte die allgemeine Lage, daß man den Bruch mit dem kleinen, aber gefährlichen Nachbarn vermied und sich hütete, den inneren und äußeren Feinden diesen Bundesgenossen zuzuführen. Ob Richelieu dabei von vornherein den Hintergedanken hatte, später zum Angriff zu schreiten, läßt sich nicht mit Sicherheit entscheiden, wahrscheinlich ist es bei seiner allgemeinen Haltung nicht, wie ja auch das große Gutachten von 1629 einen Angriff auf Lothringen nicht vorsah[73]). Aeußerungen über Angriffsabsichten für den Fall, daß Karl sich ruhig verhielt, liegen auch sonst nicht vor. Andererseits war aber eine notwendige Folge der Frankreich gefährlichen Politik Karls, daß man sich dieses Gegners zu entledigen versuchen mußte, sobald man die Hände dafür frei bekam.

4. Zurückhaltung gegenüber dem Elsaß.

Das Elsaß hat in den ersten Jahren Richelieus noch keine besondere Bedeutung für die allgemeine französische Politik gehabt, erst seit 1629 beginnt es stärker in den Gesichtskreis

---

[71]) Haussonville I 281, A 1; Mémoires II 350.

[72]) Gaston S. 589; Calmet VI 63; Morizet, Annales de l'Est XII 402; Meaume S. 391. Journal I 87. In den Memoiren II 350, desgl. im Journal I 86 f, übergeht man mit Stillschweigen, daß man von Karl das Eingreifen in Deutschland forderte. Man hatte auch nicht, wie die Memoiren sagen, von Karl die Entlassung seiner Truppen gefordert, vielmehr ihm gerade vorgeworfen, daß er durch Entlassungen die Truppen Gastons verstärke, Lettres IV 189 ff. In Vic sagte Karl später zu dem König, er habe den Feldzug in Deutschland gebilligt und ihn gewissermaßen nach Deutschland verjagt, Haussonville I 292.

[73]) Vgl. oben S. 37 und Digot V 185 f.

seiner Politik zu treten, in der Hauptsache auch jetzt nur als Gebiet, in dem man zur Erleichterung der Lage in Italien dem Kaiser Schwierigkeiten machen konnte[1]).

In Straßburg stellten sich freilich schon 1624 mehrere französische Agenten ein, um, in derselben Weise wie mit den anderen deutschen Fürsten und Reichsstädten, eine Fühlungnahme mit der Stadt herzustellen. Die meisten dieser französischen Agenten haben jedoch nur auf der Durchreise nach dem Innern Deutschlands in Straßburg vorgesprochen. Nur der Gesandte de la Haye, der im Juli 1624 in Straßburg war, hatte anscheinend besondere Aufträge für die Stadt. Er bot französische Hilfe für den Fall eines Angriffes durch den Kaiser an und suchte die Stadt bei ihrem religiösen Gegensatz gegen diesen zu fassen. Der Magistrat antwortete höflich, aber bestimmt, daß die Stadt neutral bleiben wolle; die Neutralität und der Gehorsam gegen den Kaiser gewährten ihr ausreichenden Schutz[2]).

Mehrere Jahre lang sind dann französische Gesandtschaften nicht mehr in Straßburg erschienen, erst 1629 sind neue französische Anerbietungen erfolgt. Es ist dies der Zeitpunkt, von dem Richelieu in seinem Testament sagte, er habe damals erkannt, daß dauernde Verhandlungen an allen Orten unbedingt nützlich seien, auch wenn man sichtbare Zwecke damit nicht erreiche[3]), und tatsächlich wurde seit dieser Zeit Deutschland wie ganz Europa mit einem Heer französischer Agenten überschüttet. Man darf daher die einfache Tatsache von französischen Verhandlungen mit Straßburg nicht überschätzen.

Ein französischer Parteigänger in der Stadt, Lingelsheim, schickte im April 1629 einen sehr gefärbten Bericht nach Paris, in dem es hieß, aller Augen seien auf Frankreich und französische Hilfe gerichtet. Lingelsheim widersprach sich aber selbst, wenn er fortfuhr, man könne um die französische Hilfe nicht bitten, da das als Staatsverbrechen angesehen werde. Er schlug vor, eine offizielle Gesandtschaft nach Straßburg zu schicken, oder zu warten, bis Feindseligkeiten des Kaisers ein Eingreifen ermöglichten[4]). Die französische Re-

[1]) Vgl. oben S. 33 ff.

[2]) Kroeber, Rev. d'Alsace 1870 S. 137 ff; Jacob, Straßburg S. 39 ff; Legrelle S. 63. Die Gesandtschaft liegt übrigens vor dem eigentlichen Amtsantritt Richelieus.

[3]) Testament politique II 32 ff.

[4]) Legrelle S. 66 ff. Lingelsheim ist nicht, wie Legrelle und Ketzinger I 198 angeben, französischer Resident. Vgl. Jacob, Straßburg S. 97, A 3. Das Memoire bei Legrelle nennt den Absender nicht; doch ist dieser wohl sicher Lingelsheim, an den man antwortete.

gierung beauftragte darauf Lingelsheim, der Stadt, die sich durch einen Angriff des Kaisers nicht überraschen lassen solle, Hilfe zu versprechen[5]). Eine Antwort Straßburgs ist nicht bekannt, vielleicht ist sie auf diese inoffizielle Mitteilung hin auch nicht für nötig gehalten worden[6]).

Im März 1631 erschien de l'Isle, ein französischer Protestant, der Besitzungen im Elsaß hatte und der auf den Leipziger Konvent der deutschen Protestanten reiste, in Straßburg. Er befürwortete ein gemeinsames Vorgehen der deutschen Protestanten und meinte, der Gegensatz der Religion brauche Straßburg nicht von Frankreich fernzuhalten[7]). Um dieselbe Zeit bat Gaston, der Bruder des Königs, der auch 1629 die gleiche Bitte an die Stadt gerichtet hatte, um Aufnahme, was jedoch abgelehnt wurde[8]). Im Mai 1631 kehrte de l'Isle aus Deutschland zurück, um sich als ständiger französischer Gesandter in Straßburg niederzulassen. Die Stadt, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befand, bat durch seine Vermittlung um eine französische Anleihe. Nach längeren Verhandlungen, in denen de l'Isle anscheinend zunächst versuchte, gewisse Bündnisverpflichtungen für den Fall der Gewährung einer Anleihe durchzusetzen, wurde ein angesehener Straßburger, Glaser, der aber seit 1629 eine französische Pension bezog[9]), nach Paris entsandt. Diese Wahl erfolgte auf Drängen von de l'Isle, und der Magistrat, der Glaser mißtraute, schränkte seine Vollmachten möglichst ein. Glaser sollte nicht als offizieller Gesandter gelten und nicht über politische Fragen, sondern nur über die Anleihe verhandeln[10]). Nach längeren, ziemlich schwierigen Verhandlungen schloß Glaser im August 1631 einen Vertrag über die Anleihe ab, in dem Straßburg 150 000 Livres ohne Zinsen, aber in zwei Jahren zurückzahlbar, versprochen wurden[11]).

---

[5]) Ketzinger I 198 f.

[6]) Spach S. 221 datiert seit 1629 Hinneigung Straßburgs zu Frankreich. Irgendwelche Anzeichen liegen dafür nicht vor.

[7]) Khevenhiller XII 324 ff; Jacob, Straßburg S. 120.

[8]) Brief Gastons und Antwort der Stadt in Curiosités d'Alsace, 1863, S. 227 ff; Ketzinger I 205; Jacob, Straßburg S. 95 und 133. Gaston bat auch in Kolmar um Aufnahme; Mossmann, Notes et Documents No. 12.

[9]) Legrelle S. 714 No. 2; Lettres VIII 96. Vergl. über ihn auch das Urteil von de Thou, Aubery III 32.

[10]) Reuss, Annales de l'Est 1900, S. 203 ff; Jacob, Straßburg S. 120 ff.

[11]) Der Vertrag bei Kroeber, Rev. d'Alsace 1869 S. 507 ff; die Berichte Glasers über die Verhandlungen bei Reuss, Annales de l'Est 1900. Bezeichnend für die geringe Beschäftigung der Franzosen mit dem Elsaß ist, wenn man es auch nicht überschätzen darf, daß der

Während die Franzosen nicht gerade bemüht gewesen waren, die Frage der Anleihe schnell den Straßburger Wünschen entsprechend zu erledigen, wurde Glaser von Richelieu und seinen Gehilfen mit Versprechungen aller Art überschüttet: der König wolle die Stadt schützen, sei bereit, alles für sie zu tun und ihr kriegserfahrene Söldner zu schicken. Der Pater Joseph sagte zu Glaser, seine, des Königs und Richelieus Ansicht sei, daß die Protestanten Christen wären, und man schätzte deshalb auch in Frankreich die protestantische Religion. Bezeichnend für Straßburgs Stimmung gegenüber Frankreich ist, daß man an dieser Stelle des Berichts von Glaser am Rand bemerkte: „der Teufel traut“[12]).

Die Franzosen suchten also die Stadt in jeder Weise zu einer Frankreich geneigten Politik zu beeinflussen, ohne sich dabei politisch zu binden, denn die Anleihe verpflichtete in gewisser Beziehung die Stadt, aber nicht die französische Politik. Bezeichnend für die Stellung der französischen Regierung zu Straßburg ist ein Gutachten darüber aus der Zeit der Verhandlungen Glasers. Es heißt dort, Straßburg habe um Hilfe gegen den Kaiser gebeten[13]). Wenn man das ganz zurückweise, bestände die Gefahr, daß die Stadt sich dem Kaiser in die Arme werfe und damit den anderen protestantischen Reichsstädten ein schlechtes Beispiel gebe. Andererseits verpflichte sich der König durch offene Protektion zum Beistand, und der Kaiser erhielte dadurch nur einen Vorwand zum Angriff. Man habe daher eine mittlere Haltung angenommen, Straßburg notfalls Hilfe versprochen, aber der Stadt geraten, es nicht zum Aeußersten kommen zu lassen. Dadurch habe man der Stadt die Furcht vor einem ähnlichen Schicksal, wie dem der lothringischen Bistümer, und dem Kaiser den Grund zum offenen Angriff genommen, und dabei das Vertrauen der Stadt gewonnen, das für die Zukunft sehr wichtig sei[14]). Hier zeigt sich zweifellos das „vorsichtige und verdeckte Verhalten“, das Richelieu 1629 empfohlen hatte[15]), andererseits geht aber aus diesem Gutachten von 1631 mit aller Deutlichkeit hervor, daß Richelieu damals noch weit davon entfernt war, an

Schatzmeister Basignier bei den Verhandlungen mit Glaser nicht wußte, ob Straßburg eine Stadt oder was es sonst sei, und wo es läge. Reuss, ebenda. S. 221. Vgl. Godefroy S. 304.

[12]) Reuss, Annales de l'Est 1900 S. 218 f; vgl. die Briefe des Königs und Richelieus an Straßburg vom 16. Juni; Ketzinger II 19 f; Jacob, Straßburg S. 121 Anm. 2.

[13]) Es kann sich hierbei nur um den Brief von Lingelsheim handeln, vgl. oben S. 64.

[14]) Mémoires II 335; Legrelle S. 75 f.

[15]) Vgl. oben S. 37.

einen Einmarsch in das Elsaß zu denken, daß man die Verteidigung Straßburgs gegen einen kaiserlichen Angriff nur ungern und wahrscheinlich überhaupt nicht übernehmen wollte, und daß das einzige Ziel — entsprechend der ganzen deutschen Politik Richelieus — war, Straßburg ebenso wie andere Reichsstädte von einem Uebertritt auf die Seite des Kaisers abzuhalten.

In ähnlicher Weise, wie gegenüber Straßburgs, verhielt man sich gegenüber dem zur Schweizer Eidgenossenschaft gehörenden Mühlhausen. Auch hier sparte man allgemeine Versprechungen nicht. Trotzdem erhielt Mühlhausen, das im Gegensatz zu Straßburg militärische Unterstützung gegen den Kaiser wünschte, an Stelle von Geld und Soldaten nur Versprechungen für die Zukunft, die der die Rache des Kaisers fürchtenden Stadt nichts nützten[16]).

So hat Richelieu in dieser Zeit gegenüber dem Elsaß eine große Zurückhaltung gezeigt. Das hinderte nicht, daß man da, wo man es ohne Anstoß zu erregen tun konnte, angebliche Rechte zur Ausbreitung des französischen Einflusses zur Anwendung brachte. Schon 1626 und 1628 hatte der Graf von Hanau-Lichtenberg für die drei kleinen Orte Buschweiler, Ingweiler und Neuweiler dem Bischof von Metz den Lehnseid geleistet, da diese Orte vom Bistum Metz abhängig seien[17]). Das geschah wohl sicher nicht ohne französische Einwirkung, da Frankreich später diesen Lehnseid benutzte[18]). Im August 1629 bezeichnete man ferner die Abtei Haslach im Bistum Straßburg als eine Gründung der Vorgänger des französischen Königs, und verlangte von Straßburg, daß dem Abt, der sich unter französische Protektion gestellt habe, der von den katholischen Untertanen der Stadt, — diese unterstanden dem Abt in kirchlicher Beziehung — verweigerte Zehnte gezahlt würde[19]).

Das Vorgehen im Elsaß selbst entsprach so den auch in der allgemeinen Politik dieser Zeit von Richelieu verfolgten Richtlinien. Man suchte in noch sehr vorsichtiger und zurückhaltender Weise eine Einflußnahme im Elsaß selbst vorzube-

[16]) Grober S. 16 ff.

[17]) Chemnitz II 263; Laguille II 117; Pufendorf S. 123.

[18]) Vgl. unten S. 152. Es ist möglich, daß dies ebenfalls mit der Kommission von Lebret in Zusammenhang steht, die ja mit allen Nachbarn der Bistümer verhandeln sollte. Vgl. Anhang S. 387. Schon Fancan hatte in seinem Memoire von 1625 auf derartige Abhängigkeitsverhältnisse hingewiesen; Gardiner, Rev. hist. I 326; vgl. oben S. 35, A 23. Schon am 8. Juli 1625 schrieb der Erzherzog Leopold von derartigen Plänen der Franzosen; Hurter IX 387.

[19]) Ketzinger I 201 f; Lorenz S. 344.

reiten, ohne daß für die praktische Politik Annexionsabsichten irgendeine Rolle spielten. „Die Absicht einer schon in bestimmten Umrissen vorschwebenden Eroberung dürfte sich kaum nachweisen lassen, das Nächste war das dringendste“[20]). Die allgemeine Lage gestattete Annexionsabsichten noch in keiner Weise. Das Ziel war die Schwächung Habsburgs, ohne daß Frankreich in den Krieg hineingezogen wurde. Dazu brauchte man gute Beziehungen zu den deutschen Fürsten, und schon das machte Angriffsabsichten auf das Elsaß unmöglich. Es ist dafür bezeichnend, daß man den 1629 gegenüber Bayern gemachten Versuch, eine Diversion im Elsaß nach dieser Seite diplomatisch zu sichern, sofort fallen ließ, als Maximilian erklärte, daß das auch die Interessen der Reichsfürsten berühre[21]).

[20]) Ranke IX 274.
[21]) Vgl. oben S. 44 f.

Kapitel IV.

Diplomatischer Kampf.

Vom Frieden von Cherasco bis zum Eintritt in den Dreißigjährigen Krieg. 1631 bis Mai 1635.

1. Bündnis-Politik und Verhandlungen über eine allgemeine Verständigung.

Durch den Frieden von Cherasco im Jahre 1631 hatte Richelieu den offenen Kampf Frankreichs mit den habsburgischen Mächten in Italien beendet, durch sein Bündnissystem war er aber politisch auf das engste in den Kampf gegen Habsburg verwickelt. Es ist die Zeit des sogenannten „verdeckten" Krieges gegen das Haus Habsburg, der mit allen Mitteln der diplomatischen Kunst geführt wurde. Man bezeichnet denselben fast allgemein als bewußte Vorbereitung des offenen Krieges, und diese Politik hat ja dann auch 1635 zum Eintritt Frankreichs in den Dreißigjährigen Krieg geführt. Trotzdem zeigt die politische Haltung Richelieus in diesen Jahren wie auch seine persönlichen Aeußerungen, daß er Frankreichs Teilnahme an dem allgemeinen Krieg möglichst vermeiden und mindestens so lange wie möglich hinausschieben wollte, wenn er auch mit der Zeit immer mehr mit der Möglichkeit und der Notwendigkeit eines offenen Krieges zu rechnen begann.

Der große Krieg ging so auch von 1631 bis 1635 ohne unmittelbare Teilnahme Frankreichs weiter. Er führte in Deutschland jetzt im Wesentlichen zu einem großen Zweikampf zwischen dem Kaiser und Schweden, um die sich die kleineren Fürsten gruppierten. England stand abseits, und verlor im weiteren Verlauf des Dreißigjährigen Krieges infolge innerer Kämpfe immer mehr jede Einwirkung auf die allgemeinen Ereignisse. Spaniens Kräfte wurden, mindestens im

ersten Teil dieses Zeitraumes, in der Hauptsache durch den Kampf gegen Holland verbraucht, der sich ohne größere Entscheidungen langsam weiterschleppte. Desto wechselvoller war das Bild auf dem Hauptkriegsschauplatze, in Deutschland.

Nur langsam und mit vieler Mühe und unter Drohungen war es Gustav Adolf, dem „Retter des deutschen Protestantismus" gelungen, die deutschen Protestanten um sich zu sammeln, die dann aber schließlich durch seine Energie zu einem festen Kriegsbündnis zusammengeschmiedet wurden. Der glänzende Sieg über Tilly bei Breitenfeld im Herbst 1631 machte Schweden und seine Verbündeten dann militärisch zu Herren der Lage, und siegreich überfluteten ihre Heere fast ganz Deutschland. Gleichzeitig suchte Gustav Adolf seine Verbündeten in feste Abhängigkeit von Schweden zu bringen, ein protestantisch-schwedisches Kaisertum schien heranzureifen, und die Macht des Hauses Habsburgs und des Katholizismus in Deutschland schien mit dem Untergang bedroht zu sein. Dem Kaiser Ferdinand blieb nichts anderes mehr übrig, als den großen Feldherrn, den er vor zwei Jahre in Regensburg entlassen hatte, jetzt wieder um die Uebernahme des Kommandos zu bitten, und Wallenstein, durch die Entlassung schwer gekränkt, stellte Bedingungen, die ihm eine mit der kaiserlichen Autorität nicht zu vereinbarende Unbeschränktheit im Oberbefehl ließen, und nur die bittere Not zwang den Kaiser, seine Bedingungen schweren Herzens anzunehmen.

So sah das Jahr 1632 die beiden größten Feldherrn dieses Krieges, Gustav Adolf und Wallenstein, einander gegenüber, beide grundverschieden sowohl in ihrem Wesen wie in den Grundlagen, auf denen ihre Stellung ruhte. Der schwedische König hatte, nachdem er Ende 1631 an den Rhein vorgestoßen war, Anfang 1632 fast ganz Bayern mit seiner Hauptstadt München besetzt, und der stolze Herzog Maximilian mußte jetzt Wallenstein, dessen Entlassung er in Regensburg erzwungen hatte, zur Rettung seines eigenen Landes herbeirufen. Vor Nürnberg lagen Wallenstein und Gustav Adolf einander lange gegenüber, schließlich wagte der Schwede den Kampf, um aber vor dem festen Lager des Gegners blutig abgewiesen zu werden. Der Kampf zog sich dann wieder nach Mitteldeutschland, bis im November 1632 die Schlacht bei Lützen diesen Abschnitt des Krieges beendete. Die Schweden siegten über Wallenstein, aber ihr großer König blieb auf dem Schlachtfeld.

Trotz dem Sieg schien so alles erschüttert, denn Gustav Adolf allein war es gewesen, der die Kräfte des deutschen Protestantismus in dem harten Kampf gegen Habsburg zu-

sammengezwungen hatte. In Schweden folgte ihm seine noch unmündige Tochter Christine, die Leitung des deutschen Krieges aber wurde dem Vertrauten des gefallenen Königs, dem Kanzler Oxenstierna, mit fast unumschränkter Vollmacht übertragen. Dieser war, wenn er auch an die Persönlichkeit seines Königs nicht entfernt heranreichte, doch auch ein Staatsmann großen Stils. Er war entschlossen, Gustav Adolfs Politik fortzuführen. Freilich fehlte ihm dabei die Autorität des großen Königs, und da er nicht wie dieser zugleich Staatsmann und Feldherr war, machte es manche Schwierigkeiten, die Generale der schwedischen und verbündeten Truppen zur Unterordnung zu bringen. Auch politisch gelang es nicht, die protestantischen Kräfte so fest zusammenzuhalten, wie es der König vermocht hatte; Sachsen und Brandenburg begannen, ihre eigenen Wege zu gehen. Aber der mit den vier oberdeutschen Kreisen abgeschlossene Heilbronner Bund gab doch der schwedischen Politik und Kriegführung zunächst genügenden Rückhalt, sodaß Schweden und seine Verbündeten im Jahre 1633 und in der ersten Hälfte des Jahres 1634 noch ein entschiedenes Uebergewicht in Deutschland besaßen. Freilich half ihnen dabei die Haltung, die Wallenstein einnahm. Seine Kriegführung war langsam und zögernd, er haßte die Verbündeten seines Kaisers, Bayern und Spanien, und suchte eine unabhängige und selbständige Stellung inmitten der kämpfenden Parteien einzunehmen. Im Geheimen verhandelte er mit allen Gegnern des Kaisers, bis ihn schließlich 1634 in Eger das Verhängnis ereilte und er von Angehörigen seines eigenen Heeres ermordet wurde.

Diese Mordtat machte den Kaiser erst wieder zum Herrn seiner eigenen Truppen, die jetzt auch wieder durch spanische Kräfte verstärkt waren. Ein halbes Jahr nach Wallensteins Ermordung schlug im September 1634 das habsburgische und bayerische Heer unter dem Befehl des Kaisersohnes Ferdinand, dem Gallas zur Seite stand, die Schweden unter Bernhard von Weimar und Horn bei Nördlingen aufs Haupt. Diese Schlacht bedeutete einen neuen Wendepunkt des Krieges. Fast ohne Widerstand zu finden, drangen jetzt die habsburgischen Truppen in Deutschland vor, und das protestanitische Bündnis war nicht fest genug gefügt, um eine solche Niederlage zu überstehen. Die schwedischen Bundesgenossen begannen mit dem Kaiser zu verhandeln; im Mai 1635 schloß Sachsen mit ihm den Frieden von Prag, dem Brandenburg und fast alle protestantischen Reichsstände beitraten. Wie vor sechs Jahren nach dem Lübecker Frieden, so schien jetzt wieder das Haus Habsburg unmittelbar vor dem vollen Endsieg zu stehen.

Es ist der Zeitpunkt, an dem Frankreich offen in den Dreißigjährigen Krieg eintrat, während Richelieu von 1631—1635 nur mit einer weit greifenden und viel verschlungenen Diplomatie in die großen Weltereignisse, die wir soeben kurz überblickt haben, einzugreifen versuchte. Er scheute vor dem kriegerischen Einsatz der französischen Machtmittel zurück, mußte aber freilich trotz manchen Einzelerfolgen erfahren, daß im Toben des großen Machtkampfes auch eine noch so feine diplomatische Kunst nicht entscheidend in die Räder des großen Weltgeschehens eingreifen konnte.

Die Politik dieser Jahre, wie überhaupt die gesamte auswärtige Politik Richelieus, ist nicht verständlich, wenn man sich dabei nicht der inneren Lage Frankreichs in dieser Zeit bewußt bleibt. Richelieu ist der Staatsmann, der die Grundlagen für den französischen absolutistischen Einheitsstaat, in dem nur der Wille des Monarchen galt, gelegt hat, aber man darf dabei nicht vergessen, daß zu seinen Lebzeiten zwar der Weg zu diesem Ziel beschritten, dieses aber noch nicht erreicht wurde. Noch das Jahr 1632 führte zu einer großen gewaltsamen Auseinandersetzung mit Gaston, dem Bruder des Königs, und seinen Anhängern. Sie wurden entscheidend geschlagen und damit die Gefahr offener Erhebungen auf absehbare Zeit beseitigt. Trotzdem arbeiteten die Gegner Richelieus, an der Spitze die Königin-Mutter, weiter gegen ihn. Das Bedenkliche dabei war, daß diese Opposition in engster Verbindung mit dem Ausland, vor allem mit Spanien, stand, sodaß der Ausbruch eines offenen Kriegs auch die Gefahr größerer Unruhen im Innern mit sich brachte.

Aber auch abgesehen von diesen Parteiungen im Innern war Frankreich damals noch weit entfernt von dem Zustand des einheitlich geleiteten, absolutistischen Staates. Noch hatte der Monarch mit ständischen Kräften aller Art zu rechnen, und eine einheitliche Staatsleitung wurde noch dadurch erschwert, daß die verfassungsmäßigen Verhältnisse in den einzelnen Teilen des Landes durchaus verschieden waren. Vor allem waren erst die allerersten Ansätze zur Schaffung eines allein von der Zentrale abhängigen Verwaltungsbeamtentums vorhanden. Verhängnisvoll war aber, besonders für die auswärtige Politik, der Zustand der Finanzen. Zwar war die Steuerlast für die unteren Schichten der Bevölkerung — die bevorrechtigten Stände besaßen das Privileg der Steuerfreiheit — drückend, aber der größte Teil der Steuern floß in die Taschen der Steuereinnehmer, an die die Einkünfte verpachtet waren. Auch die Beschaffenheit des Heeres war schlecht. Der alte ständische Heerbann versagte, wo man ihn überhaupt

noch aufrief, völlig, und für die Söldnerheere fehlten Geld und Ausrüstung, kriegsgewohnte Soldaten und vor allem geschulte Führer[1]).

Richelieu selbst hat immer wieder von den schlechten Verhältnissen im Innern gesprochen und weitgehende Reformen geplant, durch die er auch die Lage der Bevölkerung zu erleichtern gedachte. Er hat in seinem großen Politischen Testament ein Programm für die Reformen aufgestellt und in den Zeiten des Krieges mit Habsburg oft den Wunsch ausgesprochen, daß ein Friede ihre Durchführung ermöglichen werde. Er war viel zu real, um nicht die Bedeutung einer Gesundung im Innern für die auswärtige Stellung Frankreichs zu erkennen, und um nicht zu wissen, daß der Aufbau der absoluten Monarchie nicht nur äußerlich erfolgen dürfe, sondern von inneren Reformen begleitet sein müsse. Die Ratschläge, die er in seinem Politischen Testament gab, stehen im starken Gegensatz zu der Politik, die Ludwig XIV. später verfolgte. Richilieu hätte sich davor gehütet, durch eine fortgesetzte Eroberungspolitik die innern Kräfte seines Staates völlig auszuhöhlen, und Ludwig XIV. ist, so sehr er als der Fortsetzer Richelieus erscheint, doch auch zum Zerstörer seines Werkes geworden. Zwar führte er die auswärtige und die innere Politik in der Richtung weiter, die der große Minister seines Vaters eingeschlagen hatte, aber indem er beide verhängnisvoll überspannte, verließ er den Boden wahrer Realpolitik, die für Richelieu Lebensblut war, und der deshalb nie die wahren Kräfte Frankreichs überschätzt hat. So sehr seine ganze Politik unter dem Grundsatz vom Primat der auswärtigen Politik steht, so hat er doch stets die inneren Verhältnisse bei seiner auswärtigen Politik berücksichtigt.

Die Gefahren der inneren Lage hielten Richelieu daher davon zurück, in der Zeit von 1631 bis 1635 in den allgemeinen Krieg unmittelbar einzugreifen. Die innere Schwäche, vor allem die Zerrüttung der Finanzen und der schlechte Zustand von Heer und Flotte ließen ihn fürchten, daß Frankreich die Teilnahme an dem allgemeinen Krieg nur schwer werde ertragen können, zumal ein solcher Krieg länger dauern konnte, als die lokalen Unternehmungen in Graubünden und Italien, und sich schwer beenden ließ, wenn die innere Erschöpfung das forderte. Hinzu kam die starke Stimmung im Lande gegen einen großen Krieg und vor allem gegen die protestantischen Bündnisse, und die Rücksichtnahme auf die Persönlichkeit des Königs, zunächst auf seine schwache Ge-

[1]) Vgl. unten S. 190, A 4.

sundheit. Starb er, so war, bis im Jahre 1638 ein Thronerbe geboren wurde, Gaston, Richelieus ärgster innerer Feind, der Nachfolger, und, falls Frankreich dann in einen großen Krieg verwickelt war, konnten verhängnisvolle Folgen daraus erwachsen. Aber auch der Charakter des Königs erschwerte Richelieu seine Politik. Ludwig XIII. war vielleicht nicht so unbedeutend, wie ihn die Nachbarschaft seines alles überragenden Ministers erscheinen läßt. Vor allem auf militärischem Gebiet besaß er eigene Kenntnisse und Fähigkeiten. Aber allzu leicht gewannen Günstlinge sein Ohr, und oft schien durch ihren Einfluß die Stellung Richelieus bedroht, der so stets um seine Macht kämpfen und mancherlei Rücksichten nehmen mußte. Auch ließ sich Ludwig gern von Stimmungen und Gefühlen leiten, die die nüchterne Realpolitik Richelieus zu stören drohten. Vor allem spielten auch in politische Entscheidungen die bigotten Neigungen des Königs hinein, und Richelieu mußte sich stets bemühen, seine religiösen Empfindungen nicht zu verletzen. Auch diese Dinge müssen bei der Beurteilung der Politik des großen Staatsmanns stets im Auge behalten werden.

Richelieus größte Sorge war freilich nach wie vor ein gemeinsamer Angriff der habsburgischen Mächte auf ein isoliertes Frankreich, und diese Sorge war nicht unbegründet, denn Spanien verhandelte, vor allem seit 1633, über eine große antifranzösische Koalition. Das Ziel der auswärtigen Politik Richelieus war daher, noch ausgesprochener als in dem vorangegangenen Zeitraum, die habsburgischen Mächte an anderen Stellen so zu beschäftigen, daß ihnen die Ausführung eines Angriffs auf Frankreich unmöglich wurde. Das war die Aufgabe der französischen Diplomaten, die in ganz Europa verhandelten. Sie führten überall das Streben ihres Königs nach einem allgemeinen Frieden im Munde, waren aber bestrebt, die Kriege, die Habsburg führen mußte, nicht zum Erlöschen kommen zu lassen. Man fürchtete, daß der Kaiser und Spanien, selbst unter großen Opfern, Frieden schließen könnten, um sich gegen Frankreich zu wenden, und besorgte andererseits, daß die Gegner der Habsburger ein französisches Eingreifen in den Krieg benutzen könnten, um bei den Habsburgern einen Frieden unter guten Bedingungen zu erzielen. Daher legte Richelieu in allen Bündnisverhandlungen den Hauptwert darauf, daß die Bundesgenossen sich verpflichteten, ohne französische Einwilligung weder Waffenstillstand noch Frieden zu schließen, und daß der Friede, an dem Frankreich als Vermittler teilnehmen wollte, auch Frankreichs Besitzstand sicherte und die Verbündeten für einen längeren Zeitraum —

meist zehn Jahre — verpflichtete, im Fall eines habsburgischen Angriffs gegen Frankreich wieder zu den Waffen zu greifen. Nur durch einen solchen Frieden glaubte Richelieu Frankreich gegen den Angriff der habsburgischen Mächte sichern zu können, und dieser sehr reale Gedanke spielte eine wesentlich größere Rolle, als der in der historischen Literatur häufig besonders stark betonte Anspruch, „Schiedsrichter der Christenheit" zu sein, wovon Richelieu selbst allerdings auch einige Male gesprochen hat[2]).

Die Hauptentscheidungen des allgemeinen Krieges fielen damals in Deutschland und hier konzentrierte sich daher vor allem die Tätigkeit der französischen Diplomaten. 1632 versuchte man im besonderen, die schon vorher angestrebte Neutralität zwischen Schweden und den deutschen Protestanten auf der einen, Bayern und der katholischen Liga auf der anderen Seite zustande zu bringen, um dem Kaiser damit seine deutschen Bundesgenossen zu nehmen. Diese Versuche scheiterten, und das führte dazu, daß sich die doppelseitige Bündnispolitik nicht mehr aufrecht erhalten ließ, obwohl man die Verbindung mit Bayern zu bewahren bemüht war. Das Bündnis mit Bayern vom Jahre 1631 wurde aber dadurch gegenstandslos, daß dieses die von ihm verlangte Hilfe gegen Schweden nicht erhielt. Die französische Politik erhielt so immer mehr den Charakter der alleinigen Unterstützung der protestantischen Mächte. Andererseits aber erregte die Haltung und die wachsende Macht Gustav Adolfs ernste Besorgnisse in Frankreich. Man hatte in dem schwedischen König einen bequem zu leitenden Bundesgenossen gesehen, der im französischen Interesse dem Kaiser das Gegengewicht hielt, ohne das Gleichgewicht in Deutschland zu Gunsten der Protestanten übermäßig zu verschieben. Man war arg verstimmt und schwer besorgt, als Gustav Adolf sich nicht um die französischen Ratschläge kümmerte, und anstatt, wie man wünschte, die kaiserlichen Erblande anzugreifen, sich gegen Bayern und die katholischen Kurfürsten wandte und sich vor allem am Rhein festzusetzen begann. An der Stelle des kaiserlichen Uebergewichts in Deutschland schien jetzt die Errichtung einer starken protestantischen Militärmacht in Deutschland und in Frankreichs Nachbarschaft am Rhein zu drohen Die Minierarbeit der französischen Politik in Deutschland richtete sich so 1632 mindestens ebenso sehr gegen Schweden wie gegen

[2]) Eine Instruktion aus dem Jahre 1634 betont übrigens ausdrücklich, daß Frankreich Vermittler, nicht Schiedsrichter sein wolle. Mémoires II 550.

den Kaiser, und der Augenblick schien nicht mehr fern, in dem Frankreich sich gezwungen sehen konnte, offen der bedrohlich anwachsenden schwedischen Macht entgegentreten zu müssen, um das Gleichgewicht in Deutschland wiederherzustellen.

Der Tod Gustav Adolfs Ende 1632 machte das unnötig. Der Kanzler Oxenstierna, sein Nachfolger in der Leitung des deutschen Krieges, wie die deutschen Protestanten, sahen sich nach dem Tode des großen Königs gezwungen, mehr als dieser selbst auf Frankreichs Wünsche Rücksicht zu nehmen. Trotzdem versuchten die Franzosen, die Leitung des deutschen Krieges den Schweden zu entwinden und dem Kurfürsten von Sachsen zu geben. Der Gesandte in Deutschland, Feuquières, erkannte jedoch bald, daß dieser Plan seiner Regierung auf Unkenntnis der Person und der politischen Haltung des sächsischen Kurfürsten beruhte. Die Leitung des protestantischen Bundes blieb also den Schweden, aber Feuquières gelang es, einen steigenden Einfluß auf die deutschen Dinge zu gewinnen. Auf den Tagungen zu Heilbronn und Frankfurt wurden 1633 Verträge Frankreichs mit den vier oberdeutschen Kreisen und Schweden abgeschlossen. Das Ziel der Verhandlungen Feuquières' in diesem und dem folgenden Jahre war, die deutschen Protestanten im Kampf gegen Habsburg festzuhalten und dabei möglichst viel Vorteile und Garantien für Frankreich herauszuschlagen.

In Italien war das Ziel der französischen Politik die Aufrechterhaltung des Friedens von Cherasco und die Schaffung einer italienischen Liga unter französischer Führung, um das Gleichgewicht gegen Spanien in Italien herzustellen. In Holland bemühte man sich mit Erfolg, Waffenstillstandsverhandlungen Hollands mit Spanien zum Scheitern zu bringen und schloß im April 1634 ein neues Bündnis mit Holland, das aber dessen Hoffnungen auf Frankreichs Eintritt in den Krieg gegen Spanien nicht erfüllte. Inzwischen hatte Frankreich 1632 bis 1634 ganz Lothringen und große Teile des Elsaß und des Kurfürstentums Trier besetzt[3]).

Trotz dieser antihabsburgischen Politik hat Richelieu während dieses ganzen Zeitraumes unmittelbar in Wien und Madrid und durch Vermittlung des Papstes über die Grundlagen eines allgemeinen Friedens verhandelt. Obwohl er zur Zeit überall das Erlöschen des Krieges zu verhindern suchte, ist doch anzunehmen, daß seine und seiner Unterhändler Aeußerungen über den sehnlichen Wunsch nach einem Frieden

[3]) Vgl. darüber die Abschnitte 3 und 4 dieses Kapitels.

der ganzen Christenheit insofern ehrlich waren, als sie den Frieden wünschten, sobald er so abgeschlossen werden konnte, daß Frankreich gegen einen Angriff der Habsburger gesichert war.

Bei diesen allgemeinen Verhandlungen ist auch die Stellung Richelieus zu den Bistümern, Lothringen und dem Elsaß, sowie dem 1632 besetzten Kurfürstentum Trier wichtig. Als man 1632 in Madrid festzustellen suchte, unter welchen Bedingungen Spanien zu einem allgemeinen Frieden bereit sei, sollte der dorthin entsandte Diplomat, Bautru, für Frankreich auf dem Besitz von Pignerol, das Savoyen 1630 Frankreich überlassen hatte, und Moyenvic, das Ende 1631 wiedergewonnen war[4]), bestehen und das französische Vorgehen gegen den Herzog von Lothringen als gerecht bezeichnen, d. h. die Anerkennung der mit ihm geschlossenen Verträge verlangen. Er sollte aber betonen, daß Frankreich das Elsaß ebenso wie Mailand Anfang 1632 nicht angegriffen habe, obwohl das leicht gewesen sei[5]). Auch in Wien ließ man ungefähr dieselben Bedingungen für einen allgemeinen Frieden mitteilen und erklärte dabei, daß die Abhängigkeit, in der sich Moyenvic, das dem Bischof von Metz gehörte, als Reichslehen vom Kaiser befand, durch die französische Protektion nicht berührt werden solle[6]). Die Antwort des Kaisers scheint entgegenkommend gewesen zu sein, jedenfalls schrieb der päpstliche Nuntius in Paris bald darauf, man habe dort die kaiserlichen Anerbietungen gut aufgenommen, man wünsche aber Klarheit über die habsburgischen Absichten zu haben, ehe man durch weitere Verhandlungen die Bundesgenossen verstimmen wolle[7]).

In der ersten Hälfte des Jahres 1633 erhielt der französische Gesandte in Wien, Charbonnières, den Auftrag, mit dem Kaiser über die Grundlagen eines allgemeinen Friedens zu verhandeln, möglichst durch Vermittlung des Nuntius und unter Vermeidung des Anscheins, als ob die Bündnisvorschläge von Frankreich ausgingen. Dabei forderte man außer Pignerol die Verpflichtung des Kaisers, in den Bistümern nicht einzugreifen, und die Erhaltung des derzeitigen Zustandes in denselben, aber unter Anerkennung ihrer Abhängigkeit vom Reich. Man erklärte sich bereit zur Rückgabe der im Kurfürstentum Trier besetzten Plätze, verlangte aber die An-

[4]) Vgl. unten S. 84.
[5]) Mémoires II 420.
[6]) Khevenhiller XII 314 ff.
[7]) Khevenhiller XII 323.

erkennung der mit Lothringen geschlossenen Verträge[8]). Ein entsprechender Entwurf über die Friedensbedingungen wurde auch Feuquières für die Verhandlungen in Deutschland mitgegeben; er sollte ihn aber streng geheim halten und den Verbündeten nur Kenntnis davon geben, wenn ihre Vertrauenswürdigkeit sicher sei[9]). Die Forderung wegen der Bistümer sollte er nicht anschneiden[10]). Die päpstlichen Nuntien bemühten sich in derselben Zeit um eine Vermittlung. Ihnen gegenüber forderten die Franzosen wiederum die Aufrechterhaltung der Verträge über Lothringen und Pignerol. Ueber Trier sagten sie hier, der König habe dort die katholische Religion schützen müssen, und es befände sich besser in französischen als in schwedischen Händen. Der Kaiser forderte dagegen beim Papst die Rückgabe von Pignerol, Moyenvic, der lothringischen Plätze und Rückzug der Franzosen aus Deutschland[11]).

Auch im Jahre 1634 wurden diese Verhandlungen fortgesetzt. Am 22. Juni erhielt der Gesandte in Wien, Charbonnières, erneute Anweisungen über Verhandlungen mit dem Kaiser, die vor den Bundesgenossen geheim gehalten werden sollten. Der Ausgangspunkt dabei war, daß nach Mitteilung der päpstlichen Friedensvermittler der Kaiser wegen der französischen Ansprüche auf Pignerol und Moyenvic keine Schwierigkeiten mehr machen werde[12]). Die an den Gesandten mitgeteilten Bedingungen waren im allgemeinen identisch mit den 1633 aufgestellten. Sie unterschieden sich nur dadurch,

---

[8]) Mémoires II 449 ff.; vgl. die Aeußerung des bayerischen Diplomaten Richel über die Verhandlungen Charbonnières', Irmer III 92 Nr. 328.

[9]) Feuquières I 24 f. Die von Hanotaux, Rev. hist. VII S. 426 erwähnte Instruktion für Feuquières dürfte mit dem in den Lettres Feuquières' nicht abgedruckten geheimen Entwurf über die Friedensbedingungen identisch sein. Es heißt dort, daß die Bistümer in der derzeitigen Form unter französischer Protektion bleiben sollen, „réservant toutefois à l'Empereur le droict de reprise et de recognoissance".

[10]) Feuquières fragte am 17. Juni 1633 an, ob er bei den von Dänemark geleiteten Verhandlungen die Forderung wegen der Bistümer zur Sprache bringen sollte. I 249. Der König antwortete am 15. Juli, daß man sein Stillschweigen billige. I 289.

[11]) Siri VII 660 f.

[12]) Mémoires II 548 ff; Siri VIII 135 ff. — Die von Avenel — Lettres IV 544 ff. — an das Ende des März 1634 gesetzte Instruktion für St. Georges kann nicht in diesen Zusammenhang gehören, da sie die Frage der Pässe, eines Waffenstillstandes und des Kaisertitels erörtert, und von der Voraussetzung der Teilnahme Frankreichs am Kriege ausgeht. Die Frage des Kaisertitels kommt erst für die Zeit nach Ferdinands II. Tode, 1637, in Betracht. Fagniez II 399, A I weist nach, daß die Instruktion in den September 1638 gehört.

daß die Klausel, die die Rechte des Kaisers auf die Bistümer wahrte, in Wegfall kam[13]), und daß die Ansprüche auf Aufrechterhaltung des augenblicklichen Zustandes in Lothringen infolge der inzwischen dort wesentlich ausgedehnten französischen Machtstellung Frankreichs ausführlicher begründet wurden. Dafür wurde die Zurückziehung der französischen Truppen aus Mömpelgard und den inzwischen im Elsaß besetzten Orten Hagenau und Zabern beim Friedensschluß ohne jeden Vorbehalt zugesagt[14]).

Am 23. Juni erhielt Barrault, der Gesandte in Madrid, eine der Instruktion, die am Tage vorher nach Wien abgegangen war, entsprechende Anweisung. Ueber Lothringen wurde hier gesagt, daß man von Spanien verlange, sich nicht in die lothringischen Dinge einzumischen; dieselben sollten auf dem allgemeinen Friedenskongreß gemeinsam mit der Frage der von Spanien im Reich besetzten Gebiete, vor allem der Pfalz, erörtert werden. Zum ersten Mal wurde hier die Frage der Pfalz der lothringischen gegenüberstellt, was dann später eine große Rolle spielen sollte. Die Rückgabe der in Deutschland von den Franzosen besetzten Plätze wurde auch hier ausdrücklich zugesagt[15]).

Den französischen Verbündeten wurde von diesen Verhandlungen nur mitgeteilt, daß Frankreich durch seine Gesandten die Absichten des Kaisers klären wolle, aber verschwiegen, daß man selbst bestimmte Bedingungen aufgestellt hatte[16]). In dem am 20. September 1634 von Feuquières mit den vier oberdeutschen Kreisen abgeschlossenen Vertrags-

---

[13]) In einem Mémoire von Feuquières vom 26. März 1634 — Fagniez II 170 f. — wird die definitive Vereinigung der Bistümer mit Frankreich gefordert, „sauf à reserver à l'empereur, si l'on ne peut faire autrement, le relief de l'éveché de Metz aux changements de titulaires".

[14]) Siri VIII 187 ff. Die Memoiren II 548 ff. geben die Bedingungen nicht wieder, obwohl in der von ihnen wiedergegebenen Instruktion an Charbonnières ein Entwurf über die Friedensbedingungen ausdrücklich erwähnt wird, II 551. — Vgl. den römischen Bericht über die päpstliche Friedensvermittlung; Siri, Mercurio II I, 900 ff.; Fagniez II 122, 322 ff.; Rott IV 2, 168. — Meaux II 498 f. zitiert einige Briefe der Nuntien, die von denselben Bedingungen Frankreichs sprechen. — Die Instruktion an Feuquières vom 26. März — vgl. A 13 — enthält folgende territoriale Bedingungen für Frankreich und die Rheingegenden: Wiederherstellung von Mainz, Köln, Pfalz; die Kinder des Erzherzog Leopold behalten ihre Besitzungen im Elsaß und Tirol, die Franzosen räumen Zabern, Hagenau und die Plätze im Kurfürstentum Trier. Lothringen bleibt in französischer Hand, bis der Herzog sein Unrecht völlig wieder gut gemacht hat. Vgl. Mémoires II 555 f.

[15]) Mémoires II 551 ff.; Siri VIII 139 ff.

[16]) Chemnitz II 22; Gallois I 62.

entwurf wurde nur ganz allgemein gesagt, daß die Verbündeten die französischen Besitzungen und Rechte garantieren sollten, falls Frankreich in den Krieg eintrete[17]). In dem Vertrag mit Holland vom 15. April 1634 wurden die französischen Interessen in ähnlicher Weise festgelegt, wie in den nach Wien und Madrid mitgeteilten Bedingungen. Für den Fall, daß Frankreich mit Spanien bricht, soll Holland dagegen alles, was Frankreich besitzt, garantieren, worunter man auch die im Elsaß besetzten Gebiete einbegreifen konnte, wenn sie auch namentlich nicht erwähnt wurden[18]). Im September 1634 forderte Frankreich aber von den deutschen Verbündeten nur das Versprechen, Frankreich im Besitz Lothringens, wie er zur Zeit war, und in dem der drei Bistümer und Pignerols zu erhalten. Die im Elsaß besetzten Plätze beanspruche der König dagegen nur bis zum Frieden[19]). Dasselbe wurde in einer Instruktion an d'Avaux für die Verhandlungen mit Schweden gesagt. Es heißt dort, der König beanspruche vom Reich nur das zu behalten, was er wie die Bistümer schon lange im Besitz habe[20]).

Die Grundlagen, auf denen Frankreich in diesen Jahren zu einem allgemeinen Frieden bereit war, sind also: Keine Einmischung des Kaisers in den Bistümern, notfalls Anerkennung der Reichszugehörigkeit, wenigstens für das Bistum Metz; freie Hand für Frankreich in Lothringen und Anerkennung des dort geschaffenen Zustandes, dagegen Rückgabe der im Elsaß und Kurfürstentum Trier besetzten Plätze. Außerdem wurde durchweg der französische Besitz von Pignerol und die Erhaltung des durch den Frieden von Cherasco 1631 in Italien und den Alpen geschaffenen Zustandes gefordert.

Diese geheimen Verhandlungen mit Spanien und dem Kaiser beruhten auf dem Bedürfnis Richelieus, den offenen Krieg mit Habsburg wenn irgend möglich zu vermeiden. Er hat diesen Wunsch in zahlreichen Gutachten dieser Jahre und in persönlichen Aeußerungen immer wieder ausgesprochen, und vor allem mit den inneren Verhältnissen Frankreichs begründet[21]). Die geheimen Verhandlungen mit Spanien und dem Kaiser waren so zweifellos nicht, wie man mehrfach ge-

[17]) Dumont VI 1, 78.
[18]) Dumont VI 1, 71.
[19]) Siri VIII 168.
[20]) Siri VIII 188, desgl. Feuquières III 67 und Falk S. 165. Vgl. auch die von Molé im September 1633 an Richelieu als zur Veröffentlichung geeignet gesandte Abhandlung; Molé II 189 f., IV 166 ff.; vor allem IV 215 ff.; vgl. Grotius Ep. 366 und Ep. 375 (Oxenstierna II 2, 24, Nr. 13).
[21]) Vgl. z. B. Mémoires II 462 f.

meint hat, Scheinverhandlungen. Das zeigt auch die ganze Art, wie sie geführt wurden[22]). Außerdem sieht man nicht recht ein, was solche Scheinverhandlungen für einen Zweck hätten haben sollen, zumal man fürchtete, durch sie die Bundesgenossen ernstlich zu verstimmen. Zweifellos hätten diese auch nicht gut abgeschnitten, wenn die Verständigung Frankreichs mit den Habsburgern gelungen wäre. Zwar hat Richelieu nie daran gedacht, einen Frieden zuzugestehen, der kein allgemeiner war und den Habsburgern den vollen Sieg gegen die anderen Gegner gestattet hätte. Aber naturgemäß hätten die Verbündeten ihre Forderungen stark zurückschrauben müssen, wenn Frankreich vor dem allgemeinen Friedenskongreß mit Spanien und dem Kaiser über die Grundlagen des Friedens einig war[23]). Immerhin waren die Forderungen, die Richelieu stellte, nicht gerade bescheiden, da sie ohne Beteiligung Frankreichs am Krieg durchgesetzt werden sollten. Außer den Forderungen für Lothringen verlangten sie aber letzten Endes doch nur die Anerkennung der Machtstellung, die Frankreich 1631 errungen hatte. Und bei der allgemeinen Lage in Europa bis zum Sommer 1634 war ein Eingehen der habsburgischen Mächte auf diese Forderungen wohl nicht unmöglich.

Der entscheidende Sieg des Kaisers im Herbst 1634 über die Schweden und die deutschen Protestanten bei Nördlingen änderte jedoch die ganze politische und militärische Lage und machte ein Eingehen der Habsburger auf die französischen Forderungen unmöglich. Wie 1632 die schwedischen Siege die Gefahr eines schwedischen Uebergewichts hervorriefen, so erhob sich jetzt drohend die Gefahr eines völligen Sieges des Kaisers. Das Gleichgewicht in Deutschland war entscheidend gestört, und vor Richelieus Auge stand jetzt verstärkt die Sorge vor einem großen habsburgischen Angriff auf Frankreich. Richelieu erkannte sofort die Notwendigkeit eines aktiven Eingreifens in den Krieg, obwohl er auch damals sich noch nicht sofort zum offenen Bruch entschloß. Im Vertrag von Paris vom 1. November 1634 mit den deutschen

---

[22]) Auch der kaiserliche Gesandte in Paris war davon überzeugt, daß Richelieu den Frieden ehrlich wollte, Meaux II 500.

[23]) 1633 scheint Richelieu vorübergehend daran gedacht zu haben, auch mit dem Kaiser allein ohne Spanien abzuschließen, wenn mit Spanien nichts zu erreichen war. Mémoires II 549. Im allgemeinen vertrat er jedoch den Standpunkt, daß der Einschluß Spaniens unbedingt nötig sei, da sonst Spanien doch indirekt vom Kaiser unterstützt werden würde. Das betont er z. B. noch im Januar 1635, Feuquières II 456.

Protestanten wurde diesen größere Unterstützung zugesagt, der Bruch mit Spanien nicht und noch weniger der mit dem Kaiser versprochen, der Bruch mit Spanien jedoch in Aussicht gestellt. Trotzdem war der Beginn des offenen Krieges mit Spanien nur noch eine Frage der Zeit, zumal in Frankreich zahlreiche Nachrichten über spanische Angriffsabsichten eintrafen[24]). In den ersten drei Monaten des Jahres 1635 rüstete man in Frankreich mit aller Macht zum Krieg. Am 8. Februar 1635 wurde mit Holland ein Angriffsbündnis gegen die spanischen Niederlande geschlossen[25]) und am 19. Mai in Brüssel der Krieg an Spanien erklärt.

Wenn Richelieu sich jetzt zum Krieg entschloß, so war das Streben nach territorialer Vergrößerung nicht der Grund. Allerdings war der Krieg mit dadurch notwendig geworden, daß Frankreich in den Verhandlungen über eine allgemeine Verständigung den Besitz von Pignerol und vor allem die Behauptung seiner Machtstellung in Lothringen gefordert hatte. Auch über die Stellung Frankreichs in Lothringen mußte jetzt

---

[24]) Bezeichnend ist, daß der kaiserliche Gesandte in Paris Anfang 1634 für einen Angriff des Kaisers gegen Frankreich eintrat und das mit den inneren Zuständen Frankreichs und der Zerrüttung seines Heeres begründete; Hurter, Feindseligkeiten S. 100 f.

[25]) Dieser Vertrag hat eine für die Politik Richelieus in diesen Jahren charakteristische Vorgeschichte. Etwa seit 1631 waren aufständische Große der spanischen Niederlande mit Frankreich in Verbindung getreten. Richelieu lehnte offene Unterstützung ab, da er den Bruch mit Spanien nicht wollte, machte aber im Geheimen, ohne sich zu binden, den Aufständischen Aussichten für die Zukunft und suchte die Revolte gegen die spanische Herrschaft zu stützen. (Mémoires II 461 f.; Lettres VII 682 ff.; Waddington S. 150 ff.). In den Verhandlungen über ein neues Bündnis schlugen nun die holländischen Gesandten 1632 den Franzosen Eroberungen in den spanischen Niederlanden vor, da sie Frankreich mit allen Mitteln zum offenen Krieg gegen Spanien bringen wollten. Richelieu ging aber damals darauf nicht ein (Waddington S. 129 ff.). Allerdings existiert ein französisches Memoire über eine Teilung der spanischen Niederlande, das Avenel in den Juni 1632 setzt (Lettres VII 676 ff.). Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß dieses an sich undatierte, nur in den Akten dieses Jahres befindliche Memoire tatsächlich in diese Zeit gehört, zumal es schon in allen Einzelheiten militärische Operationen vorschlägt. Auch lehnte Richelieu in einem Gutachten von 1632 die offene Unterstützung des Aufstandes ab und sagte, es wäre sehr gefährlich, wenn dieser die ganzen Niederlande an Holland brächte, die dann ein gefährlicher Nachbar würden (Mémoires II 392). Eine Instruktion an Charnacé über Verhandlungen mit Holland vom 13. Januar 1633 sagte über diese Dinge nur, man dürfe die Revolte in den spanischen Niederlanden nicht vernachlässigen, obwohl der König „n'en face pas grand cas" (Lettres IV 424). Auch hier folgt bei Avenel ein Teilungsplan, ohne daß man sieht, in welchem Zusammenhang er mit der Instruktion steht, die davon nichts enthält. Der Teilungsplan enthält

im Kriege entschieden werden, aber nicht das lothringische Ziel war das Motiv zum Kriegsentschluß, sondern die allgemeine politische und militärische Lage hat ihn hervorgerufen. Noch nie war diese für eine französische Eroberungspolitik so ungünstig gewesen, wie nach der Schlacht von Nördlingen. Gewiß mußten bei dem einmal gefaßten Kriegsentschluß auch alle Zukunftshoffnungen auf territoriale Vergrößerung in Frankreich und wohl auch bei Richelieu selbst lebendig werden, für die praktische Politik und den Entschluß zum Kriege haben sie aber keine Rolle gespielt. Die von Richelieu jetzt in den spanischen Niederlanden begonnene militärische Offensive war im Hinblick auf die allgemeine politische Lage eine defensive Maßnahme. Ohne das in letzter Stunde erfolgende französische Eingreifen war die habsburgische Uebermacht in Deutschland wie in ganz Europa entschieden, Frankreichs politische Stellung erschüttert und seine Grenzen der Gefahr eines großen habsburgischen Angriffs ausgesetzt, und zwar nach Ausschaltung der Bundesgenossen. Denn wenn Frankreich mit dem Kriege noch ge-

---

nur eine Aufzählung der Gebiete, die an Frankreich und die an Holland fallen sollten, vielleicht handelt es sich dabei nur um Notizen über die von Holland gemachten Teilungsvorschläge. Jedenfalls erklärte sich Richelieu in einem Gutachten vom Sommer 1633 gegen derartige Pläne und berief sich dabei auf die Gefahren, die ein dafür unternommener Krieg. der von langer Dauer sein werde, im Innern und Aeußern hervorrufen müsse (Mémoires II 462). Allerdings erhielt Charnacé dann am 25. August die Anweisung, in dem Vertrag mit Holland die Teilung der Eroberungen zu regeln. In dem Vertrag mit Holland vom 15. April 1634 wurde dann auch bestimmt, daß die Eroberungen geteilt werden sollten (Dumont VI 1, 70). Bald darauf wurde erneut über diese Dinge verhandelt (Lettres VII 726 ff.), wobei die Holländer eine Teilung der spanischen Niederlande vorschlugen. Richelieu lehnte das aber ab, da die Behauptung einer solchen Eroberung schwierig sei, man dazu starke Garnisonen brauche und dauernd mit Revolten und spanischen Angriffen rechnen müsse. Vor allem aber bringe die unmittelbare Nachbarschaft mit Holland die Gefahr von Konflikten mit dieser Macht mit sich (vgl. dazu eine Aeußerung Richelieus aus dem Jahre 1624, Lettres VII 544). Richelieu sprach sich daher gegen einen Krieg zur Eroberung dieser Gebiete aus und schlug vor, die spanischen Niederlande selbständig zu machen, während Frankreich und Holland nur einige Grenzplätze erhalten sollten . (Vgl. das Mémoire bei Mignet I 174 ff.). Dieser Vorschlag ist dann auch in erster Stelle in dem Vertrag vom 8. Februar 1635 enthalten. Nur wenn die Haltung der spanischen Niederlande eine Autonomie unmöglich mache, sollten sie geteilt werden (der Vertrag bei Dumont VI 80; Aubery II 290 ff.; vgl. Waddington S. 242 ff.; Ranke IX 347; Fagniez II 206 ff.). Richelieu zeigte also auch hier in territorialen Fragen eine große Zurückhaltung, und der Plan der Teilung der spanischen Niederlande ist von Holland und nicht von Richelieu ausgegangen.

wartet hätte, konnte auch Holland wegen der militärischen Folgen der Schlacht von Nördlingen den Kampf gegen Spanien nicht fortsetzen, während in Deutschland bereits nur noch Reste der bisherigen französischen Bundesgenossen in Waffen standen und Schweden den bisher in der Hauptsache mit deutschen Kräften von ihm geführten Krieg, auch wenn es gewollt hätte, allein nicht fortsetzen konnte.

2. Die Städte und Bistümer Metz, Toul und Verdun und die Einrichtung des Parlaments von Metz.

Der französische Besitz der Städte und Bistümer Metz, Toul und Verdun war 1630 durch die Besetzung von Moyenvic durch die Kaiserlichen wenn auch nicht ernstlich gefährdet, so doch gestört worden. Richelieu, der militärisch nichts dagegen unternahm, hatte bei den Verhandlungen in Regensburg die Zurückziehung der kaiserlichen Truppen gefordert[1]). Auch 1631 hatte man diese Forderung erneuert[2]). Im Dezember 1631 entschloß sich Richelieu dann plötzlich zur Wiedernahme dieses Platzes, die ohne Schwierigkeiten am 27. Dezember durchgeführt wurde[3]). Bestimmt wurde Richelieu dazu nicht durch den Gegensatz zum Kaiser, sondern durch das ihm bedrohlich erscheinende Vordringen der Schweden, die bereits den Rhein überschritten hatten[4]).

Wie man in den Jahren von 1631—1635 in den diplomatischen Verhandlungen versucht hatte, den Besitz der Bistümer politisch zu sichern, so traf man in derselben Zeit zahlreiche Maßnahmen, vor allem die Befestigung und Ausrüstung der wichtigsten Plätze, um diese Gebiete auch militärisch zu sichern.

Obwohl Richelieu noch 1633 dem Kaiser die Anerkennung der Reichszugehörigkeit der Bistümer angeboten hatte[5]), fuhr man in den Bistümern selbst fort, sich nicht daran zu kehren und suchte jeden fremden Einfluß auszuschalten, vor allem auch bei der Besetzung der geistlichen Aemter[6]). Der Graf

---

[1]) Vgl. oben S. 40, 41 f.

[2]) Khevenhiller XI 2007.

[3]) Dies Vorgehen erfolgte im Namen des Bischofs von Metz, um es nicht als offenen Kampf mit dem Kaiser erscheinen zu lassen. Mémoires II 353; Siri VII 447; Calmet VI 68; Metz III 233.

[4]) Lettres IV 212 f.

[5]) Vgl. oben S. 77. Wenn man das 1634 nicht mehr anbot, so dürfte das seinen Grund mit darin haben, daß man durch die Besetzung der Plätze im Elsaß jetzt mit deren Rückgabe dem Kaiser etwas zu bieten hatte, was ihn zum Eingehen auf die französischen Forderungen veranlassen konnte.

[6]) Molé II 166; Siri VII 780 f.

von Vaudemont, der Vater des Herzogs Karl, hatte als Ehrenrecht seines Hauses die Stellung eines Gouverneurs der Bistümer Metz und Verdun, ohne daß er damit wirklichen Einfluß besaß. Als er aber 1632 gegen Maßnahmen der französischen Verwaltung zu protestieren wagte, meinte man, es sei gut, ihn nach und nach dieser Stellung zu entwöhnen[7]). Und als er bald darauf starb, erhielt sein Sohn, der Kardinal Nikolas Franz von Lothringen und Bischof von Verdun, diese Stellung nicht wieder[8]). Der wichtigste Schritt in der Ausschaltung fremder Einflüsse und in der völligen Einfügung der Bistümer in den französischen Staat war die Errichtung eines Parlaments[9]) von Metz im Jahre 1633.

Auch hier setzte Richelieu nur fort, was seine Vorgänger in den Bistümern begonnen oder versucht hatten. Die französische Verwaltung und Rechtsprechung war seit 1552 immer weiter ausgedehnt worden, und die französischen Beamten zogen immer mehr Befugnisse, die bisher den lokalen, ständischen Behörden und Gerichten gehört hatten, an sich[10]). Auch die Errichtung eines Parlaments in Metz war schon 1602, 1609 und 1614 versucht worden, aber anscheinend an dem Widerspruch des Kaisers gescheitert[11]). Im Jahre 1624 erhielt dann die in die Bistümer entsandte Kommission unter Lebret den Auftrag, die lokale Gerichtsbarkeit möglichst einzuschränken und Stimmung für die Errichtung eines obersten Gerichtshofs — chambre souveraine — zu machen, der sich je zur Hälfte aus Franzosen und Einheimischen zusammensetzen sollte[12]). Als dann 1631 der Bischof von Verdun wieder eingesetzt wurde, unterließ man die Wiederherstellung der bischöflichen

---

[7]) Feuquières III 419, 406 f., 411 f

[8]) Calmet VI 82.

[9]) Die französischen Parlamente dieser Zeit haben natürlich mit den heutigen Parlamenten nur den Namen gemeinsam. Sie sind Körperschaften, die zugleich Verwaltungs- und Gerichtsbefugnisse hatten. Beide waren ja damals noch nicht getrennt. Ihre Stellen waren im wesentlichen käuflich und erblich, woraus sich eine Art bürgerlichen Adelsstand, die „noblesse de robe" entwickelt hatte.

[10]) Vergl. Michel, Histoire S. 11 ff.

[11]) Vergl. das Schreiben des Kaisers Matthias an die Metzer Bistumsvasallen vom 17. Januar 1614, bei Gritzner S. 465 f; Michel, Histoire S. 74 ff, Kaufmann S. 42.

[12]) Dupuy S. 354; vgl. Michel, Histoire S. 16; Biographie S. 293; Art. Lebret; Kaufmann S. 42; Metz III 235. Vgl. oben S. 47, 52 f. Maximilian von Bayern schrieb — auf Grund lothringischer Mitteilungen an ihn — schon im Juli 1625 von der Absicht Frankreichs, ein besonderes Parlament für Metz, Toul und Verdun zu errichten, wodurch alle „appellationes und anderen actus jurisdictionales" dem Kaiser und dem Reichskammergericht entzogen werden sollten. Goetz II 2, 307.

Gerichtsbarkeit mit der Begründung, daß der König eine Neuregelung der Gerichtsbarkeit in den Bistümern beabsichtige[13]). Dem Kaiser gegenüber leugnete man allerdings in demselben Jahr derartige Pläne[14]). Lothringen gegenüber versprach man dagegen schon im April 1632 von der bevorstehenden Errichtung eines Parlaments in Metz[15]).

Am 15. Januar erging dann der endgiltige Befehl zur Errichtung eines Parlaments in Metz, das am 26. August in feierlicher Sitzung eröffnet wurde. In den dabei gehaltenen Festreden wurde gesagt, daß die Bistümer ursprünglich zu Frankreich gehört hätten, dann aber eine lange Zeit, die eine Zeit des Unglücks gewesen sei, der Krone entfremdet gewesen wären. Jetzt seien sie seit langer Zeit wieder unter die Protektion des Königs zurückgekehrt, und der König habe zum Wohl der Bevölkerung und auf ihre Bitten das Parlament errichtet[16]). Das Parlament erhielt die Rechtsprechung in allen Zivil- und Kriminalsachen in den Bistümern, und zwar nach dem Umfang, den diese 1552 gehabt hätten. Von einer paritätischen Besetzung des Parlaments durch Einheimische und Franzosen war nicht mehr die Rede; zwar erhielten die drei Bischöfe und der Abt von Saint-Arnould in ihm Sitz und Stimme, im übrigen aber wurde das Parlament aus Mitgliedern anderer französischer Parlamente zusammengesetzt[17]).

Die Errichtung des Parlaments von Metz bedeutete für die Bistümer, daß sie gänzlich zur französischen Provinz wurden. Während man bisher in den Fragen der Gerichtsbarkeit mit einer gewissen Milde vorgegangen zu sein scheint[18]), wurde durch das Parlament den Bischöfen, den städtischen Schöffen und den Standesherren die Jurisdiktion in letzter Instanz mit einem Schlage genommen. Nur in ganz geringfügigen Sachen behielten die lokalen Gerichte die Rechtsprechung in letzter Instanz[19]). Damit wurden natürlich die Bedingungen des französischen Protektionsverhältnisses grundlegend geändert, und die französische Behauptung, daß das auf Wunsch der Bevölkerung geschehen sei, wurde durch den Widerstand, den man in den Bistümern

---

[13]) Roussel S. 516.
[14]) Khevenhiller XI 2006 f.
[15]) Haussonville I 499, Nr. 26.
[16]) Mercure XIX 122 ff; Michel, Biographie S. 446 f, Art. Rémefort; Meurisse S. 675 ff.
[17]) Mercure XVIII 898 ff.; Metz III 235 ff.; Michel, Histoire S. 21 ff.; vgl. Calmet VI 111 f.; Malingre S. 664 f.; Sauerland VI 282 f.
[18]) Feuquières III 427.
[19]) Roussel, S. 517; Père Benoit S. 695.

versuchte, widerlegt. Alle Vorstellungen bei den französischen Beamten und in Paris selbst blieben aber natürlich erfolglos[20]). Es wurde sogar 1634 die Einrichtung französischer lokaler Gerichte für die Rechtsprechung auch in erster Instanz für das ganze Gebiet der Bistümer und was man dazu rechnete, darunter Clermont, Gorze, Nomeny, Stenay befohlen, aber noch nicht durchgeführt, zumal die Bevölkerung entschiedenen Widerstand leistete[21]). Dem Bischof und Kardinal Nikolas Franz von Toul wurde auf seine Proteste sogar die hohe Gerichtsbarkeit „aus besonderer Gunst, ohne daß das für seine Nachfolger gelten sollte", wiedergegeben, und die bischöflichen Richter wieder eingesetzt[22]). Nikolas-Franz verzichtete allerdings schon 1634 im Zusammenhang mit den Vorgängen in Lothringen auf sein Bistum. Mit dem Bischof Franz von Verdun, der sich auf Seiten seines Vetters, des Herzogs Karl stellte, war 1633 ein neuer Konflikt ausgebrochen, der dahin führte, daß das Parlament von Metz im Oktober 1635 seine Einkünfte und Benefizien mit Beschlag belegte[23]). Der Bischof Franz kämpfte dann in den folgenden Jahren, aus seinem Bistum vertrieben, gegen Frankreich in den habsburgischen und lothringischen Heeren, was natürlich an den Machtverhältnissen im Bistum Verdun nichts änderte.

Seit 1633 wurden die Bistümer gemeinsam mit Lothringen einer Intendanz unterstellt[24]). Im gleichen Jahre wurde für die Bistümer zur Deckung der Unkosten des Parlaments die Gabelle, eine auch in Frankreich selbst sehr unbeliebte Salzsteuer, eingeführt, die die Bevölkerung lebhaft beunruhigte[25]).

Mit allen diesen Maßnahmen wurden die Bistümer völlig unter die französische Zentralgewalt gebracht und jede Verbindung mit dem Reich abgeschnitten. Die Errichtung des Parlaments von Metz bedeutete die Vollendung der tatsächlichen Annexion der Bistümer durch Frankreich, die dann erst 15 Jahre später im Frieden von Münster vom Reich anerkannt

---

[20]) Metz III 238 f.; Sauerland VI 283; Gallois I 45 ff.; Michel, Histoire S. 37 ff.

[21]) Michel, Histoire S. 40, 49. Sauerland VI 283; Roussel V 521. Bauchez S. 126 f. spricht nur von einer Neuordnung der städtischen Gerichtsbarkeit der Dreizehn in Metz.

[22]) Thierry II 171; Père Benoit S. 696.

[23]) Michel, Histoire S. 50.

[24]) Michel, Biographie, Art. Suys de Moricq (1630 Intendant) S. 251; Art. Chantereau Lefebvre S. 75; seit 1633 Intendant. Die Histoire de Metz III 537 bezeichnet irrtümlich Chantereau als ersten Intendanten. Bar erhielt bis 1633 eine besondere Intendantur. Vgl. oben S. 46, Anm. 2.

[25]) Bauchez S. 173 f.; Metz III 246; Michel, Histoire S. 49.

werden mußte. Für die Wahl des Zeitpunktes der Errichtung des Parlaments von Metz dürften aber die Vorgänge in Lothringen den Hauptgrund bilden, denn dasselbe sollte die französischen Maßnahmen in Lothringen in weitgehendem Umfange unterstützen[1]).

3. Die Besetzung von Lothringen.

Richelieu hatte bis 1631 einen offenen Bruch mit Lothringen vermieden, da man ihn mit Rücksicht auf die allgemeine Lage nicht für wünschenswert gehalten hatte. Karls Haltung mußte aber dazu führen, daß man gegen ihn vorging, sobald man die Hände dafür frei bekam. Der Frieden in Italien und die die habsburgischen Mächte ausreichend beschäftigenden Erfolge der Schweden ermöglichten jetzt Ende 1631 ein energischeres Auftreten gegen Lothringen.

Die Einnahme von Moyenvic, an dessen Besetzung durch die Kaiserlichen Karl nicht unbeteiligt gewesen war, mußte dem Herzog als ein auch ihn bedrohendes Vorgehen erscheinen[2]), zumal die Franzosen stärkere Truppenmassen in den Bistümern bereitstellten und der König am 26. Dezember 1631 selbst in Metz eintraf. Diese Maßnahmen waren nun zweifellos im Zusammenhang mit der allgemeinen Lage, ebenso wie die Einnahme von Moyenvic, in der Hauptsache gegen das schwedische Vordringen am Rhein gerichtet[3]), und man ließ auch dem Herzog von Lothringen offiziell erklären, daß man einen Angriff auf sein Land nicht beabsichtige[4]). Es war aber begreiflich, daß Karl sich bedroht fühlte, und zweifellos haben die Franzosen wohl, wenn auch nicht an einen Einmarsch, so doch an die Erlangung von Sicherungen gegenüber Karl von vornherein gedacht. Jedenfalls begab sich Karl, der aus Deutschland zurückgekehrt war, anscheinend ohne Aufforderung durch die Franzosen, sofort zu Ludwig XIII. nach Metz, wo er gleichzeitig mit dem König eintraf[5]).

Richelieu hatte gute Gründe, mit Lothringen jetzt, wo sich die Gelegenheit bot, abzurechnen. Am wichtigsten waren

---

[1]) Mémoires II 452; vgl. Kaufmann S. 43; Michel, Biographie S. 451, Art. Richelieu.

[2]) Karl hatte versucht, das Vorgehen gegen Moyenvic in letzter Stunde abzuwenden, indem er seine Schleifung anbot, wozu er auch vom Kaiser ermächtigt wurde. Die Franzosen antworteten, sie hätten das bisher stets vergebens verlangt, jetzt sei es aber zu spät dazu. Mémoires II 351; Guron S. 223 f., Andilly 1630, S. 241.

[3]) Vgl. oben S. 84.

[4]) Feuquières III 401 f.

[5]) Vgl. unten S. 89, A 9.

dafür zweifellos Karls Machenschaften im Innern und seine Unterstützung Gastons, die die allgemeine Stellung Frankreichs erheblich schwächten, zumal Karl dauernd mit den Habsburgern in Verbindung stand und in der Hauptsache das Bindeglied war, das die innere Opposition mit den auswärtigen Feinden verband. In Lothringen war der Brennpunkt aller inneren und äußeren Schwierigkeiten der französischen Regierung, und es war ein berechtigtes Bedürfnis der französischen Politik, diese Gefahr zu beseitigen[6]). Gaston befand sich damals wiederum in Nancy, wo man in ihm den künftigen französischen König sah[7]) und mit Wissen der Habsburger umfangreiche Vorbereitungen zum Einfall Gastons in Frankreich traf[8]). Hinzu kam, daß die Schweden sich darüber beklagten, daß Karl auf Seiten der Kaiserlichen fechte. Die Sorge davor, daß Schweden in Lothringen in Fortsetzung seines Vormarsches auf dem linken Rheinufer eindringen könne, spielte sicherlich eine große Rolle, und man konnte dem nur begegnen, wenn man Karl in Zukunft an der Unterstützung des Kaisers verhinderte[9]).

Als Karl in Metz eintraf, befand er sich in der denkbar ungünstigsten Lage. Seine Truppen waren in den deutschen Kämpfen fast aufgerieben worden, und auf Hilfe durch die Habsburger konnte er infolge der schwedischen Siege nicht hoffen. Es war also an Widerstand gegen die starken französischen Truppen, die an Lothringens Grenzen standen, nicht zu denken. Im französischen Staatsrat erwog man daher, ob man überhaupt verhandeln oder einfach Lothringen besetzen

---

[6]) Vgl. Mémoires II 349 f.; Goulas I 137 f.

[7]) Goulas I 139; Pfister, Catharine S. 296.

[8]) Montecuculi berichtete am 12. Dezember 1631 nach Wien über die Angriffspläne Karls und Gastons, die der Kaiser unterstützen sollte; Dudik XXXII 348.

[9]) Daß man den Schweden zuvorkommen wollte, sagt z. B. ausdrücklich der Befehl zur Einnahme von Moyenvic an die Generale; vgl. oben S. 84, Anm. 4. Daß man mit der Eifersucht der Schweden rechnete, zeigt ferner, daß man auch ihnen das Vorgehen gegen Moyenvic als auf Klagen des Bischofs von Metz erfolgt mitteilte, damit sie keine Bedenken schöpften; Chemnitz I 272. — Wenn Haussonville I 287 und Digot V 186 f., ohne Quellenangabe, meinen, man habe Karl mit Einmarsch gedroht, falls er nicht aus Deutschland zurückkehre, so liegen dafür keine Anzeichen vor. Man wird das zweifellos vermieden haben, da man ihn ja selbst nach Deutschland verschickt hatte — vergl. oben S. 63 — und die französischen Truppenansammlungen seine Rückkehr sowieso wahrscheinlich machten. Nach Beauvau S. 20 hat Karl außerdem die Nachricht vom Vorgehen der Franzosen erst in Straßburg auf der Rückkehr erhalten, was, da Karl gleichzeitig mit dem König in Metz eintraf, auch wahrscheinlich ist.

solle. Richelieu sprach sich jedoch gegen militärische Maßnahmen und für Milde und Verhandlungen aus. Der König sollte Lothringen unter seinen Schutz nehmen, was wenigstens im Augenblick Schutz gegen Schweden bedeutete[10]). Die Bedingungen dafür waren hart. Lothringen sollte alle Verbindungen mit den äußeren und inneren Feinden des Königs aufgeben, möglichst Schritte tun, die ihn mit diesen verfeinden, und dem König zeitweise einige Plätze seines Gebietes einräumen. Grund dafür sei nicht das Streben nach Annexion, denn wenn man wolle, könne man ganz Lothringen mit Recht besetzen, sondern Frankreichs Sicherheit. Sollte Karl, wie wenig wahrscheinlich sei, diese Bedingungen nicht annehmen, so müsse man allerdings gegen ihn gewaltsam vorgehen. Der Grund für diese Haltung Richelieus war, daß man mit Karl möglichst schnell abschließen wollte, um den Schweden den Vorwand zum Eingreifen zu nehmen[11]).

Auf dieser Grundlage wurde dann am 2. Januar 1632 zwischen Ludwig XIII. und Karl verhandelt[12]). Der König überschüttete den Herzog zunächst mit einer Fülle von Vorwürfen über sein bisheriges Verhalten, um ihm schließlich im Fall der Besserung Verzeihung und Schutz zu versprechen. Der Herzog entschuldigte sich mit den Erlassen Lebrets, und einer Aeußerung Marillacs über französische Angriffsabsichten. Der König erwiderte, daß jeder das Recht habe, seine Ansprüche zu untersuchen, ohne jedoch die Durchführung der Erlasse zu fordern[13]), und daß bei gutem Verhalten Karls von Angriffsabsichten keine Rede sein könne. Den Plan einer Heirat Gastons mit seiner Schwester Margarethe leugnete der Herzog, obwohl er vor seiner Ankunft in

---

[10]) Vgl. Mémoires II 351.

[11]) Richelieus Gutachten in den Memoiren II 354 f. (vgl. Lettres IV 238, A 2). Richelieu begründet bezeichnenderweise in diesem Gutachten die geforderte Uebergabe lothringischer Plätze damit, daß sich ohne sie die Schweden vor Lothringen nicht sicher fühlen würden, da sie auch von Brandenburg Sicherheitsplätze gefordert hätten. Er fährt fort, daß der Vertrag mit Karl eilig abgeschlossen werden müsse, damit noch Zeit wäre, an die Schweden zu schicken, bevor sie die lothringischen Gebiete angriffen, oder sich zur Verteidigung derselben zu rüsten.

[12]) Karl war in Metz feierlich empfangen worden, hatte aber anscheinend den König dort nicht zu sehen bekommen.

[13]) Die Meldung des Mercure XVIII 2 und von Malingre S. 610 f., daß der König in Vic die Rückgabe der usurpierten Gebiete verlangt und Karl das zugestanden habe, widerspricht den sonstigen Berichten über diese Verhandlungen, sowie den Bestimmungen des Vertrages von Vic, in dem davon nicht die Rede ist.

Metz von dem Beschluß des lothringischen Familienrates, die Heirat jetzt abzuschließen, unterrichtet worden war[14]).

Am 6. Januar 1632 wurde zu Vic ein Vertrag zwischen Karl und Frankreich unterzeichnet, in dem Karl alle von Richelieu in seinem Gutachten geforderten Bedingungen annehmen mußte. Wenn die Bedingungen dieses Vertrages ausgeführt wurden, verlor Lothringen zweifellos die militärische und politische Selbständigkeit gegenüber Frankreich. Karl entsagte allen Verbindungen mit den Gegnern des Königs, was ein geheimer Artikel ausdrücklich auf Habsburg, Maria und Gaston bezog, und versprach, ohne Wissen des französischen Königs keine Verhandlungen zu führen und Bündnisse zu schließen. Das bedeutete das Verbot einer selbständigen auswärtigen Politik. Seine militärische Selbständigkeit wurde ihm durch das Verbot eigener Werbungen genommen, ferner mußte er Marsal auf drei Jahre den Franzosen übergeben. Frankreich erhielt ferner das Recht, rebellische Untertanen auf lothringischem Gebiete zu verfolgen. Dagegen versprach der König, Lothringen gegen alle Angriffe zu schützen. Falls Frankreich zu Gunsten der deutschen Katholiken — also gegen Schweden — eingreifen wolle, erhielten die Franzosen das Durchzugsrecht durch Lothringen, das dann ein Hilfskorps stellen muß. Diese Bedingungen waren zweifellos sehr hart, andererseits zeigen aber die Vertragsbedingungen Richelieus Bestreben, möglichst schnell zum Abschluß zu kommen und den Herzog ehrlich auf die französische Seite zu ziehen. Die beiden schwierigen Punkte wegen des Lehnseides von Bar und der Erlasse Lebrets wurden nicht erwähnt. Vielmehr wurde mit der Bestimmung, daß Marsal, das zu den für usurpiert erklärten Gebieten gehörte, nur für drei Jahre den Franzosen übergeben und die Einkünfte und sonstigen Hoheitsrechte in

---

[14]) Mercure XVIII 2 f.; Aubery V 565 ff.; Calmet VI 70; Guron S. 225 ff.; Morizet, Gaston S. 403; Haussonville I 291 ff. Die Memoiren enthalten in Fortsetzung des Berichts über die Beratungen im Staatsrat nur einige Worte über die Verhandlungen in Vic; II 356. Dagegen bringen sie Ende 1631 einen Bericht über Verhandlungen mit Karl, der mit den anderen Berichten über die Verhandlungen in Vic übereinstimmt, und auch nichts über eine Forderung auf Durchführung der Erlasse Lebrets enthält, II 351 f. — Dieser Bericht schließt sich unmittelbar an die Mitteilung über das Eintreffen Karls in Metz am 26. Dezember an, rechnet aber schon mit der Einnahme von Moyenvic, die am 27. Dezember erfolgte. Da außerdem die Haltung des Königs durchaus dem Gutachten Richelieus — II 354 f. — entspricht, so gehört dieser vorher gegebene Bericht zweifellos hinter die Mitteilungen über die Beratungen im Staatsrat. Es liegt hier ein Versehen bei der Redaktion der Memoiren vor.

Marsal dem Herzog garantiert wurden, mindestens rechtlich der Anspruch, daß Marsal ein Teil der Bistümer sei, aufgegeben, was um so bemerkenswerter ist, als Marsal erst nach 1552 in lothringischen Besitz gekommen war[15]). Ferner wurde Karl versprochen, daß bei einem gemeinsamen Eingreifen in Deutschland ein Drittel der einzunehmenden Plätze von ihm besetzt und solange behauptet werden sollte, wie die Franzosen die übrigen besetzt hielten. Man wollte also Karl gewissermaßen die Rolle eines gleichberechtigten Bundesgenossen spielen lassen, und damit seinen Ehrgeiz und seine Interessen befriedigen[16]). Karl selbst scheint übrigens, als man Sicherheitspläne von ihm forderte, am wenigsten ungern Marsal übergeben zu haben[17]).

Der Vertrag von Vic bedeutete daher, so hart seine Bedingungen auch waren, zweifellos den ehrlichen Versuch, mit dem Herzog zu einer Verständigung zu gelangen, die von Dauer war. Richelieu selbst scheint mit dem Ergebnis zufrieden gewesen zu sein. Er schrieb einige Tage später, er glaube, Karl werde den Vertrag halten, betonte allerdings dabei den schlechten Einfluß seiner Umgebung[18]). Eine dauerhafte Verständigung mit Karl wäre auch zweifellos für Frankreich sehr günstig gewesen. Sie nahm den inneren und äußeren Feinden einen wichtigen Bundesgenossen, gab vor allem den Spaniern durch die Vermeidung kriegerischen Vorgehens keinen Anlaß zur Einmischung und machte, was für den Augenblick das wichtigste war, möglich, die Schweden von einem Einfall in Lothringen abzuhalten[19]).

Richelieu wußte nicht, daß Karl sein Wort schon gebrochen hatte, als er am 6. Januar aus Nancy nach Vic zurückkehrte, um den Vertrag zu unterzeichnen. Denn am 3. Januar war in Nancy im strengsten Geheimnis, bevor Gaston infolge des Vertrages Karls mit Frankreich Lothringen verließ, seine

---

[15]) Vgl. Mémoires II 356.

[16]) Der Vertrag bei Haussonville I 493 ff, Nr. 25.

[17]) Richelieu schreibt am 3. Januar — Karl war nach den Verhandlungen vom 2. Januar zu seiner Familie gegangen, um ihr Einverständnis einzuholen — an die Herzogin von Chevreuse: „Il met Marsal entre les mains du roy et a lui-même plutost désiré consigner ceste place que les autres; Lettres IV 238; Aubery V 449; dasselbe Lettres IV 247. — Richelieu hatte anscheinend die Herzogin von Chevreuse dazu benutzt, um Karl zur Annahme der französischen Forderungen zu bewegen; Lettres IV 237, A 1; Haussonville I 295; Batiffol, Chevreuse S. 123; Siri VII 447.

[18]) Lettres IV 247; vgl. Lettres IV 238 und 243.

[19]) Vgl. dazu außer den schon zitierten Aeußerungen Lettres IV 248.

Ehe mit Karls Schwester Margarethe geschlossen worden; Karls Bruder, der Kardinal Nikolas-Franz hatte die nötigen geistlichen Vollmachten dazu gegeben[20]). Diese Heirat spielte für die weiteren Schicksale des Herzogs Karls und seines Landes eine verhängnisvolle Rolle. In all den vielen offiziellen und privaten Aeußerungen des damaligen Frankreich wurde diese Ehe als der Hauptgrund für das weitere Vorgehen der Franzosen gegen Lothringen angeführt. Sicherlich sind dahinter mancherlei andere Gründe und Absichten verborgen worden. Zweifellos aber hat erst diese Ehe die verbitterte und hartnäckige Stimmung gegen den Herzog und seine Familie hervorgerufen. Diese Familienverbindung des aufsässigen Thronfolgers mit Lothringen war für Frankreich tatsächlich unleidlich, zumal die Umstände, unter denen sie zustande kam, die Unzuverlässigkeit und Unversöhnlichkeit Karls deutlich zeigten.

Zunächst wußte man jedoch in Paris noch nichts von der Heirat. Die ersten Wochen nach dem Vertrage von Vic behandelte man Lothringen vielmehr freundlich und entgegenkommend und suchte Karl sogar dazu zu benutzen, die Versöhnung zwischen dem König und seinem Bruder zustande zu bringen[21]), die man wegen des französischen Prestiges dringend brauchte[22]), aber nicht erreichen konnte. Von Absichten auf ein weiteres Vorgehen gegen Lothringen ist zunächst nichts zu bemerken[23]).

Diese Haltung änderte sich aber sofort, als man Nachrichten über neue Feindseligkeiten Karls erhielt. Zunächst hatte sich dieser über französische Truppendurchzüge beschwert, worauf der König Erleichterung des lothringischen Gebietes anordnete[24]). Sehr bald erhielt man dann in Paris durch Agenten und aufgefangene Briefe Kenntnis von neuen Rüstungen Karls und von dem Fortgang seiner Verhandlungen mit Gaston, dagegen war man anscheinend von dessen Heirat

---

[20]) Mémoires II 380; Calmet VI 68 f; Pfister, Catharine S. 295 f; Morizet, Marguerite S. 345 ff; Des Robert I 448 ff, Nr. 5.

[21]) Es kam dabei auch zu einer neuen Zusammenkunft zwischen Ludwig XIII. und Karl. Lettres IV 244 f; 250 A 2; Mémoires II 356 f. Auch Nikolas-Franz war damals anscheinend beim König; Mercure XVIII 15.

[22]) Lettres IV 243; Mémoires II 356 f.

[23]) Ludwig schreibt am 24. Januar 1632, er wolle „mesme conserver et protéger le duc de Lorraine". Lettres VII 674.

[24]) Charavay S. 73; 2a Force III 29. Es handelt sich dabei anscheinend um Truppenbewegungen, die mit dem damaligen Vorgehen der Franzosen in Trier im Zusammenhang stehen.

noch nicht unterrichtet[25]). Man beschloß darauf ein erneutes Vorgehen gegen Lothringen. Richelieu riet jedoch, dasselbe zu verschieben, bis der erwartete Angriff der Holländer auf die spanischen Niederlande im Gange sei, um ein Eingreifen der Spanier auszuschalten. Sobald die Holländer ihre Operationen begonnen hätten, könne man machen, was man wolle, entweder ganz Lothringen besetzen oder sich mit der Ueberlassung von Stenay begnügen. Vorläufig solle man durch eine Gesandtschaft an den Herzog diesen zur Entwaffnung bringen[26]). Diesem Vorschlag entsprechend wurde Guron nach Lothringen geschickt, der gleichzeitig den Auftrag erhielt, sich Klarheit über den Umfang der lothringischen Rüstungen und Verhandlungen zu verschaffen und von Karl die Befolgung des Vertrages von Vic zu verlangen[27]).

Guron verhandelte im April und Mai in Nancy, ohne daß von Karl, der auch Gesandte nach Paris schickte, bestimmte Zusicherungen oder Zugeständnisse gemacht wurden[28]). Erst Ende Mai bot der Herzog zunächst die Entwaffnung und dann auch die Ueberlassung von Clermont an[29]). Guron erhielt sehr bald Nachrichten über den Abschluß der Heirat Gastons mit Margarethe, obwohl Karl sie entschieden leugnete und die übrigen Mitglieder der lothringischen Herzogsfamilie von ihr als von einem Wunsch für die Zukunft sprachen[30]). Guron bestätigte ferner die auch von anderen Seiten kommenden Nachrichten über Karls politische und militärische Vorbereitungen gegen Frankreich, vor allem über seine Verbindung mit Gaston, den er zu schnellem Einfall in Frankreich zu bringen suchte[31]).

---

[25]) Lettres IV 269 f, 276; Mémoires II 372 ff; Calmet VI 72; Haussonville I 302 ff.

[26]) Lettres IV 271 ff; Mémoires II 374 f.

[27]) Lettres IV 275 ff; Mémoires II 375.

[28]) Aubery V 551 f; Lettres IV 769; Anal. 2; vgl. Mercure XVIII 77 f.

[29]) Mémoires II 384. Richelieu nennt die Vorschläge Karls „un acheminement à la soumission", Lettres VII 995, Anal. 13, VIII 239.

[30]) Vgl. den Bericht Gurons vom April 1632; Haussonville I 497 ff, Nr. 26, der nur die Frage der Heirat behandelt. Es handelt sich dabei anscheinend um die Mémoires II 533 erwähnte Zeugenaussage Gurons für den späteren Prozeß gegen die Heirat Gastons. — Guron sollte nicht, wie Haussonville I 304 meint, feststellen, ob die Heirat abgeschlossen sei. Davon steht in seiner Instruktion nichts, weil man anscheinend noch keine Nachrichten über die Heirat in Paris hatte.

[31]) Mémoires II 380, 383; Goulas I 151; Morizet, Marguerite S. 350 f; La Force III 367 f.

Die Ausführung des schon Ende März 1632 beschlossenen Vorgehens gegen Lothringen wurde dadurch unabwendbar. Die allgemeine Lage entsprach jetzt, wie Richelieu dem König in einem ausführlichen Gutachten darlegte, seinen Wünschen. Er meinte, die gegnerischen Mächte seien jetzt überall beschäftigt und außer auf Gaston könne Karl auf keine Hilfe rechnen. Seine Treulosigkeit mache nötig, ihn entweder ganz zu verderben oder ihm doch noch außer Marsal einen Zaum anzulegen. Dabei beurteilte Richelieu die lothringischen Dinge völlig unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Lage Frankreichs. Die französische Armee sei zur Zeit stark, könne aber mit Rücksicht auf die inneren Verhältnisse nicht lange so stark bleiben. Ehe ihre Schwächung notwendig werde, müsse man daher auch die Gegner schwächen, indem man sie der lothringischen Hilfe beraube. Er rechnete damit, daß Karl im Fall eines Angriffes nachgeben werde. Er solle unbedingt unschädlich gemacht werden, am besten aber auch jetzt noch durch einen Vertrag, für den die Auslieferung neuer Plätze und der offene Bruch Karls mit den Gegnern des Königs genügende Sicherheiten gebe. Hielte Karl die Bedingungen nicht, so könne man die Plätze, die er übergibt, für immer behalten[32]). Hier tritt also zum ersten Mal im Bereich der praktischen Politik Richelieus der Gedanke an eine Annexion wichtiger Teile des lothringischen Gebietes auf. Aber er ist weder unbedingtes Ziel, noch der Gesichtspunkt, von dem Richelieu ausgeht. Der leitende Gedanke ist vielmehr die Schwächung der feindlichen Machtkoalition durch Unschädlichmachung ihres lothringischen Gliedes, ehe die inneren Verhältnisse Frankreich zu einer Herabsetzung seiner Heeresmacht nötigen.

Am 7. Mai 1632 erhielten dann die Truppenführer den Befehl, die militärische Besetzung Lothringens und einen Angriff auf Nancy vorzubereiten. Falls Karl nicht nachgibt, sollen die Operationen begonnen werden, da das beabsichtigte Vorgehen im Kurfürstentum Trier nicht möglich sei, wenn man des im Rücken liegenden Lothringens nicht sicher wäre. Gleichzeitig bezeichnete Richelieu jedoch als erstrebenswert, ohne Bruch mit Lothringen auszukommen und rechnete noch mit der Möglichkeit einer Ausführung des Ver-

---

[32]) Mémoires II 379 ff. Dies Gutachten ist in den Mémoiren nicht datiert, es muß unmittelbar vor die am 7. Mai an den General d'Effiat gegebenen Befehle gehören, die dem Gutachten durchaus entsprechen. Bei der Aufzählung der Treulosigkeiten Karls wird auch hier die Heirat Gastons noch nicht erwähnt.

trages von Vic durch den Herzog[33]). Die nächsten Wochen waren dann ausgefüllt mit militärischen Vorbereitungen und gleichzeitigen Verhandlungen, wobei man durch die Truppenbewegungen Karl zum Nachgeben bewegen und ihm gleichzeitig die Verbindung mit spanischen Truppen abschneiden wollte[34]). Bei den Verhandlungen mit Karl forderte man jetzt Stenay und Clermont[35]). Gleichzeitig suchte Richelieu denselben durch versöhnlich gehaltene Briefe im Sinn einer friedlichen Verständigung zu beeinflussen[36]). Anfang Juni besuchte jedoch Gaston auf der Durchreise nach Südfrankreich, wo er den Kampf mit der Regierung aufnehmen wollte, Nancy, und obwohl Karl beteuerte, daß Gaston ohne sein Wissen und gegen seinen Willen gekommen sei, faßten die Franzosen diesen Besuch als ein Zeichen offener Feindseligkeit Lothringens auf[37]). Am 12. Juni erhielten daher die Generale den Befehl zur Durchführung der militärischen Operationen, da an Verhandlungen mit Karl nicht mehr zu denken sei[38]). Französische Truppen unter la Force und d'Effiat rückten von Trier, der König selbst von Westen her wenige Tage später in Lothringen und Bar ein. Da Karl zu militärischem Widerstand zu schwach und auch Nancy nicht in verteidigungsfähigem Zustand war, standen die Franzosen am 24. Juni bereits vor Nancy. Am 17. Juni hatte man ein Manifest erlassen, das Karls feindliche Haltung und Treulosigkeit darlegen sollte, und sagte, er habe den König dadurch an wirksamer Hilfeleistung für die deutschen Katholiken gehindert[39])

Karl, der Anfang Juni die Abtretung von Clermont gegen finanzielle Entschädigung und das Besatzungsrecht in Stenay angeboten hatte, bot jetzt den Lehnseid für Bar an, der von den Franzosen als verspätet zurückgewiesen wurde, und wollte das Besatzungsrecht in Stenay, Jametz und Clermont zugestehen. Während Richelieu das zu begnügen schien und er meinte, Karl bereue das Labyrinth, in das er sich gestürzt habe, verlangte der König, daß Karl nicht besser behandelt werde als Ludwigs Schwager, der Herzog von Savoyen, der Pignerol abgetreten hatte. Der König verlangte daher die Abtretung

---

[33]) Siri VII 490 ff.

[34]) Lettres IV 770, Anal. 1; VII 996; Anal. 1; VIII 239.

[35]) Lettres VIII 238; IV 769; Anal. 5; VII 995, Anal. 12; VIII 238.

[36]) Lettres IV 768, Anal. 6; 769, Anal. 1; Aubery V 552 bezw. Lettres IV 303 f.

[37]) Gaston S. 593; Haussonville I 313, A. 2.

[38]) Lettres VII 996, Anal. 3; VIII 239; vgl. IV 308 f; Mémoires II 387.

[39]) Mercure XVIII 459 ff; Mémoires II 387; vgl. Lettres VII 996, Anal. 6; VIII 240. Auch dieses Manifest enthält nichts über Gastons Heirat.

von zwei Plätzen und das Besatzungsrecht in einem dritten[40]). Da Karl militärisch ohnmächtig war, mußte er am 26. Juni 1632 im Vertrage von Liverdun im wesentlichen die französischen Forderungen erfüllen[41]).

Dieser Vertrag erneuerte zunächst die Bestimmungen des Vertrages von Vic, vor allem das Verbot einer selbständigen auswärtigen Politik und die Verpflichtung, den Franzosen ein Hilfskorps zu stellen. Außer Marsal erhielten die Franzosen jetzt noch das Besatzungsrecht in Stenay und Jametz mit der Bedingung, daß diese Plätze nach vier Jahren dem Herzog wieder zurückgegeben werden sollten. Clermont sollte dagegen für immer an Frankreich abgetreten werden, sobald eine finanzielle Entschädigung darüber vereinbart sei. Es wurde dabei betont — in Verfolgung der Ansprüche Lebrets —, daß Clermont französisches Lehen sei und ein Prozeß darüber beim Parlament von Paris bereits schwebe. Im Gegensatz zu dem Vertrage von Vic wurde jetzt auch sonst die Frage der Grenzstreitigkeiten aufgerollt. Eine Kommission sollte diese Streitigkeiten regeln; ihre Berufung wurde jedoch in die Hand des französischen Königs gelegt. Ferner forderte man jetzt auch die Ablegung des Lehnseides für Bar, den Karl innerhalb eines Jahres zu leisten versprach[42]). Ueber die Ehe Gastons wurde auch hier nichts bestimmt, was nur damit zu erklären ist, daß man in Paris in den Nachrichten Gurons darüber noch nicht eine endgültige Bestätigung sah[43]).

Durch den Vertrag von Liverdun wurde Frankreich militärisch Herr in einem großen Teil Lothringens und, selbst wenn Karl den Vertrag nicht hielt, war die von Richelieu erstrebte Schwächung der gegnerischen Machtkoalition erreicht. Die nächste Folge war, daß Gaston, der Hilfe Karls beraubt, bald darauf entscheidend geschlagen werden konnte. Durch Clermonts Erwerbung wurde die unmittelbare Verbindung mit den drei lothringischen Bistümern gesichert und ihre militärische Verteidigung erleichtert. Durch Stenay und

---

[40]) Lettres IV 311 f; 770, Anal. 4; VII 996, Anal. 9; VIII 240; Mémoires II 387 f.

[41]) Vgl. Beauvau, S. 23 ff; Calmet VI 75 ff; Goulas I 152 ff; La Force III 23 f; Haussonville I 314 ff.

[42]) Der Vertrag bei Haussonville I 506 ff, Nr. 27. Die Hoheitssrechte Karls in Stenay und Jametz wurden dabei anerkannt. Als zu Stenay gehörig haben die Franzosen hernach auch Dun besetzt, wogegen Karl vergebens protestierte Die zivilen Hoheitsrechte des Herzogs wurden auch hier nicht angetastet; Robinet S. 78 f.

[43]) Vgl. oben S. 94.

Jametz beherrschte man ferner die Maas, die der König jetzt als die Grenze Frankreichs bezeichnete[44]).

Während im Dezember 1631 und Januar 1632 der Hauptgrund für das Vorgehen gegen Lothringen der drohende Einmarsch der Schweden gewesen war[45]), spielte diese Sorge im Mai und Juni keine Rolle mehr bei dem französischen Vorgehen. Zwar hatten sich die Schweden noch mehrmals in Paris über Karl beklagt[46]), aber da ihre Operationen jetzt eine Lothringen nicht mehr bedrohende Richtung genommen hatten, haben diese Klagen bei Richelieus Entschlüssen keine entscheidende Rolle mehr gespielt[47]). Man hatte vielmehr in Paris, sobald ein neues Vorgehen gegen Karl beschlossen worden war, die Schweden zu veranlassen gesucht, durch gleichzeitige Operationen gegen die Spanier und den Kaiser diesen ein Eingreifen zu Gunsten Lothringens unmöglich zu machen. Anscheinend erhielt man auch von Schweden eine entsprechende Zusage[48]). Richelieu erreichte dadurch eine Sicherung des Vorgehens gegen Lothringen, die dann bei dem schnellen Verlauf der Ereignisse nicht zur Wirkung kam, zumal auch die allgemeine Lage den habsburgischen Mächten ein Eingreifen für Lothringen kaum gestattete.

Die Uebergabe der im Vertrage von Liverdun zugesagten Plätze erfolgte ohne Schwierigkeit. Richelieu ließ dem Herzog Karl sagen, er solle in seinem eigensten Interesse den Vertrag redlich ausführen und dem König nicht nur seine Plätze, sondern auch sein Herz geben, und fügte die Drohung hinzu, daß bei Verletzung des Vertrages aus dem Besatzungsrecht die französische Annexion werden würde[49]). Bevor Ludwig Lothringen verließ, traf er am 8. Juli mit Karl in Sechepré zusammen, wobei dieser der Not gehorchend sehr

---

[44]) Mercure XVIII 472 f.

[45]) Man hatte sofort nach dem Vertrage von Vic die Schweden benachrichtigt, daß Lothringen unter französischem Schutz stehe, Mémoires II363; Siri VII 449.

[46]) Mémoires II 383; Siri VII 474 f.

[47]) Das Gegenteil sagt z. B. Beauvau S. 23; vgl. Haussonville I 310 f.

[48]) Mémoires II 381, 383 f; Lettres VIII 238; Siri VII 513 ff, 518; Chemnitz I 281. — Karl hatte bei den Verhandlungen als Grund für seine Rüstungen schwedische Angriffsabsichten angegeben, wobei er sich auf einen drohenden Brief Gustav Adolfs berufen konnte, Mercure XVIII 135 ff; Chemnitz I 280; Calmet VI 73 f.

[49]) Mémoires II 389. — Die Angabe von Andilly 1630—32, S. 268, der König habe am 28. Juni dem Kardinal Nikolas-Franz gesagt, er werde bei gutem Verhalten Karls die Plätze schon vor 2 Jahren zurückgeben, ist daher wenig wahrscheinlich, zumal das Besatzungsrecht 4 Jahre dauern sollte.

demütig auftrat, und Ludwig erklärte, er wolle das Vergangene vergessen sein lassen[50]).

Die Beziehungen zwischen Frankreich und Lothringen blieben nach dem Vertrage von Liverdun ein Jahr lang friedliche, wenigstens nach außen. Richelieu selbst hatte zweifellos, wie seine ganze Haltung zeigte, geglaubt, durch den neuen Vertrag genügende Sicherheiten bekommen zu haben. Jedenfalls war er selbst bemüht, den Vertrag korrekt und mäßig auszuführen. Der französische Befehlshaber in den übergebenen Plätzen hatte von den Einwohnern den Eid als Untertanen des französischen Königs verlangt. Richelieu tadelte das und befahl, dem Vertrage entsprechend den Einwohnern der Plätze nur den Eid abzunehmen, daß sie während der französischen Besetzung nichts gegen den König unternehmen würden, und zwar sollte dieser Eid nur in den Plätzen selbst und nicht in ihrer Umgebung verlangt werden. Auch in Clermont sollte der Untertaneneid erst nach der Zahlung der noch festzusetzenden Entschädigung gefordert werden[51]). Das zeigt jedenfalls Mäßigung und das Bestreben, Lothringen auf französischer Seite festzuhalten, was man also mindestens für möglich gehalten haben muß[52]).

Schon im August 1632 erhielt man jedoch Nachrichten über Rüstungen Karls und Verhandlungen mit Gaston, Spanien, dem Kaiser und Wallenstein[53]), ohne jedoch zunächst etwas dagegen zu unternehmen, auch nachdem man durch Gastons Niederwerfung die Hände frei bekommen hatte. Dagegen scheint man stillschweigend begonnen zu haben, die Erlasse Lebrets über die von Lothringen angeblich usurpierten Gebiete der Bistümer durchzuführen. Jedenfalls bezog man Nomeny und einige andere Gebiete in die Kontributionen ein, die im Bistum Metz erhoben wurden. Bei den Verhandlungen darüber mit Karl, der sich natürlich beschwerte, bestritt man allerdings nicht die Zugehörigkeit dieser Gebiete zu Lothringen, sondern erklärte diese Maßnahmen mit militärischen Bedürfnissen[54]). Andererseits aber arbeiten um dieselbe Zeit die amtlichen Legisten daran, den Lehnseid für Bar und die Einführung der salischen Thronfolge zu neuen An-

---

[50]) Lettres IV 316 f; Mercure XVIII 474; Mémoires II 391.

[51]) Lettres IV 325 f; 770 Anal. 9. Brief vom 22. Juli. Man gab Karl von dieser Anweisung Kenntnis.

[52]) Die Mémoiren II 389 ff. sprechen sofort von der Treulosigkeit Karls, was mit den Tatsachen übereinstimmt, aber damals noch nicht in Paris bekannt war.

[53]) Aubery V 567 f; Lettres VII 997, Anal. 9; VIII 241.

[54]) Feuquières III 409 f, 414, 415, 418 f, 420 ff, 422 f, 424 ff.

sprüchen gegen Lothringen zu benutzen[55]). So hat man zweifellos sofort nach den ersten Nachrichten über die erneute feindliche Haltung Karls ein neues Vorgehen vorbereitet, ohne jedoch an die Ausführung zu gehen. Karl seinerseits brach den Vertrag von Liverdun in allen Punkten. Er ließ die Truppen, die er mit den Franzosen vereinigen sollte, auseinanderlaufen, um sie hernach wieder zu sammeln und den Habsburgern zuzuführen[56]). Mit diesen und vor allem mit Wallenstein verhandelte er außerdem während der ganzen, dem Vertrag von Liverdun folgenden Zeit über einen Angriff gegen Frankreich und erhielt dabei auch mehrfach von Wallenstein Hilfe zugesagt. Mit dessen Generalen traf er wiederholt zusammen[57]).

Richelieu war darüber, wenn auch wohl nicht in allen Einzelheiten, unterrichtet. Im Februar 1633 erklärte er ferner die Heirat Gastons mit Margarethe für eine feststehende Tatsache, wenn auch Karl noch leugnen werde[58]). Richelieu erwähnte ferner die Furcht Karls vor einer Verbindung seines Bruders mit Frankreich[59]). Ob solche Absichten tatsächlich bestanden haben, ist nicht zu ersehen, jedenfalls ist aber das Verhältnis des Kardinals Nikolas-Franz zu Frankreich besser gewesen, als das seines Bruders. Auch scheint schon damals von dem Plan einer Heirat des Bruders Karls mit Richelieus Nichte, der Mademoiselle von Combalet, die Rede gewesen zu sein[60]).

Jedenfalls hat Richelieu zunächst immer noch nichts gegen Lothringen unternommen. Dagegen suchte man die Schweden gegen Karls Festsetzung im Elsaß mobil zu machen. Karl hatte dort von den Schweden das Zugeständnis der Neutralität der beiden ihm vom Kaiser überlassenen Plätze, Zabern und Hagenau[61]), erhalten. Anfang Februar schickte

---

[55]) Molé II 160 f.

[56]) Mémoires II 467; Haussonville I 349 A 2.

[57]) Hallwich I 171 ff, 236, 245, 280, 351 f; Hurter, Wallenstein S. 40 f.

[58]) Montmorency, der Verbündete Gastons, hatte vor seiner Hinrichtung — 14. Oktober 1632 — den Abschluß der Heirat eingestanden. Gaston gab sie Anfang 1633 zu.

[59]) Lettres IV 429 f. — Es handelt sich dabei um kurze Notizen Richelieus. Er erwähnt dabei, daß Toiras, der in Italien kommandierte, auf Seiten Gastons stehe. Avenel, Lettres IV 249, A 2 hält das für unberechtigtes Mißtrauen und Verleumdung. Ein Schreiben von Gallas vom 4. Dezember 1633 bestätigt jedoch Richelieus Vermutung, Schebek, Kinsky und Feuquières S. 115, Schweizer S. 305.

[60]) Mémoires II 480, Andilly 1630—32, S. 268.

[61]) Vgl. unten S. 149.

Richelieu zu dem schwedischen General Hern, um ihn, ohne Frankreich zu verpflichten, dahin zu bringen, Karl im Elsaß anzugreifen[62]). Und bei den Verhandlungen, die Feuquières Anfang März 1633 mit Oxenstierna in Würzburg führte, unterstrich er die Klagen, die der schwedische Kanzler gegen Karl erhob, und erklärte, sein König habe nichts dagegen, wenn Schweden Karl etwas auf die Finger klopfe. Der König selbst könne aber erst vorgehen, wenn die Beweise über Karls Treulosigkeit ganz deutlich und ein Vorgehen daher in aller Augen gerecht wäre[63]).

Frankreichs Stellung gegenüber Schweden in der lothringischen Frage war also jetzt genau umgekehrt, als zu der Zeit des Vertrages von Vic. Damals war man selbst vorgegangen, um Schwedens Eingreifen zu verhindern, jetzt ermunterte man die Schweden zum Vorgehen gegen Karl zum mindesten im Elsaß bei eigener Zurückhaltung. Der ganze Unterschied im Verhältnis zwischen Frankreich und Schweden vor und nach dem Tode Gustav Adolf kam darin zum Ausdruck. Man brauchte eine Festsetzung der Schweden in Lothringen jetzt nicht mehr zu fürchten, und konnte daher Schweden als Degen gegen Karl benutzen. Wenn man sich selbst noch nicht zu erneutem Vorgehen gegen Karl entschloß, so lag das zweifellos nicht, wie Feuquières gesagt hatte, an mangelnden Beweisen für Karls Vertragsbruch, denn diese hatte man in großer Zahl und hatte sie auch den Schweden genannt. Der eigentliche Grund dürfte darin zu suchen sein, daß man damals mehr als je die deutschen Fürsten zu gewinnen suchte und dabei stets von den friedlichen und uneigennützigen Absichten Frankreichs und dem Bestreben, die kleinen Staaten zu schützen, sprach. Ein gewaltsames Vorgehen gegen Karl wäre eine schlechte Unterstützung dieser Politik und Propaganda gewesen, und daher war es sehr vorteilhaft, wenn man Schweden und seine deutschen Bundesgenossen wenigstens den Anfang mit offener Bekämpfung Karls machen ließ. Dazu kam, daß man es mit einem Vorgehen gegen Karl nicht mehr eilig hatte. Durch die Besiegung Gastons war die Gefahr der Verbindung Karls mit den inneren Gegnern auf absehbare Zeit beseitigt, und Lothringen selbst hatte man durch die Besetzung der wichtigsten festen Plätze außer Nancy militärisch fest in der Hand. Karl selbst mußte am 8. April 1633 dem kaiser-

[62]) Mémoires II 442 f, Siri VII 597 ff, Fagniez II 120, Haussonville I 347 ff.

[63]) Feuquières I 47 f. Chemnitz II 34, Mercure XIX 104 f, vergl. Calmet VI 84 f.

lichen General Montecuculi erklären, daß er von den Franzosen überwacht werde und nichts unternehmen könne[64].

Bald darauf scheint man jedoch bei Karl energische Vorstellungen erhoben und dabei mit dem Angriff auf Nancy gedroht zu haben[65]. Im Mai erhielt dann Feuquières den Auftrag, dem schwedischen Kanzler vertraulich Frankreichs Unzufriedenheit mit Karl mitzuteilen und zu erklären, der König wäre nicht betrübt, wenn Lothringen in eine Lage gebracht würde, in der es nicht mehr schaden könne. Auch das bedeutete eine Aufforderung an Schweden, gegen Karl vorzugehen. Für ein Vorgehen gegen diesen sollte Feuquières dabei die Ansichten Oxenstiernas über die drei dafür bestehenden Möglichkeiten feststellen: Schwedischer Angriff auf Karl, schwedische Deckung eines eventuellen französischen Angriffs oder gemeinsamer französisch-schwedischer Angriff auf den Herzog[66].

Im Juni 1633 wurde dann Guron, der schon 1632 in Nancy verhandelt hatte, zu Karl geschickt. Während man gleichzeitig die Schweden zum Angriff auf Karl antrieb, sollte ihm Guron sagen, man wolle ihn, wenn er zu seiner Pflicht zurückkehre, gegen Schweden schützen. Der Gesandte sollte aber vermeiden, irgendwelche bindende Versprechen in dieser Hinsicht zu geben. Guron sollte ferner versuchen, Karl dahin zu bringen, daß er von sich aus die Uebergabe von Hagenau und Zabern den Franzosen anbiete. Es dürfe aber keinesfalls so aussehen, als ob Frankreich Absichten auf diese Plätze habe. Den Widerstand Karls gegen die Erhebung französischer Kontributionen in Nomeny und St. Avold erklärte man auch jetzt für unberechtigt und beklagte sich außerdem, daß Karl nicht gemäß dem Vertrage von Liverdun Kommissare geschickt habe, die über die Abtretung von Clermont und die Entschädigung dafür verhandeln sollten. Guron wurde ferner beauftragt, die militärische Stärke Karls, vor allem den Zustand von Nancy zu erkunden[67].

[64]) Hallwich I 325, Anhang Nr. 297.

[65]) Das meldet Karl am 21. April an Montecuculi, Hallwich I 280, Anhang Nr. 336.

[66]) Feuquières I 180 f.

[67]) Mémoires II 469, Lettres VIII 253, Siri VII 662 f, ferner Lettres IV 274. Avenel setzt diesen Brief Ludwigs XIII. an Karl in den März 1632, druckt jedoch einen Auszug des Briefes unter dem zweifellos richtigen Datum, 10. Juni 1633, IV 777, Anal. 4 ab. Der Brief kann garnicht in den März 1632 gehören, da er von den Verträgen von Vic (hier Metz) und Liverdun (hier Pont-à-Mousson, wo über die Ausführungsbestimmungen verhandelt wurde) und von der Entschädigung für Clermont spricht. — Der Mercure XIX 107 ff. meldet, daß Karl den Lehnseid für Bar verweigert habe. Vergl. auch Meaune S. 400.

Karl suchte zunächst den Verhandlungen mit dem französischen Gesandten auszuweichen und ließ sich von ihm nicht finden. Guron begab sich darauf nach Metz, meldete das merkwürdige Verhalten Karls, sowie seine Verhandlungen mit Habsburg. Er meinte ferner, Karl werde wegen der Abtretung von Clermont Schwierigkeiten machen, da dieses ein unabtretbares — inaliénable — Lehen des Deutschen Reiches sei[68]). Noch bevor dieser Bericht in Paris eintraf, befahl Richelieu Guron, dem Herzog zu erklären, daß der König ihn nicht mehr schützen werde. Die Schweden wären bereits in Lothringen eingedrungen und Guron solle ihr Vorgehen in keiner Weise hindern[69]). Richelieu hatte also jetzt kein Bedenken, den Schweden auch ein Eindringen in Lothringen selbst zu gestatten. Inzwischen hatte sich Karl, vermutlich wegen des schwedischen Vorgehens, eines Besseren besonnen, sich bei Guron entschuldigt und ihn gebeten, nach Nancy zurückzukehren[70]). Dazu erhielt Guron dann auch aus Paris Befehl. Der eigentliche Zweck dieser Rückkehr war jedoch, Karls Absichten zu klären und die Befestigung und Ausrüstung Nancys, sowie die Möglichkeit eines Angriffs auf die Festung zu erkunden[71]).

Inzwischen hatte Richelieu den Schweden bereits am 13. Juni 1633 mitteilen lassen, daß er Lothringen nicht schützen wolle, vielmehr wünsche, daß man ihm die Flügel beschneide. Man drängte jetzt dabei auf Eile, und zwar deshalb, weil man von einer herannahenden spanischen Armee unter Feria die Festsetzung der Spanier im Elsaß und der Pfalz[72]) und ihre Vereinigung mit Karl von Lothringen befürchtete, wodurch auch dessen militärische Stellung wieder für Frankreich bedrohlich geworden wäre. Man wünschte daher, daß die Schweden vor dem Herannahen Ferias Hagenau und Zabern nehmen sollten, ohne daß man sich selbst zum Bruch mit Lothringen verpflichten wollte[73]). Einige Tage später stellte man dann bereits französische Mitwirkung in Aussicht[74]). Die Verhandlungen zwischen Frankreich und Schweden über den Angriff gegen Lothringen gingen inzwischen weiter[75]). Dabei

---

[68]) Mémoires II 469 f, vergl. II 478 f.
[69]) Haussonville I 509 f, Nr. 28, Lettres IV 777, Anal. 5. Vergl. Haussonville I 354, A 1.
[70]) Mémoires II 470.
[71]) Haussonville I 510 f, Nr. 29, Lettres IV 777, Anal. 8, Haussonville I 352, A 2.
[72]) Vgl. unten S. 151 f.
[73]) Feuquières I 189 f.
[74]) Feuquières I 255 ff.
[75]) Siri VII 631 f, 635 ff.

machten die Franzosen auf dem Frankfurter Konvent den Schweden und den deutschen Protestanten den Vorschlag, sie sollten Nancy nehmen und diese Festung dann gegen finanzielle Entschädigung den Franzosen überlassen. Frankreich wolle die schwedischen Operationen durch ein Hilfskorps gegen Feria sichern. Dieser Vorschlag wurde jedoch von den Ständen in Frankfurt abgelehnt, und zwar mit dem zweifellos sehr begründeten Hinweis auf das Schicksal von Metz und Toul[76]). Nur Straßburg, das in steter Feindschaft mit Lothringen stand, hatte ihn befürwortet[77]). Das Bestreben Richelieus, Schweden und die Protestanten in Lothringen „die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen"[78]), kam in diesem Vorschlag deutlich zum Ausdruck. Man vermied dadurch sowohl die Gefahr eines offenen Konfliktes mit den Spaniern, sowie den schlechten Eindruck eines gewaltsamen Vorgehens gegen Lothringen auf die deutschen Bundesgenossen. Diese Haltung Richelieus zeigt aber auch, wie sehr er der schwedischen Politik damals sicher sein zu können glaubte.

Von Guron und den französischen Generalen an der Ostgrenze trafen inzwischen neue Meldungen über den Fortgang der lothringischen Rüstungen und Karls Verbindung mit Gaston und den Habsburgern ein[79]). Man eröffnete darauf das Vorgehen gegen Lothringen damit, daß am 30. Juli 1633 durch Spruch des Pariser Parlaments das Herzogtum Bar solange mit Frankreich vereinigt wurde, bis Karl den Lehnseid im Namen seiner Gemahlin ordnungsmäßig ablegen würde[80]). Man ergriff auch sogleich von Bar Besitz und nahm den Einwohnern den Treueid für den französischen König ab[81]). An die Armee erging der Befehl, sich vom 8. August ab alarmbereit zu halten[82]). Am 10. August legte Richelieu in einem Gutachten dar, daß man mit Rücksicht auf Gaston und die Spanier gewaltsam gegen Lothringen vorgehen müsse, um Karls Truppen auseinanderzutreiben. Die Schweden sollten dabei mitwirken, ihre Hilfe sei aber zur Vernichtung der Trup-

[76]) Diese Vorschläge macht La Grange am 18. August in Frankfurt. Der Befehl dazu muß also spätestens Anfang August an ihn abgegangen sein. J. Müller S. 259 ff. Vergl. Lettres IV 479 f. und Falk S. 117. Abgesandt wurde La Grange zu Verhandlungen mit Oxenstierna über Lothringen bereits Anfang Juli, Feuquières II 11 f.

[77]) Vergl. unten S. 140, A. 33.

[78]) J. Müller S. 262.

[79]) Mémoires II 470 f, Haussonville I 354, A 2, Gallois I 19. Ueber Karls und Gastons Verhandlungen mit den Habsburgern vergl. Hallwich I 458, 526, 576, 579 f, 596 f, 608, 609, ferner Ranke XIII 200 f.

[80]) Mercure XIX 110 f, Schmit XI 39 f, Mémoires II 470.

[81]) Mercure XIX 111, Griffet II 427.

[82]) Mémoires II 470.

pen Karls nicht unbedingt nötig. Die Einnahme Nancys nahm Richelieu dabei wegen der vorgerückten Jahreszeit nicht von Anfang an in Aussicht. Die Hauptsache wäre die Vernichtung von Karls Feldarmeen, womit man ihm auch die Möglichkeit nehmen wolle, Gastons Heirat öffentlich zu verkünden. Wenn die Operationen schneller gingen, als man denke, könne man dann vielleicht doch noch die Eroberung von Nancy versuchen[83]). Zunächst wurden jetzt die französischen Truppen zwischen Karl, der sich ins Elsaß begeben hatte, und Nancy geschoben. Das ganze Vorgehen sollte nach außen so aussehen, als ob man nur den Schweden einen Gefallen damit tun wolle[84]). Karl selbst suchte, obwohl er seine Verhandlungen mit Gaston und den Habsburgern eifrig fortsetzte[85]), den Franzosen seine gute Gesinnung zu versichern. Er hatte sogar noch Anfang August in einer Unterredung mit Guron Gastons Heirat geleugnet, obwohl dieser ihm genaue Nachrichten darüber entgegenhalten konnte[86]).

Die militärische Haltung Karls änderte jedoch bald darauf die ganze Lage. Der Herzog griff die Schweden im Elsaß an und wurde von ihnen am 10. August 1633 bei Pfaffenhofen entscheidend geschlagen. Da Karls Armee sich infolge dieser Niederlage auflöste, war der nächste Zweck der französischen Maßnahmen erreicht. Man erneuerte sofort die Befehle, die französischen Truppen zwischen der deutschen Grenze und Lothringen zu sammeln und befahl die Besetzung von Luneville. Zunächst sollte damit verhütet werden, daß versprengte lothringische Truppenteile die Besatzung in Nancy verstärkten. Gleichzeitig aber richteten sich diese Maßnahmen auch gegen die Schweden. Man wollte verhindern, daß sie, bevor die französischen Truppen eintrafen, für sich Nancy besetzten, das für Frankreich zu erobern sie ja in Frankfurt abgelehnt hatten[87]). Diesen Vorschlag hatte man unmittelbar nach Eintreffen der Nachricht über die Schlacht bei Pfaffenhofen zurück-

---

[83]) Mémoires II 471 f, Lettres VIII 257.

[84]) Mémoires II 472.

[85]) Haussonville I 512 ff, Nr. 30, Aubery V 572 f.

[86]) Haussonville I 502 f, Nr. 26. Die Unterredung muß in diese Zeit fallen, da in dem Gesamtbericht Gurons über seine Verhandlungen wegen der Heirat — vergl. oben S. 94, A. 30 — kurz zuvor der Besuch von Lavaupol, eines Vertrauten Gastons, erwähnt wird, der am 1. August Nancy verließ, Mémoires II 471, Haussonville I 514, Nr. 30.

[87]) Lettres IV 778, Anal. 4, VIII 527. — Am 19. August schreibt Richelieus unmittelbarer Mitarbeiter Bouthillier an Charnacé, der plötzliche Entschluß zum Vorrücken gegen Lothringen sei vor vier Tagen auf Grund der Nachricht von der Schlacht bei Pfaffenhofen gefaßt worden, Lettres VIII 259, A. 1.

genommen, allerdings die Mitwirkung der Schweden bei weiterem Vorgehen gegen Lothringen nicht abgelehnt[88]). Der König und Richelieu selbst befanden sich seit Mitte August im Vormarsch gegen die lothringische Grenze[89]). Das Ziel war jetzt Nancy.

Karls Bruder, der Kardinal Nikolas-Franz hatte bereits am 11. August den König um eine Unterredung ersucht, die ihm bewilligt wurde[90]). Am 18. August traf er in Chateau-Thierry beim König ein und verhandelte am 20. August lange mit Richelieu. Er gestand dabei, daß die Heirat Gastons kirchlich geschlossen worden sei und er selbst die geistlichen Vollmachten gegeben habe, leugnete aber, daß die Ehegatten die Ehe bereits vollzogen hätten. Er bot die Auflösung der Heirat, den Lehnseid für Bar und die Ueberlassung von Dachstein und Zabern im Elsaß an. Richelieu verlangte jedoch die Ueberlassung von Nancy mit dem Versprechen, es später zurückzugeben. Er drohte, Karl werde sein ganzes Land verlieren, wenn er diese Bedingung nicht annehme. Als Nikolas-Franz auf die Lehnsabhängigkeit Lothringens vom Reich hinwies, leugnete Richelieu diese und behauptete, Lothringen sei ein der französischen Krone früher geraubtes Land, das man jetzt in die französische Abhängigkeit zurückzubringen in der Lage sei. Er betonte dann nochmals, daß nur die Uebergabe von Nancy Frankreich dagegen sichern könne, daß Lothringen weiterhin ein Vorposten für Spanien sei[91]).

In einem Gutachten im Staatsrat begründete Richelieu noch am Tage der Unterredung seine Haltung. Er meinte, bei Karls bisheriger Treulosigkeit hätten Verhandlungen mit ihm nur noch Zweck, wenn man dadurch völlig Herr seines Landes würde. Nancy müsse man behalten, bis die Heirat Gastons sich, wie Nikolas-Franz behauptet hatte, als tatsächlich

---

[88]) Lettres IV 479 f. — Griffet II 429 meldet, die Schweden hätten ihre Mitwirkung bei der Belagerung von Nancy jetzt angeboten, man habe das aber abgelehnt, da man Nancy ohne fremde Hilfe nehmen könne. Es ist durchaus möglich, daß man damals die Mitwirkung der Schweden nur gegen die lothringischen Feldtruppen haben wollte, vergl. Aubery II 211 f.

[89]) Die von Avenel–Lettres VIII 257, A. 1 — in diese Zeit gesetzte Instruktion Richelieus für Chavigny, der den König nach Lothringen begleiten sollte, gehört nicht hierher, da Richelieu 1633 mit dem König zusammenblieb, und alle in der Instruktion gegebenen Anordnungen, z. B. die Sorge für die Verpflegung von Nancy, nicht in diese Zeit passen. Die Instruktion gehört in den Herbst 1635, wo Ludwig XIII., ohne Richelieu, nach Lothringen ging und St. Mihiel belagerte.

[90]) Lettres IV 778, Anal. 5, Mémoires II 473.

[91]) Mémoires II 473 ff, Siri VII 663 ff, vergl. Mercure XIX 112 f.

nicht vollzogen herausstellte, bis zur Beendigung des Krieges in Deutschland und bis zur Beilegung aller Streitigkeiten mit Karl; letzteres vor allem bedeutete die Behauptung Nancys, solange Frankreich es haben wollte. Begründet wurde das von Richelieu damit, daß man nur so die unbedingt notwendige Beseitigung der Heirat Gastons erreichen und im nächsten Frühjahr an dem Ruin Habsburgs mitwirken könne. Die schon in der Unterredung mit Nikolas-Franz ausgesprochene Absicht auf territoriale Vergrößerung kam auch in diesem Gutachten für den König klar zum Ausdruck, sie wurde aber nicht mit dem Gegensatz gegen Habsburg, sondern damit begründet, daß Frankreich einen Machtzuwachs der Gegner Habsburgs auf dessen Kosten nicht zulassen könne, ohne sich in gleicher Weise wie seine Nachbarn zu vergrößern.[92])

Der Vormarsch gegen Lothringen wurde dementsprechend fortgesetzt. Französische Kavallerie streifte schon bis an die Tore von Nancy, ohne von dort beschossen zu werden, da die Lothringer versuchen wollten, den offenen Bruch zu vermeiden, zumal die Reste ihres Heeres in völliger Auflösung begriffen waren. Sie baten vielmehr den französischen General S. Chamond, bei dem König zu vermitteln.[93]) Dieser aber hatte bereits am 22. August den Befehl erhalten, zu versuchen, Karl und die lothringischen Prinzessinnen, falls sie Nancy verließen, gefangen zu nehmen.[94])

Der König traf am 23. August 1633 in St. Diziers ein, wo auch Nikolas-Franz sich wieder einfand. Er leugnete nicht mehr, daß die Ehe zwischen Gaston und Margarethe bereits vollzogen sei, und bot die Uebergabe von Nancy an, wenn Richelieus Nichte seine Frau würde, da man dann die nötige Sicherheit für die Rückgabe der Festung zu haben glaube. Richelieu ging jedoch darauf nicht ein.[95]) Der General

---

[92]) Mémoiren II 477 ff., Lettres VIII 258 und 257, A. 3.

[93]) Haussonville I 518 ff., Nr. 24—27.

[94]) Lettres IV 779, Anal. 1. — Am 23. August erhält S. Chamond den Befehl, den Schweden mitzuteilen, daß der König keinen Vertrag mit Karl schließen werde, um sie nicht vom Angriff auf Lothringische Truppen abzubringen. Der General führte jedoch diesen Befehl nicht aus, da er gleichzeitig Nachricht von der Fortsetzung der Verhandlungen mit Nikolas-Franz erhielt, und die Schweden sowieso schon den Angriff auf die lothringischen Truppen versprochen hatten, Haussonville I 523 f., Nr. 38.

[95]) Mémoires II 480; nach Pfister, Brassac S. 325 f. und Calmet VI 90 bot Nikolas-Franz schon in St. Diziers la Mothe an.

S. Chamond erhielt den Befehl, darauf zu achten, daß Margarethe nicht aus Nancy entweiche.[96])

Am 24. August erörterte Richelieu erneut die lothringische Frage im Zusammenhang mit der allgemeinen politischen Lage. Er betonte zunächst die Schwierigkeit einer Belagerung Nancys, die große Kosten verursachen werde, bei der vorgerückten Jahreszeit schwierig sei und sehr lange dauern könne, so daß inzwischen Spanien und Holland Waffenstillstand und die in Deutschland kämpfenden Parteien Frieden schließen könnten, was den Spaniern Angriffe in Italien ermöglichen werde. Jedoch verlange die Reputation eine Bestrafung Karls, außerdem sei die allgemeine Lage günstig, der Waffenstillstand und Friede nicht wahrscheinlich und daher ein Eingreifen der Spanier nicht zu fürchten. Karl werde, solange er Macht habe, stets Frankreich feindlich sein, und nur durch Zerstörung seiner Macht könne auch Gastons Ehe beseitigt werden. Er entschied sich daher für die Belagerung Nancys, falls der Waffenstillstand Hollands mit Spanien nicht zustande komme. Andernfalls solle man ganz Lothringen besetzen, wodurch Nancy tatsächlich blockiert werde. Noch klarer als in dem ersten Gutachten kam jetzt wieder der Gedanke zum Ausdruck, daß das Anwachsen der Macht der Protestanten gefährlich sei, wenn Frankreich nicht auch seine Macht ausdehne. Nach der Niederwerfung Lothringens, so sagte Richelieu jetzt, könne man die Grenzen bis zum Rhein ausdehnen und einen Angriff auf Flandern machen. Diese Begründung des Vorgehens gegen Lothringen und des Planes von Annexionen fußte auf dem Gedanken der Behauptung des Gleichgewichts zwischen Frankreich und den protestantischen Mächten und verband sich hier in Richelieus Gutachten mit der alten Furcht vor einem habsburgischen Angriff auf ein isoliertes Frankreich. Er sagte, für den Fall, daß der Friede in Deutschland und der Waffenstillstand zwischen Holland und Spanien zustande komme, sei Nancy eines der besten Bollwerke gegen den Kaiser und Spanien. Angriffe von Deutschland her könne man im Besitz Nancys, noch besser als durch Metz, mehrere Jahre aufhalten. Die bisher übergebenen Plätze erklärte Richelieu für durch Karls Treulosigkeit bereits in französischen Besitz übergegangen.[97])

Am 28. August war der König bis Pont à Mousson gelangt, wo auch Nikolas-Franz wieder eintraf. Er bot jetzt

---

[96]) Haussonville I 365 A. 1.
[97]) Mémoires II 480 ff., Lettres VIII 258, Siri VII 666 ff.

die Auslieferung Margarethes und außer Zabern und Dachsteins auch die Uebergabe von La Mothe an. Als Richelieu die Forderung von Nancy trotzdem aufrecht erhielt, erklärte Nikolas-Franz, daß Karl zu seinen Gunsten abdanken werde.[98]) Richelieu bestand aber auch da noch auf der Uebergabe von Nancy.[99])

Nikolas-Franz, der für seine Verhandlungen einen Paß zum Durchschreiten der französischen Posten erhalten hatte, benutzte denselben, um Karls Schwester Margarethe verkleidet durch die französischen Linien zu bringen. Margarethe flüchtete zu ihrem Gemahl Gaston nach Flandern, worüber die Franzosen natürlich sehr ärgerlich waren.[100]) Auch das persönlich leidlich gute Verhältnis von Nikolas-Franz zu den Franzosen mußte dadurch getrübt werden, wodurch das Angebot der Abdankung Karls noch mehr entwertet wurde.

Die französischen Truppen hatten inzwischen einen großen Teil der kleineren Plätze Lothringens besetzt und in den ersten Tagen des September die Belagerung von Nancy begonnen. Im Gegensatz zu den ursprünglichen Plänen der Militärs verlangte Richelieu dabei, den Belagerungsring so eng wie möglich zu ziehen, um das Ausscheiden von Reserven zu ermöglichen. Er rechnete damit, daß nach Eintritt der Winterruhe auf dem flandrischen Kriegsschauplatz die Spanier im Oktober Kräfte zur Verfügung haben würden, um in Lothringen einzugreifen. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte daher die Einschließungslinie befestigt und durch ihre nicht zu große Ausdehnung das Ausscheiden von Reserven möglich sein.[101]) Richelieu rechnete also mit einer langen Dauer der Belagerung von Nancy.

---

[98]) Von dieser Absicht hatte Nikolas-Franz S. Chamond schon am 22. August Mitteilung gemacht. Haussonville I 520, Nr. 35.

[99]) Mémoires II 483; Siri VII 668 f.; Mercure XIX 116 ff. Aubery, Histoire I 380 f. und Pfister, Brassac S. 326 setzen das Angebot über die Heirat von Nikolas-Franz mit der Combalet erst in diese Unterredung. Brassac spricht ferner von dem lothringischen Vorschlag, Nancy dem Papst zu übergeben.

[100]) Mémoires II 483 f.; Calmet VI 94 ff. Dieser und Haussonville I 365 ff. setzen die Flucht Margarethes zwischen die Verhandlungen in St. Diziers und Pont-à-Mousson, so daß Nikolas-Franz, als er am 28. August ihre Auslieferung anbot, sie bereits in Sicherheit gebracht hätte. Die Darstellung der Memoiren, die diese Flucht hinter die Verhandlungen in Pont-à-Mousson setzen, wird durch einen ausführlichen lothringischen Bericht bestätigt, der die Flucht auf den 4. September setzt; Haussonville I 525 ff., Nr. 40.

[101]) Mémoires II 484 f.

Trotz der Flucht Margarethes waren die Unterhandlungen mit Nikolas-Franz fortgegangen, der am 2. und 4. Septembe in la Neuville, dem französischen Hauptquartier vor Nancy, war und schließlich am 6. September einen Vertrag abschloß.[102]) In demselben versprach Lothringen erneut die Auflösung aller Frankreich feindlichen Verbindungen und verpflichtete sich, ohne französische Erlaubnis auch nicht wegen der deutschen Kämpfe zu rüsten. Gegen das Versprechen der Entwaffnung sagte Frankreich zu, daß es die Schweden vom Angriff auf Lothringen abhalten wolle. Von Nancy sollte die Neustadt und ein Tor der Altstadt von den Franzosen besetzt werden, während Nikolas-Franz die Erlaubnis erhielt, in der Neustadt zu bleiben.[103]) Die Einkünfte aus ganz Lothringen sollten dem Herzog verbleiben. Die Besetzung Nancys sollte solange dauern, bis die Auflösung der Heirat Gastons durchgeführt sei und gutes Verhalten des Herzogs und das Ende der deutschen Kämpfe den Franzosen die nötigen Sicherheiten gebe. Falls der deutsche Krieg länger als vier Jahre dauere, sollte Nancy an Lothringen zurückgegeben werden, wenn alle Vertragsbedingungen erfüllt seien. Ueber die Grenzstreitigkeiten wurde bestimmt, daß jeder bis zu ihrer Beilegung das behalten soll, was er zurzeit besitzt, was für die Franzosen sehr vorteilhaft war. Auch Bar soll mit Frankreich vereinigt bleiben, bis Karl Genugtuung geleistet habe. Karl und Nikolas-Franz versprachen ferner, alles zu tun, damit Margarethe den Franzosen ausgeliefert werde; falls ihnen das nicht möglich sei, sollte das aber nicht als Vertragsbruch gelten.[104])

Karl ließ am 10. September sein Einverständnis mit diesem Vertrage mitteilen, worauf Richelieu bereits am 12. September die bevorstehende Uebergabe Nancys, des festesten Platzes von Europa, triumphierend nach Paris berichtete.[105]) Als die französischen Truppen die Stadt besetzen

---

[102]) Mémoires II 485; Siri VII 670 f.; Schmit XI 100 f., Nr. 20.

[103]) Nikolas-Franz hatte zunächst nur die Neustadt angeboten; diese Formulierung ist also ein Kompromiß.

[104]) Haussonville II 528 ff., Nr. 42. Vgl. unten S. 113 A. 113

[105]) Lettres IV 480. Am 11. September schrieb der Kanzler Séguier an Molé, Nancy sei eine der wichtigsten Städte Europas und die Pforte nach Deutschland; Molé II 180. Molé antwortete darauf, durch Ratifikation des Vertrages sei Karl nicht mehr Herzog von Lothringen, Molé II 81. Ein Erlaß des Königs vom 19. September nennt Nancy einen der besten und befestigsten Plätze Europas, „en une situation trop oppertune pour la communication des ennemis de nostre Estat", Schmit XI 68, Nr. 13.

wollten, hatte Karl jedoch inzwischen den Befehl zur Verteidigung Nancys gegeben, worauf die Franzosen, die am 6. September ihre Operationen eingestellt hatten, die Belagerung fortführten und den Rest des flachen Landes besetzten.[106])

Karls Hoffnung und Richelieus Sorge war ein Eingreifen der Spanier, bevor die Belagerung Nancys beendet sei. Ein solches schien nicht nur von den Niederlanden her, sondern auch von der Armee Ferias zu drohen, die von Tirol aus im Anmarsch auf das Elsaß war. Man hatte schon am 9. September, also bevor man wußte, daß Karl Nancy nicht übergeben werde, die Schweden gebeten, Karls Feldtruppen, die anscheinend aus der spanischen Freigrafschaft Burgund verstärkt worden waren, zu schlagen und vor allem Ferias Vereinigung mit Karl zu verhindern. Man leugnete dabei, daß man sich mit Karl verständigen wolle, und stellte französische Mitwirkung in Aussicht.[107]) Am 14. September drängte man dann erneut auf gemeinsames Vorgehen gegen Karl und Feria.[108])

Inzwischen mußte Karl einsehen, daß auf baldige Hilfe durch Feria nicht zu rechnen sei, da dieser immer noch in Tirol stand. Anderseits hatte Richelieu, der auf eine lange Dauer der Belagerung Nancys und mit einem Eingreifen der Spanier auch von den spanischen Niederlanden her rechnete, ein Interesse daran, daß die Belagerung durch neue Verhandlungen vermieden würde, zumal es vorteilhafter war, wenn man Nancy durch Vertrag mit dem lothringischen Herzog, als durch militärische Eroberung bekam. Richelieu veranlaßte daher selbst eine Wiederaufnahme der Verhandlungen und verabredete ein Zusammentreffen mit Karl in Charmes. Man wählte entgegen Karls Wünschen diesen Ort, der im Bereich der französischen Truppen lag, da man fürchtete, daß Karl zu den Spaniern nach den Niederlanden fliehen und unter ihrem Einfluß niemals die Ueberlassung von Nancy zugestehen werde.[109]) Den französischen Truppen wurde be-

---

[106]) Mémoires II 485 f.; Calmet VI 101; Siri VII 672; Molé II 179 ff, 182 ff; Pfister Brassac S. 328. Der Bericht der Gazette bei Schmit XI 102 ff., Nr. 20.

[107]) Feuquières II 105 ff.

[108]) Lettres VIII 259. Vgl. Feuquières II 124 ff. und Rott IV 2, 58 f.

[109]) Mémoires II 487; Siri VII 673; Schmit XI 106, Nr.20; Calmet VI 102; Beauvau S. 41. — In den französischen amtlichen Darstellungen — Mémoiren, Siri, Gazette — wird gesagt, Karl habe sein Verhalten bereut und um Verhandlungen gebeten, während die lothringischen

fohlen, während der neuen Verhandlungen die Operationen einzustellen, während man den Schweden, aus Furcht sie zu verstimmen, keine Mitteilung davon machte.[110])

Die Verhandlungen in Charmes dauerten vom 18. bis 20. September 1633. Sie waren zunächst ergebnislos, da Karl dauernd zwischen Annahme und Ablehnung der französischen Bedingungen hin und her schwankte, während Richelieu an den Erfolg glaubte.[111]) Richelieu forderte wiederum die Uebergabe Nancys und außerdem die Auslieferung Margarethes, auf die zu verzichten er jedoch bereit war.[112]) Am 20. September kam dann der Vertrag von Charmes zustande, der im allgemeinen in der Anerkennung des von Nikolas-Franz am 6. September geschlossenen Vertrages bestand. Darüber hinaus wurde den Franzosen außer der schon fest-

---

Berichte im allgemeinen sagen, daß Richelieu die neuen Verhandlungen veranlaßt habe. Nach ihnen hat Richelieu Chanvallon, einen lothringischen Agenten, zu Nikolas-Franz geschickt, um „von sich aus" zu Verhandlungen zu raten. Das sagen auch Aubery, Historie I 348 und Griffet II 434 ff. Diese Darstellung ist höchst wahrscheinlich richtig, und sie wird durch einen Brief des Kanzlers an Molé vom 15. September bestätigt, in dem es heißt, man sei in neue Verhandlungen durch Vermittlung Chanvallons eingetreten. Chanvallon habe in dieser Angelegenheit dem König treu gedient, Molé II 182 f. Jedenfalls hat aber die Wiederaufnahme der Verhandlungen dem Bedürfnis beider Seiten entsprochen, vgl. Goulas I 160. — Wenn Haussonville I 380 sagt, die Briefe von Karl und Nikolas-Franz, in denen sie um Verhandlungen bitten — Lettres IV 779 Anal. 2, 3, 5 — bewiesen, daß die Initiative von ihnen ausgegangen sei, so ist das nicht beweiskräftig. Richelieu hat hier — wie er auch sonst pflegt, vgl. unten S. 176, A. 165 — es so eingerichtet, daß die offizielle Bitte um Verhandlungen von der Gegenseite ausging.

[110]) Lettres IV 779, Anal. 6, IV 481 f.; Mercure XIX 153; Schmit XI 106 (Gazete). Die Einstellung der Feindseligkeiten wurde bis zum 21. September befohlen. Da das, wenn man die Belagerung fortsetzen wollte, bei der allgemeinen Lage für die Franzosen ungünstig war, beweist auch dieser Befehl den französischen Wunsch nach Verhandlungen.

[111]) Lettres IV 482 f., 779, Anal. 6; beide Briefe vom 19. Sept. Ein Brief vom gleichen Tage spricht schon von der vollzogenen Einigung mit Karl, Lettres VIII 260, was sich aus Karls Schwanken erklären wird.

[112]) Der von Avenel — Lettres VIII 259 f. — gegebene Auszug aus der Instruktion vom 17. September für die Verhandlungen faßt das unklar; der Wortlaut sieht so aus, als ob man auf die Uebergabe von Nancy verzichten wollte, was ausgeschlossen ist. Es kann sich bei den Konzessionen, die man machen wollte, nur um die Auslieferung Margarethes handeln, auf die man dann ja, wenn auch in verklausulierter Form, verzichtete. Allerdings enthält der Vertrag vom 20. September auch ein gewisses Entgegenkommen in der Formulierung der Bestimmungen über die Rückgabe Nancys.

gesetzten Besetzung einer Pforte der Altstadt Nancy — es handelte sich um die zwischen der Alt- und der Neustadt — die Besetzung noch eines weiteren Einganges nach der Altstadt zugestanden. Außerdem wurde bestimmt, daß, falls Margarethe in drei Monaten ausgeliefert sei, Karl der Auflösung ihrer Ehe zugestimmt habe und der Vertrag sonst in allen Punkten ausgeführt sei, Nancy nach Schleifung seiner Befestigungen schon dann zurückgegeben werden solle.[113])

Karl hatte in Charmes versprechen müssen, den König in la Neuville aufzusuchen. Seine Absicht, die man ihm wenigstens nachsagte, den Vertrag wiederum nicht zu halten und sich in seine Hauptstadt zu werfen, um sie zu verteidigen, hatte ihm Richelieu von vornherein dabei unmöglich machen wollen. Karl wurde in la Neuville prächtig empfangen und mit Liebenswürdigkeiten überschüttet, tatsächlich aber dabei nach einem abgekarteten Spiel zurückgehalten und unter dem Namen von Ehrenwachen, wobei man sich noch über ihn lustig machte, solange gefangen gehalten, bis er nach mehreren Scheinbefehlen Nancy übergeben mußte. Alle List nutzte Karl nichts mehr, um seine Hauptstadt zu retten, denn die Macht war völlig auf seiten der Franzosen.[114]) Am 25. September 1633 hielten dann der König und Richelieu ihren feierlichen Einzug in die lothringische Hauptstadt.

Damit war Frankreich völlig Herr in Lothringen geworden und Richelieus Ziel, den Herzog Karl unschädlich zu machen, erreicht, soweit seine Macht auf dem Besitz seines Landes beruhte. Der erste Grund für das Vorgehen gegen Lothringen ist seine ständige Verbindung mit den inneren Feinden der Regierung und die Tatsache gewesen, daß durch ihn in der Hauptsache deren Verbindung mit dem feindlichen Ausland vermittelt wurde. Dabei hatte Richelieu in den ersten

---

[113]) Haussonville I 532 f., Nr. 42; Mémoires II 487 f.; Mercure XIX 153 ff.; Schmit XI 108 (Gazette); Molé IV 96 ff. — Ueber Margarethe enthielt der Vertrag vom 6. September zunächst die Bestimmung, daß sie in 14 Tagen ausgeliefert werden solle. Ein Zusatz bestimmt dann, daß, falls Lothringen sich ehrlich bemühe, die Auslieferung zu erreichen, aber es nicht könne, weil Margarethe bei den Spaniern ist, der Vertrag nicht als verletzt gelten solle. Diese Bestimmung ist dann auch in den Vertrag von Charmes übernommen worden, der aber andererseits die Rückgabe Nancys nach 3 Monaten von der Auslieferung Margarethens in dieser Zeit abhängig macht. — Die Memoiren erwähnen den Zusatz, daß die nicht zu erreichende Auslieferung den Vertrag nicht aufheben solle, nicht.

[114]) Lettres IV 483 ff.; Mémoires II 488 f.; Pontis S. 580 ff.; Beauvau S. 42 ff., Calmet VI 104 ff., Brienne S. 65 f., Mercure XIX 169 ff., vgl. Khevenhiller XII 718 ff., Schmit XI 87 ff., Nr. 18.

Jahren Zurückhaltung und Mäßigung gezeigt und noch damit gerechnet, Karl mehr oder weniger freiwillig, aber doch mit einiger Sicherheit auf die französische Seite herüberziehen zu können. Erst seit Ende 1632 finden sich Anzeichen und 1633 dann deutliche Aeußerungen Richelieus, die zeigen, daß er mit einer Versöhnung Karls mit Frankreich nicht mehr rechnete, und gleichzeitig wurden, zunächst noch im stillen, Maßnahmen vorbereitet, z. B. die allmähliche Durchführung der Erlasse Lebrets, die eine dauernde Festsetzung in Teilen Lothringens vorbereiteten.[115]) Diese Haltung wurde eingenommen seit der Zeit, wo man die unzweifelhafte Bestätigung über Gastons Heirat erhalten hatte. Diese hat zweifellos nicht nur in den zahlreichen zur Veröffentlichung bestimmten Erklärungen [116]) über das Vorgehen gegen Lothringen eine große Rolle gespielt. Ihre Auflösung, zum mindesten die Ungültigkeitserklärung der gegen den französischen Hof gerichteten Form dieser Eheschließung war eine Staatsnotwendigkeit, und wenn einmal gesagt wird, die Franzosen hätten in Lothringen den Schwager Gastons verfolgt,[117]) so ist das durchaus zutreffend. Diese Heirat war zweifellos, um ihrer innen- und außenpolitischen Bedeutung willen, der unmittelbarste Antrieb zu dem Vorgehen gegen Lothringen.[118]) Hinzu kam dann, daß Lothringen ein Vorposten der habsburgischen Mächte gegen Frankreich geworden war, und Karl diese dauernd zu einem Angriff gegen Frankreich trieb. Man hat sogar einmal gefürchtet, durch einen solchen Angriff zur Rückgabe der bereits besetzten Plätze und zur Anerkennung der Heirat Gastons gezwungen zu werden.[119]) Die Vernichtung der Macht Karls war so für die französische Politik eine Notwendigkeit geworden, wenn man nicht in der inneren wie in der auswärtigen Politik einen Hemmschuh dauernd am Bein haben wollte. Wie man sie erreichte, durch Gewalt oder durch Verhandlungen, durch ein Vorgehen der Bundesgenossen oder durch eigene Operationen, war eine Frage der Zweckmäßigkeit, bei deren Beantwortung Richelieu stets auf

---

[115]) Vgl. unten S. 117.

[116]) Vgl. Mercure XIX 140 ff., 148 ff.; Schmit XI 48 ff. Nr. 10; Aubery V 568 ff.; Ketzinger I 215 ff.

[117]) Haussonville I 369.

[118]) Mercure XIX 111 sagt, die Rüstungen Karls und die Verweigerung des Eides für Bar wären dem König nicht so „sensible" gewesen, wie die Heirat Gastons; ähnlich Rohan S. 629. Vgl. Hay S. 901 f.; Omer Talon S. 22 f.; Dupleix I 446.

[119]) Mercure XIX 106 ff.

die allgemeine politische Lage und auf das Ansehen der französischen Politik, vor allem in Deutschland, die weitgehendste Rücksicht genommen hat. Die Unklugheit Karls war dabei für Richelieus Politik sehr günstig gewesen. Die Schlacht bei Pfaffenhofen, die eine Folge von Karls Angriffen auf die Schweden war, hatte die Bezwingung Lothringens und die Uebergabe Nancys nicht nur militärisch erleichtert. Der offene Konflikt Karls mit den Schweden rechtfertigte in den Augen der protestantischen Bundesgenossen in Deutschland das Vorgehen gegen Lothringen, während man den Katholiken sagen konnte, daß dieses Land besser in französischen als in schwedischen Händen sei.

Mit dem bis 1632 unbedingt vorherrschenden Grund, die von Lothringen her drohenden Gefahren zu beseitigen, hatte sich dann seit 1633 in Richelieus politischem Denken das Motiv verbunden, gegen Lothringen nicht nur aus Gründen der Verteidigung vorzugehen, sondern hier eine Machterweiterung und Annexion durchzuführen, die Frankreich einerseits mit der wachsenden Macht der protestantischen Mächte das Gleichgewicht halten ließ, andererseits aber eine vorzügliche Sicherung der französischen Nordostgrenze, aber gleichzeitig auch eine Angriffsstellung zum weiteren Vorgehen gegen Flandern und den Rhein bot.[120]) Wenn es Richelieu, wie er in diesen Jahren in den allgemeinen Verhandlungen versuchte, gelang, die Anerkennung der mit Lothringen geschlossenen Verträge in einem allgemeinen Frieden durchzusetzen, so hätte das für Frankreichs allgemeine Stellung zweifellos einen gewaltigen Erfolg bedeutet. Jedenfalls hat Richelieu 1633 nicht an eine Rückgabe der in Lothringen besetzten Plätze gedacht. Stenay, Jametz und Marsal hatte er ja bereits als durch Karls Vertragsbrüche mit Frankreich vereinigt erklärt, und das Versprechen der Rückgabe von Nancy im Vertrag von Charmes war mit so vielen Klauseln umgeben, daß Frankreich jederzeit

---

[120]) Man hat häufig gemeint, daß der Grund für das Vorgehen gegen Nancy gewesen sei, daß Richelieu sich für den bevorstehenden Eintritt in den allgemeinen Krieg eine Operationsbasis habe schaffen wollen. In dieser Form ist das zweifellos nicht richtig, da Richelieu damals an ein Eingreifen in den Krieg nicht dachte und es nicht wollte. Die Wahl des Zeitpunktes für das Vorgehen gegen Karl hängt zweifellos in der Hauptsache mit dem Herannahen Ferias zusammen, dessen Vereinigung mit Karl Richelieu unbedingt verhindern wollte. Die Schaffung einer Operationsbasis zu weiterem Vorgehen gegen den Rhein hat mitgesprochen, die alleinige Betonung dieses Motivs gibt aber ein schiefes Bild.

behaupten konnte, wegen Nichterfüllung der Vertragsbestimmungen noch nicht zur Rückgabe dieser Festung verpflichtet zu sein.[121])

Noch am Tage der Unterzeichnung des Vertrages von Charmes ließ Richelieu den Schweden mitteilen, daß sie nun Sicherheit vor Karl hätten und bat um Zurückziehung der schwedischen Truppen aus lothringischem Gebiet, wobei er sich bewußt war, daß Schweden über den Vertrag mit Karl nicht erfreut sein werde. Der schwedischen Forderung auf ein Mitwirken französischer Truppen gegen Feria suchte man jetzt auszuweichen,[122]) da dieses nach dem Vertrage mit Karl einen offenen Bruch mit Spanien bedeutet hätte.[123]) Man scheint die Schweden darauf hingewiesen zu haben, daß sie als Ersatz für den französischen Besitz von Nancy sich ihrerseits in den Besitz von Zabern setzen könnten.[124]) Die Schweden sind aber anscheinend mit der französischen Haltung in Lothringen wenig einverstanden gewesen.[125]) Sie haben die lothringischen Grenzgebiete auch weiterhin durch Streifereien ihrer Truppen heimgesucht.[126])

In Lothringen selbst war Richelieus Sorge, die dortigen Plätze und vor allem Nancy militärisch zu sichern, da er überzeugt war, daß Karl an ihrer Wiedereroberung arbeite.[127]) Sofort erhoben sich neue Klagen über Rüstungen Karls und Verhandlungen mit den Frankreich gegnerischen Mächten.[128]) Karl seinerseits beschwerte sich über die Einfälle der Schweden in sein Gebiet und fragte am 20. Oktober an, was er Bayern und Wallenstein antworten solle, die ihm Hilfe angeboten

---

[121]) Das betont auch in wenig verhüllter Form ein Gutachten Richelieus über den Vertrag, Mémoires II 487 f.; Lettres VIII 257, A 3. Den Engländern, die zugunsten Karls intervenierten, sagte Richelieu, er habe die Absicht, Lothringen zu behalten, Meaume S. 403.

[122]) Lettres IV 486; vgl. IV 780, Anal. 2.

[123]) Ein Kampf gegen die Spanier, wenn man mit ihnen als Bundesgenossen des mit Frankreich im Krieg stehenden Herzogs von Lothringen zusammenstieß, galt nach damaliger Anschauung nicht als offener Krieg mit Spanien.

[124]) Irmer III 31, Nr. 302.

[125]) Vgl. die Aeußerung von Joseph zu Streiff; Rommel VIII 288 A. und Falk 135 u. A. 2.

[126]) Auch während der französischen Operationen in Lothringen hatte sich das militärische Vorgehen der Schweden auf solche Streifereien im lothringischen Gebiet beschränkt.

[127]) Lettres IV 495 f, 781, Anal. 4. — Am 28. Oktober schreibt Richelieu an den König von dem großen Nutzen der Besetzung Nancys, da ohne sie Karl auf seiten der Feinde mit einer Armee Frankreich angreifen würde, Lettres VIII 261 f.

[128]) Pfister, Brassac S. 335 ff.; Haussonville I 543 ff., Nr. 46 und 47.

hätten. Man antwortete, er solle den Vertrag genau halten und sich mit den Schweden verständigen, wozu Frankreich behilflich sein werde. Ferner forderte man ihn auf, seine Truppen mit der französischen Armee zu vereinigen, oder, was noch beser sei, sie ganz zu entlassen und suchte Karl dazu zu bringen, zu Verhandlungen nach Paris zu kommen, worauf er aber nach den Erfahrungen, die er in la Neuville gemacht hatte, nicht einging.[129])

Außer über Schweden hatte Karl durch das Vorgehen des Parlaments von Metz Grund zu berechtigten Beschwerden auch gegen Frankreich. Das Parlament von Metz hatte von Anfang an die Aufgabe gehabt, die französische Politik gegen Lothringen zu unterstützen.[130]) Schon in dem Edikt vom 15. Januar 1633, das die Errichtung des Parlaments befahl, war seine Kompetenz auf alle Gebiete, die 1552 zu den drei Bistümern gehört hatten, ausgedehnt worden, desgleichen auf die großenteils dazugehörenden, in den Verträgen von Vic und Liverdun Frankreich zur zeitweiligen Besetzung überlassenen Plätze.[131]) Obwohl in diesen Verträgen die Einkünfte dieser Plätze dem Herzog ausdrücklich gelassen worden waren, dachte Frankreich also schon im Januar 1633 daran, sie als innerfranzösisches Gebiet zu behandeln. Damit wurden gleichzeitig die Erlasse Lebrets vom Jahre 1625 wieder aufgenommen, allerdings nur bis 1552 zurückgreifend. Aber von den 1628 und 1630 gegebenen Versprechen, die vom Reich abhängigen Gebiete auszuschließen, war jetzt keine Rede mehr.[132]) Nachdem das Parlament dann am 26. August eröffnet worden war, dehnte es seine Befugnisse über alle diese Gebiete aus.[133])

Die verzweifelte Lage seines Landes veranlaßte Karl, im November 1633 seinen Bruder nach Paris zu schicken. Man hoffte jetzt die Heirat desselben mit Richelieus Nichte, die ja

---

[129]) Lettres IV 780, Anal. 3 und 4; 781 Anal. 1 und 2; Haussonville I 542 ff., Nr. 45 und 47; Pfister, Brassac S. 335.

[130]) Vgl. oben S. 88.

[131]) Mercure XVIII 898 ff.

[132]) Vgl. oben S. 60.

[133]) Kaufmann S. 47 f. — Wie weit der Zwischenraum von dem Befehl zur Errichtung des Parlaments bis zu einer Eröffnung mit dem übrigen Vorgehen gegen Lothringen zusammenhängt, ist nicht ersichtlich. An sich ist der Zwischenraum von etwas mehr als einem halben Jahr für die Schaffung einer solchen Organisation nicht so groß, daß man darin andere, als rein technische Gründe suchen müßte.

schon längere Zeit erörtert wurde,[134]) durchsetzen und damit wesentliche Erleichterungen des Vertrages erlangen zu können. Bisher hatte sich Richelieu diesem Heiratsplan gegenüber sehr kühl verhalten, bei der Anwesenheit von Nikolas-Franz in Paris ist aber anscheinend ernstlicher darüber verhandelt worden. Die von beiden Seiten als Grundlage aufgestellten Bedingungen machten diesen Plan jedoch unmöglich. Nikolas-Franz forderte dafür die völlige Wiederherstellung Karls einschließlich der Rückgabe der festen Plätze. Richelieu verlangte, daß der künftige Gemahl seiner Nichte Herzog von Bar werden solle, was die Teilung der lothringischen Besitzungen und die Bildung einer Nebenlinie bedeutet hätte.[135]) Diese Verhandlungen zerschlugen sich daher, im übrigen erreichte Nikolas-Franz einige, wenn auch nicht wesentliche Erleichterungen des Vertrages. Karl erhielt die Einkünfte von Bar zurück und einen Aufschub von zwei Monaten für Ablegung des Lehnseides für Bar. Man versprach ferner für Zurückziehung der schwedischen Truppenteile aus Lothringen einzutreten und die Grenzstreitigkeiten entgegenkommend zu regeln. Demgegenüber stand jedoch eine außerordentlich schroffe Behandlung der Frage über die Auslieferung Margarethes. Richelieu tadelte, im Gegensatz zu den einschränkenden Bestimmungen des Vertrages von Charmes, daß Karl nicht, wie er versprochen hätte, Margarethe ausgeliefert habe, und kündigte an, daß der Herzog zur Durchführung eines Prozesses gegen die Heirat Gastons vor das Parlament von Paris geladen werden würde. Nikolas-Franz erklärte vergebens, daß man sich, wie man auch nur versprochen habe, um die Auslieferung Margarethes bemüht hätte und daß der Herzog von Lothringen nicht vor ein französisches Gericht gefordert werden dürfe. Richelieu antwortete, Karl sei durch Bar französischer Untertan und daher zum Erscheinen vor dem Pariser Parlament verpflichtet.[136])

Dieser Drohung folgte die Tat auf dem Fuße. In dem Parlament von Paris wurde Anfang 1634 ein Prozeß zur Ungültigkeitserklärung der Heirat Gastons eingeleitet, und der

---

[134]) Vgl. oben S. 100, 107 und Siri VII 675 ff.

[135]) Von den Richelieu ungünstig gesinnten Schriftstellern und auch von Siri wird behauptet, Richelieu habe aus persönlichem Ehrgeiz diese Heirat seiner Nichte eifrig angestrebt. Anzeichen dafür liegen nicht vor, vielmehr zeigt Richelieus Haltung das Gegenteil.

[136]) Siri VII 703 ff., 736 f.; Mercure XIX 914; Haussonville I 396 ff.; die Memoiren II 499 erwähnen von diesen Verhandlungen nur, daß Karl, anstatt selbst zu kommen, seinen Bruder geschickt habe, — Nikolas-Franz war vom 17. November bis 20. Dezember in Paris.

Herzog Karl dabei der Entführung Gastons angeklagt, ein sehr merkwürdiger Anklagegrund, da Gaston großjährig und freiwillig nach Nancy gekommen war. Der Widerstand, den das Parlament selbst wegen juristischer Bedenken erhob, wurde am 18. Januar durch ein Lit de justice beseitigt.[137]) Richelieu wollte die Auflösung der am 3. Januar 1632 bei Nancy abgeschlossenen Ehe unbedingt erreichen. Er wendete sich dabei vor allem dagegen, daß diese Ehe ohne Genehmigung des Königs und in Verletzung der Staatsgrundgesetze geschlossen sei, meinte jedoch, daß wenn Gaston nach Frankreich zurückkehre und sich mit dem König versöhne, eine ordnungsmäßig geschlossene Ehe zwischen ihm und Karls Schwester als neues Band zwischen Frankreich und Lothringen sogar nützlich sein könne.[138]) Karl selbst versuchte er mit allen Mitteln, durch Drohung und List, zur Auslieferung der Akten über die Heirat zu bewegen,[139]) und versuchte sogar von Karl die Erklärung zu erlangen, daß er selbst der Heirat nicht zugestimmt habe, um dadurch die Durchführung des Prozesses zu erleichtern.[140])

Die Anklage Karls durch ein französisches Gericht war der Höhepunkt des Vorgehens gegen Lothringen. Sie zeigt, daß Richelieu damals an kein Nachgeben dachte und Lothringen völlig in französische Abhängigkeit bringen wollte. Neue Rüstungen und Verhandlungen Karls bestärkten ihn in dieser Haltung. Er hatte Ende 1633 gegen diese energisch Einspruch erhoben und verlangt, daß Karl abrüste bis auf 500 Reiter, die mit dem französischen Heere vereinigt werden sollten. Gleichzeitig fordert er für drei Monate das Besetzungsrecht in Sierk, das dann auch übergeben wurde.[141])

Infolge all dieser Maßnahmen, vor allem weil er dem Prozeß entgehen wollte, führte Karl den schon längere Monate erwogenen Entschluß aus und dankte am 19. Januar 1634 zugunsten seines Bruders Nikolas-Franz ab. Er mochte hoffen, daß unter diesem sein Land besser behandelt werden

---

[137]) Omer Talon S. 23 ff.; Siri VII 739 ff.; Mémoires II 530 ff.; Haussonville I 546 f., Nr. 49, 50; Molé II 214 ff., 262 ff., 275 ff.; vgl. Morizet, Marguerite S. 364 ff.

[138]) Mémoires II 497 ff. Wenn Richelieu Karl Hoffnung machen ließ, daß der König einer ordnungsmäßig geschlossenen Ehe seine Einwilligung geben werde, so ist das also nicht so unehrlich gemeint, wie Avenel glaubt; Lettres IV 514 f. und 515, A 1.

[139]) Lettres IV 512 ff., VIII 99.

[140]) Haussonville I 548 f., Nr. 52.

[141]) Haussonville I 545 f. Nr. 48; Pfister, Brassac S. 335 f.; Siri VII 741; La Force III 391; Des Robert I 446 Nr. 4.

würde. Karl selbst begab sich nach Deutschland, um als General dem Kaiser und der katholischen Liga zu dienen, eine Aufgabe, die seinen Wünschen nach Kriegsruhm wie seinem Charakter entsprach. Zweifellos hat er aber dabei auch gehofft, als Kondottiere seinem Lande und dessen Befreiung besser dienen zu können, wie als Fürst.[142])

Die Hoffnung, daß die Franzosen Nikolas-Franz besser behandeln würden als Karl, erwies sich bald als nichtig. Dem Gesandten Contrisson, der Karls Abdankung mitteilen und beteuern sollte, daß der neue Herzog die Verträge halten werde, erklärte Richelieu sofort, daß Nikolas-Franz an Margarethes Heirat mitschuldig sei und ihr zur Flucht verholfen habe, und verlangte die Herausgabe der Heiratsakten.[143]) Der Anerkennung von Nikolas-Franz als Herzog wich man zunächst aus und gab Brassac, dem französischen Befehlshaber in Lothringen, den Befehl, die offizielle Anerkennung des neuen Herzogs in seinem Lande in höflicher Form — civilement — zu verhindern,[144]) und in der Frage der Heirat ihm gegenüber dieselbe Haltung zu beobachten, wie sie gegenüber Karl befohlen worden war.[145]) Nikolas-Franz hatte inzwischen bereits an Brassac erklärt, daß er nicht wisse, wo die Akten sich befänden,[146]) was Richelieu für eine Beleidigung erklärte.[147]) Dementsprechend wurde Contrisson, als er Mitte Februar wieder nach Paris kam, in der schroffsten Weise von Richelieu empfangen, indem er Nikolas-Franz für ebenso treulos wie seinen Bruder und die inzwischen erfolgte Wegnahme von Zabern[148]) für durchaus berechtigt erklärte, und auf die Bitte nach Aufschub des Lehnseides für Bar antwortete, der König wolle Bar dauernd mit seiner Krone vereinigen. Vor allem aber erkannte er Nikolas-Franz nicht als Herzog an, sondern bezeichnete Nicole als rechtmäßige Herzogin, deren Nachfolgerin ihre Schwester Claude sei.[149])

---

[142]) Mercure XX 126 ff.; Haussonville I 551 ff. Nr. 54; Mémoires II 527; Pfister, Brassac S. 344 ff.; vgl. Haussonville I 400 f.

[143]) Siri VII 743 f.

[144]) Pfister, Brassac S. 351 A. 1, S. 357 A. 1; Haussonville I 403 A. 2.

[145]) Lettres VIII 266.

[146]) Pfister, Brassac S. 352 ff.

[147]) Lettres VIII 266.

[148]) Vgl. unten S. 153 f.

[149]) Siri VII 747 ff.; Calmet VI 130 ff.; Haussonville I 402 f.; dieser und die Memoiren II 527 sprechen nur von einer Gesandtschaft Contrissons, die Memoiren sagen, er wäre am 10. Februar eingetroffen, während Siri für die zweite Gesandtschaft von der Ankunft am 14. Februar spricht. Das muß stimmen und somit Siris Darstellung von

Wenn man sich jetzt plötzlich wieder auf die Rechte Nicoles besann, so hatte das seinen Grund darin, daß diese Ende Januar um Schutz gebeten hatte, und Richelieu damals mit ihrem baldigen Eintreffen in Paris rechnete.[150]) Richelieu ging jetzt also in der folgerichtigsten und rücksichtslosesten Weise vor, um Lothringen völlig in seine Hand zu bekommen, und um dieselbe Zeit arbeiteten die französischen Legisten eifrig daran, die französischen Rechte auf Lothringen und Bar festzustellen und bereiteten so die förmliche Annexion vor.[151])

Zunächst versuchte man jetzt, Nicole und ihre Schwester Claude, die man wieder als die rechtmäßigen Erbinnen Lothringens bezeichnete, nach Paris zu bekommen, um durch sie die völlige Gewalt in ihrem Lande zu erhalten.[152]) Infolge Konflikten innerhalb der lothringischen Herzogsfamilie hatte, wie bereits erwähnt, Nicole versprochen, nach Paris zu kommen, und auch Claude scheint um diese Zeit mit Richelieu in Verbindung getreten zu sein.[153]) Das französische Vorgehen hatte aber die Herzogsfamilie bald wieder in Gegensatz zu Frankreich geeint, und Nicole sagte ihre Reise nach Paris ab.[154]) Um den Folgerungen, die Frankreich aus der Aenderung der Thronfolge zu ziehen suchte, zu entgehen, entschloß man sich jetzt, durch eine Heirat von Nikolas-Franz mit Claude die Rechte der männlichen und weiblichen Linie zu vereinigen. Diese Ehe war ja bereits in dem Heiratsvertrag zwischen Karl und Nicole vorgesehen worden,[155]) Karl selbst hatte ihren Abschluß vor seiner Abdankung geraten,[156]) und sie entsprach anscheinend auch den persönlichen Neigungen von Nikolas-Franz und Claude. Die lothringische Herzogsfamilie befand sich damals in Lunéville. Richelieu hatte bereits Befehl gegeben, sich der Stadt und der Prinzessinnen zu bemächtigen und sie nach Paris zu bringen. Die französischen Truppen standen schon vor den Toren, als am 16. Februar 1634 in höchster Eile die Ehe zwischen Claude und Nikolas-Franz geschlossen wurde, zu der dieser selbst die

---

zwei Gesandtschaften, denn die erhaltene Instruktion für Contrisson ist vom 9. Februar; sie enthält auch keine Mitteilung über die Abdankung; Des Robert I 442 ff. Nr. 4, vgl. Griffet II 454 f.

[150]) Haussonville I 403 A. 2; Pfister, Brassac S. 351 A. 2; vgl. Lettres VII 715 Anm.

[151]) Haussonville I 561 ff. Nr. 59; Lettres VII 712 f., VIII 266 A. 2.

[152]) Lettres VII 716 Anm.

[153]) Haussonville I 547 f., Nr. 51.

[154]) Haussonville I 553 f. Nr. 55; Pfister, Brassac S. 357 f.

[155]) Siehe oben S. 50.

[156]) Haussonville I 547 f. Nr. 51.

für ihn als Geistlichen nötigen kirchlichen Dispense in seiner Eigenschaft als Kardinal und Bischof gegeben hatte. Der französische General La Force konnte nur noch veranlassen, daß die Ehegatten und Nicole sich nach Nancy begaben, wo sie in der Altstadt in dem herzoglichen Schloß Wohnung nahmen, aber unter so strenger Bewachung, daß dieser Aufenthalt tatsächlich eine Gefangenschaft war.[157]) Um ihrer ganz sicher zu sein, besetzten die Franzosen am 1. März entgegen dem Vertrage von Charmes auch die Altstadt von Nancy.[158])

Der Abschluß der Heirat Claudes mit Nikolas-Franz störte den Plan Richelieus, durch die Prinzessinnen Rechte auf Lothringen zu erhalten. Man benutzte zunächst das Fehlen eines päpstlichen Dispenses, um die Trennung der Gatten zu verlangen.[159]) Ferner versuchte man von Nicole einen Brief zu erhalten, der um Schutz für ihre Rechte bitten und auf zwei Tage vor der Heirat vordatiert werden sollte.[160]) Inzwischen hatte Karl, der sich nach unglücklichen Kämpfen mit den Schweden am Rhein in Besançon aufhielt, versucht, die Lage seiner Verwandten zu erleichtern. Er verlangte ihre Freilassung und die Zurückziehung der französischen Truppen aus der Altstadt von Nancy und bot dafür die Uebergabe der letzten lothringischen Plätze, Bitsch und la Mothe, an. Die Franzosen lehnten das ab, verhandelten jedoch um dieselbe Zeit mit Nikolas-Franz wegen der Uebergabe von La Mothe.[161]) Am 10. März traf in Nancy der päpstliche Dispens für die Heirat von Nikolas-Franz ein, worauf diese in aller Form nochmals geschlossen wurde.[162]) Richelieu beschloß daher mit Rücksicht auf den Papst und die Katholiken, die Forderung auf eine Trennung der Ehegatten aufzugeben.[163]) Als dieser Entschluß gefaßt wurde, waren diese aber bereits nicht mehr in

---

[157]) Haussonville I 553 ff. und 56; Lettres VII 715 f. und Anm.; Pfister, Brassac S. 359 ff.; Mémoires II 527 f.; vgl. La Force III 69 f.

[158]) Pfister, Brassac S. 367 ff.; die Memoiren II 528 sprechen irrtümlich von der Neustadt — auch die Ausgabe von Petitot VIII 57 —, sagen aber einige Zeilen später, daß Karl die Zurückziehung der Besatzung aus der Altstadt verlangt habe.

[159]) Haussonville I 409; Lettres VII 717 Anm.; Pfister, Brassac S. 363 ff., 379 f.

[160]) Pfister, Brassac S. 365 f.; Lettres VII 716 Anm.; La Force III 396.

[161]) Mémoires II 528 f.; Siri VII 751; Pfister, Brassac S. 367; Lettres IV 543 f.; dgl. VIII 266; diesen Brief setzt Avenel an den Anfang Februar. Er gehört aber in diese Verhandlungen vom März.

[162]) Haussonville I 410 A 1.

[163]) Lettres VII 717 Anm.; Pfister, Brassac S. 381 A 3.

Nancy. Schon am 7. März war es Karls Schwester, der Prinzessin Henriette von Pfalzburg, geglückt, aus Nancy zu fliehen.[164]) Am 1. April 1634 gelang es dann auch Nikolas-Franz mit Claude verkleidet und unter den abenteuerlichsten Umständen aus Nancy zu entkommen, wobei ihnen die Sitte des Aprilscherzes zustatten kam, die die Franzosen die ersten Nachrichten über die Flucht nicht glauben ließ.[165]) Henriette begab sich nach Brüssel zu Margarethe, Nikolas-Franz mit Claude nach Italien.

Wenn sich so der neue Herzog und die Prinzessinnen bis auf Nicole gerettet hatten, so nutzte das ihrem Lande nichts. Schon bei den Verhandlungen über die Uebergabe von La Mothe hatten die Franzosen so gesprochen, als ob sie ganz Lothringen als ihr Eigentum betrachteten,[166]) und der Eintritt Karls in kaiserliche Dienste bot einen bequemen Vorwand, um den Rest von Lothringen zu besetzen, womit man bereits im Februar 1634 begonnen hatte. Widerstand leisteten nur Bitsch, La Mothe und das Schloß Wildenstein im Elsaß. Isoliert, wie sie waren, fielen sie nacheinander, Bitsch am 18. Mai, La Mothe am 26. Juli und Wildenstein am 5. August. Damit war ganz Lothringen in französischer Hand.

Karls Gattin Nicole war nichts anderes übrig geblieben, als dem Drängen der Franzosen nachzugeben und sich nach Paris bringen zu lassen, wo sie am 7. Mai eintraf. Vorher hatte sie aber im Geheimen einen Protest unterzeichnet, in dem sie alles für ungültig erklärte, was man ihr etwa in Frankreich zum Schaden ihres Landes abzwingen könne, nachdem sie schon vor der Heirat ihrer Schwester Claude auf alle ihre Rechte zugunsten von Nikolas-Franz verzichtet hatte.[167]) Damit hatte die Anwesenheit Nicoles in Paris für Frankreich ihren Wert verloren.

Lothringen mit Bar selbst wurde jetzt wie innerfranzösisches Gebiet behandelt. Das Parlament von Metz hatte ja bereits seit 1633 weite Teile Lothringens als Gebiet der Bistümer und als französisches Gebiet behandelt.[168]) Karl und Nikolas-Franz hatten sich darüber beschwert. Man versprach

---

[164]) Pfister, Brassac S. 370 ff.

[165]) Pfister, Brassac S. 382 ff.; Haussonville I 560 f., Nr. 58. — Ueber die gesamten Vorgänge des Februar und März vgl. Siri VII 750 ff.; Mercure XX 130 ff.; Beauvau S. 47 ff.; Calmet VI 122 ff.

[166]) Vgl. Gallois I 27.

[167]) Mémoires II 529; Lettres 717 Anm.; Mercure XX 136 ff.; Calmet VI 133 ff.; Des Robert I 439 f. Nr. 2; Siri VIII 87 ff.; Meaume S. 412 f.

[168]) Siehe oben S. 117.

ihnen zwar, daß Uebergriffe aufhören sollten und gab auch dem Parlament eine Anweisung, gegen lothringische Gebiete nicht vorzugehen; diese blieb aber auf sein Verhalten ohne Einfluß.[169]) Das Parlament, das sofort nach seiner Eröffnung die Archive von Vic zur Auffindung neuer Rechte hatte durchsuchen lassen,[170]) dehnte vielmehr im Sommer 1634 seine Befugnisse auf Gebiete aus, die ihm auch bei seiner Einsetzung nicht übertragen worden waren. Die französische Regierung untersagte das zwar am 2. Juli, da es ohne ihren Befehl erfolgt sei, aber bereits im August wurden bei dem Befehl zur Schaffung dem Parlament untergeordneter lokaler Gerichte seine Befugnisse außerordentlich weit ausgedehnt. Auch die Salzsteuer wurde in den betreffenden Gebieten eingeführt, die die Bevölkerung sehr beunruhigte und deren Aufhebung der französische Gouverneur Brassac durchsetzte.[171])

Das Urteil des Parlaments von Paris vom 5. September 1634, das die Ehe Gastons mit Margarethe für ungültig erklärte, suchte dann für dies Vorgehen die Rechtsgrundlage zu schaffen. Karl, Nikolas-Franz und Henriette wurden der Majestätsbeleidigung, des Treubruchs und der Rebellion schuldig erklärt, und die Gebiete, die sie von Frankreich zu Lehen trugen, deshalb einverleibt. Der König wurde von seinem eigenen Parlament beauftragt, sich an den nicht von Frankreich abhängigen Gebieten des Herzogs für die von diesem begangenen Verbrechen schadlos zu halten.[172]) Man suchte so durch den Spruch eines französischen Gerichtshofes die Rechtsgrundlage für die Annexion von Lothringen zu schaffen und gab damit gleichzeitig, weil das jetzt nützlicher war, die bisher befolgte Taktik wieder auf, Nicole als die eigentliche Herzogin anzusehen und die männliche Erbfolge zu bestreiten.

---

[169]) Haussonville I 543 Nr. 46; Des Robert I 443, 447 Nr. 4. Man beklagte sich dabei auch über die Ansprüche des Parlaments in Clermont. Des Robert I 443 A 1 sagt, Clermont sei im Vertrage von Charmes an Karl zurückgegeben worden. Das ist falsch. Rechtlich war aber die im Vertrag von Liverdun festgesetzte Abtretung an sich nicht gültig, da sie von der Zahlung einer Entschädigung abhängig gemacht worden war, die nicht gezahlt worden ist.

[170]) Sofort nach Einnahme von La Mothe wurde dort zu demselben Zweck das lothringische Archiv, das Karl dorthin hatte bringen lassen, durchsucht und die wichtigsten Papiere nach Paris gebracht. Vgl. Anhang S. 393.

[171]) Kaufmann S. 47 f.; Pfister, Brassac S. 401 ff.; vgl. Pfister, Nancy III 78.

[172]) Mercure XX 899 ff.; Schmit XII 98 ff. Nr. 55; Mémoires II 533 f.

Entsprechend dem Spruch des Parlaments erließ der König am 16. September 1634 eine Verfügung, in der ganz Lothringen für eingezogen erklärt und die Errichtung eines obersten Gerichtshofes — cour souveraine — in Nancy befohlen wurde. Durch die Einverleibung von ganz Lothringen wurde das Vorgehen des Parlaments von Metz, möglichst weite Teile Lothringens für Gebiet der Bistümer zu erklären, überflüssig. Da dadurch naturgemäß zahlreiche Kompetenzkonflikte geschaffen worden waren und die Bevölkerung sich lebhaft über das Parlament von Metz beklagt hatte, schuf man also jetzt einen eigenen lothringischen Gerichtshof, wofür sich vor allem der Gouverneur von Lothringen, Brassac, im Interesse der Bevölkerung lebhaft eingesetzt hatte.[173]) Das Gebiet der neuen Behörde erstreckte sich auf alle Gebiete, die bisher dem Herzog von Lothringen gehört hatten, mit Ausnahme von Bar, wo der frühere lothringische Gerichtshof als Parlament von St. Mihiel erhalten blieb. Während das Parlament von St. Mihiel seine alten lothringischen Richter behielt und nur ein französischer Präsident ernannt wurde,[174]) setzte man den Gerichtshof in Nancy aus französischen Beamten zusammen, die größtenteils gleichzeitig dem Parlament von Metz angehörten.[175])

Am 17. Oktober wurde der Gerichtshof in Nancy feierlich eröffnet, und die dabei gehaltenen Festreden waren auf den Ton gestimmt, daß die lothringische Bevölkerung dankbar sein müsse, jetzt dem großen und gerechten französischen Könige untertan zu werden. Die ersten Befehle dieser neuen Behörde bestimmten, daß alle lothringischen Stände dem französischen König den Treueid leisten, daß in den Kirchen für

---

[173]) Pfister Brassac S. 401 ff.

[174]) Diese Ernennung war bereits am 16. Juli erfolgt; Rogéville I 406 f.; Mercure XX 195 ff.

[175]) Mercure XX 173 ff.; Rogéville I 408 ff.; Mémoires II 534, Michel, Parlament S. 73; Krug-Basse X 80 ff. — Der von Haussonville II 27 und von Pfister, Brassac S. 404 angenommene Zusammenhang dieser Maßnahmen mit der Schlacht von Nördlingen am 6. September ist eine bloße Vermutung und durchaus unwahrscheinlich, da die Eröffnung des cour souveraine nur ein seit Monaten in Vorbereitung befindliches Vorgehen abschloß. — Digot V 245, A 2 meint, dem Parlament von Mihiel habe nur das Barrois non mouvant, das Barrois mouvant dagegen dem Parlament von Paris unterstanden. Das kann schon darum nicht richtig sein, weil die Franzosen bei ihrem ganzen Vorgehen diesen Unterschied nicht gemacht haben; vgl. oben S. 23. Außerdem blieb ja die alte lothringische cour des grands jours nur unter neuem Namen und französischer Leitung bestehen, deren Ressort zweifellos das ganze Herzogtum Bar umfaßt hatte.

den französischen König und nicht mehr für den Herzog gebetet werden sollte, und daß überall die herzoglichen Hoheitsabzeichen durch die königlichen zu ersetzen seien.[176]) Der verlangte Treueid bezeichnete den französischen König als Souverän von Lothringen und Bar,[177]) und auf der zur Eröffnung der cour souveraine gedruckten Erinnerungsmünze stand: Lothringiae et Barri Ducatus in provinciae formam reducta.[178]) Man glaubte also mit dieser Maßnahme die Annexion von Lothringen in aller Form vollzogen zu haben.

Man war jedoch noch weit davon entfernt, daß die französische Autorität in Lothringen selbst anerkannt wurde. Brassac, seit 1633 Kommandant von Nancy, später Gouverneur in ganz Lothringen und Bar,[179]) kämpfte vergebens gegen den Widerstand der Bevölkerung, die in jeder Weise den französischen Maßnahmen Widerstand entgegensetzte. Der Herzog Karl hatte, als er von der Wegführung seines Bruders von Lunéville nach Nancy erfahren hatte, den Titel eines Herzogs von Lothringen wieder angenommen und erließ ein Manifest an die Bevölkerung, in dem er sich für den einzig berechtigten Herrscher und alle französischen Befehle für nichtig erklärte. Dieses Manifest wurde von seinen Agenten selbst in Nancy angeschlagen.[180]) Seine Untertanen hörten auch auf ihn. Auch nach Errichtung der cour souveraine in Nancy wurde von den lokalen Gerichten die Rechtsprechung im Namen des Herzogs ausgeübt, ohne daß die Franzosen das verhindern konnten. Am 30. November 1634 mußte man sich sogar entschließen, den lothringischen Beamten, die den Treueid noch nicht geleistet hatten, die vorläufige Fortführung ihrer Aemter zu gestatten.[181]) Die Befehle der französischen Behörden wurden fast durchweg nicht befolgt, der Treueid nicht geleistet und in den Kirchen für Karl oder Nikolas-Franz gebetet. Zahlreiche Mitglieder des lothringischen Adels nahmen trotz französischen Verboten im Heere ihres angestammten Herzogs Dienste. Die lothringischen Richter des

---

[176]) Schmit XII 167 ff. Nr. 59, 60; Mercure XX 194 f.

[177]) Rogéville I 414.

[178]) Krug-Basse X 86; Theatrum III 368; vgl. Michel, Biographie S. 79 Art. Charpentier.

[179]) Seine endgültige Ernennung erfolgte am 30. November 1634; Mercure XX 226 ff.; Schmit XII 188 ff. Nr. 65. Im April 1635 erhielten Lothringen und Bar auch einen gemeinsamen Intendanten, Michel, Parlament S. 537 f.

[180]) Haussonville II 417 ff. Nr. 1; Siri VIII 90 f. Die Memoiren II 573 f. sprechen von dem Manifest Karls „à ses prétendus sujets".

[181]) Mercure XX 234 ff.; Schmit XII 195 ff., Nr. 66.

Parlaments von St. Mihiel flohen zu Karl, und der cour souveraine in Nancy fehlte jegliche Autorität, zumal die einst durch Lebret eingeleiteten Grenzstreitigkeiten jetzt in Kompetenzkonflikten mit dem Parlament von Metz, also zwischen zwei französischen Behörden, sich fortsetzten.[182]) Die antifranzösische Agitation steigerte sich noch, als die Habsburger in Deutschland bei Nördlingen entscheidend gesiegt und Karl, einen Tag nach der Verurteilung durch das Pariser Parlament, daran erfolgreich mitgewirkt hatte. Die Bevölkerung erwartete, daß Karl mit Hilfe der siegreichen Habsburger bald sein Land zurückerobern werde. Zahlreiche Flugschriften, die man vergebens zu unterdrücken suchte, nährten den Widerstand gegen die Franzosen. Die Hauptträger dieser Agitation stellte die lothringische Geistlichkeit, vor allem die Jesuiten, die gegen die Franzosen auch ihre Bundesgenossenschaft mit den protestantischen Mächten ausspielten.[183])

Die Franzosen versuchten vergebens, diesen Widerstand mit strengen sowohl wie mit versöhnlichen Mitteln zu brechen. In Nancy wurde mit dem Bau einer Zitadelle begonnen, alle unzuverlässigen Einwohner ausgewiesen, die Eidesleistung und die Durchführung der sonstigen Befehle der cour souveraine unter Strafandrohungen erneut befohlen. Alle diejenigen, die in Karls Heer Dienste nahmen, wurden mit Konfiskation ihrer Besitzungen bedroht.[184]) Der Agitation der lothringischen Geistlichkeit suchte man entgegenzuwirken, indem man französische Geistliche ins Land brachte und den protestantischen Gottesdienst verbot.[185]) Ferner versuchte man durch Propaganda[186]) und durch Entgegenkommen gegen die Interessen der Bevölkerung, soweit die militärische Sicherheit das erlaubte, das Ansehen Frankreichs zu heben. Schon die Errichtung einer besonderen Behörde in Nancy und die Aus-

---

[182]) Schmit XIII 181 ff. Nr. 63, 205 ff. Nr. 68.

[183]) Pfister, Brassac S. 397 ff.; Schmit XII 212 ff. Nr. 70; Pfister, Nancy III 73 ff.; Haussonville II 3 f.; Krug-Basse X 204.

[184]) Schmit XII 171 ff. Nr. 60, 185 ff. Nr. 64, 209 ff. Nr. 69; Haussonville II 422 f. Nr. 6; Lettres IV 664 f.; Pfister, Brassac S. 378, 392 ff. Außerdem wurde, um dem Widerstand das Rückgrat zu nehmen und die Garnisonen nicht zu zersplittern, die Schleifung aller kleinen Plätze angeordnet, eine Maßnahme, die Richelieu auch in Frankreich selbst durchführte; Lettres IV 587 f., 591 ff.; Mercure XX 225 f.; Pfister, Brassac S. 407.

[185]) Pfister, Brassac S. 398 f.; Pfister, Nancy III 82, A 4. Seit 1633 arbeitete Richelieu auch an dem Zusammenschluß der französischen und lothringischen Benediktiner; Lavisse VI 2, 379.

[186]) Schmit XII 12 ff. Nr. 42, 43.

schaltung des Parlaments von Metz war ja mit aus Rücksicht auf die Wünsche der Bevölkerung und auf Drängen Brassacs erfolgt. Der cour souveraine und dem Parlament von St. Mihiel wurde befohlen, die Rechtsprechung auf Grund des lokalen Gewohnheitsrechtes auszuüben. Man suchte vor allem den Adel zu gewinnen. Auch mahnte Richelieu, man solle keine unnötigen Steuern erheben,[187]) allerdings hatte man zuvor das Land mit Kontributionen überlastet, und, da das flache Land nichts bezahlen konnte, lastete der Steuerdruck doppelt schwer auf den Städten.[188]) Vor allem suchte Brassac, der die Not der Bevölkerung und ihre Abneigung gegen Frankreich aus unmittelbarer Nähe sehen konnte, im Interesse der Bevölkerung zu wirken und allzu drückende Maßnahmen rückgängig zu machen. So hatte er, wie schon erwähnt, die Aufhebung der vom Parlament von Metz angeordneten Salzsteuer — gabelle — veranlaßt, und Ende 1634 erreichte er, daß eine für das flache Land verderbliche Verordnung aufgehoben wurde, die angeordnet hatte, daß der Bauer im Interesse der Verproviantierung der festen Plätze seine Ernte in diese bringen sollte.[189])

Aber alles das konnte die Härte der Besetzung ebensowenig mildern, wie die Liebe der Lothringer zu ihrem angestammten Herzog, der jetzt noch mit dem Glanz neuen kriegerischen Ruhmes umstrahlt war, erschüttern. So mußte Brassac am 14. März 1635 an Richelieu melden, daß die Bevölkerung überall Karl die Treue halte und daß auch von dem Adel, auf den sich zu stützen der König ihm Anweisung gegeben habe, kein einziger für Frankreich eintreten werde.[190])

Wenn so der Besitz Lothringens im Innern keineswegs gesichert war, so war die Anerkennung der Annexion durch die auswärtigen Mächte erst recht nicht zu erwarten. Daß der Kaiser und Spanien für die Wiederherstellung Lothringens eintraten, war selbstverständlich, solange sie nicht völlig geschlagen waren, wofür nach der Schlacht von Nördlingen weniger Aussicht als je war. Aber auch bei den anderen Staaten hatte Richelieu mit seinem Anspruch, die Verträge mit Lothringen anzuerkennen und ihm dort freie Hand zu lassen, keinen Erfolg. Bayern, mit dem man gute Beziehungen

---

[187]) Lettres VIII 276.

[188]) Pfister, Brassac S. 411; Nancy III 84; vgl. Charavay S. 83.

[189]) Pfister, Brassac S. 411 ff.; Schmit XII 201 ff. Nr. 67.

[190]) Haussonville 423 f. Nr. 7; vgl. Des Robert I 476 ff. Nr. 26 u. 28.

wünschte, trat für die Restitution Lothringens ein,[191]) ebenso der Papst, der Frankreich noch im besonderen dadurch verstimmte, daß er den Spruch des Pariser Parlaments gegen die Ehe Gastons nicht anerkannte, Margarethe als Herzogin von Orléans bezeichnete und in der Frage der lothringischen Benefizien sich den französischen Wünschen nicht fügte.[192]) In dem am 30. Mai 1635 unterzeichneten Prager Frieden, dem der größte Teil der deutschen Fürsten beitrat, wurde die Wiederherstellung Lothringens gefordert, und zwar in einer Form, die Frankreich zur Durchsetzung dieser Forderung mit dem Reichskrieg zu bedrohen schien.[193])

Auch der aus seinem Lande vertriebene Herzog Karl war wieder eine Macht geworden. Als er im Sommer 1634 in der Freigrafschaft Burgund war, hatte Richelieu versucht, ihn gefangen zu nehmen, was jedoch mißglückte.[194]) Karl war dann zunächst nach Mailand gegangen, hatte später bei Nördlingen einen Teil der siegreichen Armee kommandiert und sich Ende 1634 mit seinen Truppen dem Rhein genähert. Richelieu gab den französischen Generalen den Befehl, seinen Rheinübergang auf alle Fälle zu verhindern.[195]) Die militärischen Operationen am Rhein, die schon vor Beginn des offenen Krieges zu Zusammenstößen mit habsburgischen Truppen führten, die zum Teil unter Karl standen, wurden zweifellos nicht unrichtig von den Franzosen als in der Hauptsache gegen diesen gerichtet bezeichnet. Im Januar 1635 nannte der König in einem Brief an seine Generale den Herzog seinen Hauptfeind.[196]) Im Februar wurden geheime Verbindungen Karls mit Nancy aufgedeckt.[197]) Im April stand der Herzog in der Freigrafschaft Burgund und drohte von dort in sein Land einzufallen. Bei den Vorbereitungen Richelieus für den offenen Krieg war eine seiner Hauptsorgen, Lothringen gegen die Angriffsabsichten Karls und seiner Verbündeten militärisch zu decken.

---

[191]) Riezler V 484 Anm., 490. Die Franzosen hatten sich bei der Liga sehr energisch beschwert, daß Karl in ihren Diensten stehe und seine Absetzung gefordert; Calmet VI 163.

[192]) Meaux II 493, 506 f.; Siri VIII 1 ff.; Calmet VI 165 f.; Morizet, Gaston, S. 409 f. Die Franzosen hatten in Rom gesagt, Lothringen sei durch Kriegsrecht einverleibt; Mémoires II 563.

[193]) Dumont VI 1, 94. Die Wiederherstellung des Standes von 1630 wurde dabei verlangt.

[194]) Haussonville II 421 f. Nr. 4, 5.

[195]) Lettres VII 789 Anal. 4.

[196]) „Mon ennemi capital", Des Robert I 456 Nr. 8.

[197]) Des Robert I 472 f. Nr. 23.

Das Ergebnis der bisherigen Politik Richelieus gegen Lothringen war also, daß zwar die Annexion tatsächlich vollzogen, daß aber der Widerstand der Bevölkerung nicht gebrochen war und die internationale Anerkennung der Annexion in jeder Beziehung noch fehlte. Das weiter Schicksal Lothringens hing von dem Verlauf des großen Krieges ab, in den Richelieu im Mai 1635 eintrat, auch militärisch mußte der Besitz Lothringens jetzt verteidigt werden. Richelieu war zweifellos in dieser Zeit entschlossen, in der lothringischen Frage nicht nachzugeben.[198])

4. Verhandlungen mit Schweden und den deutschen Fürsten über das linke Rheinufer, und seine Besetzung durch Frankreich.

Bis zum Jahre 1631 waren die Gebiete des linken Rheinufers, vor allem das Elsaß, nicht in besonderem Maße in den Gesichtskreis der französischen Politik getreten, Absichten auf seine Besetzung wurden nur gelegentlich und wenig energisch geäußert und standen vor allem unter dem Gesichtspunkt der Entlastung des italienischen Kriegsschauplatzes. Nachdem der Friede in Italien 1631 geschlossen war, wandte sich die französische Aufmerksamkeit wesentlich stärker als zuvor den deutschen Dingen und den westlichen Grenzgebieten Deutschlands zu. Dies verstärkte Interesse wurde aber, ebenso wie bei der Besetzung von Moyenvic und gegenüber Lothringen, zunächst nicht durch den Gegensatz gegen Habsburg, sondern durch das Vordringen der Schweden am Rhein hervorgerufen. Man hat Anfang 1632 ernstlich gefürchtet, daß die Schweden sich auf dem linken Rheinufer festsetzen würden.[1]) Es ist klar, daß Frankreich das ebensowenig angenehm sein konnte, wie eine Festsetzung der Spanier in diesen Gebieten. Ganz abgesehen von der politischen Lage war es das Streben Frankreichs wie jedes anderen Staates, die Bildung neuer starker Militärmächte an seinen Grenzen zu verhindern. In einem Gutachten von Anfang 1632 erörterte Richelieu die durch das schwedische Vordringen geschaffene Lage. Sowohl den offenen Krieg mit Habsburg gegen Schweden wie den mit Schweden und den deutschen Protestanten gegen Habsburg lehnte er ab, weil das zu einem ewigen Krieg führen

---

[198]) Vgl. Lettres VIII 276; Meaux II 503; Grotius Ep. 366 und Ep. 325 (Oxenstierna II 2, 24 Nr. 13). Hier wird allerdings von der eventuellen Rückgabe Nancys nach Schleifung gesprochen.

[1]) Vgl. die Aeußerung von Joseph bei Vigier, S. 465 und 471.

werde, in dem Frankreich leicht von seinen Bundesgenossen verlassen werden könne. Dagegen empfahl er den Schutz der deutschen Katholiken, der entweder durch diplomatische Verhandlungen ohne aktives Eingreifen oder gestützt durch die Besetzung des Elsaß, Breisachs und der Plätze der geistlichen Kurfürsten am Rhein erfolgen könne. Frankreich dürfe auf keinen Fall zulassen, daß Schweden die deutschen Katholiken vernichte und damit ein gefährliches Uebergewicht erwerbe. Durch die Besetzung des Elsaß und der Plätze am Rhein könne man die folgenden Vorteile erlangen: Leichtigkeit in Deutschland zu helfen und die Neutralität der Katholiken zu schützen, Autorität in Deutschland, Verfügung über die Stimmen der vier katholischen Kurfürsten, eine gute Defensivstellung gegen den Kaiser und Fernhaltung der Schweden von den französischen Grenzen. Richelieu erwartete also von einer Besetzung des Elsaß starke Einwirkung Frankreichs im Deutschen Reich und eine Art Rheinbund, der die katholischen Kurfürsten unter französischen Einfluß gebracht hätte. Trotzdem aber sprach er sich gegen eine Besetzung des Elsaß aus, die notwendig zum offenen Kriege mit Habsburg führen müsse. Die Besetzung des Elsaß, so sagte er weiter in seinem Gutachten, bringe im Augenblick geringe Vorteile, für die Zukunft aber große Nachteile, zumal man das Elsaß, das nach allen Seiten offen sei, im Kriege schwer behaupten könne. Auch fürchtete er, daß Schweden mit dem Kaiser Frieden schließen würde, sobald Frankreich in den Krieg mit diesem eintrete, und befürwortete daher, den offenen Krieg mit dem Kaiser wie mit Schweden bis zum äußersten zu vermeiden, und wies dabei wiederum auf die innerfranzösischen Verhältnisse hin, die einen langen Krieg sehr gefährlich machten. Er schlug daher vor, auf friedlichem Wege zu versuchen, die Neutralität für die katholischen Fürsten unter möglichst guten Bedingungen zu erhalten und dabei zu sehen, ob man durch diese zum Schutz ihrer Neutralität das Besatzungsrecht in einem Platz am Rhein erhalten könne. Durch bayerische Vermittlung sollte ferner versucht werden, von dem Erzherzog Leopold die Uebergabe von Breisach zu erreichen, gegen das schriftliche, in die Hände des Papstes zu legende Versprechen, die Festung beim Frieden wieder zurückzugeben. Ferner sollten die Schweden möglichst von Operationen im Elsaß und am Rhein abgebracht und ihnen, ohne sich zu binden, Hoffnung gemacht werden, daß Frankreich dort selbst vorgehen werde. Die Neutralitätspolitik zwischen Katholiken und Protestanten sollte fortgesetzt, den Katholiken Schutz

ihrer Plätze am Rhein, Mosel und Maas versprochen und nach Abschluß des Neutralitätsvertrages versucht werden, in diese Plätze eventuell französische Garnisonen zu legen.[2])

Dieses Gutachten Richelieus ist grundlegend für seine weitere Politik in Deutschland und am Rhein. Es ging, wie seine gesamte Politik dieser Zeit, von der Doppelstellung

---

[2]) Mémoires II, 364 ff. — Fagniez I, 586 f., meint, daß in dem am 6. Januar abgehaltenen Staatsrat, in dem die Entscheidung über die Frage eines Einmarsches ins Elsaß gefallen sei, Richelieu sich für aktives Eingreifen und die Besetzung des Elsaß ausgesprochen habe. Dem habe nur Joseph widersprochen und Richelieu habe sich nach schlafloser Nacht der Ansicht Josephs angeschlossen und sich zur Fortsetzung der bisherigen Neutralitätspolitik und zur Aufgabe des Einmarsches ins Elsaß entschlossen. Fagniez folgt hierin dem sonst nirgends bestätigten Bericht des Biographen Josephs, Lepré-Balain. Schon das Gutachten Richelieus an sich macht wenig den Eindruck, daß er kurz vorher anderer Ansicht war und in ihm in der Hauptsache die Anschauung Josephs wiedergibt. Lepré-Balain hat hier zweifellos seinem Helden einen Einfluß zugeschrieben, den er nicht gehabt hat. Für seine Auffassung ist ferner charakteristisch, daß er sagt, Joseph wäre 1635 gegen die Kriegserklärung gewesen. Fagniez sagt hier selbst, daß das nicht stimmt; Fagniez II, 263 f. Lepré-Balains Darstellung widerspricht auch ein Mémoire Josephs vom 27. Januar — Vigier, S. 470 ff. —, das im allgemeinen mit dem Gutachten Richelieus übereinstimmt, sich aber für die Besetzung des Elsaß ausspricht, „car le pays était ouvert et il n'y avoit point de places fortes". Der Einmarsch ins Elsaß solle durch Akkord mit Schweden erfolgen, was nicht hindere, sich hernach mit Habsburg durch das Mittel einer vollständigen oder teilweisen Restitution zu verständigen. Darauf antwortete Richelieu am 1. Februar mit dem oben angeführten, in den Memoiren wiedergegebenen Gutachten — Vigier, S. 472 —. Das Verhältnis zwischen Joseph und Richelieu in der elsässischen Frage ist also gerade das umgekehrte, als von Lepré-Balain und Fagniez angenommen wird. Die beiden von Vigier drei Jahre — 1891 — vor dem Erscheinen des Buches von Fagniez veröffentlichten Aktenstücke widerlegen so mindestens für diese Zeit die von Fagniez in seinem Werk überall vertretene Ansicht, daß Richelieu mehr für aktives Eingreifen in Deutschland unter dem Gesichtspunkt territorialer Erwerbungen, Joseph mehr für die Betonung der Solidarität der Christenheit und die Fortsetzung der Neutralitätspolitik in Deutschland gewesen sei. Zweifellos hat Fagniez recht, wenn er durch genaue Untersuchung der Anschauungen Josephs eine große Zurückhaltung desselben in Fragen territorialer Erwerbungen nachweist, aber Joseph, dessen Ressort vor allem die auswärtige Politik in Deutschland war, stimmt darin völlig mit Richelieu überein. Dem widerspricht nicht, wenn Joseph Ende 1633 deutschen Gesandten sagt, er persönlich habe Anfang 1632 die Besetzung des Elsaß verhindert, Rommel VII, 289, Anm. — vgl. unten S. 150 —. Es war eine, auch von Richelieu, z. B. gegenüber Karl von Lothringen, stets befolgte Taktik der französischen Politiker, daß sie bei Verhandlungen dem Unterhändler der Gegenseite den Eindruck zu erwecken suchten, als ob sie persönlich ganz besonders in dem Sinne der Gegenseite gehandelt hätten.

Frankreichs zwischen Habsburg und Schweden aus, die er beide fürchtete und deren Macht er ohne eigenes Eingreifen in den Krieg möglichst eindämmen wollte. Das Gutachten ging ferner von der Anschauung aus, daß zurzeit die schwedische Macht und zwar gerade in den Rheingegenden für Frankreich gefährlicher sei als die Habsburgs. Von einer Eroberungspolitik im eigentlichen Sinne des Wortes kann damals keine Rede sein. Dieselbe war ohne einen langen Krieg nicht möglich, und einen solchen wollte Richelieu wegen der inneren Schwäche seines Staates nicht.[3]) Bezeichnend ist, daß er trotz der Vorteile, die er sich von der Beherrschung der Rheinlinie versprach, glaubte, das Elsaß gegen Habsburg nicht behaupten zu können. Der Einmarsch selbst war damals eine Leichtigkeit,[4]) aber der Preis eines Bruches mit dem Kaiser war ihm dafür zu teuer.

Gustav Adolf wünschte Ende 1631 und Anfang 1632 ein Vorgehen der Franzosen im Elsaß und hat ihnen das linke Rheinufer als Preis für den offenen Bruch mit Habsburg damals angeboten.[5]) Die Franzosen gingen darauf nicht ein, verlangten jedoch die Neutralität der katholischen Fürsten und die Rückgabe der diesen abgenommenen Plätze, mindestens derjenigen auf dem linken Rheinufer, was einer Lokalisierung des Krieges auf dem rechten Rheinufer gleichgekommen wäre. Gleichzeitig suchte man die Schweden von der Belagerung Breisachs abzubringen und ließ vorsichtig fühlen, ob sie für den Fall der Einnahme dieser Festung sie Frankreich gegen Geld überlassen würden.[6]) Die französischen Forderungen

---

[3]) Joseph sagte am 20. Januar zu dem Gesandten von Trier, Griesheim, Frankreichs Macht sei dergestalt beschaffen, daß es ohne eigene höchste Gefahr nicht helfen könne. Griesheim schrieb übrigens sich selbst persönlich zu, daß er die Franzosen, die den Schweden schlecht gesinnt seien, vom Einmarsch ins Elsaß abgehalten habe; Klopp, Tilly II, 479, Nr. 86.

[4]) De l'Isle schrieb damals aus Straßburg, es gebe niemals eine bessere Gelegenheit, ins Elsaß einzumarschieren und es einzuverleiben; Rott IV 1, 624, A 3; Fagniez I, 585, A 1.

[5]) Fagniez I, 584 f.; Rott IV 1, 623, A. 10; Irmer I, Einleitung S. XLV.

[6]) Lettres IV, 258 f.; Mémoires II, 363. — In Deutschland glaubte man, daß Gustav Adolfs Widerspruch französische Annexionsabsichten verhindert habe; Theatrum II, 584; Khevenhiller XII, 336 f.; vgl. Irmer I, Einleitung S. XLV. Auf habsburgischer Seite scheint man damals der Ansicht gewesen zu sein, daß sich Frankreich und Schweden bereits über die Ueberlassung des linken Rheinufers an Frankreich geeignet hätten; Droysen, Gustav Adolf II, 510. Wallenstein erhielt sogar im März 1633 die Anweisung, den Versuch zu machen, den Schweden das Elsaß abzukaufen, da sie es den Franzosen ver-

auf Freigabe des linken Rheinufers führten Anfang 1632 zu sehr heftigen Auseinandersetzungen zwischen Gustav Adolf und den französischen Diplomaten, in denen der schwedische König bei seiner günstigen Lage vor offenem Bruch nicht zurückscheute. Da die Franzosen diesen nicht wollten, konnten sie auch ihre Forderungen nicht durchsetzen. Gustav Adolf ging nicht, wie man in Paris wünschte, gegen die österreichischen Erblande, sondern in der Hauptsache gegen die Gebiete der katholischen Liga vor, und besetzte ferner im Laufe des Jahres 1632 fast das ganze Elsaß, ohne daß die Franzosen etwas dagegen unternahmen.

Die französische Politik dieser Zeit richtete sich am linken Rheinufer zunächst weniger auf das Elsaß, als auf die nördlich davon gelegenen Gebiete der geistlichen Kurfürsten. Man suchte diese dahin zu bringen, daß sie einige ihrer Plätze am Rhein zum Schutz gegen Schweden den Franzosen anböten.[7]) Tatsächlich hatte sich, als der französische König um die Jahreswende von 1631 und 1632 in Metz war, dort eine Gesandtschaft der katholischen Liga eingefunden, die um Vermittlung der Neutralität mit Schweden bat. Diese Verhandlungen zerschlugen sich, und von den Fürsten der katholischen Liga trat nur der Kurfürst von Trier jetzt in ein engeres Verhältnis zu den Franzosen. Dieser, Philipp von Soetern, stand ja schon seit mehreren Jahren in Beziehung zu Frankreich.[8]) Sein Territorium umfaßte wichtige Plätze am Rhein und an der Mosel; es lag in der Linie der von Spanien erstrebten territorialen Verbindung zwischen Italien und den spanischen Niederlanden. Die Spanier hatten auch bereits Schutzrechte auf Trier geltend gemacht und 1630 eine Besatzung in die Stadt Trier geworfen.[9]) Dadurch wurde der Kurfürst zum offenen Feind der Habsburger und, da ihm als kirchlichem Fürsten eine Verständigung mit den Schweden unmöglich war,

---

kaufen wollten; Hallwich I, 213, Nr. 252. Das mißversteht Schweizer, S. 303, der meint, der Kaiser hätte Wallenstein befohlen, das Elsaß den Franzosen zu verkaufen; vgl. Riezler V, 435, A. 1. Auch im Elsaß fürchtete man einen französischen Einmarsch; Hanauer, S. 164; Hanauer betont aber, daß man dabei die französischen Absichten nicht kannte. — Bezeichnend für die Art der französischen Politik ist, daß der päpstliche Nuntius in Frankreich Bayern gegenüber damals davon sprach, Frankreich habe die Absicht, gegen das Elsaß ähnlich vorzugehen, wie einst gegen Metz, um das als Druckmittel auf Bayern zum Eingehen auf die Neutralität mit Schweden zu benutzen; Schnitzer, S. 225, A 2.

[7]) Instruktion an Brezé vom 19. Januar 1632 bei Fagniez I, 590.

[8]) Vgl. oben S. 44.

[9]) Ritter III, 520 f.

geradezu den Franzosen in die Arme getrieben. Frankreich hatte außerdem noch ein sicherlich nicht unwirksames Druckmittel auf den Erzbischof, dem die drei lothringischen Bistümer in kirchlicher Beziehung unterstanden. Für den Fall einer Frankreich unfreundlichen Politik bedrohte man Philipp mit der Entziehung der kirchlichen Gerichtsbarkeit und vor allem mit der Sperrung der Einkünfte aus diesen Gebieten.[10])

Schon bevor die Gesandtschaft der Liga in Metz eingetroffen war, hatte Richelieu Anfang Dezember 1631 Philipp von Soetern zu veranlassen gesucht, daß er von sich aus den Einmarsch französischer Truppen in seine Gebiete fordere und einen Platz am Rhein französischer Besatzung öffne.[11]) Man dachte dabei an Koblenz, der Kurfürst bot aber bei den weiteren Verhandlungen Philippsburg an; gleichzeitig hoffte man von dem Erzbischof von Köln, der auch Bischof von Lüttich war, das Besatzungsrecht in Dinant zu erhalten, während man das Besatzungsrecht in Mannheim, das Bayern angeboten zu haben scheint, nicht annehmen wollte, da die Stadt auf dem rechten Rheinufer lag und man sie nicht halten zu können glaubte. Das gleiche Bedenken scheint man zunächst auch gegen Philippsburg gehabt zu haben.[12]) Richelieu legte bei diesen Verhandlungen besonderen Wert darauf, daß das Angebot französischer Besatzung nicht von den Franzosen, sondern von Trier selbst ausging und ließ dem Kurfürsten die Gründe, die dafür sprachen, nahelegen. Man betonte dabei, daß nur die Franzosen, die im Frieden die Plätze wieder zurückgeben würden, die Neutralität des Kurfürstentums und die katholische Religion schützen könnten.[13])

Philipp von Soetern erklärte schon am 21. Dezember 1631, daß er bereit sei, unter französischen Schutz zu treten,[14]) und trennte sich damit von der Politik der katholischen Liga.

---

[10]) Baur I, 137; vgl. Knipscher, S. 11.

[11]) Lettres VIII, 79 f., IV, 214.

[12]) Lettres IV, 253 f.; Fagniez I, 582 f.; Baur I, 231 ff.; Wiedemann, S. 16.

[13]) Lettres VIII, 79 f., IV, 259, A. 1; Mémoires II, 363 f.; Siri VII 476. — Das Besatzungsrecht in Heidelberg, das Joseph in Aussicht nahm, wollte Richelieu damals nicht; er meinte, man sollte sich nicht damit belasten; Lettres IV, 259, A 1.

[14]) Dumont VII, 24 f. — Wenn Knipschaar — S. 12 — meint, Philipp habe am 21. Dezember Ehrenbreitenstein angeboten, so steht davon in der Erklärung nichts; diese nimmt nur ganz allgemein ein französisches Besatzungsrecht in den Plätzen des Kurfürsten in Aussicht. Am 6. Februar schreibt Richelieu, daß Philipp Philippsburg angeboten habe und man auf die Uebergabe von Koblenz, die man lieber sehe, nicht hoffen könne; Lettres IV, 253.

Den Kurfürsten von Mainz und Köln gegenüber begründete er das damit, daß er zwischen Schweden und Franzosen das kleinere Uebel habe wählen müssen.[15]) Am 9. April 1632 kam dann ein Schutzvertrag zwischen Philipp von Soetern und Frankreich zustande, in dem dieses versprach, die Neutralität des Kurfürstentums zu schützen, und dafür das Besatzungsrecht in Philippsburg und Ehrenbreitenstein erhielt, unter der Bedingung der Rückgabe bei Friedensschluß und der Wahrung der landesherrlichen Rechte, im besonderen sollte die Garnison auch auf Philippsburg vereidigt, keine übermäßigen Lieferungen beansprucht und keine Ansprüche auf die Nachfolge in der Diözese erhoben werden. Drei Tage später schloß der Kurfürst einen von Frankreich vermittelten Neutralitätsvertrag mit Schweden.[16])

Weniger leicht als diese Verhandlungen war die Durchführung des Vertrages. Philipp lebte in heftigem Streit mit seinen Kapiteln in Trier und Speyer und mit seinen Ständen, und hatte gegen ihren Willen den Vertrag mit Frankreich abgeschlossen.[17]) Die Besatzung von Philippsburg unter dem Obersten Bamberger erklärte, daß sie dem Kaiser treu bleiben wolle und verweigerte trotz aller Bemühungen des Kurfürsten die Uebergabe.[18]) Ehrenbreitenstein konnten die Franzosen dagegen am 12. Juni 1632 besetzen. In Koblenz saßen die Spanier, die man durch Verhandlungen nicht zum Abzug bringen konnte. Auf Antreiben der Franzosen nahmen darauf die Schweden diese Stadt und übergaben sie dem Kurfürsten und französischen Truppen gegen das Versprechen, den Schweden freien Durchzug zu gewähren, den Habsburgern denselben aber zu verweigern.[19]) In Trier, wo sich ebenfalls spanische Besatzung befand, verweigerte diese und das Kapitel die Uebergabe. Die Franzosen belagerten darauf die Stadt und nahmen sie am 19. August, einen Tag, nachdem Richelieu befohlen hatte, daß, da man die Belagerung einmal

---

[15]) Khevenhiller XII 254; vgl. Hontheim, Historia III 350 f.

[16]) Dumont VI, 35 ff. — Von der Uebergabe von Koblenz, von der die Mémoiren II 369 und Siri VII 489 sprechen, steht in dem Vertrage nichts. — Vgl. Hontheim, Prodomus, S. 880, und die Briefe Gustav Adolfs, Oxenstierna II 1, 761 f., Nr. 558 und 796 f., Nr. 584.

[17]) Knipschaar, S. 20; Nopp, S. 123 f.

[18]) Mercure XVIII, 464; Mémoires II, 395; Siri VII, 511 ff.; Theatrum II, 691 f.,Khevenhiller XII, 344;Harster, S. 79 ff., Nr. 2 und 4.

[19]) Lettres IV, 319; Mémoires II, 395; Siri VII, 514, 517, 520; Chemnitz I, 357; Baur I, 249.

begonnen habe, die Stadt unbedingt genommen werden müsse, notfalls mit schwedischer Hilfe.[20])

Die Franzosen waren bei diesen Operationen sehr vorsichtig vorgegangen, zunächst aus militärischen Gründen. Die verwendeten Truppen waren schwach, die Verhältnisse ungeklärt. So hatte man noch im Juli trotz des Drängens Philipps, Trier und Philippsburg schnell anzugreifen, die Entscheidung dem dort kommandierenden General überlassen.[21]) Da das ganze Vorgehen unter der Parole des Schutzes der Neutralität Triers und der katholischen Religion erfolgte, und man daraus keinesfalls einen Bruch mit den Spaniern sich entwickeln lassen wollte, vermied man nach Möglichkeit den offenen Kampf mit spanischen Truppen.[22]) Die Spanier selbst hatten ihrerseits bei der allgemeinen Lage kein Interesse daran, es zum Bruch mit den Franzosen kommen zu lassen, sie hätten sich in diesen Gebieten doch nicht halten können und mußten sie noch lieber in den Händen der Franzosen als in denen der Schweden sehen.

Während dieser Vorgänge in Trier versuchten die Franzosen, auch mit dem Kurfürsten von Köln und den anderen deutschen Fürsten in diesen Gegenden in ein ähnliches Verhältnis wie zu Trier zu kommen. Man hat dabei, im Zusammenhang mit den Neutralitätsverhandlungen zwischen Schweden und der Liga, an ein französisches Besatzungsrecht in Dinant oder Bonn und in Mannheim gedacht. Auch von einer Besetzung von Heidelberg wurde gesprochen, falls die Schweden das als Sicherheit für die Neutralität Bayerns fordern sollten. Auch mit Pfalz-Neuburg wurde verhandelt. Alle diese Verhandlungen, die bis in das Jahr 1634 fortgesetzt wurden, blieben jedoch ergebnislos.[23])

Obwohl das französische Vorgehen im Kurfürstentum Trier äußerlich zu einer Beseitigung des spanischen Einflusses

---

[20]) Mémoires II, 396 f,; Mercure XVIII, 465, 487 ff.; Lettres VIII, 89; Hontheim, Historia III, 365 f.; Khevenhiller XII, 345 ff.; vgl. Baur I, 255 f.

[21]) Lettres IV, 319.

[22]) Mémoires II, 393 ff.; Siri VII, 489 f.

[23]) Lettres VII, 996, Anal. 2, VIII, 239; Mémoires II, 394, Fagniez I 593 ff., Anm.; Chemnitz I, 279. Im Sommer 1633 kam dabei durch Vermittlung von Trier für kurze Zeit ein Neutralitätsvertrag mit Köln zustande. Bei Verhandlungen im Oktober 1633 ist von dem Besatzungsrecht in Andernach und Kaiserwerth, im Mai 1634 von dem in Bonn, Münster und Dorsten die Rede gewesen; Küch, S. 72, 100. A. 3; vgl. Baur I, 303 ff.; auch mit der Stadt Köln wurde verhandelt; Hontheim, Historia III, 389 f.

führte, richtete es sich in der Hauptsache gegen die Schweden, trotzdem man offiziell im Einvernehmen mit ihnen handelte.[24]) Gutav Adolf hatte nur ungern seine Einwilligung gegeben und beobachtete die französische Festsetzung am Rhein mit Mißtrauen.[25]) Die Gründe für das französische Vorgehen zeigt ein Gutachten, das Richelieu um die Mitte des Jahres 1632 dem König erstattete. Er betonte dabei, man müsse für den Fall des Sieges der Habsburger oder der Schweden eine Partei in Deutschland und eine Barriere gegen den Sieger haben. Durch den Schutz der deutschen Katholiken könne man beides erhalten. Schweden könne dann Frankreich nicht schaden, und mit dem Kaiser und Spanien würde das nicht zum Bruch führen. Richelieu fuhr dann fort, man könne sich auf diese Weise mit Leichtigkeit des ganzen Gebietes zwischen Metz und dem Rhein bemächtigen, da die dortigen Fürsten wegen ihrer Mißstimmung gegen Habsburg sich in französischen Schutz begeben wollten.[26]) Es handelte sich also um eine zunächst defensiv gedachte Festsetzung der Franzosen auf dem linken Rheinufer — zunächst nördlich des Elsaß — und wieder um den Plan eines Rheinbundes, der gegen die Sieger in dem deutschen Krieg, den man damals in Schweden vermutete, seine Spitze kehrte. Aber naturgemäß konnte aus dieser Defensivbasis bei einer Aenderung der allgemeinen Lage leicht eine Offensivbasis gegen Deutschland werden.

Bis zum Beginn des Jahres 1635 herrschten die Franzosen in den Gebieten des Kurfürsten von Trier, aus denen die Spanier allmählich völlig vertrieben wurden, fast als unbeschränkte Herren. Obwohl Richelieu die französischen Truppen angewiesen hatte, Frankreich bei Trier in den „besten Geruch" zu bringen,[27]) führte die Besetzung seines Gebietes doch bald zu mancherlei Konflikten mit dem Kurfürsten. Wie stets in solchen Verhältnissen stellten sich zunächst Klagen über Ausschreitungen der Besatzungstruppen ein. Hierzu kam aber, daß die Franzosen im Gegensatz zu dem Vertrage vom 9. April 1632 weder Geld noch Verpflegung empfingen, zweifellos nicht aus bösem Willen, sondern wegen Geldmangel und Versagen des Nachschubes. Die Folge war, daß

---

[24]) Mémoires II, 363 f.

[25]) Vgl. Droysen, Gustav Adolf II, 609; Gustav Adolf schrieb am 30. Oktober 1632, man müßte die Franzosen möglichst von der Belagerung von Philippsburg abbringen; Oxenstierna II 1, 870, Nr. 623; vgl. Horns Brief vom 26. Juli; Oxenstierna II 8, 69, Nr. 33, 61, Nr. 27.

[26]) Mémoires II, 391 f.

[27]) Lettres IV, 776, Anal. 3.

die Unterhaltung der Besatzungen allein dem Kurfürsten und der Bevölkerung zur Last fiel. Außerdem aber erlaubte sich der französische Kommandant in Trier, Bussy-Lamet, mancherlei Eingriffe in die landesherrlichen Rechte des Kurfürsten. Die französische Regierung scheint im allgemeinen bemüht gewesen zu sein, mäßigend auf ihre Unterorgane einzuwirken und Philipp zufriedenzustellen.[28]) So wurde befohlen, daß die französischen Besatzungstruppen, wie der Vertrag bestimmt hatte, auch tatsächlich dem Kurfürsten ebenso wie dem König den Diensteid leisten sollten.[29])

Daß Richelieu das Protektionsverhältnis über Trier, wenn es auch zunächst nur aus der augenblicklichen Lage hervorgegangen war, zu einem dauernden zu machen bestrebt war, zeigten seine Bemühungen, sich zum Nachfolger des Kurfürsten und Erzbischofs bestimmen zu lassen. Ob die solche Absichten ausschließende Bestimmung des Vertrages vom 9. April 1632 auf schon damals in dieser Beziehung unternommene Versuche zurückzuführen ist, ist nicht zu ersehen und unwahrscheinlich. Das erste Zeichen für derartige Absichten ist ein Schreiben des französischen Diplomaten in Deutschland, la Grange-aux-Ormes, der am 21. Juni 1633 darauf aufmerksam machte, daß Richelieu Koadjutor von Trier und damit Nachfolger des Erzbischofs, also deutscher Kurfürst werden könne.[30]) Dieses Schreiben machte den Eindruck, als ob die erste Anregung tatsächlich von la Grange ausgegangen ist, Richelieu hat aber diesen Plan sofort weiterverfolgt, und seit Anfang 1634 standen die Franzosen in lebhafter Verhandlung mit Trier über die Ernennung Richelieus zum Koadjutor. Wie stets versuchte Richelieu auch hier den Anschein zu erwecken, als ob der Vorschlag zu dieser Ernennung von dem Kurfürsten ausgegangen sei.[31]) In Wirklichkeit leistete Philipp von Soetern diesem Plane Widerstand und suchte den französischen Forderungen auszuweichen und die Angelegenheit zu verschleppen. Seine Lage zwang ihn jedoch dazu, Richelieu zunächst im März 1634 zum Probst von Trier und im September zum Koadjutor von Speyer zu ernennen — freilich ohne Einwilligung der Kapitel —, wobei Richelieu darauf drang, daß die üblichen Formalitäten in jeder

---

[28]) Lettres VIII, 90; Baur I, 297 ff., 366, 433, 454 f., II, 421, Nr. 43, 426, Nr. 70, 427, Nr. 74; Knipschaar, S. 17, 22 ff., 32 f.; Mémoires II, 397 f.; Hurter X, 532 f.; Haeberlin XXVI, 599.

[29]) Die Eidesformel bei Knipschaar, S. 17, A. 3.

[30]) Lettres VII, 720; vgl. Baur I, 318 f.

[31]) Lettres VII, 719; Mémoires II, 563 f.

Weise eingehalten würden, um zu verhindern, daß später die Gültigkeit dieser Ernennungen angezweifelt werden könne. Seit der Mitte 1634 mußte Philipp auch in Rom die Genehmigung nachsuchen, wobei ihn der dortige französische Gesandte unterstützte, obwohl Richelieu offiziell dem Papst erklären ließ, daß er selbst kein Interesse an dieser Angelegenheit habe und die Initiative von Trier ausgegangen sei. Der Papst weigerte sich jedoch entschieden, die Ernennung Richelieus zum Probst und Koadjutor zu genehmigen. Die Verhandlungen über diese Frage sind in Rom bis Ende 1634 fortgeführt worden, dann haben die Franzosen diesen Plan anscheinend als aussichtslos aufgegeben.[32])

Während die französische Politik am Niederrhein schon seit Ende 1631 sehr aktiv war, blieb sie dem Elsaß gegenüber auch 1632 noch zurückhaltend. Sie beschränkte sich hier zunächst im Zusammenhang mit dem freilich erfolglosen Bestreben, die Schweden vom Elsaß möglichst fernzuhalten, darauf, Straßburg von einem Bündnis mit Schweden abzubringen. Seitdem diese sich dem Rhein genähert hatten, folgte eine französische Gesandtschaft an Straßburg der anderen. Man beschränkte sich dabei nach dem Anfang 1632 gefaßten Beschluß, nicht in das Elsaß einzumarschieren, auf sehr allgemeine Versicherungen über die Zuneigung des französischen Königs zu Straßburg und Versprechungen, die Stadt zu schützen, forderte ein Bündnis, Proviant und Munitionslieferungen für die im Kurfürstentum Trier operierenden Truppen und allerdings auch die Benutzung der Rheinbrücke. Straßburgs Antworten waren höflich, aber durchaus und in allen Punkten ablehnend. Man bedankte sich für die Mitteilung, daß die Franzosen auf den Einmarsch ins Elsaß verzichtet hätten, und für die Erleichterungen, die das französische Vorgehen gegen Karl von Lothringen, der mit Straßburg in dauernder Feindschaft lebte, der Stadt gebracht hatte.[33]) Im

---

[32]) Lettres VII, 719 ff., VIII, 270; Siri VIII, 112 f.; Baur I 317 ff., II, 430 f., Nr. 90, 93, 96, 100, 102; vgl. Ranke IX, 334, 386; Knipschaar, S. 26 ff.; Geißel II, 293 f.; Remling II, 486 f.

[33]) Ketzinger I, 221 ff., II, 20 f., 23, 24, 25 ff., Reuss, Straßburg, S. 25; Jacob, S. 133, 136, 139; Legrelle, S. 716 f., Nr. 5; Chemnitz I, 272; vgl. Legrelle, S. 79 ff. Zwischen Straßburg und Lothringen bestanden Grenzstreitigkeiten, Reuss I, 522 f., die eine dauernde Spannung hervorriefen. Als Karl Ende 1631 Straßburg passierte, wurde er von der Bevölkerung verhöhnt; Beauvau, S. 19. Karl selbst beunruhigte das Gebiet der Stadt fortwährend durch Streifereien seiner Truppen, gegen die Straßburg 1632 seinerseits mit Waffengewalt vorging; Chemnitz I, 287. Daraus erklärt sich, daß die Stadt 1633 den fran-

April 1632 war la Grange in Straßburg. Er entwickelte der Stadt die Vorteile der von Frankreich verfolgten Neutralitätspolitik zwischen Katholiken und Protestanten für Deutschland im Allgemeinen und Straßburg im Besonderen. Er versprach, daß Frankreich die Freiheit der Stadt schützen werde und verlangte, daß Frankreich immer den ersten Rang unter Straßburgs Verbündeten einnehmen solle. La Grange forderte ferner, daß die Stadt ohne Wissen Frankreichs keinen Vertrag mit Schweden eingehen und den Franzosen die Benutzung ihrer Rheinbrücke gestatten solle. Der Magistrat antwortete mit sehr allgemeinen Versicherungen und erklärte, er habe den Vertrag mit Schweden abgelehnt und wolle keinerlei Frankreich schädliche Verpflichtungen mit Schweden eingehen. Man mahnte La Grange ferner an das 1631 versprochene Geld,[34]) das noch nicht, zum mindesten nicht vollständig, gezahlt worden war.[35])

Der Hauptzweck dieser Verhandlungen, Straßburg von einem Bündnis mit Schweden abzuhalten,[36]) wurde trotz der Antwort des Magistrats an La Grange nicht erreicht. Im Juni 1632 schloß die Stadt mit Schweden einen Protektionsvertrag ab. Man hatte also nicht daran gedacht, Frankreich den ersten Rang unter den Bundesgenossen einzuräumen, wie La Grande gefordert hatte, und war ja auch sonst auf die französischen Forderungen in keiner Weise eingegangen. Einen Protektionsvertrag mit Straßburg abzuschließen, hat zweifellos damals auch nicht in der Absicht der Franzosen gelegen, da sie den Einmarsch ins Elsaß ja noch nicht wollten. Man setzte vielmehr noch die in dem Gutachten von 1631 von Richelieu dargelegte Politik fort, Straßburg allgemeine Versicherungen und Versprechungen zu geben, ohne sich selbst zu verpflichten.[37]) Trotz Straßburgs Bündnis mit

---

zösischen Vorschlag des Angriffs auf Nancy durch Schweden und seine protestantischen Bundesgenossen befürwortete; vgl. oben S. 104. Vgl. Ketzinger II, 39 f., 41 f.

[34]) Vgl. oben S. 65.

[35]) Ketzinger II, 30, 31, 32 ff.; Legrelle, S. 32 f., 717 f., Nr. 6; Jacob, Straßburg, S. 140.

[36]) Vgl. die Instruktion an Brezé, bei Fagniez II, 594, Anm.

[37]) Vgl. oben S. 66 f. — Schon deshalb ist unwahrscheinlich, daß die Franzosen damals, wie teilweise gemeldet wird, das Besatzungsrecht in Straßburg gefordert haben. Der Rat soll schon bereit gewesen sein, darauf einzugehen, als ein Bürger durch den Hinweis auf das Schicksal von Metz diesen Entschluß verhindert habe. Siri VII, 450 f.; Pufendorf, Sr. 60; vgl. Hurter X, 471, 572. Auch der päpstliche

Schweden blieben jedoch die Beziehungen zwischen der Stadt und Frankreich gute. Als im Juli die Armee unter d'Effiat auf dem Marsch ins Kurfürstentum Trier durch das Unterelsaß marschierte, gewährte man ihr bereitwillig Proviant,[38]) und als einige Zeit später Noyers zur Bezahlung dieser Lieferungen in Straßburg war und, um für Frankreich Stimmung zu machen, Medaillen und andere Geschenke des Königs reichlich verteilte, konnte er von sehr freundlicher Aufnahme melden, mußte aber hinzufügen, daß darüber hinaus nichts von der Stadt zu erwarten sei.[39])

Außer mit Straßburg haben die Franzosen 1632 keine Beziehungen zu elsässischen Städten oder Fürsten unterhalten. Nur das Vorgehen Karls von Lothringen im Elsaß erregte ihre besondere Aufmerksamkeit, da man eine Machterweiterung desselben im Elsaß nicht zulassen wollte. Schon 1631 hatten lothringische Truppen Hagenau besetzt. Einige Tage nach Abschluß des Vertrages von Vic wurde Karl von den Franzosen mitgeteilt, daß man mit ihm über Hagenau verhandeln

---

Nuntius in Paris hat zu dem bayerischen Gesandten Kuttner von der französischen Absicht, das Besatzungsrecht in Straßburg zu erhalten, gesprochen. Er wollte damit die französische Neutralitätspolitik in Deutschland unterstützen und wies darauf hin, daß Sachsen und Brandenburg von dieser Absicht wüßten und daher leichter auf die Neutralität der deutschen Katholiken eingehen würden. Kuttner am 14. Januar 1632 an Maximilian; Schnitzer, S. 225, Anm.; vgl. oben S. 133, A. 6. In den Berichten über die französischen Gesandtschaften wird eine solche Forderung nicht erwähnt, ebenso nicht von Jacob und Reuss, die die Straßburger Archive benutzt haben. Die Nachricht ist auch wenig wahrscheinlich, schon weil der Rat zweifellos nicht erst von einem einzelnen Bürger oder auch Amtsherrn von dieser Forderung abgebracht zu werden brauchte. Dem widerspricht auch die ganze Politik Richelieus, denn eine solche Forderung hätte nicht nur die deutschen Protestanten, sondern auch Straßburg selbst abgeschreckt. Wahrscheinlich hat die Forderung auf Benutzung der Rheinbrücke diese Nachrichten entstehen lassen. Tatsächlich konnten ja auch die Franzosen, wenn die allgemeine Lage das gestattete, die Benutzung der Rheinbrücke zu einem militärischen Einfluß auf die Stadt erweitern. Andererseits ist die Benutzung von Brücken und Pässen neutraler Gebiete in jener Zeit durchaus nichts außergewöhnliches.

[38]) Reuss, Straßburg, S. 26; Ketzinger I, 208; Khevenhiller XII, 343 f. Die Franzosen vermieden dabei jede feindselige Handlung im Elsaß; Hanauer, S. 185. Dieser „erste Einmarsch der Franzosen ins Elsaß seit Heinrich II." — wie Reuss I, 76, sagt — hat sicher nicht die Bedeutung, die Reuss ihm beilegt. Solche Durchmärsche durch neutrales Gebiet waren ja damals überall üblich.

[39]) Avenel: Richelieu et la monarchie absolue, III, 138.

wolle,[40]) und bald darauf hat Karl die lothringische Besatzung aus Hagenau zurückgezogen, ob auf französische Einwirkung hin ist nicht festzustellen, aber wahrscheinlich.[41])

Nach dem Tode Gustav Adolfs in der Schlacht bei Lützen trat die Politik Richelieus gegenüber dem Elsaß in ein neues Stadium. Sein Tod bedeutete für Frankreich das Verschwinden eines Rivalen auf dem linken Rheinufer und eines Bundesgenossen, der sich den französischen Wünschen sehr wenig gefügt und ihnen oft schwere Sorge bereitet hatte. So mochte man in Paris den Tod des schwedischen Königs gewiß mit geteilten Gefühlen betrachten,[42]) aber es kann trotzdem nicht die Rede davon sein, daß Richelieu, wie man oft gemeint hat, jetzt freudig den Augenblick gekommen glaubte, wo Frankreich in Deutschland selbst eingreifen und sich des linken Rheinufers für immer bemächtigen könne. Seine Sorge war vielmehr, daß Frankreich durch Gustav Adolfs Tod wieder unter der Gefahr eines habsburgischen Angriffskrieges stehe. Und diese Besorgnis war die Grundlage für die Politik, die er in den ersten Tagen des Jahres 1633 dem König im Staatsrat empfahl. Als erstes Ziel bezeichnete er auch jetzt noch das Weitergehen des Krieges gegen Habsburg in Deutschland und den Niederlanden ohne französisches Eingreifen: Aber er zweifelte, ob das zu erreichen sein werde und betonte die Gefahr eines Friedens der Gegner Habsburgs mit diesem, in den Frankreich nicht eingeschlossen wäre. Denn ein solcher Friede würde sicherlich zu einem Angriffskrieg der habsburgischen Mächte auf ein isoliertes Frankreich führen. Daher sei es nötig, das kleinere Uebel zu wählen und trotz dem Geschrei der ultramontanen Partei mit Holland und Schweden gegen Habsburg Krieg zu führen. Für ein Kriegsbündnis mit den deutschen Protestanten stellte Richelieu dabei die folgenden Bedingungen auf, die nach Meldungen der französischen Diplomaten in Deutschland zu erreichen seien: Schutz der katholischen Religion, Uebergabe aller von den Schweden auf dem linken Rheinufer besetzten Gebiete, also von Mainz und dessen linksrheinischem Gebiet, der linksrheinischen Pfalz, des Elsaß und des Bistums Straßburg; ferner Uebergabe von Mannheim und Caub und Hilfe der deutschen Verbündeten bei der Einnahme von Breisach und

---

[40]) Lettres IV, 249.

[41]) Hanauer, S. 173, A. 1.

[42]) Vgl. Arkenholz I, 21 f. — Bouthillier schrieb am 4. Dezember 1632: „S. M. n'avait peut-être pas beaucoup perdu à la mort du roi de Suède"; Meaux II, 463.

Philippsburg, kein Waffenstillstand oder Friede ohne französische Einwilligung. Der Vorteil für den König wäre, so führte Richelieu weiter aus, groß, denn er könne dadurch sein Königreich ohne Schwertstreich bis an den Rhein ausdehnen. Der König habe dadurch Pfänder in der Hand, die ihn zum Schiedsrichter über Krieg und Frieden machten; die Gebiete, die er dann besetzt habe, verhinderten, daß der Friede ohne Frankreich geschlossen würde und gäben Druckmittel und Einfluß — grand pied — auf Straßburg, die Freigrafschaft Burgund, Luxemburg und machten Karl von Lothringen unschädlich. Richelieu sprach hier also von einer Ausdehnung der französischen Grenzen bis an den Rhein. Trotzdem war dieses Ziel vielleicht eine Hoffnung für die Zukunft, aber nicht der Grund für die verlangte Besetzung des Elsaß und der linksrheinischen Gebiete. Denn Richelieu sprach dabei ausdrücklich nur von einem „Depot" und von Pfändern, die Frankreich in die Lage setzten, einen Abschluß des Friedens ohne seinen Einschluß und ohne die nötigen Garantien gegen einen habsburgischen Angriff zu verhindern. Das zeigte sich auch, wenn Richelieu fortfuhr, daß ein Bündnis mit Holland und Schweden Habsburg von Angriffen auf Frankreich und der Unterstützung Gastons abhalten werde, und wenn er mit der Möglichkeit rechnete, durch ein solches Bündnis Habsburg auch ohne Waffengang zum Abschluß eines verständigen Friedens zu bringen. Er betonte nochmals, daß man auf alle Fälle eine Fortsetzung des Krieges ohne französische Teilnahme versuchen müsse, andernfalls aber ein kurzer Krieg gemeinsam mit Schweden und Holland besser sei, als ein langer Krieg, den Frankreich sonst allein führen müsse, und zwar in seinem Lande selbst — dans ses entrailles.[43]) — Richelieu war also in keiner Weise kriegslustig, und das Verlangen auf militärische Beherrschung des linken Rheinufers war damals gedacht als Sicherung Frankreichs gegen einen habsburgischen Angriff und als Pfand für einen Frieden, dessen Bestimmungen Frankreich vor habsburgischen Angriffen sicherte. Der Grund für Richelieus Politik war also nicht das Bestreben nach Erwerbung der Rheingrenze, aber natürlich konnte aus der zeitweiligen Festsetzung das Ziel einer dauernden Annexion erwachsen, sobald bei einem Eintritt in den Krieg diese Gebiete als Pfänder nicht mehr nötig waren und Siege über Habsburg dahin führten, daß die Gefahr eines Angriffs der habsburgischen Mächte auf ein isoliertes Frank-

[43]) Mémoires II, 436 ff.; vgl. Siri VII, 586 f. und Lettres IV, 415 f.

reich, die damals für Richelieus Politik die Hauptrolle spielte, später einmal nicht mehr vorhanden war.

Bei den Anweisungen, die Feuquières, der Anfang Februar 1633 nach Deutschland ging, für seine Verhandlungen mit Schweden und den deutschen Protestanten erhielt, wurde, Richelieus Gutachten entsprechend, zunächst als Ziel die Fortsetzung des deutschen Krieges gegen Habsburg auch ohne französisches Eingreifen aufgestellt, dabei aber auch ohne Verpflichtung zum offenen Krieg die Ueberlassung des linken Rheinufers an Frankreich angestrebt.[44]) Man wollte sich also die Vorteile einer solchen Besetzung auch ohne offenen Kampf sichern und rechnete dabei einerseits auf die durch Gustav Adolfs Tod eingetretene Schwächung der Schweden, andererseits aber und, wie die weiteren Ereignisse zeigten, mit Recht darauf, daß die unter dem Motto „Schutz der katholischen Religion" erfolgte Ueberlassung des von den Schweden eroberten Elsaß an Frankreich nicht zum Bruch mit dem Kaiser führen werde, wie Richelieu das Anfang 1632 bei einem Einmarsch in das noch im Besitz der kaiserlichen Truppen befindliche Elsaß befürchtet hatte. Feuquières sollte daher den schwedischen Kanzler Oxenstierna dahin bringen, daß er von sich aus den Franzosen die auf dem linken Rheinufer von Schweden besetzten Plätze anbiete. Als die Plätze, die Frankreich am besten passten, wurden dabei Benfeld, Hagenau, Schlettstadt und Breisach, wenn es genommen sei, genannt, ferner Trarbach und Kreuznach. Mainz sollte Oxenstierna behalten, desgleichen die Plätze in der linksrheinischen Pfalz, gegen das Versprechen, sie im Frieden oder sofort den Pfälzer Prinzen zurückzugeben. Auch Frankreich versprach, die ihm überlassenen Plätze im Frieden zurückzugeben.[45])

---

[44]) Feuquières I, 7 ff. De l'Isle erhielt eine entsprechende Instruktion zu Verhandlungen mit den benachbarten deutschen Fürsten; Siri VII, 605; Mémoires II, 442. — Man hat anscheinend schon im Januar mit Schweden über die Ueberlassung des linken Rheinufers verhandelt; Irmer II, 27, 39, Nr. 116.

[45]) Feuquières I, 18 ff.; Mémoires II, 440 f. Siri VII, 603, zählt unter den Plätzen im Elsaß auch Zabern auf, das sich aber gar nicht im Besitz der Schweden befand. — Fagniez II, 114, stellt auch hier wieder — vgl. oben S. 132, A 2 — einen Gegensatz zwischen Richelieu und dem in territorialen Fragen angeblich zurückhaltenderen Pater Joseph fest. Nach Fagniez enthält Lepré-Batain in seiner Biographie Josephs den von diesem verfaßten Entwurf der oben angeführten Instruktion an Feuquières, in dem es heißt: „Et s'il offroient de remettre Mayence et autres places au deça du Rhin entre les mains du Roy, il ne le doit accepter ni refuser, ne pouvant estre qu'à charge, mais il sera bon qu'elles ne soient point rendues qu'avec consentement de S. M.";

Feuquières Verhandlungen in Deutschland waren, soweit sie die allgemeine Politik betrafen, erfolgreich. Im April 1633 wurde zu Heilbronn ein neuer Subsidienvertrag mit Schweden, im September ein Bündnis mit Schweden und den vier oberdeutschen Kreisen — den Heilbronner Verbündeten — geschlossen; auch hatte Feuquières Anteil daran, wenn Schweden und seine Bundesgenossen sich zur energischen Fortführung des Krieges entschlossen, was sie allerdings wohl auch ohne Feuquières' Einwirkung getan hätten. Dagegen konnte Feuquières in der Frage der elsässischen Plätze nichts erreichen. In seiner ersten Unterredung mit Oxenstierna zu Würzburg Anfang März 1633 suchte er diesen zu dem gewünschten Angebot der Ueberlassung der elsässischen Plätze zu bringen, indem er die durch kaiserliche Truppenansammlungen bedrohte Lage des Elsaß schilderte und von der Möglichkeit französischen Schutzes sprach. Der schwedische Kanzler antwortete, daß schwedische Truppen zur Verfügung ständen und nichts für das Elsaß zu befürchten sei.[46]) Auch die weiteren Versuche Feuquières' sowohl auf der Heilbronner Bundesversammlung wie bei den späteren Verhandlungen blieben ergebnislos. Er mußte wiederholt nach Paris melden, daß er wegen des Mißtrauens, das die Forderung auf Ueberlassung der linksrheinischen Plätze bei den deutschen Fürsten errege, nicht in der Lage sei, darauf zu drängen.[47]) Anfang April machte er allein auf Benfeld einige Hoffnung.[48]) Die Regierung mahnte mehrmals, die Versuche zu erneuern und äußerte einmal sogar die Besorgnis, daß Schweden dem Kaiser oder dem Herzog von Lothringen die elsässischen Plätze verkaufen wolle.[49]) Die vorsichtigen Bemühungen Feuquières' hatten jedoch nach wie vor keinen Erfolg.[50])

Fagniez II, 114, A. 2. — Nach Mitteilungen des British Museums, in dem sich das Manuskript Lepré-Balains befindet, handelt es sich an dieser Stelle nur um einen kurzen Auszug aus der Instruktion an Feuquières, bzw. aus dem Entwurf. So stehen an Stelle der längeren Ausführungen auf den Seiten 21—26 des Band I der Briefe Feuquières nur zwei Sätze, und an Stelle der Seiten 18—21 nur der von Fagniez zitierte Satz. Man kann daher kaum daraus irgendwelche Schlüsse ziehen, zumal nicht klar ist, ob der von Lepré-Balain im Auszug gegebene, bei Fagniez wiedergegebene Satz sich nicht nur allein auf Mainz und die Gebiete der Pfalz bezieht, und der kurze Auszug Lepré-Balains die Anweisungen für das Elsaß einfach ausläßt.

[46]) Feuquières I, 43 f.; vgl. Lemmer, S. 11 f.

[47]) Feuquières I, 54, 100, 108 f., 115 f.

[48]) Feuquières I, 76 f.

[49]) Feuquières I, 68, 83, 180, 192 f.

[50]) Vgl. Irmer II, 74, Nr. 125; II, 227, Nr. 194; II, 324, Nr. 248; Siri VII, 605 ff.; Aubery II, 137 ff.; Küsel, 90 f., 94; Lemmer, S. 29 f. —

Ebensowenig Erfolg hatte Feuquières bei den Forderungen, die er sehr viel offener und energischer wegen Philippsburg vorbrachte. Die Franzosen hatten im Heilbronner Vertrage die Anerkennung der Neutralität Triers erreicht. Als die Schweden im Sommer 1633 die Belagerung von Philippsburg begannen, setzten sofort Bemühungen der französischen Politik ein, um Schweden dazu zu bringen, diese Festung mit Rücksicht auf das Protektionsverhältnis Triers zu Frankreich und die diesem zugesagte Neutralität nach ihrer Einnahme dem Kurfürsten und französischen Truppen zu übergeben. Man widersetzte sich dabei der von Schweden vorgeschlagenen Schleifung Philippsburgs und versprach, der von den Franzosen in dieser Festung einzusetzende Gouverneur solle schwören, die Feinde der Protestanten nicht zu unterstützen, den Schweden freien Durchzug zu gestatten und den Platz vor dem allgemeinen Frieden in Deutschland nicht zurückzugeben.[51]) Die Schweden gingen darauf nicht ein, da sie fürchteten, Philippsburg könnte von Frankreich ihren Feinden wieder zugänglich gemacht werden.

Während diese Verhandlungen geführt wurden, hatte sich die allgemeine Lage seit dem Gutachten Richelieus vom Januar 1633 sehr wesentlich zu Ungunsten der Habsburger verschoben. In Holland war, nicht ohne Mitwirkung der französischen Diplomaten, der Waffenstillstand mit Spanien nicht zustande gekommen, und in Deutschland führten die Schweden den Krieg mit wachsendem Erfolge. Richelieu begann jetzt wieder mit dem Uebergewicht Schwedens und mit völliger Niederwerfung der habsburgischen Macht in Deutschland zu rechnen. Er hatte sich jetzt schon soweit mit den Gegnern Habsburgs eingelassen, daß an Kampf gegen sie nicht mehr zu denken war. Er wollte daher, und hatte das Vorgehen gegen Nancy damit begründet, an der Seite der Schweden an dem Ruin Habsburgs teilnehmen und durch dem Anwachsen der schwedischen Macht entsprechende territoriale Vergrößerung Frankreichs das Gleichgewicht zwischen

---

Auf kaiserlicher Seite glaubte man nach wie vor, daß ein Uebereinkommen zwischen Schweden und Frankreich über Ueberlassung des Elsaß an die Franzosen bereits erfolgt sei; Hallwich I, 65 f., Nr. 79; I, 243, Nr. 296; Weinitz, S. 27. Am 22. Juli 1633 schreibt der Kaiser an Wallenstein, es solle zwischen Frankreich und Schweden schon abgemacht sein, daß Breisach an Frankreich käme; Hallwich I, 459, Nr. 549. Vgl. oben S. 133, A. 6.

[51]) Siri VII, 636 f.; Wiedemann, S. 22 ff.; Baur I, 295 ff.

Schweden und Frankreich erhalten. Er hat dabei, wie bereits erwähnt, im September 1633 von der Möglichkeit, die französischen Grenzen bis zum Rhein auszudehnen, gesprochen.[52])

Das Bestreben der Franzosen, die Besetzung elsässischer Gebiete zu übernehmen, kam auch in den Beziehungen zu den einzelnen Gebieten des Elsaß zum Ausdruck. Straßburg gegenüber hat man allerdings auch damals ein Besatzungsrecht nicht beansprucht, aber Richelieu hatte immerhin im Januar 1633 betont, daß man durch die Besetzung elsässischer Plätze auch auf Straßburg einen Druck ausüben könne, dasselbe aber nicht zu den zu besetzenden Gebieten gerechnet.[53]) Der diplomatische Verkehr mit Straßburg war 1633 weniger lebhaft als das Jahr zuvor, da Frankreich jetzt als Bundesgenosse des Heilbronner Bundes, zu dem auch Straßburg gehörte, kein Interesse mehr daran hatte, diese Stadt vom Zusammengehen mit Schweden abzuhalten. Sowohl Feuquières wie de l'Isle erhielten die Anweisung, Straßburg am Uebertritt zum Kaiser zu verhindern, wobei charakteristisch ist, daß Straßburg in ganz derselben Weise behandelt wurde, wie andere protestantische Reichsstädte, z. B. Nürnberg und Ulm.[54]) Im Juni 1633 wurde dem französischen General S. Chamont ausdrücklich befohlen, seine Truppen nicht in das Gebiet von Straßburg zu führen, um keinen Konflikt mit den Verbündeten hervorzurufen.[55]) Als man im August oder September 1633 der Stadt durch de l'Isle die Gründe für das französische Vorgehen gegen Lothringen darlegen ließ, ermahnte man sie jetzt, auch nach Gustav Adolfs Tode dem 1632 sehr zur Unzufriedenheit der Franzosen mit Schweden geschlossenen Bündnis treu zu bleiben.[56]) Richelieu suchte also nach wie vor, Straßburg auf Seite der französischen Politik festzuhalten, von einem mili-

---

[52]) Vgl. oben S. 108. Um dieselbe Zeit heißt es in einem Gutachten über die Behandlung Gastons, dieser dürfe nicht in der Lage sein, die auswärtige Politik Frankreichs zu stören, „soit pour secourir nos alliés, soit pour étendre les bornes de cet état"; Mémoires II, 448.

[53]) Vgl. oben S. 144.

[54]) Feuquières I, 17; Mémoires II, 442. In der Instruktion für de l'Isle, die bei Siri VII, 605, abgedruckt ist, heißt es allerdings auch, er solle die Stadt dazu bringen, den König einzuladen, sie unter seinen besonderen Schutz zu nehmen. Bezeichnend ist aber, daß de l Isle die Stadt zur Verstärkung ihrer Befestigungen ermunterte; Strobel IV, 345.

[55]) Lettres VIII, 254.

[56]) Ketzinger I, 215 ff. Als Datum wird hier nur 1633 angegeben. Der Inhalt der Instruktion zeigt jedoch, daß sie in die Zeit des Vorgehens gegen Lothringen gehört.

tärischen Druck auf Straßburg und von einer Forderung des Besatzungsrechts war jedoch keine Rede.[57])

Dagegen richtete sich die französische Aufmerksamkeit im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen Lothringen jetzt in stärkerem Maße auf die von den Schweden nicht besetzten Gebiete des Unterelsaß. Ende 1633 verhandelten sowohl der Herzog Karl wie die Franzosen mit dem Administrator des Bistum Straßburg, dem Grafen Salm, damit dieser die noch in seiner Gewalt befindlichen Plätze des Bistums, vor allem Zabern und Dachstein, unter ihren Schutz stelle. Frankreich versprach dabei, nach Vorübergehen der Kriegsgefahr alles wieder zurückzugeben und keine weiteren Ansprüche zu erheben, während Karl die Zurückziehung seiner Truppen erst nach Erstattung der Unkosten zusagen wollte.[58]) Trotzdem übergab der Graf von Salm in einem Vertrage vom 20. Dezember 1632 dem Herzog von Lothringen den Schutz über das Bistum Straßburg, der dann im Januar Zabern und Dachstein besetzen ließ,[59]) und dem bald darauf auch Hagenau übergeben wurde.[60]) Die Franzosen hatten also hier das Nachsehen. Sie versuchten zunächst, Karl durch die Schweden aus dem Elsaß vertreiben zu lassen, haben später Karl zu dem Angebot, Zabern und Hagenau ihnen zu übergeben, zu bringen versucht, dann aber im August und September ein Angebot Karls auf Zabern und Dachstein als nicht genügend abgelehnt, da sie Nancy haben wollten.[61])

Mehr Glück hatten die Franzosen in der dem Oberelsaß benachbarten, im Besitz von Württemberg befindlichen Grafschaft Mömpelgard. Schon im April 1633 hatte sich Württemberg an die Franzosen mit der Bitte um Schutz für die Grafschaft gewandt.[62]) Dieselbe wurde dauernd von Lothringen beunruhigt und man mochte jetzt auch ein Eindringen der

---

[57]) Der englische Gesandte in Paris schrieb allerdings am 7. Oktober: Frankreich „a continué en son appetit contre Strassbourg, de quoy on parle comme d'un ouvrage infaillible pour l'esté prochain"; Fagniez II, 120, A. 3. Daß solche Stimmen in Paris laut wurden, dürfte nicht zweifelhaft sein. Für die reale Politik kamen sie aber noch nicht in Betracht.

[58]) Hallwich I, 36, Nr. 41.

[59]) Mémoires II, 468; Calmet VI, 81; Chemnitz I, 445. Vgl. Hurter, Feindseligkeiten, S. 78; D. Fischer, S. 60; Stieve, S. 149; Mémoires II, 443.

[60]) Hallwich I, 78, Nr. 94; I, 91, Nr. 110. — Nach Hanauer, S. 230, kam ein Protektionsvertrag zwischen Hagenau und Karl erst im Juni 1633 zustande, was frühere Besetzung nicht ausschließt.

[61]) Vgl. oben S. 100, 102, 106.

[62]) Feuquières I, 104, 100 ff., 163.

Spanier unter Feria fürchten.[63]) Die Franzosen waren sofort bereit, darauf einzugehen, obwohl Feuquières zunächst Zurückhaltung vortäuschte, um nicht durch zu großen Eifer Verdacht zu erregen.[64]) Nach längeren Verhandlungen kam dann ein Vertrag mit Württemberg zustande, der Mömpelgard unter französischen Schutz stellte, worauf dieses im Oktober 1633 von den Franzosen besetzt wurde.[65])

Im September 1633 begab sich eine Gesandtschaft des Heilbronner Bundes nach Paris, wobei vor allem um Philippsburg gestritten wurde, das die Schweden immer noch belagerten. Feuquières drang darauf, daß sie Vollmacht bekäme, über die Ueberlassung von Philippsburg zu verhandeln[66]) und erhielt von Oxenstierna das Versprechen, daß, falls die Festung inzwischen genommen würde, in ihr während der Dauer der Gesandtschaft nichts geändert werden solle, was sich vor allem auf den Schutz der katholischen Religion bezogen haben muß.[67])

Die Gesandten, Löffler und Streiff, erhielten jedoch den Befehl, die Franzosen von der Eroberung Pilippsburgs abzubringen.[68]) Bei ihren Unterhandlungen in Paris verlangte der König aber sehr entschieden die Ueberlassung von Philippsburg und begründete das mit seiner religiösen Pflicht und den Beschwerden des Papstes und der ultramontanen Partei.[69]) Dagegen scheinen die Franzosen bei diesen Verhandlungen bestimmte Forderungen wegen Ueberlassung elsässischer Plätze nicht gestellt zu haben. Joseph sagte vielmehr zu Löffler und Streiff, wenn Frankreich Absichten auf das Elsaß hätte, so wäre zu ihrer Durchführung vor zwei Jahren die beste Gelegenheit gewesen. Es gereue ihn jetzt sehr, das damals verhindert zu haben, wenn er das Verderben des Landes und die Gefahr der Religion bedenke.[70]) Andrerseits stellte Joseph jedoch Beteiligung am Kampfe gegen Spanien

---

[63]) Mémoires II, 486; Fontenay, S. 243.
[64]) Feuquières I, 100 f.
[65]) Mémoires II, 486 f.; Mercure XIX, 206 f.; vgl. Siri VIII, 39; Sattler VII, 87.
[66]) Aubery II, 208.
[67]) Aubery II, 210.
[68]) J. Müller, S. 277 ff.
[69]) Sattler VII, 92. — Am 7. September hatte die Regierung allerdings Feuquières angewiesen, mit Rücksicht auf die Lage in Lothringen und das Herannahen Ferias vorläufig die Forderungen wegen Philippsburg aufzugeben, da dieses sich noch längere Zeit halten werde; Feuquières II, 110; Chemnitz II, 218 f.
[70]) Vgl. oben S. 132, A. 2.

in Aussicht, sobald man sich mit Gaston versöhnt habe, und sprach von der Mitwirkung bei der Abwehr Ferias. Er forderte ferner die Fortnahme von Breisach und bessere Sicherung des Elsaß, wobei er allerdings nicht sagte, ob das durch Frankreich oder Schweden geschehen sollte. Trotz der Versprechungen Josephs hat Frankreich jedenfalls tatsächliche Hilfe gegen die Spanier nicht geleistet, und die Zusagen Josephs dürften in der Hauptsache darauf zurückzuführen sein, daß Löffler und Streiff sich beschwert hatten, Frankreich lasse die Bundesgenossen allein die Last des Krieges tragen.[71])

Während dieser Verhandlungen war das Elsaß selbst der Schauplatz dauernder Kämpfe. Zwar waren die Schweden im allgemeinen im Besitz dieses Landes und schalteten dort, als ob es ihr Eigentum wäre. Sie hatten aber diesen Besitz in ständigen und nicht immer erfolgreichen Kämpfen gegen kaiserliche und lothringische Truppen zu verteidigen, die noch wichtige Gebiete in ihrem Besitz hatten. Im Oktober 1633 erschien die lange erwartete und von Richelieu mit Sorge verfolgte spanische Armee unter Feria an der Grenze des Elsaß. Richelieu hatte ihr beim Alpenübergang keinerlei Schwierigkeiten gemacht und sie ungehindert Graubünden passieren lassen, obwohl er von Feria die Festsetzung der Spanier am Rhein, vor allem in der Pfalz, und ihre Verbindung mit Lothringen befürchtete. Feria nahm den Schweden die von diesen eroberten österreichischen Waldstädte ab und entsetzte Breisach. Er drang darauf auch in das Oberelsaß ein, um es jedoch nach wenigen Wochen wieder zu verlassen.[72]) Die Sorge, mit der Richelieu die Armee Ferias verfolgte, war nicht unbegründet, denn ihr Vorgehen war in erster Linie gegen Frankreich gerichtet. Als die Spanier im April 1633 in Wien das Eingreifen einer spanischen Armee am Rhein vorschlugen, begründeten sie das damit, daß sie die französischen Anschläge abwehren und Elsaß, Schwaben, Franken und Burgund verteidigen wollten, was auch Lothringen helfen werde.[73]) Der Kaiser hatte nur nach Bedenken zugestimmt, da er gerade durch Einmarsch einer spanischen Armee ins Elsaß ein französisches Eingreifen in Deutschland zu provozieren fürchtete.[74]) In diesem Vorgehen der Armee Ferias kam die Einheit der habsburgischen Mächte in einer Gegend zum Ausdruck, wo sie zweifellos eine Bedrohung Frank-

---

[71]) Bericht Streiffs bei Rommel VIII, 289, Anm.
[72]) Weinitz, S. 48 ff.
[73]) Hallwich I, 377 f., Nr. 434.
[74]) Weinitz, S. 13 f.

reichs bedeutete. Ferner stand der Zug Ferias unter der alten spanischen Idee einer Landverbindung mit den Niederlanden, die Frankreich überall mit spanischen Gebieten eingeschlossen hätte.[75]) Richelieu rechnete auch mit einem Angriff Ferias auf Lothringen und die Bistümer und ließ die französischen Truppen eine Abwehrstellung einnehmen.[76]) Die Aussichten, die man Schweden auf eine Unterstützung gegen Feria gemacht hatte, erfüllte man aber nicht. Der französische General la Force erhielt vielmehr den Befehl, sich nur mit den Schweden zu vereinigen, wenn Feria mit den kaiserlichen Truppen unter Aldringen vereint im Elsaß bliebe, andernfalls nur Ferias Durchzug nach den Niederlanden zu verhindern.[77]) Da Feria mit Rücksicht auf die allgemeine Kriegslage nur kurze Zeit auf dem linken Rheinufer blieb, kam ein militärisches Vorgehen für die Franzosen nicht mehr in Betracht.

Ende 1633 gelang es den Franzosen bald nach der Besetzung von Mömpelgard, einen weiteren Schritt auf dem linken Rheinufer vorwärts zu tun. Man legte dem Grafen von Hanau, der seine im Unterelsaß liegenden Besitzungen bei den Kriegswirren zu schützen nicht in der Lage war, nahe, dieselben unter französischen Schutz zu stellen, und berief sich dabei auf die Abhängigkeit dieser Gebiete vom Bistum Metz.[78]) Der Graf von Hanau stellte darauf die kleinen Orte Büschweiler, Ingweiler und Neuweiler unter den Schutz des französischen Königs, dessen Truppen sie im Dezember 1633 besetzten. Die Schweden hatten das vergeblich zu verhindern gesucht.[79])

Bald darauf folgte im Unterelsaß ein weiterer und wichtigerer Schritt, der den Schweden noch wesentlich unangenehmer war. Der Graf Salm, für den Erzherzog Leopold zugleich Administrator des Bistum Straßburg und Landvogt von Hagenau, konnte sich im Unterelsaß nicht mehr halten und wollte die Vogesen entlang nach der Freigrafschaft Burgund marschieren. Der französische Marschall la Force stellte sich ihm jedoch in den Weg und veranlaßte die Schweden zu Operationen, die dahin führten, daß Salm von allen Seiten umstellt und ein Teil seiner Truppen von den Schweden vernichtet wurde. In dieser Lage begann der Graf Verhandlun-

---

[75]) Vgl. Ranke XXIII, 250.
[76]) Lettres IV, 490 ff.; vgl. VIII, 261 f.
[77]) Arkenholz III, 107.
[78]) Vgl. oben S. 67.
[79]) Mercure XIX, 660 f.; Chemnitz II, 263; Hanauer, S. 249; Laguille II, 117; Pufendorf, S. 123.

gen mit den Franzosen, die sofort darauf eingingen und sehr zum Aerger der Schweden diese an weiterem Vorgehen gegen die kaiserlichen Truppen verhinderten, was beinahe zu einem blutigen Zusammenstoß der Franzosen mit den Schweden geführt hätte.[80]) Man wollte eine Festsetzung der Schweden in Zabern und Hagenau verhindern,[81]) und La Force schloß Ende Januar 1634 mit dem Grafen Salm einen Vertrag ab, in dem dieser „um die katholische Religion zu schützen" die französische Protektion für Hagenau und Zabern und die davon abhängigen Gebiete, darunter Reichshofen und Hohbarr, annahm unter der Bedingung, daß sie im Frieden dem Kaiser und dem Bistum Straßburg zurückgegeben werden sollten.[82]) Hagenau, Reichshofen und Hohbarr wurden darauf am 31. Januar von den Franzosen besetzt und am gleichen Tage mit Hagenau ein Protektionsvertrag abgeschlossen. Dieser bestimmte, daß die Reichsstadt Hagenau unter französische Protektion treten und bis zum allgemeinen Frieden darin bleiben solle, um dann dem Kaiser zurückgegeben zu werden. Die Stadt versprach für diese Zeit dem König treu zu sein und den dafür üblichen Eid zu schwören; die Freiheiten und Rechte der Stadt sollten nicht geändert, die Garnison von Frankreich unterhalten werden.[83]) Die Uebergabe von Zabern machte Schwierigkeiten, da sich dort noch lothringische Truppen befanden. Der lothringische Kommandant erhielt die Erlaubnis, erst bei Nikolas-Franz von Lothringen anzufragen. Nikolas-Franz blieb nichts anderes übrig, als seine Einwilligung zur

---

[80]) Mémoires II, 528; Hanauer, S. 251; Schmit XI, 184 ff., 200 ff., Nr. 28 und 30.

[81]) Lettres VIII, 266.

[82]) Mémoires II, 528. Salm sollte mit seinen Truppen unter französischem Schutz bis zum Rhein oder Breisach gebracht werden.

[83]) Der Vertrag ist aus der Chronik Mocks bei Hanauer, S. 252, abgedruckt. Hanauer bezeichnet ihn als einen anderen Text des in den Memoiren — II, 528 — wiedergegebenen Vertrages mit dem Grafen Salm. Es handelt sich aber um zwei Verträge, einen mit Salm und einen mit der Stadt, wie die Franzosen auch Ende 1634 außer dem Vertrage mit Schweden über die Ueberlassung der elsässischen Plätze noch besondere Verträge mit den einzelnen Städten geschlossen haben. Vgl. unten S. 167 f. — In dem französischen Bericht bei Schmit XI, 189, wird übrigens noch ein Ausführungsvertrag mit Salm über die militärischen Einzelheiten bei der Uebergabe der Plätze erwähnt, und zwar vom 30. Januar. Es ist wahrscheinlich, daß auch der Hauptvertrag mit Salm dieses und nicht das in den Memoiren angegebene Datum vom 28. Januar tragen muß, da la Force noch in einem Brief vom 29. Januar, wie aus Richelieus Antwort vom 2. Februar hervorgeht, nur von Verhandlungen mit Salm spricht und von dem Abschluß des Vertrages nichts meldet. Lettres VIII, 266.

Uebergabe Zaberns an die Franzosen zu geben, da ein Widerstand infolge der bereits erfolgten Besetzung des die Stadt beherrschenden Schlosses Hohbarr durch die Franzosen aussichtslos war. Am 9. Februar wurde Zabern von französischen Truppen besetzt.[84]) Die Franzosen hatten so mit Hagenau und Zabern sehr wichtige Plätze des Unterelsaß in der Hand und den Schweden damit eine Niederlage bereitet, über die diese sich bitter beklagten.[85])

An ein gewaltsames Vorgehen im Elsaß hat Richelieu jedoch auch Anfang 1634 noch nicht gedacht. Am 18. Januar hielt er in Anwesenheit des Königs im Parlament von Paris eine große Rede, in der er seine bisherige Politik zu rechtfertigen suchte, in der Hauptsache mit Rücksicht auf den erneut in alter Schärfe ausgebrochenen Gegensatz zu Gaston.[86]) In der auswärtigen Politik rühmte er dabei die Eroberung der Alpenpässe, Pignerols, Moyenvics und Nancys. Er fuhr dann fort, der König erhalte nicht geringeren Ruhm durch die Eroberungen, deren er sich enthalten habe, wie des Angriffs auf Mailand und das Elsaß, der Anfang 1632 eine Leichtigkeit gewesen sei.[87]) Richelieu erklärte ferner, daß der König durch seine Verhandlungen in Deutschland das seit langem verlorene Ansehen Frankreichs wiederhergestellt und an vielen Stellen die katholische Religion geschützt habe.[88]) Die Rede Richelieus im Ganzen zeigt, welche Rücksicht er immer noch auf die ultramontane, den protestantischen Bündnissen und dem Kriege gegen Habsburg feindliche Partei nehmen mußte, und daß er auch damals ein offenes Eintreten in den Krieg noch nicht wollte und in Aussicht nahm.

Der schwedische Unwille gegen die Verträge mit dem Grafen Salm hatte gezeigt, daß der Gegensatz zwischen Frankreich und Schweden über das linke Rheinufer immer noch bestand.[89]) Die Franzosen waren immer noch bestrebt, auch

---

[84]) Schmit XI 193 ff. Nr. 29; Mémoires II 528.

[85]) Mercure XX 143 ff.; Chemnitz II 346 f.; Khevenhiller XII 1300 f., 1625, La Force III 67 f.; Theatrum III 169; vgl. Pufendorf S. 142; Laguille II 119; D. Fischer S. 62 ff.; Tschamser S. 457; Guerber S. 287 ff. Letzterer sagt falsch, daß Salm mit der Uebergabe von Zabern den Anfang gemacht habe.

[86]) Journal II 148 ff.

[87]) Journal II 154.

[88]) Journal II 156, vgl. II 158 f.

[89]) Charnacé hatte Anfang März 1634 im Haag eine Unterredung mit dem Sohn Oxenstiernas, der sich über das französische Vorgehen im Elsaß beklagte, und auf Charnacés Frage, ob das Elsaß Schwedens Bundesgenosse wäre, antwortete, nein, aber eine der schwedischen Eroberungen; Feuquières II 241.

sonst in Deutschland die Machtstellung der Schweden nicht zu groß werden zu lassen.[90])

Die Verhandlungen, die mit Schweden und dem Heilbronner Bund 1634 auf dem Frankfurter Konvent, wiederum in der Hauptsache durch Feuquières, geführt wurden, drehten sich, soweit sie territoriale Fragen betrafen, zunächst um Philippsburg, das am 13. Januar 1634 von den Schweden genommen worden war. Die Franzosen bezeichneten die Ueberlassung der Festung als Hauptbedingung für weitere Unterstützung der Verbündeten und beriefen sich dabei auf den Neutralitätsvertrag Schwedens mit Trier vom 12. April 1632. Die Schweden erklärten jedoch diesen Vertrag für ungültig, da Philipp von Soetern ihn nicht gehalten und derselbe außerdem nur zu Lebzeiten Gustav Adolfs Gültigkeit gehabt habe.[91]) Die Schweden boten die Schleifung Philippsburgs an, was die Franzosen jedoch ablehnten.[92]) Den Auftrag, auch die Ueberlassung elsässischer Plätze zu fordern, hat Feuquières zunächst anscheinend nicht gehabt.[93]) Am 26. März erhielt Feuquières jedoch den Befehl, auf die Uebergabe Philippsburgs nur noch deshalb zu drängen, um dafür Kolmar, Schlettstadt und Benfeld zu erhalten.[94]) Diesen Vorschlag machte dann nicht Feuquières selbst, sondern er ließ ihn in Frankfurt durch den Landgrafen von Hessen machen, der die französischen Forderungen in jeder Weise auf dem Konvent unterstützte, und Feuquières berief sich zunächst noch auf seine Instruktionen, die unbedingt Philippsburg forderten.[95]) Um diese Verhandlungen über die elsässischen Plätze nicht zu stören, verhinderte Feuquières unmittelbare Verhandlungen des Kurfürsten von Trier mit den Schweden.[96]) Bald darauf war man in Paris jedoch wieder anderer Ansicht. Im Mai wurde Feuquières angewiesen, alles zu tun, um Philippsburg zu erhalten, nur wenn das nicht möglich sei, wolle man sich mit Kolmar,

---

[90]) Feuquières erhielt am 27. März den Auftrag, „balancer le pouvoir" Oxenstiernas; Feuquières II 264.

[91]) Feuquières II 210 f., 258 f., 337, 334 f., 366 ff., 372, 381, 382 ff.; Lettres IV 586, VIII 199; VII 718; Siri VIII 31 f.

[92]) Feuquières II 294 (274) ff., 354.

[93]) Siri VIII 37.

[94]) Fagniez II 167. Streiff hatte schon vorher von einem Ersatz für Philippsburg gesprochen; Feuquières II 258 f.

[95]) Fagniez II 268 ff.; vgl. Mossmann, Rev. d'Alsace 1877 S. 468; Hurter XI 187; Baur I 313.

[96]) Feuquières II 279, 248, 282 f., 286.

Schlettstadt und Benfeld begnügen.[97]) Und im Juli wurde dem Gesandten befohlen, den Austausch nicht anzunehmen.[98]) Dabei äußerte man aber gleichzeitig die Furcht, Oxenstierna wolle das Elsaß nur behalten, um mit dem Kaiser einen besseren Frieden schließen und für das Elsaß Entschädigungen an der Ostsee erlangen zu können.[99]) Als Feuquières im Juli wieder entschieden Philippsburg forderte, wiesen Oxenstierna und die deutschen Verbündeten darauf hin, daß er zuvor selbst den Austausch vorgeschlagen habe.[100]) Am 12. Juli boten sie Schlettstadt oder Kolmar für Philippsburg an, was Feuquières jedoch ablehnte.[101]) Um dieselbe Zeit schlug der Gesandte der Pfalz auf dem Konvent in öffentlicher Sitzung vor, Philippsburg durch Kolmar zu ersetzen.[102]) Die Franzosen hielten jedoch an der Forderung Philippsburgs fest, und in einer offiziellen Rede auf dem Konvent drängte Feuquières sehr scharf auf seine Uebergabe, betonte dabei aber, daß der König alle im Kurfürstentum Trier und im Elsaß besetzten Plätze beim Friedensschluß zurückgeben werde und keine Entschädigung beanspruche.[103]) Bei den weiteren Verhandlungen scheinen dann die Franzosen die Angebote auf Austausch Philippsburgs mit elsässischen Plätzen dazu benutzt zu haben, beides zu fordern. In Instruktionen an Feuquières vom 30. Juli ist jedenfalls von der Ueberlassung von Plätzen am Bodensee, der Brücke bei Straßburg, Breisachs und Philippsburgs die Rede. Unerläßliche Bedingung für den Abschluß eines neuen Bündnisses mit Schweden, das entweder die gemeinsame Verteidigung des Veltlin oder der Rheinlinie als Grundlage haben sollte, blieb aber auch damals nur Philippsburg,[104]) und es ist wenig wahrscheinlich, daß man außer

---

[97]) Fagniez II 176, A 3; Feuquières II 312 (292). — Feuquières antwortete am 8. Juni, er habe schon vor dem Eintreffen der neuen Instruktion nur auf der Uebergabe Philippsburgs und der Durchführung des Neutralitätsvertrages mit Trier bestanden; Feuquières II 331.

[98]) Fagniez II 176, A 3

[99]) Siri VIII 134; Fagniez II 180, A 1.

[100]) Chemnitz II 449.

[101]) Chemnitz II 449; vgl. Baur I 313.

[102]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1877 S. 468 f.

[103]) Feuquières II 366 f.; Chemnitz II 447; Londorp IV 416 ff.

[104]) Rott IV 2, 174 f. Der Kolmarer Gesandte Mogg meldet, Frankreich habe außer Kolmar auch Horburg und Reichenweier und Breisach, wenn es genommen sei, erstrebt. Baur I 314 f. spricht davon, man habe Frankreich als Ersatz für Philippsburg Hagenau oder Benfeld, Mannheim oder Germersheim angeboten. Hagenau kann nicht stimmen, da es die Franzosen bereits besetzt hatten. Vgl. auch Wiedemann S. 30 ff.

Philippsburg noch die Ueberlassung anderer Plätze durchsetzen zu können geglaubt hat.

Schließlich entschloß man sich in Paris zum Nachgeben. In einer Instruktion an Feuquières vom 16. August, die durch die Feststellung eingeleitet wurde, daß man sich bald zum Bruch mit Spanien genötigt sehen werde, erhielt der Gesandte die Anweisung, mit Rücksicht auf das Mißtrauen, das die Forderung Philippsburgs bei den deutschen Verbündeten erregt habe, auf derselben nicht mehr unbedingt zu bestehen und dahin zu wirken, daß der Platz an Hessen-Kassel oder Baden-Durlach unter strengster Wahrung der Neutralität Triers übergeben werde.[105]) Einige Tage später sprach man sich dann für die Uebergabe Philippsburgs an Baden-Durlach aus, da dieser Fürst der schwächere, am meisten auf französische Unterstützung angewiesene sei.[106]) Inzwischen hatten aber auch Schweden und der Heilbronner Bund mit Rücksicht auf die sich für sie verschlechternde militärische Lage nachgegeben und mit Feuquières am 26. August einen Vertrag über die Ueberlassung Philippsburgs abgeschlossen.[107]) Derselbe bestimmte, daß Philippsburg dem französischen König übergeben werden solle. Jedoch sollte die Garnison aus französischen und deutschen Truppen zusammengesetzt werden und außer dem König auch den Verbündeten schwören, ohne deren Zustimmung keine Aenderungen in Philippsburg vorgenommen werden dürften. Beim Frieden sollte die Festung den Verbündeten zurückgegeben werden, ebenso im Falle des Todes Ludwigs XIII., worin zweifellos die Sorge der Schweden vor einer Nachfolge Gastons zum Ausdruck kam. Die Rechte des Reichs sowie die Neutralität von Trier wurden gewährleistet und bestimmt, daß der vom König zu ernennende Gouverneur ein deutscher Fürst sein müsse.[108]) Hierzu wurde am 9. September der Herzog von Württemberg ernannt,[109]) seine Stellung blieb jedoch eine reine Ehrenstellung.

Die Ueberlassung Philippsburg bedeutete zweifellos einen wesentlichen Erfolg der französischen Politik, doch hatten die

---

[105]) Lettres IV 589 ff.; vgl. Gallois I 58 ff.

[106]) Gallois I 65.

[107]) Da die Instruktionen nach Deutschland im allgemeinen 10 bis 14 Tage brauchten, wird die Anweisung, Philippsburg nicht unbedingt zu fordern, am 26. August noch nicht in Frankfurt gewesen sein.

[108]) Dumont VI 1, 74 f.; Feuquières II 397 ff.; Mercure XX 206 ff. — Vgl. Baur I 312 ff.; Wiedemann S. 30 ff.; Jacob, Wenckersche Chronik S. 146.

[109]) Feuquières II 410 f.

Franzosen ihre Wünsche durchaus nicht restlos durchsetzen können. Die Rechte, die Schweden und den deutschen Protestanten blieben, widersprachen der bisherigen französischen Auffassung über die restlose Durchführung der Neutralität Triers. Wenn Richelieu so besonders lebhaft die Ueberlassung Philippsburgs verlangt hatte, so war der Grund nicht nur die strategische Wichtigkeit dieser Festung. Richelieu begründete seine gesamte Politik in Deutschland sowohl gegenüber dem Ausland wie dem Inland mit dem Schutz der katholischen Religion. Er konnte die Bündnisse mit den protestantischen Mächten, vor allem gegenüber der französischen ultramontanen Partei nur verteidigen, wenn man in der Lage war, die katholischen Gebiete vor den Protestanten zu schützen. Dieses Motiv spielte nicht nur bei Philippsburg, sondern überhaupt bei den ganzen Versuchen, die Neutralität der katholischen Gebiete am Rhein zu erlangen und zu sichern, eine große Rolle. Religiöse Empfindungen dürften dabei bei dem König, aber wohl kaum bei Richelieu eine Rolle für die reale Politik gespielt haben. War Richelieu doch der Ansicht, daß auch der Papst bei politischen Fragen sich nicht von religiösen Gründen leiten ließe.

Mit der Besetzung von Philippsburg hatte es Richelieu nach Abschluß des Vertrages nicht eilig. Er legte großen Wert darauf, daß die Festung erst übernommen werde, wenn sie verteidigungsfähig sei, und befahl daher, zunächst Philippsburg durch den Kurfürsten von Trier für ein Jahr versorgen zu lassen und eine Schiffsbrücke über den Rhein zu bauen, um notfalls Entsatz möglich zu machen. Feuquières erhielt jedoch diese Befehle zu spät und übernahm daher Philippsburg schon am 9. Oktober vor der Durchführung der Anordnungen Richelieus.[110])

Die Forderung auf Ueberlassung elsässischer Plätze hatten die Franzosen, als man am 16. August Philippsburg notfalls aufgeben wollte, nicht ausdrücklich erneuert. Jedoch meinte man sie zweifellos, wenn man von den Sicherheiten sprach, die Frankreich im Fall des Eintritts in den Krieg, den man jetzt voraussah, von den Verbündeten gegeben werden sollten.[111]) Am 17. August schrieb man ferner Feuquières, er

---

[110]) Lettres IV 618 ff., VIII 273; Feuquières II 431 f.; vgl. Chemnitz II 540. — Die Darstellung der Memoiren — II 567 —, die berichten, daß die Schweden erst im Oktober nach der Schlacht von Nördlingen die Uebergabe von Philippsburg befohlen hätten, ist also falsch.

[111]) Lettres IV 589 ff.

solle Baden-Durlach dahin bringen, falls ihm Breisach nach seiner Einnahme durch Schweden übergeben werde, dann Frankreich die Ueberlassung der Festung zuzusichern. Man fürchtete dabei allerdings, der Markgraf könne den Verbündeten von diesem Vorschlag Mitteilung machen und diese würden dann großen Lärm schlagen. Es wurde Feuquières daher freigestellt, ob er dem Markgrafen diesen Vorschlag machen wolle oder nicht.[112]) Das zeigt, daß man auch damals auf die Stimmung der deutschen Protestanten die größte Rücksicht nahm und alles vermied, was sie verstimmen konnte.[113]))

Das Verhältnis Frankreichs zu Straßburg war im Jahre 1634 nicht wesentlich anders als in den Jahren zuvor. Beide Seiten bemühten sich unter der Voraussetzung der Selbständigkeit der Stadt ein gutes Verhältnis zu einander zu erhalten. Die Festsetzung der Franzosen im Unterelsaß mußte es naturgemäß dem Magistrat ganz besonders nahelegen, sich mit dem jetzt sehr in die Nähe gerückten großen Gegner gut zu stellen. Straßburg beglückwünschte daher La Force zu der Einnahme von Zabern und Hagenau,[114]) zweifellos wohl mit etwas geteilten Gefühlen, obwohl die Stadt durch die Vertreibung der Lothringer aus Zabern von deren Einfällen jetzt verschont blieb. Auf dem Frankfurter Konvent betonten die Gesandten Straßburgs ihre gute Gesinnung für den französischen König.[115]) Aber auch die Franzosen bemühten sich, mit der Stadt ein gutes Verhältnis und friedliche Beziehungen zu erhalten, vor allem auch mit Rücksicht auf die Stimmung der deutschen Bundesgenossen. Am deutlichsten zeigt diese

---

[112]) Gallois I 59 f.

[113]) Bei den Verhandlungen über das Elsaß ist im Mai 1634 einmal davon die Rede gewesen, das Elsaß und das Bistum Straßburg im Namen der Fürsten und Stände des Reichs an Frankreich zu verpfänden. Feuquières sprach sich gegen diesen anscheinend von deutscher Seite gemachten Vorschlag aus, da Spanien das Elsaß sofort im Namen des Kaisers zurückkaufen und man diesem dadurch nur das Land in die Hand spielen werde, oder, wenn man den Rückkauf verweigere, die Gefahr eines ungerechten Krieges gegen das Reich herbeiführe, in dem die Protestanten sich mit den Katholiken vereinigen würden. Feuquières war daher dafür, das Elsaß nur als Austausch gegen Philippsburg zu nehmen, oder „par un traité de consentement des uns et des autres, il soit rendu à Sa Majesté pour en relever de l'Empire sans être sujet à aucun retrait et remboursement"; Feuquières II 303 f. (283). Feuquières denkt hier also anscheinend an eine dauernde Behauptung des Elsaß unter Wahrung der Reichszugehörigkeit, während Richelieu damals stets in unzweideutiger Form die Rückgabe des Elsaß beim Frieden zusagen ließ.

[114]) La Force III 68.

[115]) Feuquières III 307 f. (287).

Haltung der Franzosen die Erledigung eines Streites mit Straßburg, der durch unkluges Verhalten der französischen Militärs hervorgerufen war. Die Schweden hatten der Stadt zum Dank für ihre Mithilfe bei der Eroberung Benfelds einige kleine Gebiete des Bistum Straßburg geschenkt, darunter Kochersberg.[116]) Nach Besetzung des Bistums durch die Franzosen hatten die französischen Kommandanten diese Gebiete besetzen lassen und wieder für das Bistum beansprucht, worauf die Straßburger die in Kochersberg angebrachten französischen Wappen abreißen ließen.[117]) Trotzdem wollten die französischen Diplomaten im Gegensatz zu der Haltung der Militärs um dieser Frage willen die Beziehungen zu Straßburg nicht stören lassen. Der französische Resident de l'Isle meinte, die in Frage kommenden Gebiete lohnten den Streit gar nicht, man solle deshalb nicht „diese Nation verärgern, die von Natur schon allzu mißtrauisch sei".[118]) Feuquières, bei dem sich Straßburg beschwert hatte, befahl auf Anweisung aus Paris, die Stadt nicht im Besitz der ihr von Schweden geschenkten Gebiete zu stören,[119]) teilte das auch dem Magistrat mit und verlangte dabei nur die Wiederherstellung der katholischen Religion in den von Schweden an Straßburg geschenkten Gebieten. Die französischen Wappen sollten als Zeichen des geistlichen Schutzes, den Frankreich als Protektor des Bistum Straßburg ausübe, wieder angebracht werden, während Straßburgs und auch Schwedens Wappen als Zeichen des weltlichen Besitzes dort bleiben sollten.[120])

Es wurde erwähnt, daß die Franzosen versuchten, sich die Ueberlassung Breisachs für den Fall seiner Einnahme durch Schweden versprechen zu lassen. Aber auch auf anderem Wege versuchte man, sich in den Besitz dieser Festung zu setzen. Schon Anfang 1632 hatte Richelieu den Versuch machen wollen, durch Vermittlung Bayerns den Erzherzog Leopold zur Ueberlassung von Breisach zu veranlassen.[121]) Verhandlungen darüber sind nicht bekannt, und ein Eingehen

---

[116]) Ketzinger II 44.

[117]) Feuquières II 300 (280).

[118]) Legrelle S. 93 f.: „cette nation qui n'est de son naturel que trop soupçonneuse".

[119]) Feuquières II 299 ff. (279). Als der Kommandant von Zabern darauf unter dem Vorwand, daß die Gebiete nicht namentlich aufgeführt seien, in Kochersberg noch Schwierigkeiten machte und Straßburg sich erneut beschwerte, wiederholte Feuquières den Befehl ausdrücklich für Kochersberg; Feuquières II 321 f.; vgl II 335.

[120]) Ketzinger II 45 f.

[121]) Vgl. oben S. 131.

der Kaiserlichen, die in dieser Zeit stets die Gefahr einer Festsetzung Frankreichs in Breisach betont haben, auf diesen Vorschlag war wenig wahrscheinlich. Anfang 1634 wollte man dann in Paris den Versuch machen, durch den Grafen von Salm, von dem man ja soeben Hagenau und Zabern erhalten hatte, auch Breisach zu bekommen, indem man ihm Geld versprach und darauf hinwies, daß die Schweden bei der für den Kaiser schlechten militärischen Lage Breisach doch nehmen würden. Salm solle daher Breisach dem König in Verwahrung geben, um die Vernichtung der katholischen Religion und der kaiserlichen Autorität in Breisach und den umliegenden Gebieten beiderseits des Rheins zu verhindern. Vor Schweden und den deutschen Protestanten sollten aber diese Absichten auf das strengste geheimgehalten werden.[122]) Gleichzeitig erhielt la Force, der diese Unterhandlungen führen sollte, den Befehl, daß er ein Angebot der Kaiserlichen auf Ueberlassung von Breisach, Thann und Belfort annehmen solle, wenn er glaube, daß diese Plätze gegen mäßige Kräfte zu halten seien, zum Schutze der bereits im Elsaß besetzten Gebiete dienen könnten und die französischen Truppen dadurch nicht zu sehr zersplittert würden.[123]) Ob La Force in der Lage war, diese Verhandlungen überhaupt zu führen, ist nicht bekannt. Jedenfalls wurde ein Ergebnis nicht erzielt. Es ist aber für Richelieus Politik charakteristisch, wie er durch dauernde Verhandlungen mit den beiden Parteien in Deutschland und durch ständiges Ausspielen der einen gegen die andere ohne Eingreifen in den Krieg das linke Rheinufer militärisch in seine Hand zu bekommen suchte.

Außer im Unterelsaß hatte diese Politik Anfang 1634 noch zwei andere Erfolge aufzuweisen. Das Bistum Basel und die Abtei Lüders stellten sich unter französischen Schutz und wurden von französischen Truppen besetzt.[124]) Dadurch wurde die schon 1633 in Mömpelgard eingenommene Stellung verstärkt, vor allem aber das Oberelsaß völlig von der spanischen Freigrafschaft Burgund durch französische Schutzgebiete getrennt, und ein Eingreifen der Spanier in Lothringen von Süden her sehr erschwert.

Durch die Niederlage der Schweden und ihrer Verbündeten bei Nördlingen am 6. September 1634 änderte sich jedoch die allgemeine Lage in entscheidender Weise. Das Ueber-

---

[122]) La Force III 393 f.; vgl. Coste S. 191 f., Rott IV 2, 185.
[123]) La Force III 395 f.
[124]) Rott IV 9, 181 ff.; Besson S. 132 f.

gewicht der Schweden, mit dem Richelieu bisher gerechnet hatte, wurde damit beseitigt und der völlige Sieg der Habsburger schien bevorzustehen. Noch bevor jedoch diese Nachricht in Paris eintraf, hatte man sehr weitgehende Pläne gefaßt, die auf die Niederlage der Habsburger gegründet waren. Am 11. September ging aus Paris eine Instruktion an Feuquières ab, in der man ihn beauftragte, einen französischen Angriff auf Flandern, der bei den Bundesgenossen weniger Mißtrauen erregen werde als ein Vorgehen in Deutschland, in Aussicht zu stellen und dafür die Ueberlassung von Breisach nach seiner Einnahme, Benfelds und der anderen elsässischen Plätze zu verlangen und eine Aufteilung des österreichischen Besitzes vorzuschlagen. Die deutsche Linie des Hauses Habsburg sollte danach nur noch Wien, Unterösterreich, Kärnten, Krain, Steiermark, Tirol und Ungarn behalten. Ihr übriger Besitz sollte unter die deutschen Fürsten und die schwedischen Generale verteilt werden, so der Kurfürst von Sachsen Böhmen, Brandenburg die Lausitz, Mähren und Schlesien und Bernhard von Weimar Oberösterreich erhalten. Für Württemberg wurde ein Teil des Breisgau mit Ausnahme von Breisach und der unmittelbar zu ihm gehörenden Gebiete bestimmt. Ein Anwärter für Breisach selbst und den österreichischen Besitz im Elsaß wurde nicht genannt, zweifellos sollte das aber Frankreichs Anteil an der Beute sein. Außerdem sollte Habsburg die Kaiserwürde verlieren.[125]) Richelieu dachte also jetzt, den 1633 mehrmals betonten Plan, sich an dem Ruin Habsburgs zu beteiligen und einen Teil der Beute zu erlangen, um durch eigenen territorialen Machtzuwachs Frankreich in gleicher Weise zu verstärken, wie die protestantischen Mächte, in die Tat umzusetzen. Daraus erklärt sich die Haltung gegenüber den Verbündeten, die im August die Aufgabe Philippsburgs vorsah, da man bald in den Krieg gegen Spanien werde eintreten müssen und das Mißtrauen der Verbündeten nicht erregen wolle. Indem man ihnen jetzt selbst große Gebietserwerbungen in Aussicht stellte, wollte man ihnen die franzö-

---

[125]) Siri VII 649 ff. Dieser gibt der Instruktion das Datum: 11. September 1633. Dies steht aber im Widerspruch zu den Instruktionen, die Feuquières um dieselbe Zeit — vgl. Feuquières II 105 ff. — und danach erhielt. Das richtige Datum ist sicher der 11. September 1634. — Fagniez II 182 f. gibt einen Auszug aus einer Instruktion an Feuquières mit diesem Datum, die mit der Instruktion bei Siri übereinstimmt, nur der Teilungsplan fehlt. Dagegen gibt Roese II 26, 350 Anm. 41, einen Auszug aus dem Teilungsplan mit dem Datum vom 10. September 1634. — Der Teilungsplan wird erwähnt bei Gindely, Dreißigjähriger Krieg, III 40.

sische Annexion des österreichischen Besitzes im Elsaß und Breisachs schmackhaft machen. Damit trat also das Streben nach dauernden Eroberungen auf dem linken Rheinufer zum ersten Mal in den Gesichtskreis der praktischen Politik Richelieus; obwohl diese Gebietserweiterungen auf Kosten Habsburgs erfolgen sollten, richteten sie sich in der Hauptsache gegen das Uebergewicht Schwedens, dem man von seinen Eroberungen nur Pommern lassen wollte, während man für die deutschen Fürsten im Verhältnis einen viel größeren Anteil an der Beute vorsah.[126])

Durch die Schlacht von Nördlingen wurde die Voraussetzung dieser Pläne, die bevorstehende Niederlage Habsburgs, umgeworfen; wenige Wochen nach der Schlacht waren die kaiserlichen Armeen bereits weit in Deutschland vorgedrungen und auch in das Obereisaß einmarschiert. Sofort stand die Gefahr eines habsburgischen Uebergewichts wieder vor Richelieus Augen. Er riet dem König, keine Bestürzung zu zeigen, betonte aber, wie schon so oft zuvor, daß, wenn die antihabsburgische Partei in Deutschland vernichtet werde, die ganze Macht Habsburgs auf Frankreich fallen würde. Er hielt daher für nötig, daß die deutschen Protestanten mehr als bisher unterstützt würden, sonst trete das ein, was das Schlimmste wäre, daß Frankreich gegenüber dem Kaiser und Spanien allein bliebe und die Verteidigung innerhalb seiner eigenen Grenzen führen müsse. Vor dem Eingreifen in den Krieg wollte Richelieu jedoch genaue Nachrichten und die Vorschläge der Deutschen abwarten, sie inzwischen aber ermutigen und ihnen französische Hilfe versprechen.[127]) In einem anderen Gutachten für den König erörterte Richelieu sodann — anscheinend einige Tage später — die Wege, auf denen man den Schweden und den deutschen Protestanten Hilfe bringen könne. Er lehnte dabei den Einsatz aller verfügbaren Kräfte in Deutschland an der Seite der Schweden ab. Das würde die Spanier nur dazu veranlassen, auch ihre Armeen nach Deutschland zu werfen. Ferner könne man in Deutschland keine Vorteile für Frankreich selbst erlangen, da alle Deutschen, selbst die Verbündeten wegen des religiösen

---

[126]) Diese Instruktion zeigt, daß die Franzosen den sich in Deutschland schon einige Zeit vor der Schlacht von Nördlingen vorbereitenden militärischen Umschwung, der die Schweden zum Nachgeben im Streit um Philippsburg brachte, nicht voll beachtet haben, wenn man auch natürlich von den Erfolgen der Kaiserlichen wußte.

[127]) Mémoires II 566; Siri VIII 165 f.; vgl. die Ausführungen der Gazette, die natürlich optimistisch gefärbt sind, in Lettres VIII 105.

Gegensatzes, eine Festsetzung Frankreichs in Deutschland nicht zulassen wollten. Auch sei ein Zusammenkämpfen schwedischer und französischer Truppen bei der Verschiedenheit von Religion und Sitten schwierig. Ein Bruch mit Spanien werde den Schweden Erleichterung schaffen, den Deutschen, welche Eroberungen man auch in Flandern mache, keine Furcht und durch die Entfernung der französischen von den schwedischen Truppen keinen Anlaß zum Streit geben.[128]) Diese Gutachten zeigen, daß Richelieu nicht, wie man oft angenommen hat, über die Niederlage der Schweden erfreut war, da sie Gelegenheit zur Eroberung des linken Rheinufers gebe, sondern daß er jetzt erneut in schwerer Sorge vor dem völligen Sieg der Habsburger und einem Angriff auf ein isoliertes Frankreich war und mit Rücksicht auf das Mißtrauen der deutschen Protestanten ein unmittelbares Eingreifen in Deutschland nicht wollte, wenn er auch als Sicherheit hernach die französische Besetzung des ganzen linken Rheinufers forderte, und daß er als Kriegsziel damals nur an Eroberungen in Flandern dachte. Das entscheidende Motiv für den Kriegsentschluß war aber, daß, wenn man den Gegnern Habsburgs nicht Erleichterung bringe, sie zusammenbrechen und dann die französischen Grenzen angegriffen werden würden.[129])

Zunächst galt es jetzt, die von Frankreich im Elsaß bebesetzten Plätze zu sichern und eine Festsetzung der Gegner auf dem linken Rheinufer und damit die Möglichkeit zum Angriff auf Frankreich zu verhindern. Schon am 30. August hatte man infolge von Nachrichten, daß der Kardinal-Infant

---

[128]) Dieses Gutachten steht bei Fontenay-Mareuil S. 237 f. und ist, soweit ich sehe, nicht beachtet worden. Es entspricht durchaus der weiteren Politik Richelieus und in seiner ganzen Aufstellung auch der Art der anderen Gutachten Richelieus, z. B. in der Gegenüberstellung der verschiedenen möglichen Wege und in der Abwägung der Gründe für beide Wege. — Das Gutachten enthält auch die Ausführungen, man dürfe keine Skrupel wegen des Bruches des Friedens haben. Verträge würden nie so genau befolgt, daß man nicht, wenn man wolle, einen Grund zum gerechten Bruch fände. Dieser Satz erklärt vielleicht, warum man das Gutachten nicht in die Memoiren aufnahm, die aber natürlich schon an sich nicht alle von Richelieu erstatteten Gutachten enthalten konnten. — Am Schluß des Gutachtens sucht Richelieu dem König den Kriegsentschluß als ungefährlich hinzustellen. — Vgl. zu dem Gutachten die Aeußerung der Succincte Narration, Testament I 45: „La guerre d'Allemagne était un peu forcée", und die Worte Feuquières unten S. 166, A. 138.

[129]) Am deutlichsten zeigt den Eindruck, den die Schlacht von Nördlingen in Paris machte, daß Richelieu, wie erwähnt, im Staatsrat mahnen mußte, keine Bestürzung zu zeigen.

von Spanien gegen den Rhein vorgehe und die Schweden dort zu seiner Abwehr zu schwach seien, La Force befohlen, im Elsaß eine Abwehrstellung einzunehmen und, falls die Schweden Verstärkungen schickten, einen Kampf mit dem Kardinal-Infanten herbeizuführen.[130]) Nach der Schlacht bei Nördlingen sandte man Verstärkungen ins Elsaß, befahl aber jetzt La Force, den Rhein nur auf ausdrücklichen Befehl des Königs zu überschreiten und nur eine Verteidigungsstellung einzunehmen, die die im Elsaß besetzten Gebiete decke, sich aber nicht zur Schlacht zwingen zu lassen.[131])

Die politische Folge der Schlacht von Nördlingen war, daß die Schweden, die jetzt nur durch Teilnahme Frankreichs am Kriege die Wiederherstellung der Lage erhoffen konnten,[132]) zu großem Entgegenkommen bereit waren. Schon Ende August bot Oxenstierna den Franzosen an, ihnen die Kriegführung in dem ganzen westelbischen Deutschland zu lassen, um die schwedischen Streitkräfte östlich der Elbe zu konzentrieren.[133]) Nach der Schlacht bat man in Frankfurt Feuquières dringend um Hilfe und um Angabe der französischen Bedingungen für dieselbe.[134]) Der Gesandte erklärte, daß er für diesen unvorhergesehenen Fall keine Instruktionen habe, vereinbarte jedoch einen vorläufigen Vertragsentwurf, der Frankreich für den Eintritt in den Krieg die Benutzung aller Rheinübergänge versprach, wobei charakteristischerweise hinzugesetzt wurde, daß diese für den Fall eines Rück-

---

[130]) La Force III 408 ff.; Fagniez II 179.

[131]) Lettres IV 618 ff.; La Force III 410 f.

[132]) Grotius Ep. 354 355.

[133]) Feuquières schrieb das am 29. August an Joseph; Roese I 385, A 207; vgl. Fagniez II 180 ff. Dieser Vorschlag muß also in Paris bekannt gewesen sein, als man am 11. September den Teilungsplan an Feuquières absandte, vielleicht ist er die Antwort darauf; vgl. oben S. 162. Am 11. September traf auch die Nachricht von Nördlingen in Paris ein. Natürlich muß die Instruktion an Feuquières und der Teilungsplan, der ja, wie erwähnt, nach Roese das Datum des 10. September trägt, vorher abgegangen sein. Diese Pläne können sicherlich nicht in wenigen Stunden aufgestellt worden sein, außerdem wären sie im Augenblick der Nachricht von einem entscheidenden Siege der Habsburger widersinnig. Sie fußen vielmehr auf der Anschauung von der Niederlage der Habsburger, wie denn auch in den Gutachten Richelieus nach der Schlacht die Gesichtspunkte ganz andere sind. Vgl. auch die oben erwähnte Aeußerung Feuquières, daß er für die unvorhergesehene Lage keine Instruktionen habe.

[134]) Feuquières II 421 ff.

zuges notwendig seien.[135]) Am 14. September hatte man inzwischen auch in Paris neue Instruktionen an Feuquières abgehen lassen, in denen man die Uebergabe der elsässischen Plätze, vor allem Benfelds forderte, im übrigen verschieden abgestufte Bedingungen für Frankreichs Teilnahme an der Bundesleitung und für die Subsidien aufstellte und sofort ein Hilfskorps zu stellen versprach. Ferner verlangte man die Garantie für die Behauptung Lothringens, Pignerols und der Bistümer durch Frankreich in einem allgemeinen Frieden.[136]) Als diese Forderungen in Frankfurt eintrafen, befanden sich Löffler und Streiff als Gesandte Schwedens und des Heilbronner Bundes bereits auf dem Wege nach Paris.

Während dieser Verhandlungen baten die schwedischen Generale im Elsaß la Force dringend um Hilfe, die dieser jedoch ablehnte, da er nur soweit Hilfe leisten könne, als das ohne Bruch mit dem Kaiser möglich sei.[137]) Aus demselben Grunde suchte Feuquières in Frankfurt zu erreichen, daß das versprochene Hilfskorps aus deutschen Söldnern zusammengestellt und von einem General der Verbündeten befehligt werde, aber keine französischen Truppen über den Rhein geschickt würden, da der König eine andere Diversion, d. h. gegen Flandern, vorhabe.[138]) Die Werbungen für die Bildung eines solchen Hilfskorps hatte Feuquières auf Befehl seiner Regierung bereits in Deutschland begonnen.

Inzwischen hatten die Schweden ihre Truppen schon aus der Pfalz zurückgezogen, um sie im inneren Deutschland zu konzentrieren, und überließen den Schutz dieser Gebiete den Franzosen, denen dabei auch Mannheim übergeben wurde. Ende des Jahres entsetzten die Franzosen bereits zweimal Heidelberg gegen kaiserliche und ligistische Truppen unter Karl von Lothringen, betonten aber dabei, daß sie gegen diesen und nicht gegen den Kaiser kämpften.[139]) So waren die

---

[135]) Dumont VI 1, 78; Feuquières II 423, 426 f.; vgl. Roese II 351, A 44.

[136]) Fagniez II 185 ff.; 191, A 1; Siri VIII 167 f.; Roese II 26 f.

[137]) Chemnitz II 544 f. Vgl. Laguille II 122 und Mossmann, Rev. d'Alsace 1878, S. 230, die meinen, man habe damit einen Druck auf Schweden ausüben wollen; das war bei Lage der Dinge kaum nötig.

[138]) Feuquières II 242; Fagniez II 187. Feuquières sagte dabei den Verbündeten, ein deutsches Hilfskorps habe dieselben Ordnungen, die gleiche Lebensart und Taktik wie die Truppen der Verbündeten, und sei daher geeigneter für sie; Roese II 438, Urk. 1.

[139]) Lettres IV 790, Anal. 3; 791 Anal. 6; Mémoires II 568. Obwohl die Generale auf Befehl Richelieus gehandelt hatten, ließ man doch dem Kaiser erklären, sie wären eigenmächtig vorgegangen; Meaux II 489; vgl. Roese II 29; Mémoires II 584.

Franzosen jetzt im Besitz der Gebiete zwischen Metz und dem Rhein, was Richelieu einst 1632 als Ziel bezeichnet hatte.[140]) Aber die politische Seite des damals entwickelten Planes war gescheitert. Nicht auf ein Bündnis mit den deutschen Katholiken konnte man diesen Besitz stützen, sondern man mußte ihn jetzt im Bunde mit Schweden und den deutschen Protestanten gegen die mit den Habsburgern vereinigten katholischen Fürsten der Liga schützen.

Auch im Elsaß konnten sich die schwedischen Truppen nicht mehr halten. Mit Genehmigung von La Force und des die schwedischen Truppen kommandierenden Rheingrafen schlossen der französische und der schwedische Resident in Straßburg, de l'Isle und Mockhel am 9. Oktober 1634 einen Vertrag, in dem alle von den Schweden im Elsaß besetzten Orte außer Benfeld den Franzosen überlassen wurden. Es waren die Städte Kolmar, Schlettstadt, Markolsheim, Türkheim, Ensisheim, Münster, Kaysersberg, Rufach, Murbach, Gebweiler, Thann, Bollweiler, Oberehnheim, Hohenlandsberg, Maasmünster und die Hohkönigsburg. Der Vertrag bestimmte, daß die bisherigen Bündnisse, die Rechte und Freiheiten dieser Städte sowie die Rechte des Reiches nicht angetastet werden, die Schweden freien Durchzug erhalten und keine neuen Steuern erhoben werden sollten. Der Stand der Religion und der Verwaltung sollten nicht geändert und beim Friedensschluß die Plätze entsprechend den Bestimmungen des Friedensvertrages zurückgegeben werden.[141]) Mit Kolmar wurde am gleichen Tage von de l'Isle ein besonderer Vertrag geschlossen, der bestimmte, daß die Stadt bis zum Frieden unter französische Protektion trete, im Frieden der Stand von 1618 wiederhergestellt, die katholische und protestantische Religion, die Freiheiten, Gerichtsbarkeit und Verwaltung der Stadt im derzeitigen Zustand erhalten werden sollten. Ferner wurde bestimmt, daß die Kosten der Garnison von Frankreich zu tragen seien und daß der Gouverneur seine Truppen in strengster Disziplin halten solle.[142]) Mit Münster wurde

---

[140]) Vgl. oben S. 138. — Der Mercure XX 217 schreibt über die Besetzung Mannheims: „La France ayant dont estendu ses limites jusques au Rhin et au delà."

[141]) „Elles seront remises à un chacun, selon le contenu du traitté de paix qui sera fait." Mossmann, Rev. d'Alsace, 1878, S. 231 ff.; Dumont VI, 78 f. Der Text bei Dumont ist nicht ganz genau. Den genauen Wortlaut veröffentlicht Mossmann, der freilich irrt, wenn er meint, daß der Vertrag vor ihm noch niemals veröffentlicht worden sei.

[142]) Mossmann, Rev. d'Alsace, 1878, S. 233 ff. Der hier abgedruckte Text spricht von dem Stand „avant le commencement de

ebenfalls am 9. Oktober, mit Türkheim einige Tage später ein entsprechender Vertrag abgeschlossen,[143]) und es ist wahrscheinlich, daß derartige Sonderverträge mit allen zu besetzenden Orten, wenigstens mit den Reichsstädten, abgeschlossen worden sind.[144]) Am 20. Oktober teilte de l'Isle diese Verträge dem Markgrafen von Baden, der die kaiserlichen Truppen in der Rheingegend kommandierte, mit und wies darauf hin, daß kein Grund zur Beunruhigung für die Kaiserlichen vorläge, da die kaiserlichen Rechte nicht beeinträchtigt werden sollten.[145]) Mit dem Vertrag vom 9. Oktober kam das ganze Elsaß in französische Gewalt, und die größte Zahl der überlassenen Orte, vor allem Kolmar und Schlettstadt, wurden noch im Oktober 1634 besetzt.

Die Unterhändler Schwedens und des Heilbronner Bundes, Löffler und Streiff, kamen durch den Vertrag vom 9. Oktober in eine noch ungünstigere Lage, als sie es schon an sich durch die Niederlage Schwedens und seiner Bundesgenossen waren. Löffler und Streiff waren beauftragt, falls Frankreichs Eintritt in den Krieg auf andere Weise nicht zu erreichen wäre, die Uebergabe der elsässischen Plätze im Elsaß, äußersten Falls auch Benfelds, anzubieten. Außerdem sollte das Kurfürstentum Mainz unter französische Protektion kommen.[146]) Den Preis, den sie für den offenen Bruch zahlen sollten, hatten aber die Franzosen bis auf Benfeld jetzt schon erhalten. Als Löffler und Streiff daher zunächst das Elsaß ohne Benfeld anboten, wurden sie mit Rücksicht auf den Vertrag vom 9. Oktober spöttisch behandelt. Die Franzosen forderten Benfeld, da man das übrige Elsaß schon habe und drohten sogar, die

---

ces troubles en Allemagne et Bohême de l'année 1628". Es muß, schon wegen der Erwähnung Böhmens, sicher 1618 heißen, was auch Chemnitz II 546 und Schoepflin, II 491, sagen.

[143]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1878, S. 236, 237, Bresch S. 396.

[144]) Die elsässischen Reichsstädte überreichten am 14. Juli 1647 bei den Friedensverhandlungen in Münster einen von de l'Isle am 23. Oktober 1634 unterzeichneten Revers, der ungefähr sagt: Die Reichsstadt N. ist in Frankreichs Protektion aufgenommen; die Rechte des Reichs, die Unmittelbarkeit und die Privilegien der Städte sowie das Heilbronner Bündnis werden dadurch nicht präjudiziert noch geschmälert, sondern alles, wie es anjetzo gefunden, in geistlichen und weltlichen Sachen unverändert gelassen. Nach dem Frieden soll die französische Garnison ohne Entgelt zurückgezogen und die Stadt in den Stand gesetzt werden, den der Friedensschluß vorschreibt; Meiern, IV S. 715.

[145]) Mossmann: Rev. d'Alsace 1878, S. 236, Grober S. 25 f.

[146]) Sattler VII, Anhang S. 111 ff., Nr. 27 u. 28, Chemnitz II 540 f.

französischen Besatzungen aus Kolmar und Schlettstadt wieder zurückzuziehen. Außerdem behaupteten sie, Oxenstierna habe auch Benfeld bereits zugesichert. Löffler und Streiff blieb so nichts anderes übrig, als auch mit dem Angebot Benfelds herauszurücken, obwohl die Franzosen sich zum offenen Bruch mit Habsburg noch nicht verpflichten wollten.[147]) Am 1. November 1634 wurde darauf von den Gesandten mit Frankreich der Vertrag von Paris geschlossen. Die Franzosen versprachen, im Fall des offenen Krieges mit Habsburg ein Hilfskorps aus deutschen Truppen und unter einem General der Verbündeten zu unterhalten. Es wurde bestimmt, daß beim offenen Bruch sofort die schwedischen Eroberungen im Elsaß links des Rheins, namentlich Benfeld und Schlettstadt, sowie alles, was vom Elsaß rechts des Rheins abhängig sei, den Franzosen in Depot und Protektion gegeben werden solle. Die französischen Garnisonen sollten dem König und den Verbündeten schwören, der Besitz der verbündeten Reichsstädte, ihre Jurisdiktion und Rechte erhalten bleiben, die Frage der Regelung der Kosten für die Garnisonen durch Feuquières mit den Verbündeten vereinbart werden. Die Franzosen sollten ferner Breisach und die benachbarten Gebiete rechts des Rheins bis Konstanz, also das Breisgau und die österreichischen Waldstädte, erhalten. Bis zur Einnahme von Breisach sollte den französischen Truppen die Benutzung der Straßburger Rheinbrücke freistehen. Frankreich versprach jedoch, im allgemeinen Frieden Breisach und alle Orte rechts und links des Rheins ohne Ersatz der Kosten zu räumen, damit über sie entsprechend dem Friedensvertrag verfügt werde.[148]) Schließlich sollten die Verbündeten freien Durchzug durch Breisach erhalten. Der Vertrag war auch sonst für die Franzosen außerordentlich günstig. Er verpflichtete sie zu nichts und stellte ihnen auch für den Fall des Eintritts in den Krieg gegen Habsburg völlig frei, wo und wie sie ihn führen wollten. Ferner sollte vor dem Eintritt in den Krieg der Versuch gemacht werden, auch Sachsen und Brandenburg zu gewinnen, während die Schweden den Schutz der katholischen Religion und die Neutralität für katholische Fürsten, die sich unter französischen Schutz stellten, zusicherten und ferner den Franzosen Anteil an der Bundes-

---

[147]) Chemnitz II 557 f.

[148]) „Le Roi promet de bonne foi de retirer sa garnison de Brisac, et autres lieux susdits deça et delà le Rhin, sans aucune restitution de frais, pour en estre disposé selon qu'il sera convenue au Traité de la paix generale."

leitung gaben.[149]) Trotz dieser großen Vorteile, die der Vertrag von Paris Frankreich gab, betrachtete ihn Richelieu, was für seine damalige Politik bezeichnend ist, unter dem Gesichtspunkt, daß man damit alles, was möglich sei, getan habe, um Schwedens völlige Niederlage zu verhindern.[150])

Der Vertrag, den de l'Isle am 9. Oktober geschlossen hatte, wurde nicht bestätigt, obwohl er im wesentlichen den Bestimmungen des Pariser Vertrages entsprach. Natürlich wollte und konnte man deshalb die bereits übergebenen Orte im Elsaß nicht wieder bis zum Eintritt in den Krieg zurückgeben. Trotzdem hat Richelieu bei den Verhandlungen mit Löffler und Streiff erklärt, daß er den Vertrag nicht halten werde, da de l'Isle ohne Vollmacht gehandelt habe,[151]) und dieser selbst erhielt einen sehr schroffen Brief Richelieus, in dem ihm vorgeworfen wurde, daß er sich in Dinge gemischt habe, die ihn nichts angingen, und die Bestimmungen des Vertrages vom 9. Oktober als sehr ungünstig und lächerlich bezeichnet wurden.[152])

Der Grund für diese Haltung Richelieus scheint schwer verständlich, zumal die Verträge vom 9. Oktober und 1. November in den wesentlichsten Punkten übereinstimmten, vor allem in dem Versprechen, die Freiheiten und Rechte der übergebenen Städte zu erhalten und bei Friedensschluß die französischen Garnisonen herauszuziehen. Eine Erklärung gibt eine Aeußerung Richelieus zu Löffler, wo er von Kolmar sagte, Frankreich könne eine so schlecht ausgerüstete Stadt

---

[149]) Dumont VI 1, 79 f.

[150]) Richelieu schrieb am Tage nach Abschluß des Vertrages an den König: „je ne scay s'il les relevera, mais au moins n'aura on oublié aucune chose qui se puisse faire avec raison et conscience pour les soustenir et empescher leur déroute"; Lettres IV 635.

[151]) Lettres VIII 96. Auch erhielt La Force am 1. November, bei gleichzeitiger scharfer Mißbilligung des Vertrages vom 9. Oktober, den Befehl, sobald die Verbündeten die Wiederbesetzung der elsässischen Plätze angeordnet hätten, die französischen Garnisonen zurückzuziehen; La Force III 414 f. Praktisch waren die Schweden und deutschen Protestanten gar nicht in der Lage, die Voraussetzung zur Durchführung dieses Befehls zu schaffen. Der Befehl war so weiter nichts, als eine andere Form der Rechtsverwahrung Richelieus gegen die Gültigkeit des Vertrages vom 9. Oktober und die Anerkennung der Tatsache, daß der am gleichen Tage mit der Erteilung dieses Befehls abgeschlossene Vertrag von Paris ein Anrecht auf die Besetzung der elsässischen Städte erst bei dem Eintritt Frankreichs in den Krieg gab.

[152]) Lettres VIII 97, nach Lettres VIII 96, A 2, ist dieser Brief vom 9. November 1634.

nicht ohne finanzielle Entschädigung verteidigen und sich nicht zum Schutz der evangelischen Religion verpflichten, ohne zu wissen, in welcher Lage die Stadt in kirchlicher Beziehung vor ihrer Einnahme durch die Schweden gewesen sei.[153]) Tatsächlich unterscheiden sich die Verträge in beiden Punkten. Die Verpflichtung vom 9. Oktober, den derzeitigen Stand der katholischen und protestantischen Religion zu schützen, wurde in den Vertrag von Paris nicht aufgenommen. Desgleichen wurde nicht bestimmt, daß der französische König die Garnison zu unterhalten habe, sondern nur gesagt, daß die Räumung bei Friedensschluß ohne Ersatz der Kosten erfolgen solle, was nur die Ausschaltung späterer französischer Ansprüche aus diesem Grunde bedeutete. Ferner wurde in dem Vertrag von Paris den Verbündeten nur das Durchzugsrecht durch Breisach, aber nicht in den elsässischen Orten zugestanden. In diesen Abänderungen müssen also die Gründe für den scharfen Tadel, den de l'Isle erhalten hatte, liegen, vor allem zweifellos in den Bestimmungen über den Schutz der protestantischen Religion einschließlich der etwa unter der schwedischen Besetzung zuungunsten der Katholiken eingetretenen Aenderungen. Die Rücksicht auf die Stimmung der Katholiken, vor allem auf die französische ultramontane Partei, und die Begründung der Politik Richelieus durch den „Schutz der Religion" spielte also auch hier eine wichtige Rolle.[154])

---

[153]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1878, S. 467.

[154]) Batiffol S. 209 erklärt die Haltung Richelieus damit, daß er wohl dem Protektorat über die einzelnen Städte, aber nicht dem über das ganze Elsaß, auf das er kein Recht gehabt habe, hätte zustimmen wollen, und zwar aus Rücksicht auf Schweden und weil er die französischen Truppen nicht habe verzetteln wollen. Diese Erklärung ist, wie die Bestimmungen des Vertrages von Paris zeigen, unmöglich, denn in ihm wurde den Franzosen noch mehr übergeben, als in den Verträgen de l'Isles. Dagegen meinen Mossmann, Rev. d'Alsace 1879, S. 259, Reuss I 134 f., 467, Bresch S. 396 und Pfister, Rev. Hist. B. 129, S. 323, Richelieu habe die Verträge vom 9. Oktober nicht anerkannt, weil er die Städte lieber als von Schweden abgetretene Eroberungen, wie als Verbündete hätte haben wollen, und weil die Rechte des Reichs anerkannt worden seien. Diese Auffassung wird gestützt durch einen Brief von de l'Isle, der am 24. November entrüstet über die Mißbilligung seiner Haltung schreibt: man wolle „emporter ces places d'Alsace sans aucune condition", aber das sei nicht das Mittel, das Herz der Bevölkerung zu gewinnen. Kolmar hätte außerdem andere Bedingungen nicht angenommen, sondern sich lieber mit dem Kaiser verständigt; Mossmann, Rev. d'Alsace 1878, S. 468. Doch auch diese Erklärung ist nicht möglich, denn die Bestimmungen über die

Bis auf Straßburg waren die Franzosen jetzt Herren im ganzen Elsaß. Die Stadt hat anscheinend dies Vordringen der Franzosen nicht ohne Sorge gesehen. Sie forderte Ende September 1634 von de l'Isle, daß die Rechte des Reichs und die städtischen Freiheiten beim Abschluß der Schutzverträge mit den elsässischen Städten gewahrt werden sollten.[155]) Eine Gesandtschaft La Granges, der im November 1634 vor dem Rat über die Pläne seiner Regierung sprach, hatte sichtlich den Zweck, die Stadt über die französischen Absichten zu beruhigen. Der Gesandte erklärte dabei im Auftrage seines Königs, Frankreichs Absicht wäre nicht, Eroberungen zu machen, sondern die Stände des Reiches zu schützen. Die französischen Truppen sollten sich der Stadt nur nähern, wenn sie es verlange. Er forderte die Stadt auf, sich nicht vom Bunde zu trennen, man würde ihr notfalls in Deutschland geworbene Truppen zu Hilfe senden. La Grange äußerte ferner den Wunsch auf ein engeres Bündnis mit der Stadt, die die Bundesartikel selbst bestimmen solle, und betonte, daß der König die Wichtigkeit ihrer Lage und ihres Passes gut kenne.[156]) Man suchte also jetzt ein besonderes Bündnis mit Straßburg zu schließen, von einer Besetzung der Stadt ist jedoch dabei keine Rede.[157]) Dem zur Schweizer Eidgenossen-

---

Räumung der Städte beim Friedensschluß und über die innere Verwaltung und die Aufrechterhaltung der bisherigen politischen Stellung der Reichsstädte waren in beiden Verträgen fast dieselben. Zwar wurde die Reichszugehörigkeit der Städte im Vertrag von Paris nicht ausdrücklich erwähnt, doch beruhen seine ganzen Bestimmungen auf der Voraussetzung dieser Tatsache, wie Richelieu übrigens auch später niemals ihre Reichszugehörigkeit zu bestreiten versuchte. — Es sei noch darauf hingewiesen, daß Richelieu auch Philippsburg erst hatte übernehmen wollen, nachdem es in verteidigungsfähigem Zustand war, so daß die entsprechende Aeußerung über Kolmar zu Löffler zweifellos nicht nur ein Vorwand war. — Vgl. auch unten S. 293 f.

[155]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1878, S. 230 f.

[156]) Strobel IV 372 f., aus den Straßburger Ratsprotokollen. Straßburg lehnte militärische Hilfe ab.

[157]) Von deutscher und schwedischer Seite wurde gemeldet, Frankreich habe Straßburg die Aufnahme einer Besatzung angeboten; Khevenhiller XII 1641 f., Theatrum III 381, vgl. Spach S. 228, Chavériat II 304. Die Straßburger Archive enthalten eine schwedische Mitteilung über solche Absichten, Reuss I 83, A. 2. Legrelle S. 95, der sonst zum Teil Straßburger Archive benutzt, gibt diese Meldung nach Chavériat. Zu dem Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm soll der französische Gesandte Beauregard im November 1634 von der voraussichtlichen Aufnahme einer französischen Garnison in Straßburg und Mainz gesprochen haben; er wollte damit auf ihn dahin einwirken, sich auch unter französische Protektion zu stellen; Küch S. 137. Nach

schaft gehörenden Mülhausen lehnten die Franzosen in derselben Zeit die aus Furcht vor den Kaiserlichen ausgesprochenen Bitte auf Besetzung durch die Franzosen ab.[158])

Während die Franzosen so durch Verhandlungen und ohne Schwertstreich fast das ganze linke Rheinufer in ihre Hand gebracht hatten, nahmen die militärischen Ereignisse zugunsten der Habsburger ihren Fortgang. Trotz allen Hilferufen der Verbündeten leisteten die Franzosen ihnen keine wesentliche Hilfe, da sie nicht gewillt waren, sich in große Kämpfe auf dem rechten Rheinufer einzulassen und mit dem Kaiser nicht brechen wollten. Den zweiten Entsatz Heidelbergs hatte man schließlich nur unternommen, weil die Verbündeten an Frankreichs Absichten zum Bruch mit Habsburg zu zweifeln begannen. Man stellte den Verbündeten auch mehrmals in Aussicht, daß man Württemberg vom Feinde säubern wolle, aber ohne diesen Worten Taten folgen zu lassen. Vielmehr zogen sich die französischen Truppen bald nach dem Entsatz von Heidelberg wieder auf das linke Rheinufer zurück.

Die Folge dieser Untätigkeit der französischen Truppen am Rheine war, daß die kaiserlichen und spanischen Heere nicht nur zum Rhein vordrangen, sondern ihn Anfang 1635 an mehreren Stellen überschritten. Das französische Heer hatte, obwohl es nicht gekämpft hatte, bei dem ersten Vorgehen am Rhein schwer gelitten. Proviant und Ausrüstung fehlten, und in dem ungewohnten Klima und bei dem ungewöhnlich strengen Winter dezimierten Krankheiten die Truppe. So setzte man dem Angriff der Spanier auf das Kurfürstentum Trier keinen Widerstand entgegen. Im Januar wurde Philippsburg von ihnen überrascht, im Februar ging Speyer verloren, das man dann allerdings wiedernehmen konnte. Die französischen Armeen wurden unter Zurücklassung von Besatzungen in den Hauptplätzen aus dem Kurfürstentum Trier zurückgezogen, um Lothringen gegen die Angriffe des Herzogs Karl zu verteidigen. Die Spanier

---

La Force III 85 hat Straßburg bei Annäherung der Kaiserlichen ihn um Vorrücken gebeten. — Der Vertrag von Paris enthielt die Bestimmung, daß Straßburgs Rheinbrücke, deren Schutz der Stadt blieb, bis zur Einnahme Breisachs von den Franzosen benutzt werden könne. Dumont VI, 80. Eine Benutzung erfolgte aber nicht.

[158]) Grober S. 25 f. — Anfang 1635 hat dann Rohan eine Besatzung angeboten, die aber abgelehnt wurde, wogegen die Stadt ihm reichlich Proviant lieferte. Mülhausen hat dann später mehrmals eine eidgenössische Besatzung aufgenommen. Mieg I 235 ff.

nahmen dann zunächst die kleine lothringische Festung Sierk und schnitten damit die unmittelbare Verbindung zwischen Trier und den Franzosen ab. Bald darauf fiel auch die Stadt Trier, in der der Kurfürst Philipp selbst zum Gefangenen gemacht wurde. Wirksame militärische Hilfe hatten die Franzosen ihrem Schützling nicht zu leisten versucht, dafür gab ihnen seine Gefangennahme einen bequemen Vorwand für die Kriegserklärung an Spanien.

Auch ins Oberelsaß waren habsburgische Truppen, und zwar unter Karl von Lothringen, eingedrungen. Hier wurden sie zunächst von Rohan zurückgeschlagen, dem das Elsaß als Aufmarschgebiet für einen Angriff gegen das Veltlin diente, durch den die spanischen Verbindungslinien durchschnitten werden sollten. Falls das seine Hauptaufgabe, den Angriff auf das Veltlin, nicht störe, sollte Rohan auch einen Handstreich auf Breisach versuchen, zu dem es aber nicht kam.[159]) Als Rohan das Oberelsaß verlassen hatte, drang Karl wieder dort ein und marschierte nach der Freigrafschaft Burgund, um von dort aus die Wiedereroberung seines Landes zu versuchen. Die Franzosen trafen umfangreiche Maßnahmen, um die von ihnen im Elsaß besetzten Orte zu schützen und so ein Vordringen der Gegner gegen Lothringen, die Bistümer und Frankreich selbst zu verhindern. Auch Bernhard von Weimar suchte man von Unternehmungen auf dem rechten Rheinufer abzubringen, damit er im Elsaß die französischen Grenzen verteidige. Richelieu persönlich traf bis ins einzelne gehende Befehle zur Verteidigung der elsässischen Plätze. Alle diese Maßnahmen hatten aber rein defensiven Charakter, sie sahen ein Eingreifen östlich des Rheines nicht vor, und auch der für den Feldzug des Jahres 1635 aufgestellte Kriegsplan dachte am Rhein nur an die Verteidigung, während die ganze Kraft der französischen Truppen zum Angriff auf Flandern angesetzt wurde.[160])

Während dieser Operationen gingen die Verhandlungen zwischen Frankreich, Schweden und den deutschen Verbündeten weiter. Die Versammlung des Heilbronner Bundes fand jetzt mit Rücksicht auf die Kriegslage in Worms statt. Die deutschen Verbündeten, die allerdings nur sehr wenig zahlreich erschienen waren, ratifizierten am 28. Dezember 1634 den von Löffler und Streiff abgeschlossenen Vertrag von

---

[159]) Des Robert I 456 ff., Nr. 10, Lettres VIII 274, vgl. Rohan S. 632.

[160]) Mémoires II 600 ff.

Paris. Dagegen verweigerte Oxenstierna die Ratifikation, vor allem wegen der ohne Verpflichtung Frankreichs zum offenen Bruch zugesagten Uebergabe von Benfeld. Die Verhandlungen, die Feuquières darüber in Worms und Grotius, der jetzt schwedischer Gesandter in Frankreich geworden war, in Paris führten, waren ergebnislos. Um eine Einigung zu erzielen, begab sich schließlich Oxenstierna persönlich nach Frankreich. Er schloß am 28. April 1635 mit Richelieu zu Compiègne einen Vertrag, dessen Gültigkeit aber von der nachher nicht erfolgenden Ratifikation durch die schwedische Königin Christine abhängig gemacht wurde. Richelieu war in Compiègne nachgiebiger, als der schwedische Kanzler erwartet haben mochte. Richelieu fürchtete, daß Schweden infolge der Erfolge der Kaiserlichen und des Abfalls zahlreicher deutscher Verbündeter seinen Frieden mit dem Kaiser machen könnte. Er bestand daher nicht mehr auf der Ratifikation des Vertrages von Paris, und der neue Vertrag ging von der Voraussetzung des offenen Bruches Frankreichs mit Spanien aus, wobei Richelieu allerdings die Verpflichtung zur Kriegserklärung auch an den Kaiser zu vermeiden suchte. In den territorialen Bestimmungen überließ man den Schweden jetzt das Erzbistum Mainz und das Bistum Worms und vor allem auch Benfeld, so daß die Schweden, von denen jetzt allerdings keine Gefahr mehr drohte, noch wichtige Gebiete auf dem linken Rheinufer behielten. Man versprach sich ferner gegenseitig den Schutz der übergebenen Plätze, die ohne Einverständnis der Bundesgenossen nicht aufgegeben werden dürften.[161]) Worauf es Richelieu bei diesen Verhandlungen allein angekommen war, war die Verpflichtung, daß Schweden keinen Sonderfrieden schließen dürfe.[162]) Der Grundzug seiner Politik, einen Sonderfrieden der Gegner Habsburgs und damit einen Angriff Spaniens und des Kaisers auf ein isoliertes Frankreich zu verhindern, kam natürlich bei der damaligen Lage besonders klar und deutlich zum Ausdruck.

Wie stellte sich nun das Elsaß selbst zu dem französischen Einmarsch und der französischen Protektion? Diese war er-

---

[161]) Chemnitz II 695 ff., Lettres IV 735 ff., Mercure XX 920 f., vgl Fagniez II 199 ff., Siri VII 234 ff.

[162]) Richelieu schrieb am 30. April an Chavigny: „On estime bien que, s'il est possible, il est à propos de passer quelque traitte pour que les alliés demeurent en créance d'une bonne intelligence avec nous. Quand on ne devroit passer autre chose qu'un article de ne faire point la paix l'un sans l'autre, il le faut faire, s'il se peut", Fagniez II 199, A. 6.

reicht allein durch diplomatische Mittel, unblutig und ohne Anwendung von Waffengewalt. Als Freundin, als Verbündete, als Schützerin faßte Frankreich im Elsaß Fuß, so schrieb R. Reuss im Jahre 1915.[163]) Das ist, äußerlich betrachtet, richtig und gibt zweifellos den Eindruck wieder, den Richelieu bei der Besetzung erwecken wollte. Einige französische Historiker[164]) erweitern das, vor allem nach 1914, dahin, das Elsaß habe Frankreich zum Schutze seiner vom Kaiser bedrohten Freiheit sehnlichst herbeigerufen, und nur wegen dieser Bitten seien die Franzosen gekommen.

Die bisherigen Darlegungen haben bereits gezeigt, daß es — mit Ausnahme des Grafen von Hanau für die kleinen Orte Buschweiler, Ingweiler und Neuweiler — nicht die elsässischen Städte und Stände selbst gewesen sind, die die Verträge über ihren Eintritt in den französischen Schutz abschlossen, sondern die Vertreter der Habsburger und Schweden. Auch der Sondervertrag mit Kolmar vom 9. Oktober 1634 wurde von dem schwedischen Residenten in Straßburg, Mockhel, und nicht von Kolmar selbst abgeschlossen und unterzeichnet.[165]) Selbständig mit Frankreich verhandelt hat nur Straßburg, von dem Legrelle fortlaufend nachzuweisen sucht, daß es sich um französischen Schutz bemüht habe. Tatsächlich schloß aber die Stadt ein Bündnis mit Schweden und lehnte durchweg die französischen Angebote auf militärische Hilfe ab. Die zahlreichen Ergebenheitserklärungen sind nichts weiter, als diplomatische Höflichkeiten, die durch die Rücksicht auf den mächtigen Nachbarn genügend erklärt werden. Außerdem ist die diplomatische

---

[163]) Reuss: La France et l'Alsace S. 21, vgl. Reuss II 503.

[164]) Vor allem Batiffol.

[165]) Selbst wenn offizielle Angebote von elsässischer Seite vorlägen, würde das noch nichts beweisen. Es war stets Richelieus Methode, seine Politik so zu führen, daß die Gegenseite ihm das anbot, was er haben wollte. So setzte er selbst z. B. am 30. Januar 1631 das Schreiben auf, durch das der Bischof von Würzburg im Namen der katholischen Liga um Eintritt in die französische Protektion bitten sollte, Lettres VII 989, Anal. 6. Vor allem befolgte er diese Verhandlungsart, wenn es sich um die Ueberlassung von festen Plätzen handelte, wie das oben z. B. bei den Verhandlungen mit Trier, mit Schweden und den deutschen Fürsten sowie mit Lothringen über Hagenau und Zabern dargelegt wurde. So erhielten die französischen Gesandten, die Ende 1631 und Anfang 1632 mit der katholischen Liga und mit Trier verhandelten, den ausdrücklichen Befehl, es so einzurichten, daß die deutschen Fürsten die Plätze anbieten, deren Besetzung man wünsche; es dürfe keinesfalls so aussehen, als ob der König diese fordere, Lettres IV 254, VIII 79 f.

Sprache der Zeit Richelieus mit pathetischen Freundschaftserklärungen noch verschwenderischer als die heutige. Wie man in Straßburg tatsächlich dachte, zeigt außer der Politik der Stadt auch die von Legrelle selbst angeführte Aeußerung, nach der im Jahre 1629 die Bitte um französische Hilfe als Staatsverbrechen bezeichnet wurde,[166]) ferner die Worte de l'Isles, der von der allzu argwöhnischen Gemütsart dieser „Nation" sprach.[167])

Bei den übrigen elsässischen Städten — außer Mülhausen — sind unmittelbare Beziehungen zu Frankreich vor 1634 überhaupt nicht nachweisbar. Wenn sie nachher ohne Widerstand die französischen Besatzungen aufnahmen, so geschah das, weil ihnen nichts anderes übrig blieb, weil sie nicht in der Lage waren, Widerstand zu leisten und weil die protestantischen Städte die Rache des Kaisers fürchteten. Sie handelten damit nicht anders, als auch die rechtsrheinischen Protestanten,[168]) von denen man zweifellos nicht sagen kann, daß sie in dem Gefühl, alte Kinder der französischen Nation zu sein, sich deren Schutz anvertrauten und unter ihre Herrschaft zurückkehren wollten.

Soweit man in der Lage ist, die Stellung der einzelnen Städte und ihrer Behörden zu der französischen Besatzung zu verfolgen, zeigt sich alles andere als freudige Zustimmung. Als man 1634 in Frankfurt über den Ersatz Philippsburg durch Kolmar verhandelte, berichtete der Gesandte der Stadt in Frankfurt, Mogg, mit Sorge und Entrüstung über diese

---

[166]) Der französische Parteigänger sagt dabei: Man würde gern Hilfe nehmen, wenn der König sie schickt, „mais qu'ils, ne lui demanderoient point, et que, selon la disposition présente des affaires et la bizarrerie des esprits dans leur conseil, ce serait, par manière de dire, un crime d'etat d'en parler et même d'y penser". Legrelle S. 67, vgl. oben S. 64, wo schon auf den Widerspruch der Annahme, daß die Stadt Hilfe annehmen wolle, zu der Schilderung ihrer Stimmung hingewiesen wurde.

[167]) Legrelle S. 93 f., vgl. oben S. 160, A. 118.

[168]) Ein französischer Forscher, Pfister, schreibt 1915: „Les villes et les états protestants de l'Alsace appelèrent Henri IV et Richelieu; mais il en fut de même des autres états protestants de l'Allemagne. L'Alsace était certainement au début du XVIIe siècle un pays allemand, il me semble vain de le nier", Rev. hist. B. 120, S. 393. 1919 schreibt Pfister allerdings in einer populären Schrift — Comment et pourquoi l'Alsace s'est donnée à la France S. 16 —: „La France n'a pas conquis l'Alsace; l'Alsace s'est donnée à elle avant que le cardinal de Richelieu soit intervenu directement dans la guerre de Trente ans." Vgl. Rev. hist. 1917, B. 126, S. 335.

Vorschläge.[169]) Nach der Schlacht bei Nördlingen verlangte Mogg Verstärkung der schwedischen Garnison, fragte allerdings, ob man notfalls bei Frankreich Hilfe finden könne.[170]) Hernach war die Stadt keineswegs ohne weiteres bereit, französische Hilfe anzunehmen, sondern verhandelte mit dem Kaiser über den Beitritt zum Prager Frieden [171]) und nahm den französischen Schutz nur an, um sich vor der Rache des siegreichen Kaisers und seiner katholischen Bundesgenossen zu sichern.[172]) Ueber Schlettstadt schrieb der französische Marschall Brezé, die Einwohner wären so schlecht gesinnt, daß jede Nacht die gesamte Garnison unter Waffen stehen müsse.[173]) In Zabern scheint man Anfang 1634 die französische Besatzung nicht ungern aufgenommen zu haben, da sie das Ende der namentlich durch lothringische Truppen hervorgerufenen Kriegsleiden bedeutete. Die Einwohner konnten jetzt wieder ruhig ihre Felder bestellen. Sehr bald aber kam es zu Konflikten mit der Besatzung, da deren Kosten entgegen dem Vertrage mit dem Grafen Salm von der Stadt selbst getragen werden mußten und der Kommandant die Entwaffnung der Bürgerschaft durchzusetzen bemüht war.[174]

Besonders charakteristisch für die Art des Eintritts der elsässischen Städte in die französische Protektion sind die Vorgänge in Hagenau.[175]) Der Magistrat protestierte am 9. Februar 1634 gegen den von dem Grafen Salm abgeschlossenen Vertrag. Als La Force dann bald darauf in einem Paß sagte, Hagenau sowie Zabern, Reichshofen und Hoh-Barr hätten die französische Protektion „underthänigst gesucht", gaben die obersten Beamten der Stadt vor dem Notar eine Erklärung ab, in der es hieß, die Stadt sei nicht Herrin ihrer selbst gewesen, Salm habe alles vorbereitet und ausgeführt, und der Magistrat habe vor dem Abschluß des Vertrages nicht

---

[169]) Mossmann: Rev. d'Alsace 1877, S. 468.

[170]) Mossmann: Rev. d'Alsace 1877, S. 474.

[171]) Mossmann: Rev. d'Alsace 1878, S. 468 ff.

[172]) Reuss I 467 sagt, der Magistrat „ne fut pas médiocrement ému de la signature de ce traité du 1er novembre, qui le mettait — — — à la disposition d'un tiers." Batiffol S. 208 spricht dagegen von Freude in Kolmar. Mossmann, Rev. d'Alsace 1878, S. 236 sagt, die Stadt wäre über den Abschluß des Vertrages vom 9. Oktober zufrieden gewesen und habe geglaubt, daß er gehalten würde.

[173]) Noailles I 45 f., vgl. Geny I 393.

[174]) D. Fischer S. 65 f., Stieve S. 150 f.

[175]) Batiffol S. 205 und Babelon II 270 sprechen von Freude in Hagenau; vgl. oben S. 152 ff.

das Geringste davon gewußt.[176]) Und in einem Schreiben an den französischen König, in dem die Stadt ihre Not darstellte und mit bei der Lage der Dinge natürlich sehr unterwürfig klingenden Worten um Besserung bat, betonte sie ausdrücklich, daß Salm sie ohne ihr Wissen unter französische Protektion gestellt habe, und daß sie vom König die Achtung ihrer Privilegien und Unabhängigkeit erwarte.[177])

Unter den kleinen Territorien des Elsaß, die nicht von Salm oder den Schweden an Frankreich übergeben waren, die aber 1634 und 1635 von den Franzosen besetzt wurden, befanden sich die Abteien Murbach und Lüders und die zu Murbach gehörende Stadt Gebweiler.[178]) In den Kriegswirren war die Lage dieser kleinen Gebiete natürlich sehr schlecht. Ueber die Abtei Lüders berichtet dabei der dortige Chronist, daß sich plötzlich, „man weiß nicht wie" ein französischer Beamter „präsentirt" habe. Er „bot den Hilflosen im Namen seines Königs die Protektion an. Von zwei Uebeln wählte man das kleinste und nahm die Protektion an".[179]) Die Abtei Murbach, die den französischen Schutz nicht annehmen wollte, wurde drangsaliert, um sie dazu zu zwingen, und der Stadt Gebweiler sperrte man sogar die Zufuhr, bis sie die französische Protektion annahm.[180])

Es kann also keine Rede davon sein, daß das Elsaß die Franzosen herbeigerufen hat, geschweige denn, daß, wie Batiffol meint, erst diese Hilferufe Richelieu zum Einmarsch veranlaßt haben. Das widerspricht nicht nur den Tatsachen, sondern überhaupt der ganz nüchternen und realen Politik Richelieus, und überträgt außerdem moderne Anschauungen auf eine Zeit, in die sie nicht passen. Batiffol selbst charakterisiert einmal die Stimmung der Bevölkerung sehr richtig,

---

[176]) Hanauer S. 257 f. Der erste Protest kann nicht, wie bei Hanauer steht, vom 9. Januar sein, wo der Vertrag noch gar nicht abgeschlossen war. Der Protest ist nur bekannt dadurch, daß er, wie auch Hanauer sagt, in der Erklärung vom 17. Februar erwähnt wird, wo es heißt: „protestation notariée rédigée le 9 courant", also 9. Februar.

[177]) Hanauer S. 257 f. Grotius berichtet am 25. Januar 1635 von Klagen Hagenaus über die Franzosen, Grotius Ep. 359, Oxenstierna II 2, 3, Nr. 3.

[178]) Murbach war Reichsstand, stand aber unter österreichischer Verwaltung. Die Abtei Lüders lag in der Freigrafschaft Burgund, hatte aber denselben Abt wie Murbach.

[179]) Gatrio II 334.

[180]) Vgl. die Berichte des österreichischen Administrators Tschuchi vom 13. November 1634, 2. Januar und 1. Februar 1635, Gatrio II 337 f., Ehret S. 160 ff.

wenn er von den Schwierigkeiten der Besetzung spricht und dabei auf die Kälte und das Mißtrauen der Einwohner hinweist, die die Sprache, Sitten und Empfindungen der Besatzungstruppen nicht gekannt hätten.[181]) Diese Stimmung ging zweifellos nicht hervor aus einem bewußten deutschen Nationalgefühl, das es damals noch nicht gab, sondern aus dem Wunsch, die alten Rechte und Privilegien der ständischen Freiheit zu behalten, die man im Reich genoß und die man in dem schon wesentlich mehr zentralisierten Frankreich nicht behaupten konnte.[182]) Diese zu erhalten, mußten die Franzosen ja auch in allen Verträgen versprechen. Jedenfalls hat, als die Franzosen das Elsaß besetzten, niemand im Elsaß daran gedacht, noch es gewünscht, daß diese Besetzung dauernd werden sollte.

Trotzdem kann man nicht sagen, daß die französische Besatzung unfreundlich von den Einwohnern aufgenommen worden ist. Vor allem für die schon Ende 1633 und Anfang 1634 besetzten Gebiete im Unterelsaß bedeutete die französische Besatzung eine Erleichterung, da sie zuvor stets Schauplatz dauernder Kämpfe gewesen und von den stark demoralisierten Truppen aller Parteien, vor allem der Lothringer, ständigen Plünderungen ausgesetzt waren. Dagegen hielten die französischen Truppen im allgemeinen strenge Disziplin.[183]) Die Franzosen, die als Schützer ins Land kommen wollten, bemühten sich natürlich, einen möglichst guten Eindruck zu hinterlassen. Richelieu selbst befahl daher strengste Disziplin. Die Katholiken müßten die gute Behandlung loben können, dem Adel solle Schutz seiner Rechte und vor allem der katholischen Religion zugesagt werden. Aber auch die Protestanten dürften keine Veranlassung haben, sich zu beklagen, vor allem nicht darüber, daß der König auch in Fragen des weltlichen Besitzes die Katholiken vorziehe.[184]) So ist das Verhältnis der

---

[181]) Batiffol S. 213, dort heißt es, welche Schwierigkeiten mußten „se produire — — avec un peuple réservé, froid, défiant, peu fait à l'exhubérance d'une race qui s'extériorisait plus que lui, dans des relations trop étroites de soldats cantonnant chez l'habitant, ne comprenant pas sa langue, ses goûts, ses usages." Das ist 1918 geschrieben. Bei der sonst wörtlichen Wiederholung dieser Ausführungen in Batiffols Schrift „L'Alsace est française" S. 131 aus dem Jahre 1919 sind die gesperrten Worte fortgelassen. Vgl. auch Dorlan II 228.

[182]) Vgl. Lefébure S. 429.

[183]) Hanauer S. 248 f.

[184]) La Force III 395.

Besatzungen zu den besetzten Gebieten anscheinend zunächst gut gewesen, auch in Hagenau, das so energisch gegen die Besatzung protestiert hatte,[185]) während in Zabern, wie erwähnt, sich sehr früh Klagen einstellten. Es scheint, daß die Franzosen — sehr im Gegensatz zu dem Prinzip des Schutzes der katholischen Religion — in den protestantischen Städten, die die Rache des Kaisers und die gewaltsame Durchführung des Restitutionsediktes fürchteten, weniger Widerspruch gefunden haben, als in den katholischen Orten.[186]) Die Franzosen haben damals, soweit es sich verfolgen läßt, in die Verwaltung und Verfassung der besetzten Gebiete nicht eingegriffen. Naturgemäß kam es zu Uebergriffen der lokalen Befehlshaber. Im Interesse der französischen Politik, vor allem mit Rücksicht auf die deutschen Bundesgenossen, lag es aber, solche Uebergriffe zu vermeiden. So empfahl Feuquières im April 1635, gegen die „Impertinenz" von de l'Isle, über den sich der unterelsässische Adel beschwert hatte, vorzugehen. Feuquières sagte, er habe mit wenig Erfolg das Verhalten von de l'Isle bei den Verbündeten wieder gutzumachen versucht.[187])

Dagegen haben die Franzosen anscheinend sofort nach der Besetzung versucht, den katholischen Gottesdienst zu begünstigen und ihn wenigstens dort wiederherzustellen, wo er während der Zeit der schwedischen Besetzung beseitigt worden war. Das befahl man z. B. in den Dörfern der Landvogtei Hagenau,[188]) und in Schlettstadt durften die Jesuiten nach dem Einzug der Franzosen wieder Gottesdienst halten.[189]) Ebenso gab man in Trier und Koblenz den Jesuiten Schutzbriefe des französischen Königs.[190]) Daß das nicht nur vereinzelte Fälle, sondern ein allgemeines Bestreben der Franzosen im Elsaß war, zeigt die lebhafte Klage von de l'Isle, der Protestant war, über die bigotten Befehle der Re-

---

[185]) Hanauer S. 260 ff.

[186]) Vgl. Reuss II 455 f.

[187]) Feuquières III 61.

[188]) Charavay S. 81.

[189]) Geny I 392, 71 f., II 24 f., Duhr II 1, 196.

[190]) Duhr II 1, 25 und 28. Die Propstei St. Valentin zu Rufach, ein 1618 unterdrücktes Benediktinerpriorat, das sich seitdem in den Händen der Jesuiten von Schlettstadt befand, bis die Schweden sie vertrieben, wurde zunächst von französischen Benediktinern in Besitz genommen, als sich aber herausstellte, daß die Propstei zuletzt den Jesuiten von Schlettstadt gehört hatte, diesen wieder zurückgegeben, Mossmann, Rev. d'Alsace 1878, S. 478, Geny II 619, vgl. Duhr II 1, 197 f.

gierung.[191]) Allerdings mußte diese dabei auch auf ihre protestantischen Bundesgenossen Rücksicht nehmen. Hatte man doch in Frankfurt verlangt, daß Frankreich in Hagenau den Protestanten freie Religionsübung lasse, und Feuquières nur mit Mühe verhindern können, daß die Verbündeten forderten, in den Vertrag mit Frankreich eine Verpflichtung aufzunehmen, die in allen von Frankreich besetzten Orten des Reichs den Protestanten den Schutz ihrer Religion durch die Franzosen zusichern sollte.[192])

Das Ergebnis der französischen Politik der Jahre 1632 bis 1635 war, daß fast das ganze Elsaß in die Gewalt der Franzosen gekommen war, aber mit der ausdrücklichen und klaren Verpflichtung, alle dort besetzten Gebiete im Frieden wieder zu räumen. Sowohl in den allgemeinen Friedensverhandlungen,[193]) wie bei allen Verhandlungen in Deutschland hatte Richelieu immer wieder die Erklärung abgeben lassen, daß er an eine Annektion deutschen Gebietes nicht denke und daß alle im Reich besetzten Plätze bei Friedensschluß ohne Anspruch auf Entschädigung wieder geräumt werden sollten.[194]) Die Erklärungen sollten zunächst den Argwohn der deutschen Fürsten gegen die französische Politik beschwichtigen, und wenn man rückblickend sieht, daß diese Besetzung des Elsaß hernach doch eine dauernde geworden ist, liegt der

---

[191]) De l'Isle schreibt am 7. Mai 1634, er habe die Gemüter über — anscheinend den Katholiken günstige — Maßnahmen beruhigt. Die Bigotten in Paris verlangten, daß man um eine Kirche oder Abtei Krieg führe. Ihnen sei nicht genug, daß durch den Krieg die katholische Religion in Deutschland wiederhergestellt sei, und sie wollten nicht gestatten, daß die Einkünfte der deutschen Bischöfe und Prälaten, die doch meist zum Hause Habsburg gehörten, zum Wohl der deutschen Freiheit verwandt würden, La Force III 400 f.

[192]) Feuquières II 352.

[193]) Vgl. oben S. 77 ff.

[194]) Im Gegensatz zu allen anderen Meldungen sagt Denis in „La Bohême depuis la Montagne-Blanche" I 176, während der Verhandlungen über den Prager Frieden habe Richelieu, von den deutschen Protestanten zurückgewiesen, sich an den Kaiser gewandt und sich verpflichtet „à refuser tout secours aux protestants; comme condition, il réclamait l'Alsace". Von Lavisse VI 2, 316, A. 1 wird das übernommen. Denis gibt keinerlei Belege oder Quellen für die Nachricht an, die mit der sonstigen Politik Richelieus in völligem Widerspruch steht. Auch war nach der Schlacht bei Nördlingen ein derartiges Zugeständnis des Kaisers ausgeschlossen. Dieser Vorschlag Richelieus hätte völliges Fallenlassen der Schweden und der deutschen Gegner des Kaisers bedeutet, die Aufgabe des schon in Vorbereitung befindlichen Krieges gegen Spanien zur Folge gehabt und die Habsburger völlig zu Herren Deutschlands gemacht. Die Nachricht von Denis ist also, mindestens in dieser Form, eine Unmöglichkeit.

Verdacht nahe, daß alle diese Versprechungen mit dem Hintergedanken gegeben wurden, sie später nicht zu halten. Doch ist dies zweifellos nicht richtig. Richelieu hat immer wieder in seinen Gutachten und in seinen Instruktionen betont, daß ein großer Staat sein Wort halten müsse, da die Reputation die Hauptkraft großer Könige sei. Wenn man den Bundesgenossen gegebene Versprechungen und mit ihnen geschlossene Verträge nicht halte, so verliere man die Reputation, und dieser Verlust sei durch nichts zu ersetzen, da man dadurch die Bündnisfähigkeit verliere.[195]) Richelieu hat zwar oft zu zweideutigen Erklärungen seine Zuflucht genommen, um Verpflichtungen, für die er dann mit der Reputation seines Staates einstehen mußte, zu vermeiden, aber die Erklärungen über die Rückgabe der linksrheinischen Plätze waren durchweg völlig unzweideutig und bindend und gingen in dieser Form auch in die verschiedenen Verträge über. Am deutlichsten wird das, wenn man die Aeußerungen über das Elsaß mit denen über Lothringen vergleicht.[196]) Auch hier sprach er, zumal gegenüber den deutschen Fürsten nie von offener Annektion, aber er hat nie eine Erklärung über die Rückgabe der in Lothringen besetzten Gebiete in all den Verhandlungen der Jahre 1632 bis 1635 abgegeben.

Der leitende Gedanke seiner Politik war, wie er immer wieder ausgesprochen hat, einen Sonderfrieden in Deutschland und in den spanischen Niederlanden zu verhindern und einen allgemeinen Frieden zu erreichen, in den Frankreich eingeschlossen war und in dem die Verbündeten zur Unterstützung Frankreichs sich verpflichteten, wenn die Habsburger es nach dem Frieden mit ihren anderen Gegnern angriffen. Seine Politik stand unter der Furcht vor einem Angriff der vereinigten Habsburger auf ein isoliertes Frankreich, den dieses voraussichtlich nicht werde aushalten können. Richelieu hat immer wieder darauf hingewiesen, daß die französischen Finanzen und das Heer, vor allem seine Generale, schlecht wären, daß der französische Volkscharakter für einen langen Krieg ungeeignet sei, ebenso wie die schwache

---

[195]) Vgl. Testament politique II 41 f., 63 ff.

[196]) In einer Instruktion für Beauregard vom Januar 1635 für Verhandlungen mit Sachsen heißt es z. B.: der Gesandte solle auf die Frage nach Frankreichs Ansprüchen im Frieden antworten „que Sa Majesté ne prétendoit pas retenir les places qu'elle avoit en Allemagne; s'il leur parle de la Lorraine, qu'ils lui dissent n'avoir ordre particulier sur ce point, que toutes choses seroient terminées par un accomodement général". Mémoires II 587.

Gesundheit und die Persönlichkeit des Königs. Und er betonte ferner, daß die innere Uneinigkeit für einen langen Krieg mit Habsburg eine große Gefahr bedeute, da an der Spitze der ultramontanen, mit den Habsburgern in enger Fühlung stehenden Partei die Königin-Mutter Maria und des Königs Bruder Gaston ständen, der ja noch dazu der Nachfolger des stets kranken Königs war. Richelieus gesamte Politik folgte so dem Grundgedanken, einen Angriff der Habsburger auf ein isoliertes Frankreich unmöglich zu machen.

Hierfür hatte er die Beseitigung der Macht Karls von Lothringen, der sein Land zu einer Ausfallpforte gegen Frankreich, zum Knotenpunkt aller inneren und äußeren Widersacher gemacht hatte, für unbedingt erforderlich gehalten. Von einer Eroberung des Elsaß hat er jedoch in diesem Zusammenhang nie gesprochen. Sie war schon deshalb unmöglich, weil er für seine Politik die Unterstützung und zum mindesten die Sympathien der deutschen Fürsten brauchte, die einen Frieden, der Frankreich auf Kosten des Reichs vergrößerte,[197]) nie gegen den Kaiser garantiert hätten.

Diese Gesamtlage ist dann zweimal durch große Erfolge der Schweden und der Protestanten verschoben worden, durch die die Gefahr eines schwedisch-protestantischen Uebergewichts an die Stelle der Uebermacht Habsburgs zu treten schien. Das war zuerst der Fall zur Zeit der Siege Gustav Adolfs, wo man Anfang 1632 zum ersten Mal die Frage eines Einmarsches im Elsaß erwogen hat, um sich dann aber auf diplomatische Mittel zu beschränken, und dann in der Zeit von Mitte 1633 bis zur Schlacht von Nördlingen, in der man zum Unwillen der Schweden die ersten Schutzverträge im Elsaß schloß. In diese Zeiten des schwedischen Uebergewichts fallen die Aeußerungen, die eine Grenzerweiterung auf dem linken Rheinufer vorsehen und die ihren Höhepunkt in dem Teilungsplan vom September 1634 haben, um auf diese Weise Anteil an der Beute aus dem Sturz der habsburgischen Macht zu haben und den protestantischen Mächten das Gleichgewicht halten zu können. Gleichzeitig verhandelte man aber in Wien und Madrid über einen allgemeinen Frieden, der das Gleichgewicht in Europa wiederherstellen, Frankreich die Garantien gegen einen späteren Angriff geben sollte und in dem Richelieu die in Deutschland besetzten Gebiete zurückgeben wollte.[198]) Richelieu war also bereit, die

[197]) Lothringen rechnete man auch in Deutschland nicht unbedingt als zum Reich gehörig.

[198]) Vgl. oben S. 77 ff.

damals geäußerten Eroberungswünsche in Richtung auf die Rheingrenze zurückzustellen, wenn ohne Frankreichs Eingreifen in den Krieg ein allgemeiner Friede möglich war. Nach der Schlacht von Nördlingen hat dann Richelieu von Absichten auf Eroberungen am Rhein nicht mehr gesprochen, sondern sich dort auf die Defensive beschränkt und erklärt, daß mit Rücksicht auf die deutschen Verbündeten, die man jetzt mehr als je brauchte, Eroberungen in Deutschland nicht möglich seien,[199]) vielmehr den Angriff gegen Spanien und auf Flandern angesetzt, wo er zweifellos bei dem Eintritt in den Krieg an Gebietsvergrößerungen dachte. Der Krieg gegen Spanien war sofort nach der Schlacht von Nördlingen eine beschlossene Sache. Dagegen wollte Richelieu auch jetzt noch den Krieg gegen den Kaiser vermeiden und hat ihm nicht den Krieg erklärt. So scheute man auch Ende 1634 und Anfang 1635 das militärische Eingreifen auf dem rechten Rheinufer, das, wenn es rechtzeitig erfolgte, vielleicht die Lage der Verbündeten hätte erheblich verbessern und die Gegner vom linken Rheinufer fernhalten können. Man war vielmehr zunächst bestrebt, den Krieg auf dem rechten Rheinufer zu lokalisieren und versuchte daher, die Schweden und Bernhard von Weimar zum Verlassen des linken Rheinufers zu bringen. Erst als die Gegner den Rhein überschritten hatten und die französischen Grenzen und Lothringen unmittelbar bedroht waren, bemühte man sich, Bernhard von Weimar westlich des Rheins festzuhalten und überließ den Schweden in Compiègne ohne weiteren Widerstand Benfeld.

Trotzdem Richelieu bei dem Entschluß zum Eintritt in den Krieg an Eroberungen in Deutschland nicht gedacht hatte, verlangte er als Bedingung für diesen die Ueberlassung der schwedischen Eroberungen im Elsaß. Richelieu war ja stets bestrebt gewesen, sich keine starke Militärmacht auf dem linken Rheinufer festsetzen zu lassen. Verloren die Schweden das Elsaß an den Kaiser und die Spanier, so war ein habsburgischer Angriff von dort aus auf Lothringen und Frankreich leicht möglich. Die Besetzung des Elsaß bot also die Möglichkeit, die französischen Grenzen von dieser Seite zu sichern.[200]) Es war darüber hinaus, wie er in den Verhandlungen in Deutschland mehrfach hatte erklären lassen, eine gute

---

[199]) Vgl. oben S. 163 f.

[200]) Vgl. Lettres V 134. — Bezeichnend ist, daß der Mercure XIX 503 Breisach bei der Schilderung seiner Bedeutung einen Uebergang auch nach Lothringen nennt.

Operationsbasis, um notfalls zugunsten der Bundesgenossen gegen den Kaiser in Deutschland einzugreifen. Und vor allem war sein Besitz ein Pfand, auf das gestützt man Frankreich Einschluß in den Frieden und die Bewilligung seiner anderen Forderungen, vor allem auf Lothringen, durchsetzen konnte.

Natürlich konnten diese Gründe, die zu der zeitweiligen Besetzung des Elsaß führten, leicht den Wunsch entstehen lassen, sich dieses Glacis dauernd zu sichern und die Operationsbasis zum Eingreifen in Deutschland gegen das Uebergewicht der Habsburger zu einer dauernden Angriffsbasis gegen Deutschland zu machen. Daß Richelieu solchen Zukunftshoffnungen nicht fern stand, zeigte schon das große Gutachten vom Jahre 1629,[201]) und die weitere Entwicklung hat dann ja auch dazu geführt. Aber man muß sich sehr hüten, aus dem, was bei einer ganz anderen politischen Lage aus dem ersten Vorgehen Richelieus folgte, zu schließen, daß er selbst schon die Folgen als Ziel für seine damalige Politik sich gesetzt hat. Alle seine damaligen Aeußerungen zeigen, daß er nicht um der Eroberung des Elsaß oder der Rheingrenze willen seine Politik führte, daß dies Ziel ihn vor allem nicht zum Eintritt in den Krieg veranlaßt hat und daß, wenn er zur Zeit der schwedischen Siege daran gedacht hat, es nie das Hauptziel seiner Politik war. Richelieu ist zweifellos nicht der typische Vertreter der Rheingrenzentheorie, zu dem man ihn oft gemacht hat. Bezeichnend dafür ist, daß die offiziellen französischen Legisten, die in den Pariser Staatsarchiven Ansprüche auf weite Gebiete aller Nachbarstaaten herzustellen sich bemühten, nie von französischen Rechten auf das Elsaß sprachen, vielmehr die Grenze des von ihnen beanspruchten alten Königsreichs Austrasien in den Vogesen zogen.[202])

Dagegen ist möglich und vielleicht wahrscheinlich, obwohl die dafür vorhandenen Anzeichen nur Vermutungen begründen können, daß Richelieu in einem künftigen Frieden eine neue Festsetzung des Kaisers im Elsaß nicht dulden wollte. In dem Vertrage mit dem Grafen Salm von Anfang 1634 wurde zwar gesagt, daß Hagenau dem Kaiser zurückgegeben werden solle. In allen sonstigen Verträgen und Erklärungen war aber stets nur von der Räumung des Elsaß durch die Franzosen und der Garantie der Rechte des Reichs die Rede, aber nie von einer Rückgabe an den Kaiser, obwohl

---

[201]) Vgl. oben S. 36 f.

[202]) Vgl. Anhang S. 405 und Battiffol S. 199 f.

man in Frankreich damals die Anschauung hatte, daß das ganze Elsaß in engerer oder weiterer Form österreichischer Hausbesitz sei.[203]) Die Verträge vom 9. Oktober und 1. November 1634 sprachen ferner ausdrücklich von der Uebergabe der von den Franzosen geräumten Plätze an diejenigen, dem sie der Frieden zusprechen würde, nicht von der Rückgabe an den Kaiser.[204]) Die schon vor dem Eintritt in den Krieg Bernhard von Weimar zugesagte Ueberlassung des Elsaß weist in dieselbe Richtung,[205]) wie es ja überhaupt stets Richelieus Ziel gewesen war, die Festsetzung stärkerer Mächte auf dem linken Rheinufer zu vermeiden oder sie davon zu entfernen.

---

[203]) Ueber die sehr unklaren Vorstellungen der Franzosen über die territorialen Verhältnisse im Elsaß vgl. Anhang S. 385 f.

[204]) Vgl. oben S. 167, A. 141 und 169, A. 148.

[205]) Vgl. unten S. 233 ff.

Kapitel V.

Zeiten des Gleichgewichts der kämpfenden Mächte.

Mai 1635—1639.

1. Kriegführung und Politik, Friedensverhandlungen und Kriegsziele.

Am 19. Mai 1635 wurde durch einen französischen Herold in Brüssel die Kriegserklärung an Spanien übergeben. Zweifellos glaubte Richelieu beim Eintritt in den Krieg an den Sieg und auch an eine kurze Dauer des Krieges.[1]) Mit seinen bisherigen Sorgen vor dem Krieg stand das natürlich rein logisch im Widerspruch. Aber es ist nur natürlich und menschlich, daß in dem Augenblick, wo der entscheidende Entschluß gefaßt war, die Bedenken schwiegen und die Hoffnung auf Sieg und zwar auf baldigen Sieg, die Haltung der französischen Regierung bestimmte.

Der Kriegserklärung folgte sofort ein großangelegter, mit den Holländern gemeinsam geführter Angriff auf die spanischen Niederlande. Der Beginn der Operationen war glücklich, es gelang den Franzosen nach einem siegreichen Gefecht bei Avein bis weit in die Niederlande vorzustoßen. Die in dem Vertrag mit Holland über die Selbständigmachung der spanischen Niederlande oder ihre Teilung[2]) enthaltenen Hoffnungen schienen leicht in Erfüllung gehen zu sollen, und am 28. Juni schrieb Richelieu unter dem Eindruck der ersten Erfolge, der Krieg werde solange dauern, bis die Spanier völlig aus Flandern verjagt seien.[3]) Bald erfolgte jedoch der

---

[1]) Vgl. Fagniez II 223, f, 263.

[2]) Vgl. oben S. 82, A. 25.

[3]) Lettres V 73 f. Richelieu sagte, es müsse Frankreich in Zukunft frei sein, in die Niederlande Soldaten und Lebensmittel zu schicken; er dachte wohl an eine auf Frankreich gestützte Selbständigkeit dieser Gebiete.

Umschlag. Anstatt der erwarteten Erhebung der Bevölkerung gegen Spanien stieß man auf den hartnäckigen Widerstand der Einwohner, und den Spaniern gelang es bald, die Franzosen in die Defensive zu drängen, wobei ihnen das schlechte Zusammenarbeiten der französischen und holländischen Truppen zu statten kam. Man empfand in Paris das Scheitern dieses groß angelegten Angriffs, auf den man alle Hoffnungen gesetzt hatte, als einen schweren Schlag.

Noch unglücklicher verliefen die Operationen des Jahres 1635 auf den anderen Kriegsschauplätzen, mit Ausnahme der Kämpfe in den Alpen, wo es Rohan gelungen war, sich in den Besitz des Veltlin zu setzen. Am Rhein, wo man sich von vornherein hatte auf die Defensive beschränken wollen, gelang es den Gegnern, das ganze Elsaß bis auf einige feste Plätze und fast alle Rheinübergänge bis auf Koblenz, das erst 1636 fiel, zu nehmen und selbst in Lothringen einzudringen. Aus Lothringen mußten sie sich jedoch Ende 1635 wieder zurückziehen, weniger infolge militärischer Anstrengungen der Franzosen, als wegen Krankheiten und Versagen des Nachschubs. In Italien hatten die Franzosen angegriffen, jedoch völlig erfolglos, während es den Spaniern gelang, an der Küste der Provence die strategisch wichtigen Inseln St. Marguerite und St. Honorat zu nehmen.

Noch weniger glücklich verlief der Feldzug des Jahres 1636. Am Rhein beschränkten sich die Franzosen im Großen und Ganzen wieder auf die Defensive; es gelang hier, die militärische Stellung der Franzosen im Elsaß wieder etwas zu festigen. Auch auf dem nördlichen Kriegsschauplatz blieb man in diesem Jahre in der Verteidigung, um den Hauptstoß gegen Mailand zu führen, in dem Richelieu den Angelpunkt der spanischen Weltstellung sah. Auch dieser Angriff scheiterte völlig. Vor allem aber gingen fast alle Stellungen der Franzosen im Veltlin und in Graubünden verloren. Der Angriff in Italien war durch einen Angriff auf die Freigrafschaft Burgund unterstützt worden, der zunächst glücklicher zu verlaufen schien, obwohl man auch dort, wie das Jahr zuvor in den spanischen Niederlanden, auf den Widerstand der Bevölkerung stieß. Man unternahm hier vor allem die Belagerung von Dole, mußte dieselbe aber nach langer Dauer und anscheinend kurz vor dem Erfolge abbrechen. Denn inzwischen hatten die habsburgischen Mächte gemeinsam von den spanischen Niederlanden her angegriffen und in schnellem Ansturm fast alle Grenzplätze der Pikardie genommen. Ihre Reiterei streifte, ohne Widerstand zu finden, bis zur Oise, und

Paris schien in ernster Gefahr zu sein. Die Regierung zog in Eile alle verfügbaren Truppen von den anderen Kriegsschauplätzen heran und stellte neue Formationen auf, so daß es nicht nur gelang, den feindlichen Angriff zum Stehen zu bringen, sondern auch die Gegner fast völlig vom französischen Boden wieder zu verdrängen. Ein habsburgischer Angriff von der Freigrafschaft Burgund her scheiterte, dagegen mißlang den Franzosen die Wiedereroberung der beiden im vergangenen Jahr im Mittelmeer verlorenen Inseln.

Die Operationen der ersten beiden Kriegsjahre waren so in der Verteidigung im allgemeinen glücklich gewesen, aber das Scheitern aller Angriffe ließ erkennen, daß mit einem baldigen Sieg keinesfalls zu rechnen war. Vor allem aber bestätigten diese Operationen die von Richelieu stets gefürchtete Kriegsunbrauchbarkeit des französischen Heeres, besonders im Angriff.[4]) Es fehlte sowohl an kriegserfahrenen Führern wie an kriegsgewohnten und kampflustigen Soldaten. Desertationen waren zahlreich, auch Offiziere verließen unerlaubt die Truppe, und das Aufgebot des Adels war völlig unbrauchbar und lief bei Beginn der schlechten Jahreszeit einfach auseinander. So bemühte sich Richelieu dauernd, fremde Truppen und Generale, vor allem deutsche, in französischen Dienst zu ziehen. Hierzu kam ein fast völliges Versagen des Nachschubes und ständiger Geldmangel, der regelmäßige Bezahlung und genügenden Unterhalt der Armee unmöglich machte.

---

[4]) Es ist dies ein Gegenstand dauernder Klagen Richelieus. So spricht er vor allem von der „légéreté“ und dem Mangel an Ausdauer der Franzosen, die sie unfähig zu dauernden militärischen Eroberungen mache. So sagt er einmal: „la lacheté et la légéreté des François est telle qu'on ne se peut rien promettre d'eux“, Lettres V 949, Anal. 2. Er klagt stets über das Versagen von Führern und Truppen und erklärt es für notwendig, die Heere mindestens zur Hälfte aus Ausländern zusammenzusetzen. Im Testament politique leitet er eine längere Auseinandersetzung über diese Dinge mit den Worten ein: „Il n'y a pas de nation au monde si peu propre à la guerre que la nôtre, la légéreté et l'impatience qu'elle a dans les moindres travaux sont deux principes qui ne vérifient que trop à mon regret cette proposition“, Testament II 74 ff. — Vgl. z. B. Lettres V 118, Aubery III 653, V 276, 282; Testament I 243, II 65, 87 f. Dazu kamen Klagen über das völlige Versagen des Nachschubs. Vgl. über das völlige Fehlen einer Organisation der Militärverwaltung Avenel, Richelieu III 133 ff. — Wenn Avenel III 45 meint, die französische Armee sei die beste der Welt gewesen, so stimmt das auch mit seiner eigenen Aeußerung, daß die Hauptsiege durch einen Fremden — Bernhard von Weimar — erfochten seien — III 55 —, wenig überein.

Auch die politische Lage war, vor allem 1635, ungünstig. In Deutschland waren fast alle bisherigen Bundesgenossen der Franzosen dem Prager Frieden, der auf Drängen Spaniens eine agressive Tendenz gegen Frankreich bekommen hatte, beigetreten. Nur Hessen-Kassel und einige Reichsstädte, darunter Straßburg, blieben ihm fern. Auch sie verhandelten mit dem Kaiser, und der Landgraf von Hessen unterstützte 1635 nicht, wie er versprochen hatte, die französischen Operationen am Rhein und verschuldete dadurch mit das dortige Mißgeschick der Franzosen. Dem Kurfürsten von Trier hatte man den Beitritt zum Prager Frieden nicht gestattet, sondern behandelte diesen alten Bundesgenossen der Franzosen als Gefangenen und Reichsverräter. Schweden, seiner deutschen Bundesgenossen beraubt, war 1635 militärisch fast untätig und dachte ernstlich an einen Sonderfrieden mit dem Kaiser. Auch Holland verhandelte trotz französischen Gegenbemühungen sehr ernstlich mit Spanien. Nur in Italien war es der französischen Politik gelungen, einen Erfolg zu erringen, indem man dort im Juli 1635 ein Angriffsbündnis gegen Mailand mit Savoyen, Parma und Mantua schloß.[5]) Aber die militärischen Mißerfolge erschütterten auch hier das französische Ansehen.

So schien bald nach Beginn des Krieges Richelieus ständige Furcht zur Wirklichkeit und Frankreich, von seinen Verbündeten verlassen, allein dem Angriff der Habsburger ausgesetzt werden zu sollen. Feuquières forderte im Sommer 1635 mit Rücksicht auf die Haltung der Bundesgenossen sofortigen Waffenstillstand oder Frieden und meinte, sonst werde der Krieg sich bald an der Marne abspielen.[6]) Natürlich war aber bei dieser Lage der Dinge ein auch nur leidlicher Friede eine Unmöglichkeit, und Richelieu bemühte sich mit aller Energie, den Abfall der Bundesgenossen zu verhindern und den Habsburgern neue Schwierigkeiten zu machen. Aber die Verhandlungen, die Siebenbürgen und Polen gegen den Kaiser ins Feld bringen sollten, scheiterten, und auch die Versuche, die Wahl des Kaisersohnes zum römischen König auf die Zeit

---

[5]) Die Franzosen erklärten dabei, daß sie für sich keine Eroberungen in Italien wollten, nahmen aber die Erwerbung von an Frankreich grenzenden Gebieten um Pignerol in Aussicht, wofür Savoyen in Italien reichlich entschädigt werden sollte. Lettres V 106, 142 f. Der Vertrag selbst bestimmte, daß die Eroberungen entsprechend der Stärke der gestellten Truppen verteilt werden sollten. Dumont VI 1, 109 f.

[6]) Feuquières III 128, 216 f, 267 ff.

nach dem Frieden zu verschieben, waren vergeblich. Ebenso erfolglos waren die Bemühungen, durch den Papst auf Bayern und die deutschen Katholiken einzuwirken, damit sie sich dem spanischen Einfluß entzögen. Denn in Spanien sah Richelieu den eigentlichen Herren Deutschlands. Mehr Erfolg hatten die Bemühungen bei den Verbündeten, was man vor allem den harten Bedingungen verdankte, die die Habsburger damals stellen zu können glaubten. Im April 1636 kam ein neues Bündnis mit Holland zustande, und schon im März hatte man zu Wismar einen neuen Vertrag mit Schweden geschlossen, in dem sich die Franzosen sehr gegen ihren Willen auch zum Angriff auf die kaiserlichen Erblande östlich des Rheins verpflichten mußten. Denn immer noch wollte Richelieu den offenen Krieg mit dem Kaiser vermeiden und hatte sich geweigert, dem schwedischen Verlangen auf eine französische Kriegserklärung in Wien nachzukommen. Erst am 18 September 1636 erklärte der Kaiser seinerseits den Krieg an Frankreich, und nur auf Drängen der kaiserlichen Regierung verließ der französische Gesandte in Wien, Charbonnières, die feindliche Hauptstadt.[7]) Im Oktober 1636 schloß dann auch Hessen-Kassel ein Bündnis mit Frankreich. So hatte sich das französische Bündnissystem im Laufe des Jahres wieder gefestigt, trotzdem war Richelieu seiner Verbündeten noch keineswegs sicher, vor allem zögerte Schweden mit der Ratifikation des Vertrages von Wismar.

Bei dieser allgemeinen politischen und militärischen Lage des Jahres 1635 und 1636 war es natürlich, daß Richelieu die Versuche der Jahre 1632 bis 1634, durch Verhandlungen mit den Habsburgern zu einer allgemeinen Verständigung zu kommen, auch nach Ausbruch des Krieges fortsetzte und zwar durch Vermittlung des Papstes sowie durch Verhandlungen mit dem Kaiser und Spanien. Bei den Verhandlungen vor dem Kriege hatte Richelieu die Rückgabe der im Elsaß und im Kurfürstentum Trier besetzten Plätze zugesagt, dagegen Pignerol, Anerkennung der französischen Stellung in den Bistümern Metz, Toul und Verdun und freie Hand in Lothringen verlangt Auf dieser Grundlage sind die Verhandlungen noch in den ersten Jahren nach Ausbruch des Krieges fortgegangen. In französischen Ansprüchen auf deutsche Gebiete außer Lothringen wurde dabei von keiner Seite irgendeine Schwierigkeit gesehen, vielmehr deren Rückgabe im Frieden als selbstver-

---

[7]) Siri VIII 470.

ständlich vorausgesetzt.[8]) Schwierigkeiten machten nur die französischen Ansprüche auf Pignerol und auf Lothringen. Aber auch in der lothringischen Frage war Richelieu mit Rücksicht auf die allgemeine Lage nicht mehr so unnachgiebig, wie vor dem Ausbruch des Krieges mit Spanien. Nach den ersten französischen Erfolgen in Flandern war er allerdings mehr denn je entschlossen, ganz Lothringen zu behaupten. Als der Papst Anfang August vorschlug, Bar solle als altes französisches Lehen an Frankreich abgetreten, Lothringen dagegen nach Schleifung der festen Plätze zurückgegeben werden, zeigte man in Paris keine Neigung, darauf einzugehen.[9]) Vielmehr erhielt das Parlament von Paris den Befehl, in seinen Verfügungen zu sagen, Lothringen müsse als eine für die Krone erworbene Domäne behauptet werden.[10]) Als dann aber die allgemeine Lage umschlug, wurde man in Paris sogleich nachgiebiger. So meinte Grotius, der meist sehr gut unterrichtete, wenn auch Richelieu sehr ungünstig gesinnte schwedische Gesandte, am 12. Oktober 1635, man suche in Paris nach einem nicht zu schimpflichen Ausweg, um Lothringen aufgeben zu können.[11]) Einen solchen Ausweg scheint man damals darin gesehen zu haben, daß zwar der Herzog Karl ausgeschaltet, aber seinem Bruder Nikolas-Franz Lothringen zurückgegeben werden sollte.[12])

Anfang 1636 hat Richelieu dann unmittelbar Verhandlungen mit Karl von Lothringen eingeleitet,[13]) und Grotius meinte, wenn sie Erfolg hätten, werde kein Hindernis für den Frieden mehr bestehen.[14]) Zwar betonte man Holland gegenüber, daß es sich in den Verträgen vom April 1634 und Januar 1635 verpflichtet habe, für die französischen Interessen in den damals in französischem Besitz befindlichen Gebieten, wozu man auch das Elsaß rechnen konnte, einzutreten, und daß alle Verbündeten in einen Frieden eingeschlossen werden

---

[8]) Vgl. vor allem die Briefe von Grotius aus dieser Zeit, und Mémoires II 668 f. Auch der päpstliche Nuntius war dieser Ansicht; Grotius Ep. 491, 498 (Oxenstierna II 2, 103, 108 Nr. 49, 52).

[9]) Grotius Ep. 452.

[10]) „comme un domaine acquis à la couronne", Molé II 304.

[11]) Grotius Ep. 491 (Oxenstierna II 2, 103, Nr. 49).

[12]) Grotius Ep. 487, 496 (Oxenstierna II 2, 100, 106 Nr. 48, 51).

[13]) Siehe unten S. 222 f.

[14]) Grotius Ep. 537, 550 (Oxenstierna II 2, 142 Nr. 67, 71); vgl. Ep 551. Auch der Papst verlangte die Wiederherstellung von Lothringen; Grotius Ep. 540 (Oxenstierna II 2, 144 Nr. 68).

müßten. Aber das entscheidende Gewicht legte man dabei auf Lothringen und den Einschluß der italienischen Bundesgenossen, und ließ sogar die Möglichkeit von Verhandlungen ohne die deutschen Bundesgenossen offen,[15]) deren Einbeziehung in den Frieden Holland für eine Erschwerung desselben hielt, die mit seinen eigenen Ansprüchen nichts zu tun habe. Aber nicht nur mit Rücksicht auf die Wünsche Hollands dachte Richelieu an eine Vernachlässigung der deutschen Bundesgenossen; er hatte auch das Bedenken, daß, wenn Frankreich den Einschluß aller deutschen Verbündeten in den Frieden und ihre Wiederherstellung fordere, dann Spanien nicht ohne Berechtigung den Einschluß nicht nur Lothringens, sondern auch der Königin-Mutter Maria und der mit Spanien verbündeten aufständischen Großen fordern werde.[16]) Bei den Verhandlungen über ein Bündnis mit England, deren Zweck weniger der Abschluß desselben war, als das Bestreben, England in wohlwollender Neutralität zu halten, meinte Richelieu, die französische Verpflichtung, ohne die Wiederherstellung der Pfalz und der ihrer Besitzungen beraubten deutschen Fürsten keinen Frieden zu schließen, bedeute, sich des Rechts der Behauptung von Lothringen zu berauben. Ohne Verzicht auf die Wiederherstellung der Pfalz werde der Friede überhaupt nicht möglich sein.[17]) Hier taucht zum erstenmal der Gedanke auf, der die nächsten Jahre für Richelieu eine große Rolle spielen solte: die Pfalz als Austauschobjekt für Lothringen zu benutzen. Jedenfalls zeigen diese Aeußerungen des Jahres 1636, daß Richelieu damals entschlossen war, die Behauptung Lothringens nach Möglichkeit durchzusetzen.

Ganz klar formulierte Richelieu seine Friedensbedingungen am 8. Oktober 1636 für Verhandlungen in Rom. Er erklärte, Frankreich werde keine Schwierigkeiten machen, die Plätze im Elsaß und im Kurfürstentum Trier zurückzugeben. Allein Lothringen werde Schwierigkeiten machen, wenn auch mit Unrecht, denn entweder hänge es von Frankreich oder den Bistümern ab, und gehöre dadurch dem König, oder es sei durch Kriegsrecht erworben. Spanien fordere mit sehr viel weniger Recht die Pfalz, der Kaiser Württemberg. Vielleicht würde ihr Gelüst, diese zu behalten, sie dazu bringen, den gerechten Forderungen des Königs auf Lothringen zuzustim-

---

[15]) Mémoires III 11 ff.

[16]) Lettres V 407; Mémoires III 23.

[17]) Lettres V 597; vgl. Grotius Ep. 547 (Oxenstierna II 2, 149 Nr. 70).

men.[18]) Richelieu war also bereit, die Pfalz und Württemberg den Habsburgern zu opfern, wenn er selbst dafür Lothringen bekam, ebenso bereit war er aber zur bedingungslosen Rückgabe des Elsaß.[19])

Diese ganzen Verhandlungen standen im Zusammenhang mit der Friedensvermittlung, die der Papst schon vor dem Ausbruch des offenen Krieges Frankreichs mit Spanien begonnen hatte, und für die seine Nuntien auch in diesen Jahren in ganz Europa arbeiteten. Im Jahre 1635 hatte Richelieu, der damals anscheinend in der Hauptsache unmittelbar in Wien verhandeln ließ, dieser Friedensvermittlung des Papstes sehr mißtrauisch gegenüber gestanden. Er sah dahinter spanische Machenschaften, die die Friedensneigungen der französischen Verbündeten benutzen wollten, um diese von Frankreich zu trennen, und zweifellos war das das Bestreben der spanischen Politik. Richelieu forderte dagegen und setzte das bei den Bundesgenossen in den Verträgen des Jahres 1636 auch durch, daß der Friede nur ein allgemeiner sein dürfe. Er lehnte auch einen Frieden ohne Teilnahme Spaniens allein mit dem Kaiser ab, da das an Frankreichs dann gegenüber Habsburg isolierter Stellung nichts ändern würde. Wenn Richelieu damals der Friedensvermittlung des Papstes kühl gegenüberstand, so dürfte das seinen Grund darin gehabt haben, daß für Frankreich allgemeine Verhandlungen solange

---

[18]) Lettres V 612 f; vgl. VII 758. — Schon am 15. Mai meinte Grotius, man sei im geheimen übereingekommen, dem Kaiser und Frankreich mit Pfalz und Lothringen als ihren Vasallen freie Hand zu lassen. Grotius, Ep. 586 Oxenstierna II 2, 181, Nr. 84.)

[19]) Nur ein einziges Mal meldet Grotius bei diesen Verhandlungen, am 4. Juli 1636, der Nuntius sei der Ansicht, Frankreich begehre Lothringen und das Elsaß; Grotius Ep. 607 (Oxenstierna II 2, 202 Nr. 93). — Im Februar forderte man bei den Verhandlungen mit Schweden, dieses solle, wenn es die Verträge von Paris und Compiègne nicht ratifizieren wolle, die in diesen bestimmte Ueberlassung des Elsaß anerkennen; Chemnitz II 927. Das besagt aber nichts für die Friedensbedingungen, die man dem Kaiser stellen wollte. Frankreich hatte naturgemäß ein Interesse daran, für die Friedensverhandlungen als unbestrittener Besitzer des Elsaß auftreten zu können, auch wenn man es nicht behaupten wollte. — Daß man allerdings auch damals in Paris Zukunftshoffnungen auf die Rheingrenze nährte, zeigt eine Aeußerung von Noyers, der bei der Aussicht auf Vertreibung der kaiserlichen Truppen vom linken Rheinufer am 23. Juli 1636 schreibt: das ist „en vérité une plus grande chose que l'on pense, de voir les bornes de la France restablies, où nos pères les avoient portées, il y a tant de siècles", Aubery III 164. Daß Richelieu aber nicht daran dachte, solche Forderungen jetzt aufzustellen, zeigen auch die weiteren Verhandlungen.

gefährlich waren, als es seiner Verbündeten nicht sicher war. Außerdem betonte man damals mehrfach in Paris, daß erst militärische Erfolge den Frieden möglich machen würden. Trotzdem fürchteten die Schweden einen französischen Sonderfrieden und sahen mit Mißtrauen auf die Verhandlungen, die Richelieu in Wien führen ließ. Grotius meinte im August 1635, die Franzosen wollten sich allmählich wieder aus dem Kriege herausziehen,[20]) wie der schwedische Gesandte überhaupt auch in den folgenden Jahren stets einen französischen Sonderfrieden fürchtete, und dabei vor allem auf die Kriegsmüdigkeit des französischen Adels und der Bevölkerung hinwies. Trotzdem hat Richelieu sicherlich nicht an einen Sonderfrieden gedacht, der seiner ganzen bisherigen Politik widersprochen hätte, auch wenn er 1636 die Ansprüche der ihrer Besitzungen beraubten deutschen Fürsten opfern wollte. Die noch gegen den Kaiser kämpfenden Protestanten, Schweden und Hessen, gedachte er sicher nicht durch einen Sonderfrieden dem Kaiser preiszugeben. Die Verhandlungen in Wien sollten die Grundlage für einen allgemeinen Frieden schaffen, der allerdings für die Verbündeten nicht eben günstig ausfallen konnte, wenn sich Frankreich und der Kaiser über die zwischen ihnen bestehenden Streitpunkte bereits verständigt hatten.

Erst als Richelieu durch die Verträge mit Schweden und Holland vom März und April 1636 seiner Verbündeten leidlich sicher war, hat er die päpstliche Friedensvermittlung unterstützt. Alle seine Instruktionen dieser Zeit zeigen, daß er sich sehr ernstlich bemüht hat, den Widerstand der protestantischen Mächte gegen die päpstliche Friedensvermittlung und den vom Papst vorgeschlagenen Verhandlungsort Köln zu überwinden. Auch persönliche Aeußerungen Richelieus bestätigen, daß er die Beendigung des Krieges wünschte.[21]) Er hatte ja stets einen langen Krieg als für Frankreich sehr bedenklich bezeichnet. Als die Friedensvermittlung des Papstes dann, auf Frankreichs Betreiben bei den protestantischen Mächten von Venedig unterstützt, dahin geführt hatte,

---

[20]) Oxenstierna II 2, 73 Nr. 37; Grotius, Ausgabe 1806 Ep. 16.

[21]) So schreibt er z. B. am 8. August an Condé, der ihm persönlich sehr nahestand und gegen den er seine wahre Meinung nicht zu verbergen brauchte: „. . . Dieu, qui voit le fond de mes intentions, et qui scait je n'ay jamais entrepris la guerre qu'à dessein de parvenir à une ferme et solide paix pour le repos de la chrestienté"; Lettres V 535; vgl Meaux II 533 f.

daß alle Seiten in einen im Jahre 1637 in Köln zu eröffnenden Friedenskongreß einwilligten, hat Richelieu schon im Oktober 1636 den französischen Gesandten, die dort die Unterhandlungen führen sollten, Anweisung geben lassen, sich zur Abreise bereitzuhalten [22]) und ausdrücklich befohlen, daß man von französischer Seite die Ausstellung der Pässe für die gegnerischen Unterhändler nicht verzögern solle.[23]) Man scheint in Paris auch infolge der Zurückweisung des feindlichen Angriffs in der Picardie und eines Sieges der Schweden bei Wittstock auf den Erfolg der Verhandlungen gerechnet zu haben.[24]) Und Ende des Jahres meldete Grotius, Richelieu habe den Franzosen versprochen, daß in 6 Monaten allgemeiner Friede sein werde, und teilte gleichzeitig mit, Godefroy, der die französischen Diplomaten nach Köln begleiten solle, habe ihm gesagt, infolge des Friedenswunsches der Bevölkerung, des Geldmangels und der Unmöglichkeit, ohne Gefahr dem Lande neue Lasten aufzulegen, sei der Friede nicht zu vermeiden.[25]) Dies zeigt, wie stark auch damals noch Richelieus auswärtige Politik durch die unerfreuliche Lage im Innern gebunden war. Man bereitete sich denn auch in Paris sehr ernstlich für die Friedensverhandlungen vor. Anfang Dezember 1636 ließ Richelieu den offiziellen Legisten und Geschichtsschreiber Godefroy anweisen, die französischen Ansprüche für dieselben zu begründen. Er nahm dabei die Erwerbung von Pignerol und von Lothringen in Aussicht; dabei wurde unterschieden zwischen Bar, das der König wegen der Rebellion des Herzogs ohne weiteres behalten könne, und den von den Bistümern abhängigen Teilen Lothringens, die Frankreich aus diesem Grunde behalten dürfe. Auf ganz Lothringen habe man Anspruch durch das Recht der Eroberung. Gleichzeitig wurde wiederum Württemberg und die Pfalz Lothringen gegenübergestellt und dabei betont, daß Frankreich auf dieses größere Rechte habe als die Habsburger auf jene.[26]) Es scheint jedoch, daß Richelieu auch an der Forderung von ganz Lothringen nicht unbedingt festhalten, vielmehr sich notfalls mit dem Besatzungsrecht in einigen lothringischen Plätzen

---

[22]) Aubery III 265; Gallois I 146; vgl. I 171.

[23]) Lettres V 644; vgl. V 1035, Anal. 3.

[24]) Aubery III 265.

[25]) Grotius Ep. 699 (Oxenstierna II 2, 280 Nr. 119).

[26]) Lettres V 705 ff.; vgl. Grotius Ep. 690 (Oxenstierna II 2, 277 Nr. 118). — In ähnlicher Weise stellt ein Stück der Memoiren Lothringen der Pfalz und Württemberg gegenüber; Mémoires III 32 f.

begnügen wollte.[27]) Zur Rückgabe des Elsaß war man ohne weiteres bereit.[28])

Die Anfang 1637 von Godefroy auf Befehl Richelieus aufgestellten Instruktionen für die Unterhändler in Köln bestätigen das und zeigen, daß Richelieu auch in Lothringen und den Bistümern zu sehr wesentlichen Konzessionen bereit war, um zum Frieden zu gelangen.[29]) Man erwartete für Köln in bezug auf Lothringen und das Elsaß die folgenden Forderungen des Kaisers und Spaniens: Völlige Wiederherstellung von Lothringen und Bar, Rückgabe der Bistümer oder mindestens Beseitigung der dort in der letzten Zeit getroffenen Aenderungen, Abschaffung des Parlaments von Metz oder wenigstens Ausschließung des Bistums Metz von seinem Ressort, Anerkennung der Abhängigkeit des Bistums Metz vom Reich und Rückgabe Moyenvics an den Bischof und schließlich Räumung aller im Elsaß, Kurfüstentum Trier und sonst im Reich besetzten Orte.[30])

Das Elsaß, selbst Mömpelgard, und die in Deutschland besetzten Gebiet zurückzugeben, erklärte man sich in den In-

---

[27]) Grotius Ep. 699, 709 (Oxenstierna II 2, 280 und 298, Nr. 119, 124). — Vgl. Grotius Ep. 684 (Oxenstierna II 2, 266 f. Nr. 144), Ep. 691, 698; Pufendorf S. 271. In dem in A. 26 erwähnten Stück aus den Memoiren wird auch davon gesprochen, daß Spanien die Schleifung Nancys nicht gestatten und die Bestimmung nicht zugestehen wolle, daß kein habsburgischer Fürst in lothringischen Plätzen Garnisonen halten dürfen, wenn Frankreich sie zurückgegeben habe. Desgleichen wolle Spanien als „comble d'injustice" die französischen Rechte auf Bar, Pont-à-Mousson, Neufchatel, Passavent, La Mothe und andere Gebiete Lothringens nicht anerkennen. Daraus geht hervor, daß Frankreich in Verhandlungen mit Spanien die teilweise Rückgabe Lothringens einschließlich Nancy nach dessen Schleifung zugestehen wolle.

[28]) In dem in A. 26 u. 27 erwähnten Stück der Memoiren heißt es, Spanien habe die Rückgabe aller Plätze im Reich verlangt. Dagegen wird kein Widerspruch erhoben, sondern nur betont, daß Pignerol nicht zu den Städten des Reichs gehöre; Mémoires III 33.

[29]) Diese Instruktionen und Ausführungen über die französischen Rechte stehen in der Sammlung Dupuys und größtenteils auch bei Godefroy — vgl. Anhang S. 391, A. 21. — Unter dem wichtigsten Aktenstück steht ausdrücklich: „fait en fevrier 1637 par ordre de M. le Cardinal de Richelieu", Dupuy S. 331. — Dieser Teil der Sammlung Dupuys wird außerdem durch die Bemerkung eingeleitet, daß die Abhandlungen für Friedensverhandlungen auf Befehl Richelieus abgefaßt sind, Dupuy S. 324. Sie gehören sicher zusammen, ergänzen sich gegenseitig und nehmen zum Teil aufeinander Bezug. — Diese Aktenstücke sind, soweit ich sehe, für die Beurteilung Richelieus noch nicht benutzt worden, obwohl sie für seine allgemeine Politik wie für die elsaß-lothringische Frage von größter Wichtigkeit sind.

[30]) Dupuy S. 328.

struktionen für die Verhandlungen in Köln ohne weiteres bereit.[31]) In einem Gutachten, das die französischen Rechte auf die Bistümer darlegen sollte, und das sich dabei auf das „alte Königreich Lothringen" berief, bezeichnete man charakteristischerweise als dessen Ostgrenze die Vogesen.[32])

Auch in der Frage der Bistümer war man zu erheblichen Konzessionen bereit. Aeußersten Falls wollte man sogar das Bistum Metz und Moyenvic zurückgeben.[33]) Zunächst sollten allerdings die Unterhändler erklären, daß die Forderung auf Rückgabe der Bistümer den Frieden unmöglich machen werde. Man rechnete damit, daß der Kaiser dann diese Forderung aufgeben und sich mit einem Protest gegen den tatsächlichen Besitz der Bistümer durch Frankreich begnügen werde. Dagegen wollte man den Forderungen des Kaisers auf Wiederherstellung des Standes von 1630, Abschaffung des Parlaments von Metz und Wiederherstellung des Bistums Metz in das Abhängigkeitsverhältnis vom Reich entgegenkommen. Man betonte zwar, daß im Interesse der französischen Autorität die völlige Erhaltung des Parlaments sehr wichtig sei. Falls der Kaiser aber in diesem Punkte fest bliebe, sollten die Unterhändler den Vorschlag machen, das Bistum Metz in den Stand von 1630 wiederherzustellen und Moyenvic nach Schleifung zurückzugeben. Der Kaiser sollte sich dagegen verpflichten, Frankreich im Besitz der drei Städte wie in der Einrichtung des Parlaments von Metz nicht mehr zu stören; die Befugnisse des Parlaments sollten sich jedoch nicht mehr auf das Bistum Metz erstrecken, zu dessen Gebiet aber die Stadt Metz und ihr Territorium nicht gehöre. Dieses Kompromiß wurde in den Instruktionen als für Frankreich sehr vorteilhaft bezeichnet. Der König werde dadurch vom Protektor Souverän der drei Städte, und das Parlament erhielte die Anerkennung des Kaisers; die Ausdehnung der Befugnisse des Parlaments auf das Bistum Metz sei außerdem schwer zu rechtfertigen.[34])

---

[31]) Dupuy S. 328.

[32]) Dupuy S. 343, Godefroy S. 362.

[33]) Dupuy S. 328.

[34]) Dupuy S. 343 ff., Godefroy S. 361 ff. Die Stellen, die von dem Ausschluß des Bistums Metz vom Parlament sprechen, sind bei Godefroy fortgelassen. Das Godefroy zugrunde liegende Original muß diese Stellen jedoch enthalten haben, da der Satz, der davon spricht, daß die Stadt Metz nicht zum Bistum gehört, stehen geblieben ist und derselbe in diesem Zusammenhang ohne die bei Godefroy fehlenden

In der lothringischen Frage sollten die Unterhändler versuchen, von vornherein Verhandlungen über Bar und die anderen, von Frankreich abhängigen Gebiete Lothringens auszuschließen, da das eine innerfranzösische Angelegenheit sei.[35]) Die Instruktionen betonten weiter die Schwierigkeit der lothringischen Frage im Zusammenhang mit der großen Politik. Eine Wiederherstellung der deutschen Verbündeten, vor allem der Pfalz, um die es sich dabei in der Hauptsache handle, sei nur bei völliger Wiederherstellung Lothringens zu erreichen. Der Pfälzer habe aber gar nichts für die gemeinsame Sache getan, und auch sein Schwiegervater, der König von England, habe ihn nicht unterstützt; man könne das also auch nicht von Frankreich verlangen. Man müsse jedoch die Pfalz gegen Lothringen ausspielen. Gerade weil die Wiederherstellung der Pfalz für den Kaiser wie für Spanien eine Unmöglichkeit sei, müsse man den Kaiser mit dieser Forderung bedrängen, um ohne Schaden für die französische Reputation die Wiederherstellung von ganz Lothringen verweigern zu können. Wenn die allgemeine Lage unmöglich mache, sich dieses Mittels zu bedienen und der König sich zur Rückgabe Lothringens entschließe, wäre das nur gegen längeres Besatzungsrecht in Marsal und Nancy möglich. Bis zum äußersten müsse man es jedoch kommen lassen, ehe man Bar und die von Frankreich abhängigen lothringischen Gebiete aufgebe. Die Franzosen waren jedoch, um die Friedensverhandlungen nicht scheitern zu lassen, notfalls auch dazu bereit. Ihre Mindestforderungen waren: Besatzungsrecht in La Mothe und Neufchatel und anderen Plätzen, Klarstellung der Lehnsabhängigkeit der lothringischen Herzoge von Frankreich für Bar und Teile Lothringens, Behauptung der von den Bistümern abhängigen lothringischen Gebiete. Dagegen sollten die Habsburger Besatzungsrechte in Plätzen der Pfalz und Württemberg behalten, solange französische Besatzungen in lothringischen Plätzen blieben.[36])

Diesen Instruktionen für die Unterhändler in Köln wurden mehrere Abhandlungen über die französischen Rechte in den beanspruchten Gebieten beigefügt, und zwar getrennt, ent-

---

Stellen keinen Sinn hat. — Daß diese Vorschläge sehr ernstlich gemeint waren, zeigt, daß 1637 das Parlament von Metz nach Toul verlegt und für das Bistum Metz eine besondere Verwaltung gebildet wurde, vgl. unten S. 231 f.

[35]) Dupuy S. 328.

[36]) Dupuy S. 329 ff.

sprechend den verschieden abgestuften Forderungen.[37]) Wichtig ist, daß Lothringens Abhängigkeit vom Deutschen Reiche dabei anerkannt wurde, allerdings mit dem auch den Tatsachen entsprechenden Zusatz, daß die Abhängigkeit nicht so groß sei, wie bei anderen Reichsständen.[38]) Für das Elsaß wurden solche Rechte nicht aufgestellt, vielmehr wurden, wie schon erwähnt, die Vogesen als Grenze des früheren französischen Gebiets und damit der französischen Ansprüche bezeichnet.

Richelieu war also Anfang 1637 sowohl in den Bistümern, wie in Lothringen zu sehr erheblichen Konzessionen bereit, um den Frieden zu erlangen, zu Zugeständnissen, die wesentlich weitergingen als all das, was er in den Jahren vor dem Ausbruch des Krieges zugestehen wollte. Die geringen militärischen Erfolge und die Sorge vor einer langen Dauer des Krieges kamen hier deutlich zum Ausdruck. Auf Grundlage dieser Bedingungen ist dann damals sowohl mit Spanien[39]) wie mit Schweden verhandelt worden. Die Rückgabe des Elsaß wurde dabei bedingungslos zugesichert, die lothringische Frage als die einzige Schwierigkeit bezeichnet. Natürlich versuchte man, zunächst die weitgehendsten Forderungen, die man in Köln erheben wollte, durchzusetzen, indem man die Behauptung Lothringens dadurch zu erreichen suchte, daß man den Spaniern gegenüber die gleiche Behandlung Lothringens mit der Pfalz und Württemberg, den Schweden mit Pommern vorschlug, und damit die Interessen der anderen Mächte für die französischen Ansprüche auf Lothringen nutzbar zu machen suchte. Falls Lothringen bis zur Erstattung der Kriegskosten in französischem Besitz blieb, so sollte dasselbe mit den Eroberungen der Habsburger und der Schweden der Fall sein. Man beanspruchte dabei aber den dauernden Besitz von Bar und der von den Bistümern abhängigen Teile Lothringens.[40]) Auch Grotius hat man anscheinend die fran-

---

[37]) Dupuy S. 324 ff., 327 343 ff., 332 ff., Godefroy S. 346 ff. (gekürzt bei Dupuy S. 335 ff.) und Godefroy S. 361 ff., hier vereint mit den eigentlichen Instruktionen.

[38]) Dupuy S. 335; Godefroy S. 348.

[39]) Vgl. über die geheime Gesandtschaft von Bach nach Spanien Anhang S. 370 f.

[40]) Lettres V 738 ff., 743 f. Avenel setzt diese beiden, fast gleichlautenden Instruktionen für Bach und Rorté an das Ende des Januar 1637. Daß sie in diese Zeit gehören, zeigt schon die Verwandtschaft mit den oben angeführten Instruktionen für Köln. Sie gehören jedoch wahrscheinlich in den Februar. Rorté wurde am 16. Februar von St. Chamont, der sich in Deutschland befand, nach Schweden geschickt

zösischen Forderungen mitgeteilt. Derselbe meinte am Anfang März, die Rückgabe Lothringens werde leichter sein, als der Streit um Pignerol und sprach von der Auflösung des Parlamentes von Metz, da man es im Frieden nicht halten könne,[41]) und einen Monat später meldete er, daß Lothringen mit Ausnahme einiger Plätze wiederhergestellt werden solle, und daß die Franzosen sich um das Elsaß keine S orgen machen würden, wenn die Gegner die in Frankreich besetzten Gebiete zurückgäben.[42])

Bei dem Fortgang der päpstlichen Friedensvermittlung und den Verhandlungen über die Eröffnung des Friedenskongresses in Köln machten jedoch nicht die territorialen Fragen, in denen Richelieu sehr entgegenkommend war, sondern andere Gegensätze die Hauptschwierigkeiten. Richelieu war auch hier zu Konzessionen bereit. Er ließ den Schweden erklären, daß man den Widerspruch gegen die Anerkennung des neuen Kaisers Ferdinand III. aufgeben werde, wenn man dadurch zum Frieden kommen könne, und zog den den Gegnern nicht genehmen, zum Hauptbevollmächtigten für Köln bestimmten Kardinal von Lyon zurück. Die eigentliche Schwierigkeit lag jedoch in der Frage der Pässe zu den Verhandlungen in Köln für Holland und die deutschen Fürsten. Der Streit über den Wortlaut dieser Pässe war kein Vorwand, um den Beginn der Unterhandlungen hinauszuschieben, wie sich beide Seiten gegenseitig vorwarfen, sondern hinter dieser Formfrage verbarg sich ein tiefer politischer Gegensatz: Spanien betrachtete Holland, der Kaiser Trier, den Pfälzer, Hessen-Kassel und Bernhard von Weimar als Rebellen, und wollte deren Unterhändler in dem Wortlaut der Pässe nicht als gleichberechtigte Bevollmächtigte selbständiger Staaten anerkennen. Richelieu verlangte dagegen für Holland und die deutschen Fürsten das Recht, mit Frankreich Bündnisse gegen Habsburg zu schließen, und damit auch gleichberechtigte Vertretung auf dem Friedenskongreß. Für Richelieu war das mit

---

— Mémoires III 125 —, aber nach der Darstellung der Memoiren noch nicht mit dieser Instruktion, die dann, wie Avenel meint — Lettres V 738, A. 3 —, Ende Januar aus Paris hätte abgesandt werden müssen. Rorté sollte vielmehr zunächst nur Vorstellungen wegen der Sonderverhandlungen Schwedens mit dem Kaiser machen. Erst bald darauf machte er den Schweden Eröffnungen, die größtenteils wörtlich mit den beiden hier behandelten Instruktionen übereinstimmen, Mémoires III 126. Am 10. Februar ging ferner eine entsprechende Instruktion an St. Chamont ab, Lettres VIII 309.

[41]) Grotius Ep. 722 (Oxenstierna II 2, 320, Nr. 130).

[42]) Grotius Ep. 739 (Oxenstierna II 2, 334, Nr. 135).

Recht eine Frage von allergrößter Bedeutung, denn die Anerkennung des habsburgischen Standpunktes in der Paßfrage bedeutete die Leugnung des Rechtes der Holländer und der deutschen Fürsten, mit Frankreich Bündnisse zu schließen, und damit eine wesentliche Schwächung der politischen Stellung Frankreichs und die Gefahr der von Richelieu stets gefürchteten Isolierung gegenüber den habsburgischen Mächten.[43])

Als die Verhandlungen über die Pässe und damit die Friedensverhandlungen nicht vorankamen, schlug schließlich der Papst auf Betreiben der Franzosen einen Waffenstillstand von 10 bis 15 Jahren vor, während dessen Dauer jeder seine Eroberungen behalten und nach dessen Abschluss sofort die Friedensverhandlungen beginnen sollten. Richelieu legte dabei besonderen Wert darauf, daß dieser Vorschlag nicht als von Frankreich ausgehend erschiene, er erklärte ferner, daß nur ein allgemeiner Stillstand mit Einschluß aller Verbündeten in Frage kommen könne. Der Kaiser war anscheinend einem Stillstand unter diesen Bedingungen nicht abgeneigt, die Spanier lehnten ihn jedoch ab, und auch geheime Verhandlungen, die Richelieu in Madrid führen ließ, brachten die Sache nicht vorwärts.

Während diese Unterhandlungen geführt wurden, gingen auch die Auseinandersetzungen über die lothringische Frage weiter. Der schwedische Gesandte in Paris, Grotius, sprach dabei nicht ohne Grund die Befürchtung aus, daß Frankreich in der Verweigerung der Rückgabe von Lothringen nicht fest bleiben werde.[44]) Denn in Deutschland erklärten die französischen Diplomaten, daß die Ansprüche Frankreichs auf Lothringen in Köln entschieden werden würden, da der Herzog für den größten Teil seiner Besitzungen Vasall des Reichs sei und auch Gebiete des Bistums Metz besitze, das ebenfalls vom Reich abhängig sei.[45]) Auch Bayern gegenüber stellte man in Aussicht, den Herzog Karl unter verständigen Bedingungen

---

[43]) Daß Richelieu die Paßfrage nicht als Vorwand zur Hinausschiebung des Friedens benutzte, wie man oft behauptet hat, zeigt z. B. eine Anweisung an Chavigny, in der es heißt, man solle den venetianischen Vermittlern gleich das richtige Modell für die Pässe mitgeben, die man in Wien fordere, damit das die letzte Reise des Kuriers in der Paßfrage sei, Lettres V 1035, Anal. 3.

[44]) Grotius, Ep. 777 (Oxenstierna II 2, 357, Nr. 145).

[45]) Mémoires III 192 f. Diese Formulierung der Abhängigkeitsverhältnisse zeigt, daß man auch in der Sache keine harten Forderungen stellen wollte.

wieder einzusetzen.[46]) Der päpstliche Nuntius teilte im September 1637 dem Kaiser mit, Frankreich werde Lothringen wiederherstellen, wenn es zwei Plätze behalten könne.[47])

Richelieu war also 1637 in den territorialen Fragen durchaus entgegenkommend, und auch die Gegenseite mußte das zweifelos seinen Aeußerungen entnehmen.[48]) Allerdings fürchteten die Spanier, der von Richelieu erstrebte langjährige Waffenstillstand, der jedem Teil vorläufig seine Eroberungen ließ, könne dazu dienen, aus dem zeitweiligen Besitz einen dauernden zu machen,[49]) und so lehnten sie mit aus diesem Grunde den langjährigen Waffenstillstand ab. Sie forderten dagegen einen ganz kurzen Stillstand, den Richelieu ablehnte und der zweifellos für Frankreich bedenklich war, da er militärisch keine Erholung bedeutete und den Nachteil hatte, daß in kurzer Zeit bei der verwickelten Lage das Zustandekommen eines allgemeinen Friedens kaum möglich war, jedoch die Gefahr bestand, daß Frankreichs Verbündete, wenn die Waffenruhe einmal eingetreten war, bei Wiederbeginn der Feindseligkeiten Frankreich allein ließen.

Die Zurückhaltung Richelieus in den territorialen Forderungen für den Frieden hatte ihren guten Grund in der allgemeinen militärischen und politischen Lage.

Militärisch führten die Franzosen 1637 wieder den Hauptstoß gegen die Spanier und wie 1635 auf dem nördlichen Kriegsschauplatz. Es gelang, La Capelle wiederzunehmen und Landrecies und einige andere Plätze in den Niederlanden zu erobern, aber größere Angriffsoperationen scheiterten. Am Rhein, wo Bernhard von Weimar ohne wesentliche Unterstützung durch die Franzosen den Kampf führte, war es dem Herzog zwar gelungen, sich bei Rheinau auf dem rechten Rheinufer festzusetzen und dort Angriffe der Kaiserlichen blutig abzuschlagen, auf die Dauer konnten aber diese Stellungen rechts des Rheins nicht gehalten werden, und da in diesem Jahre auch Ehrenbreitstein, zu dessen Ersatz man vergeblich auf Hessen gehofft hatte, verloren ging, war das Gesamtergebnis des Feldzuges auf dem östlichen Kriegsschau-

---

[46]) Mémoires III 200.

[47]) Grotius Ep. 826 (Oxenstierna II 2, 394, Nr. 159).

[48]) Der venetianische Gesandte in Wien, Contarini, rechnete allerdings im Februar 1637 anscheinend mit keiner Nachgiebigkeit der Franzosen in den territorialen Fragen, Relazioni II 2, 306 ff. — Vgl. Siri, Mercurio II 997, wo gesagt wird, Frankreich spreche nur von der Pfalz, weil seine Gegner von Lothringen sprächen, und würde gern Frankenthal für Nancy geben.

[49]) Grotius Ep. 826 (Oxenstierna II 2, 395, Nr. 159).

platz keineswegs günstig, wenn auch in der Freigrafschaft Burgund kleinere Erfolge errungen wurden. Die französischen Operationen in Italien waren gänzlich ergebnislos, und die militärische wie die politische Stellung der Franzosen wurde hier durch den völligen Verlust der Alpenpässe schwer belastet. Dagegen gelang es, im Mittelmeer die beiden Inseln St. Marguerite und St. Honorat wiederzunehmen und die Spanier, die mit schwachen Kräften nördlich der Pyrenäen in französisches Gebiet eingedrungen waren, von dort wieder zu vertreiben. Im ganzen war also die militärische Lage durchaus nicht günstig, zumal auch die französischen Verbündeten 1637 im allgemeinen nicht glücklich gewesen waren.

Die politische Lage hatte sich sogar entschieden verschlechtert. In Italien verließ Parma die französische Seite, und der Papst wurde der französischen Politik immer ungünstiger gesinnt. Ferner starben 1637 die Herzöge von Mantua und Savoyen, die die französische Politik unterstützt hatten. Ihre Nachfolger waren unmündige Kinder, für die die Frauen der verstorbenen Herzöge die Regierung führten. Besondere Sorge machte Richelieu Savoyen, wo die Regentin Christine, eine Schwester Ludwig XIII., zwar mehr oder weniger gezwungen, der französischen Sache treu blieb, jedoch nur gegen große Widerstände im Innern ihres Landes. Vor allem drohten die jüngeren Brüder des verstorbenen Herzogs, der Kardinal von Savoyen und der Prinz Thomas, die auf seiten der Spanier standen, sich mit deren Unterstützung des Landes zu bemächtigen. In Deutschland starb der Landgraf von Hessen-Kassel. Auch hier wurde die Witwe Regentin, die jedoch energisch die bisherige Bündnispolitik mit Frankreich fortsetzte. Dagegen war der Tod des Kaisers Ferdinand II. für Frankreich insofern ungünstig, als sein Sohn Ferdinand III. trotz der französischen Gegenbemühungen ohne Widerstand als Kaiser anerkannt wurde, wie überhaupt die französischen Werbungen bei den deutschen Fürsten keine Gegenliebe fanden. Der Regensburger Kurfürstentag hatte Ende 1636 nicht nur die Rückgabe von Elsaß und Lothringen, sondern auch die der Bistümer verlangt. Auch der Schweden war man keineswegs sicher. Nur nach langen Bemühungen konnten die französischen Diplomaten die Ratifikation des Vertrages von Wismar durchsetzen. Trotzdem setzte Schweden zur Sorge Richelieus die Verhandlungen über einen Sonderfrieden mit dem Kaiser fort, während die französischen Versuche, den Habsburgern neue Feinde zu erwecken, ebenso wie in den Jahren zuvor, erfolglos blieben. Am 25. September 1637 schrieb Richelieu

besorgt, alle Welt verständige sich mit dem Kaiser, der auf Mittel sinne, den Krieg nach Frankreich hineinzutragen.[50])

Aus diesen Verhältnissen erklärt sich die verhältnismäßig sehr entgegenkommende Haltung Richelieus bei Aufstellung der Friedensbedingungen, und sein Streben, bald zum Frieden zu kommen. Auch seine persönlichen Aeußerungen aus dieser Zeit zeigen seinen Friedenswunsch; so schrieb er im September 1637 an Condé, daß er für den Winter leidenschaftlich den Frieden erhoffe.[51]) Mit Rücksicht auf die Lage im Innern hatte er ja stets einen langen Krieg gefürchtet, und die innerpolitischen Verhältnisse waren keineswegs besser geworden. Der Geldmangel war ein Krebsschaden für die französische Kriegsführung und ein Gegenstand dauernder Klagen Richelieus und seiner Mitarbeiter.[52]) Auch die Opposition im Innern war nicht beseitigt, wenn man sich auch Anfang 1637 mit Gaston und dem Grafen von Soissons, dem jüngsten der Brüder, der ebenfalls auf die Seite der Opposition getreten war, verständigt hatte. Deckte man doch in diesem Jahre eine Verbindung der Königin Anna mit den Spaniern auf. Trotz dem Friedenswunsch Frankreichs, der von seinen Verbündeten und zweifel-

---

[50]) Lettres V 1058, Anal. 6.

[51]) Lettres V 852.

[52]) In seinem politischen Testament bezeichnete Richelieu das Geld als den Nerv des Staates: „Gold und Silber sind die Tyrannen der Welt", Testament II 141 f. Richelieu hatte, wie erwähnt, reichlich Grund, sich über diese Tyrannen zu beklagen. Der Geldmangel war ein großes Hindernis für seine auswärtige Politik und die Kriegsführung, und der ständig wachsende Steuerdruck erschwerte auch die innere Lage gewaltig. Unzählig sind die Klagen darüber während der ganzen Zeit Richelieus. Der Grund hierfür lag vor allem in der völlig ungesunden Finanzwirtschaft und dem Fehlen einer geordneten Finanzverwaltung. Ein großer Teil der erhobenen Steuern geriet in die Hände der privaten Steuererheber und nicht in die Staatskasse — vgl. Avenel, Richelieu et la monarchie absolue II, Abschnitt „Finanzen", vor allem II 181, 334 ff. 1639 mußte man sogar die staatlichen Renten zwangsweise herabsetzen, was Avenel II 355 als einen partiellen Staatsbankerott bezeichnet. Die Finanzminister Bullion (1640 gestorben) und Bouthillier schrieben dauernd von der völligen finanziellen Erschöpfung. Man sprach öffentlich davon, daß in kurzer Zeit infolge der finanziellen Lage ein Friede „à toute extrémité" nötig sein werde, Avenel III, 153 ff. Richelieu selbst schrieb 1635: „Ich gestehe meine völlige Unkenntnis in Finanzsachen", Lettres IV 728. — Es kann daher keine Rede davon sein, daß Deutschland, wie oft gesagt wird, von Richelieu mit einem Goldregen überschüttet wurde. Er hat allerdings häufig mehr Geld versprochen, als er nachher zahlen konnte. Die Pensionen an die deutschen Fürsten blieben häufig jahrelang im Rückstand, sehr zum Aerger Richelieus, der die Finanzbeamten deshalb häufig tadelte.

los auch von den Habsburgern und ihren Anhängern geteilt wurde, war jedoch keiner bereit, seine Forderungen soweit zu ermäßigen, daß der Friede möglich wurde. Noch waren militärische Entscheidungen großen Stils nicht gefallen und beide Seiten erhofften vom Kriegsglück Erfolge, die den Gegner zur Herabsetzung seiner Forderungen bringen würden. So mußte der große Krieg weitergehen.

Der Feldzug des Jahres 1638 wurde von den Franzosen wiederum mit einem Angriff auf die spanischen Niederlande begonnen. Das Ziel war die Einnahme von St. Omer, die jedoch scheiterte. Die Franzosen wurden auf dem nördlichen Kriegsschauplatz mehrfach geschlagen, wenn sie auch mit le Catelet den letzten von den Gegnern in Frankreich besetzten Platz wiedernehmen konnten. Da man hier nichts ausgerichtet hatte, versuchten die Franzosen im Spätsommer einen Angriff auf das spanische Gebiet selbst. Man nahm den Grenzplatz Fontarabie. Die Freude darüber war jedoch von kurzer Dauer, denn es gelang den Spaniern, die Stadt wiederzunehmen, die Franzosen wieder von dem spanischen Boden zu vertreiben und ihr Heer dabei vernichtend zu schlagen. Auf dem italienischen Kriegsschauplatz verliefen die Operationen noch ungünstiger für Frankreich. Die Spanier gewannen hier völlig die Oberhand, bedrohten Casale, das Richelieu für den Grundstein der französischen Stellung in Oberitalien hielt, und begannen in das Gebiet der Herzogin von Savoyen einzudringen. Dieses Unglück auf den Hauptkriegsschauplätzen gegen Spanien konnte durch kleinere Erfolge in der Freigrafschaft Burgund und durch erfolgreiche Gefechte der von Richelieu neu geschaffenen französischen Flotte nicht ausgeglichen werden. In glänzendem Gegensatz hierzu stand der siegreiche Feldzug Bernhards von Weimar am Rhein, den der Herzog mit geringer militärischer Unterstützung durch die Franzosen in diesem Jahre führte. Bernhard nahm die österreichischen Waldstädte, Freiburg und schließlich im Dezember das wichtige Breisach. Auch die Schweden waren in diesem Jahre erfolgreich gewesen. Einen Ausgleich für die Franzosen gegen ihre Niederlagen gegenüber dem spanischen Hauptfeind konnten diese Erfolge in Deutschland jedoch nicht schaffen, auch nicht in den Augen Richelieus, der die Operationen gegen Spanien mit wesentlich größerem Interesse und mit wesentlich stärkerem persönlichen Eingreifen verfolgte als die Operationen am Rhein.

Die politische Rückwirkung der militärischen Niederlagen blieb vor allem in Italien nicht aus. Mantua stand dort auf

seiten der Spanier, denen sich auch der Papst immer mehr näherte, was für die Friedensvermittlung von Bedeutung war. Auch die Herzogin von Savoyen schwankte und verhandelte mit Spanien, während die französischen Versuche, ihren Schwager, den Kardinal von Savoyen, zu gewinnen, scheiterten. Schließlich gelang es, die Herzogin Christine zum Abschluß eines Offensiv- und Defensivbündnisses mit Frankreich zu bringen, wodurch jedoch die antifranzösische Stimmung im Lande und in der nächsten Umgebung der Herzogin nicht geändert wurde. Im übrigen gingen die Verhandlungen mit den Verbündeten und den neutralen Mächten in ähnlicher Weise wie in den früheren Jahren fort. Hierzu kamen Verhandlungen mit Portugal, wo Richelieu die Aufstandsneigung gegen Spanien unterstützen wollte. Ein wesentlicher Erfolg war, daß im März 1638 zu Hamburg ein neues Bündnis mit Schweden geschlossen wurde, in dem dieses sich verpflichtete, keine Sonderverhandlungen zu führen und nur einen allgemeinen Frieden zu schließen. Dagegen verhandelte Hessen-Kassel, der einzige französische Bundesgenosse in Deutschland, jetzt mit dem Kaiser, und Richelieu bereitete den Versuch vor, im Falle eines Sonderfriedens der Landgräfin mit Habsburg den hessischen General Melander mit den hessischen Truppen in französische Dienste zu ziehen.

In den allgemeinen Verhandlungen ging der Streit um die Form der Pässe für die Unterhändler und die Bedingungen eines Waffenstillstandes weiter. Frankreich zeigte dabei insofern ein gewisses Entgegenkommen, als es die Gesandten Hessens und Bernhards von Weimar nicht mehr als gleichberechtigte Bevollmächtigte, sondern nur als „mandati" oder „missi" bezeichnet sehen wollte. Hinzugekommen war ein Streit über die Pässe von Savoyen, indem die Habsburger die Herzogin nicht, wie Frankreich verlangte, als Regentin anerkennen wollten. Der Schwerpunkt der Verhandlungen lag in diesem Jahre nicht mehr bei der päpstlichen Friedensvermittlung, sondern in den Verhandlungen der Franzosen mit den protestantischen Mächten in Hamburg und vor allem in den streng geheimen Verhandlungen, die Richelieu in Madrid führen ließ. Im Sommer 1638 war sogar ein spanischer Unterhändler, Salamanca, in Paris, der aber nur einen Stillstand von 40 Tagen und Sonderverhandlungen zwischen Frankreich und Spanien an der Pyrenäengrenze vorschlagen konnte.[53])

Bei allen diesen Verhandlungen kamen naturgemäß auch die territorialen Fragen zur Sprache. Im Frühjahr 1638 wurde

[53]) Vgl. Anhang S. 372 f.

zunächst mit Grotius über die Bedingungen des Waffenstillstandes verhandelt. Richelieu forderte, daß jeder Teil während des Stillstandes seine Eroberungen behielte, und versprach, Schweden im Frieden den Erwerb Pommerns zu sichern, wenn dieses dafür eintrete, daß Frankreich Lothringen und die im Elsaß besetzten Gebiete behielte.[54]) Die Forderung auf das Elsaß ließ man jedoch bald wieder fallen. Anfang Mai verlangte man von den Schweden nur das Eintreten für den französischen Besitz von Lothringen,[55]) und Richelieu riet den Schweden für die Waffenstillstandsverhandlungen entschieden zur Mäßigung. Man dürfe sich Schweden gegenüber nicht verpflichten, den Stillstand in einer bestimmten Form abzuschließen, da das gar nicht von Frankreich abhänge, sondern von den Gegnern. Wenn Frankreich sich verpflichte, den Stillstand nur unter für die Gegner zu harten Bedingungen abzuschließen, werde man ihn niemals erreichen.[56]) Am 17. Mai gab Richelieu daher den Befehl, sich nicht zu verpflichten, den Stillstand nur unter der Bedingung abzuschließen, daß jeder seine Eroberungen behalte.[57])

Anfang März 1638 teilte man Schweden und Holland mit, daß Frankreich zu einem 12jährigen Stillstand mit Einschluß der Verbündeten, darunter des Pfälzers und Württembergs, bereit sei, unter Wahrung des derzeitigen Besitzstandes. Den ihrer Gebiete beraubten Fürsten solle während dieser Zeit ein Drittel ihrer Einkünfte gezahlt werden, ohne daß das den Friedensbedingungen vorgreifen solle. In das Drittel der Einkünfte sollten jedoch für Lothringen Bar und die anderen von Frankreich abhängigen Gebiete nicht eingerechnet werden, womit man diese ohne weiteres für Frankreich beanspruchte. Gleichzeitig ließ Richelieu den Verbündeten gegenüber Sonderverhandlungen mit Spanien energisch ableugnen.[58])

Trotzdem verhandelte man um dieselbe Zeit durch den Agenten Pujols sehr lebhaft in Madrid. Im Februar forderte

---

[54]) Lettres VI 21 ff.
[55]) Lettres VI 28, Anm. VIII 143.
[56]) Lettres VI 33 f.
[57]) Lettres VI 41 f. — Im Januar meinte Grotius, der Stillstand solle unter der Bedingung zustande kommen, daß während seiner Dauer der Herzog Karl Nancy, der Pfälzer Frankenthal erhielte, Grotius Ep. 897 (Oxenstierna II 2, 438, Nr. 178).
[58]) Mémoires III 372. Das genaue Datum ergibt sich aus Noailles II 301 f., der den Auszug einer Instruktion an d'Avaux vom 7. März 1638 gibt, die dem Aktenstück, das die Memoiren enthalten, soweit Noailles genau zitiert, wörtlich entspricht. — Vgl. Grotius, Ep. 954 (Oxenstierna II 2, 472 f., Nr. 194).

man dort ebenfalls einen 12jährigen Stillstand unter Wahrung des derzeitigen Besitzstandes und Zahlung eines Drittels ihrer Einkünfte an die Fürsten von Lothringen, Pfalz und Württemberg.[59]) Als der spanische Unterhändler Salamanca im Mai 1638 in Paris war, ließ Richelieu ihm erklären, Frankreich werde Lothringen nicht aufgeben. Da aber Spanien und der Kaiser andere Forderungen hätten, denen Frankreich sich nicht widersetzen wolle, könne man sich leicht einigen. Man darf, so sagte Richelieu, Salamanca die Pfalz und Württemberg nicht nennen, aber man muß ihn raten lassen, daß es diese Gebiete sind, von denen man sprechen will.[60]) Die Verhandlungen mit Salamanca waren ergebnislos, die durch Pujols gingen jedoch weiter. Olivarez ließ dabei betonen, daß der Herzog von Lothringen im Gegensatz zu den holländischen Rebellen ein freier Fürst sei.[61]) Im November 1638 ging Richelieu mit diesen Verhandlungen noch einen Schritt weiter, indem er den Spaniern die französischen Friedensbedingungen mitteilen ließ. Er erklärte dabei, Frankreich wolle im Frieden alle Gebiete des Deutschen Reiches zurückgeben, obwohl es beanspruchen könne, einige zu behalten. Obwohl Frankreich ferner gerechte Ansprüche auf Lothringen habe, wolle es dem Herzog eine Art von Ersatz geben, damit er unter denselben Bedingungen bestehen könne, die der Kaiser und Spanien Württemberg und der Pfalz gewähren könnten.[62]) Richelieu legte also den Spaniern nahe, die Durchsetzung ihrer Ansprüche auf die Pfalz und Württemberg durch den Verzicht auf die Wiederherstellung Lothringens zu erkaufen. Aus demselben Grunde lehnte es Richelieu ab, sich in einem Vertrag mit England zur Wiederherstellung der Pfalz zu verpflichten. Er schlug den Engländern zwar vor, ein solches Versprechen zu geben, wenn sie ihrerseits, worauf kaum zu rechnen war, die französischen Ansprüche auf Lothringen und die schwedischen auf Pommern anerkennen würden.[63]) Als dieser Vorschlag von England nicht angenommen wurde, war man in Paris darüber

---

[59]) Canovas del Castillo II 398 f.

[60]) Lettres VIII 328, vgl. Lettres VIII 329 f. und die spanische Instruktion für Salamanca, Canovas II 401 ff.

[61]) Canovas II 400.

[62]) Lettres VI 241 ff. — Avenel weist mit Recht darauf hin — VI 242, A 1 —, daß Richelieu in dieser Instruktion den Kaiser als solchen, und nicht als König von Ungarn bezeichnet, wie sonst in allen Instruktionen für Verhandlungen mit den anderen Mächten. Auch das zeigt, daß Richelieu tatsächlich bemüht war, alle Hindernisse einer Verständigung zu beseitigen.

[63]) Lettres VI 136 f., vgl. Mémoires III 324.

nicht betrübt, da die Wiederherstellung der Pfalz den Frieden nur schwerer machen werde,[64]) d. h. also, daß man die französischen Ansprüche auf Lothringen nur durchsetzen zu können glaubte, wenn man die Wiederherstellung der Pfalz aufgab.

Wie mit Spanien verhandelte man auch in Wien. Im September 1638 wurde St. Georges in geheimer Mission dorthin gesandt. Man ließ erklären, daß man für die deutschen Verbündeten nur einfache Gesandte, nicht offizielle Bevollmächtigte für den Friedenskongress verlange, und daß man Ferdinand III. den Kaisertitel nicht mehr verweigern wolle. Richelieu erklärte sich sogar bereit, im Fall eines langen Stillstandes einen Platz im Elsaß zurückzugeben, obwohl derartige Wiederherstellungen erst im Frieden zu erfolgen pflegten.[65])

Die Verhandlungen des Jahres 1638 über die territorialen Fragen bewegten sich also noch auf den im Februar 1637 für den Friedenskongreß in Köln aufgestellten Grundlagen. Die Forderung auf Behauptung von ganz Lothringen wurde allerdings sehr viel energischer vertreten, als im Jahre zuvor. Man steuerte so offen, wie das bei derartigen Verhandlungen möglich ist, auf das Ziel zu, die Beute unter den großen Mächten zu teilen und für die Erwerbung Lothringens Württemberg und die Pfalz den Habsburgern zu opfern. Trotz den Sonderverhandlungen mit Spanien und dem Kaiser dachte Richelieu jedoch nur an einen allgemeinen Frieden. Die lothringische Frage stand bei diesen Verhandlungen für Richelieu durchaus im Vordergrund. Die Frage der Bistümer ist anscheinend von den Gegnern Frankreichs bei diesen Verhandlungen nicht angeschnitten worden, und dieses selbst hatte natürlich keine Veranlassung dazu. Das Elsaß wollte Richelieu auch damals zurückgeben, trotz der einmaligen, nachher nicht mehr erwähnten Forderung an Schweden, für die Behauptung des Elsaß im Frieden einzutreten. Diese Forderung gegenüber dem Bundesgenossen beweist auch noch nicht, daß Richelieu, als er sie stellte, die Erwerbung des Elsaß zur Friedensbedingung machen wollte. Sie konnte sowohl dazu dienen, die Schweden bei Aufgabe derselben auch ihrerseits zu Konzessionen zu nötigen, wie dazu, die französische Stellung in den Ver-

---

[64]) Mémoires III 324. — Siri, Mercurio III 1028 meldet, die Franzosen hätten erklärt, wenn der Kaiser den Pfälzer von den Verhandlungen in Köln ausschließen und mit ihm allein verhandeln wolle, beanspruchten sie dasselbe und mit mehr Recht für Lothringen. — Vgl. auch Des Robert II 99 ff.

[65]) Fagniez II 398 f., Lettres IV 544 ff. Ueber das Datum dieser Instruktion vgl. oben S. 78, A. 12.

handlungen mit Habsburg zu stärken. Sonst hat Richelieu damals Ansprüche auf das Elsaß für den Friedensschluß nicht erhoben, und die elsässische Frage wurde daher sehr im Gegensatz zu der lothringischen nirgends als Erschwerung für den Frieden bezeichnet. Außerdem erklärte ja Richelieu im November 1638 den Spaniern in unzweideutiger Form, daß Frankreich zur Zurückgabe der im Reich besetzten Gebiete bereit sei, was um so bemerkenswerter ist, als man stets in solchen Verhandlungen zunächst mehr zu fordern pflegt, als man unbedingt behalten will.[66])

Es ist zweifellos, daß Richelieu den Frieden damals ehrlich suchte. Wiederum sprach auch die Lage im Innern dabei mit. Zwar war am 5. September 1638 dem Könige endlich ein Sohn geboren worden, der spätere Ludwig XIV., und damit die innere Lage wesentlich erleichtert, denn Gastons Thronfolge war damit ausgeschaltet. Auch die Opposition verhielt sich — bis auf Intriguen der Königin-Mutter — im allgemeinen ruhig. Aber der Friedenswunsch der Bevölkerung und der Geldmangel stieg mit der Länge des Krieges. Auch die militärische Lage bot, wie wir sahen, wenig Grund, die Friedensbedingungen zu steigern, vielmehr war Richelieu durch die verschiedenen Mißerfolge stark beunruhigt. Nach dem Scheitern der Belagerung von St. Omer schrieb er im August 1638 in einem geheimen Gutachten, die allgemeine Lage fordere dringend eine Wiederherstellung des Waffenglücks. Der Wunsch nach Frieden, der ohne Besserung der militärischen Lage nicht kommen könne, nötige ebenso dazu wie die Rücksicht auf die Verbündeten. Ohne militärische Erfolge werde entweder der allgemeine Friede unmöglich oder die Bundesgenossen würden ihn ohne Frankreich schließen, das dann genötigt sein werde, alle Kräfte des Hauses Habsburg, das bedeute die von ganz Deutschland, Spanien, Flan-

---

[66]) In der Succincte Narration (Testament I 60) findet sich am Ende der Schilderung der Ereignisse von 1638 in Ausführungen, die anscheinend das erste, also um diese Zeit abgefaßte Manuskript beendeten, der folgende Schlußabsatz: „Enfin s'ils (spätere Beurteiler) se représentent que surmontant tous les obstacles, vous êtes parvenu à la conclusion d'une paix, en laquelle les défauts de quelques-uns de vos Alliés et l'affection que vous leur avez portée, vous ont fait relâcher une partie de ce que vous aviez conquis par vos seules forces, il leur sera impossible de ne connoître pas que votre bonté est égale à votre puissance — — —." Diese Ausführungen sind nur dann verständlich, wenn man damals, als Richelieu oder seine Gehilfen Ende 1638 diese Zeilen schrieben, mit Bestimmtheit auf baldigen Abschluß eines Friedens rechnete, in dem Frankreich Teile seiner militärischen Eroberungen zurückgab.

dern und Italien, allein auszuhalten.[67]) Also immer noch fürchtete Richelieu einen Angriff der habsburgischen Uebermacht auf ein von seinen Bundesgenossen verlassenes Frankreich. Von der Einnahme von Fontarabie erhoffte er dann im Herbst den Frieden und danach eine lange Ruhe für Frankreich,[68]) und als dieser Platz wieder verloren ging, schrieb er, Frankreich habe niemals eine so große Wunde empfangen, wie durch diesen Verlust, da die Behauptung Fontarabies den Frieden gebracht haben würde.[69]) Ein Friede, den Richelieu durch Einnahme dieses einen Grenzplatzes zu erreichen hoffte, konnte Frankreich sicherlich nicht allzu günstige Bedingungen bringen, und Grotius meinte im August 1638 sogar, Frankreich wolle sich auf der Grundlage des Regensburger Vertrages vom Jahre 1630 mit dem Kaiser verständigen.

Das Jahr 1639 begann, wie alle bisherigen Kriegsjahre außer 1636, mit französischen Angriffen auf dem nördlichen Kriegsschauplatz, die diesmal glücklicher als die früheren verliefen. Zwar wurde Feuquières bei Thionville geschlagen, aber die von den Spaniern versuchte Einnahme von Mouzon scheiterte und die Franzosen konnten Hesdin und Yvoy nehmen. Eine Ausnutzung dieser Erfolge wurde jedoch unmöglich, da die Lage in Italien außerordentlich bedrohlich geworden war. Man mußte sich daher entschließen, im Norden alle größeren Operationen aufzugeben und den Befehl zu erlassen, daß auf diesem Kriegsschauplatz nichts aufs Spiel gesetzt werden dürfe.

Die Operationen in Italien waren äußerst unglücklich verlaufen. Es gelang den Spaniern und den mit ihnen verbündeten savoyischen Prinzen, sich in den Besitz des größten Teils von Piemont einschließlich Turin und Nizza zu setzen. Die Franzosen mußten in Italien für einige Monate Waffenstillstand schließen. Richelieu hatte in äußerst lebhaften Verhandlungen mit der Herzogin von Savoyen versucht, diese zur Ueberlassung der Plätze ihres Staates an französische Truppen zu bestimmen. Man versprach Christine die Rückgabe im Frieden, erstrebte allerdings die Abtretung einiger an Frankreich grenzender Plätze und Täler um Pignerol. Die Herzogin war dem Verlangen der Franzosen nicht nachgekommen und hatte ihnen im Juni 1639 nur einige Plätze übergeben. Als dann fast alle noch in ihrem Besitz befindlichen Gebiete an Spanien und ihre Schwäger verloren gegangen waren, mußte

---

[67]) Aubery III 746, Lettres VIII 337, Mémoires III 257.
[68]) Lettres VI 128.
[69]) Lettres VIII 345.

sie sich nach einer Zusammenkunft mit ihrem Bruder Ludwig und Richelieu entschließen, den Rest ihres Gebietes den Franzosen zu übergeben. Diese erklärten sich bereit, diese Gebiete zurückzugeben, sobald Spanien dasselbe mit den von ihm besetzten Gebiete machen würde. Richelieus Ansicht war, daß es besser sei, ganz Savoyen wiederherzustellen, als es zum Teil in den Händen der Spanier und zum Teil in den Händen Frankreichs zu lassen. Die schlechte Lage veranlaßte Richelieu ferner, alles zu versuchen, um den Prinzen Thomas und den Kardinal von Savoyen auf die französische Seite zu ziehen. Er hatte diese ursprünglich von allen Ansprüchen auf die Thronfolge und jedem Einfluß auf die Regierung ausschalten wollen, war jedoch in beiden Punkten zu erheblichen Zugeständnissen bereit. Es gelang auch, im Oktober mit den beiden Prinzen einen Geheimvertrag zu schließen, den diese aber nicht hielten. Inzwischen hatten die Franzosen von anderen Kriegsschauplätzen zahlreiche Verstärkungen herangezogen, mit deren Hilfe ein weiteres Vordringen der Spanier verhindert werden konnte. Man war so in der Lage, eine Verlängerung des Waffenstillstandes in Italien abzulehnen, von dem Richelieu vor allem einen schlechten Eindruck auf die französischen Verbündeten fürchtete. Trotzdem bedeutete dieses Jahr den Höhepunkt der spanischen Erfolge in Italien, zumal es den Spaniern gelungen war, mit Graubünden einen Vertrag abzuschließen.

Die Ereignisse in Italien legten die französischen Operationen auf den anderen Kriegsschauplätzen lahm. Nicht nur im Norden mußte man, wie erwähnt, größere Operationen aufgeben, auch in der Freigrafschaft Burgund, aus der man vor allem Truppen nach Italien schickte, konnte man nichts unternehmen. Ebenso bewirkte am Rhein nicht nur der Tod Bernhards von Weimar, sondern vor allem das Ausbleiben französischer Verstärkungen, daß dort fast nichts unternommen werden konnte und dadurch die Eroberung von Breisach strategisch nicht ausgenutzt wurde, obwohl Erfolge der Schweden in Deutschland das leicht gemacht hätten. Auch an der spanischen Grenze waren die Operationen erfolglos. Im Roussillon kam man nicht vorwärts, und Salces, das die Franzosen genommen hatten, ging nach einer Niederlage der dort kämpfenden Truppen wieder verloren. Erfolge der französischen Flotte über die Spanier konnten das nicht ausgleichen.

Wie die militärische so war auch die politische Lage keineswegs günstig. Mit Holland, über dessen militärische

Untätigkeit sich Richelieu beklagte, wurde zwar im März 1639 ein neuer Vertrag geschlossen, trotzdem verhandelte Holland ebenso wie Schweden mit den habsburgischen Mächten. Die Hauptanstrengung der französischen Diplomaten war daher in diesem Jahre darauf gerichtet, diese Sonderverhandlungen zum Scheitern zu bringen, indem man den Bundesgenossen Hoffnung auf besseres Kriegsglück im nächsten Jahr zu machen suchte und nur einen allgemeinen Frieden als günstig und sicher bezeichnete. Daneben war man nach wie vor bemüht, den Habsburgern neue Feinde zu erwecken. Man suchte Siebenbürgen zum Angriff auf den Kaiser zu bringen und verhandelte mit der Türkei, die einen Angriff auf Venedig beabsichtigte. Man suchte die Türken davon abzubringen und ihre Waffen gegen den Kaiser und gegen das spanische Neapel und Sizilien zu wenden. Richelieu erklärte dabei, es sei nicht seine Absicht, daß die Ungläubigen diese Gebiete eroberten, aber ihr Angriff werde die Habsburger zum Frieden zwingen. Diese Bemühungen scheiterten, von großer Bedeutung für die französische Politik war dagegen der Umschwung, der sich allmählich in Deutschland zu vollziehen begann und der wohl vor allem eine Folge des schwedischen Waffenglückes war. Zunächst trat Hessen-Kassel wieder offen auf die französische Seite. Vor allem aber begannen die deutschen Verbündeten des Kaisers, besonders Bayern, des langen Krieges müde zu werden, für dessen Fortdauer sie vor allem Spanien und den spanischen Einfluß in Wien verantwortlich machten. Richelieu versäumte nicht, diese Stimmung auszunutzen und auf dem Nürnberger Kurfürstentag ließ er Frankreich als den Schützer der deutschen Freiheit gegen Spanien hinstellen und suchte vor allem, die alten Beziehungen zu Bayern wieder zu beleben. Erfolge konnte aber diese Politik erst haben, wenn auch sonst die politische und die militärische Stellung der Franzosen sich besserte.

Bei der allgemeinen Lage, vor allem infolge der Ereignisse in Italien und der holländischen und schwedischen Sonderverhandlungen, war es natürlich, daß die Friedensverhandlungen sich nur langsam und erfolglos weiterschleppten und auch die von Richelieu in Madrid fortgeführten geheimen Verhandlungen keine Ergebnisse haben konnten. Auch Richelieu hat zweifellos in diesem Jahre den Frieden nicht für möglich gehalten.[70]) Im September meinte er, wenn die

[70]) Im Juni meinte Richelieu allerdings bei einem Lob d'Avaux', es bleibe ihm jetzt nur die eine Aufgabe, den Frieden zustande zu bringen. D'Avaux S. 143 f., Nr. 36.

Herzogin von Savoyen die Franzosen nicht ruiniert hätte, so hätte man den Frieden haben können.[71]) Richelieu war so gezwungen, aus seinem erschöpften Lande alles herauszuholen, was möglich war, um sich zur energischen Forderung des Krieges instand zu setzen. Gegenüber den Vorstellungen des Finanzministers Bullion betonte er, man könne in dieser Zeit nicht nur das tun, was der Bevölkerung angenehm sei, man müsse es nur auf die am wenigsten Unzufriedenheit erregende Weise ausführen.[72]) Die Folgen blieben nicht aus. Nicht nur Widerstände des Adels mußten unterdrückt werden, sondern auch die Landbevölkerung erhob sich in verschiedenen Gebieten gegen den wachsenden Steuerdruck. So sah Ende 1639 die allgemeine Lage für Frankreich keineswegs günstig aus.

Die Friedensbedingungen Richelieus in bezug auf Elsaß und Lothringen konnten naturgemäß bei dieser Lage der Dinge nicht gesteigert werden. Die Rückgabe des Elsaß wird nach wie vor als selbstverständlich behandelt. Als man im Sommer 1639 mit Bernhard von Weimar über die elsässischen Plätze verhandelte, sprach sich ein Gutachten Richelieus gegen ihre Ueberlassung an den Herzog aus, da man damit das aus der Hand gäbe, was der Kaiser im Frieden zurückzuerhalten hoffe, und man dann nichts mehr habe, um den Kaiser zum Frieden zu zwingen. Der Wunsch der Habsburger auf Rückgabe des Elsaß sei das beste Mittel, um Lothringen zu behaupten, denn gegen die Rückgabe des Elsaß würden sie die französischen Ansprüche auf Lothringen anerkennen.[73]) Mit aller Deutlichkeit wurde hier also ausgesprochen, daß man das Elsaß zurückgeben wollte und daß der derzeitige Besitz desselben das Faustpfand war, das den Kaiser zum Frieden und zur Anerkennung der französischen Forderungen in Lothringen bringen sollte.[74]) Auf dem Nürnberger Kurfürstentag ließ Richelieu erklären, der Tod Bernhards von Weimar werde die Lösung der elsässischen Frage erleichtern, während der Gesandte gleichzeitig betonen sollte, daß der lothringische Streit

---

[71]) Lettres VI 516.

[72]) Lettres VI 515.

[73]) Lettres VI 408 ff., Roese II 547 f., Urkunde 54, vgl. unten S. 271.

[74]) Pufendorf S. 374 meldet als Ansicht Frankreichs, man wolle Breisach nicht behalten und sei allein mit Lothringen zufrieden. Aber je mehr man besitze, was man zurückgeben könne, um so bessere Bedingungen werde man im Frieden für die Bundesgenossen erhalten.

mit den allgemeinen Verhandlungen nichts zu tun habe.[75]) Für geheime Verhandlungen mit Bayern gab Richelieu ferner Ende des Jahres 1639 die Anweisung, daß Frankreich aus neuen Eroberungen, die es mit der Armee Bernhards in Deutschland zu machen gedenke, keinen anderen Vorteil haben wolle, als zur Erreichung des Friedens beizutragen; über Lothringen aber sollte den Bayern gesagt werden, daß der König in der Frage der Einkünfte aus den Gebieten des Herzogs nachgeben wolle, aber ihm durch Behauptung aller festen Plätze das Mittel nehmen müsse, nach seiner Gewohnheit neuen Schaden zu stiften.[76]) Friedensbedingung Richelieus war also nach wie vor die möglichst vollständige Behauptung Lothringens, dagegen war die Erwerbung des Elsaß auch 1639 noch nicht französisches Kriegsziel.[77])

So ist die Stellung Richelieus zur elsässischen und zur lothringischen Frage vom Beginn des Krieges bis zum Ende des Jahres 1639 in den großen Zügen sich gleich geblieben. Weder die Einnahme von Breisach noch der Tod Bernhards von Weimar hat Richelieus Kriegsziele gegenüber dem Elsaß geändert; sonst konnte er den deutschen Kurfürsten nicht erklären lassen, daß Bernhards Tod die Lösung der elsässischen Frage erleichtern werde.[78]) Dabei ist sehr bezeichnend der Unterschied in der Sprache der französischen Diplomatie über das Elsaß und über Lothringen.[79]) Das allein zeigt schon den Unterschied in den Kriegszielen beiden Gebieten gegenüber. Das Ziel der Annexion Lothringens war in all den Verhand-

---

[75]) Lettres VI 462. — Vgl. Grotius Ep. 1209 (Oxenstierna II 2, 627, Nr. 275).

[76]) Lettres VI 625 f. Vgl. unten S. 312.

[77]) In Wien glaubte man allerdings, daß Frankreich das Elsaß und Breisach haben wolle, Venet. Relationen aus Deutschland, I 224, Brockhaus S. 32, A. 36. Das entsprach ja auch der französischen Politik, denn wenn man in Wien von vornherein glaubte, daß Frankreich das Elsaß aufgeben wolle, so war diese Frage als Druckmittel gegen den Kaiser nicht mehr zu benutzen. — Wenn in einer Instruktion für die Türkei vom 14 April 1639 gesagt wird, Ludwig habe „son empire" bis zum Rhein ausgedehnt — Lettres VI 324 — und wolle Eroberungen bis zur Donau machen, so besagt das nichts, da man den Türken gegenüber, denen man Mut zum Krieg gegen den Kaiser machen wollte, stets den Mund sehr voll nahm, z. B. Ludwig als Kaiser bezeichnete, Lettres VI 383.

[78]) Vgl. die gegenteilige Ansicht von Legrelle S. 113, der in Bernhards Tod den Wendepunkt sieht, ferner vor allem Fagniez II 327, 400, 428, der von dem Ziel auf Behauptung von Plätzen im Oberelsaß spricht, ohne das näher zu begründen. Rott betont mehrfach, daß die Einnahme Breisachs und der Tod Josephs — beide Ende 1638 — den Wendepunkt in Richelieus Politik darstellen.

[79]) Darauf weist auch Legrelle S. 112 f. hin.

lungen dieser Jahre die Grundlage. Auch hier war man zeitweise unter dem Druck der allgemeinen Lage zu nicht unerheblichen Zugeständnissen bereit gewesen, aber man hat nie von einer völligen und bedingungslosen Wiederherstellung Lothringens gesprochen. Daß man den Herzog Karl trotzdem nicht unbedingt ganz beseitigen wollte, zeigen die geheimen Verhandlungen mit ihm. Während man in den allgemeinen Verhandlungen anscheinend immer weniger zu Zugeständnissen bereit war und seine Hoffnungen auf den Austausch mit der Pfalz und Württemberg setzte, hat man Karl gegenüber die Anerbietungen vor allem 1639 wesentlich gesteigert.[80]) Der Grund hierfür dürfte gewesen sein, daß, je länger die allgemeinen Verhandlungen dauerten, sich um so mehr die Schwierigkeit der lothringischen Frage für den Friedensschluß und damit der Wert einer besonderen Verständigung mit Karl zeigte. Die Grundlage jedes Sondervertrages mit Karl war ja trotzdem die völlige militärische Beherrschung seines Landes, selbst wenn man ihm eine Anzahl seiner Plätze zurückgab, der engste militärische und politische Anschluß des Herzogs an Frankreich und damit die völlige Einfügung Lothringens in das französische Machtsystem. Seine politsche Selbständigkeit konnte Karl nur behaupten, wenn ihm im Frieden eine auch nur teilweise Wiederherstellung seines Staates von den habsburgischen Mächten garantiert wurde. Eine völlige Annexion Lothringens im heutigen Sinne einer einfachen Grenzverschiebung und damit ein völliges Aufgehen des Herzogtums in Frankreich entsprach ja überhaupt im allgemeinen nicht der Art, wie im 17. Jahrhundert annektiert wurde. Das konnten der Kaiser und Frankreich im Interesse ihrer Stellung in Deutschland auch für die Pfalz und Württemberg nicht verlangen oder zugeben. Das Ziel war, die betreffenden Gebiete tatsächlich in völlige politische und militärische Abhängigkeit zu bringen.

Nun haben der Kaiser und Spanien gefürchtet, daß das französische Eintreten für einen langen Waffenstillstand unter Wahrung des Besitzstandes nur eine verdeckte Form für die Ueberführung der französischen Eroberungen, also auch des Elsaß, in französischen Besitz sein solle, und man hat auch später immer wieder behauptet, daß alle Anerbietungen Richelieus wegen des Friedens und über die Rückgabe des Elsaß nur Schein gewesen seien. Die ganze Art, wie diese Verhandlungen geführt wurden, vor allem die streng geheim-

---

[80]) Vgl. unten S. 222 ff.

gehaltenen Verhandlungen in Madrid, und besonders die Instruktionen für Köln vom Februar 1637 und das Gutachten über die Verhandlungen mit Bernhard vom Sommer 1639, bei denen Täuschungsabsichten nicht vorliegen können, zeigen das Gegenteil. Auch waren alle Erklärungen über die Rückgabe des Elsaß in völlig unzweideutiger Form gehalten. Es kann so nicht zweifelhaft sein, daß für Richelieu bis zum Jahre 1639 dauernde Erwerbungen im Elsaß kein Kriegsziel waren und daß er ihretwillen den Krieg keinesfalls verlängern wollte.

2. Gewaltherrschaft in Lothringen, geheime Verhandlungen mit dem Herzog Karl.

Frankreich hatte sich vor dem Ausbruch des Krieges mit Spanien völlig in den Besitz von Lothringen gesetzt und die herzogliche Familie aus dem Lande vertrieben, ohne jedoch den Widerstand der Bevölkerung brechen oder die Anerkennung des Vorgehens in Lothringen durch die europäischen Mächte erlangen zu können. Der Herzog Karl spielte jetzt völlig die Rolle eines habsburgischen Armeeführers und hat als solcher an den Niederlagen der Franzosen am Rhein im Jahre 1635 wesentlichen Anteil gehabt. Es war ihm dabei gelungen, weite Teile seines Landes wieder zu besetzen. Im Herbst dieses Jahres war das Hauptziel der französischen Operationen, Karl wieder zu vertreiben; das Schicksal des ganzen weiteren Feldzuges schien Richelieu von der Besiegung Karls abzuhängen.[1]) Er fürchtete vor allem den Eindruck auf die französischen Bundesgenossen, wenn es nicht glückte, Karl zu besiegen.[2]) Es gelang auch noch Ende 1635, Karl fast völlig aus Lothringen zu vertreiben, aber es glückte nicht, ihn, wie man gewünscht hatte, entscheidend zu schlagen, geschweige denn, ihn zu vernichten. Karl setzte vielmehr in den folgenden Jahren den Krieg gegen Frankreich von der Freigrafschaft Burgund aus fort, verteidigte dieselbe mit wechselndem Erfolge gegen die französischen Angriffe und band damit erhebliche militärische Kräfte der Franzosen. Der Herzog beunruhigte ferner dauernd die Franzosen in Lothringen und belebte durch seine Nähe den Widerstand der dortigen Bevölkerung.

Um diesen Widerstand endgültig zu brechen, schickte Richelieu im April 1635 den Prinzen Condé nach Lothringen.

---

[1]) Lettres V 205, 213.
[2]) Lettres V 271.

Während man bisher mit einer gewissen Rücksichtnahme auf die Wünsche der Bevölkerung vorgegangen war, griff man jetzt zu den härtesten Maßnahmen. In den Befehlen für Condé wurde gesagt, die bisherige Milde habe nur dazu geführt, den Widerstand der Bevölkerung zu verstärken und ihr Herz zu verhärten. Es solle daher gegen alle, die direkter oder indirekter Verbindung mit Karl schuldig seien, mit äußerster Strenge vorgegangen werden. Der Eintritt in Karls Heer sollte unmöglich gemacht, aus den Plätzen jeder verjagt werden, gegen den der geringste Verdacht vorliege, und im Interesse der Sicherheit der Plätze wollte man dabei in Kauf nehmen, falls auch Unschuldige unter diesen Maßnahmen litten, denn das bisherige Vertrauen habe nur geschadet. Das Heer sollte von der Bevölkerung unterhalten, Geiseln der Städte und des Adels nach Frankreich gebracht werden. Wer nicht gehorchte, sollte seines Besitzes beraubt und als Verbrecher behandelt werden. Richelieu selbst empfahl auch noch in persönlichen Schreiben Condé äußerste Härte.[3]) Den in Lothringen kommandierenden Generalen wurde gesagt, diese Maßnahmen müßten als Strafe und nicht als Ausschreitungen der Truppen empfunden und es müsse ein Unterschied zwischen den Rebellen und denen, die ihre Pflicht erfüllt hätten, gemacht werden.[4]) Das war jedoch bei dem Befehl, auch gegen den geringsten Verdacht bösen Willens vorzugehen, kaum möglich. Condé führte sofort nach seinem Eintreffen die Befehle seiner Regierung aus und erließ die entsprechenden Verfügungen,[5]) so daß jetzt eine Gewaltherrschaft schlimmster Art in Lothringen begann.[6])

Der Widerstand der Bevölkerung und ihre Liebe zu dem angestammten Herrscher ließen sich jedoch auf diese Weise nicht brechen. Vielmehr dürfte Grotius nicht Unrecht haben, wenn er meinte, daß Karl durch dieses Vorgehen der Franzosen nur unterstützt wurde, und der Adel und die Bevölkerung dadurch mehr als je geneigt wurden, für ihn zu den

---

[3]) Haussonville II 424 ff., Nr. 8, Schmit XII 216 ff., Nr. 71 und 72, Lettres IV 746 f. und A 1, V 65, 39 f., VIII 281.

[4]) Gallois I 96 ff.

[5]) Schmit XII 225 ff., Nr. 73.

[6]) Vgl. Bigot S. 44, Aumale III 263 f., Haussonville II 38 f., Des Robert I 119, Pfister, Brassac S. 418, Nancy III 85 f., wo Pfister sagt, der Name Richelieus sei wegen dieses Vorgehens noch heute in Lothringen verhaßt. — Avenel, Richelieu et la Monarchie absolue III 95 sagt — erschienen 1887 —, Richelieu habe Lothringen behandelt „avec une rigueur, qui dépasse de beaucoup les procédés récemment employés par l'Allemagne."

Waffen zu greifen.[7]) Karl hatte im August 1635 seinen Untertanen den Befehl gegeben, sich für ihn zu bewaffnen, und die Bevölkerung kam dem, wo es nur möglich war, nach und hat sogar versucht, sich einzelner fester Plätze zu bemächtigen.[8])

Trotzdem änderte Richelieu seine Politik nicht. Zwar verließ Condé, dem anscheinend diese Stellung nicht behagte, ebenso wie Brassac, im Juni Lothringen. Die ihm aufgetragenen Maßnahmen wurden jedoch fortgesetzt. Die ganze, bewußte Härte der Franzosen zeigte sich Anfang Oktober 1635 bei der Wiedernahme von St. Mihiel unter dem persönlichen Befehl des Königs. Die Stadt war auf die Seite Karls getreten und Richelieu forderte strengste Bestrafung, sonst würden die Rebellionen so zahlreich werden, daß man kein Ende absehen könne, und sofort wieder ausbrechen, sobald der König den Rücken gekehrt habe.[9])

Militärisch waren die Franzosen seit 1636 wieder Herren von ganz Lothringen, aber den Widerstand der Bevölkerung konnte man nicht brechen. Der Adel kämpfte nach wie vor auf der Seite Karls, alle Ausweisungen und Konfiskationen konnten dagegen nichts helfen. Die Bevölkerung litt dabei naturgemäß entsetzlich. Zu den Kontributionen und Einquartierungslasten kamen während der ganzen Jahre Streifereien der Gegner und Verwüstungen des Landes durch Trupps von Marodeuren. Die Aecker wurden nicht mehr bestellt, Hunger und Pest wüteten. Trotzdem blieb die Bevölkerung dem angestammten Herzog treu. So antworteten lothringische Kinder, als französische Soldaten sie zu einem Hoch auf den französischen König zwingen wollten, mit Hochrufen auf den Herzog.[10])

Trotz der Härte, mit der man sein Land behandelte, hat Richelieu während dieser ganzen Zeit versucht, mit Karl zu

---

[7]) Grotius Ep. 468 (Oxenstierna II 2, 83, Nr. 42).

[8]) Des Robert I 497 f., Nr. 48, I 404, Nr. 44, Bauchez S. 224 f., Grotius Ep. 474 (Oxenstierna II 2, 88 f., Nr. 44), vgl. Des Robert I 130.

[9]) Aubery V 278 f., Lettres V 266 f., 277, Mémoires II 634, Malingre S. 763.

[10]) Des Robert I 365, A. 1. — Nach Calmet VI 209 sollen von 1635 bis 1637 600 000 Lothringer gestorben sein. Auch die Liebestätigkeit von S. Vincent de Paul, die auch lothringische Schriftsteller rühmen, konnte nicht viel helfen. — Im Oktober 1635 ließ Richelieu weite Gebiete, die man militärisch nicht halten konnte, abbrennen, Lettres V 302, 315 f. Zu ähnlichen Maßnahmen, z. B. zur Zerstörung der Backöfen, griff Richelieu 1636 beim Angriff der Spanier auch in der französischen Pikardie mit dem ausdrücklichen Befehl, die Zerstörungen gründlich auszuführen, Lettres V 529, 546.

einem Sonderfrieden zu kommen. Man war sich darüber klar, daß die Gegner bei den Friedensverhandlungen Karl als ihren Verbündeten behandeln und für seine Interessen eintreten würden. Für die politische Stellung Frankreichs war daher ein Sonderfrieden mit Karl eine große Erleichterung, zumal man mit der Bevölkerung nicht fertig werden konnte.

Die Verhandlungen mit Karl sind natürlich streng geheim geführt worden und nicht in allen Einzelheiten bekannt. Schon im Januar 1636 berichtete Grotius mehrfach, die Franzosen verhandelten nicht ohne Hoffnung auf Erfolg mit Karl.[11]) Die Verhandlungen sind zunächst durch den Pater de Veroncourt und Fontenay, danach seit dem Frühjahr 1636 durch den Abt von Coursan geführt worden. Richelieu schlug dabei zunächst dem Herzog Karl den Austausch Lothringens mit der Auvergne vor und wies dabei darauf hin, daß die Einkünfte aus Lothringen gleich null, die Bevölkerung größtenteils tot, die Dörfer verbrannt und die Städte verlassen seien, so daß man Lothringen in einem Jahrhundert nicht wiederaufbauen könne. Man benutzte also die in der Hauptsache durch die Franzosen selbst verschuldete Zerstörung Lothringens, um den Herzog zum Verzicht zu bringen, und stellte ihm vor, daß die Auvergne größer und reicher sei. Falls Karl darauf nicht einging, wollte man ihn in Lothringen wiedereinsetzen, aber ohne die Plätze und unter der Bedingung des offenen Bruches mit Spanien. Beim allgemeinen Frieden sollte Karl La Mothe und Bitsch, sechs oder fünf Jahre später Nancy zurückerhalten.[12]) Karl verlangte jedoch die Wiederherstellung von Lothringen und Bar in den Stand beim Tode seines Vaters.[13]) Die Franzosen lehnten das entschieden ab, waren aber doch bemüht, die Verhandlungen fortzusetzen, die sich dann bis zum Oktober 1636 hinzogen.[14])

Im März 1637 machte Frankreich durch einen lothringischen Kriegsgefangenen Chevillon, den man zu Karl schickte, dem Herzog neue Anerbietungen. Man stellte dieselben Forderungen wie 1636, gestand darüber hinaus aber dem Herzog den Aufenthalt in einem kleinen Platz zu, wenn er

---

[11]) Grotius Ep. 546, 537, 540 (Oxenstierna II 4, 570, Nr. 25, II 2, 142 Nr. 67, 144, Nr. 68).

[12]) Haussonville II 426 f., Nr. 9, II 81 ff., II 428, Nr. 10, Lettres V 515 ff., Des Robert I 325 f. Nicole und Nikolas-Franz sollten den Vertrag ebenfalls unterzeichnen.

[13]) Haussonville II 83.

[14]) Lettres VII 756 f., Des Robert I 326, A. 2.

seine Truppen den Franzosen zuführe.[15]) Karl scheint seinerseits, obwohl die Franzosen so taten, als ob die Anregung von ihm stamme, nicht auf die Verhandlungen eingegangen zu sein, und hat sogar die Spanier von den französischen Vorschlägen unterrichtet,[16]) denen auch durch die Königin Anna davon Mitteilung gemacht wurde.[17])

Auch im Jahre 1638 sind diese Verhandlungen fortgeführt worden, zunächst wieder durch Coursan,[18]) später durch La Grange-aux-Ormes, also eine auch in offiziellen Verhandlungen vielfach verwandte Persönlichkeit, und später durch den Pater Rollet.[19]) Letzterer sollte im Oktober den Lothringern erklären, daß der König besser gestimmt sei als je, und Karl, der mit seinen Verbündeten unzufrieden war, ist damals bereit gewesen, auf Verhandlungen einzugehen.[20]) Er scheint seine Absichten jedoch sehr bald wieder geändert zu haben, denn im Dezember beklagte sich Rollet, daß alle Bemühungen vergeblich gewesen seien.[21])

Die Verhandlungen Rollets mit Karl sind jedoch noch weitergegangen, und dieser scheint im Januar 1639 wieder mehr Bereitwilligkeit zu Verhandlungen gezeigt zu haben.[22]) Noch bevor Rollet jedoch darüber in Paris berichten konnte, hatte man dort de Ville, der kriegsgefangen war, für eine Sendung an den Herzog gewonnen, unter dem Vorwand, über den Austausch von Kriegsgefangenen zu verhandeln.[23]) De Ville erhielt einen Paß für Karl, der diesem sichere Aufnahme in Paris zusagte. Dabei wurde, obwohl die Verhandlungen von Frankreich begonnen waren, so getan, als ob Karl den König um Vergebung für seine Haltung gebeten habe.[24]) Um

---

[15]) Aubery III 374 ff., Des Robert I 363 f., vgl. Aubery III 376 und 376 f. und Grotius Ep. 728 (Oxenstierna II 2, 325, Nr. 132). Grotius spricht auch von Verhandlungen durch die Herzogin von Chevreuse, Ep. 732 (Oxenstierna II 2, 328, Nr. 133).

[16]) Des Robert I 402.

[17]) Des Robert I 421 f. — Am 10. Oktober ließ Richelieu durch Gaston bei der Prinzessin von Pfalzburg, die sich mit Margarethe in Brüssel befand, die Vermittlung eines Vertrages mit Karl durch Henriette anregen. Von der Wiederherstellung Lothringens könne aber keine Rede sein. Lettres V 868.

[18]) Haussonville II 111, A. 1, Des Robert II 103 f.

[19]) Des Robert II 105 f.

[20]) Des Robert II 106 f., Haussonville II 111.

[21]) Des Robert II 107 f. Ueber ein Abkommen Karls mit England vgl. Des Robert II 102.

[22]) Des Robert II 336, Nr. 9, II 342, Nr. 19.

[23]) Aubery V 573 f.

[24]) Des Robert II 337, Nr. 11, Aubery V 573, vgl. Des Robert II 108 ff.

diesen Schein aufrecht zu erhalten, ließ man, als Rollet inzwischen mit guten Nachrichten über die Stimmung Karls eingetroffen war, de Ville noch nachträglich anweisen, er solle Karl sagen, daß er erst nach der Rückkehr Rollets abgereist sei.[25]) Karl ist anscheinend auf die französischen Vorschläge nicht eingegangen, und vor allem wird er nach den in La Neuville 1633 gemachten Erfahrungen schwerlich bereit gewesen sein, an den Hof zu kommen. De Ville kehrte jedenfalls, seinem Versprechen getreu, in die französische Gefangenschaft zurück.[26]) Welche Bedingungen Richelieu damals gestellt hat, ist nicht bekannt. Es scheint, daß er den Plan, Lothringen und Bar gegen ein französisches Herzogtum auszutauschen, damals wieder aufgenommen hat.[27])

Trotz dem Scheitern dieses Versuches gab Richelieu seine Bemühungen für eine Verständigung mit Karl nicht auf. Im März 1639 sollte de Ville erneut zu Karl geschickt werden, wieder unter dem Vorwand, über den Austausch von Gefangenen zu verhandeln.[28]) Richelieu stellte dabei unter der Voraussetzung, daß Karl alle seine Truppen mit Frankreich vereinige, die folgenden Bedingungen: Frankreich behält Bar, La Mothe, Clermont, Stenay und Jametz für immer, und Nancy bis zehn Jahre nach dem Frieden, das dann nach Schleifung zurückgegeben werden soll. Will Karl dem König lieber Nancy als Eigentum lassen, so soll er Bar zurückerhalten. De Ville sollte dem Herzog ferner erklären, daß Frankreich in einem allgemeinen Frieden nie so günstige Bedingungen und in einem Sondervertrag niemals bessere Bedingungen gewähren werde.[29]) Diese Bedingungen waren natürlich sehr hart, sie bedeuteten aber doch ein gewisses Nachlassen gegenüber den bisherigen Forderungen, zumal der Plan des Austausches mit einem innerfranzösischen Ge-

---

[25]) Des Robert II 336, Nr. 9. — Das hier angegebene Datum vom 1. Januar 1639 muß falsch sein, da der Entwurf dieses Briefes an de Ville von der Voraussetzung ausgeht, daß dieser bereits abgereist ist. Seine Abreise muß Ende Januar erfolgt sein. Des Robert II 110 f. zitiert in seinem Text diesen Brief ebenfalls für die Zeit nach der Abreise de Villes. — Vgl. Grotius Ep. 1110 (Oxenstierna II 2, 572 f., Nr. 247), Ep. 1111, 1113 1122 (Oxenstierna II 2, 582, 251), Ep. 1123, 1124.

[26]) Des Robert II 111, Grotius Ep. 1130 (Oxenstierna II 2, 582, Nr. 251), Ep. 1133, 1136.

[27]) Calmet VI 261, Grotius Ep. 1108 (Oxenstierna II 2, 570, Nr. 246), Ep. 1109, 1110 (Oxenstierna II 2, 572 f., Nr. 247), Ep. 1133.

[28]) Des Robert II 339, Nr. 14.

[29]) Des Robert II 340, Nr. 15. — Aubery V 574 f. und Lettres VII 225, Anal. 1 geben diese Instruktion unter dem falschen Datum vom 12. Mai, vgl. Des Robert II 115, A. 1, 340 A. 1.

biet jetzt fallen gelassen wurde. Die Gesandtschaft de Villes kam jedoch nicht zustande, da dieser am 11. April aus der französischen Gefangenschaft entfloh.[30])

Im Mai 1639 hat sich dann Karl seinerseits mit der Bitte um Verhandlungen an die Franzosen gewandt. Er ließ Feuquières, der damals in diesen Gegenden eine Armee kommandierte, mitteilen, daß er mit dem Kaiser und Spanien unzufrieden und zu einem Frieden mit Frankreich bereit sei, wenn man nicht zu entehrende Bedingungen fordere.[31]) Er soll sich sogar bereit erklärt haben, die durch de Ville im März übermittelten Bedingungen anzunehmen.[32]) Diese Anerbietungen Karls dürften ein Täuschungsversuch gewesen sein, um die militärischen Operationen Feuquières' aufzuhalten und Zeit zu Gegenmaßnahmen zu gewinnen. Feuquières ließ sich auch täuschen und hielt die Vorschläge Karls für ehrlich.[33]) Die Folge war seine Niederlage bei Thionville.

Ende Juli oder Anfang August 1639 hat dann Karl erneut la Grange-aux-Ormes um Wiederaufnahme der Verhandlungen gebeten, und die Regierung gab diesem sofort Befehl, darauf einzugehen.[34]) La Grange hat dann mehrmals mit Karl verhandelt und ihm die Wiederherstellung versprochen unter der Bedingung, daß Bar, Clermont, Stenay und Jametz für immer, Nancy und Marsal bis zum Frieden französisch bliebe. Karl verlangte die Rückgabe von Bar und finanzielle Entschädigung für die anderen Plätze.[35]) Der Herzog ging dann zunächst nach Brüssel und versicherte von dort aus la Grange seiner guten Absichten.[36]) Später haben beide wieder persönlich verhandelt. Karl hat dabei seine Unschuld

---

[30]) Des Robert II 342, Nr. 19, II 116. — Die bei Aubery V 551 f. ohne Datum abgedruckten Briefe Ludwigs XIII. und Richelieus an Karl über eine Gesandtschaft de Villes können nicht, wie Des Robert II 117 f. meint, nach de Villes Flucht, die auch gar nicht erwähnt wird, geschrieben sein. Der ganzen Verhandlungsart dieser Zeit widerspricht es, daß man Karl offizielle Schreiben des Königs und Richelieus in die Hand gab. Es handelt sich vielmehr um Briefe aus dem Mai 1632 — Lettres IV 769, Anal. 2 —, vgl. oben S. 94. — Vgl. über die Verhandlungen de Villes Haussonville II 111. — Calmet VI 261 meldet, daß Richelieu auch durch die Herzogin von Chevreux und Karls Geliebte Beatrice von Cantecroix zu verhandeln versucht hat.

[31]) Des Robert II 343 f., Nr. 21.

[32]) Des Robert II 122. — Vgl. die spätere Aeußerung de Villes bei Cousin, Chevreuse I 333 f.

[33]) Des Robert II 345, Nr. 22.

[34]) Aubery V 575 f., 576, Lettres VII 243, Anal. 5.

[35]) Aubery R 586 ff.

[36]) Aubery V 588.

an der Heirat Gastons beteuert und scheint vor allem darauf hingewiesen zu haben, daß ihm der Papst und die Habsburger völlige Wiederherstellung im allgemeinen Frieden zugesichert hätten. La Grange suchte das als leere Redensarten hinzustellen. Diese Verhandlungen hatten jedoch ebenfalls kein Ergebnis.[37]) Vielmehr wurde la Grange die Führung dieser Verhandlungen abgenommen, vor allem wohl deshalb, weil er Marsal nicht unter den Plätzen genannt hatte, die Frankreich dauernd behalten solle.[38]) Da Karl den Wunsch geäußert hatte, mit einer angesehenen, das volle Vertrauen des Königs genießenden Persönlichkeit zu verhandeln, wurde du Hallier, der schon vorher den Auftrag zu Verhandlungen bekommen hatte, jetzt offiziell damit beauftragt. Man schickte ihm einen Vertragsentwurf, den er möglichst zur Annahme bringen sollte, ohne die Verhandlungen jedoch scheitern zu lassen.[39]) Der Inhalt dieses Entwurfs ist nicht bekannt, jedoch wurden bald darauf zwei Abänderungen dieses Vertragsentwurfes zugestanden: Karl sollte Bar behalten und das Besatzungsrecht für Nancy auf drei Jahre nach dem Friedensschluß herabgesetzt werden. Dagegen wurde die von Karl geforderte sofortige Ueberlassung eines festen Platzes abgelehnt. Der Herzog sollte wählen, ob er lieber an Stelle der sofortigen Uebergabe von Bar die Ueberlassung von La Mothe drei Jahre nach dem Frieden haben wolle. Wenn Karl nicht einwillige, sollte du Hallier die Verhandlungen trotzdem nicht abbrechen.[40]) Anfang November 1639 erhielt du Hallier neue Anweisungen. Richelieu beklagte sich dabei darüber, daß Karl die französischen Vorschläge, noch dazu übertrieben, den Spaniern, Köln und Bayern mitgeteilt habe. Trotzdem wollte er die Unterhandlungen fortsetzen und war zu Entgegenkommen gegen einige Forderungen Karls bereit. So wollte er zwar formell die salische Thronfolge nicht anerkennen, war aber bereit, in dem Vertrag zu sagen, daß Karl in den Besitz der Souveränität seines Herzog-

---

[37]) Aubery V 592 ff., Des Robert 352 ff., Nr. 30, II 144 ff. Vgl. Aubery IV 233 ff., 235. Calmet VI 267.

[38]) Aubery V 591 f., Des Robert II 354, Nr. 30.

[39]) Aubery V 576 f., Lettres VII 359.

[40]) Aubery V 577 ff. — Dies Stück ist undatiert. Bei Aubery steht es zwischen den Aktenstücken aus dem Herbst 1639, zu denen es seinem ganzen Inhalt nach gehört, desgl. Aubery V 576 f. Avenel VIII 359 setzt das Stück bei Aubery V 576 f. in den Oktober und hinter die hier besprochene Instruktion, die er, Lettres VIII 358, an das Ende September oder Anfang Oktober stellt. Wie der Inhalt beider Stücke zeigt, muß aber die Reihenfolge umgekehrt sein, wie auch bei Aubery der Fall ist.

tums wiederhergestellt werde.[41]) Auch war er einverstanden, Karl La Mothe sofort zu übergeben, wenn Karl in dem Vertrag zugestehe, daß Frankreich im Falle eines neuen Vertragsbruches alles auf immer behalten könne, was es mit Waffengewalt erobere. Richelieu wies ferner du Hallier an, die Grenzen für die Plätze, die Frankreich dauernd behalten sollte, und für Nancy für die Zeit des Besatzungsrechtes, möglichst günstig festzulegen. Als dauernde Erwerbungen wurden Stenay, Jametz, Marsal und Clermont genannt. Du Hallier sollte aber diese Vorschläge Karl selbst machen lassen und vor allem vermeiden, daß der Herzog sagen könne, man habe ihm die sofortige Ueberlassung von La Mothe angeboten.[42]) Bald darauf teilte dann Richelieu du Hallier mit, daß Karl in Nancy einen Verrat angezettelt habe, und sprach die Befürchtung aus, daß Karl die Verhandlungen nur fortführe, um Frankreich zu täuschen. Trotzdem sollten sie fortgesetzt werden.[43]) Karl bezeichnete im Dezember die Nachricht über den Verrat in Nancy als eine Verleumdung und beteuerte seine Bereitschaft zu einer Verständigung mit Frankreich.[44]) Von einer Fortsetzung der Verhandlungen ist aber zunächst nichts bekannt; sie sind anscheinend damals unterbrochen worden.[45])

---

[41]) Grotius meldet am 17. September, daß die Franzosen zur Anerkennung der salischen Thronfolge bereit seien, Ep. 1240 (Oxenstierna II 2, 648, Nr. 283).

[42]) Aubery V 579 ff.

[43]) Aubery V 583 ff., Des Robert III 351 f., Nr. 29, Lettres VIII 359.

[44]) Aubery V 590 f.

[45]) Vgl. Des Robert II 148 ff. — Ein Spion Richelieus in Brüssel meldete, daß Karl von einem allgemeinen Frieden bessere Bedingungen erwarte und daher keinen Sondervertrag schließen wolle, Des Robert II 152 f. — Haussonville II 111 f. setzt diese Verhandlungen von La Grange und du Hallier in das Jahr 1640. Er folgt dabei dem Bericht La Granges vom 2 Jannuar 1640 — Aubery V 592 ff., Des Robert II 352 ff., Nr. 30 — und übersieht, daß dies ein späterer Bericht ist, der sich auf die Verhandlungen vom August bis Dezember 1639 bezieht, vgl. Lettres VIII 357, A. 2. — Vgl. über diese Verhandlungen auch die Berichte von Grotius: Ep. 1235, 1238 (Oxenstierna II 2, 643, 644 f., Nr. 281, 282), Ep. 1239, 1246, 1250, 1280, 1289, 1291 (Oxenstierna II 2, 668, 672, 673 f., Nr. 292, 295, 296); Siri I 251 f. Ueber die Rolle der Herzogin von Chevreuse bei diesen Verhandlungen vgl. Cousin, Chevreuse I 69 ff. — Nur mit einem kleinen Teil des lothringischen Gebiets kam im Herbst 1639 ein Neutralitätsvertrag zustande, und zwar mit dem Gebiet der Aebtissin von Remiremont, einer Tante des Herzog Karl. Schon 1635 war dasselbe unter besonderen französischen Schutz genommen worden. Duhamel I 111 f. Seit 1637 wurde dann über die Neutralität dieser Gebiete verhandelt, Des Robert II 104, und im Herbst 1639 mit der Aebtissin Katharina ein Vertrag ge-

Die ganzen Verhandlungen zeigen, welchen großen Wert Richelieu auf eine unmittelbare Verständigung mit Lothringen legte.[46]) Trotz der wenig Vertrauen erweckenden Haltung Karls hat er immer wieder versucht, dieses Ziel zu erreichen, und dabei gleichzeitig angestrebt, dem Herzog nach außen die Initiative zuzuschieben und zu vermeiden, daß man glauben könne, Frankreich mache ihm Angebote. Grundbedingung war freilich stets, daß Lothringen während des Krieges fest in französischer Hand und auch im Frieden die französische Vormachtstellung in Lothringen unbedingt gesichert blieb. Aber unter Wahrung dieser Grundlage hatte Richelieu doch im Laufe der Verhandlungen auch in territorialer Beziehung nicht unwesentliche Zugeständnisse gemacht, besonders die unbedingte Forderung der Behauptung aller lothringischen festen Plätze und auch Nancys aufgegeben. Aber noch war die allgemeine Lage nicht so, daß Karl eine Wiederherstellung seines Staates unter Aufgabe seiner militärischen und politischen Unabhängigkeit anzunehmen für vorteilhaft halten konnte. Denn die habsburgischen Mächte hatten ihm die völlige Wiederherstellung zugesichert, und die allgemeine militärische und politische Lage ließ die Hoffnung nicht als unbegründet erscheinen, daß Spanien und der Kaiser, die jetzt auch den Besitz eines großen Teiles von Savoyen in die Wagschale werfen konnten, ihr Versprechen wahrmachen könnten, zumal die Wiederherstellung Lothringens ihren eigenen Interessen entsprach.

Auch die persönlichen Verhältnisse der lothringischen Herzogsfamilie spielten in diesen Jahren für die Politik Richelieus eine Rolle, sie seien daher kurz erwähnt. Karls Gemahlin Nicole befand sich immer noch in Frankreich, wo man sie, wenn es in die augenblickliche Politik paßte, als die eigentliche Souveränin Lothringens bezeichnete. In einem Brief an sie vom Juli 1635 beklagte sich Richelieu darüber, daß man in Rom davon spreche, sie verweile nur gezwungen in Frankreich.[47]) Man suchte also auch hier nach wie vor den Schein zu wahren. Ende 1639 war man dann, wie erwähnt, bereit gewesen, Karl als Souverän anzuerkennen. Als dann der Abschluß mit Karl zweifelhaft wurde, äußerte

---

schlossen, in dem Remiremont mit Epinal und St. Dié für neutral erklärt wurde. (Rogéville I 419, Pfister, Catherine S. 308, Haussonville II 103, Krug Basse X 205 f.)

[46]) Vgl. oben S. 218.

[47]) Lettres V 132 f.

Richelieu die Absicht, Nicole zu Anerbietungen an Frankreich zu bringen, und meinte, sie wäre geneigt dazu.[48]) Die unglückliche Herzogin war tatsächlich völlig in der Hand der Franzosen, denn auch ihr Gemahl hatte sie verlassen. Karl hatte sich schon 1635 in Beatrice von Cusance, eine Adlige aus der Freigrafschaft Burgund, verliebt und versucht, seine Ehe mit Nicole zu lösen. Beatrice heiratete aber 1635 den Prinzen von Cantecroix. Als dieser jedoch gestorben war, scheute sich Karl nicht, seine Ehe mit Nicole für ungültig zu erklären und im Februar 1637 Beatrice zu heiraten, die ihm 1639 einen Sohn gebar. Beatrice hat dann anscheinend in den Verhandlungen mit Frankreich schon um diese Zeit eine Rolle gespielt. Sie wurde in Brüssel nicht gern gesehen, der Papst wollte ihre Ehe nicht anerkennen und sie hoffte anscheinend, durch einen Vertrag Karls mit Frankreich die Anerkennung ihrer Ehe durchsetzen zu können. Richelieu soll sie daher dazu benutzt haben, um Karl zum Abschluß eines Vertrages mit Frankreich anzutreiben.

Karls Bruder Nikolas-Franz und seine Gemahlin Claude spielten in dieser Zeit kaum eine Rolle für die französische Politik. Sie befanden sich zunächst in Italien, später in Wien. In Deutschland arbeitete Nikolas-Franz gegen Frankreich. Durch Karls Heirat mit Beatrice, die Nikolas-Franz entschieden mißbilligte, gerieten die Brüder in Streit, bei dem es zu sehr erregten Auseinandersetzungen kam.[49]) Henriette von Pfalzburg, die zwischen Karl und Nicole zu vermitteln suchte, und Gastons Gemahlin Margarethe lebten in Brüssel. Die Frage ihrer Ehe war jetzt stark in den Hintergrund getreten. Gaston hatte Ende 1634 versprochen, die Gültigkeit derselben von dem Spruch französischer Gerichte abhängig zu machen. Richelieu ließ darauf 1635 die Ehe durch den französischen Klerus für nichtig erklären. Der Papst erkannte das jedoch nicht an, und Gaston, der im Sommer 1635 wieder mit dem Hof gebrochen hatte, erneuerte die Eheschließung in Brüssel. Alle französischen Bemühungen, die Ungültigkeitserklärung in Rom durchzusetzen, scheiterten. Als Gaston dann Ende 1636 nach Frankreich zurückgekehrt war und die Genehmigung seiner Heirat zur Bedingung einer Verständigung machte, erklärte sich Richelieu dazu bereit, wenn Gaston sich verpflichte, mit Margarethe nicht die Ansprüche ihres

---

[48]) Aubery V 585.

[49]) Des Robert, Nikolas-Franz S. 104 ff.

Hauses zu heiraten.[50]) Auf dieser Grundlage kam im Februar 1637 ein Vertrag zustande, der die Ehe anerkannte. Gaston selbst hatte es aber anscheinend jetzt wenig eilig, seine Gemahlin nach Frankreich kommen zu lassen. Die Heirat ist dann erst nach Richelieus Tod Anfang 1643 endgültig gestattet worden. Margarethe kam damals nach Frankreich und die Ehe wurde neu geschlossen.

Ueber die drei lothringischen Bistümer ist aus den Jahren 1635 bis 1639 wenig zu berichten. Sie wurden nach wie vor als rein innerfranzösische Gebiete behandelt und der Widerstand der Bevölkerung war ja bereits vorher erstickt worden. Nur der Bischof von Verdun kämpfte, aus seinem Gebiet vertrieben, in den kaiserlichen Heeren. Er suchte 1635 seine Untertanen zur Erhebung gegen Frankreich aufzurufen, eine Wirkung konnte das nicht haben.[51]) In Toul kam es zum Streit über die Bischofswahl, da der Papst die Bestimmungen des französischen Konkordats für diese Gebiete nicht anerkannte und die vom Kapitel gewählten oder vom König ernannten Bischöfe 1634 und 1637 nicht bestätigte.[52]) Die Bistümer, vor allem das Bistum Metz, litten schwer unter den Kriegswirren; so meldete Feuquières 1636 an Richelieu, daß das Bistum völlig ausgesogen sei.[53])

Wichtig sind die in diesem Jahre in der Verwaltung Lothringens und der Bistümer vorgenommenen Aenderungen. Man hatte 1633 ein Parlament für die Bistümer in Metz und 1634 eine cour souveraine für Lothringen in Nancy errichtet, während Bar unter dem nur mit einem französischen Präsidenten besetzten Parlament von St. Mihiel geblieben war.[54]) Die lothringischen Richter desselben waren aber sehr bald zu Karl geflohen, der ebenfalls eine cour souveraine errichtet hatte.[55]) Als daher St. Mihiel im Oktober 1635 wieder erobert worden war, löste die französische Regierung das dortige Parlament am 19. Oktober auf und übertrug seine Befugnisse der cour souveraine in Nancy, was ausdrücklich als Strafmaßnahme bezeichnet wurde.[56])

---

[50]) Lettres V 713 f., Mémoires III 90 f.
[51]) Mémoires II 643.
[52]) E. Martin II 207 f., 216, Thierry II 172 f., 178, Michel, Biographie S. 206, Artikel Gournay, vgl. Des Robert, Nikolas-Franz S. 103 f.
[53]) Gallois I 121 f., desgl. für Toul I 114.
[54]) Vgl. oben S. 86 ff., 125.
[55]) Rogéville I 414, Krug-Basse X 86, 204.
[56]) Rogéville I 415 f., Lettres V 277, Aubery V 379, Mémoires II 634, Michel, Biographie S. 80, Art. Michel Charpentier.

Am 13. Juli 1637 wurde auch die cour souveraine in Nancy aufgelöst und ihre Befugnisse dem Parlament von Metz übertragen. Ein Grund dafür dürfte gewesen sein, daß die Bevölkerung, mit Rücksicht auf die man einst den Gerichtshof in Nancy errichtet hatte, demselben die Anerkennung ebenso versagte wie dem Parlament von Metz. Der Erlaß vom 13. Juli begründete die Auflösung damit, daß ein Teil der der cour souveraine unterstehenden Gebiete von den lothringischen Herzogen usurpiert worden und daher Kompetenzkonflikte entstanden seien, und daß ferner die Zweiteilung die Tätigkeit der Beamten, die teilweise beiden Behörden angehörten, zersplittere.[57]) Es handelte sich also um eine Zentralisierung der Verwaltung und Rechtsprechung. Dabei wurde in dem Erlaß, obwohl an sich alle Befugnisse des Gerichtshofes in Nancy dem Parlament übertragen wurden, in der genauen Formulierung der Kompetenz nur von den durch die lothringischen Herzoge usurpierten Gebieten gesprochen. Da es sich bei diesen nach den einst von Lebret begründeten Ansprüchen in der Hauptsache um dieselben Gebiete handelte, die man in den geheimen Verhandlungen mit Karl damals forderte, so stand diese Formulierung und die ganze Neuordnung der Verwaltung zweifellos im Zusammenhang mit den geheimen Verhandlungen mit dem Herzog. Durch die Auflösung der Behörde in Nancy wurde eine Schwierigkeit für die Verständigung beseitigt.

Das Parlament von Metz wurde ferner Anfang 1637 von Metz nach Toul verlegt und führte fortan den Namen: Parlament von Metz mit dem Sitz in Toul. Den äußeren Anlaß zu dieser Verlegung bildete ein Streit des Parlaments mit dem Gouverneur der Bistümer, de la Valette. Wie überall in Frankreich war auch hier ein Konflikt zwischen dem Selbständigkeitsbestreben des Parlaments und dem Gouverneur entstanden, und de la Valette war für die Verlegung des Parlaments eingetreten, die bereits im Mai 1636 befohlen wurde. Das Parlament hatte jedoch zunächst dem Befehl nicht gehorcht und sich erst nach längeren Auseinandersetzungen Anfang 1637 gefügt.[58]) Der entscheidende Grund für diese Verlegung ist aber schwerlich der Streit mit de la Valette gewesen, in dessen Gouvernement das Parlament ja

---

[57]) Rogéville I 416 ff., Michel, Geschichte S. 24. Die Ausführung ist im August 1637 erfolgt, Rogécille I 419, Calmet VI 177.

[58]) Michel, Historie S. 57 ff., Aubery III 230, Robinet S. 85 ff., Thierry II 174 ff. — Im Juni 1637 spricht Chavigny einmal von dem Beschluß, das Parlament nach Verdun zu verlegen, Aubery III 400.

immer noch blieb. Nach außen haben die Franzosen diese Maßnahme anscheinend mit der militärischen Sicherheit des Platzes begründet, da der wichtige Ort durch die zahlreichen Besucher des Parlaments gefährdet werde.[59]) Auch das ist nur ein Vorwand gewesen, denn dieser Grund sprach auch gegen Toul, dessen Wichtigkeit Richelieu gerade damals betonte.[60]) Der wahre Grund für diese Verlegung des Parlaments liegt vielmehr in allgemein politischen Gründen. Richelieu war, wie erwähnt wurde, Anfang 1637 bereit, auf Drängen des Kaisers das Bistum Metz der Kompetenz des Parlaments zu entziehen, um das Parlament selbst beim Friedensschluß erhalten zu können.[61]) Die Verlegung des Parlaments sollte also die Regelung dieses Streitpunktes erleichtern und wahrscheinlich vor allem vermeiden, daß eine solche Maßnahme als von den Gegnern erzwungen erschien. So meldete denn auch Grotius Anfang März 1637, das Parlament von Metz werde stillschweigend abgebaut, da seine Behauptung im Frieden Schwierigkeiten machen werde.[62]) Es handelte sich aber nicht um einen Abbau des Parlaments selbst, sondern nur seiner Befugnisse im Bistum Metz. Dieser ist tatsächlich erfolgt. Im Mai wurde die Gerichtsbarkeit und Verwaltung des Bistums und auch der Stadt Metz einem besonderen Beamten übertragen und dem Parlament von Metz entzogen. Diese Trennung ist bis 1641 aufrecht erhalten worden.[63]) Die in Lothringen und den Bistümern damals getroffenen Verwaltungsmaßnahmen stehen also in engem Zusammenhang mit den geheimen Verhandlungen mit dem Herzog Karl wie mit den allgemeinen Friedensverhandlungen und zeigen ebenfalls Richelieus Bestreben, Schwierigkeiten für eine Verständigung aus dem Wege zu räumen.

---

[59]) Dupleix II 84, Bauchez S. 342 ff., Bigot S. 55.

[60]) Charavay S. 90. — Am 24. April 1635 hatte Richelieu den Vorschlag, das Parlament nach Toul und die cour souveraine nach St. Mihiel zu verlegen, als sehr gut bezeichnet, Lettres IV 730. Damals dürften in der Tat militärische Gründe ausschlaggebend gewesen sein. 1637 kam aber eine militärische Bedrohung von Metz nicht in Frage. —Michel, Histoire S. 75 und Kaufmann S. 49 meinen, die Verlegung des Parlaments stehe mit der Unterstellung der lothringischen Gebiete in Zusammenhang, da Toul für das neue Gebiet zentraler läge. Das kann nicht stimmen, denn der erste Befehl über die Verlegung des Parlaments erfolgte schon 14 Monate vor dieser Unterstellung und 7 Monate nach dem Befehl, der die Befugnis des Parlaments von St. Mihiel der cour souveraine in Nancy übertrug.

[61]) Vgl. oben S. 199.

[62]) Grotius Ep. 722, 739 (Oxenstierna II$_2$ 320, 333, Nr. 130, 135).

[63]) Michel, Histoire S. 75, 537, Biographie S. 454, Art. Rigault.

3. Frankreich, Bernhard von Weimar und das Elsaß.

Für Richelieus Stellung zum Elsaß ist von besonderer Bedeutung der am 27. Oktober 1635 mit Bernhard von Weimar abgeschlossene, vielumstrittene Vertrag, der diesem das Elsaß überließ, und die weiteren Verhandlungen Frankreichs und Bernhards über die elsässische Frage.

Bernhard von Sachsen-Weimar, damals dreißigjährig, war einer jener deutschen Fürsten, die, als jüngere Söhne ihres Hauses geboren, im Kriegswirbel jener Zeit ihr Schicksal allein auf die kriegerische Tätigkeit gründeten und gewissermaßen in ihrem Heer eine neue Heimat fanden. Er war die reinste und edelste Gestalt unter ihnen, wurde von seinen Leuten, die ihm unbedingt folgten, unendlich geliebt und verehrt, und hatte dadurch mit seiner Truppe trotz ihrer oft zahlenmäßigen Schwäche eine Waffe in der Hand, die ihn auch dem stärkeren Gegner gefährlich machte und die seine Freundschaft jedem wertvoll erscheinen lassen mußte. Er ist als Vorkämpfer des deutschen Protestantismus von der historischen Legende liebevoll umwoben worden, und sicherlich war es ihm, und vielleicht ihm allein von allen jenen Soldatenfürsten, vor allem um die Sache zu tun, für die er kämpfte. Die Sache des deutschen Protestantismus war ihm heilig und sie verband sich ihm auch mit der Sache des Deutschen Reiches, freilich aber dachte er daran, sich gleichzeitig auch für seine Person ein eigenes Land zu erobern. Bernhard ist ferner nicht nur Soldat und Feldherr gewesen, sondern auch ein nüchtern und klar denkender Politiker und Diplomat, den auch der große französische Staatsmann nicht einfach überspielen konnte. Schon seit den ersten Zeiten des dreißigjährigen Krieges hatte er für die Protestanten gefochten, später kämpfte er unter Gustav Adolf und entschied, nachdem diesen die tödliche Kugel getroffen hatte, die Schlacht von Lützen zugunsten Schwedens und der deutschen Protestanten. Nach Lützen führten er und Horn die schwedisch-protestantischen Heere, beide gemeinsam verloren die Schlacht bei Nördlingen, durch deren Folgen der Plan, Bernhard den Oberbefehl über das Heer des Heilbronner Bundes zu übertragen, vereitelt wurde. Die militärischen Auswirkungen der Schlacht zwangen Bernhard, an den Rhein zurückzugehen und dort den Abwehrkampf gegen die habsburgischen Truppen aufzunehmen.

Schon im Jahre 1633 hatte der französische Gesandte Feuquières dem Herzog — wie auch anderen den Schweden

verbündeten deutschen Fürsten — eine Pension angeboten, die dieser aber ablehnte.[1]) Auch 1634 hat Feuquières mit Bernhard verhandelt, ohne daß es zu engeren Beziehungen zwischen ihnen kam.[2]) Der französische Gesandte meinte vielmehr, von Bernhard sei eher Schlimmes als Gutes zu erwarten,[3]) und auch Bernhard hegte erhebliches Mißtrauen gegen die Franzosen.[4]) Nach Abschluß des Vertrages von Paris vom 1. November 1634 erhielt jedoch Feuquières den Befehl, Bernhard durch große Anerbietungen für Frankreich zu gewinnen.[5]) Gleichzeitig versuchte man, durch Rohan auf ihn einzuwirken.[6]) Bernhard ging jedoch auf die sehr allgemein gehaltenen Vorschläge der Franzosen nicht ein.[7]) Die Auseinandersetzungen über die Hilfeleistung französischer Truppen am Rhein haben damals das gegenseitige Mißtrauen noch erhöht. Die Absicht der Franzosen ist anscheinend gewesen, Bernhard zum Führer des den Verbündeten versprochenen Hilfskorps in Deutschland zu machen. Jedenfalls haben die Verhandlungen mit Bernhard bis zum Ende des Jahres zu keiner Annäherung geführt, vielmehr sprach sich Feuquières noch am 20. Dezember 1634 recht ungünstig über Bernhard aus,[8]) obwohl man sich schon damals bemühte, ihm das Generalat der Heilbronner Verbündeten zu verschaffen.

Am 30. Januar 1635 erhielt Feuquières dann eine Instruktion, in der zunächst das Kommando über das französische Hilfskorps für Bernhard bestimmt wurde. Ferner wurden Bernhard jetzt die Einkünfte aus der „Landgrafschaft Elsaß", soweit sie Oesterreich bisher gehört hätten, zugesagt, mit Ausnahme der kirchlichen Güter und des Besitzes der einzelnen Stände, über die der König nicht verfügen könne. Bernhard sollte die katholische Religion schützen. Frankreich sollte aber die festen Plätze behalten, zumal der König sich das Land nur als „Depot" bis zum Frieden und zum Schutz vor Unterdrückungen der Gegner zuschriebe. Der König wäre daher verpflichtet, die oberste Autorität zu behalten, und Bernhard sollte die Landgrafschaft genießen unter der Autorität des Königs, ohne Kontributionen und Aenderung

---

[1]) Feuquières II 73 f., 91. Aubery II 143, 212.
[2]) Feuquières II 208 f., 273 ff.
[3]) Feuquières II 294 (274).
[4]) Roese II 13 ff., vgl. II 437 ff., Nr. 1.
[5]) Roese II 352 f., A. 56, vgl. Lettres IV 646.
[6]) Roese II 450 f., Nr. 5.
[7]) Roese II 451 f., Nr. 6.
[8]) Roese II 445 ff., Nr. 4, vgl. Rommel VIII 293, A. 373.

der Rechte. Falls im Frieden die Landgrafschaft zurückgegeben werden müsse, verspreche der König für die Entschädigung Bernhards zu sorgen.[9])

In den weiteren Verhandlungen Feuquières' mit Bernhard ist dann in der Hauptsache über die militärischen Fragen gesprochen worden. Bernhard forderte vor allem für sein erschöpftes Heer Ruhequartiere. Die Franzosen verlangten für den mit ihm abzuschließenden Vertrag, daß er sich jederzeit zum Schutz der von Frankreich im Elsaß besetzten Plätze zur Verfügung stelle.[10]) Das sollte ausdrücklich in die Vertragsbestimmungen aufgenommen werden.[11]) Feuquières hat darauf am 2. April 1635 einen Vertragsentwurf unterzeichnet, der mit diesem Zusatz durchweg den in der Instruktion vom 30. Januar aufgestellten Bedingungen entsprach. Hinzugefügt war nur noch auf Bernhards Wunsch, daß der König seine Ansprüche auf das ihm von Schweden geschenkte Franken und auf seinen Hausbesitz unterstützen solle.[12])

Die militärischen Bestimmungen dieses nur von Feuquières unterzeichneten Vertragsentwurfs waren für die Franzosen verhältnismäßig günstig. Bernhard selbst hat jedoch seine Unterschrift verweigert. Er stieß sich vor allem an der Form des dem König zu leistenden Eides und noch mehr an der Bestimmung, daß in seiner Abwesenheit der französische Generalleutnant die Armee kommandieren solle.[13]) Ferner betonte er, daß dieser Vertrag ihm wenigstens für den Augenblick nichts nutzte, da zur Zeit auf Einkünfte aus dem Elsaß nicht zu rechnen sei, und er verlangte daher französische Subsidien für seine erschöpfte Armee.[14])

---

[9]) Feuquières II 446 ff., Mémoires II 582 f., Siri VIII 214. Ueber die elsässische Frage ist nach Roese II 36 schon vorher mit Bernhard verhandelt worden. Roese läßt dabei offen, ob der Vorschlag von Bernhard oder den Franzosen ausgegangen ist. Auch die Instruktion macht den Eindruck, als ob sie nach Berichten über mit Bernhard bereits geführte Verhandlungen formuliert worden ist.

[10]) Feuquières II 461 f., 465, III 7, 14 f., 26.

[11]) Feuquières III 3 f., 17.

[12]) Roese II 463 ff., Nr. 10, Feuquières II 38. Statt „du Landgraviat d' Alsace" in der Instruktion steht in dem Vertragsentwurf „du Landgraviat d'Alsace et du Bailliage de Haguenau."

[13]) Oxenstierna II 7, 295, Nr. 199.

[14]) Feuquières III 38 f. — Vgl. über den Vertragsentwurf: Roese II 64 ff., Droysen II 103 ff., Forschungen S. 361 f., Parieu, Revue de France XVII 20.

Die Verhandlungen mit Bernhard mußten daher weitergehen.[15]) Sie drehten sich in den folgenden Monaten ausschließlich um die Frage der von Bernhard verlangten Subsidien und um die militärischen Operationen. Während Bernhard auf eine offensive Kriegsführung drängte und möglichst bald wieder auf das rechte Rheinufer zurückkehren wollte, kam es den Franzosen nur darauf an, Bernhard zum Schutz Lothringens und der französischen Grenzen zu verwenden. Schon diese Meinungsverschiedenheit führte zu lebhaften Auseinandersetzungen und zu bitteren Klagen Bernhards über die Franzosen. Noch größer war aber der Gegensatz in der Frage der Subsidien und der Stärke des von Bernhard zu unterhaltenden Heeres. Bernhard forderte 4 Millionen Livres, die Franzosen wollten mit Rücksicht auf ihre schlechte finanzielle Lage eine so hohe Summe nicht zahlen. Bernhard drohte bei den langwierigen Verhandlungen mehrmals mit den ihm vom Kaiser gemachten Angeboten zum Eintritt in den Prager Frieden und mit der antifranzösischen Stimmung seiner Offiziere und Soldaten. Die Franzosen betonten dagegen immer wieder, daß man Bernhard unbedingt gewinnen müsse, ja der Pater Joseph sagte sogar einmal, mit Bernhard ginge ganz Deutschland für Frankreich verloren.[16]) Während man diese Verhandlungen führte, verschlechterte sich die politische Lage in Deutschland und die militärische Lage am Rhein dauernd. Richelieu entschloß sich daher im September, Bernhard notfalls die geforderten vier Millionen Livres zu bewilligen, obwohl er das eine unverständige Bedingung nannte, und verlangte, daß in dieser Summe die dem Landgrafen von Hessen zu zahlenden Subsidien einbegriffen seien. Als dann durch den Rückzug Bernhards und der französischen Armee nach Lothringen die von Richelieu gefürchtete Vernichtung der französischen Truppen abgewendet war, wollte Richelieu nochmals versuchen, unter geringerer finanzieller Belastung mit Bernhard abzuschließen. Dringende Vorstellungen des

---

[15]) Vgl. darüber vor allem die Briefe Feuquières' und die Aktenstücke bei Aubery, ferner die Briefe von Grotius, sowie Droysen und Roese.

[16]) Aubery II 457. — Nach Siri VIII 331 und Richard S. 374 f. soll Richelieu im September zu Joseph gesagt haben, ohne Bernhard wären Lothringen und die Bistümer verloren worden. — Wenn Droysen mehrfach meint, die Franzosen hätten mit den Subsidien nur zurückgehalten, um Berhard nicht zu stark zu machen, so berücksichtigt er nicht die Lage der französischen Finanzen. Bei Lage der Dinge hätte eine solche Zurückhaltung der Franzosen auch wenig Sinn gehabt.

französischen Armeeführers, des Kardinals de la Valette, über die unbedingte Notwendigkeit, mit Bernhard einig zu werden, bestimmten ihn dann, die 4 Millionen zu bewilligen.

Ueber das Elsaß ist in diesen Verhandlungen nicht gesprochen worden. Feuquières hatte am 7. April seiner Regierung mitgeteilt, er habe den Vertrag — am 2. April — mit Bernhard abgeschlossen und berichtet, Bernhard bitte auch noch um Subsidien, da bei der augenblicklichen Lage des Elsaß ihm die Einkünfte daraus nichts nützten.[17]) In Paris mußte man dadurch die Meinung bekommen, daß der Vertragsentwurf auch von Bernhard unterzeichnet sei und es sich bei den weiteren Verhandlungen nicht mehr um die in dem Vertrage bereits erledigten Fragen, darunter über das Elsaß, handle, sondern nur noch um Bernhards Bitte um Subsidien. Man stellte Bernhard am 10. Juli, falls das Elsaß verloren gehe, ein ansehnliches Einkommen in Lothringen in Aussicht, oder, wenn man auch dieses verliere, entsprechende Einkünfte aus Frankreich selbst.[18]) Am gleichen Tage traf Bernhards Gesandter Ponika in Paris ein, und erst durch ihn erfuhr man, daß Bernhard den Vertragsentwurf nicht unterzeichnet hatte.[19]) Am 21. Juli schrieb darauf Richelieu an Feuquières, daß in den neuen Vertrag dieselben Bedingungen aufgenommen werden sollten, wie in den Vertrag vom 2. April, als der König ihn beauftragt habe, Bernhard die Aemter des Elsaß und von Hagenau[20]) zu versprechen. Man habe bereits geglaubt, daß dieser Vertrag schon abgeschlossen sei, aber Ponika habe erklärt, daß Bernhard noch einige Punkte hinzufügen wolle.[21]) Dies zeigt, daß Richelieu zwischen den Einkünften aus dem Elsaß und dem Land selbst keinen scharfen Unterschied machte, wie er auch bereits am 2. Juni einmal geschrieben hatte, der König lasse Bernhard das Elsaß.[22]) Auch die Instruktion an Feuquières vom 30. Januar und der Vertrag vom 2. April gingen ja von der Voraussetzung aus, daß mit den Ein-

---

[17]) Feuquières III 38 f.

[18]) Roese II 467, Nr. 11, Lettres VIII 284 f., Mémoires II 623 — Avenel, Lettres VIII 285, A. 1, verwechselt diese Stelle der Memoiren mit Mémoires II 582 f.

[19]) Feuquières selbst hat das am 2. Juli geschrieben, Feuquières III 127 f.

[20]) „Les Bailliages de l'Alsace et de Haguenau."

[21]) Feuquières III 203, Lettres V 927, Anal. 2.

[22]) Lettres V 47, ähnlich in einer Instruktion vom 24. Mai, Roese II 462, Urkunde 9. — Vergl. Grotius Ep. 429 (Oxenstierna II 2, 58 Nr. 29). Doysen II 154 f.

künften ein Verfügungsrecht über das Land verbunden sei.[23]) Im Vordergrunde für die Franzosen stand nicht die elsässische Frage, über die von weiteren Verhandlungen nichts bekannt ist, sondern die finanzielle Frage. Welche Abänderungen aber Bernhard durch Ponika gefordert haben wird, geht aus den Aenderungen hervor, die er am 23. September an einem Exemplar des Vertrages vom 2. April anbrachte. Er setzte hier an die Stelle der Einkünfte alle Rechte Habsburgs in der Landgrafschaft Elsaß und der Landvogtei Hagenau und änderte die Bestimmung, daß der französische König die festen Plätze behalten solle, dahin ab, daß die französischen Garnisonen in denselben bleiben sollen.[24])

Am 27. Oktober 1635 wurde zu St. Germain mit Bernhards Gesandten Ponika der endgültige Vertrag abgeschlossen.[25]) Er erfüllte in vielen wesentlichen Punkten die Forderungen Bernhards und war für ihn zweifellos günstiger als der Entwurf vom 2. April.[26]) Zunächst wurden Bernhard die schwer umstrittenen 4 Millionen Livres zugestanden, allerdings mit der Einschränkung, daß, sobald deutsche Bundesgenossen Truppen ins Feld stellten, sie einen Anteil an dieser Summe haben sollten. Bernhards Heer sollte 18 000 Mann stark sein und die Stärken durch die Franzosen kontrolliert werden. Bernhard wurde ferner in dem Vertrag als Bundesgeneral bezeichnet. Diese Stellung war aber bei der Zersprengung des Heilbronner Bundes in Wirklichkeit nur ein Name; trotzdem hatte das einen politischen Hintergrund, denn Bernhards Stellung als Bundes-

---

[23]) Sonst haben die Bestimmungen über den Schutz der katholischen Religion, den Genuß unter der Autorität des Königs und das Verbot der Aenderung der Rechte keinen Sinn.

[24]) Dieses Exemplar des Vertrages wurde am 23. September nur von Bernhard unterzeichnet, die Franzosen haben von dieser Unterzeichnung anscheinend nichts gewußt. Ueber das Elsaß machte der Herzog folgende Aenderungen: An Stelle der Einkünfte der Landgrafschaft Elsaß und der Landvogtei Hagenau sagt er: „avec tous les droicts et authoritez conformes à celles qui ont eues ceux de la maison d'Autriche sans y comprendre les bien d' église et des particuliers qui sont demeurez à la devotion de Sa. M. Tres Chrestienne." Ueber die Plätze heißt es: „S. M. se reservant aussi dans les places fortes ses garnisons, toute fois entretenues d'icelle, sans que les susdites pais en soint chargez." Roese II 463 ff, Nr. 10, Anmerkungen. — Am 23. März hatte Bernhard an seinen Bruder geschrieben, daß er tadle, daß die Plätze in die Hände der Franzosen gekommen seien Roese II 66.

[25]) Roese II 469 ff., Urkunde 13—16. Aubery II 475 ff.

[26]) Joseph schrieb am 14. November an Feuquières, der Vertrag sei mit allen Vorteilen für Bernhard geschlossen, der das verdiene, Feuquières III 296.

general sollte der Kern sein, um den sich ein neues deutsches Bündnis bildete, wie ja auch der Beitritt deutscher Fürsten in dem Vertrag vorgesehen wurde.[27]) In den geheimen Artikeln des Vertrages wurde bestimmt, daß Bernhard das Heer unter französischer Autorität kommandieren solle, wobei aber der ursprünglich geforderte Eid jetzt weggefallen war. In der Führung des Heeres im einzelnen solle er selbständig sein, aber er dürfe ohne Anfrage in Paris nicht den Rhein überschreiten, kein neues Land betreten und keine wichtige Belagerung unternehmen.

Diese letzten Bestimmungen waren freilich für Frankreich günstiger als der Vertragsentwurf vom 2. April, der die Selbständigkeit der Kriegsführung lange nicht so einschränkte, wie der endgültige Vertrag.[28]) Daß Bernhard damit in starke Abhängigkeit von Frankreich geriet, ist klar. In diesen Vertragsbestimmungen kam naturgemäß die Tatsache zum Ausdruck, daß Bernhard ohne französische Subsidien sein Heer nicht mehr unterhalten konnte.

Ueber das Elsaß bestimmten die geheimen Artikel, daß der König dem Herzog Bernhard die Landgrafschaft Elsaß einschließlich der Landvogtei Hagenau überlasse, die zurzeit von den Truppen des Königs besetzt seien, um unter dem Titel eines Landgrafen des Elsaß alle Rechte, die früher Habsburg gehört hätten, zu genießen. Die einzige Einschränkung dieser Bestimmung war, daß Bernhard sich zum Schutz der katholischen Religion, der katholischen Geistlichen und Güter verpflichtete.[29]) Für den Friedensschluß versprach der König, sein möglichstes zu tun, um Bernhard den Besitz des Elsaß[30]) und der ihm von Schweden gemachten Schenkungen zu erhalten, oder für eine entsprechende und, soweit möglich, Bernhard befriedigende Entschädigung zu sorgen.

Wichtig für die Auslegung dieser Bestimmungen, die heiß umstritten sind, ist der Vergleich mit dem Entwurf vom

---

[27]) Die Bezeichnung Bernhards als Bundesgeneral ist also nicht „beinahe eine Ironie", wie Gonzenbach — Gött Gel. Anzeigen 1886, S. 248 — meint.

[28]) Darauf weist Gonzenbach — Gött. Gel. Anz. S. 245 ff. — mit Recht hin, er geht aber zu weit, wenn er das als wichtigste Aenderung bezeichnet.

[29]) Meaux II 527 macht mit Recht darauf aufmerksam, daß diese Bestimmung sich in allen Vorträgen Richelieus mit Protestanten befand.

[30]) „La Jouissance dudit pays d'Alsace". Hier wird also die Landgrafschaft Elsaß und das ganze Elsaß identifiziert.

2. April[31]) und mit den von Bernhard am 23. September an diesem Entwurf vorgenommenen Aenderungen.[32]) Der wesentlichste Punkt dieser Aenderungen ist in den Vertrag aufgenommen worden. Bernhard erhielt nicht nur die Einkünfte, sondern alle früheren Rechte Habsburgs. Sehr wichtig ist ferner der Fortfall der Bestimmung aus dem Entwurf vom 2. April, daß der König die oberste Autorität behalten solle. Daraus ergibt sich ganz klar, daß nicht die Einkünfte, sondern das ganze Gebiet ohne Beschränkung an Bernhard überlassen wurde. Dabei hat man anscheinend unter der „Landgrafschaft Elsaß" den gesamten österreichischen Besitz verstanden, von dem die Franzosen die wohl etwas unklare Vorstellung hatten, daß er fast das gesamte Elsaß umfasse.[33])

---

[31]) Darauf hat vor allem Droysen hingewiesen, II 186, A. 1 und Forschungen S. 363 ff.

[32]) Obwohl Roese II 463 ff., Anm., diese Aenderungen wiedergibt, sind sie trotz ihrer Bedeutung bei der Beurteilung des Vertrages nicht berücksichtigt worden, auch nicht von Roese.

[33]) Vgl. Anhang S. 385 f. Man kann hier nicht, wie z. B. Ritter III 603 f, von zweideutiger Ungewißheit sprechen. Daß die zukünftige Stellung Bernhards noch ungeklärt blieb, war bei der allgemeinen Lage nicht wunderbar. Befanden sich doch damals nur noch einige, ebenfalls bedrohte Plätze des Elsaß in französischer Hand. Wenn Reuss: La France et l'Alsace S. 21 sagt, das Elsaß wäre Bernhard unter französischer Autorität überlassen, so ist das offensichtlich falsch. Droysen, Forschungen S 387 hat mit Recht betont, daß die Bestimmungen über die Armee, die unter französischer Autorität kommandiert werden sollte, und die über das Elsaß in dem Vertrag scharf auseinandergehalten sind. In L'Alsace au XVII, siècle I 86 sagt Reuss übrigens, es sei unklar, ob die Einkünfte oder das Territorium gemeint seien. Der Vergleich mit dem Vertrag vom 2. April und den Aenderungen sagt das Gegenteil. Wenn Reuss dabei von beabsichtigter Unklarheit spricht und auf den Begriff der „Landgrafschaft Elsaß" hinweist, so ist durch diesen Ausdruck zweifellos eine Unklarheit vorhanden. Diese beruhte aber darauf, daß man sich über die staatsrechtlichen Verhältnisse nicht klar war. Dieser Begriff „Landgrafschaft Elsaß einschließlich Landvogtei Hagenau" muß aber im 17. Jahrhundert auch sonst gebräuchlich gewesen sein, denn er findet sich auch in dem habsburgischen Familienvertrag von 1617 — vgl. oben S. 24. — Eine „Landgrafschaft Elsaß" gab es gar nicht — vgl. oben S. 25 —, aber man hat damit anscheinend den österreichischen Territorialbesitz und die österreichischen Rechte im Elsaß bezeichnen wollen. Entstanden ist dieser Ausdruck wahrscheinlich dadurch, daß der österreichische Territorialbesitz im Elsaß und die Landgrafschaft Oberelsaß im Besitz des Erzherzogs Leopold aus der Tiroler Nebenlinie des Hauses Habsburg waren, der bis 1625 gleichzeitig als Bischof von Straßburg den Titel eines Landgrafen des Unterelsaß führen konnte. 1625 wird Leopold weltlich. Damit hört diese Personalunion auf. Aber mit Leopold Wilhelm, dem zweiten Sohn Ferdinands II, wird wieder ein Habsburger Bischof von Straß-

Anders sah es mit den festen Plätzen aus. Der Vertragsentwurf hatte sie dem König vorbehalten, Bernhard hatte das dahin geändert, daß nur die französischen Garnisonen dort bleiben sollten, und zwar unterhalten von Frankreich. Im Vertrag vom 27. Oktober fehlte jede Bestimmung über die Plätze. Der Wegfall der Bestimmung aus dem Entwurf vom 2 April war zweifellos ein wesentlicher Vorteil für Bernhard, dem der Vertrag jetzt das ganze Gebiet überließ. Aber dieser Vorteil wurde doch dadurch eingeschränkt, daß die von Bernhard vorgeschlagene klare Formulierung, die die französischen Garnisonen in den Plätzen ließ, aber unter der Anerkennung, daß diese an sich zu dem Bernhard überlassenen Gebiet gehörten, nicht in den Vertrag aufgenommen wurde, zumal diese Formulierung den tatsächlichen Verhältnissen nach Abschluß des Vertrages entsprach.[34]) Denn die französischen Garnisonen blieben in den Plätzen, und Bernhard konnte bei Lage der Dinge auch gar nicht daran denken,

---

burg. Habsburgischer Vertreter anscheinend für beide Gebiete war Graf Salm. Dieser war nun auch, wie aus seinen Verträgen mit Frankreich 1634 hervorgeht — vgl. oben S. 152 f. —, Landvogt von Hagenau und damit Vertreter der habsburgischen Schutzrechte über die Reichsstädte. So waren all die verschiedenen kaiserlichen und österreichischen Rechte in einer Hand vereinigt.

Reuss I 86 meint ferner, die Franzosen hätten Bernhard im Oktober, wo das Elsaß fast verloren war, nicht mehr geben können, als im April. Aber die veränderte militärische Lage zwang gerade im Gegenteil zu größerem Entgegenkommen, worauf z. B. auch Pfister, Rev. hist. 129, S. 323 hinweist. In der Rev. hist. B. XV, S. 224 bezeichnet Reuss übrigens die Vergebung der militärischen Autorität als nur „conditionelle", da sie von der Ueberlassung des Elsaß abhängig sei.

Wenn Gonzenbach II, S. XIV sagt, Bernhard habe den Titel Landgraf nie geführt, so entsprach das nur dem geheimen Charakter des Vertrages, und kommt für die Auslegung seiner Bestimmungen nicht in Betracht. Das Geheimnis wurde streng bewahrt und auch der Armee nicht mitgeteilt. So kann der schwedische Gesandte Grotius den ungefähren Inhalt der Bestimmungen über das Elsaß nur als Gerücht wiedergeben. Ep. 500, 506, 508 (Oxenstierna II 2, 110, 117, 119, Nr. 53, 56, 57). Noch am 18. Februar 1640 schrieb Grotius, niemand wisse genau den Inhalt des Vertrages, Ep. 1322. Im Juli 1639 wurde derselbe einer Instruktion an d'Avaux beigelegt, um ihn notfalls den Schweden zu zeigen, Arkenholz, IV 402 ff, Lettres VI 423 ff.

[34]) Insofern gehen Droysen, Forschungen S. 365, Parieu Rev. de France XVIII 382 und Compte rendu N. S. VI, 199 und Jacob, Erwerbung S. 8 zu weit, wenn sie die Fortlassung der Bestimmungen über die Plätze als durchaus vorteilhaft für Bernhard bezeichnen. — Auch bei der Frage der festen Plätze kommt übrigens die Unklarheit der Anschauungen über die rechtlichen Verhältnisse im Elsaß zum Ausdruck, indem man nicht beachtete, daß die Mehrzahl der Plätze als Reichsstädte gar nicht zu dem Bernhard überlassenen österreichischen Besitz gehörten.

sie zu übernehmen. Dadurch kam in den Vertrag nicht rechtlich, aber doch tatsächlich eine Unklarheit, die später von den Franzosen gegen Bernhard ausgenutzt wurde. Die Franzosen haben nämlich später — 1639 — den Vertrag so ausgelegt, daß Bernhard nur die Einkünfte überlassen seien und nicht die festen Plätze, und sich darauf berufen, daß die französischen Garnisonen dort geblieben seien und Bernhard ihre Uebergabe nicht verlangt habe.[35]) Diese spätere französische Auslegung entsprach dem Vertragsentwurf vom 2. April, in der ersten Zeit nach Abschluß des Oktober-Vertrages haben die Franzosen aber nicht angezweifelt, daß Bernhard alle Rechte Habsburgs überlassen seien und er auch Anrecht auf die festen Plätze habe. Am 6. November 1635 teilte die Regierung ihren Kommandanten im Elsaß mit, daß der König Bernhard alle Rechte und Einkünfte, die früher Habsburg gehörten, gegeben habe.[36]) Und im Jahre 1636 hat Richelieu bei den Verhandlungen über die Ueberlassung von Zabern ausdrücklich anerkannt, daß Zabern zum Elsaß gehöre, das Bernhard durch den Vertrag vom 27. Oktober 1635 überlassen sei.[37]) Auch noch im April 1639 haben die Franzosen anerkannt, daß die Plätze in den Vertrag einbegriffen seien.[38])

Der Grund, aus dem Richelieu den Vertrag von St. Germain abschloß, war in erster Linie, daß Frankreich, wie der ganze Gang der Verhandlungen zeigte, Bernhard und seine Truppen unbedingt brauchte,[39]) und zwar nicht nur für die Fortsetzung des Krieges in Deutschland, sondern

---

[35]) Arkenholz IV 402 ff., Lettres VI 409, 423 ff.

[36]) Aubery II 488 f., Roese II 478, Nr. 18, Gonzenbach I 167 f., Nr. 86. — Es heißt ausdrücklich Rechte und Einkünfte. Es ist daher falsch, wenn Roese II 105, Reybel XVI 241, und Parieu, Rev. de France XVII 303 diese Verordnungen dahin auslegen, daß man Bernhard nur die Einkünfte überlassen wollte.

[37]) Richelieu schrieb am 23. Juli an de la Valette nach der Einnahme von Zabern: „Savern est compris dans l'Alsace qui lui (Bernhard) a esté laissée par le Roy, selon les conditions du traitté qui en a esté fait avec lui, et qu'en celle consideration Sa Majesté commendera à celuy que vous y establirez, de le reconnoistre aussi, qu'il le peut desirer." Aubery III 160; vgl. unten S. 247 f.

[38]) Erlach schrieb am 20. April 1639 aus Paris, die Franzosen hätten erklärt, der König wolle die Plätze am Rhein Bernhard nicht entziehen, sondern „vermöge der Traktaten solche zu behalten conzedieren" Gonzenbach I 162, Nr. 82. Vergl. Droysen, Forschungen S. 266 f.

[39]) Dabei sprach auch der von Richelieu betonte Mangel an Generalen mit. Ende des Jahres verhandelten die Franzosen auch mit dem bayrischen General Johann von Werth über seinen Eintritt in französische Dienste, Lettres V 380 ff., Noailles I 230 f.

noch vielmehr zum Schutz der französischen Grenzen und Lothringens. Bei den Verhandlungen selbst hat dann die Frage der Höhe der Subsidien durchaus im Vordergrund gestanden. Nur über sie, und nicht um die Bestimmungen über das Elsaß, ist monatelang gestritten worden, während von einem Widerspruch gegen die von Bernhard verlangten Aenderungen der Bestimmungen über das Elsaß nirgends die Rede ist. Vielmehr hatte Richelieu zunächst keinen scharfen Unterschied zwischen der Ueberlassung der Einkünfte und der des Landes gemacht, wenn ihm auch, als Bernhard durch Ponika seine Aenderungen vorschlug, dieser Unterschied nicht mehr entgangen sein kann. Jedenfalls zeigt das alles, daß Richelieu auf die Formulierung der Bestimmungen über das Elsaß keinen so großen Wert gelegt hat, wie man im allgemeinen annimmt und wie aus dem späteren Streit über die Auslegung dieser Bestimmungen hervorzugehen scheint. Die Lage im Herbst 1635 mußte dahin führen, daß die Frage, was aus dem Elsaß in Zukunft würde, vor dem Zwang, Bernhard zu gewinnen, zurücktrat.

Daß endgültig über das Schicksal des Elsaß erst im Frieden entschieden werden konnte, geht aus den Bestimmunden des Geheimvertrages deutlich hervor. Es ist aber wohl zweifellos, daß die in dem Vertrag vorgesehene Lösung, die das Elsaß einem verbündeten Fürsten gab, der, um sich zu halten, auch im Frieden auf Frankreich angewiesen war, den damaligen Gesichtspunkten Richelieus entsprach.[40]) Dadurch wurde der habsburgische Einfluß im Elsaß beseitigt, das Mißtrauen der protestantischen Verbündeten gegen Frankreich nicht erregt und die Möglichkeit gegeben, eine Garantie des Besitzes des Elsaß durch Bernhard im Friedensschluß auch von den deutschen Verbündeten zu erlangen.[41])

Nun ist zweifellos, daß die Ueberlassung des Elsaß an Bernhard unter Fallenlassen der Klausel über die französische Autorität Bernhard im Elsaß nicht unabhängig von Frankreich machte. Die Unterscheidung zwischen der freien Ueberlassung des Elsaß und dem Kommando der Armee unter französischer Autorität war eine rechtliche, mußte aber durch die Tatsache beeinträchtigt werden, daß die Armee, mit der Bernhard das Elsaß wiedererobern und halten konnte, von den französischen Geldzahlungen durchaus abhängig

---

[40]) Vgl. oben S. 186 f.

[41]) Vgl. Wackernagel S. 264, Halle S. 172, Ritter III 603 f.

war.[42]) Man kann aber trotzdem nicht, wie das häufig geschieht, sagen, daß Bernhard durch den Vertrag einfach französischer Söldner wurde.[43]) Daß die Geldzahlungen an ihn als Subsidien und nicht als Sold aufzufassen sind, zeigt vor allem die Bestimmung, daß Verbündete, die Truppen ins Feld stellten, Anteil an dem Geld haben sollten.[44]) Jedenfalls zeigt die ganze Behandlung der elsässischen Frage in dem Vertrag und in den ihm vorausgegangenen Verhandlungen, daß ein Wille zur Annexion des Elsaß damals bei Richelieu nicht vorgelegen hat.

In der ersten Zeit nach dem Vertrag vom Oktober 1635 ist dann zwischen Bernhard und den Franzosen über das Elsaß nicht verhandelt worden. Man war in Paris entschlossen, Bernhard um jeden Preis bei Frankreich festzuhalten.[45]) Daß man ihn nicht als Söldner ansah und behandeln wollte, zeigt, daß man ihn mit Savoyen, Parma, Graubünden und Hessen in die Friedensverhandlungen einschließen wollte.[46]) Anfang 1636 erhielt der Herzog ein für seine Offiziere, denen man den Vertrag geheim hielt, bestimmtes Versprechen, daß Frankreich 4 Millionen zahlen werde. Die französischen Gelder trafen aber zunächst nicht ein, und Bernhard war nicht in der Lage, seine Armee auf die vorgesehene Stärke zu bringen. Einen Streitpunkt bildete die Frage der Winterquartiere. Während Bernhard mit Rücksicht auf den Zustand seiner Truppen Quartiere verlangte, die unbedingt Ruhe gewährten, wollte man in Paris ihn an vorgeschobener Stelle lassen und ihm keinesfalls Quartiere auf französischem Boden geben, da man Frankreich nicht damit belasten wollte und außerdem Ausschreitungen der Truppen Bernhards fürchtete.[47])

---

[42]) Insofern hat Reuss I 93, A. 1 nicht unrecht, wenn er diese Streitfrage für müßig erklärt.

[43]) Vor allem tut dies Gonzenbach, der bestrebt ist, Erlach zu entlasten.

[44]) Vergl. Droysen: Forschungen S. 369 ff. — Vergl. von speziellen Untersuchungen auch Reybel XVI 235 ff, der ganz die spätere Auffassung der französischen Regierung vertritt.

[45]) Aubery II 496, Lettres V 952 Anal. 3, vgl. Engelsüß S. 50.

[46]) Lettres V 340 f.

[47]) Vgl. hierüber und über die folgenden Verhandlungen außer den Lettres und der Sammlung Aubery die zahlreichen Briefe bei Grotius und die von Roese abgedruckten Akten, ferner vor allem die Darstellungen von Roese, Droysen und Noailles.

Ende Februar 1636 begab sich Bernhard nach Paris, wo er bis Ende Mai blieb.[48]) Bei den Verhandlungen, die dort geführt wurden, stand die finanzielle Frage im Vordergrund. Man versprach Bernhard schließlich, da er sein Heer nicht auf die festgesetzte Höhe gebracht hatte, eine Jahreszahlung von 2 400 000 Livres und gewährte ihm eine lebenslängliche Pension, die schon in dem Vertrag vom 27. Oktober 1635 versprochen worden war.[49]) Infolge der schlechten Finanzlage dauerte es jedoch noch längere Zeit, ehe von dem Finanzminister Bullion die Zahlung der im Augenblick fälligen 600 000 Livres erreicht war. In der Frage der Winterquartiere machten die Franzosen gewisse Zugeständnisse.[50]) Dagegen konnte Bernhard die geforderte Erlaubnis zum Rheinübergang nicht erhalten, vielmehr sollte zunächst das linke Rheinufer vom Gegner gesäubert werden.

Man hat mehrfach behauptet, Bernhard sei in Paris als französischer General und Söldner und nicht als deutscher Fürst und Verbündeter behandelt worden. Man geht dabei hauptsächlich davon aus, daß Bernhard in Paris nicht dieselben Ehren erwiesen worden sind, wie dem Herzog von Parma, der einige Wochen zuvor eingetroffen war. Die Franzosen begründeten das damit, daß Parma Landesherr, Bernhard das nicht sei. Bernhard beschwerte sich darüber und suchte durch Ueberschreiten des vorgesehenen Zeremoniells seine Stellung zu wahren. Daß die Franzosen so handelten, um Bernhard seine abhängige Stellung fühlen zu lassen, ist nach der Art, wie im übrigen die Verhandlungen mit ihm geführt wurden, wenig wahrscheinlich. Der zwischen ihm und Parma gemachte Unterschied scheint auch tatsächlich dem in Paris üblichen Zeremoniell entsprochen zu haben.[51]) Man wollte ferner wahrscheinlich den pro-

---

[48]) Die Franzosen haben nicht, wie Erlach I 30 f. und Noailles I 247 meinen, diese Reise Bernhards zu verhindern gesucht, vergl. Lettres VII 1016, Anal. 7 u. Roese II 375, A. 12. Das ist anscheinend eine Verwechslung mit der Haltung der Franzosen zu Bernhards Pariser Reise Anfang 1637. Vgl. unten S. 249.

[49]) Eine solche Pension für verbündete Fürsten war damals nicht ungewöhnlich.

[50]) Noyers schrieb: „Il faut s'accommoder en partie aux humeurs de ces princes estrangers et les contenter du mieux que l' on peut", Aubery III 66 f.

[51]) Im Jahre 1633 schreibt Grotius, daß die pfälzischen Prinzen, die ebenfalls wie Bernhard zu den nicht regierenden deutschen Fürsten gehörten, mit demselben Zeremoniell behandelt seien, wie Bernhard, Oxenstierna II_2, 477, Nr. 195, vgl. Ranke IX 362, A. 1.

testantischen Fürsten nicht dem katholischen Herzog von Parma gleichstellen, mit Rücksicht auf den Papst und die öffentliche Meinung der Katholiken. Hatte man doch schon bei den Verhandlungen des Jahres 1635 darauf Wert gelegt, daß Bernhard de la Valette als Kardinal den Vorrang ließ. Wie sehr die Regierung auf diese Dinge Rücksicht nehmen mußte, zeigt, daß der Papst dem Kardinal de la Valette verboten hatte, mit dem Ketzer Bernhard gemeinsam zu kommandieren.[52]) Man darf aber außerdem bei der Beurteilung der Stellung Bernhards zu den Franzosen den Unterschied des Zeremoniells gegenüber Parma nicht überschätzen, denn der Empfang, der Bernhard trotzdem zuteil wurde, geht weit über das hinaus, was man einem französischen General und Söldner gewährt hätte.[53])

Man war in Paris über Bernhards Forderungen und Auftreten sicherlich nicht erbaut, und war nachher froh, als er Paris verlassen hatte, zumal man den schlechten Einfluß von Grotius fürchtete. Trotzdem hat man sich bemüht, ihn soweit wie möglich zufrieden zu stellen. Die Hauptwiderstände bei der im Vordergrund stehenden finanziellen Frage sind aus erklärlichen Gründen von dem Finanzminister ausgegangen. Daß es dabei ohne zeitweise Verstimmung Bernhards, der zudem durch Krankheit zur Verlängerung seines Aufenthalts gezwungen wurde, nicht abging, ist nur natürlich. Im ganzen scheint aber Bernhard mit dem Ergebnis der Verhandlungen nicht unzufrieden gewesen zu sein. Nach seiner Abreise meldete Richelieu jedenfalls dem König, er sei zufrieden fortgegangen,[54]) und schon in den ersten Zeiten seines Pariser Aufenthalts hatte Bernhard nicht unbefriedigt über die Verhandlungen an Oxenstierna geschrieben.[55]) Ueber

---

[52]) De la Valette I 102 f.

[53]) Vergl. darüber Roese II 108, Theatrum III 624, 650, Noailles I 248. — Bei Bernhards Aufenthalt in Paris ist anscheinend auch über seine Heirat mit der Tochter Rohans verhandelt worden. Wieweit dieser Plan ernstlich war oder von Richelieu ausging, ist nicht zu ersehen. Daß Richelieu die Absicht gehabt habe, Rohan und seine Familie und durch diese auch Bernhard katholisch zu machen, wie Grotius meint, Ep. 558, 586 (Oxenstierna II 2, 159, 181, Nr. 74, 84) klingt allzu unwahrscheinlich. Vergl. Roese II 111 f, 375 f, A. 19.

[54]) Lettres V 471, vergl. Engelsüß S. 54.

[55]) Oxenstierna II 7, 307 f., Nr. 210. — Die Berichte über Bernhards Verstimmung und die unfreundliche Haltung der Franzosen gehen durchweg auf die Briefe von Grotius zurück, der an sich schon in sehr feindseliger Stimmung gegen Frankreich war und den das Ergebnis der Verhandlungen nicht befriedigen konnte, da für Schweden ein Eingreifen Bernhards auf dem rechten Rheinufer die Hauptsache war.

das Elsaß ist damals in Paris anscheinend überhaupt nicht verhandelt worden.[56])

Die elsässische Frage kam zum ersten Male wieder zur Sprache, als Bernhard und de la Valette am 14. Juli 1636 Zabern einnahmen, nachdem Bernhard schon im Juni Hohbarr durch Handstreich genommen hatte. Nach dem Vertrag von St. Germain hatte Bernhard Anspruch auf die Stadt, was Richelieu auch ausdrücklich anerkannte.[57]) Schon vor der Einnahme der Stadt hatte aber de la Valette Bedenken geäußert, ob man die katholische Stadt dem Protestanten geben könne, und darauf hingewiesen, daß Zabern der Sitz des Bischofs von Straßburg sei.[58]) Am 20. Juli hatte Richelieu jedoch zunächst befohlen, die Stadt Bernhard zu übergeben gegen das schriftliche Versprechen, die katholische Religion zu schützen.[59]) Inzwischen hatte de la Valette unmittelbar nach der Einnahme der Stadt erneut seine Bedenken geltend gemacht,[60]) worauf Richelieu am 23. Juli den drei Tage zuvor gegebenen Befehl widerrief. Er schrieb dabei an de la Valette, man würde Bernhard gern Zabern überlassen, um ihm Vertrauen zu zeigen und sich von der Verteidigung der Stadt zu entlasten, aber die Katholiken würden ein großes Geschrei erheben. Der päpstliche Nuntius habe bereits angefragt, was man mit Zabern machen wolle, und der Papst würde sich, wenn man die Stadt Bernhard gebe, ganz gegen Frankreich wenden. De la Valette solle das Bernhard vorstellen und ihm notfalls Hohbarr in Aussicht stellen, aber möglichst verhindern, daß dieses an die „Hugenotten" komme, dagegen solle dem Herzog ein anderer Platz im Elsaß oder an der Saar, nach der Einnahme, gelassen werden. In Zabern selbst solle Bernhard ebenso geehrt werden, als ob es ihm gehöre.[61]) Das Ergebnis der Verhandlungen de la Valettes mit Bernhard war, daß Zabern einen französischen Kommandanten bekam und die Besatzung je zur Hälfte aus deutschen und französischen Truppen zusammengesetzt

---

[56]) Einige Wochen nach Bernhards Abreise sagte sein Gesandter Ponika zu Grotius, Bernhard habe das Elsaß nur genommen, um bei den Friedensverhandlungen eine stärkere Stellung zu haben, Grotius Ep. 598 (Oxenstierna II 2, 194, Nr. 89). Also hiernach betrachtete auch Bernhard das Elsaß als Pfand für seine sonstigen Ansprüche.

[57]) Vgl. oben S. 242, A. 37.

[58]) Roese II 378 f., A. 40.

[59]) Aubery III 153.

[60]) Roese II 379, A. 42, Charavay, S. 89, Noailles I 264 f.

[61]) Aubery III 158 ff., Lettres V 980, Anal. 5, vergl. A. Benoit, loth. Jahrbuch II 305.

wurde. Richelieu war also zunächst bereit gewesen, Zabern Bernhard zu überlassen, hat das aber dann verweigert, weil er Rücksicht auf den Papst und die Stimmung der Katholiken nehmen mußte.[62])

Während die Zaberner Frage anscheinend ohne besondere Auseinandersetzungen zwischen Bernhard und den Franzosen erledigt worden ist, führten die Verhandlungen über die finanziellen Fragen wiederum zu lebhaften Streitereien und zu Aeußerungen starker Verstimmung Bernhards. Die Franzosen wollten nur 600 000 Livres im Vierteljahr zahlen, da Bernhards Heer nicht die im Vertrag festgesetzte Stärke habe, während Bernhard die volle Summe von vier Millionen Livres jährlich forderte. Der Wille, Bernhard absichtlich zu schwächen, hat dabei zweifellos bei den Franzosen nicht vorgelegen. Die Finanznot machte ihnen die ernsteste Sorge und die Mitglieder der Regierung schrieben mehrfach, daß sie nicht wüßten, wo sie schon die Bernhard zugesagte geringere Summe hernehmen sollten. Man bemühte sich vielmehr, den Herzog soweit wie möglich zu befriedigen und ihn möglichst zuvorkommend und liebenswürdig zu behandeln, zumal man seine Verständigung mit dem Kaiser fürchtete. Gegen Ende des Jahres 1636 kam zu diesem Streit um die Subsidien wieder ein Streit über die Winterquartiere. Wie im Winter zuvor wollte man Bernhards Truppen keine völlige Ruhe lassen und keine Quartiere in Frankreich geben, was zu lebhaften Beschwerden Bernhards und zu starker Verstimmung zwischen ihm und de la Valette führte.

---

[62]) Man hat durchweg angenommen — so z. B. Roese II 119, Droysen II 215 ff —, daß die Frage der Religion nur Vorwand gewesen sei, und Richelieu den wichtigen Platz haben wollte. Außer dem zitierten Schreiben Richelieus beweisen das Gegenteil ein Brief Noyers, der schreibt, Richelieu wolle Zabern Bernhard nicht lassen „pour les considerations de la Religion, qui en tout temps, mais à present plus que jamais, doivent estre meurement pesées.“ Die Spanier hätten Agenten in Rom, die die französischen Fehler ausspionierten, Aubery III 169, Noialles I 265, vergl. auch den Brief Chavignys Aubery III 161 und Valette I 164 f. Es sei auch noch besonders auf die Worte Richelieus — vgl. oben S. 247 — hingewiesen, daß man sich durch Uebergabe des Platzes an Bernhard der Sorge für seine Behauptung entlasten könne, „pour se descharger de la garde.“ — Die Memoiren III 58 führen als Grund an, daß Zabern Bischofssitz sei und sagen dann „outre que c'étoit la principale place d' Alsace, et qu'il étoit important de la fortifier.“ Dies ist wörtlich — statt la principale steht nur la plus considerable — einem späteren Schreiben de la Valettes — vom 7. August — (Roese II 379, A. 43) an Richelieu entnommen.

Bernhard forderte ferner von Frankreich Unterstützung zum Rheinübergang. Richelieu hatte sich im November 1636 zunächst mit einem Rheinübergang einverstanden erklärt, da man glaubte, Bernhard werde auf dem rechten Rheinufer für die Franzosen ebenso sicher sein, wie auf dem linken.[63]) Man änderte jedoch diese Ansicht bald und meinte, Bernhard wolle nur über den Rhein gehen, um sich mit dem Kaiser zu verständigen, oder er könne dort leicht abgeschnitten und zum Frieden gezwungen werden. Vor allem aber glaubte man Bernhards Truppen zum Schutz der französischen Grenzen nicht entbehren zu können. Dabei spielte auch der erneute Bruch des Königs mit seinen Brüdern eine Rolle, von dem man einen schlechten Eindruck auch auf Bernhard befürchtete.[64]) De la Valette trat jedoch für Bernhards Rheinübergang ein, da dieser die beste Lösung des Streits über die Quartiere und seine Verständigung mit dem Kaiser nicht zu fürchten sei.[65]) Man erklärte sich darauf in Paris am 17. Dezember mit Bernhards Rheinübergang einverstanden, wenn zuvor die Gegner über den Rhein und die Maas zurückgegangen seien.[66])

Um seinen verschiedenen Forderungen endlich Geltung zu verschaffen, begab sich Bernhard zu Beginn des Jahres 1637 nach Paris, wo er wieder mehrere Monate blieb. Die Franzosen hatten vergeblich versucht, ihn von dieser Reise abzubringen, da er doch nur Geld haben wolle. Man könne ihn bei Lage der Dinge darin doch nicht zufrieden stellen, und es sei daher besser, das aus der Ferne abzumachen.[67]) Als Bernhard dann doch in Paris eintraf, suchte man ihn zunächst durch möglichst guten Empfang zufrieden zu stellen. Doch kam es sogleich zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen darüber, daß Bernhard seine Truppen eigenmächtig in der Champagne hatte Quartier nehmen lassen, wo

---

[63]) Aubery III 294 f., 295 f.

[64]) Aubery III 297 f., 299.

[65]) Aubery III 300 ff., 303 ff. Auch hier übernehmen die Memoiren III 85 fast wörtlich eine Stelle aus einem Briefe de la Valettes, Aubery III 304, vgl. oben S. 248, A. 62.

[66]) Wenn Gonzenbach — Gött. Gelehrt. Anz. 1886 S. 258 — sagt, die Franzosen hätten im Winter 1636/37 entschieden den Rheinübergang gefordert, so ist das falsch. — Noailles I 309 erwähnt eine Instruktion an Feuquières, der zu Bernhard gehen soll, vom 11. November 1636, die entschieden den Rheinübergang fordert. Das Datum muß aber falsch sein, da Feuquières in dieser Zeit zu Verhandlungen mit Bernhard nicht benutzt worden ist. Die Instruktion gehört zweifellos in den November 1637, vgl. unten S. 253.

[67]) Aubery III 295 f., 312.

sie sich Gewalttätigkeiten gegen die Bevölkerung zuschulden kommen ließen. Bernhard scheint sich in Paris sehr energisch über die bisherige Behandlung beschwert zu haben, vor allem darüber, daß man ihn nur zum Schutz der französischen Grenzen verwende. Er verlangte Geld und Hilfstruppen, um den Rhein überschreiten und die Schweden unterstützen zu können, und drohte mit Trennung von Frankreich und engerem Anschluß an Schweden.[68]) Grotius unterstützte seine Forderungen lebhaft. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß die Franzosen, die zunächst Bernhards Verwendung in der Freigrafschaft Burgund angestrebt hatten, in den Rheinübergang einwilligten, allerdings nur auf dem Wege über Burgund, und ein Hilfskorps zusagten. Man versprach ferner, im Laufe des Jahres 2 400 000 Livres zu zahlen, davon 700 000 Livres sofort. Ueber das Elsaß ist auch bei diesem Pariser Aufenthalt Bernhards nicht verhandelt worden.

Bernhard eröffnete, wie in Paris verabredet, den Feldzug des Jahres 1637 mit Operationen in der Freigrafschaft Burgund und setzte sich in den Besitz eines großen Teiles der Plätze im Norden derselben. Dabei kam es zu einem Zwischenfall zwischen Bernhard und dem französischen Statthalter von Mömpelgard, Grancey, der für Bernhards Stellung zu Frankreich charakteristisch ist. Grancey hatte unmittelbar vor dem Herannahen Bernhards Clerval durch französische Truppen besetzt und seinen Bruder dort zum Kommandanten gemacht. Bernhard war darüber erzürnt und ließ den Kommandanten und einige französische Offiziere gefangennehmen und drohte mit rücksichtsloser Bestrafung. Durch Vermittlung du Halliers überließen die Franzosen den Ort an Bernhard. In Paris mißbilligte man das Vorgehen Bernhards mit keinem Wort, sondern entschuldigte sich vielmehr wegen der Haltung Granceys.[69]) Es zeigt dies deutlich, wie große Rücksicht die Franzosen auf Bernhard nehmen mußten und wie wenig sie ihn als französischen General oder Söldner behandelten und behandeln konnten.

Die Franzosen hatten gewünscht, daß Bernhard erst die Eroberung der Freigrafschaft Burgund vollende, ehe er über

---

[68]) Ueber die mündlichen Verhandlungen sind wir allerdings nur durch die Berichte des parteiischen Grotius unterrichtet.

[69]) Roese II 146 f., 485 ff., Nr. 26 u. 27, Mémoires II 143, Leupold S. 280, Lettres V 1045 Anal. 3, 1045 Anal. 1, vgl. Droysen II 284 f., Noailles II 217 f., Parieu, Rev. de France XVII 309 f.

den Rhein ging. Bernhard betrachtete jedoch die dortigen Operationen nur als einen Durchmarsch, um an den Rhein zu kommen, und nahm sofort den Rheinübergang in Angriff, der bei Rheinfelden durch Ueberraschung dieses Platzes erfolgen sollte. Auch hierbei kam es zu Auseinandersetzungen mit Grancey. Dieser hatte, ebenso wie Bernhard, Verbindungen in Rheinfelden angeknüpft, um sich desselben durch Verrat zu bemächtigen. Durch Ungeschicklichkeiten der Franzosen wurden jedoch ihre und Bernhards Pläne verraten und die Ueberraschung unmöglich gemacht. Bernhard mußte deshalb den Rheinübergang an dieser Stelle aufgeben und machte der französischen Regierung die heftigsten Vorwürfe, während Grancey behauptete, der Herzog benutze die ganze Sache nur als Vorwand und wolle gar nicht über den Rhein. Erst im Spätsommer kam es daher zum Rheinübergang Bernhards bei Rheinau, wo sich Bernhard gegen mehrere Angriffe des bayerischen Generals Johann von Werths siegreich behaupten konnte. Da jedoch das französische Hilfskorps äußerst schwach war und die französischen Gelder ausblieben, war eine Ausnutzung des Erfolges unmöglich. Bernhard zog sich daher mit seinen Hauptkräften wieder auf das linke Rheinufer zurück und ließ in der Rheinschanze bei Rheinau nur eine Besatzung.

Schon bald nach seiner Rückkehr aus Paris hatte Bernhard neue Klagen über mangelhafte Unterstützung erhoben. Mehrere Gesandtschaften nach Paris blieben erfolglos. Während der Herzog sich lebhaft über das Ausbleiben der Gelder und das Versagen der französischen Truppenhilfe beschwerte, forderten die Franzosen, daß er zunächst sein eigenes Heer verstärken solle. Es waren so wieder die alten Auseinandersetzungen, nur wurden sie jetzt von Bernhard sehr viel erbitterter und heftiger geführt. Er wurde dabei noch lebhafter als zuvor von Grotius unterstützt, und auch ein außerordentlicher schwedischer Gesandter Müller trat energisch für Bernhards Forderungen ein und verlangte, daß man ihm den Rheinübergang ermögliche.

Die Franzosen haben zweifellos in dieser Zeit einen Rheinübergang Bernhards gewünscht und die Bedeutung desselben für die Lage in Deutschland erkannt. Aber sie sahen in dem Rheinübergang doch nur eine Operation, die feindliche Streitkräfte binden und die Franzosen auf den Hauptkriegsschauplätzen gegen Spanien entlasten sollte.[70]) Da-

[70]) Vergl. z. B. Lettres V 843.

durch, daß sie zunächst die Eroberung der Freigrafschaft Burgund verlangt hatten und durch den Zwischenfall bei Rheinfelden hatte sich Bernhards Rheinübergang so verzögert, daß seine strategische Auswirkung verloren ging, da die Schweden, als Bernhard bei Rheinau kämpfte, sich schon wieder nach Norddeutschland zurückgezogen hatten. Das Hauptinteresse Frankreichs — das zeigen auch Richelieus Briefe — lag nach wie vor auf den Kriegschauplätzen gegen Spanien. Ein Rheinübergang Bernhards war dafür eine sehr nützliche Ablenkung feindlicher Kräfte, für die aber besondere finanzielle und militärische Kräfte einzusetzen nicht im Sinne der Gesamtoperationen lag. Dazu kam, daß man weder Ueberfluß an Truppen noch an Geld hatte. Zwar ließ sich Richelieu, um der „Tyrannnei" der Finanzbeamten zu entgehen, selbst das Verfügungsrecht über die an die Fremden zu zahlenden Gelder übertragen.[71]) Aber damit konnte er das fehlende Geld auch nicht beschaffen. Die französischen Truppen hatten ferner die größte Abneigung gegen einen Rheinübergang, so daß man einmal sogar die Befürchtung aussprach, ein Truppenteil werde sich auflösen, wenn er den Befehl zum Vormarsch an den Rhein erhielte.[72])

Bei dieser Lage der Dinge mußten sich naturgemäß die Gegensätze zwischen Bernhard und den Franzosen immer mehr zuspitzen. Da der Herzog keine Hilfe erhielt, bezog er mit seinen Truppen Quartiere im Bistum Basel und in der Freigrafschaft Burgund und überließ den Brückenkopf bei Rheinau den Franzosen, die ihn bald darauf in sehr unrühmlicher Weise verloren. In Paris empfand man diese Schlappe als sehr peinlich, großen Wert legte man ihr jedoch nicht bei, da man bereits erwogen hatte, ob der Brückenkopf nicht wegen der hohen Kosten, die seine Behauptung verursachte, aufgegeben werden sollte.

Je schlechter Bernhards Beziehungen zu den Franzosen wurden, um so besser wurde sein Verhältnis zu den Schweden, was Richelieu ebenso Sorge machte, wie die engen Beziehungen des Herzogs zu dem Hugenottenführer Rohan und Angebote des Kaisers an Bernhard. Trotz seiner Haltung sah man sich daher gezwungen, ihn möglichst entgegenkommend zu behandeln.

Nach seinem Rückzug vom Rhein hatte Bernhard erneut unter lebhaften Vorwürfen über die bisherige Behandlung nach Paris geschickt und Geld und Truppen verlangt.

---

[71]) Lettres V 773 f., verg. Aubery III 390, 460.
[72]) Roese II 401, A. 25.

Schließlich entschloß man sich in Paris, Feuquières, der einst die Beziehungen zu Bernhard eingeleitet hatte, zu ihm zu senden. Die Anweisungen für Feuquières zeigen wieder das unbedingte Bedürfnis, Bernhard bei Frankreich festzuhalten. Man forderte jetzt — zweifellos mit Rücksicht auf Schweden — sehr energisch Bernhards Rheinübergang und strategisches Zusammenarbeiten mit den schwedischen Heeren zum Angriff auf die kaiserlichen Erbländer. Auch die Frage der Quartiere spielte dabei eine Rolle, denn man wollte mit allen Mitteln verhindern, daß Bernhard Winterquartiere auf französischem Boden nehme.[73]) Auf Grund der Verhandlungen mit Feuquières, die im Dezember 1637 stattfanden, forderte Bernhard am 4. Januar unter Berufung auf Feuquières' Versprechungen die regelmäßige Zahlung von 600 000 Livres im Vierteljahr und ein französisches Hilfskorps unter seinem Kommando. In Paris nahm man diese Forderungen im allgemeinen an, versprach auch noch eine außerordentliche Zahlung von 150 000 Livres zur Instandsetzung der Armee, wollte aber nicht ein Hilfskorps unter Bernhards Kommando, sondern ein selbständiges Korps unter französischer Führung zur Unterstützung der Operationen Bernhards einsetzen. Im ganzen bedeutete das doch ein recht erhebliches Entgegenkommen gegen Bernhards von den Schweden unterstützte Forderungen.[74])

Bei diesen Verhandlungen zwischen Feuquières und Bernhard ist zum ersten Male seit dem Streit um Zabern die elsässische Frage berührt worden. Feuquières war beauftragt, über die Verteidigung der von Frankreich besetzten elsässischen Plätze mit Bernhard zu sprechen.[75]) Darüber sind zwischen beiden mündliche Vereinbarungen getroffen worden, und dabei hat Feuquières Bernhard mindestens angedeutet, daß man ihm die Plätze einräumen und für ihre Verteidigung eine finanzielle Beihilfe gewähren wolle.[76])

---

[73]) Vergl. z. B. Roese II 400 f., A. 24.

[74]) Bernhard hatte auch die Berücksichtigung seiner Interessen beim Friedenschluß verlangt. — Um die Schwierigkeiten, die der Kaiser wegen der Pässe für die deutschen Verbündeten machte, zu umgehen, ließ Richelieu bei Bernhard anfragen, ob er einverstanden sei, daß die französischen Gesandten ihn bei den Friedensverhandlungen verträten. Bernhard hat das sehr entschieden abgelehnt. Siri VIII 520 f, Roese II 201, Grotius Ep. 870 (Oxenstierna II 2 423, Nr. 170).

[75]) Roese II 501, Nr. 35.

[76]) Auf diese mündlichen Vereinbarungen bezieht sich sowohl Bernhards Gutachten vom 4. Januar — Roese II 510 Nr. 38, Art. 5 —, wie die französische Antwort vom 11. Februar — Roese II 512, Nr. 39, Art. 5 —, ohne jedoch das Angebot Feuquières' zu erwähnen. Auf

Schon vor dem Eintreffen der französischen Antwort auf seine Forderungen vom 4. Januar hatte Bernhard Ende Januar 1638 die Operationen begonnen, die dem Feldzug auf diesem Kriegsschauplatz die entscheidende Wendung gaben. In den letzten Tagen des Januar überschritt Bernhard bei Säckingen den Rhein, schlug, nach einer ersten Schlappe, Anfang März die Kaiserlichen entscheidend bei Rheinfelden und marschierte nach Baden und in den Breisgau, wo im April Freiburg genommen wurde. Das weitere Ziel seiner Operationen war die Einnahme von Breisach. Nach einem Sieg über die Kaiserlichen bei Wittenweier im August wurde die regelrechte Belagerung der Festung begonnen. Nachdem mehrere Entsatzversuche auf dem linken und rechten Rheinufer abgeschlagen waren, ergab sich Breisach nach tapferer Verteidigung und nur durch Hunger bezwungen am 17. Dezember 1638.[77])

In Paris hatte man diese Erfolge Bernhards bejubelt, ihre weittragende Bedeutung erkannt und es an Anerkennung nicht fehlen lassen. Seine Operationen wurden erleichtert durch das Vorgehen einer französischen Armee unter Longueville in der Freigrafschaft Burgund. Trotzdem trafen die versprochenen Gelder nur unregelmäßig und unvollständig ein und erst nach langen Bemühungen Bernhards erschien auch das französische Hilfskorps unter Guébriant bei ihm, aber schwächer, als man versprochen hatte. Die Schuld lag in der Hauptsache daran, daß auch Guébriant unter Geldmangel litt, und daß die Mannschaften nicht an den Rhein wollten, so daß man ihnen schließlich beim Abmarsch das Ziel geheimhalten mußte.

Um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen, sandte Bernhard Erlach, der Schweizer Oberst gewesen, in des Herzogs Dienste getreten und von ihm zum General ernannt

---

dieses beruft sich jedoch Bernhard im Mai 1638, Gonzenbach I 28, Nr. 20, I 62, Nr. 32 b. Am 4. Januar 1638 schrieb Feuquières, Bernhards Ansichten entsprächen in allem den französischen, bis auf die Geldfrage. Roese II 402, A. 29. Zu einem Streit über die elsässische Frage ist es also damals nicht gekommen. — Grotius schreibt am 23. Januar: „Oblatum Alsatiae principatum recusavit dux, pleno in praesidio imperio contentus," Ep. 897 (Oxenstierna II 2, 438, Nr. 178). Im Jahre 1636 wurden übrigens in Hagenau und Kolmar weimarische Truppenteile aufgenommen, vgl. unten S. 295, 301 f.

[77]) Vergl. hierüber und über die folgenden Verhandlungen außer den oben S. 244, A. 47 angeführten Akten und Darstellungen vor allem auch Gonzenbach und die zahlreichen bei ihm abgedruckten Akten, sowie Laboureur, der ebenfalls zahlreiche Briefe darüber wiedergibt.

worden war, im Mai 1638 nach Paris, wo er bis zum Juli verhandelte. Erlach war beauftragt, mit aller Energie Geld und Truppenhilfe zu fordern.

Wiederum machten die finanziellen Forderungen Bernhards große Schwierigkeiten und erforderten langwierige Verhandlungen, in denen Erlach schließlich erreichte, daß die regelmäßigen Vierteljahrszahlungen von 600 000 Livres zugesagt wurden, die Franzosen jedoch alle außerordentlichen Zahlungen und Entschädigungen ablehnten. Die Schwierigkeiten, die sie in den finanziellen Fragen machten, beruhten wiederum, auch nach der Ansicht Erlachs, darauf, daß ihnen das Geld fehlte.

Ein weiterer Streitpunkt war die Frage des französischen Hilfskorps. Bernhard verlangte durch Erlach 8000 Mann, die unter seinen Befehl treten sollten. Dagegen wollten die Franzosen zunächst die ganze Armee Longuevilles selbständig zur Unterstützung Bernhards heranziehen. Longueville sollte Breisach auf dem linken, Bernhard auf dem rechten Rheinufer einschließen, ferner sollten die Franzosen eventuell Bernhard bei einem Vorgehen in Württemberg und gegen Tirol unterstützen. Infolge der Notwendigkeit starker militärischer Unterstützung ließ Bernhard später seinerseits den Einsatz der gesamten Armee Longuevilles am Rhein fordern, während die Franzosen mit Rücksicht auf Erfolge Karls von Lothringen in der Freigrafschaft jetzt nicht mehr in der Lage waren, diese ganze Armee am Rhein zu verwenden. Das Ergebnis der langwierigen Verhandlungen war, daß Bernhard schließlich insgesamt etwa 5000 Mann unter Guébriant und Turenne versprochen wurden, die unter seinen Befehl treten sollten.

Bei diesen Verhandlungen Erlachs in Paris vom Jahre 1638 bildete zum ersten Male die elsässische Frage den Gegenstand ernstlicher Auseinandersetzungen. Bernhard hatte Erlach beauftragt, die Einräumung der von den Franzosen besetzten elsässischen Plätze zu fordern; der ihm von Feuquières angedeutete finanzielle Zuschuß solle jedoch noch einige Jahre bezahlt werden.[78]) Bernhard beklagte sich ferner darüber, daß der französische Kommandant von Kolmar ihn im Elsaß seiner Rechte beraube, und verlangte die Regelung der Angelegenheit im Sinne des 1635 an die französischen Kommandanten ergangenen Befehls.[79]) Am 14. Juni meldete

---

[78]) Gonzenbach I 28, Nr. 20.
[79]) Gonzenbach I 32 f., Nr. 22, vgl. oben S. 242.

Erlach dann an den Herzog, daß die Franzosen wegen der Einräumung der elsässischen Plätze Schwierigkeiten machten und sie diese so spät wie möglich übergeben würden. Erlach sah den Grund in dem „odium religionis", das gar zu groß sei.[80]) Bald darauf schrieb er erneut, daß die Franzosen in der elsässischen Frage Ausflüchte machten und darauf hinwiesen, daß Bernhards Heer durch die Besetzung der Plätze allzu sehr geschwächt würde. In allen Verträgen aber solle Bernhard so behandelt werden, als ob er tatsächlich im Besitz des Elsaß sei. Der Pater Joseph hatte bei diesen Verhandlungen auf die religiösen Gründe hingewiesen, und auch Erlach meinte, daß das der wahre „Stein des Anstoßes" sei.[81]) Bald darauf erklärte man denn auch, daß man Bernhard später das Elsaß einräumen werde,[82]) wie überhaupt diese ganzen Verhandlungen von der Voraussetzung ausgingen, daß der Herzog Anspruch auf die elsässischen Plätze habe. Inzwischen hatte aber Bernhard am 17. Juni die militärischen und finanziellen Fragen als die dringendsten bezeichnet[83]) und am 26. Juni Erlach befohlen, wegen der „Investitur" mit dem Elsaß keine Forderungen mehr zu stellen; er wies aber darauf hin, daß ihm Feuquières dieselbe im vergangenen Jahr versprochen habe.[84]) Am 24. Juli schrieb Bernhard schließlich, Erlach solle, wenn man ihm Anerbietungen wegen des Elsaß mache, sich nicht sehr darum bemühen, da das Elsaß völlig ruiniert und seine Behauptung den Franzosen nur eine Last sei, dasselbe außerdem ohne Breisach keinen Wert habe.[85])

---

[80]) Gonzenbach I 40, Nr. 26.

[81]) Gonzenbach I 54 ff., Nr. 31, vgl. I 80, Nr. 37.

[82]) Gonzenbach I 46, Nr. 28.

[83]) Gonzenbach I 43, Nr. 27.

[84]) Gonzenbach I 62, Nr. 32 b.

[85]) Gonzenbach I 82 f., Nr. 38. — Vgl. über diese Verhandlungen: Grotius Ep. 979, 988 (Oxenstierna II 2, 498, 506, Nr. 201, 204), Roese II 287 ff, Droysen II 395 ff, Gonzenbach I 127 f, Noailles II 395 f. — Es ist darüber gestritten worden, ob Erlach damals die Bestimmungen des Vertrages von St. Germain gekannt hat. Droysen II 389, Forschungen S. 375 ff, bejaht, Gonzenbach I 114 und Reuss, Rev. hist. 1881, S. 224, verneinen es. Die von Gonzenbach angeführten Gründe sind nicht durchschlagend. Aus den Verhandlungen lässt sich allerdings nicht unbedingt beweisen, daß Erlach die Artikel gekannt hat, obwohl er sie mehrfach als von den Franzosen zitiert erwähnt. Es ist aber wohl ausgeschlossen, daß Bernhard Erlach seine Forderungen in Paris vertreten ließ, ohne ihm die Vertragsbestimmungen mitzuteilen, auf die er diese Forderungen stützte. Erlach wäre ja sonst ohne weiteres im Nachteil gegenüber den französischen Unterhändlern gewesen.

Die Haltung Bernhards in der elsässischen Frage ist also wechselnd und unentschieden. Im Vordergrunde standen ihm die militärischen und finanziellen Fragen. Auch Frankreich hat, da Feuquières Ende 1637 die Ueberlassung der Plätze angeboten hatte, seine Stellung gewechselt. Nach Bernhards späterer Meldung hatte Feuquières gesagt, daß nur so der Ruin des Landes verhindert werden könne,[86]) und es ist wahrscheinlich, daß man damals die Besetzung der elsässischen Plätze als eine Zerplitterung der französischen Kräfte ansah. Auch Bernhard meinte ja, die Plätze wären den Franzosen nur zur Last, und der König hatte Guébriant noch im April 1638 ausdrücklich verboten, die Besetzung eines von Bernhard eroberten Platzes anzunehmen.[87]) Durch die Erfolge Bernhards im Sommer 1638 war nun inzwischen die militärische Behauptung der elsässischen Plätze leichter geworden. Der Hauptgrund aber, warum man ihre Ueberlassung an Bernhard verweigerte, dürfte, wie einst bei Zabern, die Rücksicht auf den Papst und die Katholiken gewesen sein. Wenn Erlach, der die Verhandlungen selbst führte, darin den „Stein des Anstoßes" sah, so muß er zweifellos seine guten Gründe dafür gehabt haben. Hierzu dürfte gekommen sein, daß man Bernhards nicht recht sicher war, da dieser fortgesetzt Anerbietungen vom Kaiser erhielt.[88]) Jedenfalls sind aber die Franzosen auch bei diesen Verhandlungen mit Erlach von der Voraussetzung ausgegangen, daß Bernhard durch den Vertrag von St. Germain ein Anrecht auf die Plätze habe; sie haben ihm die spätere Ueberlassung daher in Aussicht gestellt und ihm versprochen, ihn bei den Friedensverhandlungen so zu behandeln, als ob er Besitzer des Elsaß wäre.

Einen weiteren Streitpunkt bei den Verhandlungen Erlachs in Paris bildete das Schicksal Breisachs nach seiner Einnahme. Zweifellos waren sowohl die Franzosen wie Bern-

---

[86]) Gonzenbach I 62, Nr. 32 b.
[87]) Roese II 412, A. 106.
[88]) Bernhard hat die Anerbietungen des Kaisers nach Paris mitgeteilt und angefragt, welche Stellung man dort dazu einnehme. Wenn Gonzenbach I 108 daraus auf völlige Abhängigkeit von Frankreich schließt, so geht das zu weit. Die Tatsache der Anfrage in Paris bedeutete ja sachlich schon die Ablehnung der kaiserlichen Anträge, und sie dürfte den Zweck gehabt haben, französisches Mißtrauen zu vermeiden. Bernhard hat außerdem auch Schweden diese Anerbietungen mitgeteilt. Er hat auch 1635 bei Schweden wegen der französischen Anträge angefragt, ohne nachher bei Abschluß des Vertrages mit Frankreich sich um die schwedischen Absichten zu kümmern.

hard bestrebt, sich allein das Besatzungsrecht in dieser wichtigen Festung zu sichern. Daraus erklärte sich auch die anfängliche Absicht der Franzosen, Longueville an der Eroberung Breisachs teilnehmen zu lassen. Erlach selbst zweifelte nicht daran, daß die Franzosen „selber im Nest sitzen" wollten, doch hat er selbst von der Frage nicht zu sprechen angefangen.[89]) Bullion erklärte allerdings, man habe nicht die Absicht, Bernhard Breisach aus den Händen zu reißen,[90]) was aber nur bedeutet haben wird, daß man die Rechte des Vertrages von St. Germain auf Breisach anerkannte, damit jedoch nicht ausschloß, daß die Festung eine französische Garnison erhielt.[91]) Es scheint bei diesen Verhandlungen jedoch über eine Fühlungnahme über die gegenseitigen Ansichten nicht hinausgegangen worden zu sein.[92])

Bis zur Einnahme von Breisach ist dann anscheinend weder über die elsässischen Plätze, noch über Breisach verhandelt worden.[93]) Dagegen gingen die Verhandlungen über die französischen Zahlungen und die militärische Unterstützung weiter, zumal das französische Hilfskorps unter Turenne nur 2000 Mann stark war. Vor allem zur Zeit der großen feindlichen Entsatzversuche vor Breisach ließ Bernhard sehr dringend in Paris erklären, daß er ohne französische Unterstützung seine Operationen nicht fortsetzen könne, seine Eroberungen aufgeben müsse und daß ein Einfall der feindlichen Armeen in Frankreich die Folge sein werde. Die Franzosen bewilligten darauf außer der fälligen Vierteljahrszahlung einen Teil der von Bernhard verlangten außerordentlichen Gelder und versprachen ein weiteres Hilfskorps von 2000 Mann, von dem allerdings wieder nur die Hälfte und

---

[89]) Gonzenbach I 40, Nr. 26, I 51, Nr. 31, vgl. I 36, Nr. 24

[90]) Gonzenbach I 46, Nr. 28.

[91]) Grotius meldet am 12. Juni, die Franzosen leugneten, daß Breisach und der Breisgau „sub concessione Alsatiae comprehendi", also nicht unter den Vertrag von St. Germain falle. Grotius Ep. 974, (Oxenstierna II 490 f, Nr. 199). Dieser Grund ist von den Franzosen später niemals wieder angeführt worden, vgl. Anhang S. 384. Auch das zeigt übrigens, daß die Franzosen die Plätze in den Vertrag einbegriffen.

[92]) Vgl. Roese II 287 ff. — Die von Gonzenbach I 87 ff. hierbei zitierten Artikel des Vertrages von Wismar vom März 1638 und des Vertrages von Paris vom 1. November 1634 kommen weder rechtlich für diese Auseinandersetzungen in Betracht, noch sind sie von Bernhard oder den Franzosen dabei erwähnt worden.

[93]) Roese II 289 f. sagt, „unerwiesen, aber wahrscheinlich" sei, daß Richelieus Stallmeister Graves Ende November den Auftrag bekommen habe, Bernhard zur Abtretung Breisachs geneigt zu machen.

noch dazu in sehr wenig kampffähigem Zustande anlangte. Die Armee Longueville, von der man allein Hilfe schicken konnte, hatte selbst reichlich mit Karl von Lothringen zu tun. Von der Bedeutung der Erfolge Bernhards war man in Paris vollkommen überzeugt, und man sprach aus, daß kein französischer General Aehnliches erreicht habe wie Bernhard mit seinen schwachen Kräften.

Als Breisach am 17. Dezember 1638 gefallen war, entschied Bernhard die Frage der Garnison, ohne die Franzosen zu fragen. Er hatte die Kapitulation allein in seinem Namen abgeschlossen, und ließ zwar Teile des französischen Hilfskorps als erste in die Festung einmarschieren, aber nur zum Durchmarsch in Quartiere außerhalb der Stadt. Die Besatzung wurde ausschließlich von deutschen Truppen gebildet, Erlach zum Gouverneur ernannt und in Breisach und dem Breisgau eine Verwaltung im Namen Bernhards eingerichtet.

In Paris hat man die Einnahme Breisachs mit einem Te Deum und großen Festlichkeiten gefeiert, und Bernhard stürmisch beglückwünscht, obwohl man wußte, daß vorerst deutsche und nicht französische Truppen in der Festung lagen. Man hatte ja schon seit Jahren die große Bedeutung derselben erkannt. Breisach sicherte nicht nur das linke Rheinufer, sondern war auch eine Einfallspforte nach Deutschland und durchschnitt die habsburgischen Verbindungen an einer entscheidenden Stelle. Ein Bericht französischer Unterhändler aus dem Jahre 1639 bezeichnete Breisach als den wichtigsten Platz Europas,[94]) und der Herzog von Longueville nannte die Einnahme Breisachs das wichtigste Ereignis seit der Eroberung Pignerols.[95]) Vor allem aber bedeutete die Einnahme dieser Festung die endgültige Sicherung der französischen Ostgrenze. So schrieb der französische Kanzler Molé schon zwei Monate vor dem Fall Breisachs: „Die Einnahme Breisachs gibt dem Kaiser und seinen Verbündeten für lange Zeit zu tun und hält unsere Grenzen in Ruhe, und bewahrt uns vor dem Sturm im Innern.[96])

---

[94]) Aubery IV 416.

[95]) Des Robert II 335, Nr. 8.

[96]) Molé II 429 f. Ludwig XIII. schreibt: Breisach sei einer der wichtigsten Plätze Europas und der bedeutendste Deutschlands, „dont elle ouvre et ferme l'entrée du côté de la France et plusieurs grands états", Molé II 437. — Der erst 1651 erschienene Mercure XXII 579 ff druckt eine Flugschrift ab, in der Breisach mit Troja verglichen wird und in der es heißt „tota Alsatia potitur Bernhardus Germaniae propugnaculum occupavit, — Rhenum, Galliarum olim limitem, nunc etiam

Für die Beurteilung der Stellung Bernhards zu Frankreich in dieser Zeit ist noch charakteristisch, daß man ihn auch in den allgemeinen Verhandlungen durchaus als Bundesgenossen, und nicht als französischen General behandelte. Man hatte dem Herzog, wie erwähnt wurde, versprochen, ihn bei den Friedensverhandlungen so zu behandeln, als ob er im Besitz des Elsaß wäre. Dementsprechend erklärte man den Schweden, daß Frankreich Bernhards Interessen energisch vertreten werde, und verlangte von Schweden dasselbe.[97]) Bei den allgemeinen Friedensverhandlungen forderte man ferner, daß auch Bernhard Pässe vom Kaiser ausgestellt erhielt, und zwar wird er dabei gleichberechtigt neben Hessen, Savoyen und Holland aufgeführt.[98])

Unmittelbar nach der Eroberung Breisachs hatte Bernhard seine Truppen in die reichen Gebiete der Freigrafschaft Burgund geführt, wo von den Franzosen die Verhandlungen über die Breisacher Frage aufgenommen wurden. Schon in dem Glückwunschschreiben an ihn hatte man betont, daß er die Einnahme Breisachs der französischen Hilfe verdanke. Die Franzosen haben zweifellos gewünscht, Breisach militärisch in die Hand zu bekommen. Zunächst suchten sie einen Gesandten Bernhards, Wicquefort, der sich damals in Paris befand, über Bernhards Absichten wegen Breisachs auszufragen, allerdings vergeblich. Sie betonten dabei, bei einem Unfalle Bernhards könne Breisach leicht wieder in die Hände der Gegner fallen; Noyers — der etwa die Stellung eines Kriegsministers in Paris einnahm — war außerdem sehr unzufrieden darüber, daß der Herzog in Breisach protestantischen Gottesdienst abhalten ließ.[99]) Da man bei Wicquefort nichts erreichen konnte, schickte man Anfang Januar 1639 de l'Isle zu Bernhard, offiziell, um ihm die Glückwünsche zur Einnahme Breisachs zu überbringen, tatsächlich jedoch, um Guébriant die nötigen Anweisungen für die Verhandlungen

---

limitem fecisti, Danubium facturus, si Dii annuerint." Mercure XXIII 2 sagt: „En prenant Brisac il a fait à l'Alsace un rempart qui l'assure à cette courronne contre les efforts des ennemies." Der gleichzeitige Artikel der Gazette — vom 29. Dezember 1639 — sagt von diesen Dingen nichts, Noailles II 383.

[97]) Lettres VI 23, 28 A. — VIII 143, Grotius Ep. 954 (Oxenstierna II 2, 473, Nr. 194).

[98]) Lettres VI 114, A. 2, Mémoires III 317, Theatrum IV 2.

[99]) Gonzenbach I 198 f., vgl. Roese II 295, Droysen II 506 f., Noailles II 397, Grotius Ep. 1091 (Oxenstierna II 2, 561, Nr. 241), Ep. 1093.

über Breisach zu übergeben.[100]) In der Instruktion für Guébriant sprach man die Ansicht aus, daß Breisachs Behauptung für Frankreich und seine Bundesgenossen, und zur Herbeiführung des Friedens das Allerwichtigste, Bernhard aber nicht stark genug sei, um die Festung gegen habsburgische Wiedereroberungsversuche zu halten. Guébriant sollte jedoch in keiner Weise als offizielle Forderung seiner Regierung Breisach verlangen und jedes Mißtrauen Bernhards vermeiden, aber von sich aus Bernhard dahin bringen, daß er einwilligte, daß Guébriant Gouverneur werde und die Besatzung zu zwei Dritteln oder zur Hälfte aus französischen Truppen bestehen solle. Wenn Bernhard darauf nicht eingehe, sollte der Unterhändler als seine persönliche Meinung sagen, daß der König dann auch zur Erhaltung und Verpflegung der Garnison nichts beitragen werde.[101])

Ueber die Verhandlungen, die Guébriant auf Grund dieser Befehle mit Bernhard führte, sind wir im einzelnen nicht unterrichtet. Bernhard scheint einer Erörterung ausgewichen zu sein, indem er erklärte, daß er selbst nach Paris kommen werde. Die Franzosen forderten ihn darauf mehrfach auf, diese Reise zu unternehmen.[102]) Bernhard hat zweifellos nicht daran gedacht, den Franzosen Breisach zu überlassen.[103]) Er ließ vielmehr am 22. Januar in Bern erklären, der König beanspruche Breisach, er sei aber dazu keinesfalls bereit und besorge daher, daß zwischen ihnen „etwas Widriges erwachsen werde".[104]) Bernhard war also selbst auf die Gefahr ernster Konflikte mit Frankreich entschlossen, Breisach zu behaupten.[105]) Dagegen sind die Franzosen durchaus noch nicht fest entschlossen gewesen, die Ueberlassung der Festung unbedingt zu verlangen. Vielmehr fragte man Anfang Februar

---

[100]) Lettres VII 208, Anal. 6, Roese II 414, A. 120, Gonzenbach I 205, A. 2, Laboueuer S. 104 ff.

[101]) Roese II 522 ff., Nr. 45, Gonzenbach I 137 ff. Nr. 73, vgl. 205, A. 2, Laboureur S. 104 ff.

[102]) Roese II 297 ff., 415, A. 125, Loboureur S. 107 f., Noailles II 400 ff, Droysen II 510 ff.

[103]) Das meint Gonzenbach I 205 ff.

[104]) Gonzenbach I 137, Nr. 72.

[105]) Nach einer Aeußerung von Graves zu Wicquefort soll Bernhard zu de l'Isle gesagt haben, daß er Breisach übergeben wolle und der König dort ebenso Herr sein solle, wie in Paris, Gonzenbach I 206, A. 2. Wenn Gonzenbach meint, das trage den Stempel der Wahrheit an sich, so ist das Gegenteil der Fall. Wicquefort selbst glaubte nicht daran, wie aus dem Brief, in dem er das meldet, hervorgeht. — Vergl. Droysen II 511.

1639 bei Guébriant an, ob es ein Vorteil für Frankreich wäre, wenn der König sich mit dem Schutz Breisachs belaste[106]) oder ob man diese Sorge dem Herzog lassen solle, oder ob die Reputation verlange, daß der König dort vollkommen Herr sei, oder ob man zurzeit jemand nach Breisach schicken solle, der bald darauf die Stadt Bernhard und seinen Leuten wieder überlasse. Man fragte ferner Guébriant, ob Bernhard Breisach behaupten oder nur dazu benutzen wolle, von Frankreich Geld zu erhalten.[107]) Man betrachtete also die Breisacher Frage in der Hauptsache unter dem Gesichtspunkt der militärischen Sicherheit der Festung.

Sobald der Plan von Bernhards Reise nach Paris dort bekannt geworden war, suchten Grotius und der englische Gesandte Leceister, der Bernhard die Unterstützung seiner Regierung in Aussicht stellte, den Herzog von der Reise abzubringen, da man ihm, sobald er in Paris sei, die Ueberlassung Breisachs abnötigen werde. Aus diesen Bemühungen sprach das Bestreben Schwedens und Englands, ein allzu enges Verhältnis zwischen Bernhard und Frankreich zu verhindern. Beide fanden in Bernhards Gesandten Wicquefort ein williges Werkzeug; derselbe schrieb mehrmals in ihrem Sinn an Bernhard und warnte ihn energisch vor der Pariser Reise, so daß dieser am 23. Februar seine Reise unter dem Vorwand, daß er bei der Armee unabkömmlich sei, absagte.

Es ist sehr zweifelhaft, ob Bernhard damit seiner Sache genützt hat. Die Franzosen waren zweifellos nicht ebenso entschlossen wie Bernhard, es wegen Breisachs auf einen Konflikt ankommen zu lassen. Schon Guébriant sollte ja Breisach noch nicht offiziell fordern, und die erwähnte Anfrage bei Guébriant zeigt, daß man sich in Paris noch gar nicht klar war, ob es überhaupt im französischen Interesse läge, sich mit der Verteidigung von Breisach zu „belasten".[108]) Es war also

---

[106]) „que le Roy se charge de la garde de Brisac".

[107]) Roese II 526 ff., Nr. 46, Laboureur S. 108 ff. — Vgl. Roese II 298 f, Gonzenbach I 209, Droysen II 514.

[108]) Wicquefort schreibt am 25. Februar: „Il semble qu'on ne presse plus tant le point de Brisac. Monsieur de la Meilleray — ein französischer Armeeführer — a dit depuis peu à Mr. Hoeufft, que ceux qui demandent cette place à V. A. sont mal conseillés et ne savent ce qu'ils font. Qu'il vaut mieux pour le bien de la France qu'elle demeure entre les mains de V. A. que de la mettre en celles des françois." Gonzenbach I 210, A. 1. Der Kolmarer Vertreter in Paris schrieb schon am 18. Januar, der König scheine die Uebergabe von Breisach und Bernhards Pariser Reise zu wünschen. „Dans ce cas — der Pariser Reise — commes dans tout autre, on trouvera bien moyen de s'entendre, et le roi comprendra qu'il serait sage, utile même que la place restât entre

zweifellos nicht unrichtig, wenn die Franzosen bei diesen Verhandlungen mit Bernhard immer wieder sagten, ihr Hauptgesichtspunkt sei der der militärischen Sicherheit Breisachs. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß sie, wenn Bernhard nach Paris kam, in der Breisacher Frage wesentliche Konzessionen gemacht hätten, zumal eine Reise nach Paris gezeigt hätte, daß der Herzog fest auf Frankreichs Seite stand.

Die Absage der Reise Bernhards, dessen festlichen Empfang man bereits vorbereitet hatte, mußte in Paris naturgemäß stark verstimmen, zumal Bernhards Mitteilung, daß er nicht kommen werde, von den heftigsten Klagen wegen mangelhafter Unterstützung begleitet war. Man scheint damals ernstlich gefürchtet zu haben, daß Bernhard sich mit dem Kaiser verständigen und ihm Breisach überlassen werde. Richelieu hatte sich zunächst gegen Bernhards Vertreter in Paris sehr mißgestimmt geäußert, jedoch scheint dieser ärgerlichen Stimmung sehr bald die Erkenntnis Platz gemacht zu haben, wie nötig man Bernhard hatte. Die Franzosen versprachen daher die Auszahlung der fälligen Gelder, und Bernhards Gesandte schrieben dem Herzog von der guten Stimmung in Paris und rieten ihm, durch ein freundliches Schreiben den Eindruck seines letzten Briefes zu verwischen. Bernhard tat das dann auch und sandte an seiner Stelle Erlach nach Paris, der Anfang April 1639 dort eintraf.

Bernhard hatte Erlach beauftragt, zunächst die in Paris noch vorhandenen Verstimmungen zu beseitigen, die militärische Lage, den schlechten Zustand der Armee, die Notwendigkeit und die großen Aussichten einer energischen Fortsetzung der Operationen darzulegen und auf die großen Vorbereitungen der Gegner hinzuweisen. Erlach sollte daher dringend militärische und finanzielle Hilfe fordern, und zwar Verstärkung des französischen Hilfskorps, regelmäßige Zahlungen und außerdem eine größere Summe zur Instandsetzung der Armee. In der Frage der elsässischen Plätze sollte Erlach erklären, er sei darüber nicht instruiert, Bernhard werde jedoch die Franzosen zufriedenstellen. Die in der Freigrafschaft Burgund eroberten Plätze sei er bereit, gegen Erstattung der Unkosten Frankreich zu übergeben.[109]) Breisach müsse jedoch in Bernhards Hand bleiben, da sonst die Zuneigung der deutschen Fürsten, die wieder zu wachsen beginne, besei-

---

les mains du prince. Mais — il peut y avoir des inconvénients à donner par écrit son sentiment sur cette matière." Mossmann, Rev. d'Alsace 1881, S. 198. Vergl. die Aeußerung Rehlingers bei Droysen II 516 f.

[109]) Gonzenbach I 143 f., Nr. 44.

tigt, der Argwohn, daß der König nicht Schutz, sondern Herrschaft wolle, geweckt werde und man die deutschen Fürsten damit auf die Seite des Feindes treiben, Schwedens Eifersucht wecken und ihm dadurch Anlaß zum Sonderfrieden mit dem Kaiser geben werde.[110]) Bernhard wies hier also sehr geschickt auf Gesichtspunkte hin, die für die französische Politik eine große Rolle spielten.

Erlach wurde in Paris sehr freundlich aufgenommen, und es gelang, die wegen der Absage von Bernhards Pariser Reise noch bestehenden Verstimmungen zu beseitigen. Dagegen kamen die sachlichen Verhandlungen zunächst nicht vorwärts. Man suchte Erlach über Bernhards Absichten mit Breisach und den von ihm eroberten Plätzen auszufragen und verlangte Breisach. Erlach hielt sich streng an seine Instruktionen, erklärte, Bernhard müsse Breisach behalten und über die Plätze habe er keine Instruktion. Die Franzosen erwiderten darauf, es sei nicht billig, wenn Bernhard alle Plätze behalten wolle und der König trotzdem alle ordentlichen und außerordentichen Gelder zahlen solle, so daß Erlach meinte, die Franzosen hätten Breisach noch „mächtig im Sinn".[111]) Dagegen glaubte er, sie würden gerne sehen, wenn Bernhard die Plätze in der Freigrafschaft Burgund behielte, da Longueville wegen der Lage in Italien dort eingesetzt werden müsse.[112]) In den weiteren Verhandlungen zeigten sich die Franzosen dann jedoch sehr entgegenkommend. Sie bewilligten die regelmäßigen Vierteljahrszahlungen und außerdem eine außerordentliche Unterstützung von 300 000 Livres und die Verstärkung des französischen Hilfskorps, ohne daß Bernhard die eroberten Plätze übergeben mußte. Allerdings erklärten sie, daß sie Zuschüsse zur Behauptung derselben ablehnen müßten, wenn dem König nicht mehr Gewalt in denselben eingeräumt werde. Man wolle die Plätze am Rhein Bernhard nicht entziehen, erlaube vielmehr, daß er sie „vermöge der Traktaten" behalte, wolle dann aber auch mit ihrem

---

[110]) Gonzenbach I 148, Nr. 75, Roese II 417 f., 136. Erlach hatte Bernhard darauf hingewiesen, daß die Franzosen die Frage wieder anschneiden würden, was mit Breisach und den anderen Plätzen bei einem frühzeitigen Tode Bernhards werden solle. Eine Antwort des Herzogs darauf ist in den Instruktionen nicht enthalten, Gonzenbach I 144, Nr. 74.

[111]) Gonzenbach I 159 f., Nr. 81, Roese II 533 f., Nr. 51, II 418, A. 138.

[112]) Gonzenbach I 164, Nr. 82, vgl. Roese II 304 f., Droysen II 524 ff, Noailles II 406 f.

Unterhalt nicht mehr beschwert werden.[113]) Erlach konnte mit Recht mit diesem Ergebnis der Verhandlungen sehr zufrieden sein. Er betonte vor allem, es sei sehr vorteilhaft, daß Breisach „ohne einige Verbitterung" Bernhard verbliebe; man habe sich am Hof gegen Fremde geäußert, daß Breisach dem Herzog werde abgetreten werden, und Erlach meinte, wenn Breisach den Franzosen erst aus dem Sinn gekommen sein werde, würde man besser verhandeln können.[114]) Auch Bernhards Finanzbeauftragter Hoeufft meinte, Breisach und die anderen Plätze am Rhein würden in Zukunft außerhalb des Streites bleiben.[115]) Auch Richelieu hielt Bernhard für zufriedener und eifriger als je zuvor.[116]) Der Grund für dies Entgegenkommen gegen Bernhard, das um so beachtenswerter ist, als man auch damals nur mit Mühe das versprochene Geld auftreiben konnte, war, daß man Bernhard unbedingt brauchte und ihn, wie Noyers am 29. April schrieb, um jeden Preis auf der französischen Seite festhalten wollte.[117])

Sehr umstritten ist bei diesen Verhandlungen die persönliche Haltung Erlachs. Derselbe hatte von Frankreich eine Pension angenommen und den Franzosen gesagt, daß er im Fall von Bernhards Tod Breisach für sie behaupten werde. Man hat ihn deshalb fast durchweg einen Verräter genannt,[118]) aber dieser Vorwurf ist unberechtigt. Die Annahme einer Pension war für die damalige Zeit durchaus nichts Ungewöhnliches; eine Ablehnung derselben hätte nur den Argwohn der Franzosen erregt und dadurch Bernhard geschadet. Auch die Erklärung über die Behauptung Breisachs im Falle von Bernhards Tod lag nur in Bernhards Interesse.[119]) Die

---

[113]) Gonzenbach I 162, Nr. 82.
[114]) Gonzenbach I 163, Nr. 82.
[115]) Gonzenbach I 235, A. 2.
[116]) Lettres VII 801.
[117]) Roese II 418, A. 138.
[118]) Roeses gesamte Darstellung geht von dieser Auffassung aus. Ihm sind die meisten späteren gefolgt.
[119]) Vgl. Gonzenbach I 236 ff. Gonzenbach, der Biograph und Verteidiger Erlachs, hat mit großer Lebhaftigkeit, aber mit sachlich völlig überzeugendem Material nachgewiesen, daß der Vorwurf des Verrats völlig unberechtigt ist. Erlach hat in Paris genau im Sinne Bernhards gehandelt. Bezeichnend ist, daß Noyers am 22. April schreibt, man hätte von Erlach nichts erreichen können, Roese II 418, A. 138, und daß man deshalb die Unterhandlungen durch Guébriant unmittelbar mit Bernhard fortsetze. Gonzenbach hat ferner nachweisen können, daß die beiden nicht veröffentlichten Briefe Erlachs, auf die Roese die Anklage des Verrates gründete, nichts davon enthalten, Korresp.-Blatt d. deutsch. Archive II 53 ff, Gonzenbach II VI ff.

Sorge über das Schicksal Breisachs bei einem frühzeitigen Tode Bernhards spielte eine große Rolle bei der Haltung der Franzosen.[120]) Wenn Erlach als der von Bernhard eingesetzte Kommandant sie nicht darüber beruhigt hätte, hätten sie zweifellos die Ueberlassung der Festung sehr viel dringender gefordert und nicht ohne weiteres Bernhards finanzielle Forderungen bewilligt.

Bernhards Abgesandte hatten sich jedoch getäuscht, wenn sie hofften, der Streit um Breisach und die Plätze sei nun erledigt. Die Franzosen beschlossen vielmehr, die Verhandlungen durch Guébriant mit Bernhard unmittelbar fortsetzen zu lassen. In der Instruktion für Guébriant vom 30. April 1639 beauftragte man diesen zwar, zu erklären, daß man Bernhard Breisach und die anderen Plätze, die er zurzeit habe, lassen wolle, obwohl der König nach den geheimen Artikeln des Vertrages vom 27. Oktober 1635 das Recht habe, selbst einen Gouverneur einzusetzen. Man verlange aber die schriftliche Erklärung von Bernhard, daß er Breisach unter der Autorität des französischen Königs halten und ohne dessen Einwilligung nicht aus seinen Händen lassen oder andere Truppen hineinlegen werde. Ferner sollte Erlach die schriftliche Erklärung abgeben, daß er die Festung für den König behaupten werde, wenn Bernhard stirbt. Bernhard sollte den Franzosen außerdem die freie Verfügung über die noch zu machenden Eroberungen garantieren. Die Instruktion wiederholte im übrigen die Erlach in Paris gemachten finanziellen Zusagen, verlangte allerdings, daß Bernhard von den außerordentlichen Subsidien deutsche Truppen für das französische Hilfskorps anwerbe.[121])

Diese Instruktion enthielt zum ersten Mal eine neue Auslegung des Vertrages von St. Germain durch die Franzosen. Noch Erlach hatte man in Paris erklärt, daß man Bernhard die Plätze entsprechend diesem Vertrage lassen wolle, und auch

---

[120]) Das betont auch Grotius mehrfach, von dem sogar anscheinend der Vorschlag einer solchen Verpflichtung Erlachs für den Fall von Bernhards Tod ausgegangen ist. Grotius selbst schreibt das jedenfalls, Ep. 1150 (Oxenstierna II 2, 596 f, Nr. 257), 1152 und meldet schon am 22. Januar, daß er einen solchen Vorschlag gemacht habe, um die französischen Besorgnisse wegen Bernhards Tod zu beseitigen, Ep. 1104 (Oxenstierna II 2, 568, Nr. 245). Die weiteren Verabredungen über Breisach hielt man auch vor Grotius geheim, Ep. 1158, 1159 (Oxenstierna II 2, 602, 604 Nr. 260, 261) Ep. 1160, 1163.

[121]) Roese II 533 ff., Nr. 51, Lettres VII 220, Anal. 3, Laboureur S. 119 f. — Vgl. Rotrou S. 28 f., Gonzenbach I 278 ff., Droysen II 554 ff., Noailles II 408 ff.

jetzt leugnete man noch nicht, daß Bernhard ein Recht auf dieselben habe, aber man versuchte jetzt die Bestimmung, daß Bernhard die Armee unter französischer Autorität kommandieren solle, auch auf die territorialen Bestimmungen des Vertrages auszudehnen. Bernhard selbst hat übrigens bei diesen Verhandlungen Erlachs die 1638 gestellte Forderung auf Ueberlassung der von den Franzosen besetzten elsässischen Plätze nicht wieder erhoben. Es handelte sich vielmehr bei diesen Auseinandersetzungen allein um die von Bernhard 1638 und 1639 eroberten Plätze, die fast ausschließlich auf dem rechten Rheinufer lagen.[122])

Das Hauptstreben der Franzosen war, sich dagegen zu sichern, daß die von Bernhard mit ihrer Hilfe gemachten Eroberungen in fremde Hände fielen. Die allgemeine Stellung, die Bernhard Anfang 1639 einnahm, rechtfertigte zweifellos diese Furcht der Franzosen. Der Kaiser und Spanien hatten ihm erneut die größten Anerbietungen gemacht, der Herzog stand in enger Beziehung zu Schweden und verhandelte mit England, und der hessische Minister Melander wollte ihn zum Führer einer dritten, von Frankreich und Schweden unabhängigen Partei machen, was Bernhard allerdings ebenso energisch ablehnte wie die Anerbietungen der Habsburger. Seine Stellung war zweifellos damals von Frankreich unabhängiger als je zuvor. Er richtete in dem von ihm eroberten Gebiete, also in der Hauptsache in Breisach, dem Breisgau und den Waldstädten, eine eigene Verwaltung ein, ohne sich um die Franzosen zu kümmern, und begann auch im Elsaß den Maßnahmen der französischen Statthalter zum Teil recht energisch entgegenzutreten.[123])

Bernhard hatte in den ersten Monaten des Jahres 1639 Thann erobert und Fortschritte in der Freigrafschaft Burgund gemacht, war dann nach Breisach gegangen und kehrte im Juni nach der Freigrafschaft zurück, wo Guébriant die Unter-

---

[122]) Man hat bei der Darstellung dieser und der folgenden Verhandlungen nie unterschieden zwischen den von Bernhard 1638 und 1639 eroberten Gebieten und den von den Franzosen bereits zur Zeit des Vertrages von St. Germain besetzten Plätzen. Dadurch wird die Darstellung, vor allem bei Droysens und Gonzenbachs Streit über die Ehrlichkeit der von Frankreich gemachten Versprechungen, oft höchst unklar.

[123]) Roese II 311 f., 420 f., A. 145, 146, Gonzenbach I 273, Droysen II 531 ff, Noailles II 417 ff, 436, Strobel IV 427. Kolmar suchte sich damals sogar durch einen Vertrag mit Bernhard der französischen Protektion zu entziehen, Mossmann, Rev. d'Alsace 1881, S 200, 203 f. Waldner S. 55 f.

handlungen mit ihm begann. Bernhard hatte durch Erlach Kenntnis von den Instruktionen für Guébriant erhalten und in dem Entwurf einer Antwort sofort betont, daß man ihm in dem Vertrag das Elsaß, zu dem Breisach gehöre, überlassen habe und die Erwartung ausgesprochen, daß man ihm auch die von den Franzosen besetzten elsässischen Plätze überlassen werde. Es sei ferner in dem Vertrag nichts davon gesagt, daß er die Plätze, die er einnehmen werde, den Franzosen überliefern solle.[124]) In den mündlichen Verhandlungen mit Bernhard trug Guébriant zunächst den Inhalt seiner Instruktion vor und meinte, man verlange sehr wenig von Bernhard. Dieser erwiderte jedoch sehr lebhaft, man wolle ihn seiner Ehre berauben und zum Sklaven machen und seine großen Erfolge damit belohnen, daß man ihm fortnehme, was er erobert habe. Guébriant erwiderte, daß man ihm Breisach und die anderen Eroberungen lassen wolle, und suchte die Erklärung, daß er Breisach unter französischer Autorität behaupten solle, als bedeutungslos hinzustellen. Er betonte die Größe der französischen Unterstützung und die Verpflichtung, die Armee uner der Autorität des Königs zu kommandieren, was der entscheidende Punkt bei dieser Frage sei. Nach längeren Auseinandersetzungen über den Wert der gegenseitig geleisteten Dienste erhob Bernhard Widerspruch dagegen, daß der König die Gouverneure in den zu erobernden Plätzen einsetzen wolle, und erklärte, daß ihm dadurch die Möglichkeit von Verhandlungen zur Gewinnung deutscher Fürsten genommen werde. Er sagte, es handle sich bei den französischen Forderungen um ganz neue Bedingungen, die einen neuen Vertrag nötig machten, und erklärte sich bereit, über einen solchen zu verhandeln, falls Guébriant dazu Vollmacht habe. Guébriant erwiderte, er habe nur Vollmacht, über die Punkte seiner Instruktion zu verhandeln, denen man in Paris keine so weittragende Bedeutung beilege, wie Bernhard, und von deren Ablehnung man unangenehm überrascht sein werde. Bernhard erklärte darauf, er werde eine schriftliche Antwort überreichen und schloß diese Unterredung mit allgemeinen Versicherungen der Ergebenheit für den König.[125])

---

[124]) Gonzenbach I 177, f., Nr. 89.

[125]) Roese II 539 ff., Nr. 53. — Diese letzten Versicherungen lauten: „Je veux en tout tesmoigner au roi que je suis son tres humble serviteur, et ne me separerai jamais de la France, c'est mon faict, et lorsquelle me chassera d'aupres d'elle par une porte, je m'en reprocherai par l'autre." Guébriant setzte in seinem Bericht hinzu: „Et ainsy par de

Am nächsten Abend übergab Bernhard an Guébriant seine Antwort. Er erklärte sich darin zufrieden, daß der König ihm Breisach und die Waldstädte lassen wolle und versicherte, daß die von ihm besetzten Plätze sicher seien. Er sagte ferner, er sei zu einem neuen Vertrag bereit, den man anscheinend nach den französischen Forderungen wolle, und verlangte für einen solchen die Anerkennung seiner Rechte auf das Elsaß, das ihm der König mit allen vormals habsburgischen Rechten gegeben habe und in dem Breisach liege, und die Uebergabe der von den Franzosen besetzten elsässischen Plätze. Er forderte, daß der König ihm das Elsaß zu seiner Verfügung lasse, und zwar sowohl die von den Franzosen besetzten Gebiete wie die von ihm eroberten am Rhein. Bernhard wollte dagegen gegen Erstattung der Unkosten die Plätze in der Freigrafschaft Burgund Frankreich übergeben, bis auf vier Plätze, die er unter der Autorität des Königs besitzen oder an andere vergeben wolle. Bernhard versprach ferner, daß er für den Fall seines Todes dafür sorgen werde, daß seine Nachfolger in gleicher Weise wie er selbst Frankreich Genugtuung leisteten. Bernhard erklärte, daß wegen des Geldmangels in diesem Jahre an große Eroberungen nicht zu denken sei, lehnte Werbungen für das französische Hilfskorps ab und forderte Erhöhung der französischen Subsidien.[126]) Guébriant sprach seine Unzufriedenheit über diese zweifellos sehr weitgehende Forderung aus, worauf in einer neuen Unterredung am nächsten Tage wieder zunächst eine Auseinandersetzung über die gegenseitigen bisherigen Leistungen stattfand. Bernhard betonte, die Minister und Richelieu selbst hätten ihm gesagt, daß es französische Methode sei, zu fordern, was man selbst zu erreichen nicht für möglich halte, und daß man sich daher nur über ihn lustig machen werde, wenn er die französischen Forderungen annehme. Guébriant erwiderte, daß Bernhard sich verpflichtet habe, die Armee unter französischer Autorität zu kommandieren, und daß das auch auf die Plätze zutreffe. Bernhard leugnete das, die Bestimmungen über die Armeen seien zeitlich beschränkt, die territorialen aber für immer gültig, er wolle nicht der erste sein,

---

beaux compliments se finist mon audiansse." Diese Stelle zeigt in dem Zusammenhang, in dem sie steht, wie sehr man sich hüten muß, derartige Aeußerungen Bernhards bei der Beurteilung seiner Stellung zu Frankreich zu überschätzen.

[126]) Roese II 536 ff., Nr. 52, Gonzenbach I 179 ff., Nr. 90 a und b. Bernhard hatte noch eigenhändig hinzugefügt, er wolle „Breisach in Sicherheit zu Dienst für S. M. erhalten", Gonzenbach I 182, A. 1.

der das Deutsche Reich zerstückle. Guébriant antwortete, darum handle es sich gar nicht. Das Elsaß und Breisach seien habsburgische Erbländer und hätten mit dem Reich nichts zu tun. Bernhard antwortete darauf nicht, und betonte im weiteren Verlauf der Unterredung die Notwendigkeit eines entschiedenen Vorgehens in Deutschland und wies auf die Gefahr eines schwedischen Sonderfriedens hin.[127])

Bernhard hatte in diesen Verhandlungen mehrfach von einem neuen Vertrage mit Frankreich gesprochen und hat damals auch die Grundzüge eines solchen entworfen. Er verlangte darin, daß Frankreich ihn „für einen Landgrafen und Fürsten des Ober- und Unterelsaß, auch auf dem Lande des Bischoffthums Basel erkenne", und ihm daher die elsässischen Plätze einräume. Dafür erklärte er sich bereit, alle Plätze der Freigrafschaft Burgund den Franzosen einzuräumen und verzichtete auf Gelder für den Unterhalt der elsässischen Plätze, wollte aber deren Einkünfte zugesagt erhalten. Für den Frieden verlangte er den erblichen Besitz des Elsaß und des Bistum Basel, forderte das Oberkommando über alle Hilfstruppen und wollte, daß Frankreich mit den deutschen Ständen nur durch seine Vermittlung verhandle.[128])

---

[127]) Roese II 543 ff., Nr. 53, vgl. Laboureur S. 120 ff., Noailles II 413 f, A. 1.

[128]) Gonzenbach I 192 ff., Nr. 97, Roese II 426, A. 159. — Droysen irrt, wenn er diesen Vertragsentwurf in den März 1639 setzt und als zu den Vorbereitungen für Erlachs Pariser Gesandtschaft im April gehörig bezeichnet, Droysen II 521, A. 2, Forschungen S. 378 ff. Gewiß enthält dieser Entwurf, wie Droysen meint, vieles den damaligen Instruktionen Verwandtes, aber das ist nur natürlich. Der Entwurf entsprach aber noch vielmehr der Guébriant im Juni überreichten Antwort — Roese II 536 ff, Nr. 52 — und den mündlichen Verhandlungen mit Guébriant. Vor allem ist in den Instruktionen vom März und bei Erlachs Pariser Verhandlungen von einem neuen Vertrag und von der Forderung auf Uebergabe der von den Franzosen besetzten elsässischen Plätze an Berhard nicht die Rede. Nur bei den Vorbesprechungen mit Bernhard hatte Erlach darauf hingewiesen, daß die Franzosen infolge der erhöhten finanziellen Forderungen Bernhards den Abschluß eines neuen Vertrages verlangen würden, Gonzenbach I 143, Nr. 74. Der Vertragsentwurf reiht sich außerdem durchaus folgerichtig an dieser Stelle in den Gang der Verhandlungen ein. Auch der Plan einer dritten Gesandtschaft Erlachs, für die dieser Entwurf anscheinend bestimmt war, ist nicht ohne weiteres abzulehnen, wie Droysen meint. Am 15. und 19. Juli schreibt Hoeufft an Bernhard, Bullion habe geraten, nach dem diesjährigen Feldzug Erlach oder einen anderen Gesandten nach Paris zu schicken, um eventuell einen neuen Vertrag zu schließen, Gonzenbach I 342, A. 1, und die ganze Lage der Dinge mache ja eine neue Gesandtschaft nach Paris erforderlich. Vgl. Czerny S. 20 f.

Um dieselbe Zeit erörterte man in Paris Bernhards Forderungen. Ein Gutachten Richelieus sprach sich sehr entschieden gegen die Ueberlassung der elsässischen Plätze an Bernhard aus, da man nach Aufgabe derselben nichts habe, um den Kaiser zum Frieden zu zwingen und sich damit des Mittels zur Behauptung Lothringens entäußere.[129]) Man fügte hinzu, daß Bernhards Nachbarschaft mit Lothringen gefährlich sei, da er im Besitz des Elsaß mehr als jeder andere die Wiederherstellung Lothringens wünschen werde, um lieber einen kleinen Herzog als Frankreich zum Nachbarn zu haben. Wenn man Bernhard in dieser Frage nachgebe, werde er in Zukunft sich über alle französischen Forderungen lustig machen. Es war das die Antwort auf Bernhards undiplomatische Aeußerung zu Guébriant über die französische Methode, mehr zu fordern, als man zu bekommen für möglich halte. Ferner enthielt dieses Gutachten jetzt die neue Auslegung des Vertrages von St. Germain in der Frage der Plätze zum ersten Male in voller Schärfe. Es hieß jetzt, Bernhard habe nach dem Vertrage kein Recht auf diese Plätze, derselbe erwähne sie nicht und Bernhard habe sie daher auch 1635 nicht erhalten. Man beschloß daher, Bernhards Forderungen abzuschlagen und die eigenen aufrecht zu erhalten, jedoch Bernhards Mißtrauen und „ein böses Ereignis", das aus dieser Haltung entstehen könnte, dabei zu vermeiden.[130])

Richelieu schickte darauf den Baron d'Oysonville zur Fortsetzung der Verhandlungen zu Bernhard. Derselbe sollte Bernhards Einmarsch in Deutschland fordern, da die Schweden darauf drängten, die Verwunderung über Bernhards Antwort auf die letzten französischen Forderungen aussprechen

---

[129]) Vgl. oben S. 216.

[130]) Roese II 547 f., Nr. 54; Lettres VI 408 ff. Dieses Gutachten von 1639 war im Pariser Archiv dem Vertrage vom 27. Oktober beigefügt; Lettres VI 410 A. 1. Droysen betont mit Recht, daß dieses Gutachten die Auffasung der Pariser Regierung wiedergibt — Forschungen S. 384 ff. Der Entwurf ist aus der Hand eines Sekretärs Richelieus; Lettres VI 403 A. 1. Gonzenbachs Vermutung, daß es sich um ein Gutachten eines Platzkommandanten im Elsaß handelt — Gött. Gelehrt. Anz. 1886 S. 253 ff — wird schon dadurch hinfällig, ganz abgesehen davon, daß ein Gutachten eines Platzkommandanten von ganz anderen Gesichtspunkten als diesen allgemein politischen Erwägungen der Pariser Zentrale hätte ausgehen müssen. Wenn Droysen II 554 f mit diesem Gutachten die Unehrlichkeit der Erlach gemachten Zusagen wegen Breisachs und der von Bernhard genommenen Plätze nachweisen will, so übersieht er, ebenso wie Gonzenbach, daß es sich hier nicht um die von Bernhard, sondern um die von den Franzosen besetzten Plätze handelt. Vgl. oben S. 267, A. 122.

und diese aufrecht erhalten. Sie seien das beste Mittel, um im Krieg und im Frieden das Elsaß zu behaupten. Die Absicht Frankreichs sei, Bernhard im Besitz des Elsaß zu erhalten als dauernde Barriere zwischen Frankreich und seinen Feinden.[131]) Auf Forderungen Bernhards wegen Ueberlassung der elsässischen Plätze sollte der Gesandte nicht eingehen. Der Vertrag von St. Germain verpflichte nicht dazu, Bernhard habe 1635 selbst nicht geglaubt, daß dieser Anspruch auf Ueberlassung der Plätze w ä h r e n d d e s K r i e g e s gebe, und selbst, wenn das der Fall sei, könne der König nicht gegen seine Interessen handeln. Man betonte ferner, daß Bernhard durch Besetzung der Plätze sein schwaches Heer zersplittern werde, und nicht, wie die Schweden verlangten, diese unterstützen könne. Man wies d'Oysonville noch darauf hin, daß die Gegner sich rühmten, bereits einen geheimen Vertrag mit Bernhard zu haben.[132]) Er sollte aber nur im äußersten Notfall davon sprechen. Den Vorschlag eines neuen Vertrages sollte d'Oysonville ablehnen.[133])

Am 12. Juli ging auch an den französischen Gesandten bei Schweden, d'Avaux, eine Instruktion ab, die sich mit den Verhandlungen mit Bernhard beschäftigte. Man sprach darin sehr ausführlich von der guten Behandlung Bernhards durch Frankreich und dem großen französischen Entgegenkommen gegen seine Forderungen, vor allem in der Breisacher Frage, und warf Bernhard vor, daß er nur an sein persönliches Interesse denke, nicht berücksichtige, daß er nur durch die französische Hilfe seine Eroberungen gemacht habe und daß er beanspruche, die eroberten Plätze wie ein Souverän zu besitzen. Es gebe in dem Vertrage von St. Germain keine Klausel, die Bernhard die eroberten Plätze zusage. Bernhard werde sich darauf berufen, daß Breisach zum Elsaß gehöre und der König ihm die Landgrafschaft gelassen habe. Er habe aber 1635 die Plätze nicht erhalten, und der Begriff der Landgrafschaft beziehe sich in dem Vertrage auf

---

[131]) „de le maintenir en l'Alsace, afinque ce soit une perpetuelle barrière entre la France et ses ennemies."

[132]) Davon spricht auch eine Instruktion an d'Avaux, Lettres VI 424. Dasselbe schreibt Banner am 15. Juli, Oxenstierna II 6, 636, Nr. 253. Nr. 253.

[133]) Roese II 548 ff. Nr. 55; Lettres VI 410 f. Diese Instruktion, wie das Gutachten gegen die Uebergabe der elsässischen Plätze sind undatiert. Sie müssen nach dem Eintreffen des Berichtes Guébriants vom 25 Juni abgefasst sein. Die Begleitschreiben der Instruktion d'Oysonville's sind vom 18. und 20. Juli; Roese II 559 f, Nr. 60 und 61; vergl. Roese II 552 ff Nr. 56; Lettres VI 376 ff; Noailles II 437 f.

die Gerichtsbarkeit und die Einkünfte, aber nicht auf die Plätze. Die Instruktion wies ferner auf Bernhards Verhandlungen mit Hessen über eine dritte Partei hin und auf das Drängen Frankreichs nach einem Feldzug Bernhards auf dem rechten Rheinufer. D'Avaux sollte aber von dieser Instruktion nur Gebrauch machen, wenn er Klagen Bernhards zuvorkommen müsse. Man sei noch nicht sicher, ob Bernhard wirklich mit Frankreich und den Verbündeten brechen wolle, erkläre vielmehr bis jetzt sein schlechtes Verhalten aus der Härte seines Naturells.[134]) Man glaube nicht an seinen Parteiwechsel, da ihm seine Reputation teuer sei und der Kaiser und die Spanier nicht soviel zahlen könnten, wie Frankreich. Schweden solle auf Bernhard im Interesse der allgemeinen Sache einwirken.[135]) Am 16. Juli wurde d'Avaux erneut angewiesen, dahin zu wirken, daß die Schweden Bernhard zum Entgegenkommen veranlaßten. Er sollte aber so sprechen, daß er die Haltung Frankreichs verteidige, ohne Bernhard zu verletzen. Man betonte nochmals, daß man Bernhard zum Eingreifen auf dem rechten Rheinufer dränge und sage dabei charakteristischerweise, das entspreche auch den französischen Interessen, da der Kaiser dann einen großen Teil seiner Truppen aus den Niederlanden wegziehen müsse.[136]) Also auch jetzt noch betrachtete man Bernhards Operationen unter dem Gesichtspunkt einer Entlastung der Franzosen auf den Hauptkriegsschauplätzen gegen Spanien.

Diese Instruktionen für d'Oysonville und d'Avaux, die durch den Tod Bernhards am 18. Juli 1639 gegenstandslos wurden, zeigen zunächst, daß man damals bestrebt war, Bernhard zum Eingreifen auf dem rechten Rheinufer zu bringen,[137]) und daß man andererseits mit dem Abfall Bernhards rechnete, ohne ihn jedoch für wahrscheinlich zu halten. Daß nur der

---

[134]) „dureté de son naturel".

[135]) Arkenholz III 402 ff.; Lettres VI 423 ff.

[136]) Arkenholz III 400 ff.; Lettres VI 428 ff. Vgl. Roese II 324 ff.; Droysen II 564 ff; Forschungen S. 401 ff. Wenn Droysen diese Instruktionen an d'Avaux als Verleumdungen Bernhards schwer tadelt, so ist dabei zu berücksichtigen, daß d'Avaux davon nur Gebrauch machen sollte, wenn es nötig war, Bernhards Klagen zuvorzukommen. Vergl. Gonzenbach, Gött. Gel. Anz. S. 259 f.

[137]) Droysen geht — den Berichten Grotius' folgend — bei der Darstellung dieser Verhandlungen von der Voraussetzung aus, daß Bernhard den Feldzug auf dem rechten Rheinufer angestrebt, die Franzosen ihn verhindert haben. Die Operationen Bernhards bestätigen diese Auffassung nicht. Auch hatte Bernhard ja den Franzosen erklärt, daß 1639 an neue Eroberungen in Deutschland nicht zu denken sei; vgl. oben S. 269.

Tod Bernhards, wie man oft behauptet hat, seinen offenen Bruch mit Frankreich verhinderte, dürfte kaum richtig sein. Frankreich hat, wie auch die letzten Instruktionen zeigen, den Bruch nicht gewollt, und auch Bernhard hat zweifellos nicht daran gedacht und alle Anerbietungen Habsburgs und die Pläne zur Gründung einer dritten Partei abgelehnt. Die neue Auslegung des Vertrages von St. Germain, die die Plätze nicht zu den Bernhard überlassenen Gebieten rechnete, ist jetzt voll ausgebildet. Man wollte keinesfalls die Plätze, die man selbst im Besitz hatte, aus der Hand geben, sicherte aber Bernhard das Elsaß für den Frieden zu. Die Forderung, daß Bernhard Breisach unter der Autorität des Königs besitzen solle, hat man in der Instruktion für d'Oysonville nicht fallen lassen, aber auch nicht ausdrücklich erneuert. In der Instruktion für d'Avaux war hierfür eine Formulierung gewählt, die von Bernhard die Verpflichtung verlangte, Breisach und die anderen Plätze niemals zu übergeben und die Kommandanten für den Fall seines Todes dasselbe schwören zu lassen.[138]) Diese Formulierung entsprach den Wünschen Bernhards, und es ist möglich, daß man sich auf sie geeinigt hätte, wenn Bernhard nicht gestorben wäre.[139])

Bernhard hatte unmittelbar vor seinem Tode den Rheinübergang beschlossen, ob mit dem Ziel größerer Operationen auf dem linken Rheinufer, läßt sich nicht sagen. In Neuburg warf ihn eine alte Krankheit auf das letzte Lager, wenige Tage später — am 18. Juli 1639 — ist er gestorben. Dieser plötzliche Tod stellte naturgemäß das ganze Verhältnis Frankreichs zu den Bernhard versprochenen und den von ihm eroberten Gebieten auf eine neue Grundlage. Bernhard hatte unmittelbar vor seinem Tode in einem eilig diktierten Testament bestimmt, daß die von ihm eroberten Gebiete dem Deutschen Reich erhalten werden sollten. Er vermachte sie demjenigen seiner Brüder, der sie annehmen wolle. Dieser sollte sich

---

[138]) Lettres VI 427 f.; Arkenholz III 408.

[139]) Wenn Gonzenbach I 291 — ebenso Reybel XVI 408 — bei diesen Verhandlungen darauf hinweist, daß schon im Vertrage von Paris vom 1. Nov. 1634 Breisach den Franzosen überlassen sei und sie ihre Ansprüche darauf stützen konnten, so haben die Franzosen selbst sich niemals darauf berufen. Sie konnten das auch nicht, denn der Vertrag war von den Schweden nicht ratifiziert worden und der Heilbronner Bund, dessen letzte schlecht besuchte Versammlung die Ratifikation vollzogen hatte, bestand nicht mehr. Gonzenbach überschätzt überhaupt die Bedeutung des natürlich trotzdem wichtigen Vertrages von Paris durchgehend, in dem Bestreben, die spätere Ueberlassung Breisachs durch Erlach an die Franzosen zu rechtfertigen.

dann auf Schweden stützen. Wenn aber keiner der Brüder diese Gebiete annehmen wollte, so sollte Frankreich den Vorrang haben, „doch dergestalt, daß Ihro May und unsere Garnisonen darin gehalten und wenn es zu einem Universal Friden kommen wirdt, die Lande dem Reich restituiert werden sollen". Die Armee sollten Erlach, die Obersten Ehem, Graf von Nassau, Rosen und „folgends die andern Obersten" kommandieren.[140])

Die Bestimmung über das Kommando der Armee war unklar. Die Worte „folgends die andern Obristen" lassen vermuten, daß die angegebene Reihenfolge eine Art Rangordnung darstellen sollte, wie denn auch später Erlach eine Art oberstes Kommando erhielt. Die Bestimmungen über die eroberten Gebiete zeigen, daß Bernhard sie als sein freies Eigentum betrachtete und freies Verfügungsrecht über sie beanspruchte. Dem Testament lag zweifellos die Absicht zugrunde, diese Landschaften, wie Ranke sagt, auch nach seinem Tode bei dem Reich zu behaupten.[141]) Daß Bernhard, falls seine Brüder nicht annehmen wollten, Frankreich den Vorrang ließ, war bei der Lage der Dinge nicht zu verwundern. Die Frage war, ob Frankreich die Ansprüche der Brüder, die den Prager Frieden angenommen hatten, überhaupt anerkennen würde.[142]

Der Tod Bernhards befreite die Franzosen von einem gefährlichen Nebenbuhler am Rhein und hat zweifellos die spätere Annexion des Elsaß erleichtert. Das hat häufig zu der Auffassung geführt, sein Tod sei den Franzosen angenehm gewesen, da er ihnen freie Hand am Rhein gab.[143]) Diese Anschauung, die sich im Hinblick auf die weitere Entwicklung gebildet hat, wird durch die Stimmung der Franzosen beim Empfang der Todesnachricht, die am 27. Juli in Paris eintraf,

---

[140]) Roese II 554 f. Nr. 57; Aubery IV 354 ff.

[141]) Ranke IX 366. Wenn Dupleix II 165 und Malingre Anh. S. 89 sagen, Bernhard habe den Offizieren die Treue gegen Frankreich empfohlen und seine Brüder für unwürdig erklärt, wenn sie nicht auf Seite Frankreichs träten, so ist das offensichtlich falsch, ebenso wenn z. B. Schreiber S. 751 sagt, Bernhard habe mit dem Testament seinen Ruhm befleckt und das Elsaß an Frankreich verraten. Ebenso unrichtig ist, wenn Legrelle S. 116 französische Ansprüche auf das Elsaß mit Bernhards Testament begründet.

[142]) Vgl. Roese II 326 ff.; Droysen II 572 ff.; Gonzenbach I 349 ff.; Noailles II 440 ff.; Droysen, Forschungen S. 401; Avenel in Lettres VIII 156.

[143]) Es gab sogar zu Gerüchten Anlaß, daß Bernhard auf Richelieus Befehl vergiftet sei. Diese Gerüchte sind unhaltbar, wie vor allem Czerny und Alexi in speziellen Untersuchungen über diese Frage nachgewiesen haben.

nicht bestätigt. Die Furcht vor dem Schicksal der Eroberungen Bernhards im Falle seines frühzeitigen Todes hatte bei den Verhandlungen der letzten Jahre eine nicht unwichtige Rolle für die Haltung der Franzosen gespielt. Als er eintrat, dachten sie nicht daran, daß für die Zukunft ein Rivale beseitigt sei; sie wurden vielmehr beherrscht von der Sorge, daß seine Eroberungen an die Gegner verloren gehen könnten und fürchteten die Folgen, die der Verlust dieses siegreichen Feldherrn für die Fortführung des Krieges in Deutschland haben konnte.[144]) Richelieu selbst schrieb an Meilleraye, der in den Niederlanden kommandierte und dem gegenüber er seine wahre Meinung zu verbergen keine Veranlassung hatte: „Alle guten Nachrichten würden uns sehr freuen ohne den Tod Bernhards. Ich kann nicht sagen, wie traurig ich persönlich über den Verlust dieses Fürsten bin.[145])

Um die von Bernhard eroberten Plätze und seine Armee den Franzosen zu sichern, wurde d'Oysonville bereits am 29. Juli zu Guébriant abgesandt. Den Obersten der Armee wurde gleiche Behandlung wie unter Bernhard, und außerdem wurden ihnen Pensionen zugesagt. Sie sollten schwören, dem König überall und gegen jeden zu dienen. Man wies in der Instruktion für d'Oysonville darauf hin, daß Erlach in Paris versprochen habe, im Fall von Bernhards Tod Breisach für Frankreich zu behaupten, und führte wörtlich die Erklärung an, die Bernhard im Juni 1639 darüber Guébriant gegeben hatte.[146]) Erlach sollte gefragt werden, ob er Breisach dem König gegen Entschädigung übergeben oder es im Dienste des Königs halten wolle, mit dem Eid, den Platz für Frankreich zu bewahren und dem König treu zu dienen. In letzterem Fall solle Erlach französische Truppen und einen französischen Befehlshaber, der im Fall seines Todes die Festung sichere, in Breisach aufnehmen. Unter denselben Bedingungen sollte Guébriant mit den Kommandanten der übrigen Plätze verhandeln. Die Plätze auf dem linken Rheinufer, vor allem Thann im Elsaß und Pontarlier in der Freigrafschaft Burgund sollten auf alle Fälle den Franzosen übergeben werden. Wenn die Obersten und die Kommandanten Schwierigkeiten machten, nur dem König zu schwören und den Eid „für den Dienst des Königs und das Wohl der allgemeinen Sache“ leisten

---

[144]) Succinte Narration Testament I 70; Aubery IV 356; Noailles II 456; Molé II 450 f; Lettres VI 453; vergl. die Nachrufe bei Malingre, Anhang S. 83 ff.

[145]) Lettres VI 450.

[146]) Roese II 538, Nr. 52, vgl. oben S. 269.

wollten, so sollte ihnen gesagt werden, daß auch Bernhard, wie der beigefügte Artikel seines Geheimvertrages zeige, nur den König anerkannt habe.[147]) Diese Instruktion wurde von Briefen für die Obersten und Geldversprechungen begleitet,[148]) Erlach erhielt außerdem einen besonders liebenswürdigen Brief des Königs.[149]) Longueville, der das Kommando über die Armee übernehmen sollte, war sofort aus Italien abberufen worden.

Inzwischen hatte Guébriant am 26. Juli den ungefähren Inhalt des Testamentes Bernhards nach Paris mitgeteilt und anscheinend von der guten Stimmung Erlachs und der Obersten gesprochen.[150]) Darauf wurde am 2. August Choisy mit einer neuen Instruktion an Guébriant abgesandt. Diese erklärte, man könne Bernhards Brüdern nicht trauen, da sie neutral oder Verbündete des Kaisers seien, und leugnete, daß Bernhard das Recht gehabt habe, seine Eroberungen seinen Brüdern zu vermachen. Daher sollten die Truppen und Plätze, ohne auf den Entscheid der Brüder zu warten, dem König unmittelbar gesichert und dahin gebracht werden, daß sie diesem schwören und einen General von ihm annehmen. Wenn nicht alle Obersten abschließen wollten, so sollten die Unterhändler sofort mit denen abschließen, die dazu bereit seien.[151])

Man war also in Paris bemüht, unter Ausschaltung der Brüder Bernhards seine Eroberungen und Truppen Frankreich unmittelbar zu sichern. Dieses Streben war vom französischen Standpunkt aus selbstverständlich, und zwar auch dann, wenn man die Gebiete an sich im Frieden zurückgeben wollte. Es handelte sich um die Sicherung im Kriege eroberter, militärisch wichtiger Gebiete, die man schon aus militärischen Gründen nicht in unsichere Hände kommen lassen wollte, und deren Ueberlassung an Bernhards Brüder die französische Stellung bei den Friedensverhandlungen geschwächt hätte. Man erkannte dabei nach Bernhards Tod seine Armee nicht mehr als Einheit an, sondern wollte mit den einzelnen Obersten und Kommandanten gesondert verhandeln.[152]) Die ganze Haltung der Franzosen zeigt noch-

---

[147]) Bernhard hatte einen Eid nicht geleistet.

[148]) Aubery IV 358 ff., Lettres VII 240 Anal. 5. Vgl. Lettres VII 451 f, A. 2, Laboureur S. 139, Aubery IV 356 f, Lettres VI 451 f.

[149]) Lettres VI 453 f.

[150]) Laboureur S. 139 f., Aubery IV 368.

[151]) Aubery IV 368 ff., Lettres 454 f., Laboureur S. 142 f., vgl. Gonzenbach I 449 ff.

[152]) Gonzenbach I 378, A. 1, vgl. I 452.

mals, wie wenig Bernhard ein französischer General gewesen war, den zu ersetzen es nicht solcher Umstände bedurft hätte.[153])

Noch bevor die Instruktionen seiner Regierung bei ihm eintrafen, hatte sich Guébriant bemüht, die Armee für Frankreich zu gewinnen. Die Obersten hatten sofort nach Bernhards Tode beschlossen, die Armee zusammenzuhalten, und betrachteten dieselben im Gegensatz zu den Franzosen als eine Einheit. Sie waren auch ohne weiteres entschlossen, der protestantischen und antihabsburgischen Sache treu zu bleiben und sich klar, daß ohne französisches Geld die Armee nicht erhalten werden könne[154]) und daß deshalb mit Frankreich wegen Fortsetzung der Bernhard gewährten Unterstützung verhandelt werden müsse. Von Schweden erbaten sie eine entsprechende Einwirkung auf die französische Regierung, wobei sie die Armee noch als Bundesarmee bezeichneten. Sie haben auch Guébriant sofort erklärt, daß sie Bernhards Verhältnis zu Frankreich aufrecht erhalten wollten.[155]) Die Obersten beschlossen, durch Flersheim ihre Forderungen in Paris selbst vortragen zu lassen. Derselbe sollte ihre Treue versichern, die Fortsetzung der Vierteljahrszahlungen und außerdem eine Verstärkung von 10000 Mann und die Bernhard versprochenen außerordentlichen Zahlungen verlangen.[156]) Guébriant hatte versucht, die Absendung Flersheims zu verhindern und betonte, daß die Obersten keine freie Verfügung über die Truppen hätten, da sie bereits dem König gehörten, der sie bezahlt habe.[157]) Die Entsendung von Flersheim erfolgte trotzdem. Man ließ sich aber in Paris in keine Verhandlungen mit ihm ein, da man diese ja an Ort und Stelle mit den einzelnen

---

[153]) Vgl. Reuss, Rev. hist. XV 225.

[154]) Man hatte aus von Bernhard hinterlassenen und in der Schweiz auf Kredit aufgenommenen Geldern der Armee zunächst einen Monatssold zahlen können, während Frankreich die fälligen Zahlungen bis auf weiteres eingestellt hatte.

[155]) Gonzenbach I 197 ff., Nr. 98, 99, Oxenstierna II 7, 325 f., Anh., vergl. Oxenstierna II 6, 662, Nr. 256. — Gonzenbach I 376 ff hat an Hand zahlreicher Belege nachweisen können, daß nicht nur Erlach, sondern auch die anderen Obersten sofort die Fortsetzung der Beziehungen zu Frankreich für notwendig hielten. Dagegen scheint die Stimmung der Truppen selbst den Franzosen nicht günstig gewesen zu sein, Londorp IV 702 ff, Rommel VIII 577 f, Koch I 169. — Von den geheimen Artikeln des Vertreters von St. Germain haben die Obersten bis auf Erlach zunächst keine Kenntnis gehabt, Aubery IV 408.

[156]) Aubery IV 397 f.

[157]) Laboureur S. 134 ff.

Obersten, und nicht mit einem Vertreter der gesamten Armee führen wollte.[158])

Die Gesandtschaft Flersheims begleitete und erläuterte Erlach in einem Brief an Noyers vom 31. Juli. Er versicherte, daß er alles tun werde, um die Armee bei ihrer Pflicht zu halten. Er verlangte die Ernennung eines Chefs, unter dem die in Bernhards Testament genannten Obersten kommandieren sollten. Er versprach, daß man die Plätze zur Zufriedenheit des Königs behaupten werde, und schlug vor, sie gemäß dem Testament Bernhards, das sich tatsächlich so auslegen ließ, zur Hälfte mit französischen Truppen zu besetzen. Er wollte garantieren, daß die deutschen Truppen, die darin blieben, Frankreich ergeben sein würden. Bernhards Brüder würden auf die Plätze keinen Anspruch erheben, da sie nicht die Mittel hätten, sie zu behaupten. Sie könnten das nur tun, wenn sie sie dem Kaiser übergäben, was sie aus Furcht vor Schweden nicht tun und was Erlach selbst und die ganze Armee nicht zulassen würden. Zu Feinden des Kaisers würden sich die Brüder nicht erklären, um ihre Staaten nicht zu verlieren. Daher müßten die Plätze entsprechend Bernhards Testament an den König kommen.[159]) Erlach hielt also von vornherein die Durchsetzung der Ansprüche der Brüder Bernhards für unmöglich, wollte sie ausschalten und nur die Bestimmungen des Testaments durchführen, die für den Fall ihrer Ablehnung vorgesehen waren. Er war bereit, alles zu tun, um die Truppen und Plätze den Franzosen zu sichern. Diese Haltung Erlachs und die der anderen Obersten machte die Ansprüche der weimarischen Herzöge, sowie die sofort einsetzenden Bemühungen der Schweden, des Kaisers und des von England unterstützten Pfalzgrafen Karl Ludwig auf Gewinnung der Armee aussichtslos. Der Pfalzgraf wurde, als er im geheimen durch französisches Gebiet zu der Armee zu gelangen suchte, von den Franzosen verhaftet.

Die Instruktion der Obersten für Flersheim und der Brief Erlachs nahmen den Franzosen die Sorge, daß Bernhards Heer und Plätze an die Feinde verloren gehen könnten. Richelieu schrieb am 18. August, die Vorschläge der Armee seien so, wie man sich wünschen könne.[160]) Am Tage darauf

---

[158]) Vgl. Gonzenbach I 358 ff., Roese II 332 ff.

[159]) Gonzenbach I 203 ff., Nr. 101, Aubery IV 362 ff., Noailles II 458 f. Vergl. Gonzenbach I 381 ff. 373 A 1, Noailles II 459 ff.

[160]) Lettres VI 479, vgl. VI 481, VII 244, Anal. 5 und Erlach III 34 ff.

beantwortete Noyers ausführlich den Brief Erlachs. Er sprach seine Zufriedenheit über die Haltung Erlachs und Flersheims aus, teilte mit, daß der Herzog von Longueville, der zurzeit in Italien kommandierte, zum Kommandeur der Armee bestimmt sei, und erörterte die finanziellen Fragen, wobei man jetzt, wo man der Armee sicher zu sein glaubte, nicht mehr so freigebig war, wie unmittelbar nach Bernhards Tod. Noyers meinte, daß die Verstärkung der Armee Schwierigkeiten machen werde, da Italien in diesem Jahr sehr viel Truppen verschlungen habe. In der Frage der Plätze sprach er sich für Erlachs Vorschlag aus, sie je zur Hälfte mit deutschen und französischen Truppen zu belegen; die Kommandanten sollten dem König den Treueid leisten und versprechen, die Plätze ohne Befehl des Königs nicht zu übergeben. In einigen der Plätze, vor allem in den vom Feinde bedrohten wie Neuburg und Rheinfelden, sollten französische Kommandanten eingesetzt werden. Erlach selbst sollte Gouverneur von Breisach bleiben. Die Nachfolge der Brüder Bernhards erklärte Noyers nochmals für ausgeschlossen.[161])

Am 20. August ging dann eine ausführliche Instruktion an Guébriant, Choisy und d'Oysonville ab, die im allgemeinen die Ausführungen Noyers' wiederholte. Den Abschluß eines Vertrages wie mit Bernhard wollte man vermeiden, da keiner der Obersten sich verpflichten könne, 12 000 Mann zu unterhalten. Man hielt also noch an dem Bestreben auf Verhandlungen mit den einzelnen Obersten fest. Erlach sollte in Breisach bleiben, da, wie seine bisherige Haltung gezeigt habe, kein besserer dort kommandieren könne.[162])

Am 29. August war Longueville in Kolmar eingetroffen. Seit dem 12. September wurde zwischen den Obersten und den französischen Unterhändlern in Breisach verhandelt, wobei noch erhebliche Gegensätze zutage traten, zunächst in der finanziellen Frage. Der Gegensatz hierbei war in der Hauptsache, daß die Obersten die volle, Bernhard am 27. Oktober 1635 versprochene Summe von 4 000 000 Livres forderten, während die Franzosen nur die tatsächlich jährlich gezahlten

---

[161]) Aubery IV 388 ff., Gonzenbach I 229 ff., Nr. 109. Es scheint, daß man Erlach schon damals die französische Marschallwürde in Aussicht gestellt hat, Aubery IV 377, Grotius Ep. 1227 (Oxenstierna II 2, 636, Nr. 279).

[162]) Aubery IV 393 ff., Lettres VII 244, Anal. 4. — Vgl. Gonzenbach I 458 ff., Noailles II 465 ff. und für diese und die folgenden Verhandlungen die zahlreichen Briefe von Grotius aus dieser Zeit.

2 400 000 Livres versprechen wollten.[163]) Ein anderer Streitpunkt betraf die Stellung der Armee als solcher. Die Einheit der Armee ist dabei von den Franzosen nicht mehr bestritten worden, während die Obersten sich damit einverstanden erklärten, daß Longueville den Oberbefehl über das ganze Heer einschließlich der französischen Hilfstruppen erhalten solle. Sie verlangten aber, daß unter ihm die deutschen Truppen noch einen besonderen Führer und zwar einen deutschen Fürsten haben sollten, was die Franzosen ablehnten.[164]) Die Obersten ließen darauf diese Forderung fallen, verlangten jedoch, daß ohne Einverständnis der vier in Bernhards Testament genannten „Direktoren" keine Entschlüsse gefaßt werden sollten, während die Franzosen diesen nur das Recht der Befehlsübermittlung an die deutschen Truppen geben und zugestehen wollten, daß man sie um Rat fragen werde.[165]) Ueberhaupt waren die Obersten bestrebt, die Armee so unabhängig wie möglich zu machen, während die Franzosen möglichst jede Selbständigkeit ausschalten wollten.[166])

In der Frage der von Bernhard eroberten Plätze verlangten die Franzosen ihre sofortige Uebergabe an Frankreich, das dann deutsche und französische Gouverneure einsetzen und in jedem Platz soviel deutsche Truppen lassen solle, wie das im einzelnen vereinbart werde. Die Unterhändler verlangten hier also mehr, als in ihrer Instruktion und in Noyers' Brief an Erlach vorgesehen war, zweifellos um nachher nachlassen zu können. Die Obersten gingen auf diese Forderung nicht ein.[167]) Auch die Frage der in Zukunft von der Armee zu machenden Eroberungen machte Schwierigkeiten. Die Obersten verlangten, daß die Armee diese selbst besetzen und für die Reichsstände, denen sie 1617 gehört hätten, behaupten solle. Die Franzosen erklärten diese Bestimmung für überflüssig, da Frankreich nur in den Krieg ein-

---

[163]) Aubery IV 398 ff., Gonzenbach I 466 ff. und die Gegenüberstellung der beiderseitigen Forderungen bei Gonzenbach I 474 ff, 485 ff, ferner Aubery 407 ff., Laboureur S. 143 f.

[164]) Aubery IV 399 f., Art. 9, 402 f., Art. 9, Gonzenbach I 480 f., Art. 9. Gonzenbach I 483, 543 vermutet wohl mit Recht, daß man dabei an den Pfälzer Prinzen gedacht hat. Noch am 4. Februar 1640 schreibt Grotius, die Festhaltung des Prinzen habe die Armee sehr erregt, Ep. 1318 (Oxenstierna II 4, 9, Nr. 303), vgl. Lettres VI 668.

[165]) Gonzenbach I 493, Art. 14.

[166]) Aubery IV 401, Art. 3, IV 407, Gonzenbach I 447 f., Art. 3, I 486, Art. 3, I 492, Art. 13, I 486, Art. 2, I 491 f, Art. 12, I 494, Art. 15, I 494 ff.

[167]) Aubery IV 406.

getreten sei, um die verbündeten Stände wiederherzustellen. Dieselben könnten unmittelbar von dem König das erhalten, was seine Armee den gemeinsamen Feinden abgenommen habe. Beide Seiten hielten auch in diesem Punkt zunächst ihre Forderungen aufrecht.[168])

Bei diesem, an Gegensätzen noch überreichen Stande wurden die Verhandlungen in Breisach abgebrochen, jedoch am 24. September in Kolmar im Beisein Longuevilles wieder aufgenommen.[169])

Diese neuen Verhandlungen, die bis zum 2. Oktober dauerten, drehten sich in der Hauptsache um die von Bernhard eroberten Plätze. Die Obersten verlangten, daß sie der Armee gehören sollten, und wollten nur für Breisach den Franzosen ein Drittel der Besatzung zugestehen, da sie bei der Einnahme mitgewirkt hätten. Diese Forderungen wurden dann herabgemindert, indem die Obersten zugestanden, daß der König die Gouverneure bestimmen, aber aus den deutschen Truppen nehmen solle, und daß in Breisach und Freiburg die Garnison zur Hälfte aus Franzosen gebildet werde.[170]) Als die Franzosen auch das nicht annahmen, verließen Erlach und die Obersten plötzlich Kolmar, ohne die Franzosen davon vorher zu benachrichtigen, und ließen nur den General-Auditor Wölker zurück, um die endgültige Entscheidung der Franzosen entgegenzunehmen. Die Wölker von den Franzosen übergebene Forderung besagte jetzt, daß die Plätze dem König übergeben werden sollten. Derselbe sollte für Breisach und Freiburg, die je zur Hälfte von deutschen und französischen Truppen zu besetzen seien, die Gouverneure ernennen, und sie für die übrigen Plätze aus der Armee wählen. Die Gouverneure und die Garnisonen sollten schwören, die Plätze

---

[168]) Aubery IV 399, Art. 7, 402, Art. 7, Gonzenbach I 479, Art. 7, I 493.

[169]) Aubery IV 410, Laboureur S. 144, Gonzenbach I 497.

[170]) Anscheinend ist schon damals der geheime Artikel des Vertrages von Breisach formuliert worden, der den König verpflichtete, die von Bernhard eingesetzten Gouverneure in Breisach und Freiburg zu lassen Molitor S. 49, A. 2. Gonzenbach I 500 A. 1 meint, hier sei Freiburg mit Rheinfelden verwechselt, und diese Bestimmung habe auch im Vertrag für Rheinfelden und nicht für Freiburg gegolten Das ist falsch, denn sowohl im Bericht der französischen Unterhändler Aubery IV 411 wie im Vertrag von Breisach steht Freiburg und nicht Rheinfelden. Daß von den Eidesleistungen der Kommandanten nur die derjenigen von Breisach und Rheinfelden überliefert sind — Aubery IV 423 ff — besagt nichts, da alle Kommandanten zu der Eidesleistung verpflichtet wurden.

im Dienste des Königs zu halten und ohne seinen Befehl nicht zu übergeben.[171])

Die Verhandlungen wurden darauf in Breisach fortgesetzt. Erlach und die Obersten bestanden dabei energisch darauf, daß in Breisach und Freiburg deutsche Gouverneure blieben, und daß diese keinen anderen Eid zu leisten hätten, als die Plätze für den Dienst des Königs u n d der Verbündeten zu behaupten, und sie ohne Einwilligung des Königs nicht zu übergeben. Sie teilten den Unterhändlern ein Schreiben der schwedischen Regierung mit, das die Armee für Schweden in Anspruch nahm,[172]) und Erlach stellte den Franzosen energisch die Folgen einer weiteren Verzögerung des Abschlusses dar. Nach längeren Auseinandersetzungen der französischen Unterhändler untereinander entschlossen sich diese, um die Armee nicht zu verlieren, nicht erst neue Instruktionen in Paris einzuholen und im allgemeinen die letzten Forderungen der Obersten zu erfüllen.[173])

Der Vertrag mit der Armee wurde darauf am 9. Oktober 1639 zu Breisach unterzeichnet. Die Armee Bernhards wurde darin als eine Einheit anerkannt, die unter der Leitung der in Bernhards Testament genannten Offiziere bleiben solle. Der Armee wurden im allgemeinen dieselben Zahlungen versprochen, die Bernhard tatsächlich empfangen hatte, also nicht die ursprünglich geforderten 4 000 000 Livres des Vertrages von St. Germain, außerdem wurden den Offizieren und Soldaten persönliche Zusicherungen gemacht. Für die Leistungen Frankreichs versprach die Armee, dem König treu zu sein, überall und gegen jeden Feind zur Wiederherstellung der allgemeinen Freiheit und der unterdrückten Staaten zu dienen. Die Direktoren sollten die Befehle von Longueville empfangen und zu allen Kriegsräten zugezogen, die von Bernhard eroberten Plätze Frankreich übergeben werden. Ferner wurde bestimmt, daß der König die Gouverneure aus den deutschen Truppen wählen und jene schwören sollten, die Plätze für den König zu halten und nur auf seinen Befehl zu übergeben. Freiburg und Breisach sollten je zur Hälfte von deutschen und französischen Truppen besetzt werden. Der öffentliche Vertrag gab, entsprechend der Forderung der

---

[171]) Aubery IV 410 ff., Laboureur S. 144, Gonzenbach I 498 ff. Gonzenbach 502, A. 1 irrt, wenn er daraus, daß die Franzosen mit Wölker über diese Artikel verhandelten, folgert, daß sie von Wölker formuliert worden sind.

[172]) Gonzenbach I 504, A. 1.

[173]) Aubery IV 412 ff., Laboureur S. 145, Gonzenbach I 503 ff.

Franzosen, dem König freie Hand in der Ernennung ihrer Gouverneure, ein geheimer Artikel bestimmte aber, wie die Obersten verlangt hatten, daß die von Bernhard dort eingesetzten Gouverneure bleiben und denselben Eid leisten sollten, wie die anderen Kommandanten. Ferner sicherte der geheime Artikel für die Armee und die Plätze die freie Ausübung des protestantischen Gottesdienstes zu.[174]) Der von Erlach und den Kommandanten zu leistende Eid sprach nur von einer Verpflichtung für den König, nicht für die Verbündeten, enthielt aber die Worte, daß alle Maßnahmen für das Wohl der allgemeinen Sache und zur Wiederherstellung der unterdrückten deutschen Stände dienen sollten.[175])

Der Vertrag bedeutete zweifellos einen großen Erfolg der Franzosen. Sie hatten in den finanziellen und militärischen Fragen, bis auf die Anerkennung der Einheit der Armee, fast völlig ihre Forderungen durchgesetzt. Ferner war der von den Obersten verlangte Artikel, der der Armee die Besetzung der künftigen Eroberungen sicherte, in Fortfall gekommen.[176]) Nicht so völlig hatten die Franzosen ihre Forderungen bezüglich der von Bernhard eroberten Plätze durchgesetzt. In der Ernennung der Gouverneure hatten sie nicht freie Hand, aber der Vertrag sichete ihnen doch formell das freie Verfügungsrecht über diese Plätze und wahrte auch für Breisach und Freiburg in der Form das Ernennungsrecht des französischen Königs, wie das auch in der Eidesformel zum Ausdruck kam.[177])

In Paris war man mit dem Vertrag sehr zufrieden,[178]) und hatte mit Recht das Gefühl, daß die Plätze und das Heer trotz den einschränkenden Bestimmungen nun fest in französischer Hand waren.[179]) Trotzdem ist die Bedeutung des Ver-

---

[174]) Aubery IV 418 ff., Gonzenbach I 511 ff. — Grotius meldete, der Vertrag enthielte die Verpflichtung, die deutschen Gebiete im Frieden zurückzugeben Ep. 1269 (Oxenstierna II 2, 661, Nr. 289), Ep. 1270. Die Franzosen haben ihm das anscheinend gesagt, im Vertrag selbst wurde nur ganz allgemein von der Wiederherstellung der unterdrückten Stände gesprochen.

[175]) Aubery IV 422 ff., Gonzenbach I 509 f. — Die Ernennung Erlachs zum Gouverneur von Breisach ist schon am 29. Juli ausgefertigt, Gonzenbach II 1 f., Nr. 1, Zurlauben III 420 ff., Anhang Nr. 3, also d'Oysonville sofort nach Bernhards Tod mitgegeben worden.

[176]) Die Einigung über diese Punkte muß in Kolmar erfolgt sein, da in den späteren Verhandlungen nur noch über die Frage des Eides und der von Bernhard eroberten Plätze gesprochen wird.

[177]) Reybel XVII 255 bezeichnet mit Unrecht den Vertrag als einen Erfolg der Obersten.

[178]) Aubery IV 425 f.

[179]) Mémoires III 347, Grotius Ep. 1273.

trages von Breisach fast durchweg überschätzt worden. Man kann nicht sagen, daß durch ihn die Franzosen das Elsaß erhalten haben.[180]) Tatsächlich war das Elsaß schon vor dem Vertrag in französischen Händen. Bei den Verhandlungen und in den Vertragsbestimmungen handelte es sich allein um die von Bernhard eroberten Plätze, also die auf dem rechten Rheinufer und in der Freigrafschaft, und im Elsaß selbst von größeren Orten nur um Thann. Bernhards Ansprüche auf das Elsaß waren naturgemäß schon durch seinen Tod in Fortfall gekommen, und eine Forderung auf Ueberlassung der elsässischen, von den Franzosen besetzten Plätze ist von den Obersten niemals erhoben worden, was bei Lage der Dinge selbstverständlich war. Dadurch war für die Franzosen ein für die Friedensverhandlungen störendes Zwischenglied fortgefallen, was für sie natürlich sehr vorteilhaft war. Ebenso war ein großer Gewinn, daß sie jetzt über Breisach, das man ja zum Elsaß rechnete, und die anderen rechtsrheinischen Eroberungen frei verfügen konnten.

Daß es so kam und daß auch die Armee völlig unter französischen Einfluß geriet, lag an der Macht der Verhältnisse und kaum an den Entschlüssen der Obersten. Man hat diesen und vor allem Erlach sehr lebhaft Verräterei und Bestechlichkeit vorgeworfen.[181]) Davon kann keine Rede sein,[182]) zumal die Armee gar nicht, wie man oft gesagt hat, mit Gold überschüttet wurde, sondern finanziell nicht besser gestellt wurde, als unter Bernhard.[183]) Natürlich mußte schon das Fehlen einer Führerpersönlichkeit wie Bernhards die Abhängigkeit der Armee, die jetzt keine eigenen politischen Ziele mehr hatte, von dem französischen Geldgeber erhöhen, und sie ist auch tatsächlich so gut wie eine französische Armee geworden. Es war aber bei Lage der Dinge etwas anderes gar nicht möglich, denn ohne französisches Geld war die Armee nicht zusammenzuhalten. Ein Eintritt in den Dienst des Kaisers war bei der Stimmung der Armee unmöglich,

---

[180]) Man kann sich dabei aber nicht, wie Gonzenbach I, IX, II XIII ff wieder tut, auf den Vertrag von Paris berufen, vergl. oben S. 274, A. 139.

[181]) Vor allem Roese und Molitor, denen hier die meisten Darstellungen folgen.

[182]) Das hat Gonzenbach I 531 ff., II Einleitung, Korrespd.-Blatt I 347 ff. nachgewiesen und Molitor, Korresp.-Bl. I 327 hat es zugeben müssen. Gonzenbach geht aber in den Einzelheiten entschieden zu weit, z. B. wenn er behauptet, daß die Selbständigkeit der Armee größer war, als im Vertrage von St. Germain.

[183]) Gonzenbach I 523 ff.

praktisch auch gar nicht durchzuführen. Schweden war fern. Es arbeitete zwar gegen die französischen Forderungen, konnte aber kein Geld anbieten, zumal es selbst auf französische Subsidien angewiesen war. Auch ein Antritt der Erbschaft Bernhards durch seine Brüder war praktisch unmöglich, und sie haben sich auch gar nicht ernstlich darum bemüht.[184]) Erlach hatte diese Lage, da er durch seine Verhandlungen in Paris die Stellung Bernhards zu Frankreich und die allgemeinen Verhältnisse besser übersah als die anderen Obersten, am schärfsten erkannt und am entschiedensten danach gehandelt. Aber auch ohne ihn hätte die Macht der Verhältnisse schwerlich ein anderes Ergebnis erlaubt.

Richelieus Stellung zur Frage der Annexion des Elsaß läßt sich aus den Verhandlungen mit Bernhard und seiner Armee weder in dem einen noch in dem anderen Sinne endgültig lösen. Bernhard war, das geht aus den ganzen Verhandlungen mit ihm hervor, nicht französischer Söldner, sondern Bundesgenosse, und zwar ein Bundesgenosse, der lange nicht so abhängig von Frankreich war, wie es beim ersten Blick aussieht. Gewiß beruhte seine Stellung auf französischen Geldern, aber es stand den Franzosen gar nicht frei, je nach Bernhards Verhalten diese Gelder zu zahlen und zu verweigern. Frankreich hatte vielmehr den Herzog noch nötiger, als dieser die Franzosen.[185]) Als man Bernhard 1635 das Elsaß zusagte, hat man anscheinend das Land ihm für den Frieden sichern und den Habsburgern entreißen wollen, wenn man sich auch natürlich im Hinblick auf die allgemeine Lage nicht bindend verpflichtete und notfalls Entschädigungen zusagte. In den ersten Jahren danach hat man dann sich um die territorialen Fragen wenig gekümmert. Erst seitdem Bernhard durch seine Erfolge immer selbständiger und in den Augen der Franzosen immer unsicherer wurde, hat man immer entschiedener versucht, das Verfügungsrecht über die von Frankreich besetzten elsässischen Plätze wie über die neuen Eroberungen Bernhards Frankreich unbedingt zu sichern, indem man die Autorität des Königs auch über die Plätze forderte. Daß Bernhard im Frieden das Elsaß erhalten solle, hat man auch damals noch versprochen. Der Grundgedanke

---

[184]) Gonzenbach I 540 und Molitor S. 34 ff. und die Auseinandersetzung zwischen beiden im Korrespondenzbl. der deutschen Archive I 377, II 19, 51.

[185]) Diese aus der ganzen Haltung der Franzosen ganz klar zutage tretende Tatsache hat man bei der Beurteilung all dieser Verhandlungen viel zu wenig beachtet.

all dieser Bemühungen war, Frankreich bei den Friedensverhandlungen das unbedingte Verfügungsrecht über diese Gebiete zu sichern, ein Ziel, das dann erst durch Bernhards Tod und den Vertrag von Breisach erreicht wurde.

Diesem Ziel konnte natürlich das Streben nach Annexion zugrunde liegen, brauchte es aber nicht, wie das auch, wie bei Besprechung der französischen Kriegsziele gesagt wurde, tatsächlich nicht der Fall war. Es war zunächst einfach ein natürliches militärisches Bestreben, diese Gebiete sicher in der Hand zu haben. Und politisch war es natürlich für Richelieu für die Durchführung seines Gedankens, das Elsaß als Austauschobjekt für Lothringen zu benutzen, von großem Wert, bei den Friedensverhandlungen als tatsächlicher Besitzer des Elsaß dazustehen, ob man es nun an den bisherigen Besitzer zurückgeben oder an Bernhard bringen wollte. Daß dies der Gedanke Richelieus war, haben auch die Spanier geglaubt. In einem Gutachten von Olivarez über die Friedensverhandlungen vom März 1640 nahm dieser ohne weiteres an, daß Frankreich das Elsaß zurückgeben und als Faustpfand für Lothringen verwerten wolle. Er empfahl daher, das Elsaß und Breisach nicht als von Frankreich, sondern als von Bernhard erobertes Gebiet zu behandeln und die Ansprüche der Brüder Bernhards anzuerkennen.[186]) Jedenfalls widersprechen die Verhandlungen mit Bernhard und seiner Armee der sonst bis 1639 festzustellenden Tatsache, daß Richelieu das Elsaß nicht annektieren wollte, in keiner Weise.

4. Die Franzosen im Elsaß.

Als Frankreich am 27. Oktober 1635 den Vertrag mit Bernhard von Weimar schloß, hatte es das Elsaß fast durchweg verloren, ebenso wie die Plätze am Rhein und in der Pfalz. Französische Garnisonen hielten sich in der Hauptsache noch in Hagenau, Kolmar, Schlettstadt und Mömpelgard, während Zabern verloren ging und erst 1636 wiedergenommen wurde. Die militärischen Maßnahmen der Franzosen beschränkten sich in den Jahren 1635 und 1636 im wesentlichen darauf, diesen Plätzen Munition, Verpflegung und Geld zuzuführen. Das Hauptinteresse Frankreichs lag nicht auf diesem Kriegsschauplatz. So schrieb der Kriegsminister Noyers im Juni 1636, die Operationen im Elsaß dienten dazu, die Belagerung von Dôle in der Freigrafschaft

---

[186]) Canovas II 418, 433, 436.

Burgund zu beschleunigen und die französische Sache in Italien und an anderen Orten zu begünstigen.[1]) Man hat 1635 sogar einmal erwogen, ob man nicht Kolmar, Schlettstadt, Hagenau und Mömpelgard aufgeben solle. Richelieu erklärte das für schimpflich, sehr schädlich für das französische Interesse und die Behauptung Lothringens und der französischen Grenzen, und trat für energischen Entsatz der bedrohten Plätze ein.[2]) Man traf dann auch alle Maßnahmen zu ihrer Behauptung, und im April 1636 sagte Richelieu, daß von der Behauptung oder dem Verlust des Elsaß der Erfolg von Krieg und Frieden abhänge.[3])

Auch 1637 waren die Franzosen und Bernhard noch keineswegs Herren des Elsaß, in dem noch dauernd Kämpfe mit den habsburgischenTruppen stattfanden, wenn auch das Uebergewicht jetzt auf die Seite Bernhards und der Franzosen kam. Erst Bernhards große Erfolge im Jahre 1638 bewirkten, daß die feindlichen Truppen in der Hauptsache das Elsaß verließen und sich nur an einzelnen Punkten halten konnten. Von da ab ist ernstlich nicht mehr um das Elsaß gekämpft worden, wodurch für die Bevölkerung insofern eine Erleichterung eintrat, als sie nicht mehr wie in den Jahren zuvor dauernd den Herrn wechselte und nicht mehr von den Ausschreitungen der Soldateska aller Parteien zu leiden hatte.

Von den Städten des Elsaß waren 1635 nur noch Straßburg und Mühlhausen ihre eigenen Herren. Beiden ist es gelungen, ihre Neutralität auch in den folgenden Jahren zu behaupten.

Straßburg war das nur möglich durch eine sehr schmiegsame Neutralitätspolitik, die mit beiden Seiten möglichst gute Beziehungen zu unterhalten suchte. Demjenigen der beiden Gegner, der zurzeit die Oberhand hatte oder der Stadt am nächsten stand, gab man gewisse Erleichterungen für seine Operationen. Straßburg hatte 1635 lange geschwankt, ob es nicht dem Prager Frieden beitreten solle. Im Juli teilte man nach Paris die kaiserlichen Friedensvorschläge mit, erklärte daß man gegebenenfalls zu ihrer Annahme bereit sei und sprach die Erwartung aus, daß Frankreich der Stadt deshalb

---

[1]) Aubery III 124. Grotius schreibt im Februar 1636 von militärischen Maßnahmen im Elsaß. „ut defensa Alsatia Lotharingiae retinendae munimentum sit", Ep. 547 (Oxenstierna II 2, 148, Nr. 70).

[2]) Ein undatiertes Memoire aus dem Jahre 1635, das Avenel zweimal abdruckt, und einmal an den Anfang August, das andere Mal an das Ende 1635 setzt. Lettres V 134 f, VII 738 f.

[3]) Lettres V 440.

keine Schwierigkeiten machen werde. In Paris war man darüber natürlich wenig erfreut. Man hatte am 21. Juli Feuquières befohlen, Straßburg mit den anderen deutschen Fürsten und Städten von dem Frieden mit dem Kaiser abzuhalten,[4]) und bemühte sich jetzt sehr lebhaft, die Stadt davon abzubringen, indem man Hilfe versprach und sich auf das Bündnis von Frankfurt berief.[5]) Man hielt so damals wie auch später stets die Fiktion aufrecht, daß Straßburg als Mitglied des zerfallenen Heilbronner Bundes französischer Bundesgenosse sei. Die Verhandlungen der Stadt mit dem Kaiser zerschlugen sich, ohne daß sie deshalb in engere Beziehungen zu Frankreich trat.[6]) In Paris war man bemüht, die Stadt möglichst gut zu behandeln, um sie nicht auf die gegnerische Seite zu treiben und um die deutschen Stände nicht vor den Kopf zu stoßen. So lehnte Feuquières Bernhards Vorschlag, sich der Straßburger Rheinbrücke zu bemächtigen, mit der Begründung ab, daß das bei Lage der Dinge in Deutschland die anderen Städte zu nachteiligen und entscheidenden Beschlüssen bringen könne.[7])

Trotzdem blieben natürlich Konflikte nicht aus. Im Oktober 1635 verlangte Hocquincourt, der französische Kommandant von Schlettstadt, Getreidelieferungen für die Armee und hielt, als Straßburg das ablehnte, für die Stadt bestimmte Weintransporte fest.[8]) Auch der König bat die Stadt, allerdings in liebenswürdigerer Form, um Getreidelieferungen.[9]) Straßburg lehnte das damals und auch Anfang 1635 ab, da es selbst Not litte, obwohl die Franzosen zu wissen vorgaben, daß die Stadt reichlich mit Lebensmitteln versehen sei.[10]) Später lieferte man jedoch den französischen Truppen Getreide gegen das Versprechen, die Ernte des Straßburger Gebietes zu schützen.[11]) Man bemühte sich trotzdem, die Neutralität streng festzuhalten, und legte im August 1636 dem

---

[4]) Legrelle S. 720 ff, Anlage 8, Feuquières III 204 Kroeber, Rev. d'Alsace 1867, S. 466 ff, Oxenstierna II 2, 74, Nr. 39.

[5]) Legrelle S. 722 f, Anlage 9, Ketzinger II 62 f, Grotius Ep. 449, 452, 454, 455, Ausgabe 1866 Ep. 16. (Oxenstierna II 2, 73, Nr. 37) vergl. Legrelle S. 96 ff, Theatrum III 532, Strobel IV 386.

[6]) Im Juni hat Straßburg Condé um Schutz gegen Streifzüge lothringischer Truppen gebeten, Ketzinger II 57 ff.

[7]) Feuquières III 153.

[8]) Ketzinger II 48 f.

[9]) Ketzinger II 51 f, vergl. Legrelle S. 101 f.

[10]) Aubery III 31, Valette I 149, 178.

[11]) Strobel IV 397, 403. Noailles I 243, Lettres V 484, Ketzinger I 229, f, Aubery III 114, vergl. Chemnitz III 16 f, Spach S. 230.

französischen General de la Valette die Gründe dafür eingehend dar.[12]) Es hatte also nichts genützt, daß die Franzosen im Januar von Straßburg eine entschiedene Stellungnahme in dem Kampf forderten und dabei darauf hinwiesen, daß das Ziel des allgemeinen Friedens nur mit Hilfe der Verbündeten zu erreichen sei.[13])

Das Jahr 1637 ist angefüllt mit Klagen Straßburgs über Ausschreitungen, Plünderungen und Requisitionen der französischen Truppen. Im Februar erhob man gemeinsam mit dem reichsständischen Adel des Unterelsaß deshalb Vorstellungen in Paris.[14]) Um die Aecker gegen die Soldateska zu schützen, stellte die Stadt bewaffnete Trupps zum Schutz des Landmanns auf. Das erregte den Verdacht des französischen Intendanten in Zabern, Dorgerès,[15]) der die Stadt im Juli bat, sich nicht gegen den König zu bewaffnen. Straßburg antwortete, daß es sich um reine Schutzmaßnahmen handle.[16]) Von größerer politischer Bedeutung war, daß die Stadt begann, auch für Hagenau und die übrigen unterelsässischen Stände in Paris zu intervenieren.[17]) Am Ende des Jahres kam es dann, obwohl der französische König Abstellung der Beschwerden versprochen hatte, über Ausschreitungen französischer Truppen zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen mit dem Kommandanten von Zabern.[18]) Am 6. Februar 1638 versprach dieser in einer Konvention, das Gebiet und den Handel der Stadt nicht mehr zu stören.[19])

Auch die entscheidende Aenderung der militärischen Lage am Rhein im Jahre 1638 veranlaßte Straßburg zu keinem Wechsel seiner Neutralitätspolitik.[20]) Man beanspruchte da-

---

[12]) Ketzinger I 224 ff.

[13]) Strobel IV 393, vgl. Ketzinger II 63 f., Legrelle S. 102 f., Mémoires III 58.

[14]) Lettres VIII 305, A. 1.

[15])Der Name wird auch anders geschrieben, z. B. Dorgiers und d'Orgères.

[16]) Ketzinger II 66 ff.

[17]) Ketzinger II 71 ff.

[18]) Ketzinger II 76 ff, I 231 ff.

[19]) Ketzinger II 79 ff. Strobel IV 422 erwähnt einen Vorschlag de l'Isles, das Elsaß von Operationen zu verschonen. Vermutlich handelt es sich dabei um diese Konventionen.

[20]) Grotius sagt am 30. Januar, die Franzosen hätten versucht, Straßburg auf französische Seite zu ziehen, Ep. 901, und meint am 26. Februar, es werde ihnen nicht schwer fallen, die Stadt für ein langes Bündnis zu gewinnen, wenn man ihr Geld zum Unterhalt ihrer Truppen zusage, aber nicht, wenn man, wie man einige Male angeregt habe, eine Besatzung hineinlegen wolle. Ep. 914. Außer dieser Meldung des stets gegen Frankreich äußerst mißtrauischen Grotius

mals vielmehr, auch die Gebiete des unterelsässischen Adels und des Grafen von Hanau durch Straßburger Truppen zu schützen. Die Franzosen wichen einer Antwort darauf aus.[21]) Im Jahre 1639 trat die Stadt bei Bernhard und in Paris für ihre Interessen beim Friedensschluß ein und sprach den Wunsch nach baldigem Frieden aus.[22]) Am 28. Dezember schrieb darauf Ludwig XIII an die Stadt, er kämpfe nur, um den Frieden zu erreichen, und werde dabei für sie sorgen.[23]) Bereits am 8. August 1638 hatte man d'Avaux angewiesen, neben andern deutschen Bundesgenossen auch für Straßburg Pässe für den Friedenskongreß zu besorgen.[24]) Man suchte demnach Straßburg nach wie vor als Bundesgenossen zu behandeln.

Die französische Politik hat also in diesen Jahren Straßburg möglichst entgegenkommend behandelt. Absichten, sich in Straßburg festzusetzen, traten nicht zutage, und man konnte ein solches Ziel damals schon wegen der „Reputation" Frankreichs in Deutschland nicht aufstellen. Das Bestreben der französischen Politik war vielmehr, die Stadt von der Parteinahme zugunsten des Kaisers abzuhalten und sie möglichst zum Eingreifen in den Krieg gegen Habsburg als französischer Bundesgenosse zu bringen. Daß es dabei trotzdem nicht ohne Konflikte mit den benachbarten Militärkommandanten abging, lag in der Natur der Sache; man war aber anscheinend in Paris bemüht, solche Konflikte möglichst gütlich beizulegen.[25]) Auch dürften die Ausschreitungen der Truppen kaum durchweg auf den bösen Willen der Befehlshaber zurückzuführen sein, da diese die verwilderte Soldateska nicht immer in der Hand hatten.[26]) Die bei den gegenseitigen Schreiben gewechselten Höflichkeiten und Versicherungen gehen über das in der diplomatischen Sprache der Zeit Gebräuchliche nicht hinaus. Von Richelieu selbst gibt es überhaupt nur einen undatierten Brief an Straßburg mit belanglosen Höflichkeiten, während

---

sind französische Bemühungen, Straßburg zu besetzen, nicht nachweisbar. Die Bestimmung des Vertrages von Paris, daß Frankreich bis zur Einnahme Breisachs die Straßburger Rheinbrücke benutzen könne, ist nie durchgeführt und anscheinend bei den Verhandlungen nirgends erwähnt worden.

[21]) Ketzinger II 82 f.

[22]) Ketzinger I 240 ff.

[23]) Ketzinger I 244.

[24]) Bougeant II 40 f, vergl. Lettres VIII 337.

[25]) Legrelle S. 105, Strobel IV 428.

[26]) Vergl. Reuss I 117.

sein Nachfolger Mazarin sehr viel regere persönliche Beziehungen zu der Stadt unterhielt.[27])

Mit Mühlhausen, der anderen, von den Franzosen nicht besetzten Stadt des Elsaß, sind Beziehungen Frankreichs in diesen Jahren kaum nachzuweisen. Die Stadt behauptete jedenfalls, gestützt auf ihre Zugehörigkeit zur Eidgenossenschaft, die Neutralität. Ende 1637 suchte de l'Isle der Stadt ein Vorgehen gegen die von Oesterreich abhängigen Gebiete des Lützeler Ordens zuzumuten, widrigenfalls man sie mit Waffengewalt dazu zwingen werde. Die Stadt antwortete, man werde den Prälaten ernstlich schreiben, sei aber nicht befugt, solange Breisach in österreichischen Händen sei, über dessen Untertanen Rechte auszuüben. Es sei seltsam, so etwas von einem neutralen Ort zu begehren.[28]) Weitere Nachrichten über diese Angelegenheit liegen nicht vor, de l'Isle hat jedenfalls seine Drohung nicht ausgeführt. Mühlhausen nahm 1638 eine eidgenossische Besatzung auf, die schon bis zum April 1636 in ihren Mauern gelegen hatte.[29])

Von den von den Franzosen im Elsaß besetzten Städten war Kolmar die wichtigste. Es hatte bei der nach Nördlingen vom Kaiser drohenden Gefahr und ganz beherrscht von der Furcht vor seiner Rache, seit dem Frühjahr 1635 dauernd um französische Hilfe und Verstärkung der Garnison gebeten. Der französische Marschall la Force versprach auch Verstärkungen, und am 22. April wurde Manicamp zum Kommandanten der Garnison ernannt, aber ohne Verstärkungen zu bringen.[30]) Man rüstete sich in Kolmar zur Verteidigung, und Manicamp, der Protestant war, schlug dabei vor, alle Katholiken einschließlich der Geistlichen, und alle Einwohner, die nicht genügend Lebensmittel hätten, zu vertreiben, um Verrat und Hungersnot zu vermeiden. Diese harten Maßregeln wurden jedoch nicht durchgeführt.[31]) Trotz erneuten Bemühungen und Versprechungen trafen aber weder Verstärkungen noch Lebensmittel ein, so daß Kolmar in eine bedrängte Lage geriet. Am 4. Juli 1635 berichtete Manicamp verzweifelt darüber nach Paris; die Bürger wollten keine Lebensmittel mehr geben, wenn er nicht vor dem letzten Bissen Brot entsetzt werde, würden entweder die Franzosen alle Bürger totschlagen oder

---

[27]) Darauf weist Ketzinger I 249 f hin. Der Brief ist von Avenel zweimal abgedruckt, der ihn einmal in den Juni 1636, und dann in den Juni 1638 setzt, Lettres VIII 305, 335.

[28]) Mieg I 239.

[29]) Mieg I 237 f, 241.

[30]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1879, S. 249 ff.

[31]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1879, S. 253.

umgekehrt. Manicamp bedauerte, daß die Stadt, die für die Behauptung Lothringens sehr wichtig wäre, in diese Lage gekommen sei. Notfalls sei er entschlossen, allen Einwohnern die Hälse abzuschneiden, um ihre Lebensmittel zu erhalten.[32])

Während so die militärische Lage eine immer gefährlichere wurde, verhandelte man in Paris über die Ratifikation des am 9. Oktober 1634 mit de l'Isle abgeschlossenen Vertrages, dem Richelieu die Anerkennung verweigert hatte.[33]) Als Vertreter Kolmars hatte sich Mogg nach Frankreich begeben. Er war zunächst mit Oxenstierna, der keine schwedische Hilfe in Aussicht stellen konnte, zusammen in Compiègne und begab sich im Mai 1635 nach Paris.[34]) Richelieu versprach ihm französisches Wohlwollen, obwohl de l'Isle keine Vollmacht zu Unterhandlungen gehabt habe.[35]) Trotzdem zogen sich die Unterhandlungen über die Ratifikation des Vertrages vom 9. Oktober mehrere Monate hin.[36]) Die Hauptschwierigkeit machte die Forderung der Franzosen, daß die Bürger zu ihrer Verteidigung selbst beitragen sollten, was die Not erfordere.[37]) Das bedeutete entgegen dem Vertrag mit de l'Isle, daß Frankreich die Garnison nicht allein unterhalten und bezahlen wollte. Wahrscheinlich hat dann die Furcht, daß Kolmar dem Prager Frieden beitreten könne, die Franzosen zur Aufgabe dieser Forderung veranlaßt.[38]) Man ratifizierte jedoch, da man die Verhandlungen de l'Isle nicht anerkannt hatte, nicht den Vertrag vom 9. Oktober 1634, sondern schloss am 1. August 1635 einen neuen Vertrag, der fast durchweg dem alten Vertrag entsprach.[39]) Auch dieser Vertrag bestimmte, daß Kolmar bis zum Frieden in französische Protektion trete, unter Wahrung seiner Stellung und Rechte als Reichsstadt, und daß im Frieden der Stand von 1618 wiederhergestellt werden solle. Hinzugefügt wurde aber der Schutz der katholischen Religion, während dem protestantischen Kultus nur die „Wohltat" der Verträge von Heilbronn und Frankfurt zugesagt wurde. Ent-

---

[32]) Brièle, Rev. d'Alsace 1860, S. 378, de la Valette I 114 f sagt in seinen Memoiren, die Bürger hätten mit den Kaiserlichen verhandeln wollen und der Kommandant sei ganz in ihrer Hand gewesen.

[33]) Vgl. oben S. 170 f.

[34]) Mossmann: Rev. d'Alsace 1879, S. 256 f.

[35]) Mossmann: Rev. d'Alsace 1879, S. 258.

[36]) Mossmann: Rev. d'Alsace 1879, S. 258 f, vergl. Grotius Ep. 413, 419, (Oxenstierna II 2, 40, 48, Nr. 24, 26).

[37]) Grotius Ep. 429 (Oxenstierna II 2, 57 f, Nr. 29).

[38]) Grotius Ep. 462 (Oxenstierna II 2, 74, Nr. 39), Mossmann, Rev. d'Alsace 1879, S. 259.

[39]) Vgl. oben S. 167.

gegen der anfänglichen Forderung der Franzosen wurde wie am 9. Oktober bestimmt, daß die Garnison allein von Frankreich zu erhalten sei. Ferner wurde gesagt, daß Kolmar im Heilbronner Bündnis bleiben solle, das man also auch hier wie gegenüber Bernhard von Weimar und Straßburg noch als bestehend zu behandeln suchte.[40]) Diese Bestimmungen des Vertrages entsprachen also durchaus den Forderungen Kolmars, das ja die Anerkennung des mit de l'Isle geschlossenen Vertrages verlangt hatte.[41]) Frankreich ernannte am Tage der Unterzeichnung den Kommandanten von Kolmar Manicamp auf Moggs Anregung zum Gouverneur des Oberelsaß einschließlich Schlettstadt und verlangte von Kolmar, daß es diesem in allem, was er für die Verteidigung der Stadt anordne, Gehorsam leisten solle.[42]) Manicamp hob bald darauf aus Freiwilligen der Bürgerschaft eine Kompagnie Musketiere aus, die dem König und den Verbündeten den Treueid leistete.[43])

Inzwischen hatte sich der Mangel an Lebensmitteln in Kolmar immer mehr fühlbar gemacht, auch erhoben sich Klagen über die Zuchtlosigkeit der französischen Truppen. Mogg wurde darauf im Dezember 1635 erneut an den französischen Hof geschickt, wo er bis zum Mai 1636 blieb. Er verlangte die Lieferung von Brot, da die Stadt sich sonst dem Kaiser ergeben müsse, Verstärkung der Garnison und Maßnahmen gegen die Disziplinlosigkeit der französischen Truppen, und schlug vor, Manicamp zum Gouverneur des Ober- und Unterelsaß zu ernennen, um dessen Kompetenzkonflikte mit dem Gouverneur von Schlettstadt zu beseitigen, der sich Manicamp nicht unterordnen wollte und mit Recht darauf hinwies, daß Schlettstadt nicht zum Oberelsaß gehöre. Mogg wurde in Paris gut aufgenommen, die Verproviantierung der Stadt wurde durchgeführt und Verfügungen gegen die Disziplinlosigkeit der Truppen erlassen.[44]) Mogg trat während seines Aufenthalts in Paris anscheinend auch für Kolmars Nachbarstädte ein, jedenfalls wurden am 6. Februar 1636 die von de

---

[40]) Dumont VI 1, 114 f, Mossmann, Rev. d'Alsace 1879, S. 260 f, vergl. Laguille II 129, Waldner S. 54. Durch diese Verhandlungen und den Vertrag wird die oben S. 170 f. dargelegte Auffassung bestätigt, daß Richelieu dem Vertrag vom 9. Oktober 1634 wegen der religiösen und finanziellen Bestimmungen seine Zustimmung verweigert hat.

[41]) Auch Grotius bezeichnete den Vertrag als günstig für Kolmar, Ep. 452, 455, 462 (Oxenstierna II 2, 74 Nr. 39).

[42]) Mossmann: Rev. d'Alsace 1879, S.261.

[43]) Mossmann: Rev. d'Alsace 1879, S. 262.

[44]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1879, S. 494 ff, vergl. Grotius Ep. 530, Hecker S. 526 ff.

l'Isle mit Kaisersberg, Türkheim, Münster und Ammersweiler geschlossenen Verträge — ohne Abschluß eines neuen Vertrages — von Frankreich ratifiziert.[45])

Im Sommer 1636 beklagte sich Kolmar mehrfach über die geringe Hilfe, die es von den Franzosen erhielte. Hagenau und Schlettstadt würde viel besser geholfen, obwohl sie am Heilbronner Vertrag nicht teilgenommen hätten und die dortige Bevölkerung den Franzosen schlecht gesinnt sei.[46]) Ein Angebot Bernhards, die Garnison durch seine Truppen zu verstärken, lehnte man jedoch ab, um dem Vertrag mit Frankreich nicht entgegenzuhandeln.[47]) Um dieselbe Zeit beklagte man sich über Zölle, die der Gouverneur von Schlettstadt erhob, und erreichte ein Verbot des Königs, das aber nicht befolgt wurde.[48]) Da die Garnison, die nur 300 Mann stark war, während Hagenau 2800 Mann Besatzung hatte, nicht verstärkt wurde, schickte Kolmar Ende 1636 erneut nach Paris, wo gleichzeitig auch Manicamp um Verstärkung bat. Man stellte dort Verstärkungen in Aussicht und verbot Zölle auf den Kolmarer Handel.[49]) Inzwischen hatte Bernhard erneut Verstärkung der Garnison durch 400 Mann seiner Truppen angeboten, die jetzt von der Stadt und Manicamp angenommen wurde.[50])

Die geringe französische Unterstützung und Ausschreitungen der Garnison führten dazu, daß das Vertrauen Kolmars in den französischen Schutz merklich zu erkalten begann. Als dann 1637 die französischen Intendanten im Elsaß und de l'Isle entgegen dem Vertrag vom 1. August 1635 verlangten, daß die Stadt selbst Getreide und Sold für die Garnison liefern solle, entrüstete man sich lebhaft darüber und beklagte sich heftig in Paris.[51]) De l'Isle wurde darauf vom König vorgeworfen, sein Verhalten sei geeignet, die Städte des Elsaß dem König zu entfremden. Er solle mit aller Milde und Zeichen guten Willens vorgehen.[52]) Noyers schrieb der Stadt, der König wolle den Vertrag nicht verletzen und mißbillige eine andere Haltung seiner Beamten. Der Intendant Dorgerès, der einen ähnlichen Brief wie de l'Isle erhalten

---

[45]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1879, S. 503, Bresch S. 399.
[46]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1879, S. 509.
[47]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1879, S. 510.
[48]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1879, S. 511.
[49]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1880, S. 336 ff.
[50]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1880, S. 341 f.
[51]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1880, S. 344 ff.
[52]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1880, S. 350.

hatte, schrieb an Kolmar, er habe de l'Isle gebeten, davon Abstand zu nehmen, daß die Stadt die Garnison selbst bezahlen solle,[53]) und der hessische Gesandte in Paris, Polhelm, der dort auch Kolmars Interessen vertrat, konnte mitteilen, daß de l'Isle am Hof sehr schlecht angeschrieben sei.[54])

Trotzdem gingen Kolmars Klagen weiter, da die französische Garnison immer schwächer wurde, obwohl kaiserliche Truppen in der Nähe waren, und da trotz allen Befehlen der Regierung der Geldmangel die örtlichen Befehlshaber dazu zwang, die Frage des Unterhalts der Garnison durch die Stadt selbst wieder anzuschneiden.[55]) Die Mißstimmung Kolmars ging damals soweit, daß es im Juli 1637 Straßburg gegenüber den Argwohn aussprach, alle Bedrängungen durch die französischen Militärs beruhten auf geheimen Befehlen ihrer Regierung, was zweifellos nicht richtig gewesen sein dürfte.[56])

Inzwischen war Manicamp abgesetzt worden; sein Verhältnis zu Kolmar war stets gut gewesen, wozu beigetragen haben wird, daß er Protestant war. Zu seinem Nachfolger wurde im März 1638 Montausier ernannt. Ein Schreiben Ludwigs XIII. vom 10. März forderte den Magistrat auf, dem neuen Gouverneur in allem pünktlich zu gehorchen, was er für den Dienst des Königs und für die Sicherheit und Verteidigung der Stadt anordnen werde. Der Magistrat antwortete, der König scheine den Vertrag vom 1. August 1635 mißzuverstehen. Kolmar sei Verbündete des Königs und hoffe, daß dieser gemäß dem Vertrag die Freiheiten und Privilegien der Stadt schützen werde. Montausier erklärte darauf, der König wolle den Freiheiten und dem Vertrag in keiner Weise zu nahe treten, sondern die Stadt nur gegen die Feinde schützen, und nur auf die für die Verteidigung nötigen Dinge beziehe sich die Autorität des Kommandanten.[57])

Bald darauf kam es jedoch zu lebhaften Auseinandersetzungen mit dem neuen Gouverneur des Oberelsaß, der nicht in Kolmar, sondern in Schlettstadt seinen Sitz aufgeschlagen hatte. Hierüber und über die Erhebung von Zöllen machte ihm Kolmar heftige Vorwürfe. In einem, allerdings nicht abgesandten Brief schrieb Mogg, Montausier glaube sich

---

[53]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1880, S. 350 f.
[54]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1880, S. 353 f.
[55]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1880, S. 354 ff.
[56]) Rocholl S. 13.
[57]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1880, S. 532 f, Hout S. 78 f.

in Frankreich und denke nicht daran, daß er mit einer Reichsstadt zu tun habe. Kolmar sei nicht gewillt, sich ebenso wie Schlettstadt behandeln zu lassen. Die Schuld für dieses Verhalten des Gouverneurs sah Mogg in seiner Jugend und Unerfahrenheit.[58]) Montausier sagte die Abstellung der Schäden zu, beklagte sich aber über den Ton der Kolmarer Schreiben und erklärte, daß er als Gouverneur des Oberelsaß ebensogut von Schlettstadt wie von Kolmar seine Befehle geben könne.[59]) In Paris suchte Kolmar die Zahlung rückständiger französischer Gelder zu erreichen; sie wurde versprochen, aber zur Zeit waren, wie gewöhnlich, die Kassen leer.[60]) Die Streitigkeiten mit Montausier gingen inzwischen weiter. Der Magistrat argwöhnte, der Gouverneur wolle eine Verletzung des Vertrages vom 1. August 1635 durch die Stadt provozieren, um einen Vorwand zum Bruch desselben zu haben. Man beklagte sich in Paris über Montausiers militärische Nachlässigkeit, die hohen Zölle und sein herrisches Wesen, während auch der Kommandant sich über die Stadt in Paris beschwerte. Später scheint, wohl durch Vermittlung der französischen Regierung, Kolmars Verhältnis zu Montausier besser geworden zu sein.[61])

Die Stimmung der Stadt wurde aber den Franzosen ungünstiger. Bezeichnend ist, daß man sich im September 1638 an Schweden und nicht an Frankreich wandte, um Pässe für den Friedenskongreß zu erhalten.[62]) Anfang 1639 näherte man sich immer mehr dem Herzog Bernhard. Man schlug ihm vor, man wolle in Paris eine Vermehrung der deutschen Garnison, für die Frankreich Subsidien zahlen solle, anregen.[63]) Das entsprach ja auch den Wünschen, die Bernhard damals an Frankreich stellte, auf die dieses aber nicht einging. Im April 1639 forderte dann Kolmar in Paris erneut Bezahlung der Schulden, regelmäßige Besoldung der Garnison und, im Gegensatz zu der bisherigen Haltung, deren Verminderung, während Montausier damals Befehl zu neuen Aushebungen erhalten hatte. Auf neue Vorstellungen sagten jedoch die Franzosen regelmäßige Soldzahlung zu, befahlen die Aufhebung aller Zölle und stellten die Verminderung der Garnison in Aussicht. Liebenswürdige Briefe des Königs sollten die

---

[58]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1881, S. 194.
[59]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1880, S. 536 ff., Huot S. 79 ff.
[60]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1880, S. 538.
[61]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1881, S. 192 ff.
[62]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1881, S. 191 f.
[63]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1881, S. 198 ff.

Stadt beruhigen, die jedoch die Verhandlungen mit Bernhard fortsetzte, bis sein Tod ihnen ein Ende machte.[64])

Das Verhältnis Kolmars zu Frankreich war also in den ersten Jahren der Besetzung ein gutes. Man wollte den französischen Schutz aus Furcht vor dem Kaiser und suchte trotz den Beschwerden über Ausschreitungen der Truppen eine Verstärkung der Garnison zu erreichen. Alles beruhte aber auf der Voraussetzung, daß die Stadt Bundesgenosse Frankreichs war und die Stellung und Freiheiten einer deutschen Reichsstadt behielt. Wenn dann später die Stimmung gegen Frankreich umschlug, so dürfte das nicht allein auf dem Wechsel in der Person des Kommandanten beruhen. Je mehr durch Bernhards Siege die Gefahr eines kaiserlichen Angriffs schwand, umso weniger brauchte Kolmar den französischen Schutz. So wurde der Ton, den man gegen die Franzosen anschlug, immer energischer und so suchte man sich dann schließlich durch ein Bündnis mit Bernhard der französischen Protektion zu entziehen. Die französische Regierung hat sich zweifellos auch 1638 und 1639 noch bemüht, der Stadt keinen Grund zu Klagen zu geben und stets versucht, die wohl hauptsächlich aus der schlechten Finanzlage und den Nachschubverhältnissen zu erklärenden Maßnahmen der Kommandanten gutzumachen, allerdings, da das vor allem dazu nötige Geld fehlte, meist ohne Erfolg. Eingriffe in die innere Verwaltung der Stadt sind in Kolmar nicht erfolgt, noch im März 1638 hatte man ja erklärt, daß die Befugnisse des Kommandanten sich nur auf die militärischen Maßnahmen erstreckten. Daß trotzdem gelegentliche Uebergriffe vorkamen, ist selbstverständlich. Die Regierung jedoch behandelte Kolmar durchaus als Bundesgenossen und Reichsstadt.

Wesentlich härter war die Behandlung der zur Abtei Murbach und dem Mandat Rufach gehörenden katholischen Orte Gebweiler und Sulz, die bis zum Jahre 1637 mehrfach die Herren — bald die Habsburger, bald die Franzosen — wechselten. Im März 1636 ließ Manicamp Gebweiler von Kolmar aus überfallen und mit Brandschatzungen und Plünderungen heimsuchen, da die Stadt sich geweigert hatte, das von ihm

---

[64]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1881, S. 200 ff. Wenn Reuss I 136 f sagt, daß der König in seinem Brief vom 13. Juli den Vertrag vom 1. August 1635 nicht erwähnt habe und daraus schließt, daß man ihn beiseite schieben wollte, so ist das falsch. Ein Teil der Dinge, worüber der Brief die Stadt beruhigen sollte, betraf gerade das Einhalten der Vertragsbestimmungen, auch wenn diese nicht ausdrücklich erwähnt wurden.

verlangte Kriegsmaterial — Lunten — zu liefern. Manicamp erklärte dabei, er könne das vor Gott und dem König verantworten, da die Stadt die Lunten nicht geliefert habe. Sie habe sich wieder in den Schutz des Kaisers begeben und dadurch gegen den französischen König rebelliert. Er erpreßte mit dieser Begründung von Gebweiler wie von Sulz Kontributionen.[65]) Im Juni 1637 wurde Gebweiler, das inzwischen eine Zeitlang wieder im Besitz der Kaiserlichen gewesen war, erneut von Kolmar aus überfallen und das Schloß, das Kloster und die Klosterkirche in Brand gesteckt. Der Chronist des Dominikanerklosters der Stadt erhob deshalb schwere Klagen gegen Manicamp, „den lutherischen Kommandanten von Kolmar".[66])

Noch gewaltsamer war das Vorgehen, durch das sich Manicamp im September 1635 in den Besitz des Schlosses Hohenack setzte, das den Herren von Rappolstein gehörte. Er ließ die beiden Brüder von Rappolstein auf der Jagd gefangen nehmen und erzwang von ihnen durch Drohungen die Unterschrift unter eine Erklärung, die die Uebergabe von Hohenack an die Franzosen aussprach. Das Schloß wurde darauf von diesen geschleift.[67])

Auch das katholische Schlettstadt scheint wesentlich rücksichtsloser behandelt worden zu sein als Kolmar. Schrieb doch Mogg im Jahre 1638, man wolle sich nicht so behandeln lassen, wie Schlettstadt.[68]) Im Jahre 1625 ließ der Kommandant Hocquincourt, nachdem schon zuvor die Entwaffnung der Bürgerschaft durchgeführt war, alle waffenfähigen Bürger der Stadt plötzlich antreten und trieb sie — 400 Mann — aus der Stadt „wie eine Herde Schweine", so sagt der Chronist. Sie sollen alle den Hungertod gestorben sein.[69]) Die Bürgerschaft wurde außerdem durch Einquartierungen und Haussuchungen schwer bedrückt.[70]) Im September 1638 mußte die Bevölkerung an einem Freudenfest über die Geburt des Dauphin teilnehmen.[71]) Dagegen begünstigten die Franzosen in jeder Weise die Schlettstadter Jesuiten. Man lieferte ihnen bei der allgemeinen Hungersnot Brot auf Kosten des Königs und

---

[65]) Ehret S. 176 ff, Gatrio II 343.
[66]) Ehret, S. 185 f., Gatrio II 347, Mossmann, Gebweiler, S. 281 f.
[67]) Herrenschneider, S. 71 ff, Bresch, S. 398.
[68]) Vgl. oben S. 297.
[69]) Geny I 395, Dorlan II 229 f.
[70]) Geny I 396.
[71]) Geny I 400.

sorgte für Wiederherstellung ihres Gottesdienstes.[72]) Der Vertrag mit de l'Isle vom 9. Oktober 1634 ist anscheinend nicht wie bei den anderen Städten im Februar 1636, sondern erst 1637 bestätigt worden.[73]) Nach einer Meldung von Grotius hat diese katholische Stadt im April 1639 den Wunsch gehabt, gemäß dem Vertrage von St. Germain unter Bernhards Schutz zu treten.[74])

Hart wurde auch Zabern nach seiner Wiedernahme im Juli 1636 behandelt. Die Stadt erhielt einen französischen Kommandanten und wurde je zur Hälfte mit französischen und weimarischen Truppen besetzt.[75]) Der Kapitulationsvertrag enthielt die Bestimmung, daß die Bevölkerung in dasselbe Protektionsverhältnis zu Frankreich treten solle, wie vor Zaberns Einnahme durch die Kaiserlichen.[76]) Trotzdem wurde die Bürgerschaft, die auf seiten der Kaiserlichen mitgekämpft hatte, dafür sehr hart behandelt. Als die Franzosen Briefe des Magistrats an den Erzherzog Leopold von Oesterreich, Bischof von Straßburg, dessen Residenz Zabern war, auffingen, setzten sie den gesamten Rat längere Zeit gefangen. De la Valette und de l'Isle sollen sich Anfang 1637 für die Stadt in Paris verwandt haben und mit Kälte abgewiesen worden sein. Jedenfalls gingen die Ausschreitungen der Soldaten weiter, und die katholische Bevölkerung hat dabei anscheinend am meisten über Bernhards Truppen geklagt, so daß man es freudig begrüßte, als im Mai 1638 die Weimaraner die Stadt verließen und nur noch französische Truppen zurückblieben.[77])

In Hagenau scheint das Verhältnis der Garnison zur Bürgerschaft zunächst leidlich gewesen zu sein. Der französische Kommandant d'Aiguebonne war so rücksichtsvoll, wie das bei einer militärischen Besetzung möglich ist. Er suchte die bei der kaiserlichen Gesinnung der Stadt nötige Entwaffnung zunächst auf dem Wege des Ankaufs der Waffen durchzuführen. Erst als das nicht gelang, erzwang er durch Waffensuche die Entwaffnung.[78]) Als im Dezember 1635 eine Belagerung durch die Kaiserlichen bevorstand, forderte der Kommandant vom Magistrat eine klare Stellungnahme. Dieser antwortete, daß man strikte Neutralität beobachten werde.[79]) Als

---

[72]) Geny I 74.
[73]) Battifol S. 212.
[74]) Grotius Ep. 1150 (Oxenstierna II 2, 597, Nr. 257.)
[75]) Vgl. oben S. 247.
[76]) Aubery III 156 ff, de la Valette I 158 ff, M. Fischer, S. 210 ff.
[77]) D. Fischer, S. 74 ff., M. Fischer, S. 212 ff., Stieve, S. 158.
[78]) Hanauer, S. 261 ff.
[79]) Hanauer, S. 278 f.

d'Aiguebonne trotzdem indirekte Anteilnahme am Kampf, z. B. die Stellung von Schanzarbeitern, forderte, kam es zu Auseinandersetzungen, bei denen die Stadt nachgeben mußte. Während der Dauer der Belagerung entstanden zwischen der Besatzung und der den Belagerern im Innern Erfolg wünschenden Bevölkerung heftige Konflikte. D'Aiguebonne warf den Bürgern Verbindung mit den Kaiserlichen vor und setzte eine Anzahl angesehener Personen als Geiseln fest. Auch verlangte er, daß eine Anzahl angeblicher Verräter mit dem Tode bestraft würden, was der Magistrat verweigerte. Als Ende Dezember die Kaiserlichen die Belagerung nach kurzer Dauer aufgaben, begnügte sich der Kommandant mit der Verbannung der beschuldigten Personen.[80])

Die Aufgabe der Belagerung änderte nichts daran, daß die Stadt von allen Einfuhren abgeschnitten blieb. Die Truppen hatten seit Monaten kein Geld und an Verpflegung nur Brot erhalten. D'Aiguebonne befahl daher mit dem Versprechen, die Unkosten später zu ersetzen, die Unterhaltung der Garnison durch die Bürgerschaft. Das widersprach dem mit der Stadt im Januar 1634 abgeschlossenen Schutzvertrag,[81]) und die Stadt erhob daher wie Kolmar gegen diesen Befehl Widerspruch, aber vergebens.[82]) Die notleidende Bevölkerung mußte die Truppen miternähren, und eine von dem Kommandanten angeordnete Erleichterung der Lieferungen, als de la Valette einige Vorräte in die Stadt hatte werfen können, wurde bald durch erhöhte Forderungen abgelöst.[83]) Im Juni 1636 gelang es de la Valette, Hagenau endgültig zu entsetzen. Seine Lage wurde aber dadurch nicht besser, denn man mußte sich über Ausschreitungen und übertriebene Forderungen der neu angekommenen Truppen beklagen, worauf d'Aiguebonne der Stadt bösen Willen vorwarf und erklärte, er habe eingesehen, daß er mit Milde nicht weiter käme.[84]) Man beschloß schließlich eine Gesandtschaft nach Paris, mit der der Kommandant zunächst einverstanden war. Nachher tadelte er aber scharf, daß das vom Magistrat aufgesetzte Schreiben scharfe Vorwürfe gegen die Garnison enthielt und man sich außerdem zuvor in Straßburg und Kolmar Rat geholt hatte.[85]) Im August 1636 wurden gegen den

---

[80]) Hanauer, S. 278 ff.
[81]) Vgl. oben S. 153.
[82]) Hanauer, S. 289 ff., Guerber I 291.
[83]) Hanauer, S. 291 ff.
[84]) Hanauer, S. 296 ff.
[85]) Hanauer, S. 302 ff.

Widerspruch der Stadt auch weimarische Truppen in dieselbe gelegt, die aber nur kurze Zeit dort blieben. Der Kommandant hatte dabei erklärt, daß die für französische Truppen entstandenen Kosten ersetzt werden würden, die Aufwendungen für die deutschen Truppen seien für die Stadt verloren.[86])

Anfang 1637 gelang es Hagenau, durch Vermittlung von de l'Isle eine Gesandtschaft nach Paris zu schicken, die schwere Vorwürfe über die Garnison vorbrachte. Die Haltung der Regierung war sehr entgegenkommend. Man ersetzte der Stadt einen großen Teil der Unkosten für die Garnison, erkannte die Bestimmungen des Vertrages vom Januar 1634 an und erklärte, daß Frankreich die Kosten der Besatzung tragen werde. Der Intendant Dorgerès überbrachte der Stadt diese Nachrichten, während d'Aiguebonne abberufen wurde.[87])

Im Juni 1637 traf der neue Gouverneur, Graf de Chalancé, in der Stadt ein. Er forderte sogleich einen Treueid, was große Erregung hervorrief. D'Aiguebonne hatte keinen Schwur verlangt, sondern sich mit einem einfachen Versprechen begnügt, obwohl der Vertrag vom Januar 1634 die Ablegung eines Eides verlangt hatte.[88]) Chalancé erklärte, daß er keinen Eid verlange, der die Unterwerfung unter den König ausspreche, sondern nur den einfachen und üblichen Treueid. Nach längeren Verhandlungen schwur dann der Rat und die Bürgerschaft am 16. Juni 1637, nichts gegen den König zu unternehmen und ihm treu und ergeben zu sein bis zum Tage eines allgemeinen Friedens im Deutschen Reich. Obwohl dieser Eid nur den Bestimmungen des Vertrages vom Januar 1634 entsprach, erklärte man ihn trotzdem für erzwungen.[89])

---

[86]) Hanauer, S. 302 ff.

[87]) Hanauer 306 ff.

[88]) Vgl. oben S. 153. Hanauer, S. 311 weist darauf hin, daß Hagenau schon Mansfeld einen solchen interimistischen Eid geleistet hatte.

[89]) Hanauer, S. 311 ff. Gueber II 292 irrt, wenn er sagt, die Form des Eides bereite eine definitive Besitzergreifung vor. Man muß bei der Beurteilung der Eidesleistungen dieser Zeit darauf achten, daß Eidesleistungen fast durchweg bei der militärischen Besetzung verlangt worden sind, um die Besatzung zu sichern, so z. B. von den Schweden auch im Elsaß. Man muß daher bei der Beurteilung solcher Eidesleistungen für Annexionsbestrebungen beachten, ob die Eidesformel nur die übliche Treue zur Sicherheit der Besatzung während ihrer Dauer enthielt oder so abgefaßt ist, daß sie ein Untertanen- oder

Chalancé scheint in der Stadt ein sehr hartes Regiment geführt zu haben. Hagenau beschwerte sich darüber in Paris und beklagte sich im Juli 1637 auch bei Straßburg über Ausschreitungen der Besatzung und Verletzung der Privilegien. Straßburg trat darauf in Paris für die Nachbarstadt ein und der Kommandant wurde von der Regierung zurecht gewiesen.[90]) Im September befahl ihm der König, daß die Garnison nur die unbedingt zur Einquartierung gehörenden Lebensbedürfnisse verlangen dürfe, daß den Bürgern das Recht, Degen zu tragen, wiederzugeben und der von Chalancé verhaftete Stadtmeister freizulassen sei, wenn die Verhaftung nicht wegen eines bedeutenden Vergehens erfolgt sei.[91])

Das Verhältnis der Stadt zu Chalancé wurde dadurch zunächst nicht besser. Der Verdacht des Einverständnisses der Bürgerschaft mit den Kaiserlichen und einige wirklich in dieser Richtung liegende Tatsachen verstimmten auch in Paris. Im Laufe des Jahres 1638 scheint aber das Verhältnis Hagenaus zu Chalancé besser geworden zu sein, obwohl die Beschwerden über Ausschreitungen der Truppen weitergingen.[92]) Im Herbst 1638 schickte man erneut nach Paris und erhielt finanzielle Versprechungen, denen man zunächst mißtraute, die zugesagten Gelder trafen aber bald darauf wirklich in der Stadt ein.[93]) Das Jahr 1639 brachte wiederum Verhandlungen über den Unterhalt der Garnison. Da Chalancé selbst weder Geld noch Brot hatte, mußte er entgegen dem Vertrag wieder Lieferungen von der Stadt fordern. Doch ersetzte er einen Teil der Kosten aus seiner eigenen Tasche, und im Laufe des Jahres trafen dann noch zweimal Geldsendungen aus Paris für die Stadt ein, so daß ihre Lage wesentlich erleichtert wurde. Im Juli 1639 veranlaßte allerdings ein geglückter Handstreich der Kaiserlichen auf Hagenauer Viehherden neue Untersuchungen Chalancés wegen Verräterei.[94]) Am 30. November wurde dann der Kommandant aus der Stadt abberufen.[95])

---

dauerndes Abhängigkeitsverhältnis auszudrücken sucht. Auch Richelieu unterschied zwischen einem Eid, der die Besatzung sicherte und einem, der ein Untertanenverhältnis ausdrückte, vgl. z. B. oben S. 99.

[90]) Hanauer S. 313, Ketzinger II 72 ff., vgl. oben S. 290.
[91]) Noailles II 261, A. 1.
[92]) Hanauer S. 314 ff.
[93]) Hanauer S. 319 f.
[94]) Hanauer S. 320 ff.
[95]) Hanauer S. 327.

Besonders gut scheint das Verhältnis der Franzosen zu der Bevölkerung von Mömpelgard gewesen zu sein, die französisch sprach. Der dortige Gouverneur, der Graf von Suze, gewann durch mildes Regiment und Sorge für den Handel die Zuneigung der Bevölkerung,[96]) und der König konnte so im Juli 1637 ihre Treue rühmen.[97]) Man hatte gute Behandlung der Bevölkerung ausdrücklich befohlen.[98]) Allerdings meinte Noyers im Dezember 1636, daß die Stimmung der Bevölkerung nach dem Tod des Grafen von Suze für Frankreich nicht mehr günstig sei.[99])

Das Bild, das sich aus diesem, allerdings nur für Straßburg, Kolmar und Hagenau leidlich vollständigen Material ergibt, ist trotz mancher Verschiedenheit im einzelnen im ganzen doch einheitlich. Es zeigt zunächst, daß die Rücksichtslosigkeiten gegen die Bevölkerung durchweg von den lokalen Befehlshabern ausgingen, während die französische Regierung selbst Gewaltsamkeiten zu vermeiden suchte, auf strenge Ausführung der Verträge drang und die Kommandanten zum Teil scharf zurecht wies. So befahl z. B. der König im Juni 1635 auf Klagen des unterelsässischen Adels, die Truppen sollten strengste Disziplin halten und dem Adel Genugtuung gegeben werden.[100]) Man befahl ausdrücklich, die Verbündeten und die Bevölkerung, die sich unter französischen Schutz gestellt hatte, zufriedenzustellen.[101]) Daß diese Befehle recht häufig keinen Erfolg hatten, lag außer an den stets gegebenen Verhältnissen einer militärischen Besetzung in der Hauptsache daran, daß man Geld und Verpflegung nicht liefern konnte, und so die Kommandanten zur Belastung der Bevölkerung und zur Verletzung der Verträge mehr oder weniger zwang. Trotzdem sind auch darüber hinaus sehr bösartige Ausschreitungen nicht nur der Soldateska, sondern auch einzelner Kommandanten vorgekommen. Aber es ist sicher, daß das dem Willen der Regierung nicht entsprach. Man war als „Beschützer" in das Land gekommen und wollte diesen schönen Namen behalten, zweifellos nicht aus Liebe zum Elsaß — ein solches Gefühl bestand nicht und entsprach auch nicht der Zeit —, sondern aus Gründen der allgemeinen Politik und der „Reputation", vor allem mit

---

[96]) Bardy S. 5 f.
[97]) Roese II 489, Nr. 27.
[98]) Aubery III 276.
[99]) Aubery III 309.
[100]) Gallois I 112 f.
[101]) Aubery III 276.

Rücksicht auf die Stimmung der deutschen Fürsten. Andererseits kann keine Rede davon sein, daß die elsässische Bevölkerung die Franzosen freudig bei sich gesehen hat, wie man auf französischer Seite, vor allem in den letzten Jahren, nachzuweisen gesucht hat.[102]) Allein Kolmar hat in den ersten Jahren der Besetzung in Frankreich den Schützer gegen die Rache des Kaisers gesehen, ohne aber deshalb nur daran zu denken, daß die Besetzung dauernd werden könne. Die anderen Städte ertrugen die französische Schutzherrschaft durchaus unwillig. Auch französische Historiker haben betont, daß die Franzosen sich damals gar nicht einbildeten, in ein zur Annexion reifes Land zu kommen,[103]) und daß die Bevölkerung nicht daran dachte, aus dem Deutschen Reich auszuscheiden und unter französische Herrschaft zu kommen.[104]) Die Städte haben auch stets ihre Reichsstandschaft betont, und die französische Regierung hat diese niemals geleugnet. Die Maßnahmen der Kommandanten gingen durchweg von dem Standpunkt der militärischen Sicherung des Landes aus; daß ihre Haltung in den einzelnen Orten und zu den verschiedenen Zeiten verschieden war, ist gezeigt worden. Viel kam dabei natürlich auch auf die Person des Kommandanten an, sonst entscheiden im allgemeinen die augenblicklichen militärischen und finanziellen Bedürfnisse. Je kleiner und machtloser die einzelnen Stände des Elsaß waren, umso schlechter sind sie anscheinend behandelt worden. Ferner ist zu beobachten, daß das Verhältnis zu den protestantischen Orten besser war als zu den katholischen. Letztere waren kaiserlich gesinnt und begünstigten auch unter der französischen Besetzung die habsburgische Sache, so daß man sie mit größerem Mißtrauen behandelte. Die protestantischen Stände standen dagegen seit langem auf seiten der Gegner Habsburgs, außerdem erforderte die Rücksichtnahme auf Frankreichs protestantische Bundesgenossen ihnen gegenüber eine besondere vorsichtige Haltung.[105])

Diese grundsätzlich rücksichtsvolle Haltung der französischen Regierung gibt keinen Anhalt für Annexionsabsichten, sie beweist aber an sich nicht das Gegenteil. Sie beruhte auf allgemein politischen Gründen und konnte auch das Mittel

---

[102]) Vor allem Legrelle, Batiffol und Flach.
[103]) Fagniez II 269.
[104]) Lefébure S. 429.
[105]) Die Bürger von Ingweiler beteiligten sich z. B. 1637 auf seiten der Franzosen an der Abwehr der Kaiserlichen — Letz S. 34 f. —, während Zabern die Kaiserlichen 1636 unterstützt hatte.

sein, die Bevölkerung durch freundliche Behandlung zur Annexion reif zu machen, wie man das ja auch in Lothringen in den ersten Zeiten der Besetzung versucht hatte. Wichtiger ist, ob sich nachweisen läßt, daß die Franzosen schon in diesen Zeiten eine ordentliche und definitive französische Verwaltung im Elsaß einzurichten begannen, wie sie das in Lothringen sofort nach der Besetzung mit aller Energie und Konsequenz getan hatten.

Die französischen Kommandanten haben dem ganzen Land Zölle und Kontributionen, anscheinend in beträchtlicher Höhe, auferlegt, die den Handel erheblich störten.[106]) Das waren jedoch Kriegsmaßnahmen, die das Gegenteil der Einführung einer ordentlichen Verwaltung bedeuteten. Sie entsprangen vor allem dem Geldbedürfnis der Kommandanten, und die Regierung selbst hat die Erhebung von Zöllen mehrfach verboten, was allerdings wenig nützte.

Die von den Franzosen im Elsaß verwandten Persönlichkeiten waren die militärischen Kommandanten und Gouverneure der Plätze, von denen Manicamp auf Kolmars Anregung zum Gouverneur des Oberelsaß ernannt wurde „zur Behauptung der Städte Kolmar, Schlettstadt und anderer wichtiger Plätze und Schlösser.“[107]) Seine Befugnisse beschränkten sich also auf die militärischen Aufgaben, was Montausier im März 1638 ausdrücklich bestätigte,[108]) wie ja auch die Gouverneure im Innern Frankreichs die Vertreter der Militärgewalt, und nicht der zivilen Verwaltung waren. Der Befehlshaber von Schlettstadt, Hocquincourt, rechnete mit Recht Schlettstadt nicht zum Oberelsaß und wollte sich daher Manicamp nicht unterordnen.[109]) Mogg, der Vertreter Kolmars, schlug darauf vor, Manicamp das „gouvernement général“ des Ober- und Unterelsaß zu geben, um den „falschen“ Einspruch Hocquincourts zu beseitigen.[110]) Diesen Vorschlag hat man jedoch nicht befolgt, dagegen wurde, als auch Hocquincourts Nachfolger in Schlettstadt, Decamp, Manicamp nicht anerkannte, diesem 1637 auch das Kommando über Schlett-

---

[106]) Vgl. außer dem bisher Gesagten Reuss I 659 f., Roese II 311, Noailles II 436, Rocholl S. 13.

[107]) Mossmann: Rev. d'Alsace 1879, S. 261, vgl oben S. 294. Die Ernennung eines Gouverneurs des Unterelsaß ist anscheinend nicht erfolgt. Malingre S. 893 nennt Manicamp einmal „gouverneur d'Alsace et de Colmar“, de la Valette I 187 spricht von einem „gouvernement de toute l'Alsace“.

[108]) Vgl. oben S. 296.

[109]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1879, S. 495, vgl. oben S. 294.

[110]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1879, S. 501.

stadt übertragen.[111]) Manicamps Nachfolger Montausier führte dann das Gouvernement des Oberelsaß von Schlettstadt aus.[112])

Im März 1637 erschienen dann im Elsaß zwei Intendanten „de sa police, justice et finances,", Villarceaux und Dorgerès. Ihre Tätigkeit erstreckte sich nicht nur auf das Ober- und Unterelsaß und Mömpelgard, sondern auch auf Lothringen, Bar und die Bistümer Metz, Toul und Verdun. Ueber ihnen stand Marcillac, Bischof von Mende, der meist in Metz saß.[113]) Dieser hatte mit der inneren Verwaltung Lothringens und der Bistümer ebensowenig zu tun, wie die beiden Intendanten. Er regelte vielmehr von Metz aus den gesamten Nachschub für die Truppen in Lothringen und dem Elsaß.[114]) Auch die Verhandlungen, die die beiden Intendanten im Elsaß führten, betrafen dementsprechend die Fragen des Unterhalts, der Verpflegung und Besoldung der Garnisonen, und die Nachprüfung der von den Städten erhobenen Klagen und Ersatzansprüche.[115]) Es findet sich aber nirgends ein Anzeichen dafür, daß sie irgendwie die Einrichtung einer ständigen französischen Verwaltung vorbereiteten, mit der ja auch ihr Vorgesetzter, der Bischof von Mende, in Lothringen und den Bistümern nichts zu tun hatte. Man kann

---

[111]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1880, S. 353.

[112]) Huot S. 80, vgl. oben S. 296.

[113]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1880, S. 346 und 349, Batiffol S. 215.

[114]) Daß der Bischof von Mende allein für die Versorgung der Armee und nicht für die Verwaltung des Landes benutzt wurde, zeigen zahlreiche Befehle Richelieus und seiner Gehilfen, Lettres V 337 ff., 372 ff., 394 ff., 412 ff., 451 ff., 624, 969 Anal. 2, VII 749 f., VIII 307 f., Aubery III 309. In derselben Tätigkeit unter Mende wird auch Villarceaux erwähnt, Lettres V 374, 396, 413, 414 ff., 624, 950 Anal. 4, VII 749, Aubery III 6, 253, vgl. Siège de Dôle S. 494, 495. Marcillac wurde schon 1627, bevor er Bischof von Mende wurde, zur Verproviantierung der Insel Ré verwandt, vgl. Mémoires I 463, 465, Lettres II 547 A. 2, 579 A. 2, 597 ff., 599 f., 653 f., 675 ff. und Siège de Dôle S. 460 A. 1, ferner Richelieus Urteil über ihn, daselbst S. 461.

[115]) Mossmann: Rev. d'Alsace 1880, S. 346, 351, vgl. die Anweisung an ihren Nachfolger Belesbat, Rev. d'Alsace 1881, S. 202, Hanauer S. 308. Die Intendanten waren damals noch nicht die Vertreter der politischen Zentralgewalt, sondern Militärintendanten, also ungefähr dasselbe, was man auf deutsch als Intendanten bezeichnet. Natürlich sind die Kompetenzen nicht durchweg streng getrennt, was zumal unter militärischer Besetzung nie der Fall sein kann. Die Intendanten hatten neben der Sorge für den Nachschlub auch die Aufgabe, die eigentlichen Militärs zu kontrollieren. Vgl. Hanotaux: Revue hist. XIX—XXI, Avenel, Richelieu et la monarchie absolue III 146, IV 193 ff., Lavisse VI 2, 327, 407 ff.

also noch nicht von Anfängen einer französischen Zivilverwaltung im Elsaß sprechen,[116]) sehr im Gegensatz zu der von Bernhard von Weimar in den von ihm eroberten Gebieten geschaffenen eigenen Verwaltung, zu den von Schweden überall in Deutschland durchgeführten Maßnahmen[117]) und zu den Einrichtungen, die Frankreich selbst in Lothringen getroffen hatte. Auch hierdurch wird bestätigt, daß Richelieu in den Jahren 1635— 1639 an eine Annexion des Elsaß noch nicht gedacht hat.

[116]) Das betont auch Aumale IV 201 f., der darin allerdings kluge Zurückhaltung zur Gewinnung des Elsaß sieht, während Roese I 136 in der Ernennung eines Intendanten am 24. Mai 1639 — es handelt sich wohl um Belesbat — solche Anfänge sieht. Er irrt, wenn er diese Ernennung anscheinend für die erste hält. Vgl. Reuss I 270 und Wackernagel S. 265.

[117]) Vgl. z. B. über die schwedische Verwaltung in Mainz Frohnhäuser S. 121 ff.

Kapitel VI.

Anfänge des französischen Uebergewichts.

Die letzten Jahre Richelieus. 1640—1642.

1. Politische und militärische Erfolge. Steigerung der Kriegsziele.

Bis zum Jahre 1639 war weder die politische noch die militärische Lage der Franzosen besonders günstig gewesen, erst im Jahre 1640 trat ein entscheidender Umschwung ein. Schon der Feldzug dieses Jahres verlief wesentlich günstiger als die bisherigen, der Widerstand der habsburgischen Mächte begann auf allen Kriegsschauplätzen zu erlahmen. Die Hauptanstrengung machte Frankreich in Italien, wo es gelang, einen völligen Umschwung herbeizuführen. Im Frühjahr wurde von den Franzosen Casale entsetzt, im September Turin genommen, wenn es auch noch keineswegs gelang, die Spanier und die mit ihnen verbündeten savoyischen Prinzen aus Piemont zu vertreiben. Auch auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wurden die Kaiserlichen und die Spanier mehrmals geschlagen und im August das wichtige Arras genommen. Zum ersten Male drang ferner in diesem Jahre die Armee unter Longueville — in der Hauptsache Bernhards alte Truppen — in das Innere Deutschlands ein und kämpfte dort gemeinsam mit den Schweden, Hessen und den auf französische Seite getretenen Herzogen von Braunschweig-Lüneburg. Ein dauernder Erfolg war diesen Operationen freilich nicht beschieden. Auch die französische Flotte errang wichtige Erfolge, indem sie, was für Spanien sehr fühlbar war, dessen Verbindungen mit den amerikanischen Kolonien störte, eine spanische Goldflotte fortnahm und die spanische Flotte sogar vor Cadix schlug.

Auch die politische Lage besserte sich zusehends. Savoyen, wo man die den Franzosen feindlichen Ratgeber der Herzogin verhaften ließ, kam immer mehr unter französischen

Einfluß. Nach langwierigen Verhandlungen gelang es im Dezember 1640, mit dem Prinzen Thomas von Savoyen, der einen großen Teil der Plätze von Piemont erobert hatte, einen Vertrag zu schließen, der diesen unter erheblichen Konzessionen auf die französische Seite zog. Man erklärte sich dabei bereit, die von den Franzosen besetzten Plätze — mit Ausnahme von Pignerol — zu räumen, sobald die Spanier dasselbe mit den von ihnen eroberten täten, und wollte den Papst und Venedig zu Garanten dieses Versprechens machen. Die übrigen italienischen Staaten — vor allem Genua und Venedig, das einen Angriff auf Mailand machen sollte — suchte man ebenfalls zu gewinnen, allerdings erfolglos.

England schied infolge innerer Unruhen immer mehr aus der allgemeinen Politik aus, was für Frankreich nicht ungünstig war. Die Gefahr eines holländischen und schwedischen Sonderfriedens trat stark zurück; mit Schweden verhandelte man während des ganzen Jahres über die Erneuerung des Anfang 1641 ablaufenden Bündnisses, wobei die Franzosen immer noch die Verpflichtung zu einem Angriff auf die kaiserlichen Erblande zu vermeiden wünschten. In Deutschland stieg die Kriegsmüdigkeit der Reichsstände immer mehr, und Ende des Jahres trat in Regensburg nach langer Zeit wieder ein Reichstag zusammen, um über die Herbeiführung des Friedens zu beraten. Die allgemeinen Friedensverhandlungen gingen inzwischen weiter. Man stritt immer noch über die Frage der Pässe, wobei jetzt auch die deutschen Stände dafür eintraten, daß der Kaiser die von Frankreich und seinen Verbündeten abgelehnte Formel für die in den Prager Frieden nicht eingeschlossenen deutschen Fürsten — nobis nondum conciliati — fallen ließ. Im allgemeinen hatten beide Parteien ihre Stellungnahme wenig geändert. Richelieu scheint damals auf das Zustandekommen eines allgemeinen Friedenskongresses wenig Wert gelegt und geglaubt zu haben, durch vorherige Verhandlungen mit den einzelnen Mächten besser zu einem allgemeinen Frieden kommen zu können. So setzte er vor allem die geheimen Verhandlungen mit Spanien fort. Mehrere Aeußerungen von ihm zeigen, daß er von den Erfolgen in Italien den Frieden erhoffte. So meinte er schon Anfang 1640, daß eine Verständigung mit Savoyen ein Mittel zum Frieden sei, da es Spanien seiner Vorteile in Italien beraube.[1]) Und nach der Einnahme von Turin schrieb er freudig an Mazarin, der da-

[1]) Lettres VII 809.

mals die Unterhandlungen mit Savoyen führte, er hoffe, daß Gott nach soviel Siegen sich zum Gott des Friedens machen werde.[2]) Im Sommer 1640 sagte er allerdings in einem Gutachten, das man mit Recht als melancholisch bezeichnet hat,[3]) äußerer Friede sei nicht zu hoffen. Die Herzogin von Chevreuse habe den Spaniern alle Gründe auseinandergesetzt, die sie dazu veranlaßten, fest zu bleiben: ein kranker und kriegsmüder König, ein kranker und dem Tode naher Minister; Rückkehr aller Verbannten nach ihrem Tode, worauf Frankreich der Unordnung zum Opfer fallen und Spanien seine Rechnung finden werde.[4]) Und bald darauf schrieb Richelieu an den Finanzminister Bullion: „Ich gestehe, daß ich des Krieges sehr müde bin, sowohl wegen der Mühe, die er macht, als wegen anderer Gründe, die Sie gut beurteilen können.“[5]) Diese Aeußerungen zeigen, daß Richelieu, weit davon entfernt, sich als Meister Europas zu fühlen und große Hoffnungen zu hegen, den Frieden ehrlich wünschte und herbeisehnte, vor allem unter dem Druck der inneren Verhältnisse.[6]) In den Verhandlungen hütete man sich natürlich, von diesen Stimmungen etwas merken zu lassen.

Eine entscheidende Wendung der allgemeinen Lage brachten erst Ereignisse im Innern Spaniens, die die Einheit Spaniens und seine Machtstellung gänzlich zerbrechen zu sollen schienen. Im Herbst 1640 erhob sich Katalonien gegen die spanische Regierung, die völlig in den Händen des kastilianischen Reichsteils war, und trat sofort mit Frankreich in Verbindung, und kurz darauf erhob sich auch Portugal, das seit 1580 mit Spanien vereinigt war und errichtete fast ohne Widerstand ein Königtum der Braganza. Mit Portugal hatte Richelieu seit mehreren Jahren in Verbindung gestanden, und er hat schon Anfang 1640 mit Holland über die Portugal zu gewährende Unterstützung verhandelt. Der

---

[2]) Lettres VII 814.
[3]) Batiffol, Chevreuse S. 198.
[4]) Lettres VIII 816 f.
[5]) Lettres VI 709 f.
[6]) Daß auch d'Avaux, der die Unterhandlungen in Deutschland führte, den Frieden wollte, zeigt ein Brief von ihm an seinen Vater vom 14. August 1640, in dem es heißt: „Un bon succès nous seroit fort utile pour avancer la paix en la diette de Ratisbonne, autrement il n'y en sera parlé que par manière d'acquit et pour fair contribuer plus largement les peuples à la faveur d'un si bon mot“, d'Avaux S. 236, Nr. 57. Bezeichnend ist, daß der Vater d'Avaux' in Briefen an diesen im Mai und Juni 1640 sagt, im Fall einer Niederlage Banners „touttes les armes de l'Empire foudroient sur la France, quod Deus avertat“, S. 216, 222, Nr. 52 und 53.

Aufstand in Katalonien ist ihm aber anscheinend völlig unerwartet gekommen. Er ist sogar zunächst nur zögernd darauf eingegangen, den Kataloniern gegenüber bindende Verpflichtungen zu übernehmen, da dadurch, falls Spanien den Aufstand in den Anfängen niederschlagen konnte, die französische Stellung bei den Friedensverhandlungen erheblich belastet werden mußte. Natürlich hat er aber sofort versucht, dieses unerwartete Glück auszunutzen, und in einem Vertrage vom 16. Dezember ist dann Katalonien Hilfe und Schutz seiner Freiheiten versprochen worden.[7]) Daß Richelieu nicht sofort auf diese Ereignisse große Hoffnungen gesetzt hat, zeigt, daß er einige Tage nach Abschluß dieses Vertrages schrieb, die Spanier würden zum Frieden gebracht werden, wenn sie, anstatt in Italien Fortschritte zu machen, fürchten müßten, einen Teil der Gebiete, die sie in Italien hielten, zu verlieren.[8])

Für den weiteren Verlauf des Krieges ist die Erhebung von Katalonien und Portugal, da sie nicht niedergeschlagen werden konnte, von ausschlaggebender Bedeutung gewesen, zumal gleichzeitig die innere Widerstandskraft Deutschlands zu erlahmen begann. Diese Ereignisse und nicht die Einnahme von Breisach sind der Wendepunkt des Krieges geworden. Der Sieg von Breisach wurde strategisch erst 1640 ausgenutzt und seine politische Auswirkung wurde durch die Niederlagen auf den anderen Kriegsschauplätzen mehr als ausgeglichen. Die Entscheidung des großen Krieges fiel so im letzten Grunde dadurch, daß trotz der schlechten inneren Lage Frankreichs und trotz seinen geringen militärischen Erfolgen, die innere Widerstandskraft Spaniens und seiner Verbündeten, die ja wesentlich länger im Kriege standen als Frankreich, eher zerbrach, als die französische. Die Erfolge der französischen Verbündeten hatten dazu mehr beigetragen, als Frankreich selbst.

Die elsässische Frage spielte bei den politischen Auseinandersetzungen des Jahres 1640 zunächst bei Verhandlungen Frankreichs mit Bayern eine Rolle. Richelieu wollte die immer mehr zutage tretende Kriegsmüdigkeit Bayerns und seine Mißstimmung gegen Spanien ausnutzen, um es von den Habsburgern zu trennen, und schlug durch die Vermittlung des päpstlichen Nuntius Bicchi eine Zusammenkunft zwischen einem bayerischen und französischen Unterhändler vor, die

---

[7]) Dumont VI 1, 196 f.
[8]) Lettres VII, 838 f.

dann im Januar 1640 zu Einsiedeln in der Schweiz stattfand. Für Frankreich verhandelte dort d'Oysonville. Eine Instruktion vom 23. November 1639 beauftragte ihn, den französischen Wunsch nach Frieden und Waffenstillstand darzulegen und anzukündigen, daß Frankreich mit der Armee Bernhards wichtige und neue Eroberungen in Deutschland machen wolle, ohne aber daraus anderen Nutzen zu ziehen, als in der Lage zu sein, zum allgemeinen Frieden beizutragen. Bayern solle auf dem Regensburger Reichstag für den Waffenstillstand eintreten, Frankreich wolle dafür im Frieden Bayerns Interessen unterstützen. D'Oysonville sollte ferner mit dem bayerischen Gesandten die Mittel besprechen, um dem Herzog von Bayern gewisse Vorteile in den von Frankreich am Rhein und in seiner Umgebung gemachten und zu machenden Eroberungen zu sichern.[9]) Es handelte sich also um ein Angebot der vorderösterreichischen Gebiete oder eines Teils derselben an Bayern, falls dieses die französische Politik im Reich unterstützen wollte. Bayern ist jedoch auf dieses Angebot in keiner Weise eingegangen, und eine zweite Zusammenkunft, die zunächst verabredet war, ist von den Franzosen abgesagt worden, als sie erkannten, daß Bayern nicht bereit sei, sich vom Kaiser zu trennen. Bayern hat hernach dem Kaiser und den Kurfürsten von diesen Verhandlungen Mitteilung gemacht.[10]) Der Kaiser stellte darauf die folgenden Friedensbedingungen: Erhaltung des Regensburger Vertrages von 1630, Herausgabe aller seitdem besetzten Plätze und, woran man aber nicht festhalten wollte, Zurückgabe der drei lothringischen Bistümer.[11]) In Deutschland war man damals überzeugt, daß Frankreich Reichsgebiet annektieren wolle, und Instruktionen von Bayern und Mainz sprachen davon, die Franzosen beabsichtigten die Wiederherstellung des alten austrasischen Reichs.[12]) Die geheime Fühlungnahme mit Bayern und das Angebot rheinischer Gebiete hatte so keine unmittelbare Wirkung, vielmehr trugen sie Bayern starkes Mißtrauen in Deutschland ein. Immerhin hatten die Unterhandlungen den Erfolg, daß Bayerns Friedenswunsch vermehrt wurde und daß der Herzog

---

[9]) Lettres VI, 626 ff. Vgl. dazu die Mitteilung an den Nürnberger Kurfürstentag, der Tod Bernhards werde die Lösung der elsässischen Frage erleichtern, oben S. 216.

[10]) Vgl. über diese Konferenz die Untersuchung von Rast, ferner Riezler V 539 ff., Brockhaus S. 157 f., Katt S. 7 f., Doeberl S. 25 ff., Koch I, 200, Schreiber S. 751 f.

[11]) Brockhaus, S. 158 Anm.

[12]) Brockhaus, S. 82 f., 89 f., Adlzreitter III, 430 f.

Maximilian den Eindruck erhielt, Frankreich werde niemals Frieden schließen, solange die spanische Partei im Reich mächtig sei.

Im Juni 1640 war ein spanischer Unterhändler, le Brecht, zu geheimen Verhandlungen in Paris.[13]) In einer Unterredung mit Richelieu verlangte er im Namen von Olivarez die Wiederherstellung Lothringens und die Rückgabe von Breisach und der elsässischen Plätze. Richelieu legte darauf in der üblichen Weise die Gründe dar, die Frankreich zur Behauptung Lothringens berechtigten. Er erklärte, daß der König bezüglich des Elsaß und Breisachs zum Entgegenkommen bereit sei und fragte, was man ihm dafür zum Austausch geben wolle, damit nicht Habsburg allein von der Rückgabe dieser Gebiete Vorteil habe. Le Brecht sagte darauf, man sei damit einverstanden, daß Frankreich während des Stillstandes einige Plätze in Lothringen und im Elsaß behalte. Richelieu antwortete, dies Versprechen sei wertlos, da diese Eroberungen Frankreich sowieso nicht durch Waffengewalt genommen werden könnten. In einer späteren Unterredung betonte Chavigny, der nach dem Tode des Pater Joseph unter den Gehilfen Richelieus an erster Stelle stand, man könne nicht im Stillstand, sondern erst im Frieden Eroberungen herausgeben. Ebenso könne man sonst von Spanien verlangen, schon im Stillstand die Pfalz wiederherzustellen.[14]) Die Franzosen spielten also hier, wie in den früheren Jahren, die Pfalz gegen Lothringen aus, und erklärten sich auch jetzt noch zur Rückgabe des Elsaß bereit, das jedoch als Pfand für andere Forderungen, vor allem Lothringens, dienen sollte. Dieser Gedanke, das Elsaß als Faustpfand zu benutzen, wurde damals auch Schweden gegenüber betont, dem man sagte, die Ueberlassung der Plätze Bernhards an Frankreich wäre für Schweden und Frankreich gleich nützlich, da sie dazu diente, den Kaiser zu günstigen Bedingungen zu zwingen.[15])

Aber im Verlauf dieses Jahres sind dann schon Aeußerungen zu verzeichnen, die auf eine Aufnahme der Annexion des Elsaß in die Kriegsziele hindeuten. Daß der König, wie Grotius schon im Januar meldete, Breisach in Briefen an Er-

---

[13]) Vgl. Anhang S. 377.

[14]) Lettres VII 814 ff., 816, Siri VIII 886 ff.

[15]) Bougeant II 102 f., Pufendorf S. 415, der noch meldet, d'Avaux habe gesagt, die Ansprüche Schwedens auf Pommern und die französischen auf Lothringen sollten entsprechend behandelt werden. Im Januar 1640 hatte Richelieu für Karl von Lothringen für die Friedensverhandlungen einen Paß bewilligt, falls der Pfälzer einen gleichen erhielte, Siri, Mercurio II 1, 1058 f.

lach als seine Stadt bezeichnete[16]) und dort Münzen mit der Aufschrift „Deus transfert Regna" schlagen ließ,[17]) ist noch nicht von ausschlaggebender Bedeutung, zumal die von schwedischer Seite kommenden Meldungen meist sehr unsicher sind, und man außerdem um so größere Konzessionen für die Rückgabe fordern konnte, je mehr man sich dort als Herrn bezeichnete. Wichtiger ist schon, daß man 1640 begann, die Tätigkeit der Legisten[18]) auf das Elsaß, den Breisgau und die Waldstädte auszudehnen. Anfang 1640 wurde Stella nach Breisach geschickt, um in den Archiven der Stadt nach Titeln und Beweisen für die Usurpation dieser Gebiete durch Oesterreich zu suchen und sie nach Paris zu bringen.[19]) Man suchte also nicht, wie z. B. bei Lothringen, nach französischen Rechten, aber doch nach Rechtsgründen, um die Wegnahme dieser Gebiete aus dem österreichischen Besitz verlangen zu können. Das konnte sich zunächst auch auf Ueberlassung des Elsaß auf einen Dritten beziehen und das zeitliche Zusammentreffen der Abreise Stellas und der Verhandlungen mit Bayern in Einsiedeln läßt das vermuten, zumal der eigentliche Zweck seiner Reise eine geheime Mission nach Bayern war.[20]) Aber es war damit jetzt auch das Elsaß, wenn auch zunächst indirekt, in den Bereich der Reunionstheorien einbezogen. Im August meldete Grotius dann, Frankreich hätte bei Verhandlungen Breisach als bereits erreichtes Kriegsziel bezeichnet,[21]) und am 27. Oktober 1640 — also nach Ausbruch des Aufstandes in Katalonien — sprach eine französische Instruktion von der Einwilligung deutscher Fürsten in die Ueberlassung des Elsaß und Breisachs an Frankreich.[22])

Aber erst im Jahre 1641 wurden diese Forderungen bestimmter, denn erst jetzt begann sich die Auswirkung der Aufstände in Katalonien und Portugal klarer zu zeigen. Am 23. Januar wurde ein neuer Vertrag mit Katalonien ge-

---

[16]) Grotius, Ep. 1299 (Oxenstierna II 4, 2 Nr. 299), Ep. 1300.

[17]) Grotius, Ep. 1337 (Oxenstierna II 4, 24, Nr. 311), Ep. 1338, vgl. Sattler VII, 383, Pufendorf, S. 408 f.

[18]) Vgl. Anhang S. 405.

[19]) Gonzenbach II 97, A. 1. Den genauen Auftrag enthielt erst ein Brief an Erlach vom 5. Dezember 1641, Lettres VIII 97 f. Nach d'Avaux' Vater ist Stella im Januar abgereist, d'Avaux S. 192, Nr. 47.

[20]) Chemnitz IV 1, 18.

[21]) Ep. 1398 (Oxenstierna II 4, 6, Nr. 333), vgl. Ep. 1449, 1457 (Oxenstierna II 4, 90, Nr. 353).

[22]) Lettres VIII 366. Diesen Brief an d'Avaux meint wahrscheinlich Reuss, La France, S. 22, wenn er sagt, „Dès 1640" sei d'Avaux als Ziel mitgeteilt worden: „L'Alsace avec Brisach sur la rive droite du Rhin."

schlossen, in dem dieses unter die Protektion des französischen Königs trat, der dafür die Privilegien und Freiheiten der Katalonier zu schützen sich mit einem Eide verpflichtete.[23]) Französische Truppen griffen darauf in Katalonien ein, die Flotte suchte die Spanier von der Küste abzuschneiden und der französische Marschall Brezé regierte in Barcelona als Vizekönig. Auch mit Portugal kam am 1. Juni ein Vertrag zustande, der französische Unterstützung zusicherte, aber nicht, wie Portugal verlangt hatte, die bindende Verpflichtung enthielt, im Frieden für die Erhaltung des Königtums der Braganza einzutreten. Richelieu hatte sich mehrfach geweigert, eine solche Verpflichtung bindend zu übernehmen und der Vertrag enthielt daher nur allgemeine Zusicherungen. Trotz dieser günstigen politischen Lage gelang es jedoch nicht, auf dem südlichen Kriegsschauplatz entscheidende Operationen durchzuführen. Zwar nahmen die Franzosen eine Anzahl Plätze im Roussillon, aber die Belagerung von Tarragona, die Richelieu einmal als die „Summa rerum" bezeichnet hatte,[24]) mißglückte. Nachdem ein Entsatzversuch der Spanier abgeschlagen war, gelang es ihnen in einem zweiten, die französische Armee zurückzuwerfen.

Auf dem italienischen Kriegsschauplatze, wo der Prinz Thomas wieder auf seiten der Spanier kämpfte, glückte es, fast ganz Piemont wieder zu erobern. In Deutschland hatten die verbündeten französischen und schwedischen Truppen unter Guébriant und Banner im Januar 1641 einen Vorstoß bis vor Regensburg gemacht, ohne allerdings mehr zu erreichen, als den dort tagenden Reichstag durch eine fruchtlose Kanonade zu erschrecken. Im Sommer schlugen sie die Kaiserlichen bei Wolffenbüttel, konnten aber den Erfolg nicht ausnutzen, da die schwedische Armee vor allem durch Banners Tod zerrüttet war und Guébriant aus Frankreich keine Unterstützung, vor allem kein Geld erhielt. Guébriant trennte sich daher im weiteren Verlauf des Feldzuges von den Schweden und marschierte in das Gebiet von Jülich.

In Nordfrankreich erhob sich im Sommer 1641 eine große Gefahr für Frankreich, die dieses mit einem ähnlichen Schicksal bedrohte, wie Spanien durch den Abfall von Katalonien und Portugal erlitt. Der Graf von Soissons, Ludwigs jüngster Bruder, und die Herzöge von Guise und Bouillon erhoben sich gegen die Regierung und verbanden sich mit den

---

[23]) Dumont, VI 1, 197 ff.

[24]) Sourdis II, 610.

Spaniern. Von habsburgischen Truppen unterstützt, siegten sie am 6. Juli bei Marfée in der Nähe von Sedan über die Regierungstruppen, aber schon zu Beginn der Schlacht fiel der Graf von Soissons und durch diesen Zufall war die Gefahr im Innern beseitigt. Guise begab sich nach Brüssel, und Bouillon schloß einen Vergleich mit dem französischen König. Auch die militärische Ueberlegenheit über die Spanier wurde bald wieder hergestellt. Die Franzosen nahmen Aire, das allerdings wieder verloren ging, Lens, La Bassée und schließlich Bapaume. So war, wenn auch entscheidende Schläge nirgends geführt werden konnten, doch auf allen Kriegsschauplätzen das militärische Uebergewicht auf seiten der Franzosen.

Auch die politische Lage war günstig. Mit Holland, das ein gewisses Mißtrauen gegen das französische Vordringen in den Niederlanden zeigte, wurde ein neuer Subsidienvertrag abgeschlossen. Das Bündnis mit Schweden wurde am 30. Januar 1641 erneuert, diesmal bis zum Kriegsende. Inzwischen tagte der Reichstag zu Regensburg. Trotz der allgemeinen Kriegsmüdigkeit beschloß er zwar eine neue Kriegssteuer, aber die praktische Wirkung blieb gering, zumal der Widerstand der Protestanten gegen die Bestimmungen des Prager Friedens und die Abneigung aller Stände gegen den spanischen Einfluß im Reich immer stärker wurde. Frankreichs geheime Verhandlungen in Madrid wurden in diesem Jahre als ergebnislos abgebrochen.

Dagegen kamen die Verhandlungen über den allgemeinen Frieden jetzt einen Schritt weiter. Der Streit ging immer noch in der Hauptsache um die Form der Pässe, während die Frage des einst von Frankreich vorgeschlagenen langen Waffenstillstandes keine besondere Rolle mehr spielte, und Frankreich, dessen militärische Lage einen Stillstand nicht mehr vorteilhaft machte, nicht mehr darauf drängte. Wegen der Pässe der deutschen Verbündeten hat der Kaiser damals anscheinend keine Schwierigkeiten mehr gemacht und ihre Gleichberechtigung anerkannt. Der Streit war jetzt, welchen Titel die Herzogin von Savoyen in den Pässen erhalten sollte. Frankreich beanspruchte ihre Anerkennung als Regentin, was bei der feindseligen Haltung ihrer Schwäger für die Franzosen wichtig war. Ein weiterer Gegensatz betraf die Frage der Verhandlungsorte. Man einigte sich schließlich auf Münster und Osnabrück, jedoch unter Anerkennung des französischen und schwedischen Begehrens, daß die Verhandlungen als eine Einheit zu betrachten seien und daß nicht im Namen des

Deutschen Reichs, mit dem Schweden und Frankreich nicht im Kriege zu sein behaupteten, sondern im Namen der einzelnen Reichsstände gesondert verhandelt werden sollte. Eine andere, für Frankreich sehr wichtige Forderung war der Einschluß Spaniens in die Verhandlungen. Richelieu hatte ja stets betont, daß ein Friede für Frankreich nur dann Wert habe, wenn nicht Spanien als Feind für Frankreich zurückbliebe. Schließlich erklärte der Kaiser, daß Spanien in den Vertrag eingeschlossen werden solle. Auf dieser Grundlage kam dann am 28. Dezember 1641 zu Hamburg ein Präliminarvertrag zustande, der den Beginn der eigentlichen Friedensverhandlungen auf den 28. März 1642 festsetzte. Der Kaiser und Spanien sollten Pässe ausstellen für Frankreich, Schweden, Savoyen, Holland, Trier, Pfalz, Braunschweig-Lüneburg, Hessen und alle Frankreich verbündeten Reichsstände, Frankreich für den Kaiser, Spanien, ihre Verbündeten, Köln und Bayern. Die Pässe für die Herzogin von Savoyen, die als „tutrice" bezeichnet wurde, wurden durch Dänemark vermittelt, das überhaupt bei den ganzen Verhandlungen die Dienste des Vermittlers geleistet hatte.[25])

Beide Seiten hatten sich bei den Verhandlungen, wie auch die ganzen Jahre zuvor, bösen Willen vorgeworfen, ein bei derartigen Verhandlungen nur zu natürliches diplomatisches Mittel, mit dem jeder die kriegsmüde öffentliche Meinung auf seine Seite ziehen wollte. Beide Seiten hatten ebenso natürlich so hartnäckig wie möglich die Durchsetzung ihrer Forderungen versucht, da ja eindeutige militärische Entscheidungen noch nicht gefallen waren und so jeder noch auf das Kriegsglück seine Hoffnungen setzen konnte. Am wenigsten Schwierigkeiten machte Schweden, dessen Forderungen für den Präliminarvertrag schon früh sichergestellt waren und das, da es an den französischen Forderungen wegen Spaniens und Savoyens kein Interesse hatte, auch seinerseits jetzt den Franzosen bösen Willen vorwarf, vor allem Grotius, während Banner einmal meinte, die Franzosen dürsteten nach Frieden und wollten Schweden verlassen.[26]) Zweifellos hatte Richelieu seine Forderungen gesteigert. Im Januar sprach er von französischen Rechten auf das Artois,[27]) und im Mai sprach Noyers von der Wiederherstellung des

---

[25]) Dumont, VI 1, 231 ff.

[26]) Oxenstierna II 6, 788, Nr. 275.

[27]) Lettres VIII, 368.

Königs in seine „alte Domäne" Roussillon.[28]) Um dieselbe Zeit sagte ein Gutachten Richelieus, man müsse Vorwände suchen, damit man sich nicht zu sofortiger Entsendung der Unterhändler zu verpflichten brauche.[29]) Der Grund dafür ist klar. Die Hoffnung auf entscheidende militärische Erfolge legten es nahe, den Feldzug erst zu Ende zu führen, ehe man an den Verhandlungstisch trat. Trotzdem kann von einer Bekämpfung des Friedens durch Richelieu nicht die Rede sein. Im Juli schrieb er an Condé, nach erfolgreicher Durchführung der Operationen im Norden und Süden werde er alles tun, um den Frieden vorwärts zu bringen, den er von ganzem Herzen wünsche.[30]) Und um dieselbe Zeit schrieb er an d'Avaux, der die Friedensverhandlungen in Hamburg führte: „Ich glaube, daß Gott uns jetzt den Frieden geben will,"[31]) was zweifellos keine Aufforderung zur Verschleppung der Verhandlungen war. Desgleichen sprach er in den nächsten Monaten davon, daß er von einem günstigen Fortgang der Operationen erhoffe, daß Spanien zu einem verständigen Frieden bereit sein werde,[32]) wobei charakteristisch ist, daß hier wie stets der Friede mit Spanien durchaus im Vordergrund stand als das, von dem alles übrige abhing. Richelieu hat damals auch ähnlich wie 1637 die Friedensverhandlungen vorbereiten lassen. Wiederum wurde ein Gutachten aufgesetzt, das die Rechte der deutschen Kurfürsten behandelte, um zu zeigen, daß die Haltung des Kurfürsten von Trier berechtigt gewesen sei.[33]) Ferner verlangte Richelieu am 20. September sofortige Uebersendung eines Abrisses der Rechte des Königs auf Mailand, Neapel, Sizilien, Piemont und benachbarte Gebiete, sowie darüber, was den gegnerischen Ansprüchen auf Burgund entgegengehalten werden könne. Er brauche das für die Friedensinstruktionen.[34]) Und der Kanzler Molé schrieb bereits im Juli an Dupuy über ein Gutachten, das dieser für die Friedensverhandlungen aufstellte, und be-

---

[28]) Sourdis, II 584 f.
[29]) Lettres VIII 369.
[30]) Lettres VI, 841.
[31]) Lettres VIII 373.
[32]) Sourdis II 667, Settres VI 865 f.
[33]) Lettres VII 890 f.
[34]) Lettres VI, 877. Daraus geht natürlich nach der ganzen Art, wie diese Rechte benutzt wurden — vgl. Anhang S. 387 ff. — nicht hervor, daß man diese Gebiete fordern wollte. Diese Ansprüche dienten dazu, die Gegner zu Konzessionen auf anderen Gebieten zu nötigen, wie ja auch habsburgische Ansprüche auf Burgund bei Lage der Dinge keine ernsthafte Forderung darstellen konnten.

merkte dazu: „Es ist eine Hoffnung auf Frieden, da man den Vertrag vorbereitet.“[35]) Aber der Ton, in dem man jetzt über den Frieden sprach, war doch ein ganz anderer, als in den früheren Jahren: Die Grundlage für den Frieden war nicht mehr ein Stillstand der spanischen Fortschritte und eine Wiedernahme verlorener Plätze, sondern siegreiche Offensiven auf feindlichem Gebiet. Schon im Juli 1641 hatte Noyers gemeint, daß von dem Erfolg der Operationen der Ruin Spaniens abhänge,[36]) wenn auch Richelieu selbst bald darauf sehr viel zurückhaltender nur davon sprach, Spanien zu einem verständigen Frieden zu zwingen.[37]) Im Gegensatz zu den früheren Jahren waren aber jetzt alle Aeußerungen Richelieus sehr optimistisch und da die erwarteten und erhofften großen militärischen Erfolge noch nicht eingetreten waren, lag nichts näher, als den Krieg im nächsten Jahre mit aller Kraft fortzuführen.

Natürlich machte sich die sehr viel bessere Lage des Jahres 1641 in der Stellung Richelieus zur elsässischen und lothringischen Frage bemerkbar. Das Verhältnis zu Lothringen war außerdem dadurch geändert, daß Frankreich Anfang 1641 mit dem Herzog Karl einen Sondervertrag geschlossen hatte, der ihn in sein Gebiet zum Teil wiedereinsetzte.[38]) In den allgemeinen Friedensverhandlungen hatte man deshalb zunächst erklärt, Lothringen brauche keinen Paß mehr zum Friedenskongreß.[39]) Diesen Standpunkt gab man auch nicht auf, als Karl den Vertrag erneut gebrochen hatte.[40]) In dem Präliminarvertrag ist dann Lothringen unter den Fürsten, die Pässe erhalten sollten, nicht namentlich aufgeführt worden, obwohl Bayern und Köln namentlich genannt wurden. Jedenfalls war man, als Karl den Vertrag gebrochen hatte, mehr als je entschlossen, sein ganzes Land zu behalten.[41]) Die Legisten wurden damit beauftragt, alle Rechte zusammenzustellen, die Frankreich zur Behauptung Lothringens berechtigten.[42]) In ihren Abhandlungen wurde wiederum die ganze Geschichte der Vertragsbrüche Karls bis zum Bruch

---

[35]) Molé II 515. Der Brief ist undatiert, gehört aber nach dem Zusammenhange etwa in den Juli 1641. Ueber Dupuy vgl. Anhang S. 391.
[36]) Sourdis II 657.
[37]) Sourdis II 667.
[38]) Vgl. unten S. 330 ff.
[39]) Siri, Mercurio II 1073.
[40]) Siri, Mercurio II 1092.
[41]) Lettres VIII 373, vgl. unten S. 338.
[42]) Lettres VIII 373, A. 2.

des letzten Vertrages dargestellt.[43]) Angefügt wurden Ausführungen über die Rechtslage, in denen zugegeben wurde, daß das Herzogtum Lothringen in gewisser Weise vom Reich abhängig und einzelne Gebiete Reichslehen seien.[44]) Ferner wurde hier dargelegt, daß ein gerechter Krieg ein legitimes Mittel zur Eroberung sei.[45]) In einem abschließenden Gutachten sagte man dann, daß trotz der Abhängigkeit vom Reich Lothringen nicht wiederhergestellt werden dürfe.[46]) Man forderte also jetzt die bedingungslose Annexion von ganz Lothringen.

Ganz anders lag noch immer die elsässische Frage. Zwar antwortete Chavigny, als Grotius ihm Anfang Februar 1641 sagte, es werde sehr viel leichter sein, für Schweden Pommern, als für Frankreich Lothringen, das Elsaß und Breisach durchzusetzen, nur, er werde diese Ansicht an Richelieu berichten,[47]) und Richelieu selbst sprach zu dem päpstlichen Friedensvermittler von der Behauptung einer Pforte nach Deutschland und Flandern.[48]) Andererseits betonte man Schweden gegenüber, Frankreich sei durch Rückgabe Breisachs jederzeit in der Lage, einen Sonderfrieden zu schließen.[49]) Karl von Lothringen gab man ferner bald nach Abschluß des Vertrages vom 29. März 1641 den Auftrag, auf dem Regensburger Reichstag zu sagen, Frankreich habe ihn — Karl — großmütig behandelt und wolle den allgemeinen Frieden; es denke nicht daran, sich auf Kosten anderer Fürsten zu vergrößern, sondern wolle nur das behalten oder wiedergewinnen, was ihm gehöre. Der Zweck dieser Sendung Karls nach Regensburg war, den schlechten Eindruck zu verwischen, den man dort von den Absichten des Königs habe entstehen lassen.[50]) Unter dem Wiedergewinn dessen, was Frankreich früher gehört hatte, verstand

---

[43]) „Deductions des raisons du Roy sur tout ce qui s'est passe entre lui et le duc Charles de Lorraine", Godefroy S. 307 ff. Die Abhandlung ist undatiert, doch heißt es an einer Stelle: „au commencement de cette année 1641", Godefroy S. 323. Da ferner Stücke aus dem Oktober zitiert werden, ist sie also Ende 1641 abgeschlossen. Der Befehl zur Abfassung ist vor dem 12. September gegeben, vgl. Godefroys Brief mit diesem Datum. Lettres VIII 373, A. 2.

[44]) Godefroy, S. 337 ff.

[45]) Godefroy, S. 343 ff.

[46]) Godefroy, S. 346 ff.

[47]) Oxenstierna II 4, 106, Nr. 361.

[48]) Siri II 1, 1064 f.

[49]) Pufendorf S. 459.

[50]) Lettres VIII 168 f., vgl. VI, 769 f.

man dabei wohl zweifellos Artois und Roussillon, vom Elsaß hat man nie behauptet, daß es altes französisches Gebiet sei.[51]) Auch hatte diese ganze Gesandtschaft Karls keinen Zweck, wenn man Reichsgebiet fordern wollte. So schrieb auch Richelieus Vertrauter Chavigny am 8. April 1641, die Wiederherstellung Lothringens werde einigermaßen Eindruck bei den deutschen Fürsten machen und sie die Ansicht verlieren lassen, die Spanien ihnen eingeflößt habe, daß der König keine andere Absicht habe, als sich auf anderer Kosten zu vergrößern.[52]) Das konnte Richelieus vertrautester Mitarbeiter nicht schreiben, wenn man schon damals das Elsaß unbedingt fordern wollte, aber man erklärte sich auch nicht, wie in den früheren Jahren, ohne weiteres zur Rückgabe des Elsaß im Frieden bereit. Im weiteren Verlauf des Jahres haben wir sodann über Frankreichs Stellung zur elsässischen Frage keine Nachrichten mehr, was kein Zufall sein dürfte. Bei der fortschreitenden Besserung der allgemeinen Lage hat Richelieu sich anscheinend gehütet, sich durch bindende Versprechungen auf die Rückgabe festzulegen, andererseits aber wohl abwarten wollen, ob die Lage beständig blieb, bevor er durch die Forderung des Elsaß Frankreichs Stellung in den Friedensverhandlungen erschwerte.

Richelieu rechnete zweifellos bei Beginn des Feldzuges des Jahres 1642 damit, daß neue militärische Erfolge die politische Stellung Frankreichs noch erheblich bessern würden. Das zeigte sich sofort in der Stellung, die er zur Eröffnung des Friedenskongresses einnahm. Mazarin wurde zum Unterhändler für Münster bestimmt, da kein Unterhändler alle Intriguen so gut überwinden und die Spanier so richtig behandeln könne, wie dieser italienische Kardinal, der bald Richelieus Nachfolger werden sollte. Aber man hatte es mit der Entsendung nicht eilig, denn erst sollte Mazarin nach Rom, um dort dem spanischen Einfluß für die bevorstehende Papstwahl entgegenzutreten und alles nach Wunsch zu regeln, ehe man die Friedensverhandlungen begann. Mit Befriedigung stellte Richelieu fest, daß die Langsamkeit der Spanier und ihr Widerstand in der Frage der Pässe für Holland, die Frage des Titels der Herzogin von Savoyen und die vom Kaiser beanstandete Ernennung eines Kardinals zum französischen Unterhändler den Beginn der Verhandlungen hinausschieben werde. Habsburgs Stolz in diesen Fragen werde bald niedergeschlagen sein. D'Avaux wurde daher an-

[51]) Vgl. Anhang S. 405 f.
[52]) Aubery IV, 451.

gewiesen, indem man gleichzeitig den Präliminarvertrag, der ja den französischen Forderungen im allgemeinen entsprach, billigte und lobte, mit Geschicklichkeit die Verhandlungen hinauszuschieben, ohne daß Frankreichs Ansehen darunter leide. Auch hierbei betonte Richelieu seinen Friedenswunsch, aber er fügte hinzu, „ich meine das nur unter Bedingungen, die gerecht und verständig sind". Das Mindeste sei, daß die Gegner Frankreichs einen Teil dessen zurückgäben, was früheren Königen geraubt worden sei.[53]) Auch diese Befehle zeigen aber, daß Richelieu nicht an eine ewige Verschiebung der Verhandlungen dachte, vielmehr glaubte, daß der Stolz der Gegner bald niedergeschlagen sein werde. Seine inneren und äußeren Gegner haben behauptet, z. B. auch Grotius und vor allem in zahlreichen Flugschriften die ultramontane Partei, daß er den Krieg fortsetze, um seine persönliche Stellung zu behaupten und sich dem König unentbehrlich zu machen. Es finden sich dafür keinerlei Anzeichen. Vielmehr hatte er ja in den früheren Jahren einen baldigen Frieden zweifellos ersehnt. Ein Mann in Richelieus Stellung wird solchen Anschuldigungen nie entgehen und diese Vorwürfe widersprachen sich selbst. Denn man griff ihn ja in der Hauptsache deshalb an, weil er Krieg führte und die lange Dauer des Krieges nährte die Opposition im Innern. Wenn Richelieu jetzt die Verhandlungen hinauszuschieben suchte, so tat er das nicht aus persönlichen Gründen, sondern weil er die allgemeine Lage so günstig beurteilte, daß der Preis, den er im Frieden fordern konnte, bei neuen Anstrengungen in kurzer Zeit ein sehr viel höherer sein konnte.

So trieb er Anfang 1642 die Bundesgenossen zu neuen Anstrengungen an und bereitete in Frankreich selbst mit Energie die Fortsetzung der Operationen vor. Der Kriegsplan für 1642 war, den Krieg im Norden defensiv zu führen, da man dort nach den bisherigen Erfahrungen auf entschei dende Erfolge nicht rechnete und wohl auch auf die Eifersucht der Holländer Rücksicht nehmen wollte. Dagegen sollte Spanien mit aller Energie im eigenen Lande angegriffen werden, um es so zum Frieden zu zwingen.

Im Norden verlief der Feldzug allerdings sehr wenig glücklich, die Spanier nahmen Lens und La Bassée und schlugen die Franzosen im Mai bei Honnecourt. Auch am Rhein machte Karl von Lothringen wieder größere Schwierigkeiten und band dort Truppen, die als Verstärkung nach

---

[53]) Lettres VII 898 f., 903 ff.

Katalonien gehen sollten. In Italien gelang es dagegen, bis ins Mailändische vorzudringen und die Erfolge auf spanischem Gebiet wogen die Niederlagen im Norden reichlich auf. Es gelang, Roussillon fast ganz zu erobern und im September das wichtige Perpignan zu nehmen. Die Belagerung hatte allerdings wesentlich länger gedauert, als man gehofft hatte. Die Spanier machten große Anstrengungen, um die Stadt zu retten, und Richelieu hatte zeitweise die Belagerung mit großer Sorge verfolgt. Auch in Katalonien waren die Franzosen erfolgreich. Sie schlugen dort im Oktober 1642 ein spanisches Heer bei Lerida. In Deutschland erfocht Guébriant zu Beginn des Jahres über die Kaiserlichen bei Kempen einen großen Sieg, der ihn zum Herren des ganzen Erzbistums Köln machte.[54]) Gegen Ende 1642 drang Guébriant dann wieder in Innerdeutschland ein und half dadurch den Schweden, die ebenfalls erfolgreich gewesen waren und bei Leipzig einen großen Sieg errangen.

Ein bedeutender politischer Erfolg Richelieus war, daß am 14. Juni 1642 ein neuer Vertrag mit Savoyen geschlossen wurde, dem jetzt auch der Prinz Thomas und der Kardinal von Savoyen beitraten. Die Franzosen sagten dabei die Rückgabe der von ihnen besetzten Plätze zu, sobald Spanien die in seinem Besitz befindlichen zurückgeben werde. Ohne Durchführung dieser Bestimmung sollte kein Friede geschlossen werden.[55]) Frankreich versuchte ferner, in Italien den Papst, Mantua und Venedig auf seine Seite zu ziehen, wobei man erklärte, daß man in Italien keine Eroberungen machen wolle. Im Roussillon richteten die Franzosen sich so ein, als ob sie es für immer behalten wollten, und in Katalonien bemühte man sich, die Sympathien der Bevölkerung zu gewinnen und war, wenn man auch an die Vereinigung dieser Gebiete mit Frankreich nicht gedacht haben dürfte, doch zweifellos entschlossen, Spanien dort nicht wieder Herr werden zu lassen. In Deutschland drängten die Fürsten, vor allem Bayern, den Kaiser zum Frieden, während die kaiserlichen Bemühungen um einen Sonderfrieden mit Schweden erfolglos blieben. Trotz dieser Lage hat der Kaiser die französische Absicht, den Beginn der Verhandlungen hinauszuschieben, durchaus erleichtert. Während Frankreich den Präliminarvertrag von Hamburg ratifi-

---

[54]) D'Avaux schrieb darüber an Guébriant, er habe durch seine Erfolge den Frieden mehr beschleunigt, als er selbst und Salvius (der schwedische Unterhändler), Laboureur, S. 473.

[55]) Dumont VI 1, 253 f.

ziert hatte, desavouierte der Kaiser seinen Unterhändler Lützow, machte bei der Ratifikation Schwierigkeiten und stellte vor allem die Beteiligung Spaniens nicht sicher. Trotz allen Bemühungen der dänischen Friedensvermittler kamen die Verhandlungen nicht weiter und standen am Ende des Jahres fast gänzlich still.

Richelieu hat 1642 zweifellos nicht daran gedacht, die Friedensverhandlungen seinerseits zu beschleunigen, obwohl eine Verschwörung im Innern seine Stellung zeitweise auf das schwerste erschütterte. Gaston und der Günstling des Königs Cinq Mars hatten, unterstützt von anderen Großen, beschlossen, Richelieu zu stürzen und es war ihnen gelungen, seine persönliche Stellung bei Ludwig XIII. schon schwer zu erschüttern, als Richelieu das Glück hatte, Kenntnis von dem geheimen Vertrag zu bekommen, den Gaston mit Spanien geschlossen hatte. Mit diesem Schriftstück konnte er seine Stellung retten, Cinq Mars wurde hingerichtet, Gaston dagegen milde behandelt. Der Herzog von Bouillon, der an der Verschwörung beteiligt gewesen war, mußte das in seinem Besitz befindliche wichtige Sedan Frankreich übergeben.

Trotz dieser Sorgen im Innern und trotz seiner zunehmenden körperlichen Schwäche und Krankheit beurteilte Richelieu die allgemeine Lage höchst günstig. Von Friedenssehnsucht ist jetzt nichts mehr zu merken; es handelte sich nicht mehr darum, einen sicheren Frieden zu erlangen, sondern die Gegner zu einem siegreichen Frieden mit großen Gebietsabtretungen zu zwingen, den Richelieu bald erreichen zu können glaubte. „Le chapelet de l'Espagne est défilé" ließ er am 5. November 1642 die Gazette schreiben.[56]) Es galt nur noch, die bisherigen Erfolge durch die militärische Sicherung von ganz Katalonien und durch Eroberung der ganzen Freigrafschaft Burgund fortzusetzen und sicherzustellen. Schon im September 1642 begann Richelieu, diese Operationen für das nächste Jahr vorzubereiten.

Für den Friedenskongreß bereitete man inzwischen sehr hohe Forderungen vor, mit deren Annahme Richelieu damals noch nicht rechnen zu können glaubte. Die Lage ist — so hieß es in einer Instruktion für die Friedensverhandlungen — für Frankreich und seine Verbündeten zu günstig, um Habsburgs Wünschen nachzugeben, aber andererseits ist die Lage für Spanien noch nicht schlecht genug, als daß es sich zur

---

[56]) Lettres VII 916. Das Datum dieses oft zitierten Wortes bei Lacroix, Einleitung S. I.

Zurückgabe dessen entschliessen kann, was es zurückgeben muß. Ein sicherer Friede ist nur möglich, wenn Habsburg für seine ungerechten Unternehmungen bestraft und Spanien auf „kleinen Fuß“ zurückgeführt wird.[57]) Am 15. Oktober wurde Estrades, der Gesandte im Haag, angewiesen, den Holländern als seine persönliche Meinung darzulegen, daß Frankreich alle seine Eroberungen behalten müsse und daß man mit Spanien einen Frieden nur unter harten Bedingungen schließen könne, damit es aus Furcht vor ähnlicher Behandlung nicht einen neuen Krieg anfange.[58]) Aus Gutachten, die man für die Friedensverhandlungen vorbereitete, geht hervor, daß man außer Pignerol und Lothringen die in den spanischen Niederlanden, in Luxemburg, der Freigrafschaft Burgund und im Roussillon eroberten Plätze behalten und für Katalonien und Portugal einen „Mittelweg“,[59]) also wohl die auf Frankreich gestützte Selbständigkeit erreichen wollte. Beigefügt waren diesen Gutachten wiederum zahlreiche Untersuchungen über die Rechte Frankreichs auf Navarra, Katalonien, Roussillon, Flandern, Hédin, Freigrafschaft und Herzogtum Burgund, Mailand, Neapel und Sizilien.[60]) Im November fragte Richelieu in einem Schreiben, in dem er sich gegen die von Cinq-Mars und seinen Anhängern erhobenen Vorwürfe verteidigte, den König, mit welchen Friedensbedingungen er sich begnügen wolle. Dieser forderte darauf von den spanischen Gebieten Arras, Hédin, Bapaume, Perpignan und Roussillon. Ferner sollte Pignerol niemals zurückgegeben und Savoyen wiederhergestellt werden. Wenn diese Bedingungen zugestanden würden, so schrieb der König, wünsche ich, daß man alles zur Erreichung eines allgemeinen Friedens ohne Trennung von den Verbündeten ver-

---

[57]) Meaux II 568 f.

[58]) Estrades I 86 ff., Aubery V 370 ff. Ueber das Datum — die Sammlung Estrades hat den 4. Oktober — vgl. Lettres VII 141 A. 3, 1055, Anal. 7.

[59]) „tempéraments“.

[60]) Lettres VII 802 ff. Avenel setzt diese undatierten Entwürfe in das Jahr 1639. Das ist unmöglich, da Katalonien und Portugal sich erst im Herbst 1640 erhoben. Die Entwürfe können also frühestens in das Jahr 1641, wahrscheinlich nach der ganzen Lage erst ins Jahr 1642 gehören. Das wird auch dadurch bestätigt, daß der oben S. 325 erwähnte, von Meaux II 568 f. zitierte Passus aus der Instruktion an d'Avaux und Mazarin vom Jahre 1642 sich auch in diesen Entwürfen befindet. Der von Avenel wiedergegebene Auszug — „die Lage ist zu günstig für Frankreich, noch nicht schlecht genug für Habsburg“ — hat außerdem keinen Sinn ohne die von Avenel ausgelassenen, bei Méaux stehenden Worte.

sucht.[61]) Um das durchzusetzen, ging es den Gegnern wahrlich, wie Richelieu gesagt hatte, noch nicht schlecht genug, und so rüstete man in Frankreich zu energischer Fortsetzung des Krieges, als Richelieu am 4. Dezember 1642 starb.

Den übrigen Forderungen entsprachen naturgemäß im Jahre 1642 auch die jetzt bezüglich des Elsaß und Lothringens aufgestellten Kriegsziele. In den allgemeinen Friedensverhandlungen spielten diese 1642 keine Rolle, da man ja in der Hauptsache nur über die Ratifikation des Präliminarvertrages verhandelte. Einen Streitpunkt, der übrigens von Richelieu nicht vorausgesehen war,[62]) bildete jedoch die Frage des Passes für Lothringen. Der Kaiser verlangte einen Paß für Karl, da er ihn zu seinen, im Vertrag außer Bayern und Köln nicht namentlich aufgeführten Bundesgenossen rechnete. Frankreich bestritt dies, wollte Lothringen von dem allgemeinen Frieden ausschließen und berief sich dabei auf den am 29. März 1641 abgeschlossenen Vertrag.[63]) An der Forderung ganz Lothringens wollte man unbedingt festhalten, sowohl die Gutachten des Jahres 1642, wie die Antwort des Königs vom November 1642 verlangten die Behauptung Lothringens, und am 30. Juli schrieb Richelieu, Lothringen müsse jetzt als Glied Frankreichs betrachtet werden, das niemals mehr von ihm getrennt werden dürfe.[64])

Nicht so entschieden sind die Forderungen auf das Elsaß. In der Instruktion für Estrades vom 15. Oktober wurde gesagt, daß Frankreich nichts von seinen Eroberungen zurückgeben wolle und dabei betont, für die Behauptung eines Teils der Eroberungen habe sich Holland bereits durch den Vertrag vom April 1634 verpflichtet. Der größte Teil dessen, was Frankreich seitdem erobert habe, gehöre zur „alten Domäne" des Königs.[65]) Während man Lothringen dabei ausdrücklich erwähnte, wurde von dem Elsaß nicht gesprochen. Hagenau und Zabern und die Gebiete des Grafen von Hanau gehörten jedoch zu dem vor dem April 1634 besetzten Gebieten. Zur „alten Domäne" Frankreichs rechnete man das Elsaß allerdings nicht, man sprach ja aber auch nur davon, daß der größte Teil der neuen Eroberungen zur alten Do-

---

[61]) Lettres VII 176 ff. Es handelt sich dabei nach der Art der Fragen und Antworten zweifellos um die Billigung der von Richelieu aufgestellten Friedensbedingungen durch den König.
[62]) Vgl. oben S. 322.
[63]) Siri, Mercurio II 1, 1107, 1109.
[64]) Lettres VII, 58 f.
[65]) Estrades, I 68 ff., Aubery V 370 ff.

mäne gehöre, und da man auf alle den Spaniern abgenommenen Gebiete Rechte Frankreichs geltend machte, kann es sich bei der Forderung auch der nicht zur „alten Domäne" gehörenden Eroberungen nur um das Elsaß gehandelt haben. In den Gutachten des Jahres 1642 für die Friedensverhandlungen hieß es dann auch, daß man alle im Elsaß und in Deutschland gemachten Eroberungen behalten wolle.[66]) Und in dem Briefe des Königs auf Richelieus Fragen einige Wochen vor seinem Tod sagte dieser, es wäre lächerlich, von der Rückgabe Lothringens, Breisachs und der mit Lothringen zusammengehörenden elsässischen Plätze zu sprechen.[67]) Bei Richelieus Tode war also nicht nur die Behauptung von ganz Lothringen, sondern auch die des Elsaß und Breisachs französisches Kriegsziel.

2. Der „Kleine Frieden" mit Lothringen und sein Bruch durch den Herzog.

Anfang 1641 schloß Frankreich, wie schon mehrfach erwähnt wurde, einen Vertrag mit Karl von Lothringen. Richelieu hatte damit das seit Jahren angestrebte Ziel eines Sonderfriedens mit Karl erreicht. Obwohl Karls Haltung bei den Verhandlungen darüber Ende 1639 wenig entgegenkommend gewesen war, hatte Richelieu doch schon zu Beginn des Jahres 1640 wieder versucht, die Verhandlungen fortzusetzen.[1]) Nach Vorschlägen der Franzosen an Karl vom Oktober 1640 kam es schließlich Anfang 1641 zu neuen Verhandlungen.[2]) Karl war damals wohl unter dem Eindruck der für Spanien schlechter gewordenen allgemeinen Lage bereit, die spanische Seite zu verlassen, und er erklärte den Spaniern trotz allen Versprechungen, die diese ihm machten, daß er sich mit Frankreich versöhnen müsse, da Habsburg ihn

---

[66]) Lettres VII, 802 f.

[67]) Lettres VII 176 f. Es heißt „Brizac et les places de l'Alsace qui conjoignent avec la Lorraine". Der Wortlaut läßt nicht klar erkennen, ob mit dem Relativsatz alle elsässischen Plätze charakterisiert werden sollen, oder damit die Forderung einiger Lothringen benachbarter Plätze gemeint ist. Die oben erwähnten anderen Aeußerungen, sowie die Forderung Breisachs lassen darauf schließen, daß das ganze Elsaß gemeint ist. Charakteristisch ist, daß auch jetzt noch dem Elsaß gegenüber der lothringische Gesichtspunkt eine Rolle spielt, vgl. dazu z. B. oben S. 288, 293.

[1]) Vgl. Lettres VIII 361.

[2]) Des Robert II 196, 204 f. Der Inhalt der französischen Vorschläge ist nicht bekannt.

gänzlich im Stich gelassen habe.[3]) Karl hatte jedoch, um sicher zu gehen, nicht nur den Aufenthalt seiner Familie in Metz und das Versprechen sicherer Rückkehr, sondern auch die Ueberlassung eines Sicherheitsplatzes während der Dauer der Verhandlungen gefordert. Den Paß und Aufenthalt seiner Familie in Metz sagte man ihm zu.[4]) Den Sicherheitsplatz wollte Richelieu ihm keinesfalls geben. Er meinte, Karl's Leichtsinn erlaube, mit ihm nur unter größter Vorsicht einen Vertrag zu schließen. Der von ihm gemachte Vorschlag sei verdächtig. Karl ändere seine Absichten täglich; es sei nicht zweckmäßig, ihm einen Platz in die Hand zu geben, da er bisher alle Verträge gebrochen habe. Karl habe bisher nur unverständige Bedingungen gestellt und werde im Besitz eines Platzes noch unannehmbarere fordern. Wenn man daher die jetzt von Karl gestellten Forderungen nicht annehmen könne, so verlange doch die Staatsraison, ihm volle Sicherheit für die Reise zu den Verhandlungen und für seine Rückkehr zu geben. „Weniger als das zu tun, ist das Verpassen einer Gelegenheit, die gelingen zu sollen scheint; mehr ist ein Leichtsinn und unverbesserlicher Fehler."[5]) Richelieu war also bei aller Vorsicht doch bestrebt, mit Karl zu einem Vertrage zu gelangen, und als von du Hallier gute Nachrichten eintrafen, die besagt haben müssen, daß Karl auch ohne Sicherheitsplatz kommen werde, war man in Paris darüber höchst erfreut, zweifelte allerdings noch, ob der Herzog wirklich kommen werde.[6])

Am 7. März 1641 traf Karl in Paris ein. Er wurde mit allen Ehren eines selbständigen Fürsten behandelt und als Herzog von Lothringen bezeichnet, beugte jedoch beim Empfang vor dem König als sein Vasall für Bar das Knie.[7]) Der König sagte ihm zu, daß alles Vergangene vergessen sein solle. Die sachlichen Verhandlungen machten aber naturge-

---

[3]) Calmet VI 292 f., Siri I 254 f., vgl. Des Robert II 205. Nach einigen Meldungen haben dabei sowohl die Herzogin von Chevreuse sowie Karls zweite Frau Beatrice von Cantecroix und du Halliers Gemahlin, die frühere Mlle. d'Essart, Einfluß auf ihn gehabt und sind von Richelieu benutzt worden. Calmet VI, 270, 292, Beauvau S. 70 ff., Siri I 254 f., Des Robert II 205.

[4]) Des Robert II, 356 f., Nr. 33.

[5]) Lettres VI 747 f.

[6]) Haussonville II 438, Nr. 16, Topin S. 361, Nr. 221, vgl. Haussonville II 438 f., Nr. 17 und 18, Des Robert II 358 f., Nr. 35 und 37, Grotius Ep. 1479, 1480, Anhang Ep. 535, 536, Oxenstierna II 4, 110, Nr. 363.

[7]) Oxenstierna II 4, 115, Nr. 366, Grotius Ep. 1482.

mäß Schwierigkeiten und zogen sich mehrere Wochen hin. Karl war zweifellos in der Hoffnung nach Paris gekommen, wenigstens einige seiner Plätze zu erhalten; Richelieu forderte aber zunächst, daß Frankreich alle Plätze, Bar und Clermont behalten solle.[8]) Karl leistete dagegen natürlich Widerstand. Richelieu meinte jedoch, man solle die Verhandlungen nur lange dauern lassen, Karl werde schon schließlich zur Vernunft kommen.[9]) Der Herzog scheint von Anfang an bereit gewesen zu sein, seine Truppen gegen die Spanier, aber nicht gegen den Kaiser zu verwenden.[10]) Er forderte aber die Anerkennung seiner Heirat mit Beatrice und das Eintreten Frankreichs in Rom für die Auflösung seiner Heirat mit Nicole, die er in Paris besuchte, aber als Cousine anredete. Den Franzosen war diese Forderung peinlich, sie suchten ihr auszuweichen und meinten, man müsse die Entscheidung darüber dem Papst überlassen. Schließlich wurde am 29. März der Vertrag unterzeichnet, bei dem die Franzosen ihre Forderungen im wesentlichen durchsetzten.[11])

Der Vertrag betonte in der Einleitung, Karls Reue über sein Verhalten in den letzten 10—12 Jahren und seine Bitte um Verzeihung hätten den König zur Gnade bewogen. Karl versprach für sich und seine Nachfolger, in Krieg und Frieden den Franzosen ergeben zu sein und keinerlei Verbindungen mit Habsburg und anderen Feinden Frankreichs einzugehen. Die Verträge, die er mit diesen geschlossen hatte, wurden für aufgelöst erklärt, der König setzte ihn wieder in den Besitz von Lothringen und in das von Frankreich abhängige Herzogtum Bar ein, für das er den Treueid leisten sollte. Clermont, Stenay, Jametz und Dun wurden mit allen abhängigen Gebieten für immer an Frankreich abgetreten, Nancy sollte während der Dauer des Krieges in französischen Händen bleiben und im Jahre des Friedensschlusses nach Schleifung zurückgegeben werden. Marsal sollte geschleift, sofort zurückgegeben und niemals wieder befestigt werden. Die französischen Truppen erhielten freien Durchzug durch Lothringen, und Karl sollte seine Truppen mit der französischen Armee vereinigen. Die Entscheidung über die Ehe Karls mit Nicole wurde dem Papst überlassen. Falls Karl diesen Vertrag brechen würde, sollten alle Gebiete, die er

---

[8]) Des Robert II 358 f., Nr. 36, Lettres VIII 369.
[9]) Haussonville II 440, Nr. 19, Topin S. 363, Nr. 228.
[10]) Grotius Ep. 1481, 1482, Anhang Ep. 538.
[11]) Siri, Mercurio I, 255 ff., Haussonville II 119 ff., Des Robert 216 ff., vgl. Lettres VII, 280, Anal. 1, Topin S. 362 f., Nr. 226, 227.

jetzt zurückbekam, wie die, die ihm im Frieden zurückgegeben werden sollten, für immer mit Frankreich vereint bleiben.[12]) Am 2. April beschwor Karl in Anwesenheit des ganzen Hofes diesen Vertrag.[13]) Der Lehnseid für Bar, über dessen Formel man sich zunächst nicht einigen konnte, wurde von ihm am 10. April geleistet.[14]) Um den Vertrag nicht als erzwungen erscheinen zu lassen, mußte Karl nach dem Eintreffen in seinem Land den Vertrag erneut beschwören und ratifizieren, was er am 21. April in Bar, das die französische Besatzung inzwischen verlassen hatte, ausführte.[15])

Die Bedingungen des Vertrages waren für Frankreich außerordentlich günstig. Ueber die schon 1639 gemachten Anerbietungen hinaus hatte man nur die Rückgabe Marsals zugestanden, allerdings über die ersten Forderungen Richelieus bei Beginn der Verhandlungen in Paris hinaus Bar, die Rückgabe Nancys im Frieden und als einzigen festen Platz, der nicht geschleift und sofort übergeben werden sollte, La Mothe.[16]) Trotzdem sprachen die Vertragsbestimmungen die völlige politische und militärische Abhängigkeit Lothringens von Frankreich aus, und der König hatte allen Grund, seiner Freude über den Abschluß des Vertrages Ausdruck zu geben.[17])

Der Sondervertrag mit Karl bot für die Stellung Frankreichs und vor allem für die Friedensverhandlungen naturgemäß einen großen Vorteil, er bedeutete auch einen moralischen Erfolg. Die Behandlung Lothringens hatte, vor allem bei den kleinen Fürsten Deutschlands und Italiens, viel Argwohn erregt. Alle gleichzeitigen Darstellungen der Franzosen waren daher jetzt bestrebt, die Milde des Königs in rechtes Licht zu setzen, wobei man natürlich verschwieg, daß die Bedingungen

---

[12]) Aubery V 19 ff., Dumont VI 1, 211 f.

[13]) Aubery V 25 f., Dumont VI 1, 212, Des Robert II 361 ff., Nr. 39.

[14]) Haussonville II 113 meint, der Eid wäre schon am 2. April, Des Robert II 222, er wäre überhaupt nicht geleistet worden. Die Ablegung des Eides am 10. April melden Dumont, Supplement II, 299 f., Dupleix II 263; das wird dadurch bestätigt, daß Grotius am 13. April die Ablegung des Eides meldet. Ep. 1487, Oxenstierna II 4, 122, Nr. 370, Calmet VII 213, Preuves, gibt die Eidesformel.

[15]) Aubery V 26 ff. — Vgl. Lettres VI, 765 f., VIII 167 f., Calmet VI 296 ff., Schmitt XIII 323 ff., Nr. 84, Bauchez S. 404 ff., Grotius Ep. 1484, 1485, Anhang Ep. 540, 541, Oxenstierna II 4, 119, Nr. 368, Haussonville II 123 ff., Des Robert II 219 ff.

[16]) Die Rückgabe von La Mothe, die tatsächlich erfolgte, kam in den Vertragsbestimmungen nur dadurch zum Ausdruck, daß französische Rechte auf den Platz nicht erwähnt wurden.

[17]) Topin S. 364, Nr. 229.

außerordentlich hart waren.[18]) Karl selbst sollte ja zum Regensburger Reichstag schicken, um dort von seiner milden Behandlung durch Frankreich zu sprechen.[19]) Es ist daher nicht zutreffend, wenn man oft behauptet hat, es sei Richelieu mit dem Vertrage nicht ernst, und die Klausel, daß Karl bei einem Vertragsbruch aller seiner Staaten verlustig ginge, sei von vornherein der wahre Zweck des Vertrages gewesen. Gewiß war diese Bestimmung für Frankreich außerordentlich günstig. Sie gab einen rechtlichen Anspruch, den man bei den allgemeinen Verhandlungen hernach benutzt hat, um Karl von dem allgemeinen Friedenskongreß auszuschließen. Aber der Vertrag ist nicht zu diesem Zweck geschlossen worden, denn man glaubte in Paris, wie Richelieus weitere Haltung zeigt, daß Karl den Vertrag nicht brechen werde.[20])

Karl selbst war jedoch sofort entschlossen, den Vertrag nicht zu halten, als er die harten Bedingungen Frankreichs erfahren hatte. Schon am Tage der Unterzeichnung hatte er gegen den Vertrag eine geheimen Protest eingelegt[21]) und denselben am 28. April in Epinal erneuert und den Vertrag als erzwungen bezeichnet.[22]) Das hinderte ihn aber nicht daran, an Richelieu um dieselbe Zeit Dankbriefe zu schreiben.[23])

In Frankreich wußte man von den Protesten nichts. Man hat den Vertrag ausgeführt, Marsal nach Schleifung und La Mothe übergeben. Karl war inzwischen in seinem Land begeistert empfangen worden. Der Widerstand der Bevölkerung gegen die französischen Eroberer hatte nicht unterdrückt werden können, was auch einer der Gründe zur Verständigung mit Karl gewesen sein dürfte. Sie begrüßte jetzt den Frieden, der später den Namen des „kleinen Friedens" erhalten sollte, und den angestammten Herzog und seine zweite Frau

---

[18]) Vielleicht ist der Vertrag auch deshalb erst im September nach Karls Vertragsbruch veröffentlicht worden. Schmit XIII 341, Des Robert II 221, A. 2. In Regensburg erfuhr man jedenfalls die Bedingungen nicht. Des Robert, Nikolas-Franz, S. 53 ff. — Vgl. Siri, Mercurio I 252, 256.

[19]) Vgl. oben S. 321.

[20]) Das bestätigt auch ein Brief Richelieus an die Surindendanten vom 6. Juni 1641, in dem er schrieb: Solange Lothringen in der Hand des Königs war, war der Unterhalt der Geistlichen Pflicht. Jetzt ist das, wo Lothringen in Karls Händen ist, eine Mildtätigkeit für kurze Zeit. Lettres VI, 806.

[21]) Calmet VI, 299, Des Robert II 220, Haussonville II 130 f., Pfister, Nancy III, 110.

[22]) Dumont, VI, 1, 213 f., Haussonville II 131, Des Robert II, 228.

[23]) Haussonville II 125, A. 1, Des Robert II 226, 364, Nr. 41, vgl. Beauvau S. 73 f.

mit überschwänglichem Enthusiasmus. Als Karl in die Nähe Nancy's kam — den Eintritt hatte ihm du Hallier verweigert[24]) — strömte die gesamte Bevölkerung aus der Stadt, um ihm einen begeisterten Empfang zu bereiten.[25])

In Paris rechnete man mit Bestimmtheit, daß Karl sich mit der Armee Chastillons vereinigen und im Mai an der Grenze Luxemburgs zum Kampf gegen die Spanier bereit stehen werde.[26]) Man hatte anscheinend schon in Paris verabredet, daß Karl den Oberbefehl über die vereinigten französischen und lothringischen Truppen erhalten sollte, jedenfalls wurde ihm das jetzt mehrfach zugesichert und ihm auch ein Patent als französischer General geschickt.[27]) Karl selbst beteuerte nach wie vor seinen guten Willen und erklärte die Verzögerung seines Eintreffens mit dem schlechten Zustande seiner Armee.[28]) Der Marschall Chastillon erhielt den Befehl, die aufständischen Großen — Soissons und Bouillon — anzugreifen, sobald sich Karl mit ihm vereinigt habe.[29]) Durch den Aufstand der Großen hatten die Franzosen damals ein besonderes Interesse an der Verstärkung ihrer Truppen im Norden, und Richelieu hat sicherlich nicht schon damals an einen Vertragsbruch Karls geglaubt und nur, um seine Vereinigung mit Soissons zu verhindern, so getan, als ob er nichts merkte.[30]) Dann hätte er vielleicht Karl, aber nicht den französischen Befehlshabern in Lothringen gegenüber sein Vertrauen in Karls Vertragstreue zum Ausdruck bringen können, und dann hätte er vor allem nicht die Operationen auf ein Zusammenwirken mit Karls Truppen einstellen dürfen. Es ist kein Zweifel, daß der kluge Staatsmann in dem listenreichen Herzog hier einmal seinen Meister gefunden hat.

---

[24]) Des Robert II 364 f., Nr. 42, vgl. Lettres VIII 369.

[25]) Calmet VI, 304 f., Beauvau S. 74 f., Lionnais I 511 f., Haussonville II 126 ff., Des Robert II 229 ff., Pfister, Nancy III, 112 ff. Bauchez S. 408 ff. meldet, Karl habe bei dem Empfang die Bürger Nancys als Verräter bezeichnet. Das steht im Widerspruch zu allen anderen Berichten und ist auch sehr wenig wahrscheinlich.

[26]) Lettres VI 771 f., VII 283, Anal. 6, 286, Anal. 2, 1048, Anal. 2, Des Robert II 366, Nr. 44. Auch du Hallier schickte Meldungen über Karls gute Gesinnung. Des Robert II 367 f., Nr. 45.

[27]) Des Robert II 368 ff., Nr. 46, 50, Lettres VII, 285, Anal. 3, Haussonville II 440 f., Nr. 20.

[28]) Des Robert II 369 f., Nr. 48, 49.

[29]) Aubery V 82. Auch Grotius spricht in dieser Zeit wiederholt von gemeinsamen Operationen mit Karl, Ep. 1494, 1496, 1497, 1501.

[30]) Das meint Haussonville II 132 f.

Natürlich sollte sich Karl dieser Täuschung nicht allzulange freuen, aber es dauerte doch noch eine ganze Zeit, bis Richelieu klar sah. Schon am 30. Mai hatte Karl erklärt, er könne mit seiner schwachen Armee ohne genügende Unterstützung nicht in feindliches Gebiet einrücken.[31]) Bald darauf meldete du Hallier, der bisher volles Vertrauen in Karl gesetzt hatte, dieser verhandle mit seinem Bruder Nikolaus-Franz, habe seine Abdankung im Jahre 1634 für gültig erklärt und versichere den Gegnern Frankreichs, daß er neutral bleiben wolle.[32]) Obwohl diese Meldungen und neue Vorschläge Karls[33]) größtes Mißtrauen gerechtfertigt hätten, schickte man ihm ein Patent als General der Armee Chastillons,[34]) und Richelieu selbst schrieb an du Hallier, er könne an Karls Treulosigkeit nicht glauben.[35]) Der Herzog dagegen ließ in Paris erklären, er könne, da französische Unterstützung ausbleibe, nur in seinem Lande in der Defensive bleiben, ohne sich offen gegen irgend eine Seite zu erklären.[36])

Richelieus persönliche Stellung zu diesen Verhandlungen geht aus einem Gutachten hervor, in dem er sagte, Karls gewöhnliche Art sei, stets Schwierigkeiten zu machen, er liebe Ränke und Hinterhältigkeiten. So sei er auch bei seiner gegenwärtigen Lage wieder leichtsinnig und mache Schwierigkeiten in der Hoffnung, daraus Nutzen zu ziehen. Er könne dabei zwei tadelnswerte, aber nicht durchaus verbrecherische Ziele haben, entweder neutral zu bleiben oder durch Verstärkungen in der Lage zu sein, seine Quartiere außerhalb des Landes zu nehmen. Er könne auch die Absicht haben, die Partei zu wechseln, aber da dies teuflich, verabscheuenswert und für einen Fürsten entehrend sei, scheine es nicht, daß er daran denke. Auf Karls Neutralität dürfe man nicht eingehen, da sie dem Vertrag widerspreche, der keine Sicherheit mehr haben werde, sobald man Karls Lust auf Abänderungen einmal nachgekommen sei. Wenn er den Vertrag brechen wolle, so sei Frankreich nicht verloren, aber sicher er selber. Man solle ihn daher milde behandeln, ihm Vertrauen zeigen und ihm sagen, ein Bruch des Vertrages beraube ihn seiner Ehre. Frankreich wolle den Vertrag genau einhalten.[37]) Die-

---

[31]) Des Robert II 238.
[32]) Des Robert II 371 f., Nr. 51, vgl. II 372, Nr. 52.
[33]) Des Robert II 372 f., Nr. 53, vgl. II 373, Nr. 54.
[34]) Des Robert II 374, Nr. 55 u. 56, Haussonville II 440 f., Nr. 20.
[35]) Des Robert II 375, Nr. 57, Lettres VII 286, Anal. 6.
[36]) Des Robert II 375 f., Nr. 58.
[37]) Lettres VII, 869 ff., Avenel VII 869, A. 1, setzt dieses Gutachten, das undatiert, aber in die Akten von Ende Juli 1641 eingereiht

ses Gutachten Richelieus zeigt, daß er zwar einen Vertragsbruch Karls nicht für ausgeschlossen hielt und durch genaue Einhaltung des Vertrages durch Frankreich sich die Vorteile eines solchen Vertragsbruches, die vor allem in der Bestimmung des Pariser Vertrages über den dauernden Verlust der Besitzungen Karls bei einem solchen lagen, sichern wollte, daß er aber den Vertragsbruch immer noch für unwahrscheinlich hielt und nicht daran glaubte.

Inzwischen trafen jedoch am Ende Juni sowohl von Chastillon wie von du Hallier beunruhigende Nachrichten ein. Sie meldeten, daß Karl fieberhaft an der Befestigung seiner Plätze arbeite, mit den aufständischen Großen und den Habsburgern verhandle und Chastillon meinte, an seiner Treulosigkeit sei nicht mehr zu zweifeln.[38]) Diese Meldungen blieben in Paris nicht ohne Eindruck, und Grotius meldete, Karl fange an, in Paris verdächtig zu werden.[39]) Tatsächlich stand Karl bereits in enger Verbindung mit Soissons und den habsburgischen Generalen und näherte sich ihren Truppen.[40]) Trotzdem schrieb Richelieu am 3. Juli an du Hallier: „Ich kann an das Verhalten des Herzogs erst glauben, wenn ich es durch seine Taten bestätigt sehe; seine Verpflichtung gegenüber dem König, sein Wort, seine Treue, Unterschrift und Siegel, die er freiwillig an verschiedenen Orten gegeben hat und auch an solchen, wo er sein freier Herr war, nehmen ihm jeden Vorwand, sein Verhalten zu beschönigen." Er wies du Hallier an, sich so zu verhalten, daß ein schlechter Entschluß, den Karl fassen könne, Frankreich so wenig wie möglich schade.[41]) Richelieu glaubte also immer noch an die Möglichkeit der Vertragstreue Karls; er schlug ihm am 7. Juli vor, zum König zu kommen und sprach die Erwartung aus, daß die Schlacht bei Marfée ihn an der Vereinigung mit Chastillon nicht hindern werde.[42])

Die französischen Vertreter in Lothringen faßten auch selbst bald wieder Vertrauen auf Karl. Sie schrieben am Anfang Juli, das Uebel sei nicht so groß, wie man gemeldet

---

ist, in die Zeit vom 25. Juni, was auch Des Robert II 246, A. 1, meint. Das ist auch wahrscheinlich, obwohl nach dem weiteren Verlauf der Verhandlungen auch nicht unmöglich ist, daß das Gutachten in den Juli gehört.

[38]) Haussonville II 134, Aubery V 87 ff., 94, vgl. Aubery V 101 f.
[39]) Grotius Ep. 1503, 1504, Anhang Ep. 553.
[40]) Campion S. 366 f., Nr. 57, 58.
[41]) Lettres VII 288, Anal. 4.
[42]) Lettres VIII 372, Haussonville II 441 f., Nr. 21.

habe, denn Karl wolle den Vertrag nicht brechen.[43]) Karl selbst, der anscheinend den offenen Bruch nicht oder noch nicht wollte, suchte seinerseits neue Zugeständnisse zu erlangen. Er ließ im Juli erklären, er könne mit Rücksicht auf seine Untertanen nicht in den offenen Krieg eintreten. Er wünsche, durch Richelieu über die französischen Absichten aufgeklärt zu werden und sei bereit, dem König zu dienen. Er habe den Vertrag nur in der Hoffnung geschlossen, daß Lothringen nach dem Krieg völlig wiederhergestellt werde und verlange jetzt Sicherheit dafür, damit er seinen Verwandten und der ganzen Christenheit davon Mitteilung machen könne. Andernfalls fordere er die Wiederherstellung des Standes vom 15. Februar 1641.[44]) In Paris ließ man sich nach wie vor täuschen. Noyers schrieb am 17. und 19. Juli an Chastillon, man habe Nachrichten, daß Karl treu bleiben würde, müsse allerdings seine endgültige Entscheidung abwarten.[45]) Am 23. Juli entschloß man sich dann, Karl zu gestatten, daß er mit seiner Armee in Lothringen bleibe,[46]) verlangte jedoch, daß er die Truppen, die er nicht selbst unterhalten könne, in französische Dienste treten lasse.[47]) Ehe diese Briefe in Lothringen eintreffen konnten, hatte Karl Ende Juli 1641 den offenen Bruch vollzogen und seine Truppen mit den Spaniern vereinigt.

Die Haltung Richelieus und sein Vertrauen in Karls Vertragstreue erscheinen rätselhaft, und diese Verhandlungen mit Karl im Jahre 1641 sind vielleicht die merkwürdigsten von allen Verhandlungen Richelieus, der sonst alle Absichten der Gegner durchschaute und durch seine Spione stets bestens bedient war. Man hat stets gemeint, bei dem Vertrag vom 29. März 1641 und den ihm folgenden Verhandlungen sei Karl der Betrogene gewesen.[48]) Aber alle Briefe Richelieus und seiner Gehilfen zeigen das Gegenteil. Wenn Richelieu, wie man gemeint hat, Karl nur bis zur Besserung

---

[43]) Des Robert II 376 f., Nr. 59, 60, Lettres VIII 370, A. 4.

[44]) Des Robert II 377, Nr. 61, II 381, Nr. 66, vgl. Haussonville II 442, Nr. 22, Grotius Ep. 1506—1508, Anhang Ep. 554, Oxenstierna II 4, 145, Nr. 386.

[45]) Aubery V 147, 149. Chastillen betonte dagegen wiederum sein Mißtrauen, Aubery V 151, 160 f.

[46]) Des Robert II 378, Nr. 62, vgl. Lettres VII 292, Anal. 3.

[47]) Des Robert II 380, Nr. 65.

[48]) Das meint auch Des Robert, der den größten Teil der Akten über die Verhandlungen veröffentlicht hat. Er muß aber selbst zugeben, daß dann die Belobung du Halliers durch Richelieu unverständlich ist.

der militärischen Lage im Norden und bis zum Abschluß des Vertrages mit Bouillon hinhalten und deshalb den Anschein erwecken wollte, daß er Karl traue, oder daß er so handelte, um den Vertragsbruch Karls möglichst deutlich in Erscheinung treten zu lassen, so konnte er wohl Karl selber dieses Vertrauen aussprechen. Er konnte aber dann keinesfalls du Hallier, der die Verhandlungen führte, in seinem Vertrauen in Karls Vertragstreue bestärken und den Generalen im Norden, die Karl mißtrauten und für deren Operationen die Haltung Karls außerordentlich wichtig war, mitteilen lassen, daß der Herzog treu bleiben werde.[49]) Es ist daher zweifellos, daß nicht Karl, sondern Richelieu und die französische Regierung die Betrogenen waren. Richelieu ist zunächst wohl das Opfer der vertrauensseligen Berichte du Halliers geworden; er hat allerdings, als dieser Ende Juni schlechte Nachrichten sandte, seine Ansicht selbst nicht geändert. Hinzu wird gekommen sein, daß der erneute Bruch mit Karl den Franzosen bei den Hoffnungen, die sie auf den Sondervertrag gesetzt hatten, sehr unangenehm war und daß man das, was man wünschte, auch zu glauben geneigt war. Ferner vertrat Richelieu stets die Anschauung, daß ein Fürst, der sein Wort breche, nicht mehr verhandlungs- und bündnisfähig sei. Er hatte den Abschluß des Vertrages mit allen Mitteln umgeben, die Karl einen Grund zum Bruch nehmen konnten, und er glaubte, wie er ja mehrfach betonte, daß Karl trotz seiner geringen Zuverlässigkeit doch diesmal nicht riskieren würde, sich durch einen Vertragsbruch, für den jeder Vorwand fehlte, um jede Reputation zu bringen.[50])

Letzten Endes mußte sich natürlich bei den bestehenden Machtverhältnissen Karls Verhalten, gerade weil er Richelieu hatte täuschen können, an ihm selbst rächen. Richelieu war jetzt entschlossen, in keiner Weise mehr nachzugeben und alle Vorteile, die ihm der Vertragsbruch bot, auszunutzen. Die französischen Militärs in Lothringen hatten bereits teilweise selbständig sofort nach Karls Uebergang zu den Spaniern mit der Wiederbesetzung Lothringens begonnen.[51]) Am 9. August gab Richelieu dann den Befehl, ganz Lothringen wieder zu unterwerfen. Du Hallier sollte der

---

[49]) Bezeichnend ist, daß auch die Succincte Narration schreibt, „la défection" Karls, der verpflichtet war, die französische Armee zu verstärken, sei nicht der kleinste Grund der Niederlage bei Marfée gewesen, Testament I 93.

[50]) Vgl. über die Verhandlungen: Haussonville II 132 ff., Des Robert II 253 ff., Beauvau S. 75 f., Avenel, Lettres VII, 882.

[51]) Des Robert II 382, Nr. 67.

Bevölkerung den Wortbruch Karls verkünden und die Vertragsbestimmungen mitteilen, durch die sie sehen würde, daß Karl sich selbst aller Rechte auf Lothringen beraubt habe für den Fall, daß er das täte, was er getan habe. Er sollte der Bevölkerung erklären, daß der König daher auf ewig Lothringen mit seiner Krone vereinige, und sie den Treueid in einer Form leisten lassen, die besage, daß die Lothringer niemals mehr von Frankreich getrennt werden könnten.[52]) Die Wiederbesetzung von Lothringen und Bar gelang mühelos und schnell, nur La Mothe wurde nach langer heldenhafter Verteidigung erst nach Richelieus Tode wiedergenommen.[53])

Richelieu hatte nicht Unrecht gehabt, wenn er glaubte, Karl würde bei einem Vertragsbruch nirgends mehr Vertrauen finden. Die Spanier haben ihm das größte Mißtrauen gezeigt und ihn nicht unterstützt. Die Folge war, daß Karl, obwohl er französische Truppenteile bereits geschlagen hatte, so tat, als ob nichts geschehen sei und neue Verhandlungen mit Frankreich anzuknüpfen suchte, zumal er sah, daß die Franzosen sein Land ohne Mühe unterwerfen konnten. Dem Kardinal-Infanten erklärte er am 17. August, daß er seinem Befehle nicht gehorchen könne, da er auch dem eines so großen Königs wie Ludwig XIII. nicht gefolgt sei.[54]) Gleichzeitig schickte er zu du Hallier und bot die Rückgabe aller ihm überlassenen Plätze an. Er fühlte jetzt, in welche unhaltbare Lage er sich gebracht hatte und schrieb an seinen Unterhändler: Wie Richelieu singen wird, so will ich tanzen. Will er die Plätze wieder, so soll er sie haben; will er den Rest dieses armen Volkes mit Gewalt verderben, so werde ich, ohne Feind zu sein, nicht mit bei der Partie sein.[55]) Du Hallier war von seinem früheren Vertrauen völlig geheilt und ging auf die Angebote überhaupt nicht ein.[56]) Karl schrieb darauf sehr demütige Briefe an den König und Richelieu.[57]) Am 9. September teilte La Grange nach Paris mit, der Kaiser und Bayern rieten dem Herzog, die Neutralität anzunehmen; sie würden mit England keinen Vertrag über die Pfalz schließen, wenn dieses sich nicht für Lothringen verpflichte. La Grange selbst trat für die Neutralität ein, um das Land nicht

---

[52]) Des Robert II 383 f., Nr. 69, vgl. Lettres VIII 373.

[53]) Auch Remiremont ließ man jetzt die ihm 1639 gewährte Neutralität nicht mehr und besetzte es ebenfalls. Pfister, Catharine S. 310 f.

[54]) Schmit XIII, 341 f., Nr. 85.

[55]) Des Robert II 389 f., Nr. 75, vgl. II 390 f., Nr. 76, Molé II 527.

[56]) Des Robert II 276.

[57]) Des Robert II 277 f., Haussonville II 442 f., Nr. 23.

völlig zu ruinieren.[58]) Diese Mitteilungen mögen Richelieu bewogen haben, nicht ganz ablehnend zu sein. Er stellte am 19. September Karls Unterhändlern die folgenden Bedingungen. Sofortige Entlassung aller Truppen und Eintritt derselben in französische Dienste, Karl erhält einen Platz in Lothringen — La Mothe —, um sich dort aufzuhalten und den allgemeinen Frieden zu erwarten, bei dem er in den Genuß des Vertrages vom 29. März gesetzt werden soll; er erhält später Epinal und Remiremont.[59]) Diese Bedingungen bedeuteten die Forderung der vollen Kapitulation, und das Versprechen der Wiederherstellung des Vertrages von Paris war recht wertlos, da nicht gesagt war, ob die in ihm für die Dauer des Krieges getroffenen Bestimmungen gelten sollten, oder die für den allgemeinen Friedensschluß, besonders die über die Rückgabe Nancys. Vor allem blieb die Bestimmung über den Vertragsbruch, der Karl aller Rechte beraubte, bestehen, die man weiter benutzen konnte, zumal in allen Briefen an Karl die Anerkennung des Vertragsbruches durch ihn als Grundlage der Verzeihung bezeichnet wurde und Karl schließlich nach Entlassung seiner Truppen völlig der französischen Auslegung dieser Versprechungen ausgeliefert war Karl hat dann Anfang September nochmals sehr ergebene Briefe nach Paris geschrieben.[60]) Am 7. Oktober antwortete Richelieu, da Karl seine Fehler erkannt habe, wolle er für seine Versöhnung mit dem König eintreten. Er verlange aber völlige Sicherheit gegen einen neuen Wechsel und habe du Hallier beauftragt, sich über die von Karl gegebenen Versprechungen Aufklärung zu verschaffen.[61]) Das klang wenig verheißungsvoll, und Karl hat dann die Verhandlungen auch nicht fortgesetzt, sondern im Oktober die Operationen wieder begonnen.[62])

---

[58]) Des Robert II 391 f., Nr. 77.

[59]) Lettres VIII 884, vgl. VII 296, Anal. 3. — Karl hatte sein Verhalten dadurch entschuldigt, daß er benachrichtigt worden sei, der König beabsichtige ihn gefangen nehmen zu lassen. Richelieu verlangte dafür Beweise. Lettres VII 883 f. Karl behauptete später, diese Nachricht von der Frau du Halliers erhalten zu haben, Haussonville II 140, A. 1, Calmet VI 305 f., Beauvau S. 76 f., Pfister, Nancy III, 116. Die ganze Sache ist wenig wahrscheinlich. Sie führte jedoch zur Verbannung der Mme. du Hallier. Auch ihr Mann wurde plötzlich nach Paris gerufen, konnte sich jedoch von jedem Verdacht befreien und nach Lothringen zurückkehren. Vgl. Des Robert II 281 f., 289 ff.

[60]) Lettres VII 884, Des Robert II 392 f., Nr. 78.

[61]) Lettres VII 885, Des Robert II 397, Nr. 85.

[62]) Vgl. Calmet VI 305 f., Des Robert II 274 ff., Haussonvillle II 141 f., Grotius Ep. 1512, 1514, 1521, 1523, 1527, Anhang Ep. 559, 564,

Karls Wiedereintritt in den militärischen Kampf konnte keine entscheidende Wirkung mehr haben. Es gelang ihm aber, Ende 1641 und 1642 Teile seines Landes zu besetzen, in die Bistümer einzufallen, den französischen Truppen einige Schlappen beizubringen und vor allem La Mothe zu entsetzen, so daß hierdurch immerhin nicht unerhebliche französische Truppenteile von den Hauptkriegsschauplätzen abgezogen wurden. Trotzdem hat Karl im November 1641 noch mehrere Angebote in Paris gemacht, auf die man überhaupt nicht eingegangen zu sein scheint.[63]) Im Mai 1642 soll er den Vorschlag gemacht haben, einige von ihm und einige von Frankreich besetzte Plätze für neutral zu erklären.[64]) Im Juni 1642 hat dann Richelieu einmal angeordnet, die Vorschläge eines Agenten Karls anzuhören, aber nicht abzuschließen, bis Karl die Artikel, die er vorschlage, geschickt habe.[65]) Um ernstliche Verhandlungen kann es sich dabei kaum gehandelt haben, denn man war damals ja entschlossen, unbedingt ganz Lothringen zu behaupten.[66])

Während all dieser Verhandlungen befand sich Karls eigentliche Gattin, Nicole, immer noch in Paris. Sie hatte 1640 gegen Karls zweite Heirat erneut protestiert, worauf Karl wiederum seine erste Ehe für ungültig erklärte. Als die Franzosen dann im März 1641 den Vertrag mit Karl schlossen, haben sie nicht daran gedacht, Nicole zu berücksichtigen Karl wurde vielmehr als der rechtmäßige Herzog bezeichnet, während man Nicole mitteilte, daß die Bestimmung des Vertrages, die dem Papst die Entscheidung über ihre Ehe überließ, für sie günstig sei.[67]) Als Karl dann den Vertrag gebrochen hatte, gewann Nicole wieder mehr Wert für die Franzosen. Richelieu versicherte, daß ihr die „Extravaganzen" Karls nicht schaden sollten.[68]) Man benutzte sie

---

Oxenstierna II 4, 162, Nr. 398. Grotius meldet dabei mehrmals, Karl wolle sich ins Privatleben zurückziehen. Am 9. August meldet er, Karl würde in Paris nicht mehr Dux Lotharingae, sondern wieder Dux Carolus genannt. Ep. 1511, Oxenstierna II 4, 148, Nr. 388. Am 29. September hatte du Hallier bereits geschrieben, er glaube, die Reise des lothringischen Gesandten sei die letzte, Des Robert II 394, Nr. 81.

[63]) Grotius Ep. 1537, Anhang Ep. 524, Oxenstierna II 4, 169, Nr. 404.

[64]) Oxenstierna II 4, 200, Nr. 428.

[65]) Des Robert II 401, Nr. 91, vgl. Haussonville II 146, der sagt, Richelieu habe den Empfang eines Agenten Karls abgelehnt.

[66]) Vgl. oben S. 327.

[67]) Lettres VI 765 f.

[68]) Lettres VII 294, Anal. 5.

dann, um für die Exkommunikation Karls in Rom einzutreten, die der Papst im April 1642 auch aussprach.

Karls Bruder Nikolas-Franz befand sich inzwischen abwechselnd in Wien und in Regensburg beim Reichstag, wo er für die lothringischen Interessen eintrat. Bei den ersten Nachrichten über Karls Verhandlungen mit Frankreich hatte er sich erboten, ihm notfalls als Geisel bei den Franzosen zu dienen.[69]) Als die Bedingungen des Vertrages nach ihrer Veröffentlichung durch Frankreich im September 1641 auch in Regensburg und Wien bekannt wurden, hat Nikolas-Franz am 28. September gegen den Vertrag protestiert. Er ließ ferner, ganz nach der Art der französischen Legisten, eine Abhandlung über die Rechte des lothringischen Herzoghauses aufstellen, in der der Ursprung desselben auf Karl den Großen zurückgeführt und Rechte auf die Königreiche Jerusalem, Frankreich, Sizilien und Arragon beansprucht wurden. Derartige Ansprüche waren bei den Lothringern nicht neu und gehen bis an das Ende des 15. Jahrhunderts zurück. Französische Gegenschriften wiesen auf den wirklichen Ursprung des lothringischen Herzoghauses hin und betonten die geringen Rechte, die der Kaiser nach dem Nürnberger Vertrage von 1542 auf Lothringen habe.[70]) Gegen Karls Heirat mit Beatrice erhob Nikolas-Franz nach wie vor Einspruch und trat in Rom und an allen Höfen Europas für die Rechte Nicoles ein.[71])

Die lothringische Bevölkerung hatte durch den begeisterten Empfang Karls bei seiner Rückkehr gezeigt, daß die Eroberer noch keine Sympathien erworben hatten. Bei der Wiedereroberung von Lothringen und Bar im Herbst 1641 war jedoch im Gegensatz zu den früheren Jahren von einem offenen Widerstand der Bevölkerung nicht mehr die Rede, auch scheint sie den Eid, der sie für immer zum französischen Untertan machen sollte, geleistet zu haben.[72]) Außer der Zermürbung durch die langen Kriegsjahre und den Druck der Besatzung mußte der Bruch des heiß ersehnten Friedens durch Karl die Neigung der Bevölkerung zum offenen Widerstand stark beeinträchtigen, zumal sich Karl die Sympathien des lothringischen Adels dadurch verscherzte, daß er bei

---

[69]) Des Robert II 357, Nr. 34.

[70]) Des Robert II 307 ff., Calmet 294 ff., vgl. Digot I 283 ff. und das Schreiben von Nikolas-Franz an den Regensburger Reichstag, bei Londorp V 70 f.

[71]) Des Robert, Nicolas Franz S. 123 ff., Calmet VI 294.

[72]) Des Robert II 266 f.

seiner Rückkehr ebenso wie die Franzosen die adlige Gerichtsbarkeit unterdrückte.[73]) Der Gouverneur von Lothringen, du Hallier, hat sich bemüht, den Druck der Besatzung und der Kriegskontributionen zu erleichtern, obwohl natürlich heftige Klagen nicht ausblieben, und scheint sich bis zu einem gewissen Grade die Sympathien der Bevölkerung erworben zu haben. Man scheint ihm auch von Paris aus freiere Hand gelassen zu haben als einst Brassac in den ersten Jahren der Besetzung.[74]) Man hatte ja auch in Paris, je fester man entschlossen war, Lothringen zu behalten, ein Interesse daran, die Bevölkerung damit auszusöhnen und, wenn man das auch nicht erreichte, so war der offene Widerstand doch gebrochen.

In den lothringischen Bistümern war von einem Widerstand gegen die französische Herrschaft überhaupt nicht mehr die Rede. In Metz gelang es den örtlichen Behörden, die von dem Parlament und von du Hallier unterstützt wurden, erfolgreich gegen Uebergriffe der örtlichen militärischen Befehlshaber vorzugehen.[75]) In Toul ließ der König 1641 durch das Parlament einen von ihm ernannten Bischof einsetzen, gegen den Widerstand des Papstes, mit dem dieser Streit erst 1643 beigelegt wurde.[76]) Auch der Kurfürstentag zu Nürnberg hatte sich mit der Frage des Ernennungsrechts des Bischofs von Toul durch den französischen König beschäftigt, ohne jedoch bestimmte Beschlüsse zu fassen.[77]) Der Bischof von Verdun, Franz von Lothringen, kämpfte immer noch auf seiten des Kaisers und blieb seinem Bistum treu. Er hat 1640 die Absicht gehabt, auf sein Bistum zu verzichten, wurde aber durch Nikolas-Franz davon abgebracht. Er hat sich erst 1651 mit Frankreich versöhnt und dem König den Treueid geleistet.[78])

Wichtig, auch für die allgemeine französische Politik, sind die in den letzten Jahren Richelieus in Lothringen und den Bistümern getroffenen Verwaltungsmaßnahmen. Nach dem Sondervertrag mit Karl von Lothringen hatte das in

---

[73]) Calmet VI 310.
[74]) Vgl. Des Robert 172 ff., 304 f., 401, Nr. 90, Lepage I 238, Pfister, Nancy III 102 ff., 120.
[75]) Des Robert II 194 ff.
[76]) Père Benoit S. 699 f.
[77]) Brockhaus S. 219 f.
[78]) Des Robert, Nicolas-Franz S. 125 ff. 1642 soll der Bischof Franz die Absicht gehabt haben, Kurfürst von Trier zu werden und mit Philipp von Soetern zu tauschen. Baur II 59.

Toul sitzende Parlament, auf Anweisung des Königs vom 17. Mai 1641, erklärt, daß seine Befugnisse über Lothringen und Bar aufhörten. Nach dem Bruch des Vertrages dehnte dann eine Verfügung des Parlaments vom 6. Dezember seine Jurisdiktion wieder über die Gebiete des Herzogs Karl aus.[79]) Diese Maßnahme widersprach dem Wunsche der Bevölkerung, die schon 1640 um die Wiederherstellung der cour souveraine in Nancy und damit um eine Trennung der lothringischen Behörden von denen der Bistümer gebeten hatte. Im September 1641 unterstützte auch du Hallier diesen Wunsch der Bevölkerung in Paris.[80]) Wenn man ihm nicht nachkam, so wohl zweifellos in der Hauptsache deshalb, weil man Lothringen möglichst fest in die allgemeine französische Verwaltung einbeziehen wollte. Man hat Lothringen damals wieder mit der Intendanz der Bistümer vereinigt und dabei jetzt bezeichnenderweise die Abtrennung des Bistums Metz von der allgemeinen Verwaltung, die 1637 mit Rücksicht auf die Friedensverhandlungen erfolgt war, wieder rückgängig gemacht.[82]) Ferner hat man die schon 1632 befohlene, aber nicht durchgeführte Abschaffung der lokalen ständischen Gerichtsbarkeit jetzt durchgeführt, in der Hauptsache im Jahre 1641, in Dun erst im Oktober 1642.[83]) In Metz mußte dabei der Widerstand der lokalen Behörden und auch des französischen Gouverneurs gebrochen werden. Die Befehle über die Durchführung dieser Neuordnung der unteren Gerichtsbarkeit erstreckten sich anscheinend nur auf die Gebiete der Bistümer und auf die angeblich von ihm abhängigen und im Vertrag vom 29. März 1641 auch größtenteils abgetretenen lothringischen Gebiete. Es ist aber wohl anzunehmen, daß nach Karls Vertragsbruch und der neuen Ausdehnung der Jurisdiktion des Parlaments auf ganz Lothringen und Bar in dem ganzen Gebiet des Parlaments, das ja eine

---

[79]) Krug-Basse X 210, 212, Michel, Biographie S. 9 f., Art. Asse, vgl. Grotius Ep. 1546, Oxenstierna II 4, 176, Nr. 409.

[80]) Des Robert II 171 f.

[81]) Des Robert II 304 f., 394 f., Nr. 81.

[82]) Michel, Geschichte S. 537 f., Des Robert II 266, A. 1, vgl. oben S. 231 f. — Michel, Geschichte S. 87 f., erwähnt einen Entwurf aus den Archiven des Parlaments vom Jahre 1640, der von seiner Verlegung nach Lyon oder Poitiers spricht. Michel bezeichnet als unentschieden, ob dieser Entwurf mit der zeitweiligen Bedrohung Touls durch Karl von Lothringen oder mit der Furcht, das Parlament im Gebiet der Bistümer nicht halten zu können, zusammenhängt. Der zweite Grund kann für 1642 kaum in Frage kommen und wäre eventuell für 1637 zutreffend.

[83]) Der Befehl dazu war vom 12. Dezember 1640.

Verwaltungseinheit bildete, diese Maßnahme durchgeführt worden ist.[84])

Diese Maßnahmen im Innern der eroberten Gebiete stehen also wie im Jahre 1637 in engstem Zusammenhang mit der auswärtigen Politik. Auch sie zeigen die Steigerung der französischen Friedensbedingungen und den Willen, jetzt ganz Lothringen zu behalten.

3. Anfänge der französischen Herrschaft im Elsaß. Widerstand der Bevölkerung.

In den Jahren 1635 bis 1639 hatten Bernhard von Weimar und seine Armee für die Geschicke des Elsaß eine große Rolle gespielt. Unmittelbar nach dem Vertrage von Breisach verließ die Armee jedoch das Elsaß und die Eroberungen am Rhein, marschierte zunächst in die Pfalz und nahm dann von 1640 bis 1642 an den Operationen im inneren Deutschland und am Niederrhein teil, ohne in das Elsaß und den Breisgau zurückzukehren. Die dort zurückgelassenen deutschen Kommandanten und Besatzungen kamen dadurch natürlich völlig unter französischen Einfluß. Die Armee selbst hat den im Vertrag von Breisach vorgesehenen Eid für den französischen König erst nach neuen, langen und mühevollen Verhandlungen im Sommer 1640 geleistet. Trotzdem fühlten sich weder die Obersten, noch die Offiziere und Soldaten als französische Söldner. Nur ein Teil der Armee wollte in französischen Diensten bleiben, die meisten wollten in hessische, braunschweigische oder schwedische Dienste treten.[1]) Da die Armee außerdem trotz oft verzweifelten Briefen Guébriants, der sie seit 1640 zuerst in Vertretung Longuevilles, dann als dessen Nachfolger führte, aus Paris keine Unterstützung, vor allem kein Geld erhielt, brachen mehrfach sehr ernstliche Meutereien aus. Guébriant schrieb darüber trostlose Briefe nach Paris, und der schwedische General Banner meinte Ende 1640, er wolle nach Frankreich zurückkehren und ihm selbst die Weimaraner auf dem Halse lassen.[2]) Guébriant hat tatsächlich mehrmals um seine Abberufung gebeten. Trotz diesen Verhältnissen, an denen in

---

[84]) Michel, Geschichte S. 79 f., Schmit XIII 346 ff., Nr. 86, Bigot S. 106 f., Michel, Biographie S. 297, Art. Le Labriet, S. 402, Art. Pantaléon, Bauchez S. 411, E. Martin II 219, Roussel S. 521, Robinet S. 89 ff.

[1]) Oxenstierna II 6, 767, Nr. 270, 824, Nr. 284.

[2]) Oxenstierna II 6, 790, Nr. 276, 801, Nr. 278.

der Hauptsache das Ausbleiben von Unterstützung aus Frankreich die Schuld trug, hat die Armee nicht unglücklich gefochten und bei Wolffenbüttel und Kempen wichtige Siege davongetragen.[3])

Das Elsaß selbst ist seit 1640 nicht mehr der Schauplatz von Operationen gewesen. Nur im Sommer 1642 gelang es Karl von Lothringen, in Teile des Unterelsaß einzudringen. Richelieu hat dabei anscheinend für Zabern und Hagenau gefürchtet und befohlen, sie zu schützen und Karl wieder aus dem Elsaß zu vertreiben.[4])

Erlach war der Armee nicht gefolgt, sondern als Gouverneur in Breisach geblieben. Einige Tage nach dem Vertrage von Breisach zogen französische Truppen in diese Stadt, wie in Freiburg ein, um die Garnison zur Hälfte zu übernehmen. Erlach und die anderen Kommandanten leisteten den im Vertrage vorgeschriebenen Eid.[5]) In dem schon am 29. Juli ausgestellten, aber Erlach erst am 22. Oktober 1639 ausgehändigten Patent war er nur zum Gouverneur von Breisach und dem unmittelbar zur Stadt gehörigen Gebiete ernannt worden.[6]) Erlach wurde deshalb in Paris vorstellig und betonte, daß er unter Bernhard das Kommando über alle von diesem eroberten Plätze gehabt habe.[7]) Darauf ist seine Vollmacht am 28. November 1639 auf Freiburg, die Waldstädte, Thann und Landskron, erweitert worden, mit der Begründung, daß die früheren Gouverneure von Breisach das Kommando über diese Orte gehabt hätten.[8])

---

[3]) Vgl. hierüber Gonzenbach, Laboureur und Noailles III, ferner Aubery IV 448 ff., 454 ff., Oxenstierna II 6, Nr. 267—269, 280.

[4]) Lettres VII 92, 140.

[5]) Gonzenbach I 557 f.

[6]) Gonzenbach II 1 f., Nr. 1, Zurlauben III 420 ff., Anhang Nr. 3.

[7]) Gonzenbach I 239, Nr. 112.

[8]) Gonzenbach II 2 f., Nr. 2, Zurlauben III 422 f., Anhang Nr. 4. — Während Erlach das Kommando über die von Bernhard eroberten Plätze, das er früher gehabt habe und jetzt auch tatsächlich erhielt, verlangt hatte, ging man in Paris anscheinend von der Ansicht aus, daß diese Erweiterung der Befugnisse Erlachs der Stellung der früheren österreichischen Kommandanten in Breisach entsprach. — Ueber die Erweiterung der Vollmacht Erlachs vgl. Gonzenbach II 6 f. und seine Auseinandersetzung mit Molitor im Korrespondenzblatt der deutschen Archive I 348, 363, 378 f., II 19 f., 52. Molitor sagt, die Befugnisse Erlachs seien als Belohnung für seine Dienste erweitert worden über diejenigen hinaus, die er zur Zeit Bernhards besessen habe, was falsch ist. Gonzenbach leugnet das. Tatsächlich ist die Vollmacht gegenüber dem Patent vom 29. Juli erweitert worden, aber nur, weil man Erlach die bisherige Stellung als Gouverneur von Breisach lassen wollte, zu der man am 29. Juli nur die unmittelbar dazu gehörenden Orte gerechnet hatte.

Am 13. März 1640 wurde d'Oysonville zum Leutnant beim Gouvernement von Breisach ernannt, um Erlach im Fall seiner Abwesenheit zu vertreten.[9]) Erlach beklagte sich vergebens darüber und suchte auch die Obersten zum Protest gegen diese Ernennung zu veranlassen.[10]) Zweifellos dürfte der Grund für diese Ernennung, gegen die Erlach den Widerstand schließlich aufgeben mußte, nicht nur der Schutz der katholischen Religion und des geistlichen Eigentums in Breisach gewesen sein,[11]) sondern man wollte den französischen Einfluß damit auf alle Fälle sichern, wenn man auch nicht an eine Beseitigung Erlachs gedacht haben dürfte.[12]) Man hat vielmehr Erlach, der bereits 1639 die französische Staatsangehörigkeit erhalten hatte, [13]) stets sehr gut behandelt. Natürlich suchte man in den Plätzen, wo noch deutsche Truppen lagen, den französischen Einfluß möglichst zu stärken und befahl so im Sommer 1641, daß die französischen Truppen überall vor den deutschen den Vorrang haben sollten.[14]) Auch für den Schutz der französischen Religion und des geistlichen Eigentums in Breisach trat man mehrfach ein.[15]) Vom Dezember 1640 bis zum März 1641 war Erlach in Paris. Er verhandelte dort in der Hauptsache über die persönliche Erbschaft Bernhards, die erst im September 1641 geregelt wurde, und über die Zahlungen für die Armee. Außerdem besprach man die Befestigung Breisachs und der anderen Plätze, an der Erlach und die Franzosen eifrig arbeiteten.[16]) Ein Gegensatz zwischen Erlach und den Franzosen bestand in der Frage der Wiederherstellung des Bistums Basel. Erlach zog aus diesem wie einst Bernhard einen großen Teil der Einkünfte für den Unterhalt der Garnisonen. Die Franzosen wollten jedoch mit Rücksicht auf ihr Verhältnis zur Schweiz und wohl auch, weil es sich um ein geistliches Gebiet handelte, den Bischof wieder herstellen. Das wurde denn auch im April 1640 befohlen, wogegen der

---

[9]) Rilly S. 62 ff., vgl. Grotius Ep. 1351, 1353 (Oxenstierna II 4, 31 f., Nr. 316, 317).

[10]) Gonzenbach I 573 ff., II 70 ff., II 10, Nr. 6.

[11]) Das meint Gonzenbach.

[12]) Das behauptet Grotius fortgesetzt auf Grund von oft falschen Nachrichten. Ep. 1390 (Oxenstierna II 4, 61, Nr. 333), Ep. 1400 Oxenstierna II 4, 64, Nr. 334), Ep. 1428, 1495, Anhang Ep. 516, Oxenstierna II 4, 58, Nr. 331, 109, Nr. 363, 129, Nr. 375.

[13]) Zurlauben III 424 ff., Anhang Nr. 5.

[14]) Gonzenbach II 108, A. 2.

[15]) Gonzenbach II 120, II 5 Nr. 4, Erlach I 153, Rott V 401.

[16]) Gonzenbach II 99 ff., vgl. Grotius Ep. 1454, 1463 (Oxenstierna II 4, 88, 94, Nr. 352, 356).

Bischof allerdings dem König schwören mußte.[17]) Es gelang Erlach jedoch, einen Erlaß vom 5. März 1641 zu erwirken, der ihm die Verfügung über die Bergwerke im Tal von Delmont für die Versorgung der Plätze und der Armee zusprach, wofür der Bischof finanziell entschädigt werden sollte.[18]) Auch die Zurückziehung der Garnisonen aus dem Bistum Basel verhinderte Erlach.[19])

Während Breisach, das den Rheinübergang nach dem Oberelsaß beherrschte, völlig in französische Gewalt gekommen war, blieb das Verhältnis Frankreichs zu Straßburg, das den Rheinübergang zum Unterelsaß beherrschte, unverändert. Von Versuchen Richelieus, Straßburg militärisch in die Hand zu bekommen, ist nichts bekannt. So blieb Straßburg in seiner Neutralität, die allerdings bei Lage der Dinge eine Frankreich wohlwollende sein mußte, während Frankreich die Stadt nach wie vor als Verbündete betrachtete. Anfang 1640 suchte der Kaiser, Straßburg aus seiner Neutralität herauszuziehen. Da das nicht gelang, schloß er die Stadt vom Regensburger Reichstag aus, da sie nicht dem Prager Frieden beigetreten sei.[20]) Im August ermahnte Ludwig XIII. Straßburg, mit Frankreich zusammenzuhalten, um zum allge-

---

[17]) Gonzenbach II 94 f., II 13 f., Nr. 8.

[18]) Gonzenbach II 121 f., A. 2, vgl. Korrespondenzblatt I 348. Es handelt sich aber nicht um eine Schenkung an Erlach, wie Gonzenbach hier zu meinen scheint.

[19]) Gonzenbach II 122, A. 1, vgl. Rott V 402 f., 431.

[20]) Strobel IV 442 f., Wencker S. 182, Spach S. 236, Grotius Ep. 1342 (Oxenstierna II 4, 25, Nr. 313). Londorp IV 848 gibt allerdings einen Paß des Kaisers für Straßburg nach Regensburg wieder (vom 12. September 1640); die Stadt hat aber trotzdem eine Einladung zum Reichstag nicht erhalten und ist dort nicht vertreten gewesen. Allerdings waren Gesandte Straßburgs in Regensburg, die sich bei dem Kaiser und den Ständen über anscheinend z. T. auf Befehl des Kaisers durch den kaiserlichen Kommandanten von Philippsburg, Bamberger, gegen die Stadt und vor allem ihren Handel ausgeübte Repressalien beklagten. Die Stadt betonte dabei mehrfach, daß sie die Vormauer des Reiches sei (Londorp V 318, 410) und ihre Neutralitätspolitik nur im Interesse des Reichs liege. Man scheint sich auch in Regensburg zu etwas freundlicherem Vorgehen gegen die Stadt entschlossen zu haben. (Vgl. Londorp V 316 ff., 381 ff., 397 ff., 409 ff., 623 f.) Sehr wenig energisch beklagte sich Straßburg über den Ausschluß vom Reichstag, obwohl dieser wohl sicher eine Art Strafmaßnahme sein sollte (vgl. Londorp V 320). Die Stadt selbst schrieb an die Reichsstände, sie nehme an, „daß die Unterlassung des Ausschreibens aus keiner widerigen Reflexion, wie es der Gegentheil übel deutet", sondern um der Stadt Ungelegenheiten, d. h. von seiten Frankreichs, zu ersparen, erfolgt sei (Londorp V 382). Auch an Kol-

meinen Frieden zu kommen.[21]) Anfang 1641 kam es zu einem Konflikt zwischen Straßburg und d'Oysonville, der versucht hatte, den Rhein bei Straßburg durch Schiffe, die mit Proviant beladen waren, passieren zu lassen. Der Kommandant der Befestigung an der Rheinbrücke hielt jedoch die französischen Schiffe durch Artillerieschüsse an. Straßburg beklagte sich bei d'Oysonville über sein Vorgehen, während der französische Resident de l'Isle die Stadt ermahnte, gegen die Leute des Königs nicht so scharf vorzugehen; sie handelten nur im Interesse der Sicherheit der Stadt.[22]) Anfang 1642 beklagte sich Straßburg in Paris über Ausschreitungen der französischen Kommandanten. Es handelte sich dabei anscheinend darum, daß diese in den Territorien der Stadt Straßburg ebenso wie im Bistum Straßburg Kontributionen und Steuern erhoben.[23]) Ob diese Klagen eine Wirkung hatten, ist nicht zu ersehen. Im April 1642 versprach man dann Straßburg, daß man ihm, wie allen Verbündeten, Pässe für den Friedenskongreß besorgen werde.[24]) Nach Richelieus Tode sprach die Stadt in Paris ihr Beileid aus und nannte in einem Brief an Mazarin Richelieu ihren Wohltäter.[25]) Solche Erzeugnisse der Diplomatie drückten natürlich nicht die wahre Stimmung der Stadt aus,[26]) die auch in Richelieus letzten Jahren wie stets bestrebt gewesen war, ihre Selbständigkeit zu behaupten.

Die Beziehungen Straßburgs zu dem Kommandanten von Hagenau. Rasilly, der diese Stellung seit dem Juni 1640 bekleidete, scheinen gut gewesen zu sein, jedenfalls besser als zu seinem Vorgänger.[27]) In Hagenau selbst machte sich Rasilly jedoch in keiner Weise beliebt, obwohl er bei seiner Ankunft geäußert hatte, er wolle der Stadt ein Vater sein.[28])

---

mar schrieb die Stadt, daß sie, um Schwierigkeiten mit Frankreich zu umgehen, nur beim Kaiser und den einzelnen Ständen Gesandte akkreditieren wolle, Mossmann, Rev. d'Alsace 1881, S. 372.

[21]) Ketzinger II 85 f.

[22]) Ketzinger II 88 ff., Strobel IV 444 f.

[23]) Reuss I 100, A. 2, Strobel IV 449, Friese III 147, vgl. Grotius Ep. 1548 (Oxenstierna II 4, 179, Nr. 411).

[24]) Reuss, Rev. d'Alsace 1875, S. 7 f., Legrelle S. 119.

[25]) Ketzinger I 247 f.

[26]) Das betont Reuss I 100. Batiffol S. 218 spricht dagegen von echter Trauer im Elsaß, und auch Mossmann, Rev. d'Alsace 1882, S. 120, spicht von der Trauer Kolmars, das natürlich ebenfalls sein Beileid in Paris ausgesprochen hatte.

[27]) Ketzinger II 92 ff.

[28]) Hanauer S. 349.

Man stritt vor allem heftig um die Quartierlasten. Die Konflikte, die daraus entstanden, führten soweit, daß Rasilly die mit dem Magistrat unzufriedenen Bürger aufforderte, ihre Beschwerden bei ihm selbst vorzubringen. Als darauf ein Protestant, Dr. Theus, bei Rasilly vorstellig wurde, antwortete der Magistrat damit, daß er die alten Verbote des protestantischen Gottesdienstes erneuerte. Dr. Theus und sein Gesinnungsgenosse Exter wandten sich darauf erneut an den Kommandanten, der im Juli 1640 das Verbot des protestantischen Gottesdienstes aufhob und auch den Magistrat zur Zurücknahme desselben zwang.[29]) Diese Haltung war zweifellos beeinflußt durch die Rücksicht auf die protestantischen Verbündeten Frankreichs, aber die Art und Weise, in der man dabei vorging, bedeutete eine Chikanierung des Magistrats, mit dem Ziel, sein freies Verfügungsrecht einzuschränken und seine Widersacher zu Frankreichs Gunsten zu stärken. Rasilly schritt sofort auf diesem Wege weiter, indem er dem Magistrat verbot, in Abwesenheit des französischen „lieutenant" oder seines Stellvertreters Beschlüsse zu fassen, und zu diesem Stellvertreter Exter ernannte.[30]) Widerstand war natürlich unmöglich. Der Magistrat hatte sich schon im Juni 1640 genötigt gesehen, die Einladung des Kaisers zum Reichstag den Franzosen zu übermitteln, die darauf überhaupt keine Antwort gaben.[31]) Waffenfunde in der Stadt, sowie neuer Streit über die wachsenden Quartierlasten und die Beunruhigung der Umgebung durch Streifzüge Bambergers, des kaiserlichen Kommandanten von Philippsburg, verschärften die Stimmung und die Maßnahmen Rasillys. Alle Klagen blieben fruchtlos.[32]) „Man kann schön verordnen, andere Leute sind die Herren," schrieb der Magistrat resigniert.[33]) Die Aeußerungen des Kommandanten wurden immer drohender: man käme mit Milde nicht weiter, er werde den Magistrat verhaften lassen und die Bürgerschaft so behandeln, daß sie ewig daran denken solle.[34]) Schon Anfang 1641 hatte Rasilly erklärt, er werde wegen der kaiserlichen Gesinnung der Stadt dort eine

---

[29]) Hanauer S. 349 f., Röhrich II 497.
[30]) Hanauer S. 350 f.
[31]) Hanauer S. 351.
[32]) Hanauer S. 351 ff., 355 ff., Guerber I 295 f.
[33]) Hanauer S. 354.
[34]) Hanauer S. 358.

Zitadelle bauen lassen, für die er schon Geld aus Paris erhalten habe.[35]) Als Hagenau 1642 Frohndienste verweigerte, erklärte d'Oysonville, er werde es ebenso behandeln, wie Schlettstadt. Die Stimmung der Stadt, die sich natürlich dem Zwange fügen mußte, geht aus einem Schreiben des Magistrats vom August 1642 hervor, in dem es hieß: „Da unglücklicherweise die Dinge soweit gekommen sind, daß alles, was die Franzosen von uns armen Leuten fordern, gemacht werden muß, mag es möglich sein oder nicht, müssen wir zunächst Gott vertrauen, dann aber d'Oysonville ergeben bitten, von seinem Zorn abzulassen und uns Wohlwollen zu schenken".[36]) Der Magistrat hat seit Ende 1641 versucht, Rasilly entgegenzukommen und Konflikte zu vermeiden, und auch Rasilly nahm darauf anscheinend von unnötigen Chikanen Abstand, so daß das gegenseitige Verhältnis äußerlich besser wurde. Der Kommandant hat sich aber trotzdem noch mehr als bisher in alle Einzelheiten der Verwaltung eingemischt.[37])

In Zabern wurde im Januar 1640 von Magistrat und Bürgerschaft die Huldigung für den französischen König erzwungen. Schon 1639 hatte der Kommandant der Stadt einen Eid durchzusetzen versucht. Im Januar 1640 erschien der Intendant Belesbat in der Stadt, versammelte den Rat und die Bürgerschaft und verlangte die Huldigung. Als die Stadt sich auf ihre Verträge berief, antwortete Belesbat, Zabern sei mit dem Schwerte bezwungen und stehe unter der Macht und Gewalt des französischen Königs. Er verwarf jede Bedenkzeit und drohte denen, die den Eid verweigerten, mit der Ausweisung. So wurde der Huldigungseid erzwungen. In der Eidesformel war gesagt, man wolle dem König „treue und hold" sein und ihn als „ihren und sonsten keinen anderen Herren" anerkennen. Es handelte sich also nicht um einen Eid, der die militärische Sicherheit für die Dauer der Besatzung gewährleisten, sondern um eine Eidesformel, die ein Untertanenverhältnis herstellen sollte.[38]) Das Ratsprotokoll bemerkte zu dieser erzwungenen Eidesleistung: „mit großem Unwillen und nassen Augen eingegangen und aus Gezwungenheit geleistet. Gott wolle uns bald wieder daraus erlöseen".[39]) Im übrigen hat man anscheinend Zabern mit

---

[35]) Hanauer S. 352.
[36]) Hanauer S. 354.
[37]) Hanauer S. 359 f.
[38]) Vgl. oben S. 302, A. 89.
[39]) Stieve S. 159 f., D. Fischer S. 77, Strobel IV 437. — Es ist nicht klar, ob diese Eidesleistung auf Befehl der Regierung verlangt wurde

möglichster Milde zu gewinnen gesucht. D'Oysonville behandelte es freundlich und sorgte auch für die Zufuhr von Lebensmitteln, um die Lage der Stadt zu erleichtern.[40])

Die Eidesleistung, die man in Zabern forderte, scheint 1640 auch in den übrigen Gebieten des Bistums Straßburg und bei dem unterelsässischen Adel durchgesetzt worden zu sein.[41]) Im übrigen verlangte man im gleichen Jahre von dem Adel des Elsaß, Breisachs und der Waldstädte, der zur früheren österreichischen Regierung in Ensisheim gehört hatte, einen Eid, der aber nur besagte, dem König die Treue zu halten, solange er diese Gebiete besitze.[42]) Das ist also anscheinend kein Huldigungseid gewesen. 1642 wurde auch von der Bürgerschaft in Breisach, Lauffenberg, Säckingen und Freiburg, desgleichen in Benfeld, das man 1640 den Schweden abgekauft hatte,[43]) eine Eidesleistung verlangt, bei der es sich jetzt anscheinend um eine Art Huldigung gehandelt hat.[44]) Der Adel des Oberelsaß beklagte sich in diesen Jahren über den Druck der Kontributionen[45]) und über Schenkungen, die von seinem Besitz gemacht worden waren. Solche Schenkungen von eroberten Gebieten an Offiziere waren damals überall gebräuchlich; Schweden und Bernhard hatten im Elsaß so gehandelt und auch Frankreich schenkte Gebiete des oberelsässischen Adels an Offiziere der weimarischen Armee.[46]) Dem Adel wurde auf seine Klagen die Wiederherstellung in seinen Besitz versprochen, wenn er dem König schwören wolle. Darauf liefen zahlreiche Bittgesuche des Adels ein, darunter auch von den Herren von Rappol-

---

oder ob die örtlichen Befehlshaber von sich aus vorgingen. Sie zeigt jedenfalls, daß an dieser Stelle schon vor dem entscheidenden Umschwung der allgemeinen Lage durch die Aufstände in Katalonien und Portugal die französischen Ansprüche sich steigerten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Zabern für die Behauptung Lothringens von besonderer militärischer Bedeutung war und so auch mehrfach in den Auseinandersetzungen mit dem Herzog Karl eine Rolle gespielt hatte.

[40]) D. Fischer S. 77.

[41]) Theatrum IV 203, Grotius Ep. 1342 (Oxenstierna II 4, 26, Nr. 314), vgl. Reuss I 137.

[42]) Theatrum IV 203.

[43]) Theatrum IV 202.

[44]) Theatrum IV 811; es heißt dort „Eingang Juli dem König das erste Mal geschworen". Mayer, Freiburger Jahrbuch 45 f., spricht für Freiburg von einer Huldigung. Vgl. unten S. 356.

[45]) Gonzenbach II 122, A. 3.

[46]) Vgl. Reuss I 381, Mieg I 242.

stein.[47]) Es ist jedoch nicht zu ersehen, ob es sich dabei um einen Huldigungseid handelte.

Eine wesentlich andere Stellung als Zabern und Hagenau konnte Kolmar behaupten, das noch in der Lage war, selbständig politische Verhandlungen zu führen. Zunächst gingen, wie in den früheren Jahren, auch jetzt die Streitigkeiten über den Unterhalt der Garnison weiter. Die Stadt hatte wiederum Vorschüsse leisten müssen und beklagte sich bitter, daß die Franzosen ihre Versprechungen nicht erfüllten, während Schlettstadt, Hagenau und Zabern Gegenstand all ihrer Sorge seien.[48]) 1641 legt d'Oysonville dem ganzen Elsaß einen außerordentlichen Zehnten auf, dem sich Kolmar mit Berufung auf seine Steuerimmunität widersetzte. Nach längeren Auseinandersetzungen darüber schickte man Schneider als Gesandten nach Paris. Derselbe mußte dem Hof, der sich auf dem Weg nach dem südlichen Kriegsschauplatz befand, nachreisen und erhielt mehrmals keine Audienz. Schließlich erhielt er sehr allgemeine und nichtssagende Versprechungen. Noyers meinte, Kolmar müßte für die französische Protektion auch etwas leisten, worauf Schneider lebhaft widersprach. Er sagte, Kolmar verlange als Verbündeter, nicht als erobertes Gebiet behandelt zu werden, worauf Noyers betonte, der König wolle die Stadt als Verbündete behandeln. Endlich versprach man Schneider vor seiner Abreise die Steuerfreiheit. Der Streit ging jedoch weiter, da d'Oysonville die Steuerfreiheit nur für das unmittelbare Gebiet Kolmars und nicht für neu gekaufte Besitzungen der Stadt gelten lassen wollte. Nach längeren Verhandlungen darüber, wobei zeitweise der schwedische General Horn für Kolmar in Paris verhandelte,[49]) mußte die Stadt in diesem Punkte nachgeben und zahlte schließlich, wenn auch unter Protest, die geforderten Steuern.[50])

Dagegen gelang es Kolmar, sich bei den Friedensverhandlungen dem französischen Einfluß etwas zu entziehen. Mit seiner Vertretung bei denselben betraute die Stadt am 20. Mai 1640 Hessen-Darmstadt, dem man schrieb, die fran-

---

[47]) Reuss I 98 f. Nur um die Schenkungen handelt es sich, wenn Batiffol S. 217 sagt, der Adel habe sich bei seinen „Lehnsstreitigkeiten" bereits an den französischen König gewandt.

[48]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1881, S. 363 ff.

[49]) Horn war damals aus seiner Gefangenschaft gegen Johann von Werth ausgetauscht worden und befand sich in Paris, um sich dafür zu bedanken.

[50]) Mossmann: Contestation S. 4 ff., vgl. Grotius Ep. 1553.

zösische Protektion habe die Unabhängigkeit Kolmars gewahrt und Frankreich werde sein Versprechen halten und die Garnison im Frieden zurückziehen.[51]) Den Regensburger Reichstag wagte man jedoch ohne Anfrage in Paris nicht zu beschicken. Bei der feindlichen Haltung des Kaisers gegen die Stadt mußte man fürchten, sich durch die Beschickung des Reichstags ohne französisches Einverständnis völlig zwischen zwei Stühle zu setzen. In gemeinsamen Besprechungen mit Münster, Kaysersberg und Türkheim beschloß man im September, die Entscheidung über die Beschickung des Reichstages bis zum Eintreffen der französischen Antwort zu verschieben. Als diese trotz mehrfachem Drängen nicht eintraf, wandte sich Kolmar an Straßburg, das die Anfrage in Paris billigte, an der französischen Einwilligung jedoch zweifelte und den Rat gab, sich in Regensburg zu entschuldigen.[52]) Kolmar schrieb darauf in diesem Sinne an den Kaiser, indem es gleichzeitig seine bisherige Politik verteidigte, und zwar vor allem seine frühere Stellung zu Schweden.[53]) Trotzdem wandte man sich für die Vertretung bei den Friedensverhandlungen vor allem an den schwedischen Unterhändler Salvius.[54]) Kolmar schrieb ihm im Januar 1642, trotz der französischen Protektion könne man nicht in allen Dingen auf Frankreich rechnen, nur Schweden könne die Religionsfreiheit sichern.[55]) Es dürfte dabei doch aber außer dem kirchlichen Motiv, das zweifellos eine große Rolle spielte, auch der Wunsch mitgesprochen haben, auf dem Friedenskongreß sich nicht allein auf Frankreich stützen zu müssen. Natürlich hatte auch Schneider bei seiner Gesandtschaft nach Frankreich den Auftrag erhalten, Pässe zu verlangen, worauf man ihm zusagte, daß Kolmar wie alle Verbündeten im Reich Pässe gemäß dem Präliminarvertrag von Hamburg bekommen sollte.[56]) Ende des Jahres 1642 mußte

---

[51]) Mossmann: Rev. d'Alsace 1881, S. 370.

[52]) Mossmann: Rev. d'Alsace 1881, 370 ff.

[53]) Mossmann: Rev. d'Alsace 1881, S. 372.

[54]) Mossmann: Rev. d'Alsace 1881, S. 526.

[55]) Mossmann: Rev. d'Alsace 1882, S. 112.

[56]) Mossmann: Rev. d'Alsace 1882, S. 113 f. Wenn Mossmann, Rev. d'Alsace 1881, S. 528, sagt, weder die Franzosen noch der Kaiser hätten die elsässischen Städte unter die beim Friedenskongreß zu vertretenden Reichsstände einbegriffen, sondern nur Schweden habe das getan, so ist das ein Irrtum. Auch Frankreich hatte, ebenso wie Schweden, Pässe für alle verbündeten Reichsstände verlangt und im Präliminarvertrag zugestanden erhalten. Frankreich hat ja auch Straßburg und Kolmar die Besorgung der Pässe versprochen.

sich Kolmar wieder mehrfach über Verletzungen des Protektionsvertrages beklagen.[57])

Ueber die Verhältnisse in Schlettstadt liegen aus diesen Jahren Mitteilungen nicht vor. Die Aeußerung d'Oysonvilles in Hagenau aus Anlaß der Verweigerung von Kriegsarbeiten, daß man Hagenau ebenso behandeln werde wie Schlettstadt,[58]) läßt aber auf sehr harte Behandlung dieser Stadt schließen. In der Reichsabtei Murbach verweigerten die Franzosen dem Administrator Tschudi als Vertreter eines österreichischen Prinzen die Rückkehr und verlangten Rechnungslegung des Stiftes, keine Einstellung von Novizen und Kapitularen ohne französische Erlaubnis und den Eid, dem König die Treue zu halten und mit dessen Gegnern nicht in Verbindung zu treten.[59]) Eine Meldung von deutscher Seite aus dem Jahre 1640 sagte, die französischen Offiziere wollten überall im Elsaß den Meister spielen, der König habe aber nicht alles gebilligt und die Kommandanten teilweise scharf getadelt.[60]) Zweifellos wollte die Regierung die Bevölkerung möglichst schonen und ihre Stimmung dadurch zugunsten Frankreichs beeinflussen. Im März 1642 befahl man d'Oysonville und Erlach, daß die Truppen in den elsässischen Quartieren nichts anderes als Verpflegung und Beiträge zum Unterhalt der Garnison verlangen dürften, weil es wichtig sei, die Bewohner zu erhalten.[61])

Obwohl die Nachrichten über die Haltung der elsässischen Bevölkerung noch vielfach der Ergänzung bedürfen, geht aus den dargelegten Einzelheiten mit aller Deutlichkeit hervor, daß sie gar nicht daran dachte, die Fortdauer der französischen Herrschaft zu wünschen und den französichen König als Souverän anzusehen.[62]) Man hat vielmehr, wo man sich dem Zwang der militärischen Besetzung fügen mußte, das mit Schmerz getan und gehofft, bald wieder von der französischen Herrschaft erlöst zu werden. Auch die Haltung der französischen Kommandanten bedarf noch in vielen Einzelheiten der Klärung; aber auch hier kann als sicher festgestellt werden, daß die Haltung und der Ton gegenüber der

---

[57]) Rocholl S. 16, Oxenstierna II 4, 328, Nr. 445.
[58]) Vgl. oben S. 350.
[59]) Grotius II 357. Es geht daraus nicht, wie Reuss I 407 meint, unbedingt hervor, daß es sich um einen Huldigungseid handelt, ist aber nach den anderen Forderungen wahrscheinlich.
[60]) Theatrum IV 202.
[61]) Laboureur S. 467 „conserver",
[62]) Das sagt Batiffol S. 217.

Bevölkerung und die Eingriffe in die inneren Verhältnisse in diesen letzten Jahren Richelieus schärfer und drohender geworden sind, als zuvor. Vor unnötigen Härten hat die Regierung auch in dieser Zeit gewarnt. Das empfahl sich ja, ob man annektieren wollte oder nicht. Aber vor allem die zahlreichen Eidesleistungen, die mindestens zum Teil die Voraussetzung der vorübergehenden Besetzung nicht mehr enthielten, zeigen, daß man jetzt erhöhte Ziele verfolgte. Allerdings ist in den Reichsstädten ein Huldigungseid nirgends verlangt worden. Ueber Kolmar und Hagenau liegen die eingehendsten Nachrichten vor. In Kolmar wird von der Forderung eines Eides überhaupt nicht, in Hagenau von einer neuen Formulierung des 1637 geleisteten Eides, der kein Untertanenverhältnis auszudrücken versuchte,[63]) ebenfalls nicht gesprochen. Kolmar wird außerdem stets als verbündete Stadt bezeichnet.

Eine einheitliche französische Verwaltung, wie sie in Lothringen und den Bistümern durchgeführt worden war, haben die Franzosen auch damals noch nicht im Elsaß eingerichtet, doch finden sich jetzt die ersten Ansätze einer solchen. Das Gouvernement Erlachs von Breisach aus erstreckte sich nur über den Breisgau, die Waldstädte, Thann und Landskron,[64]) also über die einst von Bernhard eroberten Gebiete. Ein Erlaß an Erlach vom März 1640 unterschied daher auch zwischen dem Gouvernement von Breisach und dem eigentlichen Elsaß.[65]) D'Oysonville wurde im März 1640 zum „lieutenant" des Gouvernements von Breisach ernannt, seine Vollmacht erstreckte sich aber über alle Truppen im Elsaß und Breisgau.[66]) Seine Stellung war eine rein militärische,[67]) aber zu dieser gehörte natürlich wie bei jeder Besetzung eines eroberten Landes die Sorge für alle Maßnahmen zum Unterhalt und zur Sicherung der Besatzungen. Wenn er aber Ende 1640 oder 1641 eine außerordentliche, allgemeine Steuer im ganzen Elsaß ausschrieb,[68]) so ging er dabei

---

[63]) Vgl. oben S. 302 und A. 89.
[64]) Vgl. oben S. 345.
[65]) Gonzenbach II 4, Nr. 3.
[66]) Vgl. Rilly I 62 f.
[67]) In einem Schreiben des Königs an d'Oysonville vom 25. Februar 1642 wird sein Titel folgendermaßen angegeben: „lieutenant pour S. M. au gouverment de Brisac, mestre de camp d'un régiment d'infanterie françoise, pour son service et commissaire général à la partie et subsistances des trouppes éstant en garnison dans l'Alsace, Brisgau et Montbélliard." Rilly S. 74.
[68]) Ehret S. 189 f., Mossmann, Contestation S. 4.

zweifellos über die bisher angewandten Maßnahmen hinaus, die sich auf die Erhebung von Kontribution und Zöllen durch die einzelnen Kommandanten beschränkt hatten. Hervorgerufen war diese Maßnahme — wie auch die Verhandlungen darüber mit Kolmar zeigen — durch die militärischen Bedürfnisse. Wieweit man sich auch sonst in die innere Verwaltung einmischte, ist im einzelnen nicht ersichtlich. In Hagenau war das, wie erwähnt, sehr stark der Fall, während in Kolmar hierüber anscheinend nicht geklagt worden ist. Jedenfalls hat aber wohl das Gouvernement von Breisach die Verwaltung der der früheren österreichischen Regierung in Ensisheim unterstellten Gebiete ausgeübt. So erließ die „régence de Brisac" am 4. Mai 1641 eine Verfügung, die einem Richter verbot, sich ohne Befehl seiner oberen Instanz mit Hexenprozessen zu befassen. Man müsse dabei mehr Bedachtsamkeit zeigen als zur Zeit der Regierung von Ensisheim.[69]) Bei der „Regierung" von Breisach, die mit dem Gouvernement identisch ist, handelte es sich aber nicht um eine neue Errichtung,[70]) wie schon der in Frankreich ungebräuchliche Name zeigt, sondern um die Fortsetzung der alten österreichischen „Regentschaft" in Ensisheim. Trotzdem begann man sich auch in dieser Hinsicht dauerhafter einzurichten und die Schaffung einer französischen Verwaltung vorzubereiten. Das zeigt ein Befehl an Erlach aus dem Jahre 1641, in dem es hieß: In Erwartung der Einrichtung einer cour souveraine im Gouvernement von Breisach wird bestimmt, daß die Richter die ordentlichen und landesüblichen Gesetze befolgen. Erlach soll Personen vorschlagen, die für die Besetzung der cour souveraine geeignet sind. Vorläufig soll man sich eines kleinen Siegels bedienen, das die Wappen von Frankreich auf der einen, die von Frankreich und Breisach auf der anderen Seite hat. Urteile und Erlasse über militärische und Verwaltungsmaßnahmen sollen im Namen des Gouvernements von Breisach ausgesprochen werden. Der Gouverneur soll Treueide verlangen, die allein dem König geleistet werden, er soll über alle Rechte der Souve-

---

[69]) Reuss II 117.

[70]) Das meint Reuß I 99, der von einer „nouvelle régence royale de Brisach" an Stelle der von Bernhard eingerichteten spricht. Auch eine bayrische Instruktion vom 1. Januar 1640 spricht von Anfängen eines Parlaments im Elsaß. Brockhaus S. 90, vgl. Jacob, Erwerbung S. 8. Eine „chambre royale et souveraine" wurde an Stelle der „régence d'Austriche ci-devant séante à Ensisheim" erst nach dem Frieden von Münster im Jahre 1648 in Breisach eingerichtet. Ein conseil souverain erst 1658. Pillot S. 21.

ranität wachen, die Habsburg ausgeübt hat und vor allem die Katholiken schützen.[71]) Dieser Befehl, der allerdings nur für die Gebiete des Gouvernements Breisach galt, zeigt, daß man sich hier ebenso wie in Zabern bemühte, ein Untertanenverhältnis zu schaffen und auch bereits die Errichtung einer obersten französischen Verwaltungsbehörde in Aussicht nahm. Diese hat man jedoch damals noch nicht geschaffen, wie man ja auch in den politischen Verhandlungen dieser Zeit mit den Ansprüchen auf diese Gebiete noch nicht offen hervortrat.

So verhielt man sich auch ablehnend gegen einen Vorschlag, den der schon lange auf französischer Seite stehende Straßburger Glaser schon im Oktober 1639 dem französischen König machte. Glaser schlug vor, das Elsaß in vier Bezirke zu teilen, an deren Spitze französische Beamte mit dem Sitz in Mühlhausen, Kolmar, Dachstein oder Molsheim und Hagenau stehen sollten. Mömpelgard und der Breisgau sollten außerdem besondere Bezirke bilden. Sie sollten alle Gebiete des Elsaß einschließlich der Reichsstädte umfassen und unter der einheitlichen Leitung eines „lieutenant-général" oder eines Vizekönigs stehen, der Franzose sein, aber möglichst deutsch sprechen sollte. Glaser machte außerdem eingehende Vorschläge über die innere Verwaltung und über die Maßnahmen, die die Bevölkerung zum „alten" Gehorsam zurückbringen sollten. Frankreich würde dadurch seine „alten Grenzen" wiedererhalten.[72]) Für die Stimmung der Bevölkerung ist natürlich dieser Vorschlag in keiner Weise bezeichnend.[73]) Glaser, zunächst schwedischer Resident in Straßburg, war schon 1631 seinen Mitbürgern verdächtig. Er ist dann dauernd in Beziehungen zu Paris geblieben und reichte seinen Vorschlag in strengstem Geheimnis ein.[74]) Es findet sich keinerlei Anzeichen dafür, daß die Franzosen damals irgendwie darauf eingegangen sind, zumal Glasers Forderungen weit über das hinausgingen, was man damals wollte. Die französischen Ansprüche hatten sich dann in den letzten Jahren Richelieus gesteigert, und kurz nach seinem Tode hat Glaser Anfang 1643 seine Vorschläge wieder aufgenommen und sie nach einer persönlichen Rücksprache mit d'Oysonville diesem eingereicht.[75]) Auf diese

---

[71]) Erlach I 152 f.
[72]) Reuss, Revue d'Alsace 1869, S. 302 ff., Reuss I 98.
[73]) Das sagen Batiffol S. 115, Flach, Les affinités S. 135 ff.
[74]) Reuss, Revue d'Alsace 1869, S. 293 ff., vgl. oben S. 65.
[75]) Reuss, Revue d'Alsace 1869, S. 292 f.

Vorschläge Glasers, und nicht auf von Richelieu vor seinem Tode bereits ernstlich vorbereitete Maßnahmen, muß sich ein Bericht beziehen, den der Kolmarer Dr. Weber am 28. Januar 1643 seinem Magistrat über eine Unterredung machte, die er mit einem Dr. Welcker, der bei Erlach und d'Oysonville eine der höchsten Stellen bekleidete, gehabt hatte. Welcker hatte danach etwa das Folgende gesagt: Für das Elsaß stehen wichtige Aenderungen bevor. Auch Straßburg wird davon berührt, wie das ganze übrige Land. Wenn Frankreich die Rheinbrücke verlangt, wird sich auch Straßburg nicht mehr halten können. Frankreich hat zunächst an eine „justice ambulatoire" gedacht, aber das wieder aufgegeben. Es ist jetzt die Rede davon, vier Beamte an die Spitze des Bistum Straßburg, des Elsaß, des Sundgau und von Mömpelgard zu stellen, die von einer Zentralstelle abhängen sollen. Kolmar muß in diesem Fall ebenso gehorchen, wie die anderen Stände der Provinz. Man hat bereits die Frage des Appells Schlettstadts an das Reichskammergericht erörtert. D'Oysonville erkennt an, daß dieser Appell rechtmäßig sei, meint aber, man solle die Prozesse in oberer Instanz nur einer einfachen Revision unterwerfen. Außerdem ist Schlettstadt nicht eigentlich eine freie Stadt, da es einem Landvogt untersteht und nur als Glied des Zehnstädtebundes Reichsstand ist.[76]) Die Verwandtschaft dieser Aeußerungen mit Glasers Vorschlägen ist klar. Daß sie sich schon zu festen Absichten für die Einrichtung einer Verwaltung des Elsaß verdichtet haben, ist kaum anzunehmen. Aber daß derartige Dinge überhaupt von Vertretern der französischen Regierung im Elsaß unmittelbar nach Richelieus Tode erörtert wurden, zeigt jedenfalls, daß das Elsaß jetzt französisches Kriegsziel geworden war, und daß auch hier die Maßnahmen im Innern des eroberten Landes wie in Lothringen in engstem Zusammenhang mit den Zielen der allgemeinen Politik standen.

Wie diese Erwerbung im einzelnen staatsrechtlich vor sich gehen sollte, ist nicht klar. Zweifellos hat man an die

---

[76]) Mossmann, Rev. d'Alsace 1882, S. 119 f. — Das Theatrum IV 553 f. meldet 1641, man wolle Belfort, Kolmar, Schlettstadt, Zabern, Hagenau und Mömpelgard nur noch mit Majoren oder Kapitänen besetzen und dem Gouverneur von Breisach unterstellen. Voraussetzung dafür sei aber gewesen, daß Erlach durch einen Franzosen ersetzt würde. Da Erlach nicht gegangen wäre, hätte man diesen Plan fallen lassen. — Das ist nicht wahrscheinlich, da man, soweit sich verfolgen läßt, keinen Versuch machte, Erlach aus Breisach zu entfernen.

Abtretung Straßburgs und Mühlhausens an Frankreich nicht gedacht — man sprach ja auch stets nur von der Behauptung der besetzten Plätze des Elsaß. Von beiden Städten wußte man, daß sie nicht österreichisch waren. Im übrigen haben jedoch die Franzosen die Vorstellung gehabt, daß das ganze Elsaß österreichischer Besitz sei, wobei man zwischen der Zugehörigkeit zum Reich und zum habsburgischen Hausbesitz nicht, oder doch nicht scharf, unterschied,[77]) und der Uebergang aller dieser, angeblich österreichischen Besitzungen an Frankreich war vor Richelieus Tod eine Bedingung für den allgemeinen Frieden geworden.

[77]) Vgl. Anhang S. 385 f.

Schluß.

Die Gesichtspunkte der gesamten Politik Richelieus sind gegenüber Lothringen ganz andere als gegenüber dem Elsaß. Die Erwerbung oder die Unschädlichmachung Lothringens ist schon früh eines der Hauptziele seiner Politik geworden. Es galt unter dem Druck der inneren und äußeren Lage die Gefahren, die von diesem kleinen, aber gefährlichen Nachbar Frankreich drohten, möglichst radikal zu beseitigen, wobei im einzelnen die Forderungen je nach der allgemeinen Lage stiegen oder sanken. Die Beseitigung der lothringischen Gefahr blieb aber durch alle Kriege und Verhandlungen hindurch ein integrierender Bestandteil der allgemeinen Politik. Um dieses Ziel zu erreichen, hat Richelieu Konflikte mit den auswärtigen Mächten nicht gescheut und hat vor allem seinetwillen den Krieg gegen die Habsburger fortgesetzt. So sehr er oft den Frieden gewünscht hat, die Einbeziehung Lothringens in die französische Machtsphäre war eine conditio sine qua non für den Friedensschluß.

Ganz anders ist Richelieus Stellung gegenüber dem Elsaß. Er war hier von Anfang an bestrebt, den Einfluß starker Militärmächte auszuschalten. Er hat dann in den Jahren der schwedischen Siege vor Frankreichs Eintritt in den dreißigjährigen Krieg zeitweise daran gedacht, als Gegengewicht gegen eine schwedisch-protestantische Uebermacht die französischen Grenzen bis zum Rhein vorzuschieben. Nach dem Eintritt in den allgemeinen Krieg hat die Forderung des Elsaß nie eine französische Friedensbedingung gebildet, ist nie ein Ziel gewesen, um dessentwillen man den Krieg fortsetzen wollte. Den zahlreichen Aeußerungen Richelieus, die die Behauptung und Unschädlichmachung Lothringens als unbedingtes Bedürfnis für die innere und äußere Sicherheit Frankreichs bezeichnen, stehen entsprechende Aeußerungen über das Elsaß nicht zur Seite. Das Ziel der Erwerbung des

Elsaß und damit der Rheingrenze ist so ein integrierender Bestandteil der Politik Richelieus nicht gewesen. Erst als die allgemeine politische und militärische Lage vor allem infolge der Aufstände in Katalonien und Portugal die dauernde Behauptung dieser Gebiete als möglich und leicht erscheinen ließ, hat Richelieu die Erwerbung der elsässischen und der vorder-österreichischen Gebiete in seine Kriegsziele aufgenommen, sie aber auch damals nicht mit solcher Entschiedenheit gefordert, wie Lothringen. Die Vorteile einer solchen Erwerbung für Frankreich waren klar. Die Gründe, die einst zur zeitweiligen Besetzung des linken Rheinufers geführt hatten, sprachen natürlich auch für den dauernden Besitz. Das Elsaß und Breisach in französischer Hand sicherten die französische Ostgrenze und vor allem Lothringen, sie störten die Verbindungen des spanischen Weltreichs und bildeten vor allem eine militärische und politische Einfallspforte nach Deutschland, die Frankreich starken Einfluß auf die Geschicke des Deutschen Reiches gab. „Der Appetit kommt beim Essen", so hatte Richelieu selbst mehrmals gesagt,[1]) und als die Lage es gestattete, hat er so den französischen Hunger nach Machterwerb auf das Elsaß ausgedehnt.

Nun ist für Richelieu zweifellos schon lange vor 1640 im Zusammenhang mit den Gefühlen der öffentlichen Meinung eine Erwerbung des Elsaß und des linken Rheinufers ein Zukunftsziel französischer Machtpolitik gewesen. Schon die oft zitierte Aeußerung über Straßburg aus dem Jahre 1629 zeigt das. Aber man muß zwischen solchen Zukunftshoffnungen und den Zielen der praktischen Politik scharf unterscheiden. Für diese haben jene Hoffnungen zunächst keine Rolle und auch in den letzten Jahren seines Ministeriums keine entscheidende Rolle gespielt. Richelieu ist so nicht der typische Vertreter der französischen Rheingrenzentheorie, zu dem man ihn fast durchweg gemacht hat, und nicht der Staatsmann, dessen Ziel es vom ersten Tage an gewesen ist, Frankreich die „Grenzen des alten Galliens" wiederzugeben, wie das unechte sogenannte Lateinische Testament sagt. Sein politisches Denken und Wirken stand unter ganz anderen Gesichtspunkten. Man hat ihn viel zu sehr rückblickend von der Zeit Ludwig XIV. aus gesehen und von der Tatsache aus, daß er der Wegbereiter für die französische Vormachtstellung in Europa in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts war, ge-

[1]) Lettres II 83, V 831, vergl. Mémoires I 12 (Ausgabe der Société de l'histoire I 23 f), I, 330.

glaubt, daß Richelieu selbst schon unter dem Eindruck des Gefühls einer französischen Uebermacht gestanden und gehandelt hat. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Richelieu hat, bis in den letzten Jahren seines Lebens diese Gefahr beseitigt war, stets in größter Sorge vor der Frankreich bedrohenden Uebermacht der habsburgischen Weltmacht gelebt. Ihr gegenüber will er ein Gleichgewicht in Europa herstellen und zwar ein Gleichgewichtssystem, das alle anderen europäischen Mächte einte und gegen die habsburgische Uebermacht in die Wagschale warf. Frankreichs Macht allein erschien ihm stets zu schwach als Gegengewicht gegen Habsburg. Richelieu hat nie geglaubt, auf Frankreichs Machtmittel gestützt, den Meister in Europa spielen zu können, der nach einem festen und lange vorgesetzten Plan die allgemeine Politik leiten konnte. Schon dadurch verbot sich eine auswärtige Politik, die sich zum starren Ziel die Erwerbung der Rheingrenze nahm. „Das Leben des Menschen, vor allem das großer Könige" — so heißt es einmal in den Memoiren —, „ist ein Würfelspiel, zu dem Glück und die Fähigkeit, dasselbe auszunutzen, gehört. Das Schicksal zu lenken, steht nicht in menschlicher Macht, aber wir müssen fähig sein, das zu benutzen, was es uns schickt und aus dem Glück den möglichsten Vorteil zu ziehen, aus dem Mißgeschick so wenig wie möglich Schaden entstehen zu lassen."[2]) Seine Politik ist so nie starr festgelegt, sondern sie folgt den Ereignissen und benutzt sie und steht nur unter dem einen, alles beherrschenden Ziel: die französische Machtstellung zu sichern und wenn möglich zu vermehren.

Sich von festgelegten Theorien, wie der von der Rheingrenze oder der „natürlichen" Grenze, leiten zu lassen, entsprach daher überhaupt nicht dem Wesen der Politik Richelieus, die stets ganz real und nüchtern war. Man darf den Staat nicht nach Maximen, die aus den Büchern gezogen sind, regieren, denn die Vergangenheit läßt sich nicht auf die Gegenwart übertragen, so sagt er in seinem Politischen Testament.[3]) Und dieses überhaupt ist ganz auf den Grundton gestimmt, daß der Staatsmann sich nicht von gefühlsmäßigen Erwägungen oder von Leidenschaft verblenden lassen darf, sondern kühl, vorsichtig und mit Zurückhaltung nur der Vernunft folgen, das für möglich und notwendig Erkannte aber mit Energie durchführen soll. Noch in sein Testament nimmt

---

[2]) Mémoires II 435 f., vgl. Testament I 204, Fragments 735, 767.
[3]) Testament I 267.

er den Rat auf, einen langen Krieg zu vermeiden,[4]) und betont, daß ein Staatsmann fast in allen Dingen wie mit einem Bleigewicht am Fuße gehen müsse.[5]) Er tadelt diejenigen, die allzu kühn und leichtsinnig Unmögliches versuchen, ohne die Folgen zu bedenken, und bezeichnet als erstes Erfordernis der Staatskunst, das Mögliche und Unmögliche abzuwägen und stets der Vernunft und der realen Erkenntnis der eigenen und fremden Machtverhältnisse zu folgen.[6]) Diese Kunst hat er meisterhaft verstanden. Er hatte, wie Ranke einmal sagt, das treffende Gefühl für das Ausführbare, was den großen Staatsmann charakterisiert, und war seinen Gegnern dadurch überlegen, daß er mehr als sie die wesentlichen Verhältnisse der europäischen Staaten erfaßt hatte.[7])

Nüchtern und kühl und doch mit tiefster Leidenschaft für die Größe seines Staates und dem mit ihr verbundenen eigenen Ruhm, mit einer eisigen Glut, hat er so seine Politik geführt, auch gegenüber Lothringen und dem Elsaß. Nicht mit dem Gefühl, daß diese Gebiete alter Besitz Frankreichs seien und deshalb unter allen Umständen erobert werden müßten,[8]) ist er an die elsässische und lothringische Frage herangegangen. Seine Politik ist auch hier ganz real und bodenständig erwachsen aus den Abwandlungen der allgemeinen Lage, aus den Bedürfnissen der inneren und äußeren Politik und dem Ausdehnungsdrang des französischen Machtstaates, der sich erst voll fühlbar machen konnte, als in den letzten Jahren Richelieus der spanisch-habsburgische Gegendruck nachzulassen begann.

---

[4]) Testament I, 243 ff. Diese Stelle stammt nach der Formulierung zweifellos aus der Zeit vor dem Eintritt in den Krieg, wie auch kurz vorher von den Erfahrungen einer 25jährigen Regierung des Königs — also 1635 — gesprochen wird. Ihre Aufnahme in das Testament ist trotzdem sehr bezeichnend.

[5]) „à pas de plomb", Testament I 276 ff.

[6]) Vgl. vom Testament vor allem noch II 6 ff., ferner Charavay, S. 96, Fragments S. 793, Lettres VII 882.

[7]) Ranke IX 404, XXXVI 463.

[8]) Aehnlich trat ja auch später Bismarck an die elsaß-lothringische Frage heran, mit dessen Politik die Richelieus überhaupt viel Verwandtes hat.

Anhang.

I. Das sogenannte „lateinische Testament Richelieus".

Die Beurteiler Richelieus, die in ihm den typischen Vertreter der Rheingrenzentheorie sehen und daher seine gesamte Politik unter diesen Gesichtspunkt stellen, stehen dabei fast durchweg unter dem Eindruck des sogenannten „lateinischen Testaments" und begründen ihre Auffassung mit den Ausführungen desselben. Dies lateinische Testament enthält den Grundsatz des Rheins als alter Grenze Galliens und der „natürlichen Grenzen" in aller Schärfe und bezeichnet ihn als Grundlage der Politik Richelieus. Der wichtigste Satz lautet: „Hic igitur Ministerii mei scopus, restituere Galliae limites, quos natura praefixit: reddere Gallis regem Gallum, confundere Galliam cum Francia et ubicumque fuit antiqua Gallia, ibi restaurare novam.[1])

Ranke druckt das „lateinische Testament" in den Analekten zur „Französischen Geschichte" ab, unter dem Titel: „Text des ursprünglichen Testamentum politicum".[2]) In erläuternden Bemerkungen bezeichnet er dasselbe als den „Entwurf zu einer Vorrede oder vielmehr Dedikation" des Testament politique[3]) und folgert hieraus, daß der ursprüngliche Plan für das Testament politique sehr viel umfassender gewesen sei, als er in demselben tatsächlich zur Ausführung kam.[4]) Die Unterschiede zwischen den beiden Testamenten sind nun aber wesentlich größer, als daß man sich mit dieser Erklärung begnügen könnte. Es handelt sich vor allem nicht nur um Unterschiede in der Ausführung und Anlage, sondern um große Verschiedenheiten in der politischen Auffassung. In den Fragen der auswärtigen Politik vertritt das

---

[1]) Ranke XII 191.
[2]) Ranke XII 191 ff.
[3]) Vgl. unten S. 424 f.
[4]) Ranke XII 190.

Testament politique einen sehr zurückhaltenden Standpunkt, vor allem wird ein Streben nach Wiederherstellung der Grenzen des alten Gallien überhaupt nicht erwähnt,[5]) während im lateinischen Testament die Theorie vom alten Gallien die Grundlage bildet und der Eroberungsstandpunkt äußerst scharf zum Ausdruck kommt. Um den Entwurf einer Widmung kann es sich also bei dem lateinischen Testament nicht handeln. Das wird noch dadurch bestätigt, daß das lateinische „Testamentum politicum" in der Ueberlieferung durchweg mit einem Testamentum Christianum zusammensteht und mit diesem auch zweifellos zusammengehört. Zwei Widmungen sind aber wenig wahrscheinlich. Die eigentliche Widmung ist außerdem bekannt und steht an der Spitze des Testament politique.[6])

Es brauchte deshalb dem lateinischen Testament die Urheberschaft Richelieus noch nicht abgesprochen zu werden, wenn es sonst Beweise für sie gäbe. Aber diese fehlen und auch Ranke führt keine an. Er sagt, das Testamentum politicum läge bei Dupleix vor.[7]) Dieser selbst aber bezeichnet es als einen Epitaph zum Lobe Richelieus „sous le titre de Testament politique".[8]) Auch Siri, der es ebenfalls abdruckt, charakterisiert es in der gleichen Weise.[9]) Als Werk Richelieus wird es in einer Ausgabe aus dem Jahre 1648 bezeichnet. Es heißt dort: „Tres ante obitum dies perfecit et dictavit Testamentum politicum".[10]) Ferner hat Foncemagne in der ersten Ausgabe seiner Streitschrift gegen Voltaire, in der er die Echtheit des Testament politique beweist, auch den Nachweis für die

---

[5]) Vgl. z. B. Testament I 243 f., II 65 f.

[6]) Testament I, Einleitung, Auszug in Lettres VII 300, Anal. 3.

[7]) Dupleix II 362 ff.

[8]) Dupleix II 356: „De toutes ces Epitaphes, qui contiennent ses Eloges, je rapporterai seulement trois Latines. . . . . La I. sous le titre de Testament Chrestien . . . ., La II. sous le titre de Testament politique, contient la fin qu'il s'estoit proposée en son Ministère d'estat et les moiens dont il s'est servi pour y parvenir. La III. a esté composée pour estre mise sur son tombeau."

[9]) Siri, Mercurio II, 1553: „In sua lode uscirono da penne erudite e eleganti tanto in verso quanto in prosa varii spiritotissimi Elogii, Panegirici, et altri generi di compositione, delle quali m'e parso benne d'innestarne qui le seguenti." Es folgen darauf das Testamentum Christianum, das Testamentum politicum und ein Epitaphium Sorbonicum.

[10]) Schlußbemerkung in: Cardinalis Richelii Testamentum Geminum christianum et politicum, Paris 1648.

Echtheit des lateinischen Testaments zu führen versucht.[11]) Foncemagne selbst widerruft aber in der zweiten Ausgabe seiner Schrift über das Testament politique diesen Beweis und sagt, es handle sich bei dem Testamentum politicum um eine zuerst 1643 in Lyon gedruckte Flugschrift des Jesuiten Pièrre Labbé, von der er selbst ein Exemplar in der Hand gehabt habe.[12])

Das Testamentum politicum befindet sich auch tatsächlich in der Sammlung der zahlreichen von Pierre Labbé verfaßten Elogia, zusammen mit dem Testamentum Christianum und einigen anderen Elogien auf Richelieu.[13]) In dem Druckprivileg für diese Sammlung heißt es ausdrücklich, daß die darin enthaltenen Elogia von Labbé verfaßt sind.[14]) Auch zeigt die Durchsicht der Sammlung ohne weiteres, daß alle diese Elogia von einem Verfasser herrühren. Das Testamentum politicum ist zweifellos stilistisch und inhaltlich eines der besten Stücke der Sammlung, aber es gehört nach Stil, Anlage und Anschauung unbedingt mit all den anderen Elogien Labbés zusammen. So ergibt sich nicht nur das Fehlen von Beweisen für die Autorschaft Richelieus, sondern Pièrre Labbé ist sicher der Verfasser.

Zweifelhaft bleibt nur, wie der Schlußsatz: „Accipe librum" hineingekommen ist, der Foncemagne zunächst für die Urheberschaft Richelieus eintreten ließ und wohl auch Ranke zur Bezeichnung des Testamentum Politicum als Entwurf einer Widmung veranlaßt hat. Es ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß schon bei Richelieus Tod die Existenz eines

---

[11]) Foncemagne S. 81 ff.

[12]) Diese zweite, erweiterte Ausgabe des Lettre sur le Testament politique befindet sich in Testament II, Anhang, vgl. dort II, 127.

[13]) Der Titel der Sammlung lautet: Patri Labbe e societate Jesu Elogia sacra, theologica et philosophica, regia, eminentia, illustria, historica, poetica. Erste Ausgabe Grenoble 1664. Das Testamentum steht S. 186, in Buch IV, das den Titel „Elogia Eminentia" hat, zusammen mit dem Testamentum Christianum und anderen Elogia auf Richelieu, darunter auch das bei Siri, Mercurio II 1558 und Dupleix II 368 abgedruckte Epitaphium Sorbonicum.

[14]) „Elogia haec omnia, quas scripsit Petrus Labbe . . . .". Das bezieht sich zweifellos auf die ganze Sammlung, die außer den eigentlichen Elogien zahlreiche der äußeren Form nach nicht als Elogien aufgebaute Stücke enthält, z. B. „Votum pro Delphino, ut sit parenti similis", S. 144; „Educatio regia Ludovici Decimi Quarti, Christiana et Politica", in drei Teilen S. 147 ff.; Epistola Urbani VIII summi pontificis ad illustrum Toerasium", S. 224; „Hungaria ad principes Christianos" S. 142. Auch in anderen Stücken der Sammlung wird, wie im Testamentum politicum, die erste Person des Gefeierten angewendet, z. B. in der schon erwähnten „Educatio Regia", und in „Ludovici XIV periculose aegrotantis paraennesis ad fratrem", S. 159.

politischen Testaments bekannt gewesen ist, wenn es auch erst 1688 veröffentlicht wurde. Labbé mochte sich für seine Flugschrift eine besondere Wirkung versprechen, wenn er sie unter dem Namen eines Testaments Richelieus erscheinen ließ und zur Bekräftigung im Schlußsatz eine Art Widmung an den König hinzufügte, die mit dem Inhalt der Flugschrift in sehr losem Zusammenhang steht. Ob dieser Schlußsatz auf reiner Phantasie oder auf Gerüchten über den Inhalt des Testament politique beruht, ist nicht zu entscheiden. Jedenfalls kann Labbé dasselbe nicht gekannt haben, da es streng geheim gehalten wurde und die von ihm angegebene Disposition dem Testament politique in keiner Weise entspricht.

In der deutschen historischen Literatur wird das Testamentum politicum fast durchweg für echt gehalten. Nur Boehn erwähnt, wahrscheinlich auf Grund der zweiten Ausgabe Foncemagnes, ohne weitere Ausführungen und Beweise die Autorschaft Labbés.[15]) Auch Schulte sagt, Richelieu habe das Testamentum politicum nicht geschrieben, ebenfalls ohne weitere Darlegungen, meint aber, die dort vertretene Anschauung sei das „Leitmotiv" seiner Politik gewesen.[16])

Die eigentliche französische Richelieu-Literatur des 19. Jahrhunderts hat, soweit ich sehe, das Testamentum politicum nirgends erwähnt, hält es also wohl nicht für echt. Trotzdem bildet es auch in der französischen historischen wissenschaftlichen und populären Literatur fast überall die Grundlage für die Beurteilung Richelieus. Nur Sorel, Flach und Babelon bezweifeln seine Echtheit, halten es jedoch für den vollkommenen Ausdruck seines Geistes.[17]) In der Bibliographie Lelongs wird es weder unter Richelieu noch unter Labbé aufgeführt.

H. Martin sucht in etwas merkwürdiger Weise die Tatsache der Niederschrift durch Labbé mit der Auffassung von der Echtheit und der Anschauung Rankes zu vereinigen. Er bezeichnet das Testamentum politicum u n d das Testamentum Christianum als eine Widmung zum Testament politique, die Richelieu dem Jesuiten Labbé diktiert habe.[18]) Diese Annahme ist eine ganz willkürliche Kombination, für die Martin keinerlei Beweise gibt, und hat weder innere noch äußere Wahrscheinlichkeit für sich. Allerdings ist Labbé Anfang

---

[15]) Boehn S. 10.
[16]) Schulte S. 137.
[17]) Sorel I 277 f., Flach, Les affinités S. 76, Babelon II 261, 275.
[18]) H. Martin XI 576, 216, A. 1; ihm folgt Trauttwein von Belle, S. 28, Anm.

1642 in Paris gewesen. Richelieu empfiehlt ihn am 3. März in einem Brief aus Avignon an Condé aus Anlaß eines Prozesses, den der Jesuit zu führen hatte.[19]) Sonst wird Labbé in den Schriften und Akten von und über Richelieu nirgends erwähnt, vor allem gehört er weder zur Umgebung Richelieus noch zu den Sekretären, denen dieser seine Briefe und Schriften zu diktieren pflegte.[20])

Die verschiedenen Drucke des Testamentum politicum[21]) weisen zahlreiche Unterschiede auf, die sich in der Hauptsache als Schreibfehler oder Mißverständnisse des Abschreibers oder als Auslassungen erklären und die meist in mehrere Ausgaben übergegangen sind. Alle Ausgaben aber außer der in der Sammlung der Elogia Labbés gehen auf eine gemeinsame Grundlage zurück, die von der Wiedergabe in der Ausgabe der Elogia im Text und teilweise auch im Inhalt Unterschiede zeigt. Hervorzuheben ist dabei, daß die rein antispanische Tendenz in der Sammlung Labbés weniger stark zum Ausdruck kommt. Spanien wird dort namentlich nicht erwähnt, sondern an allen Stellen, wo in den anderen Texten Spanien genannt ist, wird es hier umschrieben, beziehungsweise die habsburgische Gesamtmonarchie genannt.[22]) An Stelle der mit Katalonien geschlossenen Freundschaft wird in der Ausgabe der „Elogia" die englische Freundschaft erwähnt.[23]) An Stelle der bekannten Worte: „Sic ostendi orbi praeterire aetatem Hispaniae et redire saeculum Galliae",[24]) steht die sehr viel schwächere Fassung: „sic obtuli libertatem gratuitam, cum ostendi Ludovicum Patronum Europae esse velle, non

---

[19]) Lettres VII 1053, Anal. 7.

[20]) Ueber die Sekretäre vgl. Avenel in der Einleitung der Lettres I, XVI ff. In der „Grande Encyclopédie" wird Labbé (1594—1678) als „poète et archéologue français" bezeichnet. Er wurde 1612 in den Jesuitenorden aufgenommen und war nacheinander Rektor der Kollegien von d'Arles, Grenoble und Lyon. Auch die „Biographie universelle" und die „Nouvelle biographie générale" erwähnen außer der Aufzählung einiger Schriften keine weiteren Tatsachen aus seinem Leben.

[21]) Außer den schon erwähnten Drucken bei Labbé, Siri, Dupleix, Foncemagne und der Pariser Ausgabe 1648 wurde eine in Freistadt erschienene Ausgabe des Jahres 1670, im Anhang zu Forstners:Epistola sive judicum de moderno imperii statu, verglichen.

[22]) Z. B. S. 191, Zeile 18 (zitiert nach den Seiten- und Zeilenzahlen bei Ranke XII): Obstabant hostes Galliae statt obstabat Hispania; S. 192, Zeile 19: majestas externa statt Hispania; S. 192, Zeile 25: externam statt Madritensen und entsprechend an anderen Stellen.

[23]) Ranke XII S. 193, Zeile 20—21.

[24]) Ranke XII S. 193, Zeile 25—26.

Dominum". Das Streben nach der Wiederherstellung des alten Gallien ist jedoch auch im Text der Sammlung Labbé mit aller Schärfe ausgedrückt.[25])

Aus dem Inhalt des Testamentum politicum selbst ist bei der Allgemeinheit aller zeitgeschichtlichen Angaben ein bestimmter Anhalt dafür, ob dasselbe vor oder nach dem Tode Richelieus verfaßt wurde, nicht zu erhalten. Die spätesten Ereignisse, deren Kenntnis sicher ist, sind die französischen Erfolge in Katalonien und Portugal vom Jahre 1641.[26]) Nach den vorausgegangenen Ausführungen ist aber als Abfassungszeit die Zeit kurz nach dem Tode Richelieus — der erste große Druck der Flugschrift erschien 1643 — zweifellos.

II. Die geheimen Verhandlungen Richelieus mit Spanien nach dem Ausbruch des offenen Krieges.

Für die Beurteilung der allgemeinen Politik Richelieus, wie vor allem der Frage, wieweit die von Richelieu bis 1640 gemachten Versprechungen auf Rückgabe des Elsaß im allgemeinen Frieden ehrlich gemeint waren, sind die von Richelieu im strengsten Geheimnis mit Spanien geführten Verhandlungen von großer Wichtigkeit.

Diese Verhandlungen begannen, soweit sich verfolgen läßt, im Jahre 1636. Die Hauptrolle spielte bei ihnen ein verbannter französischer Edelmann Pujols, der sich zu-

---

[25]) Es finden sich in der Sammlung Labbé zahlreiche Stellen, an denen von der Wiederherstellung des alten Galliens in ganz ähnlicher Weise gesprochen wird, wie im Testamentum Politicum, z. B. S. 164: in „Horoscopus Delphini, ex parentum aspectu": . . . . „antiquas repetes patrias, fuit orbis eous Gallicus"; S. 172: in „Iter Germanicum Auguyeni ducis": . . . . „reddidisses Ludovico quod divisere Ludovici, restituisses Galliam ubi olim Gallia erat, distinxisses Regna linguis, et quisquis Gallice loquitur Gallus esset"; S. 189: in „Epitaphium Sorbonicum": . . . „primum illi bellum cum haereticis fuit: — — Alterum bellum pro Gallia contra Galliam gessit, tertio bello fecit maiorem Galliam et minorem Hispaniam"; S. 197: in Elogium auf Mazarin: „Nulla urbs est intra Galliam quae non sit Gallica et multas extra Galliam sunt Gallicae — — Tertius ministerii tui scopus fuit extendere regnum, et reddere Galliae limites quos natura ipsa donarat"; S. 243: in Elogium auf D'Argenson: . . . . „Lotharingias persuasit, ut vellet esse pars Galliae, Rheno ut vellet esse limes, Alpibus ut vellent esse Gallicae." Diese Stellen zeigen auch die oben behauptete stilistische und inhaltliche Verwandtschaft des Testamentum politicum mit den anderen Stücken der Sammlung Labbé.

[26]) Ranke XII 193, Zeile 4—9, 22—23.

nächst in England aufhielt.[1]) Von dort aus eröffnete er einen Briefwechsel mit der spanischen Regierung, mit Wissen und wahrscheinlich auf Veranlassung Richelieus, wie aus einem Brief desselben vom 22. Juni 1636 hervorgeht. Richelieu fürchtete jedoch, Olivarez könnte durch Pujols' Briefe den Glauben bekommen, Frankreich suche den Frieden oder wolle ihn ohne seine Verbündeten schließen. Er befahl daher Pujols, den Spaniern zu schreiben, sie sollten weder nach England noch nach Frankreich schicken, was Frankreich von allen Verhandlungen abbringen werde, da man nicht ohne die Bundesgenossen verhandeln wolle. Er ließ dagegen den Wunsch nach einem allgemeinen Friedenskongreß aussprechen.[2]) Bei aller notwendigen Vorsicht hat Richelieu Pujols also keineswegs befohlen, die Verhandlungen abzubrechen. Man schickte vielmehr in demselben Jahr einen Sieur Cenamy nach Spanien, ohne daß Näheres über dessen, zweifellos erfolglose Sendung bekannt ist.[3]) Pujols selbst hat sich anscheinend Ende 1636 nach Madrid begeben.

Anfang 1637 schickte Richelieu den Provinzial der Franziskaner der Champagne, Bach, nach Spanien, unter dem Vorwand, dort Reliquien zu holen. Man unterrichtete ihn sehr ausführlich über die französischen Friedensbedingungen.[4]) Bach sollte mit den spanischen Franziskanern über die Friedensbedingungen sprechen und auch versuchen, persönlich zu Olivarez zu kommen. Wenn man in Spanien Entgegenkommen zeigte, so sollte er veranlassen, daß ein spanischer Franziskaner zu Noyers mit den spanischen Forderungen nach Paris komme. Natürlich sollte Bach, dessen Sendung man auch sonst mit allen Mitteln der Geheimhaltung umgab, nicht sagen, daß er zum Zwecke von Unterhandlungen nach Spanien komme und offiziell über die Friedensbedingungen informiert sei. Er sollte vielmehr angeben, daß er persönlich häufig mit Noyers gesprochen habe, der über die französische

---

[1]) Vgl. die Notiz der spanischen Kanzlei über Pujols, Canovas II 390 ff. — Pujols war im Dienste des Prinzen Thomas von Savoyen in die Intriguen Montaigues verwickelt gewesen und deshalb verbannt worden. Er blieb, obwohl verärgert, in Beziehungen zu Thomas, dessen geheime Briefe er anscheinend an Richelieu verriet. Avenel, Rev. des questions hist. IV 174 ff., vgl. auch Lettres II 312 und III 219. 1634 war Pujols in Spanien, Lettres IV 568 und A. 1. Vgl. auch den undatierten Brief bei Aubery V 491 f.

[2]) Lettres V 490 f.

[3]) Siri VIII 362, Fagniez II 394.

[4]) Vgl. oben S. 201.

Politik im allgemeinen unterrichtet sei.[5]) Eine Folge hat diese Gesandtschaft Bachs, die sich nicht weiter verfolgen läßt, anscheinend nicht gehabt.

Pujols selbst war, wie erwähnt, von England nach Madrid gegangen, wo der Staatsrat am 28. März 1637 über ihn verhandelte und betonte, daß er keine Vollmachten habe.[6]) Trotzdem war Pujols zweifellos im Auftrage Richelieus in Madrid. Ein Brief an ihn vom 22. Mai erkundigte sich danach, ob Bach in Madrid gewesen sei und teilte mit, daß man diesen zurückrufe, um Pujols allein die Verhandlungen führen zu lassen. Gleichzeitig ließ Richelieu eine Besprechung vertrauter Persönlichkeiten an der spanisch-französischen Grenze vorschlagen.[7]) In zahlreichen weiteren Briefen an Pujols betonte man die französische Friedensliebe, erklärte aber, daß man nur einen allgemeinen Frieden mit Einschluß der Verbündeten wolle. Man trat ferner für einen langen Waffenstillstand unter Wahrung des derzeitigen Besitzstandes ein, mit dem auch der Kaiser einverstanden sei und betonte, daß Frankreich dadurch nicht etwa im Besitz seiner Eroberungen bleiben wolle, sondern in dem Stillstand das einzige Mittel für einen allgemeinen Frieden sehe. Man bemühte sich, von Spanien Pässe für die Protestanten, vor allem für Holland, zu erhalten und wies darauf hin, daß die Verhandlungen streng geheim bleiben müßten; aus Madrid seien leider Nachrichten über sie nach Brüssel durchgedrungen.[8]) Trotzdem man von Olivarez keine oder keine befriedigende Antworten erhielt und selbst von dessen geringer Friedensneigung schrieb, hat man im Laufe des Jahres 1637 diese Vorschläge immer wieder erneuert.[9])

Zu Beginn des Jahres 1638 bemühte sich Richelieu, einen spanischen Unterhändler unter dem Vorwand einer Durch-

---

[5]) Lettres V 738 ff., vgl. Fagniez II 394 f. Auch Richard S. 395 f. erwähnt diese Gesandtschaft und spricht von mehreren Unterredungen Bachs mit Olivarez.

[6]) Canovas II 396 f.

[7]) Lettres VIII 313.

[8]) Auch Grotius erfuhr von diesen Verhandlungen, allerdings nur von der Tatsache, daß verhandelt wurde, nicht von dem Inhalt. Grotius Ep. 745 (Oxenstierna II 2, 337, Nr. 136), Ep. 790.

[9]) Vgl. die Briefe an Pujols vom 22. und 28. Mai, 5. und 8. August, 6. und 12. September, 3. und 8. November und 10. Dezember, Lettres VII 1024, Anal. 10, VIII 313, 315, 316, VII 776 ff., VIII 319, VII 779 f., 781, vgl. auch V 1054, Anal. 4. Ein zusammenfassender spanischer Bericht — Canovas II 396 ff. — erwähnt außerdem Briefe vom 28. Mai, 24. August, 15., 18., 19. und 21. September. Es handelt sich also um außerordentlich zahlreiche Schreiben.

reise nach den Niederlanden nach Paris zu bringen und stellte diesem — Salamanca — einen Paß aus.[10]) Richelieu ließ sogar in Aussicht stellen, daß er im Sommer nach Bayonne kommen werde, um dort persönlich zu verhandeln.[11]) In Briefen vom 6., 8. und 12. Februar schlug man dann einen Waffenstillstand unter folgenden Bedingungen vor: Allgemeiner Stillstand von mindestens 12 Jahren, Wiederaufnahme des Handels, jeder behält seine Eroberungen, sofort nach Abschluß des Stillstandes beginnen die Friedensverhandlungen, die depossedierten Fürsten erhalten ein Drittel ihrer Einkünfte.[12]) Frankreich erklärte sich ferner bereit, während des Stillstandes Landrecies und Cambrésis zurückzugeben, wenn Spanien dasselbe mit Le Catelet mache.[13])

Am 6. Mai 1638 traf tatsächlich Salamanca im Auftrag Olivarez' in Paris ein. Richelieu gab persönlich die genauesten Anweisungen, um seine Anwesenheit streng geheim zu halten, auch sollte Salamanca überwacht werden, damit er mit niemand sprechen könnte. Die Unterhandlungen mit ihm wollte Richelieu nicht persönlich führen, sondern durch Chavigny führen lassen, der auch die Briefe an Pujols unterzeichnete. Salamanca forderte, auch den Nuntius und den venetianischen Gesandten zu sehen, was Richelieu zunächst nach Bedenken gestattete, dann aber vorläufig wieder zurücknahm, um erst das Ergebnis der Verhandlungen abzuwarten. Chavigny sollte zunächst die Vorschläge Salamancas anhören. Die von Pujols übersandten Antworten Olivarez' — Waffenstillstand von 40 Tagen, Verhandlungen an der Grenze oder langer Waffenstillstand unter den gleichen Bedingungen wie denen des Friedens — bezeichnete Richelieu als unannehmbar. Als seine Friedensbedingungen stellte er auf: Liga in Italien und Deutschland zum Schutz des Friedens, gegenseitige Restitution, Durchführung des Vertrages von Monçon,

---

[10]) Lettres VII 784, 183, Anal. 2.

[11]) Lettres VII 783 f., vgl. den Brief vom 29. Januar 1638, VIII 323.

[12]) Diese Vorschläge werden in einem Brief vom 16. Februar erneuert, Canovas II 398 f. Lettres VII 1030, Anal. 9, erwähnen auch einen Brief vom 15. April 1638.

[13]) Siri VIII 676 ff., Richard S. 396 f., Fagniez II 395. Ranke IX 356, A. 1, erwähnt einen Brief von Joseph in dieser Angelegenheit. Vgl. auch die Notiz Richelieus für den König vom 8. März 1638, in der er diesem klar zu machen sucht, daß man diese Verhandlungen führen könne, da ja auch die Bundesgenossen Frankreichs über den Frieden verhandelten. Der König scheint wegen der Bundesgenossen Bedenken gehabt zu haben. Lettres VIII 325 f.

Behauptung von Lothringen und Pignerol.[14]) Salamanca wollte seine Eröffnungen nicht an Chavigny, sondern nur an Richelieu persönlich machen. Dieser fand das bedenklich, aber ihn nicht zu sehen, könne noch schädlicher sein. Er erklärte sich daher am 10. Mai bereit, Salamanca zu sehen und zweifellos hat eine Unterredung stattgefunden, über deren Inhalt natürlich nichts Zuverlässiges bekannt ist. Eine Instruktion von Olivarez hatte Salamanca beauftragt, die gegenseitige Rückgabe aller Eroberungen zu fordern und für Maria, die Mutter des französischen Königs, einzutreten. Frankreich sollte sich mit Pignerol begnügen und Lothringen als spanischen Verbündeten behandeln.[15]) Diese Forderungen hat er wohl auch vorgetragen und ein Brief Richelieus vom 29. Juli bezeichnete seine Bedingungen als zu hart für die französische Reputation.[16]) Die Verhandlungen sind also ergebnislos verlaufen. Salamanca hat wohl sicher Paris sofort wieder verlassen, denn Richelieu hatte schon bei seiner Ankunft befohlen, daß er sofort wieder abreisen sollte, wenn er nichts Neues zu bieten habe, ohne daß die Verhandlungen mit Pujols deshalb abgebrochen werden sollten.[17])

Diese Unterhandlungen gingen daher weiter, obwohl Richelieu — wohl unter dem Eindruck der spanischen Bedingungen — zu Chavigny gesagt hatte, er argwöhne, daß Pujols der Gegenseite diene und ihn als falsch — fourbe — bezeichnete.[18]) In weiteren Briefen an Pujols betonte man die französische Friedensliebe, Spanien sollte aber nicht danach streben, Frankreichs Verbündete von ihm zu trennen, wie auch Frankreich es nicht mit denen Spaniens versuche. Man wies auf das gegenwärtige Gleichgewicht der militärischen Kräfte hin und suchte den Unterschied zwischen Lothringen, dessen Herzog Rebell wäre, und Holland auseinanderzusetzen, wogegen Olivarez Widerspruch erhob. Frankreich erklärte sich bereit, Landrecies und Damvillers zurückzu-

---

[14]) Vgl. oben S. 208.
[15]) Canovas II 401 ff.
[16]) Lettres VIII 340, A. 1.
[17]) Lettres VI 34 ff., 34, A. 2, 37, 38, VII 1031, Anal. 9, 10, VIII 328, 329, 329 f. — Capefigue VI 15 ff. gibt einen Bericht Salamancas über eine Unterredung mit Richelieu vom 14. Mai 1639 wieder, der nach den äußeren Umständen, die berichtet werden, den Verhandlungen vom Mai 1638 entsprechen muß. Der ganze Inhalt des Berichtes ist aber unmöglich, Richelieu spricht von Verlust Pignerols, Salamanca davon, daß im Stillstand nicht restituiert werden dürfe usw. — Vgl. Siri VIII 679, Fagniez II 396 f., Richard S. 398 f.
[18]) Lettres VI 38.

geben, wollte aber Lothringen behalten.[19]) Als am 15. November neue Briefe Pujols' in Paris eintrafen, befahl Richelieu sie ihm zu schicken, jedes Wort sei wichtig.[20]) Da man aus diesen Briefen anscheinend die Geneigtheit Spaniens zum Frieden entnahm, schickte man Pujols bald darauf die genauen französischen Friedensbedingungen.[21]) Als darauf wieder keine Antwort kam, verlangte man eine solche dringend in einem Brief an Pujols vom 24. Dezember. Frankreich habe schon lange seine Bedingungen für den Waffenstillstand wie für den Frieden geschickt. Man forderte ferner Pässe für die französischen Verbündeten nach Köln.[22]) Einen Monat später beklagte man sich darüber, daß die Spanier eine von ihnen selbst vorgeschlagene Kurierverbindung nicht eingehalten hätten und in einer so wichtigen Sache so wenig Sorgfalt zeigten.[23]) Obwohl die Spanier in keiner Weise entgegenkamen, schrieb man am 15. Februar 1639 wiederum an Pujols: Olivarez' Antworten gäben zwar wenig Hoffnung auf einen Abschluß, trotzdem wolle Frankreich den Frieden. Man betonte das Recht der Eroberung — zweifellos mit Bezug auf Lothringen — und erklärte, Frankreich sehe in dem Waffenstillstand nur den Uebergang zum Frieden.[24]) Am 28. August trafen neue Antworten von Pujols ein.[25]) Wahrscheinlich handelte es sich dabei um einen undatierten Brief von Olivarez an Chavigny aus diesem Jahre, in dem die Anerbieten Richelieus mit Spott abgetan wurden.[26]) In Schriftstücken für den spanischen König hat Olivarez mit Hinweis auf diesen Briefen an Richelieu von dessen leichtsinniger Unverschämtheit gesprochen und gesagt, Richelieu ver-

---

[19]) Vgl. die Briefe vom 15. August und 15. September, Lettres VIII 340, VII 1036, Anal. 7. In Canovas II 400 wird von Briefen vom 30. Juli und 5., 18. und 29. Oktober gesprochen. Lettres VI 738, Anm., erwähnen noch einen Brief vom 27. Mai. Am 30. Juli mahnte Pujols Chavigny, ihm Antwort zu schicken; er habe seit dem 27. Mai nichts gehört. Am 30. Juli hatte man jedoch wieder an ihn geschrieben. Am 8. September meldet Pujols, Olivarez wolle ihn überwachen lassen, wenn die Verhandlung „ne changeoit pas de face". — Am 13. September schreibt Richelieu über aus Rom kommende Nachrichten, daß Spanien zum Frieden dränge, man sei auf anderem Wege besser unterrichtet, Lettres VI 169.

[20]) Lettres VI 240.

[21]) Lettres VI 241 f., vgl. oben S. 210.

[22]) Lettres VIII 349, vgl. VIII 349, A. 4.

[23]) Lettres VIII 351 f.

[24]) Lettres VIII 352; dort noch ein Brief vom 18. März.

[25]) Lettres VI 501;

[26]) Canovas II 408 f.

handle nicht ehrlich. Er wolle für 12 Jahre — des Stillstandes — nicht mehr oder weniger als Elsaß und Lothringen.[27]) Von weiteren Verhandlungen in diesem Jahre ist dann nichts bekannt.[28])

Es ist damals aber noch von anderer Seite der Versuch von Verhandlungen gemacht worden, und zwar ging dieser Versuch aus von dem spanischen General und Gouverneur in Italien Léganès, der für einen seiner Ratgeber, den Abt Vasques, um einen Paß und die Erlaubnis zu einer persönlichen Unterredung mit Richelieu bat, um diesen und Olivarez zu einigen.[29]) Vasques verhandelte damals mit dem Kardinal de la Valette über den Waffenstillstand in Italien und über die Angelegenheiten des Prinzen Thomas von Savoyen. Bei den Verhandlungen mit Richelieu sollte es sich jedoch nicht nur um die italienischen Dinge handeln. Der Abt sagte vielmehr zu de la Valette, der darüber am 20. August 1639 an Richelieu berichtete: Man darf sich nicht mit einem Sondervertrag für Italien begnügen, sondern nur mit einem allgemeinen. Man solle sich nicht mit den Phantasien des Prinzen Thomas von Savoyen, noch mit denen des Herzogs von Lothringen amüsieren, sondern die Interessen der Hauptverbündeten, nämlich Hollands und Schwedens von seiten Frankreichs und des Kaisers von seiten Spaniens, berücksichtigen.[30]) Richelieu antwortete darauf am 25. August, man müsse sehen, was diesem Anerbieten zugrunde liege und gleichzeitig mit Thomas und den Spaniern verhandeln. Er fügte hinzu: Ich gestehe, der Vorschlag von Vasques, daß Spanien den Kaiser, Frankreich aber Schweden und Holland berücksichtigen solle, bewegt mich sehr — „me touche grandement au coeur" —, da ich den allgemeinen Frieden mehr als mein Leben wünsche. Richelieu erklärte sich daher bereit, den Abt zu sehen und zwar, wie die Spanier wünschten, auch öffentlich, wenn man gewiß sei, daß er gerechte Bedingungen vor-

---

[27]) Canovas II 407 f., 4100 ff. Es handelt sich dabei um Richelieus Forderung, die eroberten Gebiete während des Stillstandes zu behalten. Im übrigen rechnete die spanische Politik nicht damit, daß für Frankreich 1640 die Erwerbung des Elsaß Friedensbedingung sei; vgl. oben S. 287.

[28]) Die Zusammenstellung über die Verhandlungen bei Canovas II 396 ff. hört in diesem Jahre auf.

[29]) In dem Bruchstück der Memoiren von 1639, Briefe de la Valettes, der damals in Italien kommandierte, an Richelieu vom 13. und 16. August, Rapports et notices I 226, 223.

[30]) Rapports et notices I 226 und A. 2.

schlagen werde.[31]) Es war Richelieus mehrfach erwähnter Plan, durch Einigung der großen Mächte auf Kosten der kleinen Fürsten zum Frieden zu kommen, der ihm jetzt von spanischer Seite entgegenkam. Er mußte wissen, daß die Berücksichtigung der Interessen des Kaisers auch die Rückgabe des Elsaß in sich schloß.

Am 30. August meldete de la Valette, Vasques wäre bereit, Richelieu auch im geheimen zu sehen.[32]) Richelieu schlug darauf am 12. September 1639 vor, der Abt solle, worauf die Spanier bestanden hätten, öffentlich kommen und von Richelieu öffentlich in einem kurzen, zeremoniellen Besuch empfangen werden. In der Nacht könne man dann in strengstem Geheimnis eine Konferenz mit ihm abhalten.[33]) Weiteres ist über diese Verhandlungen nicht bekannt. Das Bruchstück der Memoiren von 1639 meldet vielmehr, daß Vasques trotz dieser Anerbietungen in Savoyen gegen Frankreich gearbeitet habe.[34]) Wahrscheinlich hat man darauf diese Vorschläge für unehrlich gehalten und den Empfang von Vasques abgelehnt, um durch dessen öffentlichen Aufenthalt in Paris die Verbündeten nicht zu beunruhigen. Ueberhaupt ist der ganze Vorschlag von Léganès und Vasques etwas verdächtig, zumal Olivarez gleichzeitig in äußerst schroffer Form die durch Pujols gemachten Vorschläge ablehnte und Spanien, wenn es einen Weg zu Verhandlungen ernstlich suchte, durch Pujols verhandeln konnte und nicht erst durch Vasques neue Verbindungsfäden anzuknüpfen brauchte. Die Aufopferung von Lothringen, die Vasques' von Richelieu hoffnungsvoll begrüßte Aeußerung über die alleinige Berücksichtigung der großen Staaten offen andeutete, hat zweifellos damals nicht im Sinn der spanischen Politik gelegen. Inwieweit die spanischen Vertreter hier etwa selbständig gehandelt haben, ist nicht zu ersehen. Die für derartige Verhandlungen merkwürdige Forderung der öffentlichen Anwesenheit des spanischen Unterhändlers in Paris kann aber vielleicht dem von Olivarez auch sonst konsequent verfolgten Ziel, Frankreich mit seinen Bundesgenossen zu entzweien, haben dienen sollen.

Pujols blieb auch im Jahre 1640 noch in Paris. Seine Verhandlungen, über die wir nicht unterrichtet sind, führten

---

[31]) Lettres VI 491 ff., enthalten auch in den Memoiren von 1639, Rapports et notices I 230 ff.
[32]) Rapports et notices I 234.
[33]) Lettres VII 512.
[34]) Rapports et notices I 235.

dahin, daß im Juni ein spanischer Unterhändler Le Brecht nach Paris kam, für den Pujols im Mai einen Paß geschickt worden war.[35]) Auch den Aufenthalt Le Brechts hielt man, ebenso wie den von Salamanca im Jahre 1638, auf das strengste geheim; er sollte als Abgesandter Lüttichs erscheinen. Am 13. Juni hatte Richelieu, am folgenden Tage Chavigny eine Unterredung mit ihm. Bei der Erörterung der beiderseitigen Kriegsziele[36]) drückte Richelieu sein Erstaunen aus, daß Le Brecht nichts anderes fordere als Salamanca schon vor drei Jahren.[37]) Er sagte, auch Spaniens Interesse verlange die harte Bestrafung der kleinen Fürsten, damit sie sich nicht gegen die großen Mächte auflehnten. Das war wieder eine Andeutung der Absicht einer Verständigung auf Kosten der kleinen Staaten. Richelieu sagte ferner, Frankreich könne auch die Frage aufwerfen, auf Grund welcher Rechte Spanien Navarra, Roussillon, Mailand, Neapel, Flandern und Artois besäße, wolle es jedoch nicht tun, um die Verhandlungen nicht zu erschweren. Er betonte, daß Frankreich sich von Holland nicht trennen wolle. In den Verhandlungen mit Chavigny sprach man vor allem über die Frage des Stillstandes, wobei sich dieser entschieden gegen eine Rückgabe von Eroberungen vor dem Frieden aussprach.[38]) Man kam also auch durch diese Verhandlungen einer Verständigung nicht näher.[39]) In einem Gutachten über diese Verhandlungen erklärte Richelieu die spanischen Forderungen für unannehmbar. Er führte diese Haltung Spaniens, die ihn sehr trübe stimmte, auf die spanischen Hoffnungen wegen der unerfreulichen innerfranzösischen Verhältnisse zurück.[40])

---

[35]) Lettres VI 695.

[36]) Vgl. oben S. 314.

[37]) Tatsächlich vor zwei Jahren.

[38]) Vgl. oben S. 314.

[39]) Lettres VI 695, A. 3, VII 814 ff., Siri VIII 886 ff. — Capefigue VII 21 f. gibt eine Instruktion an einen spanischen Agenten in Paris wieder, die Le Brecht betreffen muß, allerdings wieder unmögliche Dinge enthält, vgl. oben S. 373, A. 17. So fordert nach dieser Instruktion Richelieu die Wiederherstellung Lothringens. — Während Le Brecht in Paris war, schrieb Richelieu — am 13. oder 14. Juni — einen Brief an Olivarez, in dem er die Uebersendung eines von diesem gewünschten Passes erwähnt und der im übrigen nur allgemeine Höflichkeitsfloskeln enthält, Canovas II 438, Lettres VIII 363. — Calmet VI 290 ff. berichtet ebenfalls über diese Verhandlungen, setzt sie aber an den Anfang 1641. Das Datum vom Juni 1640 steht nach den sonstigen Angaben aber unbedingt fest.

[40]) Vgl. oben S. 311.

Es bleibe daher nichts anderes übrig, als den Krieg kräftig fortzuführen und die Bündnisse zu verstärken.[41])

Einige Monate nach diesen Verhandlungen änderten die Aufstände in Katalonien und Portugal die allgemeine Lage in entscheidender Weise. Wenn das auch den Franzosen nicht sofort in voller Bedeutung zum Bewußtsein kommen konnte, zeigte sich jedoch sogleich eine größere Zurückhaltung in den geheimen Verhandlungen. Man hat aber die Verhandlungen durch Pujols trotz der Ergebnislosigkeit der Aussprache mit Le Brecht noch weiter geführt.[42]) Am 19. November 1640 meldete Pujols, Olivarez spreche wie gewöhnlich in der „Art von Orakeln", er werde versuchen, seine Bedingungen für den Frieden und Stillstand zu erfahren.[43]) Man antwortete darauf am 21. Dezember,[44]) sprach nochmals von dem französischen Friedenswunsch und von dem schon früher erwähnten Plan eines gemeinsamen Türkenkrieges, erklärte aber, daß die von Pujols übersandte Forderung auf Aenderung der salischen Thronfolge in Frankreich[45]) unmöglich sei, und der König keinesfalls einwilligen werde, daß seine Schwester — die Herzogin von Savoyen — ihrer Staaten beraubt bleibe. Eine Sonderverhandlung an der spanisch-französischen Grenze wurde entschieden abgelehnt.[46])

Im Jahre 1641 sind diese Verhandlungen abgebrochen worden. Pujols selbst schrieb noch mehrmals, am 8. Juni bezeichnete Richelieu aber seine Briefe als „chansons".[47]) Am 17. Mai beklagte sich der Agent, daß er seit 6 Monaten keine Antwort erhalten habe.[48]) Man antwortete ihm dann auf einen neuen Brief vom 17. Juni, man wünsche trotz den Erfolgen den Frieden, aber zu unterhandeln, ohne verständige Vorschläge zu erhalten, könne nicht zum Abschluß führen. Wenn Olivarez Pujols aus Madrid entfernen wolle, so solle er das nicht zurückweisen, man könne ihm aber die Rückkehr nach

---

[41]) Lettres VII 816 f.
[42]) Canovas II 439.
[43]) Lettres VI 739, A. 1.
[44]) Die Uebermittlung der geheimenen Briefe von Madrid nach Paris dauerte sehr lange, vgl. Lettres VI 738, Anm.
[45]) Es ist nicht klar, worum es sich dabei handelte. Die Forderung Spaniens auf Aenderung der französischen Thronfolge ist ein so ungeheuerlicher Plan, daß es sich um ein Mißverständnis handeln muß. Außerdem bedeutete das die Ausschließung Gastons, woran Spanien nicht das geringste Interesse hatte.
[46]) Lettres VI 737 ff.
[47]) Lettres VI 770.
[48]) Lettres VI 770, A. 2.

Frankreich nicht erlauben. Man fügte hinzu, man habe durch Aufdeckung einer Intrigue erfahren, daß Olivarez nicht so feindselig gegen Frankreich gesinnt sei, wie gewisse Dämonen glauben machen wollten.[49]) Am 27. September 1641 schrieb Chavigny einen Brief an Pujols, in dem es hieß, man zweifle nicht an dem Friedenswillen von Olivarez. Auch Frankreich wolle den Frieden, man müsse aber wegen des Mißtrauens der Verbündeten die geheimen Verhandlungen abbrechen.[50]) Pujols schrieb darauf an Olivarez, er müsse sich aus Madrid entfernen, da er nichts mehr habe, wovon er leben könne. Er bat um einen Paß nach England und sagte, wenn Olivarez meine, daß er noch nutzen könne, wolle er die Reise aufschieben, bäte aber dann um Unterhalt.[51]) Pujols ist noch in Madrid geblieben, wahrscheinlich, weil er keinen Paß erhielt. Am 22. August 1642 schrieb er, er fürchte, daß man ihn in Madrid ins Gefängnis setzen oder ermorden werde.[52]) Schon vorher hatte er am 14. Juli an Chavigny geschrieben, Olivarez spreche seit drei bis vier Monaten davon, er würde seinen König auf geheimen Wegen zum König der Welt machen und hoffe auf die erschütterte Stellung Richelieus. Es zeigt dies, wie groß bei Olivarez die Hoffnung auf den damals mit Gaston geschlossenen Vertrag und die Verschwörung von Cinq-Mars war.[53]) Richelieu meinte darauf am 22. August, man sei von der schlechten Stimmung Olivarez überzeugt gewesen auch zu der Zeit, in der Pujols anderer Meinung gewesen sei. Er gab „à ce pauvre Pujols" die Erlaubnis, nach Frankreich zurückzukehren und schickte ihm zu diesem Zwecke Geld.[54]) Pujols wurde darauf von Olivarez noch einen Monat in Madrid festgehalten und traf erst nach Richelieus Tode in Paris ein.[55])

Die Darstellung aller Einzelheiten dieser Verhandlungen, soweit sie bekannt sind, zeigt zunächst, daß Pujols

---

[49]) Lettres VIII 373. Es handelt sich dabei vermutlich um den bei Canovas II 441, A. 1, erwähnten Brief vom 5. Juli.

[50]) Canovas II 441 ff.

[51]) Canovas II 444 f.

[52]) Lettres VI 739, Anm. Avenel erwähnt VI 930, Anm., noch 24 Briefe von Pujols aus dem Jahre 1642.

[53]) Lettres VII 98, A. 3.

[54]) Lettres VII 98 f. Nach Avenel, Lettres VI 929, A. 1, und Rev. des questions hist. IV 179 ff. hat Richelieu durch Pujols Kenntnis von Gastons Vertrag erhalten, so daß seine Rückberufung der Dank dafür ist, vgl. oben S. 325.

[55]) Lettres VI 739, Anm.

keinesfalls als Privatmann handelte,[56]) sondern im Auftrage der französischen Regierung und auf Grund regelmäßiger und häufiger Instruktionen aus Paris.[57]) Avenel meint nun, Richelieu habe diese Verhandlungen geführt, nicht weil er durch sie den Frieden zu erreichen glaubte, sondern um Informationen zu erhalten und um Material zu gewinnen, mit dem er die Schuld an der Verlängerung des Krieges auf Spanien schieben konnte. Der Schriftwechsel sei wenig regelmäßig gewesen,[58]) und Richelieu habe Pujols mißtraut und diesen Verhandlungen wenig Bedeutung beigelegt.[59]) Fagniez meint, man habe Pujols nicht ernst genommen.[60]) Beide haben jedoch diese Verhandlungen nicht in allen Einzelheiten von Anfang bis zu Ende verfolgt. Die ganze Art, wie sie geführt wurden, zeigt aber, daß Richelieu ihnen große Bedeutung beimaß und sie durchaus ernst nahm. Jedes Wort bezeichnete er ja einmal als wichtig. Daß er, als Salamancas Forderungen den Meldungen Pujols zu widersprechen schienen, den Verdacht aussprach, dieser diene der Gegenpartei,[61]) beweist noch nicht, daß er die Verhandlungen nicht ernst nahm. Uebrigens konnte er sich dann erst recht keine Informationen davon versprechen, wie Avenel meint. Derartige Agenten sind immer zweifelhafte Persönlichkeiten, und einen Mann, dessen Eigenschaften der französischen Regierung volles Vertrauen möglich machten, konnte sie ja auch nicht während des Krieges nach Madrid setzen. Daß Richelieu die Verhandlungen geführt haben soll, um Spanien die Schuld an der Verlängerung des Krieges zuschieben zu können, ist ausgeschlossen, denn niemals konnte er sie, auch wenn sie abgebrochen waren, veröffentlichen, ohne Frankreichs Ansehen bei den Bundesgenossen schwer zu schädigen. Die Verhandlungen sind daher stets so geführt worden, daß

---

[56]) Das meint Waddington, der diese Verhandlung gelegentlich erwähnt, S. 344. Außer von Avenel sind die Verhandlungen durch Pujols nur von Ranke IX 356 kurz erwähnt und von Fagniez II 395 f. für 1638 kurz behandelt worden. Richard S. 396 ff. spricht 1638 von einem sechs Monate langen Verkehr durch Pujols.

[57]) Daß seit 1638 die bekannten Briefe seltener werden, liegt daran, daß Ende 1638 die zusammenfassende Darstellung bei Canovas II 396 ff. aufhört.

[58]) Avenel kennt die Stücke bei Canovas nicht, da diese erst 1888 erschienen.

[59]) Avenel, Revue des quest, hist. IV 177, Lettres VI 737 ff., Anm., VII 784, A. 3. — Avenel gibt deshalb in seiner Publikation leider von diesen wichtigen Akten zum Teil nur kurze Auszüge wieder.

[60]) Fagniez II 396, A. 1.

[61]) Lettres VI 38, darauf beruft sich Fagniez.

man sie möglichst dementieren konnte, weil Richelieu sich bewußt war, daß ein Bekanntwerden äußerst schädlich sein werde.[62]) Solche Verhandlungen führt man aber nicht ohne einen ganz bestimmten politischen Zweck,[63]) und dieser ist zweifellos gewesen, eine Verständigung mit Spanien über die Friedensbedingungen herbeizuführen. Nicht etwa um einen Sonderfrieden mit Spanien handelte es sich dabei — das ist stets betont worden — sondern nur darum, die Grundlagen für den allgemeinen Frieden durch eine vorherige Verständigung mit Spanien, in dem man den Hauptgegner sah, über die hauptsächlichen Bedingungen zu schaffen. Richelieu ist dabei sehr weit gegangen. Er hat seine Waffenstillstands- und Friedensbedingungen genau präzisiert in Madrid mitgeteilt und zwar durchaus entsprechend den auch sonst von ihm aufgestellten Forderungen, und er hat diese Versuche bis 1640 fortgesetzt, obwohl er wenig Gegenliebe fand. Erst 1641 sind diese Verhandlungen abgebrochen worden,[64]) also in derselben Zeit, als durch die Vorgänge in Katalonien und Portugal Richelieus Stellung zum Frieden einen ganz anderen Charakter annahm.

Diese geheimen Verhandlungen mit Spanien sind natürlich für die Beurteilung der allgemeinen Politik Richelieus außerordentlich wichtig. Für seine Stellung zum Elsaß ergeben sie die Bestätigung der Ansicht, daß er dasselbe bis 1640 nicht annektieren wollte. Diese ganzen Verhandlungen waren unter dieser Voraussetzung geführt, und Richelieu er-

---

[62]) Das Geheimnis scheint übrigens gut gewahrt worden zu sein. Bis auf die gelegentlichen unbestimmten Aeußerungen von Grotius darüber — vgl. oben S. 371, A. 8 — haben die Verbündeten Frankreichs, soweit sich feststellen läßt, nie etwas davon erwähnt, auch nicht bei französischen Vorwürfen, daß sie selbst Sonderverhandlungen führten. Der von den Franzosen für den Abbruch der Verhandlungen angeführte Grund, daß die Verbündeten deshalb Verdacht hätten, ist daher nur ein Vorwand gewesen.

[63]) Das widerspricht nicht dem von Richelieu in dem Testament politique ausgesprochenen Grundsatz, daß man überall Verhandlungen führen solle, auch wenn man sich einen greifbaren Erfolg davon nicht verspreche, denn „ces négaciations sont des remedes innocens qui ne font jamais de mal“ (Testament II 32 ff., vgl. oben S. 64). Bei den vorliegenden Verhandlungen war sich Richelieu sehr wohl bewußt, daß sie durchaus nicht „unschuldig“ waren, und bei Bekanntwerden Frankreich sehr erheblich schaden konnten. Sie fallen also nicht unter das im Testament ausgesprochene Prinzip.

[64]) Avenel VI 739, Anm., Revue IV 178 meint mit Unrecht, daß die Verhandlungen bis 1642 fortgesetzt würden. Es handelt sich bei den Briefen von 1641 und 1642 nur noch um die Abberufung und Rückkehr Pujols'.

klärte auch mehrmals den Spaniern Frankreichs Bereitwilligkeit zur Rückgabe des Elsaß. Das wiegt um so schwerer, als man bei derartigen Verhandlungen zunächst stets mehr zu fordern pflegt, als man unbedingt erreichen will.

III. Die Anschauungen der Franzosen über die Grenzen und die staatlichen Verhältnisse des Elsaß.

Für die Beurteilung der Friedensverhandlungen zu Münster und die Auslegung der Artikel des Westfälischen Friedens spielt die Frage eine große Rolle, wieweit sich die Franzosen in dieser Zeit über die rechtlichen Verhältnisse und den Umfang des österreichischen Territorialbesitzes im Elsaß klar waren. Im ersten Stadium der Verhandlungen waren sie sich jedenfalls — wie übrigens auch der Kaiser — im unklaren darüber und haben versucht, sich durch Nachfragen im Lande selbst Klarheit zu verschaffen.[1]) Auch für die Beurteilung der Politik Richelieus muß die Frage gestellt werden, welche Anschauung man zu seiner Zeit in Frankreich von den Grenzen und staatsrechtlichen Verhältnissen des Elsaß hatte.

In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts und danach spielte die Frage nach der Nordgrenze des Elsaß die Hauptrolle, zur Zeit Richelieus handelte es sich dagegen in der Hauptsache um die Ostgrenze. Der enge Zusammenhang, in dem die österreichischen Besitzungen im Elsaß mit Breisach, dem Breisgau und den Waldstädten standen, macht es verständlich, daß man diese Gebiete mit dem Elsaß zusammen als ein Ganzes zu betrachten geneigt war. Im Vertrag von Paris vom 1. November 1634, dem ersten Vertrag der französischen Regierung über das Elsaß, hieß es denn auch, daß das ganze Elsaß links des Rhein wie die von ihm abhängigen Gebiete rechts des Rhein unter französische Protektion treten sollten, und wurde von einem links- und rechtsrheinischen Elsaß gesprochen.[2]) Es findet sich dementsprechend auch an vielen anderen Stellen die Anschauung, daß das Elsaß Gebiete beiderseits des Rheins umfasse. So sagte der Mercure françois von 1638, daß Freiburg im Oberelsaß liege[3]) und sprach zur Zeit der Belagerung Breisachs davon, Bernhard

---

[1]) Vgl. Overmann, Zeitschr. f. d. Gesch. d. Oberrheins, N. F. XIX, 438, 444, 448, Jacob, Erwerbung S. 68, 172 f., 326 f., Auerbach S. 13.
[2]) Vgl. oben S. 169.
[3]) Mercure XII 2.

sei mit seiner Armee immer im Elsaß geblieben.[4]) Demgegenüber stehen wiederum im Mercure françois eine Anzahl Stellen, in denen davon gesprochen wurde, daß Truppen von Breisach ins Elsaß einfallen, die also die Anschauung voraussetzten, daß erst bei Ueberschreiten des Rheins elsässischer Boden betreten wird.[5])

Der Sprachgebrauch war also kein fester, und wie im Mercure françois war er auch sonst wechselnd. Genau ebenso war es übrigens auch bei den Deutschen. In einem kaiserlichen Schreiben aus dem Jahre 1631 wurde von „Breisach im Elsaß" geprochen,[6]) desgleichen erwähnte ein Beamter des Erzherzogs Leopold 1635 das „Elsaß, was diesseits des Rheins" liegt.[7]) In Briefen des Kaisers, Wallenstein, Montecuculis, Aldringens, Gallas' und der Erzherzogin Claudia aus dem Jahre 1633 wurden Breisach, Breisgau und Freiburg zum Elsaß gerechnet,[8]) während Briefe Maximilians von Bayern von der Anschauung ausgingen, daß man von Breisach und dem Breisgau aus erst bei Ueberschreiten des Rheins ins Elsaß komme.[9]) Der Sprachgebrauch war also, wie diese Beispiele zeigen, auch hier schwankend. Die Geographen des 17. Jahrhunderts schrieben, wie Batiffol meint, daß das, was man „l'Alsace en général" nennt, „c'est toute la région de la vallée du Rhin comprise entre les Vosges et la Foret-Noire d'une part, de Bâle à Rheinzabern près de Landau de l'autre. En fait — le Rhin a constitué une barrière telle que l'Alsace prise plus précisement n'est estimée que ce qui est en decà le fleuve."[10]) Diese Formulierung, die einen engeren und weiteren Sprachgebrauch unterscheidet, ist zweifellos zutreffend und erklärt die wechselnde Anschauung.

Bei Breisach im besonderen, auf das sich ja ein Teil der angeführten Aeußerungen bezieht, kreuzen sich ebenfalls beide Anschauungen. Ein Geograph des 17. Jahrhunderts bezeichnete es als die Hauptstadt des Elsaß.[11]) Ein Memoire

---

[4]) Mercure XXI 483.
[5]) Mercure XIX 503, 655, XX 218, 905, XII 507.
[6]) Khevenhüller XI 2039.
[7]) Gatrio II 338, der betreffende Bericht ist in Murbach geschrieben.
[8]) Hallwich I 24, 39, 90, 104, 106, 270, 441, 449, II 18 f.
[9]) Hallwich II 74, 83.
[10]) Batiffol S. 1, vgl. Reuss I 3 und A. 3.
[11]) A. Benoit: Rev. d'Alsace 1898, S. 10; wo auch von dem Elsaß „située au long du Rhin" mit Nordgrenze Württemberg gesprochen wird, S. 6.

des Pater Joseph aus dem Jahr 1632 sagte jedoch, das Elsaß habe keine festen Plätze, rechnete also Breisach nicht dazu.[12]) Ebenso zählte es Richelieu in seinem Gutachten von Anfang 1633 nicht dazu.[13]) Bei den oben dargestellten Verhandlungen zwischen Frankreich und Bernhard von Weimar rechneten aber beide Breisach durchweg zum Elsaß und zu den im Vertrag von St. Germain Bernhard überlassenen Gebieten. Die Franzosen bestritten nur deshalb den Anspruch Bernhards auf Breisach, weil es als fester Platz nicht unter den Vertrag fiele. Sie haben nur einmal versucht zu leugnen, daß Breisach zum Elsaß gehöre, dann aber diesen Grund gegen Bernhards Ansprüche auf Breisach niemals mehr angeführt.[14])

Die Frage der Nordgrenze spielte dagegen in dieser Zeit keine Rolle, jedenfalls wurden nirgends Orte als zum Elsaß gehörig bezeichnet, die nördlich der Lauter liegen. Das Ober- und Unterelsaß wurde als geographischer Begriff unterschieden, wobei sich die Franzosen über die Grenzen nicht klar waren und Schlettstadt zum Oberelsaß rechneten, eine Ansicht, die auch Kolmar vertrat.[15])

Auffallend ist, daß häufig gerade in wichtigen Stellen das Bistum Straßburg als gleichberechtigt neben dem eigentlichen Elsaß steht. So forderte Richelieu am 1. Januar 1633, die Protestanten sollten den Franzosen „tout ce qui est de l'Alsace et évêché de Strassbourg" in Protektion geben.[16]) Und in einem Bericht Feuquières vom Mai 1634 wurde beides in gleicher Weise zweimal nebeneinandergestellt.[17]) In ähnlicher Weise wurde häufig der Sundgau und der Breisgau neben das Elsaß gestellt. In den Erörterungen über Einrichtung einer französischen Verwaltung im Elsaß Anfang 1643 wurden die vier Verwaltungsbezirke Bistum Straßburg, Elsaß, Sundgau und Mömpelgard vorgesehen.[18]) Es ist also zu vermuten, daß man das Bistum Straßburg, das eigentliche Elsaß — geteilt in Ober- und Unterelsaß —, den Sundgau, Breisgau und vielleicht auch Mömpelgard als eine Art Unterbegriff unter dem Gesamtbegriff des Elsaß ansah. Natur-

---

[12]) Vigier, Rev. hist. V 471.
[13]) Mémoires II 437.
[14]) Vgl. oben S. 258, A. 91.
[15]) Vgl. oben S. 294, 296 f., 306 f.
[16]) Mémoires II 437.
[17]) Feuquières II 303 (283), desgl. Mercure XVIII 638 und auch bei Khevenhüller XII 337.
[18]) Vgl. oben S. 358.

gemäß ist aber diese Anschauung nicht als genau festgelegt, sondern nur als allgemeine Grundlage der an sich stets schwankenden und wechselnden Vorstellungen zu bezeichnen. Straßburg selbst wurde von den Franzosen fast durchweg allein als Reichsstadt und nicht als elsässische Stadt bezeichnet.

Es hängt das mit den Anschauungen der Franzosen über die staatsrechtlichen Verhältnisse des Elsaß zuammen, die ebenfalls höchst unklar waren. Es ist für die Zeit nur natürlich, daß diese Anschauungen mit den tatsächlichen rechtlichen Verhältnissen[19]) nicht übereinstimmen und zwar nicht nur bei den Franzosen. Es wurde bereits bei der Besprechung der Bestimmungen des Vertrages von St. Germain erwähnt, daß man damals zwischen der Landgrafschaft Oberelsaß und der Landgrafschaft Unterelsaß keinen Unterschied machte und wahrscheinlich aus der Personalunion verschiedener Rechte in der Hand des Erzherzogs Leopold von Oesterreich und des Grafen Salm die Anschauung von einer Landgrafschaft Elsaß sich herausgebildet hatte, die den Gesamtumfang der kaiserlichen und territorialen Rechte Habsburgs im Elsaß umfaßte.[20]) Die Franzosen haben über diese Rechte die Anschauung gehabt, daß sie sich auf das ganze Elsaß bezogen. So wurde in den Verhandlungen mit Bernhard von Weimar der Begriff der Landgrafschaft Elsaß, die nach französischer Anschauung Oesterreich gehörte, und das Elsaß selbst stets gleichgestellt. Richelieu verhandelte selbst 1629 mit Bayern über eine französische Diversion im Elsaß unter der Voraussetzung, daß ein Angriff auf das Elsaß nur den Kaiser, nicht das Reich anginge,[21]) was Guébriant 1639 ausdrücklich zu Bernhard sagte.[22]) Ferner bezeichnete einmal eine Instruktion Richelieus das Elsaß als von Habsburg abhängig,[23]) und die Memoiren de la Valettes sagten, der Kaiser beanspruche im Elsaß ebensoviel Rechte wie in seinen Erbländern.[24]) Nur Joseph sagte 1632, das Elsaß sei zum

---

[19]) Vgl. oben S. 24 f.

[20]) Vgl. oben S. 240, A. 33. Auch Strobel IV 427 meldet als Anschauung der Straßburger, daß Bernhard „Landgraf des Elsaß" werden wolle. Ebenso wird Karl von Lothringen einmal auf einer Medaille „Landgravius Alsatiae" genannt, Digot V 250.

[21]) Vgl. oben S. 44.

[22]) Vgl. oben S. 270.

[23]) Lettres IV 351.

[24]) Valette I 17 f. Malingre spricht von der Regierung in Ensisheim als „parlament de l'Alsace" S. 893.

Teil Patrimonium des Erzherzogs Leopold.[25]) Aber das ist die einzige Aeußerung in diesem Sinn, im übrigen gingen alle Verhandlungen der Franzosen in diesen Jahren von der Voraussetzung aus, daß das Elsaß habsburgisches Gebiet sei. Daß man dabei zwischen den Rechten des Kaisers als solchem und denen, die er als Territorialfürst oder als Landvogt von Hagenau hatte, nicht unterscheidet, zeigen die ganzen Auseinandersetzungen über die elsässischen Plätze, die in der Hauptsache Reichsstädte waren, mit Bernhard, die durchweg unter der Anschauung stehen, daß die Plätze zu der österreichischen Landgrafschaft Elsaß gehören. Bezeichnend hierfür ist, daß die Memoiren von 1633 über den Vertrag des Kaisers mit Karl von Lothringen wegen der Ueberlassung Hagenaus melden, der Kaiser habe Karl Hagenau abgetreten „avec les dépendances de la prévôté impériale qui comprend dix villes".[26]) Die zehn Reichsstädte wurden hier also als abhängig von der Landvogtei Hagenau bezeichnet und zwar in territorialer und landesherrlicher Beziehung, denn in diesem Sinne wird der Ausdruck dépendance in Frankreich damals stets gebraucht. So sagte denn auch d'Oysonville 1643, daß Schlettstadt nicht eigentlich freie Stadt sei, da es einem Landvogt unterstehe; er meinte dann allerdings, im Gegensatz zu der Aeußerung der Memoiren, Schlettstadt sei nur als Glied des Zehnstädtebundes Reichsstadt.[27]) Jedenfalls zeigt das alles, daß man auch die Reichsstädte zum habsburgischen Besitz und zur „Landgrafschaft Elsaß" rechnete; nur von Straßburg wußte man das Gegenteil und daher erklärt sich wohl, daß man dieses anscheinend nicht eigentlich zum Elsaß gerechnet hat. Wie man die staatliche Stellung Kolmars ansah, das man stets als verbündete Stadt bezeichnete, ist unklar, wie ja überhaupt diese ganzen Anschauungen nicht scharf und einheitlich durchdacht sind. Aber zweifellos ist, daß im Frankreich Richelieus die Vorstellung durchaus herrschte, daß mit Ausnahme von Straßburg „das Elsaß so gut wie ganz mitsamt den meisten Reichsständen in irgendeiner Form zum österreichischen Hausbesitz gehört habe.[28])

---

[25]) Vigier, Rev. hist. V 471.

[26]) Mémoires II 468, vgl. Hanauer S. 230. — Uebrigens spricht ein Flugblatt des Kardinal-Infanten vom Jahre 1636 von „les villes d'Alsace et des autres terres héréditaires de nostre tres auguste maison" Pièces contre et pour Richelieu, Nr, 13, Anhang.

[27]) Vgl. oben S. 358.

[28]) Vgl. Overmann, N. F. XIX, 438, der das für die französischen Anschauungen der Zeit der Verhandlungen von Münster sagt.

IV. Richelieu und die Reunionspolitik.

H. Kaufmann hat in seiner Schrift über die „Reunionskammer zu Metz" nachgewiesen, daß die Reunionen Ludwigs XIV. in den ersten Zeiten des Ministeriums Richelieus einen Vorgänger haben in der von ihm sogenannten „Vorreunionskammer von 1624".[1]) Im November dieses Jahres erteilte der König an Lebret, de Lorme und Dupuy den Auftrag, die Rechte der unter der Protektion des Königs stehenden Bistümer Metz, Toul und Verdun zu untersuchen und festzustellen, welche Gebiete von den Nachbarn unrechtmäßig usurpiert seien. Der Auftrag erstreckte sich nicht nur auf die lothringischen Gebiete, sondern auf alle Grenzstreitigkeiten an der Mosel und Maas und an der Grenze der Freigrafschaft Burgund mit Spanien, den spanischen Niederlanden, Bouillon, Lüttich und Sedan.[2]) Zur Ausführung und zur Verwertung sind jedoch anscheinend nur die Untersuchungen über die Gebiete des Herzogs von Lothringen gekommen.[3])

Die Kommission arbeitete schnell. Schon im Mai und Juni 1625 wurden von ihr eingehende Rechtsgutachten, getrennt nach den drei Bistümern Metz, Toul und Verdun, abgegeben und diesen entsprechend sehr erhebliche Teile der Herzogtümer Lothringen und Bar als durch die Herzöge den Bistümern fortgenommen und als unrechtmäßig usurpierter Besitz Lothringens bezeichnet und durch Erlasse die Wiedervereinigung dieser Gebiete mit den Bistümern ausgesprochen.[4]) Es befanden sich darunter Marsal, Nomeny, Epinal, Abtei Gorze, Clermont und Hattonchâtel.[5]) Von der ursprünglich befohlenen Verständigung mit Kommissionen der anderen Seite war bei dem Vorgehen Lebrets und seiner Genossen keine Rede. Ihre Gutachten und Entscheidungen erfolgten vielmehr, wie die Reunionen des Jahres 1679, durchaus einseitig. Begründet wurden die Ansprüche damit, daß von den Zeiten der Karolinger bis zur jüngsten Vergangenheit alle irgendwie geeigneten Rechtsmittel zusammengesucht wurden, um zu beweisen, daß die beanspruchten Gebiete zur alten Domäne der französischen Krone gehörten

---

[1]) Kaufmann S. 25 ff., vgl. Pfister, Nancy III 9.

[2]) Dupuy S. 351 ff.

[3]) Vgl. oben S. 52 f., auch für das Folgende, ferner oben S. 47, 85.

[4]) Diese Gutachten und Erlasse stehen bei Dupuy S. 356—401. Vgl. Kaufmann S. 25 ff.

[5]) Es handelt sich also durchaus nicht, wie Kaufmann S. 40 sagt, um Gebiete von nicht allzu großem Umfange.

und früher oder später durch die lothringischen Herzöge usurpiert worden seien. Dies Vorgehen hat dann in allen Verhandlungen Richelieus mit Karl von Lothringen, der natürlich protestierte, eine Rolle gespielt, 1628 hat zunächst die Königinmutter Maria in Vertretung des Königs die Ansprüche auf die Usurpationen nach 1552 beschränkt,[6]) was 1632 von der Regierung offiziell bestätigt wurde.[7]) In den späteren Verträgen mit Karl wurde dann eine billige Verständigung über diese Grenzstreitigkeiten versprochen.

Das Wesen der Reunionstheorie ist, daß territoriale Ansprüche auf die Zugehörigkeit der betreffenden Gebiete zur „alten Domäne" der Krone oder durch die frühere Abhängigkeit von solchen Gebieten begründet werden, und daß diese Ansprüche nicht durch Verträge mit den derzeitigen Besitzern, sondern durch einseitigen französischen Rechtsspruch entschieden werden. Das war bei der „Vorreunionskammer" durchaus der Fall, die diesen Namen daher mit Recht trägt, und Kaufmann hat daher Recht, wenn er die Reunionstheorie als damals voll ausgebildet ansieht. Auch ist zweifellos, daß dieses Vorgehen im Auftrag der französischen Regierung erfolgte, die Richelieu seit einigen Monaten leitete. Es erhebt sich daher die Frage, ob Richelieu diese Theorie erfand oder ob sie schon vor oder unabhängig von ihm entstanden ist.

Kaufmann sieht in Richelieu selbst den Urheber der Reunionstheorie, meint aber, das Vorgehen gegen Lothringen sei „in einer derartig durchgedachten und planmäßigen Weise" erfolgt, „daß der Kardinal zweifellos schon früher, also wahrscheinlich während seiner ersten Amtstätigkeit, das Ziel ins Auge gefaßt und die dorthin führenden Wege erkundet haben mußte.[8]) Kaufmann hat sehr recht, wenn er meint, daß Richelieu nicht in wenigen Monaten diese Theorie ausgebildet haben kann, aber in der Zeit vor 1624 findet sich kein Wort und während seines ersten Ministeriums keine Handlung, die irgendwie mit der Reunionstheorie in Beziehung gebracht werden kann. Dagegen sind zur Zeit seines zweiten Ministeriums zahlreiche Schriften verfaßt oder gesammelt worden, in denen die Reunionstheorie mehr oder weniger ausgebildet vorliegt.

Allen diesen Schriften lag zunächst die Anschauung zugrunde, daß der französische König als Nachfolger der Karolinger der älteste und daher der erste der christlichen Kö-

---

[6]) Vgl. oben S. 56.
[7]) Vgl. oben S. 60.
[8]) Kaufmann S. 25.

nige, daß er der eigentliche Kaiser sei.[9]) Eine zweite und für die Reunionstheorie vor allem wichtige Anschauung war die, daß das Königreich oder die Domäne der Krone heilig, unverletzlich und unteilbar[10]) sei. Der König habe daher nicht das Recht, das Reich zu zerstückeln.[11]) In Zeiten der Schwäche gemachte Abtretungen seien ungültig und der König daher verpflichtet, die Ansprüche auf alle verlorenen Gebiete wieder geltend zu machen. Das Alter dieser Ansprüche sei dabei gleichgültig, denn in diesen Dingen gebe es keine Verjährung.[12]) Eine dritte Theorie war die vom Recht des Krieges. Es entspreche den allgemein geltenden Gesetzen, daß im Krieg eroberte Gebiete rechtmäßiger Besitz des Eroberers seien. Ein gerechter Krieg sei das Einzige und von Gott eingesetzte Mittel zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen unabhängigen Fürsten. Ein gerechter Krieg sei ein legitimes Mittel zur Eroberung, das Kriegsrecht nicht nur auf menschlichen, sondern auch auf göttlichen Gesetzen gegründet.[13]) Diese Theorie von dem Recht, im Krieg eroberte Gebiete zu behalten, steht in einem gewissen Gegensatz zu der von der unveräußerlichen Domäne, was gelegentlich zum Ausdruck kam, wenn es z. B. hieß, daß man Lothringen durch das Recht des Krieges ebenso behalten könne, wie man einst Mailand, Flandern, Neapel und andere Staaten auf Grund desselben verloren habe.[14]) Da man aber bei der Auseinandersetzung über das Recht des Krieges stets an der Fiktion des gerechten Krieges, d. h. eines Krieges zur Wiedereroberung einst zu Frankreich gehörender Gebiete, festhielt, steht die Lehre vom Recht der Eroberung durch den Krieg nicht im Gegensatz zur Reunionstheorie, sondern ergänzt sie. Sie gehört zur Reunionstheorie auch deshalb, weil durchweg der einseitig unternommene Krieg und nicht erst der der Eroberung folgende Vertrag das Besitzrecht begründen sollte. Inwieweit beide Theorien sich verbinden, zeigt das Gutachten eines unbekannten Verfassers aus dem Jahre 1633 oder 1634, in dem mit dem Satz von der unveräußer-

---

[9]) Godefroy S. 1 f., Cassan II 1 ff., Hersent S. 208, Lebret S. 602.
[10]) „inaliénable", ein Ausdruck, der unendlich oft vorkommt.
[11]) „démembrer".
[12]) Dupuy S. 332, 343, 361, Cassan I 9, 54, 502 f., II 147 f., Hersent S. 215 f., Lebret S. 614, Cassan und Hersent berufen sich dabei sogar darauf, daß die Abtretungen ohne Zustimmung der Generalstände erfolgt und deshalb ungültig seien.
[13]) Dupuy S. 665, 327, 331, Godefroy S. 343 ff., 214, Cassan I 212, 268. II 113.
[14]) Siri VIII 138.

lichen Domäne die Rechte des Königs auf Lothringen und Bar begründet wurden und der Verfasser den Rat gab, man solle, um den Schein des ungerechten Krieges zu vermeiden und dem König den Namen „Louis le Juste" zu wahren, die beiden Herzogtümer vor dem militärischen Vorgehen durch Spruch des Parlamentes von Paris reunieren.[15])

Bei allen diesen Schriften und Theorien kommt es natürlich nicht darauf an, die Rechte wirklich genau zu untersuchen, sondern allein darauf, Material für die Politik zu liefern. Alle diese Theorien wurden daher durchaus einseitig zugunsten Frankreich angewendet.

Diese Theorien sind nun nicht erst zur Zeit Richelieus entstanden. Die klassische französische Ausdehnungstechnik ist, wie Kern nachgewiesen hat, bereits in den Zeiten der französischen Könige Philipp III. und Philipp IV, des Schönen, also Ende des 13. Jahrhunderts ausgebildet, schon damals bereitete man Reunion durch Geltendmachung alter Rechtstitel und durch das Mittel des Prozesses vor.[16]) Auch Sorel legt das für die Zeit Philipps des Schönen dar und bezeichnet als Mittel der französischen Eroberungspolitik den Prozeß und als Instrument die Legisten.[17]) Sorel betont auch noch, daß um die Mitte des 15. Jahrhunderts, zur Zeit Karls VII., Ansprüche auf Metz und andere Gebiete ganz in der Art und Weise der Reunionspolitik geltend gemacht wurden.[18]) Kaufmann sagt darüber, „so ging schon damals das Recht jene Verbindung mit der Gewalt ein, die Lothringen im 17. Jahrhundert durch die Reunionen verhängnisvoll werden sollte".[19]) Ebenso erfolgte das Vorgehen der französischen Regierung in den Bistümern Metz, Toul und Verdun zu Beginn des 17. Jahrhunderts ganz im Geist der Reunionstheorie. Schon damals wurden in dem von den Bischöfen zu leistenden Eid auch alle ihre Vasallen eingeschlossen.[20]) Erfunden wurde die Reunionstheorie also zweifellos nicht erst durch Richelieu.

Bei den Reunionsschriften der Zeit Richelieus muß man diejenigen unterscheiden, die im Auftrag der Regierung und die von privaten Schriftstellern angefertigt worden sind. Zu

---

[15]) Haussonville I 561, ff., Nr. 59.
[16]) Kern, S. 36 ff.
[17]) Sorel I 248 ff.
[18]) Sorel I 255 ff., vgl. Kaufmann S. 4 f.
[19]) Kaufmann S. 5, vgl. Flach, Les affinités S. 71 f., der sagt, daß die Besitzergreifung von Metz unter Karl VII. „sous une forme tout juridique" erfolgte.
[20]) Kaufmann S. 12 f.

den ersteren gehören Dupuy und Godefroy. Die beiden unter ihrem Namen erschienenen Sammlungen enthalten keine zur Veröffentlichung bestimmten Propagandaschriften, sondern zahlreiche — z. T. dieselben — Abhandlungen, die ganz bestimmten praktischen Zwecken dienten. Beide Sammlungen sind erst zur Zeit Ludwigs XIV. gedruckt worden.[21])

Pierre Dupuy (1582—1651) und Théodore Godefroy (1580—1649) waren Historiographen des französischen Königs. Dupuy ist uns schon als Mitglied der Kommission Lebrets bekannt. Godefroy hatte zeitweise in Straßburg studiert, seine ersten Reunions-Schriften erschienen schon in den ersten Jahren der Regentschaft Marias.[22]) Beide arbeiteten in dem „Trésor des Chartes", aus dessen Akten ihre zahlreichen Abhandlungen hervorgingen.

Die Geschichte dieses „Trésor des Chartes", die für die Geschichte der Reunionstheorie nicht unwichtig ist, ist am Schlusse der Sammlung Dupuy dargestellt.[23]) Bis zur Zeit Ludwigs IX — 1226—1270 — wurden die „titres et chartes" im Gefolge des Königs mitgeführt. Sie gingen aber bei einem

---

[21]) Godefroy: Mémoires et instructions pour servir dans les négociations et affaires concernant les droits du Roy de France, Amsterdam, 1665. Die erste Ausgabe erschien nach Hanotux — Rev. hist. VII 427, A. 1 — schon 1645. Sie ist anscheinend 1644 für die Verhandlungen in Münster zusammengestellt worden. Jedenfalls ist sie in Dumont (Négociations secrètes touchant la paix de Muenster et Osnabrug) I 1—72 unter dem Titel: „Mémoires et instructions sur les interests de la France et de ses alliés, et les éclairissements des difficultez qui peuvent se rencontrer à la négociation de la paix générale de toute l'Europe, tenue a Munster, a 1644. Le tout recueilli par M xxx" abgedruckt worden. Die Sammlung ist völlig identisch mit der Ausgabe von 1665. Die einzelnen Stücke stammen jedoch, soweit sich die Abfassungszeit feststellen läßt, alle aus der Zeit Richelieus. Die Sammlung Dupuy hat folgenden Titel: Traitez touchant les droits du Roy tres chrestien sur plusieurs estats et seigneuries possedées par divers Princes voisins: et pour prouver qu'il tient a juste titre plusieurs Provinces contestées par les Princes Estrangers. Recherches, pour monstrer que plusieurs provinces et villes du Royaume sont du Domaine du Roy. Usurpations faites sur les trois evechez Metz, Toul et Verdun (hierbei handelt es sich um die Akten der Kommission Lebret): et quelques autres Traitez concernant des matieres publiques. Le tout composé et recueilly du Tresor des Chartes du Roy et autres Mémoires, par Monsieur Dupuy. Nouvelle Edition Rouen 1670. Die erste Ausgabe erschien nach Lelong II 866, Nr. 28 754, Paris 1655. Die einzelnen Stücken stammen ebenfalls aus der Zeit Richelieus, die Daten sind hier meist angegeben.

[22]) Vgl. über Dupuy und Godefroy die Artikel der Nouvelle Biographie générale, Biographie universelle und der Grande Encyclopédie und ihre zahlreichen, von Lelong angeführten Arbeiten.

[23]) Dupuy S. 668 ff.

englischen Ueberfall verloren, worauf in Paris ein Tresor eingerichtet wurde. Gleichzeitig wurde die Stelle eines „trésorier des chartes de France" geschaffen und dieser damit beauftragt, die Titel zu sammeln, aufzubewahren und Inventare anzulegen. Die Entstehung des Tresor des Chartes fiel also in dieselbe Zeit, in der zuerst Reunionstheorien in der französischen Politik Anwendung fanden.[24]) Die Archivverwaltungen des 14. und 15. Jahrhunderts legten jedoch keine oder nur unvollkommene Inventare an, obwohl die Könige mehrfach den Befehl dazu gaben und wiederholt auch darauf drangen, daß alle Aktenstücke wirklich in das Archiv kamen. In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts herrschte große Unordnung in dem Archiv und wurden zahlreiche Stücke entwendet, so daß 1582 das Amt des „trésorier" mit dem des „procureur général au parlament de Paris" vereinigt und dieser Beamte mit besonderen Privilegien ausgestattet wurde. Die Vereinigung beider Aemter machte jedoch die Unordnung nur noch größer, bis Molé 1614 das Amt des procureur erhielt. Er schaffte Ordnung und befahl die Anlage eines neuen Inventars. Mit dieser Aufgabe wurden 1615 Dupuy und Godefroy beauftragt, die das Archiv nach sachlichen Gesichtspunkten ordneten und einen genauen Zeit- und Sachkatalog anlegten.[25])

Aus ihrer Hand sind dann auch die zahlreichen Abhandlungen hervorgegangen, die die französische Politik der Zeit Richelieus durch die Reunionstheorien und die Darlegungen der französischen Rechte unterstützen sollten. Die führende Rolle scheint dabei Godefroy gespielt zu haben. Grotius betonte mehrfach das Ansehen, das er in Paris genieße und sprach auch von seiner persönlichen Wertschätzung für Godefroy.[26]) Er und Dupuy verfaßten zahlreiche Gutachten über Fragen der inneren und äußeren Politik, z. B. die Ehe Gastons und das Vorgehen gegen Lothringen, vor allem aber bearbeiteten sie die französischen Rechte für die Friedensverhandlungen, wie denn auch Godefroy im Jahre 1637 mit nach Köln gehen sollte.[27]) 1627 sandte man ferner Kommissare an die Grenzen von Navarra, der Provence, Avignon, Frei-

---

[24]) Vgl. oben S. 390.

[25]) Vgl. Molé I 58 ff., Lettres III 134 f.

[26]) Grotius Ep. 690, 705 (Oxenstierna II 2, 277, 293, Nr. 118, 122), Nr. 1537, 1547, 1558, Anhang Ep. 422.

[27]) Vgl. die beiden Sammlungen und die Mémoiren Molés, ferner Lettres V 705 f., Grotius Ep. 690, 739, 758 (Oxenstierna II_2, 277, 334 f., 345, Nr. 118, 135, 139), Waddington S. 151.

grafschaft Burgund, Piemont und Lothringen, um die Rechte des Königs zu untersuchen.[28]) Man arbeitete eifrig daran, die Bestände des Archivs zu ergänzen und auf dem laufenden zu halten und die Inventare zu verbessern.[29]) Als 1634 ganz Lothringen besetzt war, wurde Godefroy nach La Mothe, wohin der Herzog Karl sein Archiv hatte bringen lassen, gesandt, um ein Inventar desselben zu machen. Godefroy erfüllte den Auftrag und ließ das lothringische Archiv nach Paris schaffen; er verfaßte darauf eine Abhandlung über den Wert der dort gefundenen Papiere und über die Rechte, die für Frankreich daraus hervorgingen. Um dieselbe Zeit wurden auch die Archive in Nancy durchsucht und die für die französischen Ansprüche zu benutzenden Akten nach Paris geschafft.[30]) 1632 entstand sogar das Gerücht, die Franzosen hätten die Absicht, das Archiv von Trier nach Paris zu bringen.[31])

Die Ansprüche, die in den Arbeiten Godefroys und Dupuys begründet wurden, umfaßten einen großen Teil Europas. Außer auf Lothringen und die Bistümer wurden französische Rechte auf Neapel, Sizilien, Mailand, Genua, Savoyen, Piemont, Katalonien, Aragon, Roussillon, Navarra, die spanischen Niederlande und die Freigrafschaft Burgund nachgewiesen und eingehende Abhandlungen darüber zusammengestellt.

Der offizielle Charakter der Tätigkeit Godefroys und Dupuys ist also zweifellos. Dagegen läßt sich die teilweise angenommene Inspiration[32]) der Schriften von Cassan, Hersent und Lebret durch Richelieu nicht nachweisen. Lebret bekleidete allerdings hohe Stellen in Paris und ist Leiter der „Vorreunionskammer" gewesen. Trotzdem ist nach dem Charakter seiner Schrift, die sich übrigens fast nur mit innerpolitischen Dingen beschäftigte, nicht wahrscheinlich, jedenfalls aber nicht nachzuweisen, daß sie in offiziellem Auftrag geschrieben wurde. Cassan und Hersent haben nie Stellungen bekleidet, die sie in nähere Fühlung mit der Regierung

---

[28]) Molé I 525 f.

[29]) Molé I 527 ff., 530 ff., und Anm. II 11 ff., 160 f., 192, 526 f.

[30]) Calmet VI 149 f., Molé II 347 f., Lepage, Le trésor, S. 50 ff., Pfister, Brassac S. 392, Michel, Biographie Art. Charpentier S. 78, Art. Gillot S. 198, Art. la Mothe S. 270, Das Inventar der in la Mothe gefundenen Papiere ist in Band III der Doc. sur l'histoire de Lorraine abgedruckt, ein Auszug bei Lepage, S. 129 ff., vgl. Lelong II 883, Nr. 28 991.

[31]) Hurter X 534.

[32]) z. B. Kaufmann, S. 44 f.

brachten. Cassan war Richter in Beziers, Hersent Geistlicher in Metz.[33]) Cassans Schrift behandelte französische Rechte auf Castilien, Aragon, Katalonien, Portugal, Navarra, Sizilien, Neapel, Mailand, Roussillon, Savoyen, Lothringen, Genua, die spanischen Niederlande, Deutschland und das Kaisertum, während Hersent sich fast ausschließlich mit den lothringischen Bistümern beschäftigte. Cassan widmete seine Schrift Richelieu, Hersent die seine dem König, was für einen offiziellen Charakter nichts beweist; die Widmungen selbst aber wie die gesamten Ausführungen — es handelt sich nicht um Materialsammlungen — machen den Eindruck, daß es sich um private Propagandaschriften handelt, die auf die Regierung in annexionistischem Sinne einwirken sollten. Die Behauptung z. B., daß Gebietsabtretungen nur mit Bewilligung der Generalstände gültig seien,[34]) würde in einer von Richelieu inspirierten Schrift sicher nicht stehen.

Die angeführten Schriften sind nicht die einzigen ihrer Art gewesen, es erschienen vielmehr eine große Anzahl ähnlicher Schriften zur Zeit Richelieus.[35]) Auch in der gleichzeitigen historischen und Memoirenliteratur wird sehr oft von den Bistümern, Lothringen, Mailand und anderen Gebieten als altem französischem Gebiet gesprochen, ohne daß dabei natürlich die eigentlichen Methoden der Reunionsschriftsteller zur Geltung kommen, Diese Methoden selbst sind ein technisches Mittel der Politik, und daher nur auf einen kleinen Kreis von Schriftstellern beschränkt.

Die Methode der Sammlung alter Rechte und ihre Verwendung in politischem Kampf beschränkte sich aber damals nicht auf Frankreich. Schon im ersten Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts besetzte Spanien „ihm günstig gelegene italienische Gebiete mitten im Frieden unter lächerlichen Vorwänden, nötigte die kleinen mittelitalienischen Herzogtümer, sich als seine Vasallen zu bekennen, und versuchte selbst Reunionsgerichte zum Nachteil der italienischen Staaten in Mailand einzurichten,“[36]) und erhob um dieselbe Zeit, ähnlich wie die französischen Legisten, Rechtsansprüche auf weite Gebiete der Welt, z. B. auf Athen, Jerusalem, Konstan-

---

[33]) Ueber Lebret, Cassan und Hersent vgl. die Artikel der Biographie universelle, der Nouvelle Biographie und der Grande Encyclopédie.

[34]) Vgl. oben S. 389, A. 12.

[35]) Bei Lelong II 802 ff. und 866 ff. sind zahlreiche derartige Schriften aufgeführt. Vgl. Lenglet du Fresnoy IV.

[36]) Philippson: Westeuropa im Zeitalter von Philipp II, Elisabeth und Heinrich IV., S. 468.

tinopel und die Städte der venetianischen Terra ferma.[37]) 1650 erschien von spanischer Seite eine Sammlung Chifletios, die in ähnlicher Weise wie Godefroy die spanischen Rechte für die Friedensverhandlungen sammelte und dabei auch die spanischen Rechte auf das Elsaß darlegte. Eine spanische Flugschrift von Vermulaeus bestritt 1636 die französischen Rechte auf Bar. Der Kardinal Nikolas-Franz von Lothringen sammelte als Bischof von Toul alte Titel der Abtei Senones.[38]) Die lothringischen Herzöge erhoben auf Grund ihrer angeblichen Abstammung von Karl dem Großen ganz ähnliche Ansprüche auf weite Gebiete Europas, wie die französischen Reunionsschriftsteller.[39]) Auch ein kaiserlicher Erlaß vom Jahre 1630 sprach davon, daß das Römische Reich aus den Königreichen Germanien, Italien, Arelat und Gallien bestände.[40]) Die Spanier erhoben Ansprüche auf Trier,[41]) Gustav Adolf benutzte den Grundsatz vom Recht des Krieges als Begründung für seine Eroberungen[42]) und Karl wollte wegen der Abtretung Clermonts Schwierigkeiten machen, da es ein unveräußerlicher — inaliénable — Besitz des Reichs sei[43]), und in dem Protest des Herzogs gegen den Vertrag vom 29. März 1641 hieß es, ein Fürst dürfe nichts abtreten — aliéner — ohne Wissen seines Volkes.[44]) Es handelte sich also auch in den anderen Staaten nicht nur um die zu allen Zeiten erhobenen Ansprüche auf früher verlorene Gebiete, sondern um dieselben Methoden wie bei den französischen Reunionsschriftstellern.[45])

Bei den französischen Reunionstheorien spielten eine besondere Rolle die Ideen, die Frankreich als den Nachfolger

---

[37]) Ranke: Englische Geschichte, Ges. Werke B. XV, S. 60.
[38]) Duhamel VI, 4.
[39]) Vgl. oben S. 341.
[40]) Londorp IV, 71.
[41]) Vgl. oben S. 134.
[42]) Ritter III 508 ff.
[43]) Vgl. oben S. 103.
[44]) Rogéville, I. 422 ff.
[45]) Die Beispiele für die Anwendung von Reunionsmethoden durch die nicht-französischen Staaten sind hier mehr zufällig gesammelt; den Hinweis auf die beiden Zitate von Philippson und Ranke verdanke ich Professor Dr. Friedrich Meinecke. Es erscheint als sehr wahrscheinlich, daß eine eingehende Untersuchung über diese Frage ergeben würde, daß die Methoden der Reunionspolitik nicht, wie man bisher im allgemeinen annahm, ein besonderes Kennzeichen für die französische Politik, sondern ein allgemeines Mittel der damaligen Diplomatie waren, und daß nur die Gunst der politischen Lage unter Ludwig XIV. es mit sich gebracht hat, daß sie allein von Frankreich in großem Maßstabe auch praktisch angewandt worden sind.

des alten Gallien, den Rhein als Grenze desselben bezeichneten und von den französischen Ansprüchen auf das alte Königreich Austrasien oder Lothringen sprachen. Diese Ideen stehen im Zusammenhang mit dem Grundsatz der alten Domäne, aber sie gehen über die eigentlichen Reunionsmethoden hinaus und sind ein Bestandteil der nationalen Tradition und der öffentlichen Meinung. Kern und Sorel haben nachgewiesen, daß diese Ideen bis in die Anfänge der französischen Geschichte zurückgehen und daß sie um 1300 bereits voll ausgebildet waren.[46]) In den Zeiten der englischen Kriege traten sie dann wieder in den Hintergrund, um seit der Mitte des 15. Jahrhunderts wieder aufzuleben und nicht mehr zu verschwinden.[47])

Auch in der Zeit Richelieus waren diese Ideen durchaus lebendig. Allerdings spielten sie bei den offiziellen Historiographen eine ganz geringe Rolle. Diese legten bei der Begründung ihrer Ansprüche vor allem Wert auf juristische Beweisführung und benutzten daher fast ausschließlich Familienverbindungen der herrschenden Häuser, alte Verträge und Abhängigkeitsverhältnisse und nicht die juristisch nicht faßbare Tradition aus den Anfängen der französischen Geschichte. Nur vereinzelt wurde von ihnen die Anschauung vom alten Gallien oder von Austrasien benutzt; so wurde Trier einmal als Teil des alten Gallien, die Bistümer, die Freigrafschaft Burgund und Gebiete der spanischen Niederlande als Teile des alten Königreichs Lothringen bezeichnet.[48])

Ganz im Gegensatz dazu bildeten bei Hersent und Cassan diese Anschauungen die Grundlage ihrer Schriften, Hersent forderte die Wiederherstellung des alten Austrasien, bezeichnete den Rhein als Grenze und verlangte die Wiedereroberung aller Gebiete auf dem linken Rheinufer.[49]) Cassan verlangte die Wiederherstellung des alten Gallien, forderte die Alpen- und Pyrenäengrenze und ging über die Rheingrenze noch hinaus, indem er auch Rechte des französischen Königs auf rechtsrheinische Gebiete aufstellte.[50])

Von gleichzeitigen Historikern gingen vor allem Dupleix und Charles Bernhard[51]) von diesen Anschauungen aus. Der Mercure françois sprach mehrmals vom alten

---

[46]) Kern S. 3 ff., 15 ff., Sorel I 244 ff.
[47]) Sorel I 254 ff., vgl. Fitte S. 13.
[48]) Dupuy S. 338, 343, 361, Godefroy S. 292, 362, 57, 228.
[49]) Hersent, Widmung und S. 8 f., 224.
[50]) Cassan I 319 ff., 366, 367 f., 412, II 3 ff., 31 ff., 65 ff., 114 ff., 174 f.
[51]) Erste Ausgabe erschien 1640.

Gallien und der Rheingrenze. Auch offizielle Persönlichkeiten sprachen von diesen Dingen. Schon 1632 sagte man im Parlament von Paris, Frankreich habe seine Grenzen bis zum Rhein ausgedehnt.[52]) Dasselbe sagte Vitry im gleichen Jahre vor den Ständen der Provence.[53]) Bei den Eröffnungsreden des Parlaments von Metz im Jahre 1633 wurden die drei Bistümer als alte Teile des Königreichs Austrasien oder Lothringen bezeichnet und ihre Rückkehr unter den rechtmäßigen Herrscher gefeiert.[54]) 1636 begrüßte Noyers die Erreichung des Rheines als Wiederherstellung der alten Grenze.[55]) Auch in der gleichzeitigen Memoirenliteratur sind derartige Aeußerungen häufig. Hanotaux bezeichnet zweifellos mit Recht die Idee vom alten Gallien und der Rheingrenze als schon 1614 im allgemeinen Bewußtsein befindlich und zitiert das damalige Sprichwort: „Quand Paris boira le Rhin, Toute la Gaule aura sa fin.“[56])

Wie stand nun Richelieu zu diesen Ideen und Theorien, den man meist als ihren eigentlichen Träger bezeichnet hat?

Daß Godefroy und Dupuy in seinem Auftrage arbeiteten, ist klar. Er hat auch mehrmals von ihnen Abhandlungen verlangt und ihnen für die Uebersendung von solchen gedankt.[57]) Andererseits geht aus dem bereits Gesagten klar hervor, daß er diese Anschauungen und Methoden nicht erst erfunden hat. Zweifellos hat er sie aber für seine Politik benutzt. Die Anschauung, daß der französische König der älteste der christlichen Könige sei, wird von ihm allerdings nur ganz selten erwähnt,[58]) dieselbe ließ sich ja auch praktisch kaum verwerten. Der Grundsatz von der unveräußerlichen Domäne des Königs lag dagegen fast allen Forderungen auf Gebietserwerbungen zugrunde, die in den letzten Jahren seiner Regierung, vor allem auf Artois und Roussillon, erhoben wurden. Besonders klar wurde er 1642 in einer Instruktion für d'Avaux ausgesprochen: „Wenn die Vorgänger des Königs — so hieß es dort — in der Vergangenheit zugestimmt haben, daß man sie beraubte, um Ruhe zu bekommen, so ist es das Mindeste, was Frankreichs Gegner jetzt tun

---

[52]) Molé, II 155.
[53]) Aubery, II 135.
[54]) Mercure XIX 128 ff., Michel, Biographie, Art. Rémefort S. 446 f., vgl. oben S. 86.
[55]) Aubery III 164, vgl. oben S. 195, A. 19.
[56]) Hanotaux, Richelieu I 160.
[57]) Lettres IV, 93, 209 f., V 705 ff., VI 877, VII 666, Lelong II 866 f., Nr. 28 754, Molé II 207, Dupuy S. 324.
[58]) Lettres II 290, III 844.

müssen, daß sie uns einen Teil dessen zurückgeben, was uns geraubt ist.“[59]) Diese Stelle zeigt aber auch zugleich, daß Richelieu diese Theorien in der Praxis sofort auf die Gebiete beschränkte, die er in den Friedensverhandlungen fordern wollte. Bei den Verhandlungen mit Nikolas-Franz von Lothringen sprach Richelieu ferner im Jahre 1633 mit aller Schärfe davon, daß bei der Wegnahme alter Gebiete keine Verjährung die Ansprüche ungültig mache.[60]) Bei den Verhandlungen über Lothringen hat Richelieu auch den Grundsatz des Rechtes der Eroberung durch den Krieg stets benutzt. Dabei ist charakteristisch, daß dies „Recht des Krieges“ im allgemeinen nur als Aushilfsmittel diente, wenn andere Rechte nicht zur Verfügung standen.[61]) Auch die als Ergebnis der Arbeiten der Historiographen aufgestellten Rechte Frankreichs auf weite Gebiete Europas hat Richelieu, wie wir sahen, in seinen Verhandlungen häufig benutzt. Aber wie Dupuy und Godefroy ihre Abhandlungen schrieben, um die augenblicklichen politischen Zwecke zu stützen und für sie Material zu liefern, während Cassan und Hersent ihre Schriften verfaßten, um der französischen Politik Ziele zu setzen, so benutzte auch Richelieu diese Dinge stets nur für die Begründung seiner unabhängig von diesen Theorien gefaßten politischen Entschlüsse und verwendete das ihm gelieferte Material nur soweit, wie er es im Augenblick brauchen konnte. Diese Dinge waren durchweg Mittel, nicht Zweck. Charakteristisch dafür ist, daß er in seinem politischen Testament sagte: „Wenn man den Entschluß gefaßt habe, zu den Waffen zu greifen, dann müsse man die Gerechtigkeit untersuchen, die sie in die Hand gibt und das durch fähige und rechtschaffene Doktoren machen lassen.[62]) Wenn er dabei auch die Verantwortung vor Gott betonte, so ist doch klar, daß die Gerechtigkeit des Krieges erst geprüft wurde, wenn er aus politischen Gründen bereits beschlossen war. Und noch schärfer sprach er das ein anderes Mal aus: „In Staatssachen“, so sagte er, „ist es nicht so wie bei andern: bei den einen muß man mit der Aufklärung der Rechte beginnen, bei den anderen mit der Ausführung und Besitzergreifung.“[63])

---

[59]) Lettres VII, 904 f.

[60]) Mémoires II 476 f., vgl. oben S. 106.

[61]) Vgl. z. B. Lettres IV 242, V 613, 706, Mémoires II 563, III 33.

[62]) Testament II 72.

[63]) Fragments, S. 770. — Avenel — Lettres VII 804 — erwähnt ein Gutachten aus dem Jahre 1639 mit dem Titel „Scavoir s'il faut faire la paix en renonçant aux anciens droits de la France“, das den

Aeußerungen Richelieus, die darauf hindeuten könnten, daß er die Anschauung der öffentlichen Meinung über das alte Gallien oder Austrasien und die Rheingrenze teilte, sind außerordentlich selten. In den ersten Zeiten seines Ministeriums schrieb er einmal bei Behandlung der Frage der Benefizien der lothringischen Bistümer, man solle dem Papst vorstellen, daß die Bistümer von den alten französischen Königen Chlodwig, Dagobert und Karl dem Großen gegründet seien.[64]) In den Verhandlungen mit Nikolas-Franz von Lothringen sprach er 1633 davon, der König wolle seine Monarchie in ihrem alten Glanz wiederherstellen.[65]) Im Staatsrat sagte er in demselben Jahre, der König könne nach Unterwerfung Lothringens die Grenzen bis zum Rhein ausdehnen,[66]) ohne daß dabei etwas davon gesagt wurde, daß das die alte Grenze sei. Die beiden vorherigen Aeußerungen beweisen auch nicht, daß Richelieu um dieser Anschauungen willen diese Forderungen stellte. Er benutzte sie auch hier, um seine Ziele zu begründen. Vom alten Gallien und dem Rhein als seiner Grenze oder als natürlicher Grenze hat Richelieu nie gesprochen. Seine Memoiren berichten einmal, Luynes habe die Absicht gehabt, sich zum König Austrasiens zu machen.[67]) Sonst erwähnen die Memoiren diese Anschau-

---

Nachweis von Rechten auf Navarra, Katalonien, Roussillon, Flandern, Hesdin, Freigrafschaft Burgund, Mailand, Neapel und Sizilien enthält. Am Rand habe Richelieu vermerkt: „Il faut laisser trois pages blanches." Avenel sagt, er habe das Manuskript des ersten Entwurfs dieses Gutachtens gefunden und in ihm die Handschriften von mehreren Sekretären Richelieus und auch seine eigene festgestellt. Er fügt hinzu: „c'est un curieux spécimen de son travail personnel." Es ist aber nach allem sehr unwahrscheinlich, daß Richelieu selbst sich mit der Aufstellung dieser Rechte abgab. Man kann vielleicht auch zweifeln, ob es möglich ist, in einem Gutachten von 13 Folioseiten, das soviel verschiedene Schriftzüge enthielt, die Handschrift Richelieus mit Sicherheit nachzuweisen, zumal einige seiner Sekretäre sie täuschend nachmachen konnten. Für die Aufstellung dieser Rechtsgutachten kommen aber — wenigstens sonst — seine Sekretäre nicht in Betracht. Diese Arbeiten waren Aufgabe der Historiographen, die im Tresor des Chartes das Material dazu hatten. Auch entspricht der Inhalt ja durchaus ihren übrigen Arbeiten.

[64]) Fragments S. 741 f.

[65]) Mémoires II 477, vgl. oben S. 106.

[66]) Mémoires II 482, vgl. oben S. 108.

[67]) Mémoires I 250 (Ausgabe der Société de l'histoire III 180). In der die diplomatischen Methoden Richelieus verspottenden Flugschrift von Morgues „L'ambassadeur chimerique", wird Richelieu derselbe Vorwurf gemacht. Sein Ziel soll sein, König von Austrasien zu werden, das von der Freigrafschaft Burgund bis zur Maas und zum Rhein reichen solle. S. 7.

ungen nicht, obwohl es nahe lag, daß sie, die die Politik Richelieus verherrlichen sollten, zeigten, welche Erfolge diese in der Richtung auf das traditionelle, auch damals lebendige Ziel der Wiederherstellung des alten Galliens gehabt hatte. Auch das politische Testament spricht weder vom alten Gallien noch von der Rheingrenze. Obwohl dasselbe einen besonderen Abschnitt über die Grenzen enthält, wird in diesem nur von der Notwendigkeit gut befestigter Grenzen gesprochen.[68]) Richelieus Politik ging eben nicht von solchen, mehr gefühlsmäßigen Anschauungen der öffentlichen Meinung aus, sondern — wie auch Bismarck 1870—71 — ganz real und nüchtern von den Bedürfnissen der allgemeinen Lage. Für diese Politik war es gleichgültig, ob Gebiete, deren Eroberung man für nötig und nützlich hielt, alter französischer Besitz waren oder nicht.

Wieweit hat nun die französische Politik jener Zeit die Reunionsmethoden bei ihrem Vorgehen in den Bistümern, in Lothringen und dem Elsaß benutzt?

Bei den lothringischen Bistümern gingen schon die Gutachten der Kommission Lebret von der Voraussetzung aus, daß diese Gebiete alter französischer Besitz seien oder doch seit mehreren Jahrhunderten unter französischer Protektion ständen. Dabei benutzte man aber, ganz entsprechend den sonstigen Methoden der offiziellen Historiographen, in der Hauptsache nicht die Anschauung vom alten Austrasien, sondern vor mehreren Jahrhunderten geschlossene Protektionsverträge und alte Lehnsverhältnisse. So betonte man 1627 beim Streit mit dem Bischof von Verdun nicht die Zugehörigkeit Verduns zu Austrasien, sondern die Tatsache, daß Verdun vor 300 Jahren unter französische Protektion getreten sei.[69]) Ein Erlaß des Königs an den Adel des Bistums von Verdun sprach allerdings im gleichen Jahre davon, daß Verdun von Anfang an zu Frankreich gehört habe.[70]) 1627 waren die Historiographen bei der Arbeit, neue Rechte des Königs auf die Bistümer festzustellen.[71]) Bei der Eröffnungsrede für das Parlament von Metz wurde dann 1633 von der Zugehörigkeit der Bistümer zum alten Austrasien gesprochen.[72]) Und ähnliche Worte fielen 1634 bei der Besetzung des Parlaments

---

[68]) Testament II 65 ff.
[69]) Mercure XIII 68 ff., Mémoires I 435, vgl. oben S. 49.
[70]) Roussel Anhang S. 79, Nr. 93.
[71]) Molé I 416, 417 f., 418 f.
[72]) Vgl. oben S. 397.

von St. Mihiel durch einen französischen Präsidenten.[73]) Bei den Vorarbeiten für die Friedensverhandlungen Anfang 1637 wurde dann nicht auf Austrasien zurückgegangen, sondern nur von der großen Zahl der Titel gesprochen, die man in Händen habe und die zeigten, daß Verdun und Toul sich in den vergangenen Jahrhunderten häufig unter französische Protektion gestellt hätten, wobei aber ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche zugegeben wurde, die man ja damals für das Bistum Metz offiziell anerkennen wollte.[74])

Ganz besonders rege war die Tätigkeit der Historiographen in bezug auf Lothringen, was ja schon oft erwähnt wurde. Die Hauptfrage war natürlich, wie weit sich für die Gebiete des Herzogs von Lothringen durch eine unmittelbare oder mittelbare Nachweisung von Lehnsabhängigkeiten französische Ansprüche begründen ließen. Dupuy und Godefroy haben in ihren Arbeiten für die Friedensverhandlungen vom Jahre 1637 die staatsrechtliche Stellung von Lothringen und Bar im allgemeinen durchaus richtig dargelegt.[75]) Der Herzog wurde für Lothringen und den Teil von Bar östlich der Maas als Vasall des deutschen Kaisers bezeichnet, dessen Abhängigkeit aber geringer sei als die anderer deutscher Fürsten. Bar westlich der Maas sei französisches Lehen.[76]) Wie aber von den Historiographen und den Franzosen überhaupt zwischen dem Barrois mouvant und dem Barrois non mouvant nicht unterschieden wurde,[77]) so führte man diese Scheidung auch in diesem Gutachten nicht durch, sondern sprach nur von dem Herzogtum Bar im ganzen und von seiner Lehnabhängigkeit von Frankreich und sagte, was der König mit ihm mache, sei eine innerfranzösische Angelegenheit und der König als Lehnsherr berechtigt, das Gebiet des treulosen Vasallen einzuziehen.[78])

Daß Bar französisches Lehen sei, wurde auch sonst durchweg gesagt. Darüber hinaus aber leugnete Richelieu bei seinen Verhandlungen mit Nikolas-Franz im Jahre 1633 die Abhängigkeit Lothringens vom Reich und beanspruchte die Souveränität auch über Lothringen für Frankreich.[79]) Da-

---

[73]) Mercure XX 200 f.
[74]) Dupuy S. 340, Godefroy S. 297, vgl. oben S. 199.
[75]) Vgl. oben S. 22 f.
[76]) Dupuy S. 326, Godefroy S. 348.
[77]) Haussonville I 563, Nr. 59, macht allein noch diesen Unterschied.
[78]) Dupuy S. 327 ff.
[79]) Mémoires II 476, vgl. oben S. 106.

gegen sagte ein fast gleichzeitiges Gutachten von Karl „quoique prince souverain, il est vassal du Roy“[80]), was nur bedeuten konnte, daß Karl nur für einen Teil seines Gebietes französischer Vasall sei. Im Oktober 1636 unterschied Richelieu drei Arten der lothringischen Gebiete in staatsrechtlicher Beziehung: die vom König abhängigen, die von den Bistümern abhängigen und die von keinem von beiden abhängigen Gebiete.[81]) Dagegen bezeichnete das Urteil des Parlaments von Paris über die Heirat Gastons im Jahre 1634 Karl einfach als „duc de Lorraine, vasall lige de la couronne“.[82]) 1637 wurde aber in einer Anweisung für Verhandlungen in Deutschland ganz offen anerkannt, daß Karl für den größten Teil seines Gebietes Vasall des Kaisers sei.[83]) Man war sich also zweifellos im klaren über die staatsrechtliche Stellung Lothringens, stellte aber seine offiziellen Erklärungen darüber ganz auf das ein, was man im Augenblick brauchen konnte.

Außer Bar waren kleine, unbedeutende Teile des Herzogtums Lothringen als alte Lehen der Champagne von Frankreich abhängig. Von diesen wurde nur gelegentlich gesprochen, ohne daß ihre Abhängigkeit von der Champagne von Richelieu und den Historiographen erwähnt wurde.[84]) Nur das schon mehrfach erwähnte große Gutachten aus der Zeit von 1633 und 1634, dessen Verfasser unbekannt ist, bezeichnete ganz Lothringen als Lehen der Champagne,[85]) was auch sonst als Anschauung der Franzosen gelegentlich erwähnt wurde.[86]) Dagegen haben die Franzosen, wie im einzelnen bereits dargestellt ist, von den angeblichen Abhängigkeitsverhältnissen lothringischer Gebiete von den Bistümern Metz, Toul und Verdun, beginnend mit der Vorreunionskammer vom Jahre 1624, stets sehr ausgiebigen Gebrauch gemacht. Die deshalb beanspruchten Rechte spielten sowohl bei den Verhandlungen mit Karl, wie bei den allgemeinen Friedensverhandlungen stets eine große Rolle.

Wo diese durch die Lehnsabhängigkeit begründeten „Rechte“ nicht ausreichten, griff man zur Begründung dessen, was man forderte, auf das Recht des Besitzes auf Grund der

---

[80]) Lettres VIII 261.
[81]) Lettres V 613.
[82]) Molé II 274.
[83]) Mémoires III 192.
[84]) Lettres V 741, Dupuy S. 327, 330.
[85]) Haussonville I 565 f., Nr. 599. Hier beruft man sich auch darauf, daß Frankreichs Grenze früher der Rhein gewesen sei.
[86]) Siri: VII 755, Calmet VI 137.

Eroberung zurück, das ebenfalls bei allen Verhandlungen über Lothringen angeführt wurde. So sagte Richelieu z. B. ganz entsprechend dem Gutachten seiner Historiographen [87]) im Jahre 1636, die von der französischen Krone abhängigen Gebiete fielen infolge des Treubruchs Karls an Frankreich, bei den von den Bistümern abhängigen nötige den König seine Frömmigkeit „à vendiquer le bien de l'Eglise". Für die in keinem der beiden Abhängigkeitsverhältnisse stehenden Gebiete gebe aber das Kriegsrecht dem König die notwendigen Titel, um sie zu behalten.[88])

Auch ein Rechtsspruch eines französischen Parlaments wurde, ganz wie zur Zeit Ludwigs XIV., zur Begründung dieser Ansprüche herangezogen. Das Urteil des Parlaments von Paris vom 5. September 1634, das die Ehe Gastons für ungültig erklärte, sprach die Einverleibung der von Frankreich abhängigen Gebiete Karls aus und beauftragte den König, sich an den nicht von Frankreich abhängigen Gebieten des Herzogs für seinen Treubruch schadlos zu halten.[89]) Man ist sich aber bewußt gewesen, daß die Ausdehnung dieses Rechtsspruches auch auf die vom Kaiser abhängigen Gebiete nicht so ohne weiteres rechtlich begründet war. Godefroy fragte Anfang 1637 Grotius, ob jemand, der einen benachbarten Fürsten — Frankreich — beleidigt habe, aber Vasall eines anderen Fürsten — des Kaisers — sei, seinen Besitz mit Recht verlieren könne.[90]) Man half sich über diese Schwierigkeit hinweg, indem man das Völkerrecht, in dem das Kriegsrecht enthalten sei, als über dem Vasallenverhältnis stehend bezeichnete. Wenn das Vasallenverhältnis zum Reich den Herzog Karl vor den Folgen des Kriegsrechts schütze, dann hätten andere Fürsten überhaupt kein Mittel gegen seine Beleidigungen. Und wenn der Kaiser den Herzog vor den Folgen des Kriegsrechts hätte schützen wollen, so hätte er ihm das Kriegführen verbieten müssen, während er gerade das Gegenteil getan habe.[91])

In schärfstem Gegensatz zu dieser Behandlung Lothringens durch die Historiographen steht ihre Stellung zum Elsaß, wie auch die der anderen Reunionsschriftsteller. Cassan, der weite Gebiete auf dem rechten Rheinufer, und Hersent, der das ganze linke Rheinufer für Frankreich bean-

[87]) Dupuy S. 324 ff.
[88]) Lettres V 613.
[89]) Vgl. oben S. 124.
[90]) Grotius Ep. 705 (Oxenstierna II 2, 293, Nr. 122).
[91]) Dupuy S. 336.

spruchte, dehnten naturgemäß ihre Ansprüche auch auf das Elsaß aus, als zum Reich Karls des Großen und zu Austrasien gehörig. Sie nannten auch Straßburg als Stadt dieses Königsreichs,[92]) schenkten aber im allgemeinen dem Elsaß sehr wenig Aufmerksamkeit. Auch sonst finden sich Aeußerungen, die das Elsaß oder Teile desselben für Frankreich als Teil des alten Reichs beanspruchen. So rechnete die Abhandlung eines in Frankreich lebenden Holländers 1624 neben der Rheinpfalz auch Hagenau zum alten Gallien.[93]) Etwa 1628 erschien eine Schrift, die das Bistum Straßburg als Gründung des Königs Dagobert nachzuweisen suchte.[94]) 1642 sprach Grotius davon, daß man in Paris Schriften verfasse, die Elsaß und Lothringen und das ganze Deutsche Reich für Frankreich beanspruchten.[95]) Deutsche Quellen meldeten, die Franzosen hätten bei den Verhandlungen mit Schweden im Jahre 1632 das Elsaß beansprucht, da es früher zu Frankreich gehört habe und das Bistum Straßburg von Dagobert gegründet sei,[96]) was aber sehr unwahrscheinlich ist, da die Franzosen damals ins Elsaß nicht einrücken wollten. Auch ein Bericht aus Murbach sagte Anfang 1635, daß die Franzosen das Elsaß als alten Besitz Frankreichs beanspruchten.[97]) Ein venetianischer Gesandter sprach ferner schon im März 1624 davon, daß Frankreich alte Ansprüche auf das Elsaß erhebe,[98]) und Maximilian von Bayern sprach im Jahre 1625 von französischen Absichten auf die Rheingrenze.[99]) Von offiziellen Aeußerungen erwähnte nur ein Schreiben des französischen Königs an Straßburg im Jahre 1629, daß die Kirche von Haslach im Bistum Straßburg eine Gründung seiner Vorgänger sei.[100])

Nur in einem Fall wurde bei dem französischen Vorgehen im Elsaß die Reunionstheorie benutzt. Schon Fancan hatte in seiner Denkschrift vom Jahre 1625 darauf hingewiesen, daß

---

[92]) Cassan II 3 ff., Hersent S. 8 ff.
[93]) Mercure X 94 ff.
[94]) Aubery, Des justes prétentions du Roy, S. 67.
[95]) Grotius Ep. 1583.
[96]) Theatrum II 584, Khevenhiller XII 336 f. Nach einem bei Irmer I, Einleitung XLV A 1 wiedergegebenen Aktenstück soll ein französischer Gesandter Anfang 1632 davon gesprochen haben, daß die Schweden hinter den Rhein zurückgehen und die Franzosen „usque ad antiquas Galliae fines, nämlich, was diesseits des Rhein gelegen" vorrücken sollten.
[97]) Gatrio II, 333 f., Ehret S. 163.
[98]) Oberreiner: Rev. d'Alsace, 1913, S. 346.
[99]) Goetz II_2, S. 332.
[100]) Ketzinger I 201 f., vgl. oben S. 67.

in Deutschland einige vom Bistum Metz abhängige Orte lägen.[101]) In den Jahren 1626 und 1628 erklärte sich der Graf von Hanau bereit, dem Bistum Metz für die drei elsässischen Orte Ingweiler, Buschweiler und Neuweiler den Lehnseid zu leisten.[102]) Dieses Abhängigkeitsverhältnis wurde dann zugrunde gelegt, als Frankreich Ende 1633 die drei Orte in seine Protektion nahm.[103]) Hier wurde also ganz deutlich die Reunionstheorie zur Anwendung gebracht,[104]) aber sie bezog sich nur auf ein ganz kleines Gebiet, auf das die gegen Lothringen auf Grund der Abhängigkeitsverhältnisse von den Bistümern erhobenen Ansprüche ausgedehnt wurden.

Dagegen wurden von den Historiographen Godefroy und Dupuy und von Richelieu an keiner Stelle Ansprüche auf das Elsaß als altes französisches Gebiet gemacht.[105]) Bei Aufzählungen der früher zu Frankreich gehörenden Gebiete wurde das Elsaß nie genannt. Die Stellen, an denen die Historiographen vom alten Königreich Lothringen oder Austrasien sprachen, bezeichneten vielmehr als dessen Grenze Maas — Schelde — Meer — Rhein — Vogesen, schlossen also das Elsaß aus.[106]) Erst 1640 begann man im Elsaß mit Reunionsmethoden zu arbeiten. Anfang 1640 ging Stella nach Breisach, um die dortigen Archive nach Titeln zu untersuchen, aber noch im Dezember 1641 schrieb man darüber an Erlach, daß man Usurpationen Habsburgs im Elsaß, Breisgau, Sundgau und Schwarzwald feststellen wolle.[107]) Man sprach also auch hier nicht von französischen Rechten, und auch sonst bemühten sich die Historiographen, Usurpationen Habsburgs auf Gebiete, die man selbst nicht beanspruchte, nachzuweisen, um das bei den Friedensverhandlungen benutzen zu können.[108]) Allerdings würde man es Erlach nicht gerade gesagt haben, wenn man in den Breisacher Archiven Titel für eigene Ansprüche suchte. Aber auch sonst finden sich auch in den letzten Jahren Richelieus keine Aeußerungen, die das Elsaß als altes französisches Gebiet beanspruchen. In der

---

[101]) Vgl. oben S. 35, A. 23.
[102]) Vgl. oben S. 67 und 67, A. 18.
[103]) Vgl. oben S. 152.
[104]) Barthold I 121 bezeichnete das — schon 1842 — sehr richtig als Vorspiel der Reunionskammer Ludwigs XIV.
[105]) Das betont auch Batiffol S. 119 f.
[106]) Zunächst in den Akten Lebrets vom Jahre 1625, Dupuy, S. 361, dann bei den Denkschriften von 1637 für die Friedensverhandlungen. Dupuy S. 343, Godefroy S. 362, vgl. Godefroy S. 57.
[107]) Vgl. oben S. 315.
[108]) Z. B. über Württemberg, Godefroy S. 61 ff.

Instruktion an Estrades vom 15. Oktober 1642 wurde vielmehr gesagt, daß der größte Teil der Eroberungen, die man seit April 1634 gemacht habe, zur alten Domäne Frankreichs gehöre.[109]) Da man sonst alle anderen Gebiete, die man militärisch erobert hatte, stets als zur alten Domäne des Königs gehörig bezeichnete, kann mit den Eroberungen, die nicht alter französischer Besitz seien, nur das Elsaß gemeint worden sein. Es ist also mindestens wahrscheinlich, daß die Reunionstheorie, soweit sie offiziell von der französischen Regierung ausgebildet wurde, für die Begründung französischer Rechte auch in den letzten Jahren Richelieus nicht auf das Elsaß ausgedehnt wurde. Sicher ist das aber für die Zeit bis 1640.

[109]) Vgl. oben S. 327.

Quellen- und Literaturverzeichnis.

Adlzreitter, Boicae gentis Annales, Band III, München 1652.
Albert-Petit, Comment l'Alsace est devenue française, Paris 1915.
Alexi, Untersuchung über den Tod des Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar, Programm des Kaiserl. Lyceums in Kolmar, 1873.
Arnauld Andilly, Journal inédit, 1614—1620, publ. par Halphem, Paris 1857.
—, Journal inédit, 1620—1632, publ. par Halphem, 10 Bände, Paris 1888—1909.
v. Aretin, Bayerns auswärtige Verhältnisse seit dem Anfang des 16. Jahrhundert. Band I (allein erschienen), Passau 1839.
Arkenholz, Historische Merkwürdigkeiten der Königin Christine von Schweden. 4 Bände, Leipzig und Amsterdam, 1751—60.
L'abbé Arnauld, Mémoires, in Mémoires pour servir à l'histoire de France. Michaud et Poujoulat, Serie II, Band 9, Paris 1838.
Aubery, Mémoires pour l'histoire du Cardinal-Duc de Richelieu. 5 Bände, Köln 1667 (zitiert Aubery, 1660 erschien eine Ausgabe in 2 Bänden in Paris).
—, L'histoire du Cardinal-Duc de Richelieu. 2 Bände, Köln 1666 (1660 erschien eine Ausgabe in einem Band in Paris).
—, Des justes prétentions du Roy sur l'Empire. Paris 1867.
Auerbach, La France et le Sainte Empire Romain-Germanique, Paris 1912.
Le duc d'Aumale, Histoire des Princes de Condé. Band III, IV, Paris 1886.
Comte d'Avaux, Correspondance inédite avec son père, publ. par A. Boppe. Paris 1887.
Avenel, Richelieu et la monarchie absolue. 4 Bände, Paris 1884—90.
—, La jeunesse de Richelieu, Revue des questions hist., 1869, Band VI, S. 146—224.
—, Richelieu, Louis XIII et Cinq-Mars, Revue des questions hist., 1868, B. IV, S. 92—180.
—, Des mémoires manuscrits de Richelieu, Journal des Savants, März, August 1858, Februar, Mai 1859.

Babelon, Le Rhin dans l'histoire, Band 2, Paris 1917.
Bainville, Histoire de deux peuples, Paris 1915.
Baleicourt, Traité historique sur l'origine de la Maison de Lorraine, Berlin 1711.
Bardot, La question des dix villes impériales d'Alsace, 1648—1680, Annales de l'université de Lyon, II 1, 1899.
Bardy, Belfort sous le Comte de la Suze, Mühlhausen 1862.
Barthold, Geschichte des großen deutschen Krieges, mit besonderer Rücksicht auf Frankreich. 2 Bände, Stuttgart 1842—43.

Bassompierre, Mémoires, 4 Bände, Paris 1870—77, in Société de l'histoire de France, B. 153, 162, 173, 182.
Batiffol, Les anciennes républiques alsaciennes, Paris 1918 (zitiert Batiffol).
—, L'Alsace est française, Paris 1919.
—, Le roi Louis XIII à vingt ans. Paris.
—, La duchesse de Chevreuse, Paris 1913.
—, Les faux Mémoires du Cardinal de Richelieu, Revue des deux Mondes, 1921, B. 62, S. 869—894.
Bauchez, Journal, publ. par Abel et Bouteiller, Metz 1868.
J. Baur, Philipp von Soetern, Kurfürst zu Trier. 2 Bände, Speyer 1897, 1914.
Bazin, Histoire de France sous Louis XIII, 4 Bände, Paris 1838.
Beauvau, Mémoires pour servir à l'histoire de Charles IV, Duc de Lorraine et Bar, Köln 1688.
J. Becker, Vorgänge bei der Präsentation eines Reichslandvogts in den Reichsstädten des Elsaß, Jahrb. f. Gesch., Sprache und Lit. Els.-Lothr., 1899, B. VI 8—23.
Trauttwein von Belle, Der Kardinal Richelieu, Vortrag, Berlin 1868.
Bennoit, Trois lettres inédites relatives à la Guerre de trente ans, Rev. d'Alsace 1884, S. 530—535.
A. Benoit, L'Alsace, Strassbourg et Vieux-Brisach, Rev. d'Alsace, 1898, S. 4—25.
—, Les premières années de la guerre de Trente Ans dans le Saarthal, 1633—40. Jahrb. d. Gesellsch. f. lothr. Gesch., 1890, II 301—305.
Père Benoit, Histoire de Toul, Toul 1707.
Ch. Bernhard, Histoire du Roy Louis XIII, Paris 1646 (erste Ausgabe 1640).
Besson, Mémoire historique sur l'Abbaye de Lure, Besançon 1846.
Bigot, Journal, in Documents sur l'histoire de Lorraine, B. 14, Nancy 1869.
Billing, Kleine Chronik der Stadt Kolmar, herausgg. v. A. Waltz, Kolmar 1891.
Boehn, Studien zum politischen Testament Richelieus. Diss. Leipzig 1909.
Bougeant, Histoire des guerres et des négociations qui précédèrent le traité de Westphalie, Band I, II, Paris 1751.
Boulanger, Le grand siècle, in l'histoire de France racontée à tous, Paris 1911.
E. Bougeois, Manuel historique de la politique étrangère, Band I: Les origines. 5. Aufl., Paris 1911.
Bouteiller et Hepp, Correspondance politique adressée au Magistrat de Strassbourg par ses agents de Metz, Paris 1882.
Bresch, Stadt und Tal Münster im Elsaß im dreißigjährigen Kriege. Zeitschr. f. d. Gesch. d. Oberrheins, 1895, N. F. 10, S. 383—423.
Brièle, Lettre inédite adressée à M. Servien par le Maréchal Manicamp, Rev. d'Alsace 1860, S. 378 f.
Brienne, Mémoires. Michaud et Poujoulat, Serie III, Band 3.
Brockhaus, Der Kurfürstentag zu Nürnberg 1640. Leipzig 1883.
Bühring, Venedig, Gustav Adolf und Rohan. Halle 1885.
Burckhardt, Basel zur Zeit des dreißigjährigen Krieges. 58. Neujahrsblatt, Basel 1880.
Bury, Histoire de la vie de Louis XIII, 4 Bände, Paris 1768.

Calmet, Histoire de Lorraine, Band VI, Nancy 1757.
Campion, Mémoires, herausgg. v. M. C. Moreau, Paris 1857.
Canovas del Castillo, Estudios del Reinardo de Felipe IV, Band II, Madrid 1888.
Capefigue, Richelieu, Mazarin, La Fronde et le règne de Louis XIV. 8 Bände, Paris 1835, 36.
Cassan, La recherche des droits du Roy, Paris 1632.
Cayon, Histoire de Nancy, Nancy 1846.
Chanterau-le-Febvre, Question historique si les provinces de l'ancien royaume de Lorraine doivent estre appellées terres de l'Empire. Paris 1644.
Charavay, Collection de Lettres autographes sur le règne de Louis XIII. Paris 1873.
Chastelier-Barlot, Mémoires. Fontenay 1643.
Chavrériat, Histoire da la guerre de Trente Ans, 2 Bände, Paris 1878.
Chemnitz, Königlich Schwedischer in Deutschland geführter Krieg. 4 Teile. Stockholm 1653 bis 1659.
Chéruel, Histoire da la France pendant la minorité de Louis XIV. Band I, Paris 1879.
Chifletio, Alsatia jure proprietatis et protectionis Philippo IV vindicato. Antwerpen 1650.
—, Opera politica-historica ad pacem publicam spectantia. Antwerpen 1650.
Cimber et Danjon, Archives curieuses de l'histoire de France. 27 Bände. Paris 1834—40.
Le Clerq, La Vie du cardinal-Duc- de Richelieu. 5 Bände. Amsterdam 1753 (erste Ausgabe 1695).
E. Colin, L'Alsace et la Lorraine à travers l'histoire de France, Paris 1919.
Coste, Notice historique sur la ville de Vieux-Brisach. Mühlhausen 1860.
Cousin, Le duc et connétable de Luynes. Journal des Savants, 1861 bis 1863.
—, Madame de Chevreuse et Madame de Hautefort. Band I: Madame de Chevreuse, Paris 1856.
—, La jeunesse de Mazarin. Paris 1865.
Czerny, Ueber den Tod des Herzogs Bernhard von Weimar. Schulschriften aus Oesterreich, 1905/06. Band VI, Wien.

Dareste, Histoire de France, Band V, Paris 1867.
Dedouvres, Le père Joseph polémiste. Paris 1895.
Denis, La Bohême depuis la Montagne-Blanche. Band I, Paris 1902.
Derichsweiler, Geschichte Lothringens. Band II, Wiesbaden 1902.
Digot, Histoire de Lorraine. Band I und V, Nancy 1856.
M. Doeberl, Bayern und Frankreich. München 1900.
Dorlan, Notice historique sur l'Alsace et principalement sur la ville de Schlestadt. Band II, Kolmar 1843.
Drapeyron, Le sous géographique du Cardinal de Richelieu; Revue de Géographie 1885, B. 17, S. 274—288.
Driault, La république et le Rhin, Paris 1916.
—, La France au Rhin, Paris 1916.
G. Droysen, Bernhard von Weimar, 2 Bände, Leipzig 1885 (zitiert Droysen).
—, Gustav Adolf, 2 Bände, Leipzig 1869/70.

G. Droysen, In Sachen Herzog Bernhards von Weimar, Forschungen zur deutschen Geschichte. 1886. B. 26, S. 359—414 (zitiert Droysen, Forschungen).
Dudik, Waldsteins Korrespondenz, Archiv für österr. Geschichtsquellen, 1865/66. B. 32, 36.
Duhamel, Documents rares et inédites de l'histoire des Vosges, 7 Bände, Epinal 1868—82.
Duhr, Geschichte der Jesuiten in den Ländern deutscher Zunge. B. II 1, Freiburg 1913.
Dumont, Corps universel diplomatique, Recueil des Traités, Band V 2, VI 1, Amsterdam-Haag 1728.
—, Négociations secrètes touchant la paix de Munster et Osnabrug, B. I, Haag 1725.
Dupleix, Histoire de Louis le Juste XIII, Paris 1635 (zitiert Dupleix I).
—, Continuation de l'histoire du règne de Louis le Juste, XIII, Paris 1652 (erste Ausgabe Paris 1648, zitiert Dupleix II).
Dupuy, Traités touchant les droits du Roy, Rouen 1670 (erste Ausgabe Paris 1635).
Dussieux, Le Cardinal de Richelieu, Paris 1886.

Ehret, Geschichte der Stadt Gebweiler, Gebweiler 1908.
Ellerbach, Der dreißigjährige Krieg im Elsaß. Band I, 1618—1622 (allein erschienen), Carspach 1912.
Engelsüß, Weimarischer Feldzug, Frankfurt 1648.
Erlach, Mémoires historiques concernant Mr. le Général d'Erlach, 4 Bände, Yverdun 1784.
(Fast alle wichtigen in diesen Memoiren Erlachs wiedergegebenen Briefe usw. sind bei Gonzenbach wieder abgedruckt und dann nach diesem zitiert.)
Estrades, Ambassades et négociations, Band I, Amsterdam 1718.

Fagniez, Le père Joseph et Richelieu. 2 Bände, Paris 1894. (Zitiert Fagniez.)
—, Fancan et Richelieu, Revue historique, 1911. Bd. 107/08.
—, L'opinion publique et la polémique au temps de Richelieu, Revue des questions historiques, 1896, B. 60, S. 442—484.
Falk, Sverige och Frankrike 1632—1634. Diss. Upsala, 1911.
Felscherin-Lichtenhahn, Hans Ludwig von Erlach. Berner Taschenbuch 1861, S. 1—96.
Feuquières, Lettres et négociations, 3 Bände, Amsterdam 1753.
Dagobert Fischer, Geschichte der Stadt Zabern im Elsaß, Zabern 1874.
M. Fischer, Siège et Capitulation de Saverne, 1636, Curiosités d'Alsace, 1863, II 210—215.
Fitte, Das staatsrechtliche Verhältnis des Herzogtums Lothringen zum Deutschen Reich seit dem Jahre 1542. Beiträge zur Landeskunde von Elsaß-Lothringen, Heft 14, Straßburg 1891.
Flach, Les affinités françaises de l'Alsace avant Louis XIV, Paris 1915.
—, Les revendications françaises de la Lorraine et de l'Alsace du XIe au XVIIe siècle. Compte rendue de l'Académie des sciences, 1915 N. S. 84, 284—298.
Flassan, Histoire générale de la diplomatie française, Band II und III, 2. Aufl. Paris 1811.

Foncemagne, Lettre sur le testament politique du Cardinal de Richelieu, Amsterdam 1750.
Fontenay-Mareuil, Mémoires, Michaud et Poujoulat, Serie II, B. 5, Paris 1837.
de la Force, Mémoires, herausgg. v. de la Grange, 4 Bände, Paris 1843.
Lenglet du Fresnoy, Méthode pour étudier l'histoire, Band IV, Paris 1729.
Friese, Neue vaterländische Geschichte der Stadt Straßburg, Bd. III, Straßburg 1792.
Frohnhäuser, Gustav Adolf und die Schweden in Mainz und am Rhein. Archiv für hessische Geschichte, 1899 N. F. 2.

Gachon, Note sur quelques passages des mémoires de Richelieu. Revue historique, 1886, B. XXX 99—102.
Gallois, Lettres inédites des Feuquières, Band I, Paris 1845.
Gardiner, Un mémoire inédit de Richelieu, Revue historique, 1876, B. I 228—238.
Gaston, Duc d'Orléans, Mémoires. Michaud et Poujoulat, Serie 2, B. 9, Paris 1838.
—, Lettre inédite au magistrat de Colmar. Curiosités d'Alsace, 1863, II 227—230.
Gatrio, Die Abtei Murbach im Elsaß, Band II, Straßburg 1895.
Geissel, Der Kaiserdom zu Speyer, Band II, Mainz 1828.
Geley, Fancan et la politique de Richelieu de 1617 à 1627, Paris 1884.
Geny, Jahrbücher der Jesuiten in Schlettstadt und Breisach. 2 Bände, Straßburg 1895/96. (Quellenschriften zur elsässischen Kirchengeschichte, Band 2/3.)
Gindely, Geschichte des böhmischen Aufstandes, 3 Bände, Prag 1869—1880.
—, Geschichte des 30 jährigen Krieges, 3 Bände, Leipzig 1882.
Girard, Histoire de la vie du duc d'Epernon, Paris 1655.
Girardot de Noseroy, Histoire de dix ans de la Franche-Comté de Bourgogne, 1632—1642, Besançon 1843.
Glöckler, Geschichte des Bistum Straßburg, 2 Bände, Straßburg 1879/80.
Godefroy, Mémoires concernant les droits du Roy de France, Amsterdam 1665.
Goetz, Briefe und Akten zur Geschichte des 30 jährigen Krieges, N. F. II 1 u. 2. Maximilian I. von Bayern, 1623—1625, Leipzig 1907, 1918.
v. Gonzenbach, Der General Hans Ludwig von Erlach. Bern 1880, 1881. 2 Bände. (Zitiert Gonzenbach).
—, Besprechung von Droysen, Bernhard von Weimar, Gött. Gel. Anz., 1886, I 242—260.
—, Zuschrift an Revue historique, 1881, Bd. XV, S. 222—225.
—, Antworten an Molitor, Korrespondenzblatt der deutschen Archive, 1880, Bd. I und II.
—, Ueber die im Schloß Spiez wiedergefundenen Papiere Erlachs, Forschungen zur dtsch. Geschichte, 1878, Bd. XVIII 409—417.
Goulas, Mémoires, Band I, in „Société de l'histoire de France", B. 193, Paris 1879.
Gravier, Histoire de Saint-Dié. Epinal 1836.
Griffet, Histoire du Règne de Louis XIII, 3 Bände, Paris 1758.
Griselle, Louis XIII et Richelieu, Lettres et pièces diplomatiques, Paris 1911.

Gritzner, Zur Geschichte der Annexion des Fürstbistum Metz durch Frankreich und zur Vorgeschichte des Metzer Parlaments, Jahrb. d. Gesellsch. f. lothr. Gesch. 1907, B. XIX 464—466.
Grober, Die politischen Beziehungen des der Eidgenossenschaft zugewandten Ortes Mühlhausen im Elsaß zum Deutschen Reich und zu Frankreich in den Jahren 1597—1678, Programm Mühlhausen 1880.
Grotius, Epistolae, Amsterdam 1687.
(Die Briefe von Grotius an Oxenstierna sind zum größten Teil auch in der Sammlung des Briefwechsels Oxenstiernas, Band II 2 und 4, abgedruckt.)
—, Epistolae ineditae, Harlem 1806.
Guerber, Histoire politique et religieuse de Haguenau, Band I, Rixheim 1876.
Guinot, L'Abbaye de Remiremont, Paris 1859.
Guron, Histoire du temps, Köln 1686.
Gyss, Histoire de la ville d'Obernai, Band II, Straßburg 1866.

Häberlin, Neueste Teutsche Reichsgeschichte, Band XXV—XXVII, Halle 1794/95.
Hallez-Claparède, Réunion de l'Alsace à la France, Paris 1844.
Hallwich, Wallensteins Ende, Ungedruckte Briefe und Akten, 2 Bände, Leipzig 1879.
v. Hammerstein, Der Metzer Bischof Kardinal de Givry, 1609 bis 1612, und die französischen Annexionsabsichten auf das Fürstbistum, Jahrb. d. Gesellsch. f. lothr. Gesch. 1898, Band X, S. 53—170.
Hanauer, La guerre de Trente Ans à Haguenau, publiée par Ingold. Kolmar 1909.
Hanotaux, Histoire du Cardinal de Richelieu, Band I, II, Paris 1893. (Geht nur bis 1624.)
—, Etudes historiques sur le 16e et 17e siècle en France, Paris 1886.
—, Les premiers intendants de justice. Rev. historique 1882/83. Band XIX—XXI.
—, Sur la prétendue découverte d'un supplément aux Mémoires de Richelieu, Revue historique, 1878, B. VII 411—443.
—, Etude sur les maximes d'Etat et des fragments politiques inédits du Cardinal de Richelieu. Authenticité de son testament politique, Journal des Savants 1879.
Harster, Originalbericht des Kommandanten der Festung Philippsburg. Mitteilungen des Hist. Vereins der Pfalz, 1888, B. XIII 72—92.
Comte de Haussonville, Histoire de la réunion de la Lorraine à la France, Band 1 und 2, Paris 1854—56.
Hauviller, Frankreich und Elsaß im 17. und 18. Jahrhundert. Straßburg 1900.
Hay de Chastelet, Recueil de diverses pièces pour servir à l'histoire, Paris 1640.
Hecker, Eine Mission des Kolmarer Ratsherrn Joseph Hecker nach Lothringen anno 1635. Elsäss. Monatsschrift f. Gesch. u. Volkskunde. 1911, S. 526—529.
Helmer, France-Alsace. Paris 1915.
Herrenschneider, Versuch einer Ortsgeschichte von Weier aufm Land, Kolmar 1890.

Hersent, De la souveraineté du Roy a Metz, pays Metzin, et autres villes et pays circonvoisins, qui estoient de l'ancien Royaume d'Austrasie ou Lorraine. Paris 1632.
Heyne, Der Kurfürstentag zu Regensburg von 1630, Berlin 1866.
Hontheim, Historia Trevirensis diplomatica et pragmatica, Bd. III, Trier 1750.
—, Prodomus historiae Trevirensis diplomaticae et pragmaticae, Band II, Trier 1757.
v. Hormayr, Graf von Tilly. Taschenbuch f. d. vaterländ. Gesch. N. F. 10, Leipzig 1839.
Houssaye, Le Cardinal de Bérulle et le Cardinal de Richelieu 1625 bis 1629. Paris 1875.
Huhn, Geschichte Lothringens. Band II, Berlin 1878.
Huot, La commanderie de St. Jean à Colmar, Kolmar 1870.
Hurter, Geschichte Kaiser Ferdinands II., Band 7—11, Schaffhausen 1854—64.
—, Französische Feindseligkeiten gegen das Haus Oesterreich zur Zeit Kaiser Ferdinands II. Wien 1859.
—, Friedensbestrebungen Kaiser Ferdinands II. Wien 1860.
—, Wallensteins vier letzte Lebensjahre. Wien 1862.

K. Jacob, Straßburgische Politik vom Austritt aus der Union bis zum Bündnis mit Schweden, 1621—1632. Straßburg 1899.
—, Die Erwerbung des Elsaß durch Frankreich im westfälischen Frieden. Straßburg 1897.
—, Zwei Fragmente der Wenckerschen Chronik zur Geschichte des 30jährigen Krieges. Zeitschr. f. d. Gesch. d. Oberrhein, 1908, N. F. 23.
Janssen, Frankreichs Rheingelüste und deutsch-feindliche Politik in früheren Jahrhunderten. Frankfurt a. M. 1861.
Jay, Histoire de ministère du Cardinal de Richelieu, 2 Bände, Paris 1816.
Irmer, Die Verhandlungen Schwedens und seiner Verbündeten mit Wallenstein und dem Kaiser. 3 Bände, Publikationen aus den preußischen Staatsarchiven, Band 35, 39, 46. Leipzig 1888—1891.

Kaeber, Die Idee des europäischen Gleichgewichts in der publizistischen Literatur vom 16. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts. Berlin 1907.
Katt, Die bayrisch-französischen Verhandlungen vor der Zusammenkunft in Einsiedeln bis zur Ulmer Kapitulation, 1639—1647. Göttinger Dissertation 1875.
Kaufmann, Die Reunionskammer zu Metz. Jahrb. d. Gesellsch. f. lothr. Gesch., 1899, B. 11.
Keller, Die Friedensverhandlungen zwischen Frankreich und dem Kaiser auf dem Regensburger Kurfürstentag, 1630. Dissertation Bonn, 1902.
Kern, Die Anfänge der französischen Ausdehnungspolitik bis zum Jahre 1308. Tübingen 1910.
Ketzinger, Documents historiques rélatifs à l'histoire de France, tirés des archives de la ville de Strasbourg, 2 Bände, Straßburg 1818/19.
Khevenhiller, Annales Ferdinandei, 12 Teile, Leipzig 1721—1726.
Kirchner, Elsaß im Jahre 1648. Programm Duisburg 1878.

Klopp, Tilly im dreißigjährigen Kriege, 2 Bände, Stuttgart 1861.
—, Der dreißigjährige Krieg bis zum Tode Gustav Adolfs, 3 Bände (4 Teile), Paderborn 1891—96.
Knipschaar, Kurfürst Philipp Christoph von Trier und seine Beziehungen zu Frankreich, Marburger Dissertation 1895.
Koch, Geschichte des Deutschen Reiches unter der Regierung Ferdinands III., 2 Bände, Wien 1865/66.
Kroeber, Relations de la France avec Strassbourg et Colmar en 1635, Revue d'Alsace 1867, S. 466—468.
—, Mission de J. Glaser à Paris. Ebenda 1869, S. 507—09.
—, Lettre du Conseil des treize de Strassbourg au Roi de France, Ebenda 1870, S. 137—140.
—, Documents inédits relatifs à l'histoire d'Alsace. Ebenda, 1865, S. 241—249.
Krug-Basse, Histoire du Parlament de Lorraine et de Barrois, Annales de l'Est, 1896—1898, Band 10—12.
Küch, Die Politik des Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm 1632—1636. Beiträge zur Gesch. d. Niederrhein. 1897, B. XII.
Kükelhaus, Zur Geschichte Richelieus. Unbekannte Papiere Fancans. Hist. Vierteljahrsschrift 1899 B II 18—38.
Küsel, Der Heilbronner Konvent. Hallische Abhandlungen zur neueren Gesch. Heft 7, Halle 1878.

Labbé, Elogia. Grenoble 1664.
Laboureur, Histoire du Marechal de Guébriant. Paris 1657.
Lacroix, Richelieu à Luçon. 2. Ausgabe, Paris 1898.
Laguille, Histoire de la province d'Alsace. Band II, Straßburg 1727.
Lalanne, Un récit inédit de la Mort du Cardinal de Richelieu, Revue historique 1894, Band 55, S. 302—308.
Lavallée, Les frontières de la France, Paris 1864
Lavisse, Histoire de la France. Band IV 2: Mariéjol, Henri IV et Louis XIII. Paris 1905.
Lavollée, Le „Secretaire des Mémoires" de Richelieu, Revue des Etudes historiques, Band 70, 1904, S. 449—477.
Lebret, De la souveraineté du Roy, Paris 1632.
Lefébure, Le drame de l'Ame Alsacienne au 17. siècle. 1635—1681. Compte rendu des Séances et travaux de l'Acadmie des sciences. 1909. N. S. 71, S. 423—469.
Legrelle, Louis XIV. et Strassbourg. 3. Auflage, Paris 1883.
Lelong, Bibliothèque historique de la France, 5 Bände, Paris 1769.
Lemmer, Marquis de Feuquières. Dissertation Halle 1887.
Lepage, Les archives de Nancy ou documents inédits relatifs à l'histoire de cette ville, 4 Bände, Nancy 1865.
—, Le trésor des Chartes de Lorraine. Nancy 1857.
Letz, Geschichte von Ingweiler. Bausteine zur Elsaß-lothr. Geschichts- und Landeskunde. Heft 1, Zabern 1896.
Leupold, Journal der Armee des Herzogs Bernhard von Sachsen-Weimar aus den Jahren 1637 und 1638. Basler Zeitschr. f. Gesch. u. Altertumskunde, 1912, B XI, 253—362.
Lionnais, Histoire des villes vielle et neuve de Nancy, Band 1, Nancy 1811.
Londorp, Acta publica, Band IV und V, Frankfurt 1668.
Lorenz und Scherer, Geschichte des Elsaß. 3. Aufl. Berlin 1886.
Th. Ludwig, Die deutschen Reichsstände im Elsaß und der Ausbruch der Revolutionskriege. Straßburg 1898.

Malingre, Sieur de Sainct Lazare, Remarques d'histoire ou description chronoliques des choses plus mémorables passées depuis l'an 1610. Paris 1639.
Marcks, Legrelle, Louis XIV et Strassbourg. Gött. Gel. Anz 1885, S. 114—142.
E. Martin, Histoire des diocèses de Toul, de Nancy et de Saint Dieé. Band II, Nancy 1901.
H. Martin, Histoire de France. Band XI, Paris 1858.
H. Mayer, Freiburg im 30jährigen Kriege. Freiburger Lesebuch, Freiburg 1912, S. 43—48.
Meaume et des Robert, La jeunesse de la Duchesse Nicole de Lorraine, 1608—1634. In Mémoires de l'Académie de Stanislas. 1888, Band 139.
de Meaux, La réforme et la politique française en Europe jusqu'à la paix de Westphalie, Band II, Paris 1889.
von Meiren, Acta pacis Westphalicae publica, 6 Bände, Hannover 1734—36.
Mercure françois, 25 Bände (1605—1644) Paris.
Merklen, Histoire de la ville d'Ensisheim. Band II, Kolmar 1841.
Histoire de Metz par des religieux Bénédictins de la Congrégation S. Vaune. (Jean François et Nic. Fabouillet) Band III Metz 1775.
Meurisse, Histoire des Evesques de l'église de Metz. Metz 1634.
Michel, Histoire du Parlament de Metz, Paris 1845.
—, Biographie du Parlament de Metz, Metz 1853.
Michelet, Histoire de France, Band XI: Richelieu. — La Fronde. Paris.
Mieg, Geschichte von Mühlhausen. Mühlhausen 1816. (2 Teile in 1 Band).
Mignet, Négociations relatives à la succession d'Espagne sous Louis XIV. Band 1, in Doc inédits sur l'histoire de France, Paris 1835.
Molé, Mémoires, 4 Bände, Société de l'histoire de France Band 78, 82, 86, 90. Paris 1855—57.
Molitor, Der Verrat von Breisach 1639, Jena 1875.
—, Kritik von Gonzenbachs Erlach usw. Korrespondenzblatt der deutschen Archive, 1880, Band I, II.
Montbrun, Mémoires Amsterdam 1701.
Montglat, Mémoires, Michaud et Poujoulat, série III, B. V, Paris 1838.
Montrésor, Mémoires, Michaud et Poujoulat, série III, Band III, Paris 1838.
Morgues, L'ambassadeur chimérique ou le chercheur de duppes du Cardinal de Richelieu, 1636.
—, Charitable Remontrance de Caton Chrestin à Monseigneur l'Ementissime Cardinal de Richelieu 1631.
Morizet, Gaston d'Orléans; Etudes sur ses intrigues avec le duc Charles IV. de Lorraine et sur son mariage avec la princesse Marguérite; Resumé in Annales de l'Est, 1898, B. XII, 398—411.
—, La princesse Marguérite de Lorraine, Annales de l'Est 1899, B. XIII, 337—379.
Mossmann, Matériaux pour servir à l'histoire de la Guerre de trente ans tirés des archives de Colmar. Revue d'Alsace 1876—1882 (bzw. bis 1891, 1899 für die Zeit nach 1642).

Mossmann, Chronique des Dominicains de Guebweiler. Gebweiler. Straßburg, Kolmar 1844.
—, Notes et documents tirées des Archives de la Ville de Colmar. Kolmar 1872.
—, Contestation de Colmar avec la cour de France. Kolmar, Conférence 1869.
F. W. Müller, Die elsässischen Landstände, Straßburg 1907.
Joh. Müller, Reichsstädtische Politik zur Zeit des Frankfurter Konvents vom Jahre 1633. Mitteilungen des Instituts f. österr. Geschichtsforschung, 1903, B. XXIV, 238—282.
de Mun, Richelieu et la maison de Savoie. Paris 1907.
Mury, Souvenirs de la Guerre de trente-ans en Alsace. Revue catolique d'Alsace. 1866, B VIII 473—482.

Nani, Historia della republica Veneta, Venedig 1662.
Sabourin de Nanton, Jean-Louis d'Erlach, Gouverneur de Brisach. Etude historique sur la réunion de l'Alsace à la France. Rev. d'Alsace, 1868.
Ney, Die geschichtliche Entwicklung der jetzigen Eigentumsverhältnisse im heiligen Forst bei Hagenau. Jahrb. f. Gesch., Lit. u. Sprache in Els.-Lothr. 1893/94, Band 9 und 10.
Vicomte de Noailles, Episodes de la guerre de trente ans, 3 Bände, Paris 1906—1913 (Band I: Le Cardinal de la Valette, II Bernhard de Saxe-Weimar et la Réunion de l'Alsace à la France, III Le maréchal de Guébriant.)
Nopp, Geschichte der Stadt und ehemaligen Reichsfestung Philippsburg, Speyer 1881.
Nuntiaturberichte aus Deutschland: Abt. IV, B. 1. u. 2. Nuntiatur der Pallotto 1628, 1629, herausgeg. von H. Kiewning, Berlin 1895, 1897.

Oberreiner, La période Palatin de la Guerre de Trente Ans et l'Alsace. Rev. d'Alsace 1912/13.
Obser, Markgraf Georg Friedrich von Baden-Durlach und sein Projekt einer Diversion am Oberrhein, 1623—27. Zeitschr. f. d. Gesch. d. Oberrheins, 1890, N. F. V.
Ohdner, Die Politik Schwedens im Westphälischen Friedenskongreß. Gotha 1877.
Omer Talon, Mémoires. Michaud et Poujoulat, Serie III, B. VI, Paris 1839.
Opel, Der niedersächsisch-dänische Krieg. 3 Bände, Halle 1872, Magdeburg 1878, 94.
Overmann, Die Abtretung des Elsaß an Frankreich im Westphälischen Frieden. Zeitschr. f. d. Gesch. d. Oberrheins, 1904/5. N. F. 19, 20.
Oxenstierna, Skrifter och brefvexeling. 2 Abteilungen, 6 und 11 Bände. Stockholm 1888—1918.

Parieu, Le duc Bernhard de Saxe-Weimar. Revue de France, 1876, Band 17 und 18.
—, Le siège et la capitulation de Brisach 1638: Compte rendu de l'Académie des sciences. 1876, N. S. 5, S. 388—405.
—, Brisach en 1639 ou les derniers jours du duc Bernhard de Saxe-Weimar, Ebenda, N. S. VI, 196—222.
Parrot, Fancan et Richelieu. Le problème protestant sous Louis XIII. Mömpelgard 1903.

v. Petersdorf, Das Testament Richelieus. Zeitschr. f. Gesch. u. Pol. 1888, S. 706—720.
Pfister, Histoire de Nancy, Band III. Paris-Nancy 1909.
—, Les mémoires du comte de Brassac; Mémoires de la Société d'archéologie Lorraine, B. 48, Nancy 1898.
—, Catharine de Lorraine. Mémoires de l'Académie de Stanislas, 1897, B. 148.
—, La réunion de l'Alsace à la France. Revue de Paris, 1900, B. IV, 361—377.
—, L'Alsace et la France. Paris-Nancy 1917.
—, Comment et pourquoi l'Alsace c'est donnée à la France. Nancy-Paris-Strassbourg 1919.
—, Besprechung von Flach, Rev. hist. 1915, B. 120, S. 391—394.
—, Besprechung von Reinach, Rev. hist. 1917 B. S. 165.
—, Besprechung von Babelon II, Rev. hist. 1917 B. 126, S. 334—338.
—, Besprechung von Batiffol, Rev. Hist. 1918, B. 129, S. 319—24
Picot, Maximes d'état et fragments politiques du Cardinal de Richelieu. Compte rendu de l'Académie des sciences. 1881, N. S. 15, S. 785—799.
Pillot et de Neyremand, Histoire du conseil souverain d'Alsace, Paris 1860.
Pöhlmann, Reinhold von Rosen. Zweibrücken 1909.
Pontchartrain, Mémoires. Michaud et Poujoulat, Série II B. V. Paris 1873.
Pontis, Mémoires, Michaud et Poujoulat, Série II, B. VI, Paris 1837.
Pufendorf, Commentariorum de rebus Suedicis Libri XXVI. 2. Ausgabe. Frankfurt 1705.

Ranke, Französische Geschichte, Band II. Gesammelte Werke B. IX.
—, Französische Geschichte, Band V, Analekten. Ges. Werke B. XII.
—, Wallenstein. Ges. Werke B. XXIII.
—, Die spanische Monarchie. Ges. Werke B. XXXV, XXXVI.
—, Die römischen Päpste. B. II, Ges. Werke, B. XXXVIII.
Rast, Die bayerische Politik in den Jahren 1640—1645. Kapitel I: Die bayrisch-französische Konferenz in Einsiedeln. Gymnasialprogramm Ansbach 1901.
Rathgeber, Die Geschichte des Elsaß. 2. Aufl. Straßburg 1882.
Reinach, La France et l'Allemagne devant l'histoire. Revue bleu 1912, B. 50.
—, L'Alsace-Lorraine devant l'histoire. Paris-Nancy 1916.
Remling, Geschichte der Bischöfe von Speyer. B. II. Mainz 1854.
Reuss, L'Alsace au dix-septième siècle. 2 Bände. Bibliothèque de l'école des hautes Etudes, B. 116, 120. Paris 1897/98 (zitiert Reuss).
—, Straßburg im 30jährigen Kriege. Fragment aus der Straßburger Chronik des Malers J. J. Walther. Straßburg 1879.
—, Antwort an Gonzenbach, Revue historique 1881 B. XV, 222—225.
—, Une mission Strassbourgeoise à la Cour de Louis XIII., 1631. Annales de l'Est, 1900, B. XIV 201—232.
—, Josias Glaser et son projet d'annexer l'Alsace à la France en 1639. Rev. d'Alsace 1869 S. 289—308.
—, Lettres inédites de Louis XIII, Louis XIV, du prince de Condé etc. adressées au magistrat de Strassbourg, 1642—1647. Rev. d'Alsace 1875 S. 5—22.
—, La France et l'Alsace à travers l'histoire. Préface de M. P. Deschanel, Paris 1915.

Reybel, La Question de l'Alsace et de Brisach depuis le traité de Saint-Germain en 1635 jusqu'au traité de Brisach de 1639, Annales de l'Est, 1902/3. Band 16, 17.
Rhodewald, Die Abtretung des Elsaß an Frankreich. Hallische Abhandlungen zur neueren Gesch. Heft 31, Halle 1893.
Richard, La vie du véritable Père Josef. Haag 1705.
Richelieu, Lettres instructions diplomatiques et papiers d'état du Cardinal de Richelieu, recueillies et publiés par M. Avenel. 8 Bände, Paris 1853—77 in Doc. inédits sur l'histoire de France (zitiert Lettres).
—, Mémoires. Michaud et Poujoulat, Serie II B. 7—9. Paris 1837 (zitiert Mémoires I, II, II).
—, Mémoires, Société de l'histoire de France, Band 1—3, Paris 1907—1912 (geht nur bis 1623).
—, Maximes d'Etat ou Testament politique. 2 Bände, Paris 1764 (zitiert Testament).
—, Journal de M. le Cardinal-Duc de Richelieu, qu'il a fait durant le grand Orage de la Cour, des années 1630 et 1631 avec diverses pièces remarquables concernant les Affaires arrivées de son temps. 2 Teile, Amsterdam 1664 (zitiert Journal).
—, Maximes d'état et fragments politiques, publ. p. Hanotaux, in Doc. inédits sur l'histoire de France. Mélanges historiques B III, Paris 1880 (zitiert Fragments).
—, Succincte Narration des grandes actions du Roi. Im Testament, B. I.
—, Rapports et notices sur l'édition des Mémoires du Cardinal de Richelieu. B I, 3 Hefte, Paris 1905—1907, Band II, Heft 4 und 5, Paris 1907, 1914.[1])
—, Projet de l'histoire des affaires d'Italie de l'année 1639, in Rapports et notices, Heft 2.
Riezler, Geschichte Bayerns, Band V, in Gesch. d. europäischen Staaten. XX. Gotha 1903.
Comte de Rilly, Une page sur l'histoire d'Alsace au 17e siècle. Le Baron d'Oysonville. Paris 1910.
Ritter, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und des dreissigjährigen Krieges. B. III, Stuttgart-Berlin 1908.
Des Robert, Campagnes de Charles IV. 2 Bände. Paris—Nancy 1883, 88 (zitiert Des Robert).
—, Correspondance inédite de Nicolas François, 1634—44. Mémoires de la Société d'Archéologie Lorraine. 1885, Serie III, B XIII S. 81—152.
Robinet de Clery, Dun à travers l'histoire. Montmédy 1904.
Roca, Le règne de Richelieu. Paris 1906.
Rochefaucauld, Mémoires. Michaud et Poujoulat, Serie III, B. V, Paris 1838.
Rocholl, Zur Geschichte der Annexion des Elsaß durch die Krone Frankreichs. Gotha 1888.
Roese, Herzog Bernhard der Große von Sachsen-Weimar. 2 Bände. Weimar 1828/29.
—, Kritik von Rommel. Neue Jenaische Lit. Zeitung. 1844 B. III.
Rogéville, Dictionnaire historique des ordonnances et des tribunaux de la Lorraine et du Barrois. 2 Bände. Nancy 1777.

[1]) Heft 5 war in Detuschland nicht zu erhalten. Inhaltsangabe in Rev. hist. 1918, B. 127, S. 312—314.

Rohan, Mémoires. Michaud et Poujoulat. Serie II, B. V. Paris 1837.
Röhrich, Mitteilungen aus der Geschichte der evangelischen Kirche im Elsaß. Band II, Straßburg 1855.
Rommel, Neuere Geschichte von Hessen. B. VIII (Teil IV 4). Kassel 1843.
Rosman und Ens, Geschichte der Stadt Breisach. Freiburg 1851.
Rotrou, Les papières de P. Rotrou de Sandreville, secrétaire du Maréchal de Guébriant, publ. p. L. Person. Introduction, Paris 1883.
Rott, Histoire de la représentation diplomatique de la France auprès des Cantons Suisses, de leurs alliés et de leurs confédérés. Band III, IV 1, IV 2, V. Bern-Paris 1906—1913.
—, Rohan et Richelieu. Revue d'histoire diplomatique 1913, B. 27, S. 161—204.
—, Richelieu et l'annexion projetée de Genève. 1631/32. Revue hist. 1913, B. 112, 113.
Roussel, Histoire ecclesiastique et civile de Verdun. Paris 1745.
Rühs, Historische Entwicklung des Einflusses Frankreichs auf Deutschland und die Deutschen. Berlin 1815.

Sattler, Geschichte des Herzogtums Württemberg. Band VI—VIII. 1773—76.
Sauerland, Die Annexion des Fürstbistums Metz durch Frankreich im Jahre 1613/14. Jahrb. d. Gesellsch. f. lothr. Gesch. 1893, B. V. 188—201; 1894, B. VI 281—283.
Schebek, Die Lösung der Wallensteinfrage. Berlin 1881.
—, Kinsky und Feuquières. Berlin 1882.
Scherer, Der Raub der drei Bistümer Metz, Toul und Verdun im Jahre 1552 bis zu ihrer förmlichen Abtretung 1648. Raumers hist. Taschenbuch 1842. N. F. 3.
Schmidt, Geschichte von Frankreich, B. III. In Gesch. d. europ. Staaten. I 12. Hamburg 1846.
Schmit, Pièces originales sur la guerre de trente-ans en Lorraine jusqu'à la destruction de la Mothe, 1632—1645. Documents sur l'histoire de Lorraine, B. XI—XIII, Nancy 1861—1868.
Schnitzer, Zur Politik des Heiligen Stuhles in der ersten Hälfte des dreißigjährigen Krieges. Römische Quartalsschrift für christl. Altertumskunde und Kirchengeschichte 1899, B. XIII 151 bis 262.
Schoepflin, Alsatia diplomatica. B. II. Mannheim 1775.
Schreiber, Maximilian I., Kurfürst von Bayern, und der dreißigjährige Krieg. München 1868.
Schulte, Frankreich und das linke Rheinufer. Stuttgart-Berlin 1918.
Schweizer, Die Wallenstein-Frage. Zürich 1899.
Lesiège de Dôle par le prince de Condé 1636, Documents inédits. Besançon 1912. Mémoires et doc. publiés par l'Académie de Besançon X (Briefe Ludwigs, Richelieus, Condés usw.).
Siri, Memoire recondite Band VII und VIII. Ronco 1679 (zitiert Siri).
—, Il Mercurio. Band I und II. Casale 1644.
Sorel, L'Europe et la révolution française. Band I, Paris 1885.
Sourdis, Correspondance, augmentée des ordres, instructions et lettres de Louis XIII et du Cardinal de Richelieu à M. de Sourdis concernant les opérations des flottes françaises de 1636—42, publ. p. E. Sue, 3 Bände, Paris 1839 in Doc. inédits sur l'histoire de France.

Spach, Histoire de la Basse-Alsace et de la ville de Strasbourg. Paris-Straßburg 1860.
Spahn, Elsaß-Lothringen. Berlin 1919.
Stählin, Geschichte Elsaß-Lothringens. München-Berlin 1920.
Stein, Notre frontière de l'Est. Paris 1916.
Stieve, Zabern im Elsaß. Bausteine z. elsaß-lothr. Gesch., Heft 6, Zabern 1900.
Strobel, Vaterländische Geschichte des Elsaß. Band IV, Straßburg 1844.
Sugenheim, Frankreichs Einflüsse auf und Beziehungen zu Deutschland 1517—1789. Band II. Stuttgart 1856.

Tallemant des Reaux, Les Historiettes. 6 Bände, Paris 1862.
Theatrum Europaeum, 4 Bände, Frankfurt 1643.
Thiéry, Histoire de la ville de Toul et de ses Evêques. B II, Paris 1841.
Thoma, Bernhard von Weimar. Weimar 1904.
Topin, Louis XIII. et Richelieu. Etude historique accompagnée des lettres inédites du roi au cardinal de Richelieu. Paris 1876.
Tschamser, Annales oder Jahrgeschichten der Barfüßler zu Thann, herausgeg. v. Merklen. Band II, Kolmar 1864.
Tumbült, Wie wurde das Elsaß französisch? Hist. Jahrb. d. Görres-Gesellschaft, 1905, B. 26.

de la Valette, Mémoires, publ. p. Gobet. 2 Bände, Paris 1772.
Le Vassor, Histoire du Règne de Louis XIII. 10 Bände. Amsterdam 1701.
Relazioni dagli Ambasciatori Veneti nel secolo decimosettimo. Serie II, Francia. Band I und II, Venedig 1857/59.
Relationen der Botschafter Venedigs über Deutschland und Oesterreich im 17. Jahrhundert. Band I, Wien 1866, in Oesterreichische Geschichtsquellen, 2. Abteilung B. 26.
Vermulaeus, Dissertatio oratoria de causis occupatae a Francis Lotharingiae inter duos oratores Francum et Lotharingum. Flugschrift Löwen 1636.
Vialart, Histoire du Ministère de Richelieu. 3 Bände, Amsterdam 1664.
Vigier, L'influence politique du père Joseph. Négociations avec les princes d'Allemagne et la Suède. Revue des questions hist. 1891. B. 50 S. 430—498.
Comte de Villermont, Ernest de Mansfeld. 2 Bände, Brüssel 1865, 66.
Vuarin, Journal. Doc. sur l'histoire de Lorraine. B. IV, Nancy 1859.

Wackernagel, Geschichte des Elsaß. Basel 1919.
Waddington, La République des Provinces-Unies, La France et les Pays-Bas Espagnols de 1630—1650. B. I 1630—42. Annales de l'université de Lyon, B. 19. Paris 1895.
—, Une intrigue secrète sous Louis XIII. Visées de Richelieu sur la principauté d'Orange 1625—1630. Rev. hist. 1895, B. 58, S. 276 bis 291.
Waldner, Kurzer Ueberblick über die Geschichte der Stadt Kolmar. Kolmar 1914.
von Warendorff, Jean Petage oder französischer Brillenreißer. Flugschrift 1641.

de Warren, Marguerite de Lorraine 1615—1672. Bulletin de la Société Philomatique Vosgienne. 1883 B. VIII 137—175.
Weinitz, Der Zug des Herzogs von Feria nach Deutschland im Jahre 1633. Heidelberg 1882.
Wencker, Straßburgische Chronik, herausgeg. v. Dacheux. Straßburg 1892.
Wiedemann, Philippsburg im 30jährigen Kriege. Teil I: Bis zur Einräumung an Frankreich. Dissertation, Halle 1883.
Wiens, Fancan und die französische Politik 1624—27. Heidelberger Abhandlungen z. mittl. u. neueren Gesch. Heft 21. Heidelberg 1908.
Winter, Geschichte des dreißigjährigen Krieges. Allg. Gesch. in Einzeldarstellungen, herausgg. v. W. Oncken, III 2. Berlin 1893.

Zeller, Richelieu et les ministres de Louis XIII de 1621—1624. Paris 1899.
—, Louis XIII., Marie de Medicis, Richelieu ministre. 1616—1617. Paris 1899.
de Zurlauben, Histoire militaire des Suisses au service de la France. Band III, Paris 1751.

Recueil de quelques discours politiques escrits sur diverses occurences des Affaires et guerres estrangères. 1632.

Flugschriften:

Sammelband Pièces contre et pour Richelieu 1631—1635, (enthält nur Stücke gegen Richelieu).
Erinnerungen an den durchlauchtigsten . . . Fürsten . . . Ludwig XIII . . . . . eines treuherzigen, aufrechten, der katholischen Kirchen, seines Königs und Vaterlandes lieben Patrioten im Monat Martio 1625 ergangen. Deutsche Uebersetzung.
Copey einer Widerantwort, so ein Frantzösischer vom Adel einem anderen zugefertigt . . ., mit was Recht und Fug anjetzo der Krieg in Italia geführt werde. 1626.
Abdruck eines vertraulichen Sendschreibens an Herrn Kardinal von Richelieu abgegangen März 1837.
Vertraulich freundlich Gespräch zwischen Herrn Kardinal von Richelieu und P. Joseph. Ende 1638.
Journal vértabile de ce qui s'est fait et passé à maladie et à la mort de . . . Richelieu . . . Envoyé à le Marquis de Fontenay-Mareuil. 7. 12. 1642.
Die alten Territorien des Elsaß nach dem Stand vom 1. Januar 1648. Statistische Mitteilungen über Elsaß-Lothringen, Heft 27, Straßburg 1896.
Die alten Territorien des Bezirkes Lothringen nach dem Stande vom 1. Januar 1648. Ebenda, Heft 28, Straßburg 1898.

Bemerkungen zum Quellen- und Literaturverzeichnis.

Die Fülle des vorhandenen und benutzten Materials macht es erforderlich, über einige der wichtigsten Quellenwerke sowie über einige Darstellungen noch kurze Ausfüh-

rungen zu machen. Ungedrucktes Quellenmaterial, das sich naturgemäß in der Hauptsache in den Archiven in Paris und in Elsaß-Lothringen befindet, konnte bei Lage der Dinge nicht benutzt werden. Die unendliche Fülle des gedruckten Materials ist aber bisher noch nicht im Zusammenhang verarbeitet worden. Außer den zahlreichen Memoiren der Zeitgenossen Richelieus geben zunächst seine eigenen Memoiren wie die Werke Siris ein sehr wertvolles, den Pariser Archiven entnommenes Aktenmaterial.[1]) Neben der schon im 17. Jahrhundert erschienenen Aktensammlung Auberys enthält vor allem die große Publikation der Instruktionen und Briefe Richelieus durch Avenel ein umfassendes, alles Wichtige enthaltendes Material über die gesamte Politik Richelieus. Für Lothringen kommen ferner vor allem die zahlreichen von Haussonville und Des Robert veröffentlichten Akten in Betracht, die neben einer Anzahl lothringischer Memoiren auch Aufschluß über die Haltung der lothringischen Bevölkerung geben. Ueber die das Elsaß betreffenden Verhandlungen sind viele wichtige Akten in den Arbeiten von Roese und Gonzenbach veröffentlicht worden. Dagegen ist das gedruckte Material über die Haltung der elsässischen Bevölkerung noch lückenhaft. Eingehenderes Quellenmaterial über diese Frage liegt nur für die wichtigsten Städte des Elsaß, Straßburg, Kolmar und Hagenau, in Aktenpublikationen bzw. in ausführlichen Darstellungen an der Hand der örtlichen Archive vor. Für die übrigen Städte und die anderen Gebiete des Elsaß ist man auf lückenhafte Veröffentlichungen aus Archiven und Chroniken angewiesen. Da das immerhin nicht unerhebliche Quellenmaterial jedoch ein durchaus einheitliches Bild gibt, darf man annehmen, daß das in den elsässischen Archiven noch unbenutzt ruhende Material manche wesentliche Ergänzung, aber keine Aenderung des Gesamtbildes bieten wird.

Zitiert sind in den Anmerkungen im allgemeinen nur die Quellen und die Stellen von Darstellungen, die Quellenmaterial enthalten, von der Memoirenliteratur nur wichtige Stellen und meist nicht die Schilderung der erwähnten Vorgänge. Eine Auseinandersetzung mit abweichenden Darstellungen wurde in den Anmerkungen nur in den wichtigsten Fällen vorgenommen, da bei der Fülle der Darstellungen und den oft sehr parteiischen Auffassungen sonst die Zahl und Ausdehnung der Anmerkungen einen fast unendlichen Umfang hätte annehmen müssen. Auch die französischen Darstellun-

[1]) Vgl. unten S. 423 ff.

gen des 17. und 18. Jahrhunderts sind fast durchweg nicht zitiert, obwohl sie viel zeitgeschichtliches Material bringen, das aber meist mittelbar oder unmittelbar Richelieus Memoiren, bezw. dem ihnen zugrunde liegenden Material, Siri und Aubery, entnommen ist.

Bei der Wichtigkeit der zahlreichen Zitate aus Richelieus Memoiren für die folgende Darstellung muß auf deren Entstehung und Zusammensetzung kurz hingewiesen werden, wie sie die speziellen Untersuchungen der französischen Richelieu-Forscher nachgewiesen haben. Richelieus Memoiren sind nicht das, was man im eigentlichen Sinne unter Memoiren versteht. Sie setzen sich zusammen aus Akten, die durch einen kurzen, fortlaufenden Text verbunden sind. Die wiedergegebenen Akten sind größtenteils Gutachten, Instruktionen, Notizen und Briefe Richelieus, jedoch teilweise auch Berichte, die er von seinen Generalen und Gesandten erhalten hat, und von diesen auf Wunsch Richelieus für die Memoiren verfaßte zusammenfassende Darstellungen ihrer Tätigkeit. Teilweise liegen auch Artikel der Gazette von Renaudot[2]) und des Mercure françois zugrunde. Die Memoiren sind also eine höchst wertvolle Aktenpublikation, deren Wert nur dadurch beeinträchtigt wird, daß wichtige Dinge teilweise nicht erwähnt werden, wenn sie nicht zum Lobe der Politik Richelieus zu dienen scheinen, z. B. gescheiterte Verhandlungen und antikatholische Maßnahmen.

Die Zusammenstellung der Memoiren ist durch Richelieus Sekretäre erfolgt, in der Hauptsache von Harlay, baron de Sancy, Bischof von Malo. Diese Arbeit ist jedoch auf Befehl Richelieus und unter seiner Aufsicht geleistet worden. In dem an der Spitze des Politischen Testaments stehenden Brief an den König sagt Richelieu, er habe seit Beginn seines Ministeriums eine Geschichte seiner Tätigkeit beabsichtigt, die aber nicht fertig geworden wäre. Als Ersatz überreichte er daher dem König in dem Politischen Testament die Darstellung seiner Grundsätze und Erfahrungen.[3]) Die Memoiren sind auch tatsächlich unfertig. Abgeschlossen ist nur der schon früh unter dem Titel: „Histoire du mère et du fils" erschienene Teil, der von 1610 bis 1619 reicht. Bei den späteren Teilen der Memoiren fehlt die letzte Redaktion. Sie reichen nur bis zum Ende des Jahres 1638.[4])

---

[2]) Diese konnte nicht benutzt werden, da die in Betracht kommenden Jahrgänge auf deutschen Bibliotheken nicht aufzutreiben waren.

[3]) Testament I, Lettres VII 300, A. 3.

[4]) Diese Ergebnisse der bisherigen französischen Untersuchungen über die Memoiren Richelieus werden durch einen Aufsatz von Louis

Sie wurden zuerst 1623 in der Memoiren-Sammlung von Petitot, sodann in der Sammlung von Michaud et Poujoulat 1637 herausgegeben. Ranke hat dann eine Lücke festgestellt und das fehlende Stück aufgefunden und veröffentlicht.[5]) Die beiden Ausgaben der Memoiren weisen zahlreiche Fehler auf. Die Franzosen haben daher vor dem Kriege eine neue kritische Ausgabe begonnen, von der bis 1912 drei Bände erschienen waren, die bis 1623 reichen.[6]) 1920 ist ein vierter Band erschienen, der das Jahr 1629 behandelt, aber in deutschen Bibliotheken nicht vorhanden ist.[7])

Für das Jahr 1639 ist eine Fortsetzung der Memoiren, die die Ereignisse in Italien behandelt, aufgefunden und veröffentlicht worden.[8]) Bereits 1648[9]) erschien ferner ein Journal Richelieus, das zahlreiche Stücke über die innere Krise von 1630 und 1631 und auch eine Anzahl späterer Stücke enthält.[10]) Dagegen ist ein von Baschet veröffentlichtes, angeblich 1607 oder 1610 von Richelieu verfaßtes Memoire nicht von ihm.[11]) Im ersten Kapitel des Testament politique ist ferner eine „Succincte Narration" enthalten, die eine kurze

---

Batiffol in der Revue des deux Mondes vom 15. April 1921 in einigen Punkten abgeändert. Batiffol sucht nachzuweisen, daß zwar das Material auf Anordnung Richelieus gesammelt wurde, daß aber die Zusammenstellung und Redaktion erst in den Jahren nach Richelieus Tode durch den Bischof von Malo und einen Sekretär Richelieus erfolgte; bei Malos Tode im Jahre 1646 sei die Redaktion erst bis zum Jahre 1638 vollendet gewesen. — Die von Batiffol angeführten Gründe machen seine Behauptung nicht unwahrscheinlich, jedoch wird man mit dem endgültigen Urteil warten müssen, bis Batiffol seinen Aufsatz, wie er ankündigt, mit quellenmäßigen Belegen in den Rapports et notices veröffentlicht hat. Der Wert der „Memoiren" als Aktenpublikation wird dadurch nicht geändert, da das in ihnen gedruckte Material auch nach der Untersuchung Batiffols dasselbe bleibt, ob es nun vor oder nach Richelieus Tode zusammengestellt wurde. Es war daher nicht erforderlich, in der vorliegenden Arbeit, die vor dem Erscheinen des Aufsatzes Batiffols abgeschlossen wurde, die Stellen, die sich auf das in den „Memoiren" enthaltene Material stützen, abzuändern. Die oben S. 14, Anm. 1, erwähnte Tendenz der „Memoiren", die Politik Richelieus zu rechtfertigen, kommt natürlich schon in der auf Befehl Richelieus erfolgten Sammlung des Materials zum Ausdruck.

[5]) Ranke XII 161 ff.

[6]) Société de l'histoire de France, Paris 1907, 1909, 1912.

[7]) Angezeigt Rev. hist. B. 137, S. 88.

[8]) Rapports et notices I, Heft 2.

[9]) Fragments S. 717, A. 4.

[10]) Deutsch Frankfurt 1669.

[11]) Baschet, Mémoire d'Armand du Plessis de Richelieu, Paris 1880, vgl. Lair, Rapports et notices I 78 ff.

Darstellung der Ereignisse bis zum Ende des Jahres 1641 enthält.[12])

Während die Memoiren — von Richelieu nicht so, sondern als „histoire" bezeichnet — als Aktenpublikation wichtig sind, ist das zuerst 1688 erschienene Politische Testament für die Beurteilung der politischen Anschauungen Richelieus sehr bedeutend. Seine Echtheit ist viel umstritten worden. Vor allem Voltaire hat sich sehr leidenschaftlich gegen die Autorschaft Richelieus ausgesprochen, Foncemagne hat seine Beweise im wesentlichen widerlegt. Endgültig wurde die Echtheit durch Hanotaux' Ausgabe der „Maximes d'états et fragments politiques" im Jahre 1880 bewiesen. Hanotaux weist nach, daß eine Anzahl Stellen aus diesen in das Testament übernommen wurden, andere ursprünglich für die Aufnahme in dasselbe durch Randbemerkungen bestimmt waren. Da die im ersten Kapitel des Testaments stehende „Succincte Narration" die Ereignisse bis Ende des Jahres 1641 darstellt — das letzte Ereignis, das erwähnt wird, ist der Tod des Kardinal-Infanten vom 9. November 1641[13]) — ist als Abfassungszeit Ende 1641 gegeben.[14]) Nach der von Hanotaux dargelegten Arbeitsweise sind aber Niederschriften Richelieus aus früheren Jahren benutzt, bezw. übernommen worden, die aber naturgemäß den Anschauungen seiner letzten Jahre entsprochen haben müssen. Der Brief an der Spitze des Testaments an den König sagt, dasselbe bringe seine letzten Wünsche in bezug auf die Regierung zum Ausdruck.[15])

Für die Beurteilung der Werke Siris, die vor dem Erscheinen der Memoiren Richelieus als die Hauptquelle für seine Zeit galten, ist wichtig, daß Siri die Manuskripte der Memoiren benutzt und gelegentlich als Memoiren des Bischofs von Malo zitiert hat.[16])

---

[12]) Abgedruckt auch bei Michaud et Poujoulat. Der Teil von 1639—1641 steht auch bei Griffet III 617 ff. und ist auch in den Papieren Molées aufgefunden worden; Molé IV, Einleitung S. LXXII, IV 231 ff.

[13]) Test. I 101. Vgl. Lettres VII 330, A. 3.

[14]) Es heißt dort: arrivée à la fin de cette année.

[15]) Für die Beurteilung der Memoiren sind grundlegend die Aufsätze von Avenel im Journal des Savants 1858, 1859, für die des Testaments die Einleitung Hanotaux' zu den Fragments, S 707 ff. und sein Aufsatz im Journal des Savants 1879. Den Bischof von Malo hat als Sekretär der Memoiren Lavollée in der Rev. des Etudes historiques 1904 nachgewiesen. Vgl. ferner Ranke XII 137 ff. und die Arbeiten und Aufsätze von Gachon, Petersdorff, Picot, Böhn und vor allem die Abhandlungen in den Rapports et notices.

[16]) Lair, Rapports et notices I 72 ff.; Hanotaux, Rev. hist. 1878, VII 417.

In der Einleitung wurde bereits gesagt, daß die historische Literatur über Richelieu im allgemeinen von der Anschauung ausgeht, daß Richelieu bewußt Rheingrenzenpolitik getrieben habe und daß er von dem Gefühl der Uebermacht Frankreichs in Europa geleitet wurde.[17])

Eine wesentlich andere Auffassung Richelieus hat zunächst Michelet vertreten, der oft mit sarkastischen Worten von der Schwäche und Zurückhaltung der auswärtigen Politik Richelieus spricht und dabei stark die innere Schwäche Frankreichs betont, aber weniger auf Grund eingehender Forschung, als rein gefühlsmäßig und oft sehr einseitig urteilt. Wesentlich zurückhaltender als die übliche Beurteilung der Politik Richelieus ist auch das Urteil von Ranke, der vor allem darlegt, daß für den Eintritt Richelieus in den 30jährigen Krieg höchstens in zweiter Linie annexionistische Ziele in Betracht kamen.[18]) Aber auch Ranke steht stark unter dem Eindruck des lateinischen Testaments und hält das Streben nach der Rheingrenze für einen wenigstens sehr wesentlichen Bestandteil der Politik Richelieus. Dagegen meint Mignet in der Einleitung zu seinen „Verhandlungen über die spanische Erbschaft unter Ludwig XIV.", daß „die große Idee der natürlichen Grenzen" Richelieu noch fremd gewesen und erst das Eigentum seines Nachfolgers Mazarin sei".[19]) Ihm teilweise folgend weist Waddington in seiner Arbeit über das Verhältnis der französischen Politik zu Holland und den spanischen Niederlanden nach, daß mindestens bis zum Beginn des Krieges mit Spanien im Jahre 1635 Richelieu in der Frage der Erwerbung der spanischen Niederlande starke Zurückhaltung gezeigt hat. Eine der üblichen Auffassung völlig entgegengesetzte Ansicht vertritt E. Rott in seinem Werk über die französische Politik in der Schweiz. Er nennt die gesamte auswärtige Politik Richelieus bis zum Ende des Jahres 1638 kleinlich, kurzsichtig und unentschlossen. Richelieu sei seit 1625 im Innern Herr der Lage gewesen, trotzdem folge in der auswärtigen Politik Schwäche auf Schwäche, Widerspruch auf Widerspruch, und daher auch eine Niederlage der andern. Rott schreibt dies vor allem den verderblichen Ratschlägen von Richelieus wichtigstem und vertrau-

---

[17]) Vgl. oben S. 8.

[18]) Ranke, Ges. Werke IX 313 f.; vgl. auch X 23, 40. In den Epochen zur neueren Geschichte (Weltgeschichte IX 2, 161) sagt Ranke: „Von Richelieu ist es zweifelhaft, ob er daran dachte, die Grenzen Frankreichs auszudehnen", von Mazarin sei es gewiß.

[19]) Mignet I 173.

testem Ratgeber, dem Pater Joseph, zu, und meint, erst mit dessen Tode und der fast gleichzeitigen Eroberung von Breisach im Dezember 1638 sei der entscheidende Wendepunkt eingetreten. Erst in den letzten vier Jahren Richelieus komme der große Staatsmann und die Politik zur Geltung, die in der allgemeinen Ueberlieferung fortlebe.[20]) In der Frage der Stellung Richelieus zum Elsaß widersprechen ferner zwei französische Historiker der üblichen Anschauung, Legrelle und Batiffol, ohne das aber eingehender zu begründen, zumal für den Gegenstand ihrer Bücher diese Frage sehr in den Hintergrund treten muß. Legrelle meint, Richelieu habe erst seit 1639, Batiffol, er habe überhaupt nicht an die Annexion des Elsaß gedacht. Beide sagen aber, die elsässische Bevölkerung habe trotzdem die Annexion durch Frankreich gewünscht, und Batiffol meint sogar, Richelieu sei nur aus Liebe zur elsässischen Bevölkerung im Elsaß einmarschiert, was sich freilich mit der Anschauung, daß Richelieu nicht an Annexion gedacht habe, kaum vereinbaren läßt.

[20]) Rott hat diese Anschauung zusammengefaßt in der Einleitung von Band V, ferner V 480 ff.

Nachtrag.

Zur Zeit der Drucklegung dieses Buches, das im wesentlichen im Frühjahr 1921 abgeschlossen war, kommt mir Batiffols Ende 1921 erschienener Aufsatz: „Richelieu et la question de l'Alsace" zu Gesicht.[1]) Er wiederholt im allgemeinen die Anschauungen, die Batiffol in seinem mehrfach erwähnten Buche über die elsässischen Städte[2]) vorgetragen hat. Er hat schon damals, freilich ohne eingehende Beweisführung, betont, daß Richelieu nicht an die Annexion des Elsaß gedacht habe, und bringt dafür in seinem neuesten Aufsatz einige bisher unbekannte Belege aus den Pariser

---

[1]) Rev. hist. B. 138, S. 161—200. Erst durch diesen neuen Aufsatz Batiffols werde ich auf den sonst nicht zitierten und an ziemlich verborgener Stelle stehenden Aufsatz desselben Verfassers über das „lateinische Testament Richelieus" (Mémoires de la Société des Sciences Morales de Seine-et-Oise, 1887, B 15, S. 117—145) aufmerksam. Batiffol legt hier dar, daß das „Testamentum Latinum" in der Sammlung Labbés steht und daß mindestens die Redaktion von ihm ist. Er sagt jedoch, das „lateinische Testament" enthalte eine vorzügliche Darlegung der Politik Richelieus, und es sei unmöglich, daß ein anderer „que ce grand ministre a pu inspirer une definition aussi lumineuse de sa politique" (S. 136). „Richelieu, seul, était en mesure d'inspirer de pareilles pages" (S. 137). Er muß allerdings die Frage offen lassen, auf welchem Wege diese „Inspiration" erfolgt sei. Obwohl also Batiffol die im Anhang dieses Buches (oben S. 364 ff.) dargelegten Tatsachen im wesentlichen kennt, zieht er doch nicht den dann einzig möglichen Schluß, daß Richelieu mit dem sogenannten „lateinischen Testament" überhaupt nichts zu tun hat. Das erklärt sich daraus, daß er in diesem Aufsatz glaubt, das „lateinische Testament" wäre ein großartiger Ausdruck der gesamten Politik Richelieus, was, wie wir sahen, nicht richtig ist, und daß er auch irrt, wenn er glaubt, dieses eine Stück Labbés falle ganz aus dem Rahmen seiner übrigen Aufsätze. (Vgl. Batiffol S. 133 und oben S. 366, A. 14, und 369, A. 25. — Batiffol veröffentlicht hier auch den Erstdruck des Testamentum politicum, der 1643 in Lyon als Flugschrift erschien (vgl. oben S. 366). Es handelt sich dabei um den Text, der die oben vermutete Grundlage für die verschiedenen Drucke des „lateinischen Testaments" gebildet hat und der zu der Ausgabe der „Elogia" Labbés wesentliche Unterschiede aufweist. (Vgl. oben S. 368 f.)

[2]) Les anciennes républiques alsaciennes, erschienen 1918.

Archiven, die auch die Ausführungen des hier vorliegenden Buches bestätigen.[3])

Wenn Batiffol hier recht hat, so muß um so entschiedener gegen die von ihm in seinem neuesten Aufsatz mit aller Schärfe vorgetragene Ansicht, daß die elsässische Bevölkerung sich Frankreich in die Arme geworfen habe, Widerspruch erhoben werden. Sie gewinnt übrigens dadurch nicht an Ueberzeugungskraft, daß der politische Gesichtspunkt und das Bedürfnis, die neue Annexion des Elsaß zu rechtfertigen, außerordentlich stark in den Aufsatz Batiffols hineinspielen, und er selbst den Grafen Brockdorff-Rantzau zu zitieren für nötig hält, dessen Behauptung, das Elsaß sei damals durch Frankreich erobert worden, überall von den Dokumenten widerlegt werde.[4]) Batiffol spricht davon, das Elsaß habe sich spontan Frankreich hingegeben und in zahlreichen Manifestationen seine französische Gesinnung bezeugt.[5]) Den ausführlichen Darlegungen, die in dem hier vor-

---

[3]) Freilich nicht die Ansicht Batiffols, daß sich an dieser Haltung Richelieus auch in seinen letzten Jahren gar nichts geändert habe. Auf die Instruktion für Estrades, auf die sich Batiffol (S. 193) beruft, kann man sich dabei nicht stützen. Vgl. oben S. 327 f. — Seine Ausführungen über die Kritk Richelieus an dem von de l'Isle am 9. Oktober 1634 abgeschlossenen Vertrage über das Elsaß hat Batiffol jetzt etwas abgewandelt. (Vgl. oben S. 171, A. 154.) Er legt jetzt den Nachdruck darauf, daß Richelieu gefürchtet habe, durch diesen Vertrag könnten die protestantischen Bundesgenossen sich brüskiert fühlen. (Rev. hist. S. 176 ff.) Er meint, Richelieu habe nicht ohne Wissen der Verbündeten abschließen wollen, geht aber dabei von der falschen Voraussetzung aus, daß de l'Isle den Vertrag mit Kolmar abgeschlossen habe. Tatsächlich hat de l'Isle den entscheidenden Vertrag mit dem schwedischen Residenten Mockhel abgeschlossen (vgl. oben S. 167), und auch der Sondervertrag über Kolmar wurde von diesem unterzeichnet (vgl. oben S. 176). Damit wird die Begründung Batiffols für Richelieus Haltung gegenstandslos, und eine Veranlassung für eine Abänderung der vorstehend (S. 170 f.) gegebenen Erklärung für die Mißbilligung des Vertrages de l'Isles durch Richelieu liegt nicht vor, zumal Batiffol jetzt auch bestätigt, daß die Verträge vom 9. Oktober und vom 1. November 1634 in den Bestimmungen über die Rückgabe des Elsaß im Frieden sich völlig gleichen.

[4]) Rev. hist. S. 200. Uebrigens steht das nicht in einer Rede Brockdorff-Rantzaus, sondern in der Anlage A zu der Note der Deutschen Friedensdelegation vom 29. Mai 1919, in der unter Ziffer II 5 Elsaß-Lothringen behandelt wird. Es heißt dort: „Elsaß-Lothringen ist größtenteils altes deutsches Land, das vor mehr als 1000 Jahren ein Teil des alten Deutschen Reiches wurde. Die deutschen Teile sind im 17 und 18. Jahrhundert in der Hauptsache durch Eroberung unter die französische Souveränität gekommen, ohne Befragung der Bevölkerung und vielfach gegen ihren offenen Widerstand." Zurückhaltender konnte man sich wirklich nicht ausdrücken.

[5]) Rev. hist. S. 193 ff.

liegenden Buche über die Stellung der elsässischen Bevölkerung zu Frankreich gemacht wurden, und die zu einem sehr wesentlichen Teil auf von Franzosen veröffentlichtes Quellenmaterial zurückgehen, braucht trotzdem nichts hinzugefügt zu werden. Sie beweisen klar, daß im Elsaß damals von französischer Gesinnung und freudiger Hingabe an Frankreich nicht die Rede sein kann. Auch französische Forscher haben das, wie mehrmals angeführt wurde, bestätigt, und Batiffol selbst hat 1918 noch von der Kälte und dem Mißtrauen der Einwohner gesprochen, die Sprache, Sitten und Empfindungen der Besatzungstruppen nicht gekannt hätten. Er hat freilich ein Jahr später für notwendig gehalten, diesen Satz in sehr merkwürdiger Weise zu kürzen und alle die Worte zu streichen, die für die politischen Ansprüche der Franzosen unbequem sind.[6]) Dementsprechend dienen alle die neuen Belege für seine Ansicht, die er zum Teil aus den Archiven zusammensucht, nicht wissenschaftlichen, sondern politischen Bestrebungen. Er führt eine Anzahl Stellen aus diplomatischen Schriftstücken elsässischer Städte an Frankreich an, die von „bonne volonté", und von „affection pour la France" sprechen oder ähnliche Aeußerungen enthalten.[7]) Es ist an den verschiedenen Stellen bei Darstellung der Verhandlungen mit dem Elsaß schon darauf hingewiesen worden, daß derartige Floskeln der Diplomatensprache, zumal bei der Notlage der elsässischen Städte, nichts beweisen und in ihnen die wahre Stimmung nicht zum Ausdruck kommt und kommen kann. Die zahlreichen, vorne angeführten „Dokumente", die die wirklichen Empfindungen der Elsässer darlegen, zeigen, daß weder von französischer Gesinnung, noch von dem Bestreben, unter die französische Herrschaft zu kommen, überhaupt ernsthaft gesprochen werden kann.

Es sei noch erwähnt, daß die Redaktion der Revue historiqué im Sinne der üblichen Anschauung ihre Zweifel gegen Batiffols Behauptung, daß Richelieu die Annexion des Elsaß nicht gewollt habe, anmeldet und weitere Aufsätze über diese Frage ankündigt. Die Untersuchung dieser Frage,

---

[6]) Vgl. oben S. 179 f. und 180, A. 181.

[7]) An einer Stelle führt Batiffol für die französische Gesinnung Kolmars an, daß es betont habe, es sei nicht von den Franzosen erobert worden, sondern sei freiwillig den Schutzvertrag mit Frankreich eingegangen. (Rev. hist. S. 198.) Tatsächlich hat Kolmar das gesagt, um eine Verwahrung gegen französische Uebergriffe zu begründen, und um die ihm in dem Vertrag mit Frankreich zugesicherte Selbständigkeit als deutsche Reichsstadt zu betonen. Vgl. oben S. 352.

die einen wesentlichen Teil des hier vorgelegten Buches bildet, bestätigt im wesentlichen diese, von der Revue historiqué beanstandete Auffassung Batiffols, die sich freilich durch einige im Rahmen eines kurzen Aufsatzes angeführte Belege kaum überzeugend vertreten läßt. Denn verständlich wird diese Haltung Richelieus nur, wenn man sie in den Zusammenhang seiner allgemeinen Politik zu stellen versucht.[8])

[8]) Als Ergänzung zum Literaturverzeichnis sei noch auf den Essay von W. Andreas über „Richelieu" in dem Werke: „Meister der Politik" hingewiesen. (Stuttgart-Berlin, 1922, B. I, 593—634.) Herr Professor Andreas bittet mich, mitzuteilen, daß er für diesen Essay schon in der Lage war, einen kurzen Auszug aus dem hier vorliegenden Buch einzusehen.